

# HISTORISCH POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für  
Christlich-Demokratische  
Politik

6/1999

**HISTORISCH-POLITISCHE  
MITTEILUNGEN**

**Archiv für  
Christlich-Demokratische Politik**

Im Auftrag der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
herausgegeben von  
Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann

**6. Jahrgang  
1999**



**BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN**

**HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN**  
**Archiv für Christlich-Demokratische Politik**

**6. Jahrgang 1999**

Im Auftrag der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

herausgegeben von

Dr. Günter Buchstab und Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann

Redaktion: Dr. Felix Becker

Anschrift:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Wissenschaftliche Dienste

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin bei Bonn

Tel. 02241 / 246 210

Fax 02241 / 246 669

e-mail: x.400; c=de; a=dbp; p=kas; o=wd; s=zentrale-wd

internet: zentrale-wd@wd.kas.de

*Verlag:*

Böhlau Verlag GmbH & Cie, Ursulaplatz 1, D-50668 Köln

Die Zeitschrift »HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN/Archiv für Christlich-Demokratische Politik« erscheint einmal jährlich mit einem Heftumfang von ca. 260 Seiten. Der Preis beträgt DM 38,-. Ein Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht zum 1. Dezember erfolgt ist. Zuschriften, die Anzeigen und Vertrieb betreffen, werden an den Verlag erbeten.

© 1999 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Einbandgestaltung: Stephanie Jancke, Köln

Satz: Richarz Publikations-Service, Sankt Augustin

Druck und Verarbeitung: MVR-Druck, Brühl

ISSN 0943-691X

## Inhalt

### AUFSÄTZE

*Manfred Kittel*

Wahlkämpfer im Lutherrock. Politischer Protestantismus in Franken während der Bismarck-Zeit . . . . .

1

*Stefano Trinchese*

Kulturkampf und Zentrum im Denken Luigi Sturzos und der Popolari . . . . .

29

*Babette Leitgeb*

De Gasperis Wirken in der ersten Nachkriegszeit (1945-1947). Standpunkte der italienischen Geschichtsschreibung . . . . .

49

*Katrin und Ralf Baus*

Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Brandenburg 1945 . . . . .

79

*Gerhard Wettig*

Der Konflikt der Ost-CDU mit der Besatzungsmacht 1945-1948 im Spiegel sowjetischer Akten . . . . .

109

*Sonja Zeidler*

Zwischen Anpassung und Selbstbehauptung: Die Ost-CDU und ihre Sprache in den Jahren 1945-1957 . . . . .

139

*Ulrich von Hehl*

Konfessionelle Irritationen in der frühen Bundesrepublik . . . . .

167

*Frank Häußler*

Ulrich Steiner und der Laupheimer Kreis. Ein konservatives Randphänomen in der Frühzeit der Bundesrepublik Deutschland . . . . .

189

<i>Matthias Pape</i>	
»Keine Sicherheit in Europa ohne die Wiedervereinigung Deutschlands«. Zur Diskussion über die Kirkpatrick-Notiz vom 16. Dezember 1955 und Adenauers Deutschlandpolitik . . . . .	207
<i>Niels Hansen</i>	
Geheimvorhaben »Frank/Kol«. Zur deutsch-israelischen Rüstungszusammenarbeit 1957 bis 1965 . . . . .	229
<i>Ronald Clapham</i>	
Die zukünftige Bedeutung der Sozialen Marktwirtschaft für die Wirtschaftsordnung der Europäischen Gemeinschaft . . . . .	265

## LITERATUR UND FORSCHUNG

<i>Thomas Schlemmer</i>	
Die aufsässige Schwester. Forschungen und Quellen zur Geschichte der Christlich-Sozialen Union 1945-1976 . . . . .	287
Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Eine Untersuchung von Walter Süß über das Ende der Staatssicherheit. <i>Gelesen und besprochen von Gerhard Wetzig</i> . .	325

## ARCHIVALISCHE NACHRICHTEN

<i>Konrad Kühne</i>	
Der Bestand des Zentralen Parteiarchivs der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) . . . . .	333
ABSTRACTS (347) – Resumés (351) – Zusammenfassungen (355)	347
Die Mitarbeiter dieses Bandes . . . . .	359

## Wahlkämpfer im Lutherrock. Politischer Protestantismus in Franken während der Bismarck-Zeit

Von Manfred Kittel

Eine dem Engagement katholischer Geistlicher in der Zentrumspartei vergleichbare, breite parteipolitische Aktivität hat es – einem verbreiteten Urteil nach<sup>1</sup> – auf evangelischer Seite nicht gegeben. Vor allem als Abgeordnete traten protestantische Pastoren seltener in Erscheinung. Denn die Voraussetzungen für eine christliche Volkspartei und pastorales politisches Engagement waren bei der evangelischen Konfession in Deutschland zweifelsohne ungleich schwieriger als bei der katholischen. Protestantische Pfarrer sahen sich einer Kirchenleitung gegenüber, die – anders als das katholische Episkopat – eher die politisch Zurückhaltenden bestärkte. Die mangelnde dogmatische und kirchlich-administrative Geschlossenheit, das Fehlen einer päpstlichen Hierarchie, die weniger kirchlich vermittelte als individuell-subjektive Beziehung des evangelischen Christen zu Gott und die auf diesem Boden besonders wirksam werdenden konkurrierenden theologischen Richtungen vom Rationalismus bis zum Pietismus machten ein geschlossenes (partei)politisches Auftreten der evangelischen Kleriker a priori schwierig. Im zweiten deutschen Kaiserreich schließlich schien eine evangelische Volkspartei ohnehin entbehrlich, wo doch die Protestanten in den meisten deutschen Bundesstaaten entweder in der Mehrheit oder wenigstens einflußreich in der Staatsbürokratie waren; während die bedrohliche Situation, in die der Katholizismus Preußen-Deutschlands nach 1870 hineingeraten war, den Aufbau einer gemeinsamen Verteidigungsstellung geradezu lebenswichtig werden ließ.<sup>2</sup>

Der allgemeine Besund darf aber den Blick auf die Bedeutung der prote-

---

1 Vgl. etwa Werner K. BLESSING, *Gottesdienst als Säkularisierung? Zu Krieg, Nation und Politik im bayerischen Protestantismus des 19. Jahrhunderts*, in: Wolfgang SCHIEDER (Hrsg.), *Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert*, Stuttgart 1993, S. 216-253, hier S. 223, sowie Winfried BECKER, *Christliche Parteien und Strömungen im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Forschungsbericht 1986-1994*, in: *Historisches Jahrbuch* 114 (1994), S. 451-478, hier S. 467.

2 Vgl. Friedrich HARTMANSGRUBER, *Die christlichen Volksparteien 1848-1933. Idee und Wirklichkeit*, in: Günther RÜTHER (Hrsg.), *Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland*, Teil I (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 216), S. 219-324, hier S. 228 ff.

stantischen Sache innerhalb des deutschen Konservativismus<sup>3</sup> ebensowenig verstellen wie auf den eigentlichen, jedenfalls sektorale bemerkenswerten, teils schon vor, teils erst nach der Reichsgründung 1871 entstehenden »politischen Protestantismus« und seine entscheidende Prägung durch evangelische Geistliche. In Anlehnung an die von Heinz Gollwitzer vorgenommene Begriffsklärung ist unter »politischen Protestantismus« vor allem ein an den Belangen der evangelischen Kirche orientiertes politisches Parteiwesen zu verstehen.<sup>4</sup> Es entwickelte sich während des Kulturkampfs<sup>5</sup> etwa in Baden<sup>6</sup> oder später in den erweckt-konservativen Wahlkreisen Minden-Ravensberg und Siegen-Wittgenstein, wo der christlich-soziale Berliner Hofprediger Adolf Stoecker erfolgreich als Abgeordneter kandidierte.<sup>7</sup> In den

<sup>3</sup> Zum – pietistisch geprägten – führenden Theoretiker des deutschen Konservativismus vgl. die verdienstvolle Arbeit von Hans-Christoph KRAUS, *Ernst Ludwig von Gerlach. Politisches Denken und Handeln eines preußischen Altkonservativen*, 2 Bde., Göttingen 1995. Zur Entfernung protestantischer Wähler vom Liberalismus und ihrer Annäherung an die Partei der Welfen in den orthodox-lutherisch geprägten Herzogtümern Calenberg und Göttingen-Grubenhagen und im südlichen Teil des Fürstentums Osnabrück vgl. Michael JOHN, *Kultur, Klasse und regionaler Liberalismus in Hannover 1848-1914*, in: Lothar GALL/Dieter LANGEWIESCHE (Hrsg.), *Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert* (Historische Zeitschrift, Beihefte, Bd. 19), S. 161-193, hier S. 178 ff.

<sup>4</sup> Der von Gollwitzer ebenfalls angeführte Aspekt des Verbandsprotestantismus bleibt demgegenüber außer Betracht. Vgl. die präzise Abgrenzung von politischem Katholizismus und Protestantismus sowie weiterführende begriffsgeschichtliche Anmerkungen bei Heinz GOLLWITZER, *Vorüberlegungen zu einer Geschichte des politischen Protestantismus nach dem konfessionellen Zeitalter*, Opladen 1981, S. 7-12; mit epochenübergreifenden Beispielen: Friedrich Wilhelm KANTZENBACH, *Politischer Protestantismus. Von den Freiheitskriegen bis zur Ära Adenauer*, Saarbrücken 1993.

<sup>5</sup> Zum Kulturkampf in Deutschland vgl. Rudolf MORSEY, *Probleme der Kulturkampfforschung*, in: *Historisches Jahrbuch* 83 (1963), S. 217-245, sowie DERS., in: Anton RAUSCHER (Hrsg.), *Der soziale und politische Katholizismus: Entwicklungslinien in Deutschland 1803-1963*, Bd. 1, München-Wien 1981, S. 72-109; Georg FRANZ, *Kulturkampf. Staat und katholische Kirche in Mitteleuropa von der Säkularisation bis zum Abschluß des preußischen Kulturkampfes*, München 1954; Erich SCHMIDT-VOLKMAR, *Der Kulturkampf in Deutschland 1871-1890*, Göttingen u.a. 1962; Rudolf LILL, *Der Kulturkampf in Preußen und im Deutschen Reich (bis 1878)*, in: Hubert JEDIN (Hrsg.), *Handbuch der Kirchengeschichte*, Bd. 6, Freiburg 1973, S. 28-47; zu den bayerischen Verhältnissen Michael KÖRNER, *Staat und Kirche in Bayern 1866-1918*, München 1977; Walter BRANDMÜLLER/Andreas KRAUS/Hans PÖRN BACHER, *Handbuch der Bayerischen Kirchengeschichte*, Bd. 3: *Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zum zweiten Vatikanischen Konzil*, 1991; Fritz v. RUMMEL, *Das Ministerium Lütz und seine Gegner*, München 1935; Margot WEBER, *Zum Kulturkampf in Bayern*, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 37 (1974), S. 93-120.

<sup>6</sup> Stefan WOLF, *Konservativismus im liberalen Baden. Studien zur badischen Innen-, Kirchen- und Agrarpolitik sowie zur süddeutschen Parteiengeschichte 1860-1893*, Karlsruhe 1990; Lothar GALL, *Die partei- und sozialgeschichtliche Problematik des badischen Kulturkampfes*, in: *Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins* 113 (1965), S. 151-196.

<sup>7</sup> Martin GRESCHAT, *Adolf Stoecker und der deutsche Protestantismus*, in: Günter BRAKELMANN/Martin GRESCHAT/Werner JOCHIMANN, *Protestantismus und Politik. Werk und Wirkung Adolf Stoeckers*, Hamburg 1982, S. 47, sowie H. BUSCH: *Die Stoeckerbewegung im Siegerland*, Siegen 1968. In Berlin war Stoecker innerhalb der Pfarrerschaft so gut wie allein

westfälischen Stimmkreisen Stoeckers, so ist von Hans Delbrück überliefert, seien streitbare Pastoren zu Pferde durch die Dörfer geritten und hätten »im Namen Gottes« zur Wahl kirchlich gesinnter Männer aufgerufen.<sup>8</sup>

Im bayerischen Kulturkampf verdichtete sich der politische Protestantismus seit 1872 in Gestalt der Nationalkonservativen Partei (NKP) und prägte vor allem die evangelische Agrarprovinz Westmittelfrankens entscheidend.<sup>9</sup> Die Region, seit der Freundschaft zwischen dem Ansbacher Markgrafen Georg dem Frommen und Martin Luther zu den Kernländern des deutschen Protestantismus<sup>10</sup> und bis ins zwanzigste Jahrhundert hinein zu den kirchentreuesten Gegenden Deutschlands überhaupt zählend<sup>11</sup>, war für den Einfluß politisierender Pfarrer besonders empfänglich. Im Blick auf die führende Rolle von Klerikern für den politischen Katholizismus verspricht das Verhalten der evangelischen Pastoren in Bayern – und vor allem in Westmittelfranken – mithin Aufschluß über die Genese und Phänomenologie von sektoralem politischen Protestantismus in den Gründerjahren des Bismarckschen Kaiserreichs. Welche Motive bewogen die Männer im Lutherrock zu ihrem Engagement für die Nationalkonservative Partei? Wie konkretisierte sich dies in der politischen Praxis an der – traditionell liberal orientierten – fränkischen Basis und welchen Stellenwert hatten Pfarrer und kirchlich gebundene Laien für die Geschichte der NKP von ihrer Entstehung bis zur Erlangung des ersten Reichstagsmandats 1890?<sup>12</sup>

---

gestanden. In einem großstädtisch geprägten, schon stark säkularisierten Bereich mit stark wachsender Sozialdemokratie waren die Voraussetzungen für einen politischen Protestantismus natürlich unvergleichlich schwieriger als in der westfälischen oder bayerischen Provinz, wo die Sozialdemokraten in den 70er Jahren noch nicht einmal flächendeckend bei den Wahlen auftraten und weit davon entfernt waren, eine reale Macht dazustellen. Vgl. Werner JOCHMANN, *Stoecker als nationalkonservativer Politiker und antisemitischer Agitator*, in: G. BRAKELMANN u.a. (wie Anm. 7), S. 140 f.; Karl BUCHHEIM, *Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland*, München 1953, S. 239 ff.

8 Hans DELBRÜCK: *Politische Korrespondenz*, in: *Preußische Jahrbücher* 84 (1896), S. 565-570, hier S. 565.

9 Vgl. hierzu Manfred KITTEL, *Kulturkampf und »Große Depression«. Der Aufstieg der Bayerischen Nationalkonservativen in der antiliberalen Strömung der 1870er Jahre*, in: *Historisches Jahrbuch* 118/1 (1998), S. 108-177. Die besondere Rolle der Pfarrerschaft konnte hier allerdings nur knapp skizziert werden.

10 Vgl. Hans ROSER, *Franken und Luther*, Rothenburg 1984, S. 11 ff.

11 Matthias SIMON, *Evangelische Kirchengeschichte Bayerns*, Nürnberg 1952, S. 662.

12 Als Quellen der Untersuchung dienten das offizielle Organ der Nationalkonservativen Partei, die seit 1872 in Augsburg erscheinende »Süddeutsche Reichspost« bzw. später auch die »Süddeutsche Landpost«. (Die Jahrgänge 1872 bis 1876 liegen in der Staatsbibliothek München, die Jahrgänge 1877-78 im Stadtarchiv Augsburg, die nach Ilagelweide ebenfalls dort zu findenden Bände bis 1893 sind allerdings verschollen, so daß auf die Teilbestände 1879-81 in der Abteilung V des Münchner Hauptstaatsarchivs zurückgegriffen werden mußte. Zitiert als SRP oder SLP). Für die entscheidende liberale Gegenperspektive wurde die »Fränkische Zeitung« (zitiert als FZ) herangezogen, ein freisinnig orientiertes Blatt, das in Ansbach, einem Zentrum des Protestantismus in Westmittelfranken, erschien (eingesehen im Archiv der

### Vom theologischen zum politischen Konservativismus

Einen regional-spezifischen Politisierungsschub erlebten die lutherischen Pfarrer in Bayern im Zeitraum zwischen 1838 und 1845. Das ganz überwiegend protestantische Territorium Westmittelfrankens einschließlich seiner Reichsstädte war bekanntlich 1806 unfreiwillig dem katholischen Königreich Bayern einverlebt worden. Allerdings hatte es unter König Maximilian Joseph I. und seiner auf konfessionelle Gleichberechtigung abzielenden Religionspolitik keine größeren Konflikte gegeben. Diese begannen erst, als in den 30er Jahren dessen Thronfolger Ludwig I. die bis dahin irenische Religionspolitik revidierte und den kämpferischen Katholiken Karl von Abel zum Innenminister berief.<sup>13</sup> Die neue Politik zielte darauf ab, etwa auf dem Gebiet der konfessionell gemischten Ehe, der religiösen Kindererziehung oder in der staatlichen Personalpolitik, den Protestantismus zurückzudrängen.

Als Ludwig in der »Kniebeugungs-Ordre« von 1838 schließlich allen Militärpersonen ohne Rücksicht auf ihr Glaubensbekenntnis befahl, auf Kommando vor der Monstranz eines katholischen Priesters niederzuknien, kulminierte der religiöse Konflikt: Evangelische Soldaten verweigerten den Befehl, eine Protestbewegung des evangelischen Kirchenvolkes stellte sich hinter sie, inspiriert auch von engagierten Universitätstheologen und Gemeindepfarrern.<sup>14</sup> Zu einem Symbol des Widerstandes gegen den »Ultramontanismus« der bayerischen Staatsregierung wurde der evangelische Pfarrer Wilhelm Redenbacher, der das Niederknien vor dem Venerabile als Abgötterei verwarf und sich wegen des »Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe durch Mißbrauch der Religion« von bayerischen Richtern zu einem Jahr Gefängnis verurteilt sah.<sup>15</sup> Erst nach sieben »Kampfjahren«<sup>16</sup> erreichte der fränkische Protestantismus 1845 die endgültige Aufhebung der

---

Fränkischen Landeszeitung in Ansbach). Publizistisch den Nationalkonservativen eng verbunden war der »Freimund«, herausgegeben in Neuendettelsau, wenige Kilometer von Ansbach entfernt, einem Hauptort des fränkischen Protestantismus (Der »Freimund« wurde in der Bibliothek der Augustana-Hochschule in Neuendettelsau ausgewertet). Eingeschen wurden darüber hinaus die Stimmungsberichte der Regierungspräsidenten und des Innenministeriums im Haupstaatsarchiv München (HStAM) und im Staatsarchiv Nürnberg (StAN) sowie der Nachlaß Fechenbach im Koblenzer Bundesarchiv (BAK); im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Nürnberg (LkAN) erwiesen sich v.a. der Nachlaß Volk und die Akten des Dekanats Heidenheim als ergiebig. Schließlich wurde das Archiv des Mutterhauses im Diakoniewerk Neuendettelsau konsultiert.

<sup>13</sup> Vgl. hierzu die beeindruckende mentalitätsgeschichtliche Studie von Werner K. BLES-SING, *Staat und Kirche in der Gesellschaft. Institutionelle Autorität und mentaler Wandel in Bayern während des 19. Jahrhunderts*, Göttingen 1982, S. 59.

<sup>14</sup> Vgl. Walter MÜLLER, *Das Staatsverständnis der Protestanten in Bayern*, Nürnberg 1987 (hrsg. vom Evangelischen Bund), S. 22 f.

<sup>15</sup> EBD., S. 23, sowie Claus-Jürgen ROEPKE, *Die Protestanten in Bayern*, München 1972.

Kniebeugeorder. Während dieser langen Auseinandersetzung aber füllte sich der Begriff des Protestantischen für viele evangelische Christen mit neuem Inhalt.

Parallel zum Prozeß der Konfessionalisierung vollzog sich seit der Wende zum 19. Jahrhundert eine innere Erneuerung der protestantischen Kirche unter dem Einfluß einer religiösen Erweckungsbewegung.<sup>17</sup> Die Protagonisten wollten vor allem die Verunsicherungen der Aufklärungsepoke überwinden und zum alten biblischen Glauben zurückkehren. Vom akademischen Milieu der mittelfränkischen Universitätsstadt Erlangen ausstrahlend, erreichte die religiöse Bewegung über die dort ausgebildeten Pfarrer auch die evangelische Provinz in Westmittelfranken, wo sich die konservativen theologischen Erneuerer 1826 in Windsbach mit dem »Korrespondenzblatt« ein scharfes publizistisches Kampfmittel gegen die letzten Vertreter der Aufklärung schufen.<sup>18</sup> Welch guten Wurzelboden die streng lutherische Erneuerung des bayerischen Protestantismus in den nur schwach vom Geist der Aufklärung berührten traditionell-kirchlichen Gebieten auf dem Lande fand,<sup>19</sup> zeigt auch das jahrzehntelange Wirken von Pfarrer Wilhelm Löhe auf dem »platten Land«<sup>20</sup> in Neuendettelsau. Der als Student in Erlangen entscheidend beeinflußte Theologe verstand es, durch die Kraft seines Glaubens und durch das Pathos seiner Predigten, breite Kreise der Bevölkerung anzusprechen,<sup>21</sup> kirchliche Sozialanstalten zu begründen und weit über das kleine Neuendettelsau hinaus das bayerische Luthertum des 19. und 20. Jahrhunderts theologisch konservativ zu prägen.<sup>22</sup> »Frankens großer Lutheraner«<sup>23</sup> gründete 1849 auch die »Gesellschaft für innere Mission im Sinne der lutherischen Kirche«, die hauptsächlich in christlich-erweckten Kreisen ihre Anhänger hatte, sich mit dem »Freimund« aber auch darüber hinaus publizistisch Gehör verschaffte.

S. 355 ff.; nach seiner Freilassung nahm Redenbacher im übrigen Wohnung bei dem Löhfreund Georg Wilhelm Volk in Nürnberg.

16 EBD., S. 350.

17 Vgl. hierzu Horst WEIGELT, *Erweckungsbewegung und konfessionelles Luthertum im 19. Jahrhundert*, Stuttgart 1968.

18 Führend beteiligt waren hierbei die Pfarrerbrüder Bomhard und der Ansbacher Stadtpfarrer Lehmus; vgl. C.-J. ROEPKE (wie Anm. 15), S. 342; der von 1834 an als Privatgelehrter in Bruckberg bei Ansbach lebende Religionskritiker Ludwig Feuerbach konnte oder wollte gegen diese breite Strömung nicht ankommen. Friedrich Wilhelm KANTZENBACH, *Evangelischer Geist und Glaube im neuzeitlichen Bayern*, München 1980, S. 202.

19 W.K. BLESSING, *Staat und Kirche* (wie Anm. 13), S. 41, 51 f., 154. Zumindest subsidiär war der vorrationalistische Religiositätsstil in den lebenslang benutzten Gebets- und Erbauungsbüchern der alten Generation erhalten geblieben.

20 So Löhe über das »arme Dettelsau«; zit. nach C.-J. ROEPKE (wie Anm. 15), S. 380.

21 EBD., S. 359, 378.

22 EBD., S. 374, 386, 388.

23 KANTZENBACH (wie Anm. 18), S. 158.

In politicis blieb der bei den Landpfarrern und ihrem Kirchenvolk im Laufe des 19. Jahrhunderts immer kräftiger werdende lutherische Konservativismus, trotz seiner bewußten Wendung gegen wirkliche oder vermeintliche Fehlentwicklungen der Aufklärung, noch erstaunlich lange mit dem Liberalismus verbunden, ein Befund, der ohne das ausgeprägte Regionalbewußtsein gerade des fränkischen Protestantismus wohl nicht zu erklären wäre. Aber seit dem »Abelschen Regiment« in den 30er Jahren galt es für die bekennnstreuen Protestanten in Franken als »Ehrensache«, auf der Seite der – liberalen – Opposition gegen die Staatsregierung im katholisch-altbayerischen München zu stehen.<sup>24</sup> Löhe selbst hatte sich (1848) als »je und je liberal« definiert, und einer seiner Freunde hatte ihn sogar »einen Radikalen genannt«.<sup>25</sup>

Tatsächlich engagierte sich der streitbare Dorfpfarrer nicht nur theologisch, etwa gegen das rationalistische, auf reformatorische Kernlieder verzichtende Gesangbuch von 1815, sondern auch mit politischer Wirkung gegen das Summepiskopat des katholischen Königs. Damit erschütterte Löhe Staat und Kirche derart, daß sich der bedrängte König Maximilian II. 1852 veranlaßt sah, den im Kniebeugestreit von seinem Erlanger Lehrstuhl verdrängten Adolf von Harleß, einen Jugendsfreund Löhes, als Oberkonsistorialpräsidenten an die Spitze des bayerischen Protestantismus zu berufen.<sup>26</sup>

Harleß wollte auf die strengen Bestimmungen der katholischen Kirche zur Frage der konfessionellen Mischehe mit einer Verschärfung der evangelischen Richtlinien antworten und in weiteren Erlassen zur liturgischen Bereicherung der Gottesdienstordnung sowie zur Pflege der Einzelbeichte die praktischen Konsequenzen aus dem wieder entdeckten Luthertum ziehen. Damit löste der Oberkonsistorialpräsident 1856 den sogenannten »Agendensturm« aus. Mit der Behauptung »Harleß will uns katholisch machen« hofften vor allem die – seit 1848 wieder verstärkt an rationalistische Traditionen anknüpfenden – liberalen Protestanten im großstädtischen Bürgertum Nürnbergs ein Argument gefunden zu haben, um den Weg ihrer Kirche in die Konsessionalisierung aufzuhalten.<sup>27</sup> Zwar vermochten sie gegen die konservativen Bastionen vor allem auf dem flachen Land nicht durchzudringen,<sup>28</sup> doch sie rissen eine Verwerfungslinie innerhalb des bayerischen Protestantismus auf, welche die Erinnerung an den gemeinsamen Kampf im

---

24 So der Gründer der bayerischen Konservativen Partei, August Emil LUTHARDT in seinen Erinnerungen: *Mein Werden und Wirken im öffentlichen Leben*, München 1901, S. 253.

25 F.W. KANTZENBACH (wie Anm. 18), S. 241.

26 C.-J. ROEPKE (wie Anm. 15), S. 362 f.

27 EBD., S. 364 f.

28 Dort hatte mit der Entlassung des Gunzenhauser Dekans Karl Heinrich Stephanie der Rationalismus schon 1832 abgedankt. C.-J. ROEPKE (wie Anm. 15), S. 342, 349.

Kniebeugungsstreit überdeckte und ausklärerisch-liberale Protestanten immer deutlicher von bekennnisbewußt-konservativen Lutheranern schied.

Während diese sogenannten »Lutherisch-Orthodoxen« in anderen deutschen Ländern meistens Kompromisse mit den Erben der Aufklärung eingehen mußten, errangen sie in Bayern mit Harleß und Löhe an der Spitze einen »für nahezu hundert Jahre bestimmenden Sieg«.<sup>29</sup> Vor allem in bäuerlich-kleinbürgerlich geprägten Gegenden wie Westmittelfranken schlug das neulutherische Kirchenbewußtsein feste Wurzeln,<sup>30</sup> nicht zuletzt aufgrund des Einflusses der evangelischen Pastoren, die in Bayern nur zu etwa zehn Prozent dem theologischen Liberalismus folgten.<sup>31</sup>

Entscheidend wurde nun, daß der im Sturm auf Harleß 1856 offen zutage getretene, noch wesentlich theologische Konflikt zwischen lutherisch-orthodoxem und rationalistisch-liberalem Lager sich in der Folgezeit immer mehr politisch auslud und in die Fronten des beginnenden Kultukampfs hineingeriet. Zwischenzeitlich liberale Regierungen in München versuchten mit Schützenhilfe des 1861 gegründeten Bayerischen Volksschullehrervereins, die geistliche Schulaufsicht abzuschaffen und Gemeinschaftsschulen einzuführen. Die Kirchlich-Konservativen im evangelischen Franken empfanden diese liberalen Pläne vielfach als »gleichbedeutend mit dem Rückfall ins Heidentum«<sup>32</sup>. Ihr Jahrzehntelang gepflegtes liberales Selbstverständnis war nun so schwer erschüttert, daß sie endgültig begannen, sich auch parteipolitisch umzuorientieren.<sup>33</sup>

Nachdem ein von der Abgeordnetenkammer bereits angenommener Schulgesetzentwurf von 1867 im bayerischen Reichsrat gescheitert war, forcierten die Liberalen noch die Agitation zugunsten der Simultan- bzw. Kommunschulen und brachten soviel Unruhe in die evangelische Geistlichkeit und die bekennnistreue protestantische Bevölkerung hinein, daß eine ganze Reihe von Diözesansynoden die im Oktober 1869 in Ansbach tagende Generalsynode – erfolgreich – baten, gegen die Gefährdung der Konfessionsschule »Protestation« zu beschließen.<sup>34</sup> Der Augsburger Regierungsrat und Generalsynodale August Emil Luthardt setzte sich an die Spitze einer Bewegung, die es für unmöglich hielt, den liberalen Fortschrittskandidaten weiterhin »unbeschen unser Vertrauen« zu schenken, sondern nur noch solche wählen

29 W.K. BLESSING, *Staat und Kirche* (wie Anm. 13), S. 101, auch 111, 157.

30 F.W. KANTZENBACH (wie Anm. 18), S. 190.

31 Vgl. Thomas NIPPERDEY, *Religion im Umbruch. Deutschland 1870-1918*, München 1988, S. 80.

32 FZ, 30. Dez. 1873.

33 Vgl. zu dieser Phase Ferdinand MAGEN, *Protestantische Kirche und Politik in Bayern. Möglichkeiten und Grenzen in der Zeit von Revolution und Reaktion 1848-1859*, Köln-Wien 1986.

34 Walter GRASSER, *Johann Freiherr von Lutz*, München 1967, S. 100; A.E. LUTHARDT (wie Anm. 24), S. 257.

wollte, die als »ausgesprochene Freunde unserer evangelischen Schule« bekannt waren.<sup>35</sup>

Seit längerem war nicht nur dem »Allliberalen« Luthardt besonders die Kulturpolitik der Bayerischen Fortschrittspartei ein Dorn im Auge. Immer deutlicher spürten viele bekennnistreue Lutheraner, wie fragwürdig die alte Verbindung von politischem Liberalismus und kirchlichem Konservativismus im Zeitalter des liberal geprägten Kulturkampfs geworden war. Schien es da nicht besser, die seit den Abelschen Erlassen erfolgte Vermengung von politischer und kirchlicher Identität ganz zu beenden, um dem kirchlichen Konservativismus endlich auch politisch die immer nötiger werdende Durchschlagskraft zu geben?

### Die Rolle der Pfarrer bei der NKP-Gründung

Vor diesem Hintergrund ergriffen ein kleiner Augsburger Kreis um Luthardt und einige örtliche Geistliche zunächst die Initiative zur Gründung einer konservativen Zeitung. Nach ausgedehnter Korrespondenz mit Gesinnungsgegnern, »namentlich aus Franken«, die man vor allem aus der kirchlichen Arbeit kannte, wurde am Pfingstdienstag, den 21. Mai 1872, in Nürnberg ein auf christlicher Weltanschauung basierendes politisches Organ gegründet, »in welchem auch diejenigen zum Worte kommen, die mit den heutigen Tages allein maßgebenden Parteien nicht durchweg zu gehen vermögen«. Die sich zugleich »wahrhaft liberal und wahrhaft konservativ« verstehenden Autoren wollten den »Ausschreitungen eines irreligiösen Liberalismus« ebenso entgegentreten wie den »Anmaßungen des Ultramontanismus«. »Evangelische Wahrheit« bildete für sie einen der »Grundpfeiler der Volkswohlfahrt«<sup>36</sup>.

Unter den über 100 Teilnehmern der Versammlung stellten denn auch Theologen, vom Pfarrer über den Kirchenrat bis zum Erlanger Professor, einen beachtlichen Teil. Der zum Gründungsvorsitzenden gewählte Luthardt hatte seit 1861 der Evangelischen Generalsynode als weltlicher Abgeordneter angehört und sich 1869 als ihr 1. Sekretär profiliert.<sup>37</sup> »Besonders kräftige Unterstützung« fand seine neue »Süddeutsche Reichspost« auch »gleich von Anfang an«<sup>38</sup> bei der Neuendettelsauer Missionsgesellschaft, die noch in der folgenden Ausgabe ihres – von einem Pfarrer redigierten –

---

35 A.E. LUTHARDT (wie Anm. 24), S. 259.

36 EBD., S. 286 f.

37 *Freimund*, 1872, S. 174 ff., 208; S. WOLF (wie Anm. 6), S. 397 f.; A.E. LUTHARDT (wie Anm. 24), S. 287; F.W. KANTZENBACH (wie Anm. 18), S. 321.

38 A.E. LUTHARDT (wie Anm. 24), S. 288, sowie Dietrich THRÄNHARDT, *Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848-1953*, Düsseldorf 1973, S. 90 f.

»Freimund« um Abnehmer, Berichterstatter, Verbreiter und Patrone für das konservative Organ warb.<sup>39</sup>

Als eineinhalb Jahre später, nach der Reichstagsauflösung im Dezember 1873, die Frage einer Wahlbeteiligung und damit zusammenhängend die Gründung einer eigenen Bayerischen Nationalkonservativen Partei auf einer Versammlung in Gunzenhausen in der Nähe von Neuendettelsau »einmütig« bejaht wurde, war die Geistlichkeit wiederum stark beteiligt.<sup>40</sup> Die Liberalen lagen also sicher nicht falsch, wenn sie ihren neuen Gegner als »orthodox-lutherische Partei«<sup>41</sup> charakterisierten. Nicht genug damit, daß vor der Gunzenhausener schon die Nürnberger Versammlung entscheidend von kirchlichen Kreisen geprägt worden war, gab es bald Pfarrer, die gleich mehrere Exemplare der »Reichspost« hielten, dabei die wichtigsten Artikel rot anstrichen, Fremdwörter am Rand auf deutsch übersetzten und die Zeitungen anschließend an ihre Gemeindeglieder weitergaben<sup>42</sup>.

Die »Süddeutsche Reichspost« und später vor allem die »Süddeutsche Landpost« ähnelten in manchem einem Korrespondenzblatt der evangelisch-lutherischen Pfarrerschaft in Bayern und wurden selbst von politisch liberaler Denkenden abonniert. Nachrichten über die Besetzung von Pfarrstellen fanden sich ebenso darin wie Todesanzeigen oder Annoncen von Pfarrhäusern, die nach einem Hausmädchen suchten.<sup>43</sup> Als Geistliche im Capitel Rügheim 1874 Pläne zur Gründung eines reinen Korrespondenzblattes diskutierten, meinten sie sogar, für den Fortgang der »Süddeutschen Reichspost« »gar nicht besser sorgen zu können«, als sie fortan »mit unseren speziellen Angelegenheiten« zu verschonen.<sup>44</sup> »Keine vier Wochen«, davon waren fränkische Liberale überzeugt, könnte »das geringe Fählein hochkonservativer Reichspostreiter« sein Blatt über Wasser halten, wenn es die Pfarrer nicht abonnieren würden,<sup>45</sup> und so sahen sich die »andersdenkenden Geistlichen« von den Fortschrittsparteileuten aufgefordert, die »Nichtteilnahme am Abonnement der Reichspost, die Nichtteilnahme an den von Männern jener Richtung geleiteten Pastoralkonferenz ... zum Grundsatz« zu erheben.<sup>46</sup>

Daß die nationalkonservativen Parteigründer »fast durchaus Geistliche« waren, weckte gleich in zweifacher Hinsicht den Argwohn der Liberalen:

39 *Freimund*, 1872, S. 175.

40 SRP, 10. Dez., FZ, 10. u. 11. Dez. 1873. Das liberale Lokalblatt, der »Altmühlbote« bedauerte, daß Gunzenhausen die »wenig dankenswerte Ehre« habe, »Geburtsort« der Reichspartei zu sein. Vgl. SLP, 23. Dez. 1873.

41 FZ, 16. Dez. 1873.

42 *Freimund*, 1872, S. 316.

43 SLP, 17. März 1877.

44 SRP, 24. Mai 1874.

45 FZ, 9. Dez. 1873 u. (»Eingesandt«), 10. Dez. 1873.

46 FZ, 9. Dez. 1873.

Zum einen wegen der »vielen, allerdings achtbaren Männer«, die sich darunter befanden, zum anderen deshalb, weil nicht diese der Partei »Farbe und Richtung« gaben, sondern »alle Mucker und Fanatiker ohne Ausnahme«<sup>47</sup>. Damit waren besonders die kämpferischen Lutheraner im Umfeld der Neuendettelsauer »Gesellschaft für innere Mission« gemeint, die auch auf ihren Distriktsveranstaltungen<sup>48</sup> massiv für die »Reichspost« geworben hatten. Bereits bei der Generalversammlung im Juli 1872 hatte der Vorsitzende der für Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Abteilung II die »Reichspost« empfohlen, weil sie »nicht nur für politischen, sondern auch christlichen und kirchlichen Conservatismus einsteht«<sup>49</sup>.

Allerdings war die »Gesellschaft« innerhalb der bayerischen Pfarrerschaft nicht unumstritten, wurde »noch zu sehr als Partei, als ›Löhaner‹ betrachtet, und manche empfanden sie schlicht als ›separatistisch‹«<sup>50</sup>. Doch gerade im ländlichen, vom kirchlichen Liberalismus kaum erfassten Bereich war sie (1874) in fast 200 Ortschaften präsent und mit ihrem scharfen Profil vor allem dann einflußreich, wenn eines ihrer 50 geistlichen Mitglieder das bäuerlich-kleinbürgerliche Klientel in der Pfarrgemeinde aktivierte.<sup>51</sup> Obendrein waren die Übergänge von der »Gesellschaft« in den breiten lutherisch-orthodoxen Hauptstrom der evangelischen Landeskirche fließend, so daß sie mit ihren entschiedeneren Positionen auf die Lauen einwirken und insgesamt das konservative Element stärken konnte.<sup>52</sup>

Das frühe und während des gesamten Kulturkampfes anhaltende Engagement der evangelischen Pfarrerschaft war jedenfalls konstitutiv für den organisatorischen Aufbau der NKP. Und als wenige Tage nach der Gunzenhausener NKP-Gründung Ende 1873 erstmals um politische Mandate bei der bevorstehenden Reichstagswahl gefochten wurde, waren die Pfarrer weniger entbehrlich denn je.<sup>53</sup> Mancherorts bestand das »provisorische Komitee« der NKP ausschließlich aus Geistlichen, die geradezu als Wahlkreis-Geschäftsführer der NKP fungierten und die Verteilung der Stimmzettel

47 FZ, 30. Dez. 1873.

48 *Freimund*, 1873, S. 150.

49 *Freimund*, 1873, S. 140; Die Affinität zwischen »Gesellschaft« und Nationalkonservativen ging soweit, daß der »Freimund« kurz nach dem ersten Erscheinen der »Landpost« Anfang 1874 ankündigte, seine »Kirchlich-politische Umschau« künftig »hauptsächlich auf das Kirchliche allein« zu richten, da die »größtenteils von den Lesern Freimunds« gehaltene »Landpost« diesen Bereich hinreichend abdecke. *Freimund*, 5. Febr. 1874.

50 *Freimund*, 1874, S. 5.

51 Etwa der treue Löhefreund Wilhelm Volk, der allein in Hüssingen 73 Leute mobilisierte. F.W. KANTZENBACH (wie Anm. 18), S. 193.

52 Zu Recht bemerkte die SRP (18. Jan. 1873) über die relativ bescheidene Mitgliederzahl der Gesellschaft: »... viel größer aber ist die Zahl der Freunde«.

53 Zum folgenden vgl. FZ, 24. Dez., 29. Dez., 30. Dez. 1873, 3. Jan., 6. Jan., 8. Jan., 22. Jan. 1874.

für den konservativen Kandidaten besorgten.<sup>54</sup> Der nationalkonservative Wahlkreis-Ausschuß von Uffenheim wandte sich im Januar 1874 ganz offen in der Lokalzeitung an alle Gemeinden, die noch keinen Wahlzettel für den NKP-Kandidaten erhalten hatten, und forderte sie auf, »sich unter Angabe des Bedarfs an Herrn Pfarrer Joseph wenden zu wollen«.

Andere konservative Pfarrer verteilten Flugschriften an die Schuljugend, um so deren Eltern zu erreichen, boten also »ihren ganzen Einfluß« auf, um die Gemeinde für das konservative Programm zu gewinnen. Über »Kirchenvorstände und Weiber« – Frauen waren traditionell besonders religiös – sollten so die allein wahlberechtigten Männer im geistlichen Sinne »bearbeitet« werden. Im Feuchtwanger Bezirk, so behauptete wenigstens die liberale Presse, »schleicht die Süddeutsche Reichspostpartei in der Gestalt von Geistlichen von Straße zu Straße, von Haus zu Haus« und schürte die Angst vor einer Streichung des Religionsunterrichts.

Bis dahin hatte sich die protestantische Geistlichkeit Bayerns »Gottlob! von allen politischen Parteigetrieben ferngehalten«, wie die liberale Presse bei den Reichstagswahlen Anfang 1874 rückblickend konstatierte.<sup>55</sup> Nun aber übernahm etwa ein Vikar, der bisher »die profane Welt immer vermied, ... das Präsidium in einer obskuren Wirtschaft« bei einer NKP-Versammlung<sup>56</sup>, oder riskierte es ein Pfarrer, aus seiner »über das politische Parteileben erhabenen Seelsorgestellung herabzusteigen« und sich durch antiliberale Agitation den »Herzen seiner Parochianer« zumindest teilweise zu entfremden.<sup>57</sup> Mit pastoralem Widerstand gegen Simultanschule, Zivilehe und ähnliche Gesetzesvorhaben allein war dies zumindest in den Augen der Liberalen nicht zu erklären.

Tatsächlich boten die aktuellen Streitpunkte im Kulturkampf zwischen dem modernen expandierenden Staat und der Kirche, die ihren hergebrachten gesellschaftlichen Einfluß zäh verteidigte, zunächst nur den äußerlichen Anlaß für das kräftige nationalkonservative Engagement der evangelischen Pfarrer, geistig aber wurzelte es in der Tiefe eines als bedrohlich empfundenen Säkularisierungsprozesses, der mit den immer sichtbarer werdenden Begleiterscheinungen des hereingebrochenen Industriealters während der fortschrittlich-liberalen Gründerjahre nach 1871 einem Höhepunkt zuzustreben schien.<sup>58</sup> Den nun allenthalben georteten »günstige(n) Mehltau

---

<sup>54</sup> Der Pfarrer von Oberasbach bei Fürth wies zwar die Behauptung zurück, er habe NKP-Wahlzettel kolportiert, machte aber kein Hehl daraus, daß er sie den Bürgermeistern zweier Gemeinden übergeben hatte, damit sie bei der Wahl – neben den Stimmzetteln für den liberalen Kandidaten – bereit lägen.

<sup>55</sup> FZ, 3. Febr. 1874.

<sup>56</sup> FZ, 10. Jan. 1874.

<sup>57</sup> FZ, 9. Jan., 16. Jan. 1874.

<sup>58</sup> Vgl. hierzu M. KITTEL (wie Anm. 9), S. 432 ff.

des Unglaubens«, den »böse(n) Geist des Materialismus« und wachsende sittliche »Mißstände unseres Volkslebens« führten konservative Theologen parteipolitisch vor allem auf die »sozialdemokratische Wuth gegen Kirche und Geistlichkeit« zurück; für den um sich greifenden Sozialismus aber machten sie letztlich die Liberalen verantwortlich, die ihm mit schlechtem Beispiel voraufgegangen wären.<sup>59</sup>

### Die Pfarrer im Kampf gegen den Liberalismus

Auf dem fränkischen Land, wo die Sozialdemokraten während der 70er Jahre noch so gut wie keine Rolle spielten, ließ die skizzierte Position die lutherischen Pfarrer zu einem erbitterten Gegner der Liberalen werden, die hier seit Jahrzehnten das politische Gelände dominiert hatten. Die bedrängten Fortschrittler versuchten zunächst, ihren schwindenden Anhang in der Pfarrerschaft gegen den konservativen Aufbruch zu mobilisieren: »Die bayerischen Geistlichen halten ausnahmslos am positiven Christentum fest«, bekräftigte ein liberaler Pfarrer, »aber es fällt ihnen nicht ein, ausnahmslos mit Sack und Pack ins conservative Lager überzulaufen«<sup>60</sup>. Insbesondere der kämpferische Ton der NKP-Presse war den am politischen Liberalismus festhaltenden Pfarrern ein Dorn im Auge. So insinuierten sie einen Zusammenhang zwischen den heftigen publizistischen Attacken der »Reichspostler« und der ablehnenden Haltung der Liberalen im Landtag gegen eine Gehaltserhöhung für die Pfarrer.<sup>61</sup> Damit mochten die liberalen Pastoren hoffen, auf die politisch gemäßigteren Kollegen einzuwirken, die zwar die »christlich-konservative Grundrichtung« der SRP teilten, dem Blatt aber auch »manchmal mehr Milde im Urtheil und Ausdruck« wünschten.<sup>62</sup>

Als sie Mitte der 70er Jahre die Schlacht um die Pfarrerschaft zu verlieren drohten, versuchten die Liberalen zunehmend, die Kirchenvorstände zu majorisieren, was sowohl einen lokalen Machtseffekt hatte, als auch strategisch auf eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse in der ihres Erachtens allzu NKP-nahen Generalsynode<sup>63</sup> abzielte. Die »Fränkische Zeitung« hatte parallel dazu in einem Leitartikel »Zur protestantischen Kirchenfrage« im Mai 1877 das vom liberalen Verein in Ansbach sofort aufgegriffene Stichwort von der »Stärkung des Gemeindeprincips« ausgegeben. Konkret

<sup>59</sup> Zu den Zitaten und allgemein zum konservativen Kulturessimismus dieser Zeit vgl. SLP, 8. Juni, 20. Juni, 25. Juni 1878, 10. Juni 1879.

<sup>60</sup> FZ, 3. Jan., 14. Jan. 1874.

<sup>61</sup> FZ, 30. Nov., 10. Dez. 1873.

<sup>62</sup> FZ, 29. Nov. 1873.

<sup>63</sup> Bei der Bayreuther Generalsynode 1873 war ein Antrag Luthardts einstimmig angenommen worden, der »in unverkennbarem Zusammenhang« mit den »Wünschen der Reichspartei« stand. FZ, 9. Dez. 1873.

ging es der landesweit ausstrahlenden liberalen »Ansbacher Bewegung« darum, die Abgeordneten zur Generalsynode künftig »durch geheime Wahl unmittelbar von den Kirchengemeindegliedern« wählen zu lassen, den Laien »gebührende(n) Einfluß bei der Zusammensetzung der Generalsynode« zu gewähren und auch die Wahl der Kirchenvorstände selbst endlich geheim durchzuführen.<sup>64</sup> Natürlich erstrebten die Liberalen in erster Linie mehr Einfluß auf die Politik der Landeskirche, dennoch mutete die konservative Gegenposition ziemlich vordemokratisch an, daß doch gerade die offene »Unterschrift des Wählers eine Bürgschaft« dafür biete, »daß er mit dem Inhalt des Wahlzettels einverstanden und seiner Verantwortung sich bewußt sei«. Allerdings hätte die – im übrigen nirgends in Deutschland bestehende – Direktwahl zur Generalsynode damals wohl wirklich »Zerklüftung und Agitation Thür und Thor geöffnet«<sup>65</sup>.

Denn von Nürnberg bis zum Hahnenkamm wurden schon die Kirchenvorstandswahlen im Herbst 1877 von den Liberalen stark politisiert. Um gegen die »Übergriffe und Vergewaltigung einer einseitig confessionellen Partei ... in unserer evangelischen Kirche« zu protestieren und »damit endlich einmal klargestellt werde, daß die Mehrheit unseres protestantischen Volkes nicht auf Seite jener orthodoxen Eiferer steht«, richteten die Liberalen in Nürnberg kämpferische Aufrufe an die Kirchengemeinde. Am Hahnenkamm schickten sie den Gemeindedienner mit bereits ausgefüllten Stimmzetteln zu ihren Gesinnungsgenossen und ließen sie wissen, jeder müsse Strafe bezahlen, wenn er nicht wähle. Da die konservativen Gesinnten großenteils zu Hause blieben, konnten »die liberalen Vereinler« hier ebenso »Triumph feiern« wie in Ansbach, wo ihre führenden Funktionäre selbst für den Kirchenvorstand kandidiert hatten. Neu war, daß zahlreiche Maurer und andere selbständige Handwerksgehilfen sich in ihrer Arbeitskleidung an der Urne einfanden, »um liberal zu stimmen«. Die liberale Mobilisierung – in Ansbach war die Wahlbeteiligung doppelt so hoch gewesen wie früher – hatte allerdings nur punktuell, überwiegend in den Städten Erfolg, so daß die Konservativen wenigstens auf dem Land »vorerst« noch keine große Gefahr in dem stattgehabten liberalen Versuch sahen, »das Kirchenwesen zu unterwöhlen«<sup>66</sup>.

Angesichts der massiven Unterstützung der NKP seitens der Dorfsfarrer, welche die »sonst so sorgfältig gemiedenen Dorfschenken« besuchten und anscheinend »nach den Lorbeeren ihrer katholischen Amtsbrüder« schmachten, gingen die Liberalen dazu über, das »biedere Landvolk« aufzurufen: »... folget in politischen Dingen nicht blindlings euren Geistlichen, selbst

---

64 FZ, 19. Mai 1877, SLP, 1. Juni 1877.

65 SLP, 1. Juni 1877.

66 SLP, 1. Dez. 1877.

ist der Mann«<sup>67</sup>. Dabei bediente sich die liberale Argumentation gegen die »Süddeutschen Reichsapostel«, also die konservativen Pfarrer, auch der historischen Erinnerung der fränkischen Bauern. »In ächt protestantischem Geiste der Freiheit« fragten »Protestanten vom alten Schlage« die Landbewohner, wer sie denn 1848 von den Blut- und Getreidezehnten, Handlöhnen und Lasten der verschiedensten Art befreit hätte: »Etwa die Geistlichen und die Conservativen? Nein, die Liberalen«<sup>68</sup>.

Die Bemühungen der liberalen Abwehrstrategie sind nur vor dem Hintergrund anhaltender gesellschaftlicher Wertschätzung der Kirche und damit auch der Pfarrer gerade auf dem Land zu verstehen. So kam es damals noch vor, daß eine Gemeinde ihren Jahresball absagte, weil der Herr Pfarrer im Sterben lag, und daß anschließend vier Wochen lang die ganze Gemeinde, »Mann und Weib, Alt und Jung, beim Gottesdienst den ernsten Schmuck der Trauer« trug.<sup>69</sup> Als im Nördlinger Ries 1878 bei einer konservativen Parteiversammlung der Geistliche das Wort ergriff, harterten die »ländlichen Wähler« trotz fortgerückter Stunde solange aus, bis er geschlossen hatte, und verließen erst dann, vor offizieller Beendigung der Veranstaltung durch einen bürgerlichen Honoratioren, den Saal.<sup>70</sup> Aus diesem Respekt rührte auch die Überzeugung von NKP-Anhängern, als Wahlmänner nicht Bürgermeister, sondern Geistliche aufzustellen, denn diese stünden »noch über den Bürgermeistern«<sup>71</sup>.

Ihre soziale Autorität sahen die Landpfarrer aber zusehends durch den voranschreitenden Emanzipationsprozeß der Volksschullehrer bedroht. Der bislang – schon aufgrund seiner Nebentätigkeit als niederer Kirchendiener – weit unter den Geistlichen rangierende Stand erfreute sich nämlich einer gezielten ideellen und materiellen Förderung durch den bayerischen Kultusminister Lutz,<sup>72</sup> was seine liberale Grundeinstellung festigte, aber auch vermehrt Konflikte mit der Pfarrerschaft heraufbeschwor. »Lutheranistische Hochkirchler«, die zwar keinen katholischen Papst wollten, sich aber in ihren Gemeinden »selbst als Päpstlein« gerierten, waren liberalen Lehrern seit langem ein Dorn im Auge.<sup>73</sup> Für die Pfarrer wiederum personifizierten die selbstbewußter werdenden Lehrer geradezu den Liberalismus.<sup>74</sup> Und je sym-

67 FZ, 4. Jan., 9. Jan. 1874.

68 FZ, 19. Dez. 1873.

69 SLP, 17. März 1877.

70 SLP, 27. Juli 1878.

71 Obwohl hier doch eine gewisse Zurückhaltung seitens der Pfarrer feststellbar war, haben einige erfolgreich als Wahlmann kandidiert. FZ, 12. Juli u. 19. Juli 1881.

72 W. GRASSER (wie Anm. 34), S. 101.

73 FZ, 9. Dez. u. 30. Dez. 1873.

74 Offen mit der NKP sympathisierende Lehrer waren die große Ausnahme. Vgl. *Freimund*, 1872, S. 290 ff., 1881, S. 391; SRP, 25. Jan. 1873; FZ, 9. Jan. 1874.

biotischer das Verhältnis der Lehrer zu den liberalen Parteien wurde, desto mehr vertiefe dies den Konservativismus der Geistlichkeit, die die Lehrer »auf der Bahn des Umsturzes« forschreiten sahen.<sup>75</sup> Immer wieder spielten liberale, sich als »kräftigste« Interessenvertreter der Pädagogen rühmende Reichstagsabgeordnete mit den ganz offen hinter ihnen stehenden Lehrern im Stimmkreis zusammen.<sup>76</sup> Es kam sogar dahin, daß die im Wahlkampf (1874) von der NKP bedrängten Liberalen die Lehrer öffentlich ermahnten, »all ihren Einfluß in der Gemeinde aufzubieten, um den Erbfeind einer freien Schule zurückzuschlagen«<sup>77</sup>. Radikale Stimmen forderten schließlich, den Pfarrern, die in manchen Wahlversammlungen auch direkt mit den Lehrern aneinandergerieten, das aktive und passive Stimmrecht zu nehmen<sup>78</sup>.

Konflikte zwischen Lehrern und Pfarrern polarisierten im Kulturkampf oft die ganze Lokalgesellschaft,<sup>79</sup> und manchmal glitt der ernste politische Konflikt fast ins Operettenhafte ab: In dem kleinen Dorf Röckingen, an der unteren Wörnitz, erwiesen die Lehrer aus der Gegend einem verstorbenen Pfarrer durch ihren Grabgesang die letzte Ehre. Kaum aber hatte der Chor der Pädagogen angestimmt, da verließ die Geistlichkeit »auf ein gegebenes Zeichen des Herrn Decans mit Ostentation den Gottesacker«. Liberale Vorwürfe wegen ungebührlichen Verhaltens wies das Königlich Protestantische Dekanat Wassertrüdingen jedoch zurück. Der Dekan habe in einer Schneewasserlache gestanden, eine schwere Erkältung befürchtet, und sei deshalb bei dem – im übrigen gar nicht vorgesehenen – dritten Gesangsstück der Lehrer gegangen. Die Lehrer fühlten sich durch diese Erklärung aber nicht widerlegt, schließlich hatten auch sie bei der mehr als dreiviertelstündigen Rede des Dekans »geduldig ausharren müssen«. Politischer Hintergrund der wechselseitigen Verstimmung war die Verärgerung des Klerus über den erst wenige Tage zurückliegenden Wahlkampfeinsatz der Lehrer für den liberalen Kandidaten.<sup>80</sup>

### Die Schüler Löhes als konservative Avantgarde

Da besonders die von Löhe geprägten entschiedenen Lutheraner sich den modernen Zeiläufen entgegenstemmten, entwickelten sich die Gegenden um Hesselberg und Hahnenkamm in den Dekanaten Wassertrüdingen, Heidenheim und Dittenheim, wo engagierte Löhe-Freunde als Pfarrer

<sup>75</sup> *Freimund*, 1872, S. 290.

<sup>76</sup> FZ, 9. Dez. 1873, 9. Jan. 1874.

<sup>77</sup> FZ, 9. Jan. 1874.

<sup>78</sup> So ein Vorschlag der »Nürnberger Presse«, zit. nach SRP, 4. Jan. 1874.

<sup>79</sup> W.K. BLESSING (wie Anm. 13), S. 175.

<sup>80</sup> FZ, 20. Jan., 24. Jan., 28. Jan. 1874.

amtierten,<sup>81</sup> rasch zu Brennpunkten des Konflikts zwischen Liberalismus und nationalkonservativem politischen Protestantismus. Der »hochwürdige Herr Decan von Dittenheim« agitierte schon in den ersten Wahlkämpfen der NKP für den konservativen Stimmkreiskandidaten Luthardt und ließ angeblich sogar die Schuljugend Wahlzettel verbreiten. Der Pfarrer von Windsfeld soll von der Kanzel herab eine Versammlung zugunsten Luthardts »angeordnet« und nach dessen Wahlniederlage, »aufs Höchste erzürnt«, sonntags eine strenge Strafspredigt gehalten haben, in der er in Erinnerung an die Parteispaltungen im alten Jerusalem den Untergang des Deutschen Reiches »bestimmt« voraussagte.<sup>82</sup> Auch wenn im Nachhinein nicht mehr eindeutig zu klären ist, wieviel Dichtung und wieviel Wahrheit die liberalen Zeitungen in ihrem antikonservativen Eifer manchmal enthielten, so sind die Belege auch aus den NKP-Quellen selbst doch so dicht, daß an der Intensität des geistlichen Engagements grundsätzlich kein Zweifel möglich ist, zumal darüber hinaus auch kirchliche Akten genügend Belege überliefert.<sup>83</sup>

Die meisten löhanisch gesinnten Pfarrer im besonders betroffenen Dekanat Wassertrüdingen hatten bei den Reichstagswahlen 1877 ihre schon vor dem Urnengang von 1874 gezeigte politische Aktivität noch erheblich gesteigert und sich dabei »mit wenigen sehr ehrenwerten Ausnahmen« den Zorn des örtlichen liberalen Wahlkomitees zugezogen. »Sogar die heilige Stätte der Kanzel und der Kirche nicht achtend«, hatten die Geistlichen »in vielfach leidenschaftlicher Weise« Agitation betrieben und dabei manchmal den Kanzelparagraphen<sup>84</sup> verletzt. So jedenfalls stellten die liberalen Honoratioren, der örtliche Notar, einige Landbürgermeister und Ökonomen, den Sachverhalt dar. Angeblich ließ nur die Rücksicht auf den Frieden in den Pfarrgemeinden sowie »die Achtung vor dem geistlichen Stande« sie davon Abstand nehmen, auch die Namen jener Pfarrer zu nennen, auf die sogar der Kanzelparagraph anzuwenden wäre. Wer aber nun die Streitbarkeit der Liberalen im allgemeinen, ihr schlechtes Verhältnis zu den orthodoxen Pfarrern im besonderen in Rechnung stellte, hatte Mühe nachzuvollziehen, daß sie eine reelle Chance nicht nutzen sollten, um mißliebige NKP-Pfarrer beim Untersuchungsrichter anzuzeigen. Auch dem schließlich von liberalen Angehörigen der betreffenden Pfarrgemeinden angerufenen Konsistorium in Ansbach war die Eingabe zu vage. Da die

<sup>81</sup> Vor allem Georg Wilhelm Volk, von 1859 bis 1895 Pfarrer in Hüssingen und Ursheim. Vgl. Archiv des Neuendettelsauer Mutterhauses, S II 9: *Die Freunde Löhes und unsere Kontrahenten. Kurze Biographien zu den Bildern im Familienzimmer.*

<sup>82</sup> FZ, 15. Jan. 1874.

<sup>83</sup> Zum folgenden: LkAN OKM 2272, Konsistorium Ansbach an Dekanat Wassertrüdingen, 19. April 1877; SLP 22. März, 29. März, 3. Mai u 8. Mai 1877.

<sup>84</sup> Der im Kulturmampf eingeführte Strafrechtsstatbestand bedrohte unberechtigte Kritik des Klerus am Staat mit bis zu zwei Jahren Gefängnis.

Beschwerdeführer konkretere Angaben unterlassen hatten, vermochte die untersuchende Kirchenbehörde nicht zu erkennen, ob die angeschuldigten Geistlichen »lediglich aufgrund des ihnen zustehenden gesetzlichen Rechtes und innerhalb der gebührenden Schranken bei der letzten Wahlagitation sich beteiligt« oder wirklich gegen geltendes Gesetz verstößen hatten.

Aus dieser »Erkenntnis des kgl. Consistoriums« erhellte aber auch die Sympathie einer Mehrheit der evangelischen Landeskirche für die Arbeit der Parteikonservativen. Dies war jedenfalls zwischen den Zeilen aus dem Duktus jener Passage herauszulesen, die sich den liberalen Geistlichen widmete. Hatte nicht bei einer Wahlversammlung in Berolzheim, unweit von Wassertrüdingen, ein der liberalen Partei angehörender Geistlicher »sich unter den Wortsührern befunden« und wurde nicht auch das liberale »Fränkische Wochenblatt« von einem protestantischen Pfarrer redigiert? Schließlich saß sogar ein Pastor aus Westmittelfranken für die Liberalen im Landtag. Insofern schien es dem Konsistorium auch nur eine legitime Ausübung staatsbürgerlicher Rechte gewesen zu sein, daß sich »viele Geistliche ... für die Einbürgerung der Landpost« eingesetzt hatten.

Keine eineinhalb Jahre später beschäftigten das Ansbacher Konsistorium allerdings gravierendere Fälle, die sich diesmal nicht am Hesselberg, sondern am tief lutherischen Hahnenkamm<sup>85</sup> im Reichstagswahlkampf 1878 zugetragen hatten. Obwohl eine gegen den Hüssinger Pfarrer Poland angestrengte Untersuchung wegen Verstoßes gegen den Kanzelparagraphen vom Bezirksgericht Eichstätt wieder eingestellt worden war, schien Poland dem Ansbacher Konsistorium »vom kirchlichen Gesichtspunkt aus ... nicht voll gerechtfertigt, denn es mußte schon auffallen«, daß er unmittelbar vor den Wahlen ausgerechnet über Lukas 11, 23 und Matthäus 10, 32-33 gepredigt hatte. Poland bestritt im übrigen gar nicht, gesagt zu haben, »auch mit dem Wahlzettel könne man Christus verleugnen oder bekennen«. Dies mußte nach Ansicht des Konsistoriums ebenso »Mißverständnisse« hervorrufen wie Polands Bemerkungen in der Christenlehre, mit denen er kurz vor der Wahl die gebotene Zurückhaltung »in seiner amtlichen Funktion« nicht eingehalten hatte. Im Ergebnis wurde der nationalkonservative Pfarrer »aufs Dringlichste« ermahnt, vor allem auf der Kanzel »für alle Zukunft diejenige Vorsicht walten zu lassen, die auch der Apostel befiehlt und die sich sehr wohl mit männlicher Entschiedenheit verträgt«<sup>86</sup>.

Die scharfe Mißbilligung des Dorfpfarrers stand im zeitlichen Zusammenhang mit weiteren politisch-agitatorischen Vorkommnissen im Dekanat Dittenheim, und zwar bei einem Distriktsmissionsfest der Neuendettelsauer

85 Vgl. Hans ROSER, *Der Hahnenkamm in Franken*, Nürnberg 1980, S. 49.

86 LkAN Dekanat Heidenheim, Nr. 381: Konsistorium Ansbach an Dekanat Dittenheim, 28. Nov. 1878.

»Gesellschaft« im Juli 1878 in der Hahnenkamm-Gemeinde Ursheim. Mehrere Geistliche hatten sich dort in ihren öffentlichen Vorträgen auf die bevorstehenden Reichstagswahlen bezogen. Da war zum einen Georg Wilhelm Volk, der als Pfarrer auf dem Hahnenkamm großen Einfluß gewonnen und, wie ihm seine Neuendettelsauer Freunde später zugute hielten, der »ganzen Umgebung den Stempel konfessioneller Kirchlichkeit aufgeprägt« hatte. Aber auch in den »politischen Fragen jener Zeit trat er zähe für die konservative Sache ein«<sup>87</sup>. Daneben stand Pfarrer Baist aus Döckingen, den der hessische Kulturmampf nach dem Hahnenkamm verschlagen hatte. Als im Großherzogtum Hessen, wie schon in Preußen, lutherische und reformierte Konfession uniert werden sollten, war der dagegen »renitente« überzeugte Lutheraner 1875 seines Amtes enthoben worden, aber schon bald darauf in Westmittelfranken untergekommen.<sup>88</sup>

In seiner Ursheimer Rede befaßte sich Baist »nicht mit den Aufgaben der Mission und dem Worte Gottes«, sondern mit der »traurigen Lage der protestantischen Kirche in Hessen«, um durch diese Schilderung »für die bevorstehende Wahl der conservativen Partei vorzuarbeiten«. Baists Kollege Volk predigte gegen die bestehenden Staatsgesetze im Reich, welche »die Religion in den Hintergrund« drängten und appellierte, in den neuen Reichstag »nur kerngesunde und nicht wie bisher kernsaule Männer zu wählen«. Noch weiter ging Pfarrer Köberlin, aus dessen Philippika gegen den »falschen Liberalismus« eindeutig hervorging, daß er damit die am Schluß explizit erwähnten Nationalliberalen meinte. Nun waren diese Äußerungen nicht bloß im geschlossenen Kreise vor den Mitgliedern der »Gesellschaft«, sondern öffentlich »in der geheiligten Stätte der Kirche« gefallen, weshalb das Konsistorium Köberlins »unwürdige und gehässige Schmähung einer politischen Partei« scharf mißbilligte. Weiterungen hatte der Vorfall insbesondere auch für die »Gesellschaft«, die schließlich nur unter der Voraussetzung, rein religiöse Zwecke zu verfolgen, staatlich und kirchlich genehmigt war und jetzt der »sorgfältigsten und fortgesetzten Beachtung« des Kirchenregiments unterstellt wurde.<sup>89</sup>

In der Folgezeit hatten die Konsistorien in Ansbach oder sogar in München aber dennoch immer wieder Anlaß, sich mit den Pfarrern aus dem Umkreis der »Gesellschaft« zu beschäftigen, etwa wenn diese ohne höhere Genehmigung den Dreikönigstag zum Feiertag erhoben, wenn sie

87 Vgl. Archiv des Neuendettelsauer Mutterhauses, S II 9: *Die Freunde Löhes und unsere Konrektoren. Kurze Biographien zu den Bildern im Familienzimmer.*

88 RAIFFEISENBANK HAHNENKAMM (Hrsg.), *100 Jahre Raiffeisenbank Hahnenkamm*, Westheim 1984, S. 40.

89 LkAN Nachlaß Volk, Nr. 7, Rechtfertigung Pfr. Volks, 7. Juli 1878; Dekanat Heidenheim, Nr. 381: Konsistorium Ansbach an Dekanat Dittenheim, 28. Nov. 1878, sowie Kons. Ansbach, 6. Nov. 1878, Wahlagitation protest. Geistlicher.

den beim Wittelsbacher Jubiläum angeordneten Predigtgottesdienst nicht vollzogen, sondern statt von der Kanzel vom Altar aus redeten, oder verfrüh zur Kirche läuten ließen, um den in Aussicht genommenen seierlichen Aufzug geradezu zu vereiteln.<sup>90</sup> Besonders sträubte sich die Gruppe um Volk und Baist gegen eine Änderung der kirchlichen Trauformel, wie sie nach dem Reichsgesetz vom 7. Februar 1875 notwendig geworden war. Beim Oberkonsistorium war zunächst noch erwartet worden, daß die kämpferischen Pfarrer »wenigstens bescheidener auftreten würden«, aber bald verzichtete man in München darauf, bei den Betreffenden »an ihre Logik zu appellieren« und machte ihnen statt dessen unmißverständlich klar, daß eine Fortsetzung ihrer bisherigen Renitenz als »offene Auslehnung gegen das zu Recht bestehende Gesetz ... direkt ihre Stellung in der Landeskirche gefährden« müsse.<sup>91</sup>

Die »bekannten lutherischen Zeloten«<sup>92</sup> – wie ihre Gegner sie nannten – dürfen nun nicht für das Gesamtbild der evangelischen Geistlichkeit genommen werden, doch zeigten sie wie in einem Vergrößerungsglas, welche Erschütterungen das kultatkämpferische Vorgehen des Staates gegen die Kirche im bayerischen Protestantismus insgesamt auslöste und welche Handlungspotentiale es freizusetzen vermochte. Im ganzen evangelischen Bayern traten jedensfalls Pfarrer landauf landab ganz offen als – homiletisch versierte – Versammlungsleiter oder Diskussionsredner bei den Nationalkonservativen in Erscheinung.

Als ein gegnerischer Landtagsabgeordneter bei einer Veranstaltung im Rothenburger Wahlkreis sich zu lange »auf den Gemeinplätzen des Liberalismus« bewegt hatte, trat ihm »Pfarrer Müller von Mörlbach« entgegen und versuchte, »in begeisterter, oft von brausenden Bravorufen unterbrochener Rede, die Unwahrheit« der liberalen Politik darzulegen; offenbar mit Erfolg, denn nach der Rede mußte er zu seiner Kutsche eskortiert werden, weil das Gerücht sich verbreitet hatte, dem Pfarrer solle auf dem Nachhauseweg ausgelauert werden. Ebenfalls im Sommer 1878, bei einer konservativen Versammlung in Nördlingen, die bereits von einem Geistlichen geleitet wurde, ergriff »in mächtiger Rede« ein weiterer Pfarrer das Wort, beeindruckte das Publikum mit Belegen aus der Literatur und schloß: »Mit Gott für Kaiser und Vaterland!«<sup>93</sup> Sogar in der Kitzinger Gegend schließlich, einer protestantischen Enklave im ansonsten tief katholischen Unterfranken, streifte »am Sonntage Invocavit 1877« ein wegen der Diasporasituation vielleicht besonders »muckerischer Heißsporn« in Markt Steft »mit dem

---

90 LkAN Dekanat Heidenheim, Nr. 381: Konsistorium Ansbach, 17. Febr. 1881.

91 LkAN Dekanat Heidenheim, Nr. 381: Oberkonsistorium München, 13. Juli 1881.

92 So ein Mitglied des Protestantvereins. SRP, 10. Juli 1872.

93 SLP, 25. Juli, 27. Juli., 30. Juli 1878.

Ärmel am Kanzelparagraph<sup>94</sup>. Umkehr und Rückkehr zu Gottes Wort, so Pfarrer Eckart, sei vielen Liberalen »bis in die Seele hinein zuwider. Fortschritt wollen sie um jeden Preis.« Nicht alle Liberalen, aber doch »ihrer Viele« stünden »feindselig oder ... wenigstens gleichgültig zu dem göttlichen Wort«. Der nach dem Kanzelparagraphen ermittelnde Strafrichter konnte hier – trotz aller liberaler Empörung – allerdings »nichts heraushören, was eine Anklage gegen den Pfarrer« wegen seiner – bald darauf in Erlangen im Druck erscheinenden – Predigt begründet hätte.<sup>95</sup>

Die durch und durch kirchlich geprägten Nationalkonservativen empfanden, so sie nicht ohnehin selbst Pfarrer waren, den geistlichen Beistand als völlig legitim. Wenn »da und dort die Geistlichen ihr Scherflein« zu den ersten NKP-Erfolgen beitrugen, so sei das geradezu von ihrem Amtsverständnis her geboten: »Denn es handelt sich um das leibliche und geistliche Wohl unseres Volkes. Und daran mitzuarbeiten ist vor Allem die Pflicht der Geistlichen.« Schweigen bedeute demgegenüber, »neinen Verrath begehen am Heiligtum«<sup>96</sup>. Die Löhaner der Dettelsauer Missionsgesellschaft verwiesen dabei ausdrücklich auf das gute Beispiel der katholischen Geistlichen, welche »die Führerschaft des unerfahrenen Volkes« übernahmen und es »von Sieg zu Sieg« führten; daß bei den Evangelischen weltliche und geistliche Behörden darüber wachten, die Pfarrer von der Politik möglichst fernzuhalten, lasse einen großen Teil des protestantischen Volkes »in den Händen derer, die es zur liberalen Schlachtbank führen«<sup>97</sup>. Hatten also Pfarrer nicht jedenfalls »so gut ... wie irgend ein anderer Beamter« das Recht zum politischen Engagement? Tatsächlich litt die liberale Kritik am Amtsmißbrauch politisierender konservativer Theologen erkennbar darunter, daß sie liberalen Lehrern, Bürgermeistern, Bezirksamtmännern, aber auch liberalen Pfarrern »das Wegbleiben von öffentlichen Orten« noch nie so nahe gelegt hatten wie den NKP-Aktivisten.<sup>98</sup>

### Möglichkeiten und Grenzen nationalkonservativer »Pfarrerpolitik«

War die liberale Kritik an politisierenden konservativen Pfarrern auch noch so durchsichtig, so machte es im Ergebnis doch einen Unterschied, ob

<sup>94</sup> Vgl. W. GRASSER (wie Anm.34), S.91; die NKP lehnte den Kanzelparagraphen bezeichnenderweise ab, besser als ein Ausnahmegesetz sei eine Verständigung des Staates mit den kirchlichen Behörden, 22. März 1877.

<sup>95</sup> Vgl. *Kitzinger Anzeiger* sowie SLP, 26. April 1877.

<sup>96</sup> SRP, 6. Juli 1875: »Der Beruf des Geistlichen und die Politik«; ein verstorbener Pfarrer im Fichtelgebirge wurde im Nachruf ganz offen als »sehr treuer und eifriger Freund der konservativen Sache« gewürdigt. SLP 13. Nov. 1879.

<sup>97</sup> *Freimund*, 1881, S.374.

<sup>98</sup> SLP, 27. Aug. 1878.

Pfarrer sich vereinzelt für die Liberalen oder zahlreich für die Konservativen engagierten. Ausgrund ihrer besonderen Kirchennähe war die NKP ohnehin viel empfindlicher gegenüber dem Vorwurf, die Reinheit der protestantischen Lehre zu mißachten, und so unternahmen die Fortschrittsparteier erhebliche Anstrengungen, um alte protestantische Vorbehalte gegen eine Vermengung von Kirche und Welt zu mobilisieren. »Es hat sich eine neue Partei innerhalb des Protestantismus gebildet«, wurde der NKP entgegengehalten, obwohl der protestantische Geistliche nach den Grundsätzen der Reformation nur »der erste unter Gleichen« sein solle, »nicht Herr, sondern Gehilfe unseres Glaubens«. Die evangelischen Wähler, so hofften die Liberalen, würden aber schon demonstrieren, daß sie keine politische Einmischung der Geistlichen wollten.<sup>99</sup>

Die liberale Kritik an dem unprotestantischen konservativen Versuch, »den Staat der Kirche unterzuordnen«, ließ sich geschickt verknüpfen mit dem noch gefährlicheren Vorwurf, diese Strategie »Schulter an Schulter mit den Römlingen«<sup>100</sup> zu vers folgen. Schließlich war Luthers Zwei-Reiche-Lehre aus dem gegen den Papst gerichteten Vorwurf entstanden, staatliches und geistiges Regiment zu vermischen und zu pervertieren.<sup>101</sup> Und gerade im bikonfessionellen Franken hatte der Kulturmampf alte Ressentiments zwischen den Bekenntnissen belebt und vor allem in der protestantischen Provinz den tradierten Anti-Ultramontanismus verstärkt. Aus diesem aber sogen die fränkischen Liberalen seit den Tagen des Kniebeugestreits am meisten Honig. Daß sich die evangelischen Pfarrer zur Abwehr liberaler Kulturreformen immer wieder an die Seite der katholischen Partei gezwungen sahen, bot der anti-ultramontanen Agitation der Liberalen mithin ein reiches Betätigungsfield und machte dem in der NKP formierten politischen Protestantismus das Leben schwer.

»Ihr werdet Euch nicht auf eine Stufe mit dem ultramontan-katholischen Bauern Altbayerns stellen, der seine Weisungen vom Pfarrhof erhält«, polemisierte die Ansbacher Fortschrittspartei und erinnerte an den »bisherigen Ruhm der protestantisch mittelfränkischen Bevölkerung, welche immer für einsichtig, aufgeklärt, selbständig galt«<sup>102</sup>. Konservativ zu wählen, so wurde suggeriert, bedeute demgegenüber einen Bruch mit der fränkischen Tradi-

99 FZ, 19. Dez. 1873; die FZ-Redaktion vertrat selbst ganz offen diese Ansicht (FZ, 6. Dez. 1873), übte aber auch Kritik an Fortschritt lern, die glaubten, je mehr einer mit den Anschauungen einer positiven Religion gebrochen habe, desto entschiedener sei er Vertreter fortschrittlicher Richtungen.

100 FZ, 30. Dez. 1873.

101 Vgl. Heinrich BORNKAMM, *Luthers Lehre von den zwei Reichen im Zusammenhang seiner Theologie*, Gütersloh 1958, sowie Heinz-Horst SCHREY (Hrsg.), *Reich Gottes und Welt. Die Lehre Luthers von den zwei Reichen*, Darmstadt 1969.

102 FZ, 9. Jan. 1874.

tion. Sogar in Löhes Neuendettelsau, wo die alte liberale Stimmung am frühesten abkühlte,<sup>103</sup> glaubte man 1874 noch, den liberalen Reichstagsabgeordneten – bei allem Respekt vor dem konservativen Gegenkandidaten – wiederwählen zu müssen, um die »deutschen Tugenden ... der Treue und Dankbarkeit« an der Wahlurne zu üben.<sup>104</sup> Erst bei den Reichstagswahlen im Januar 1877 gelang es den vielgeschmähten »Reichspostlern« in ihrer Gunzenhausener-Dinkelsbühler Hochburg erstmals, den Kandidaten der Fortschrittspartei in die Stichwahl zu zwingen und landesweit ihre Stimmenzahl zu verdoppeln.<sup>105</sup> In den Wahlkreisen Westmittelfrankens lag sie durchgängig bei einem Viertel der abgegebenen Stimmen.<sup>106</sup> Und im Ansbacher Bezirksamt ragte vor allem das Ergebnis in Neuendettelsau heraus, wo die lutherische Bekennnistreue zwischenzeitlich größer geworden war als die noch wenige Jahre vorher beschworene Treue zum Liberalismus. Hatten die »Dettelsauer« 1874 fast geschlossen liberal gewählt, so erfuhr jetzt der lutherisch-orthodoxe Regierungsrat Vocke eine annähernd hundertprozentige Zustimmung.<sup>107</sup>

Daß die fränkischen Klein- und Mittelbauern insgesamt dem Liberalismus Ende der 70er Jahre immer häufiger den Rücken kehrten,<sup>108</sup> hing aber nicht in erster Linie mit dem pastoralen Einfluß zusammen, sondern war vor allem einer strukturellen Krise der Landwirtschaft geschuldet, die nun zunehmend das Bewußtsein bestimmte. »Kein anderer Stand unseres Volkes ist durch die neuere liberale Gesetzgebung so sehr benachtheiligt worden, als der Bauernstand«<sup>109</sup>, argumentierten die bayerischen Konservativen; und daß sich der »bisherige Wohlstand der Bauerndörfer unseres Altmühlgrundes« ebenso wie andernorts »im bedenklichen Maße zu verringern« begann, Zwangsversteigerungen und die vor allen kleinbäuerliche Auswanderung nach Amerika immer häufiger die Landbewohner beunruhigten, ließ auf der Suche nach einem Schuldigen die jüdischen Händler verstärkt in den Blick geraten. Abhilfe versprachen sich gerade die konservativen Bauern in Franken davon, »den Juden das Handwerk« zu legen.<sup>110</sup>

Pfarrer, die ihnen diesen Erklärungsansatz auszureden suchten, waren angesichts der antijudaistischen Traditionen im deutschen Protestantismus

<sup>103</sup> Unter den 200 Unterzeichnern des regionalen liberalen Wahlkomitees fand sich kein einziger Neuendettelsauer. FZ, 16. Jan. 1874.

<sup>104</sup> FZ, 8. Jan. 1874. Für Luthard wurde nur eine einzige Stimme abgegeben. FZ-Extrablatt, 11. Jan. 1874.

<sup>105</sup> SLP, 20. Jan. 1877.

<sup>106</sup> *Zeitschrift des Königl. Bayer. Statistischen Bureaus* 11 (1879), S. 191 f.

<sup>107</sup> SLP, 13. Jan. 1877.

<sup>108</sup> SLP, 18. Juli 1878.

<sup>109</sup> SLP, 25. Juli 1878.

<sup>110</sup> SLP, 10. Febr., 17. April 1880.

selten.<sup>111</sup> Obendrein hatten, wie es jetzt hieß, zwanzig Pfarrer »miteinander nicht so viel Jahreseinkommen, als ein einziger Landwucherer oft an einem einzigen »setten Hofhandel« verdient«<sup>112</sup>. Eine ganze Reihe protestantischer Geistlicher in Franken schloß sich einer 1880 reichsweit kursierenden antisemitischen Petition an, um Juden von hoheitlichen Ämtern und christlichen Schulen auszuschließen und jüdische Einwanderung zu verhindern. Besonders auf dem Lande unterschrieben »ganze Ortschaften ... Mann für Mann«<sup>113</sup>. Da das Thema damals »fast alle Gemüther beschäftigte«, in Rathäusern und Wirtshäusern »ventiliert« wurde, empfahl auch die Neuendettelsauer Gesellschaft für Innere Mission ihren Lokalversammlungen, darauf einzugehen. Und zwar anhand einer Broschüre, die Pastor Gotlieb August Schüler unter dem Titel »Die Judenfrage« publiziert hatte, und die sich u.a. mit dem Problem befaßte, »ob das jüdische Volk seine Bestrafung durch Gott sich hat zum Segen dienen lassen«<sup>114</sup>.

Der alte »christliche« Antisemitismus war also wirtschaftlich aufgeladen worden und erfüllte am Ende der 70er Jahre auch eine Art Scharnierfunktion, um den konservativen Themenwechsel vom Religiösen ins Ökonomische propagandistisch abzufedern. Denn nach dem Tod von Papst Pius im Februar 1878 ebbte der Kulturmampf spürbar ab und verlor der kirchenpolitische Gründungsimpuls bei den bayerischen Konservativen doch merklich an Bedeutung. »Schutz und Pflege der christlichen Religion« folgte im Januar 1879 erst als sechster und letzter Punkt im Programm des neugegründeten konservativen Wahlvereins im Erlanger Stimmkreis, während die ersten fünf Punkte der »gründlichen Reform der wirtschaftlichen Gesetzgebung« gewidmet waren.<sup>115</sup>

Die Bedeutung der Pfarrer für die nationalkonservative Parteiarbeit ließ aber dennoch nur ganz allmählich nach. Noch bis Mitte der 80er Jahre, als soziale und wirtschaftliche Themen auch auf dem Lande die konservativen Versammlungen bestimmten, blieb der NKP ein starkes lutherisches Element erhalten, das sich mit dem neuen Agrarkonservativismus fest verband. Bei einer Veranstaltung zur Reichstagswahl in Gollhofen im Oktober 1881 etwa zog, ganz so wie während des heftigsten Kulturmampfes, ein konservativer Pfarrer über die Liberalen her, die »vom Ersten bis

<sup>111</sup> Ein Beispiel gab etwa der Ermethofer Geistliche, der infolge eines Gerichtes, er sei Antisemit, die israelitische Gemeinde am Pfingstmontag in seinen Gottesdienst einlud und über den Bibeltext predigte: Das Heil kommt von den Juden. Vgl. FZ, 14. Juni 1881. Zum Antisemitismus der NKP vgl. vertiefend M. KITTEL (wie Anm. 9), S. 153-158.

<sup>112</sup> SLP, 15. Sept. 1881.

<sup>113</sup> LkAN OKM 2308: Kultusmin. an Oberkons., 9. Jan. 1881; SLP, 20. Nov., 30. Dez. 1880.

<sup>114</sup> FREIMUND, 1881, S. 20 f.

<sup>115</sup> StAN Kdl, Abg. 1932, II Nr. 853: Nicht näher datierter, wohl im Januar 1879 erlassener Aufruf »Mitbürger« des Conservativen Wahlvereins Erlangen.

zum Letzten« Kirchenverächter seien: »Ich konstatiere, daß bei Nennung des Namens Jesu Christi Liberale gelacht haben.« Ein liberaler Tierarzt, Mitglied im Kirchenvorstand, protestierte gegen diese noch »niemals da gewesene« Verlegung der Kirche ins Wirtshaus, mußte es aber ertragen, daß noch weitere vier Pfarrer aus den Nachbardörfern im konservativen Sinne das Wort ergriffen.<sup>116</sup> Auch in Roßtal, das »ganz konservativ« wählte, hatte ein konservativer Pfarrer aus der Nachbarschaft eine Versammlung durchgeführt.<sup>117</sup>

Angesichts dieses anhaltenden Engagements verwundert es nicht, daß die Partei ihre Versammlungen aus Rücksicht auf den Zeitplan der Pfarrer »immer Anfang der Woche«<sup>118</sup> abzuhalten bestrebt war. Erst nach Gründung des Mittelfränkischen Bauernvereins 1885 brauchte sich die Parteiorganisation nicht mehr »auf unsere Pfarrer« zu stützen,<sup>119</sup> sondern konnte zunehmend auf die bäuerlichen Verbandsstrukturen aufbauen.<sup>120</sup> Die sich nun – in liberalen Augen – herausbildende »Mischung kecksten Agrariertums und Stoeckertums«<sup>121</sup> blieb für die bayerischen Konservativen auf Jahre hinaus kennzeichnend. Als der Bierbrauer und Ökonom Friedrich Lutz aus Heidenheim am Hahnenkamm 1887 seinen konservativen Mittelfränkischen Bauernverein vor den Landtagswahlen auf ein Bündnis mit den Katholiken festlegte, entrüsteten sich die Nationalliberalen am Hesselberg: Nur wenige evangelische Pfarrer seien mit dem Bündnis einverstanden und die örtlichen Führer der Konservativen Partei hätten Lutz dazu nicht ermächtigt. Lutz berief sich demgegenüber auf »die protestantischen Geistlichen im Altmühlthal«, die ihm zu diesem Vorgehen geraten hätten.<sup>122</sup> Auch als er einige Jahre später, im März 1890, als erster bayerischer Konservativer den Einzug in den Reichstag schaffte, hatte er während des von wirtschaftlichen Fragen bestimmten Wahlkampfs versichert, das »entschiedene Stehen zu den Grundsätzen des Christentums« sei »das hauptsächliche Merkmal« der Konservativen Partei.<sup>123</sup>

Jedenfalls wäre der Aufbau der Partei ohne die massive Unterstützung der evangelischen Pfarrer schlechterdings unvorstellbar gewesen, was nicht nur

<sup>116</sup> FZ, 27. Okt. 1881.

<sup>117</sup> FZ, 20. Juli 1881.

<sup>118</sup> BAK NI Fechenbach Nr 155, Pfaff an Fechenbach, 9. Nov. 1881.

<sup>119</sup> EBD.

<sup>120</sup> Zur Entwicklung der bayerischen Konservativen in den 80er Jahren vgl. die Skizze bei Karl MÖCKL, *Die Prinzregentenzeit. Gesellschaft und Politik während der Ära des Prinzregenten Luitpold in Bayern*, München-Wien 1972, S. 215 f.

<sup>121</sup> FZ, 1. Mai 1887.

<sup>122</sup> FZ, 22. Juli, 23. Juli 1887.

<sup>123</sup> FZ, 14. Febr. 1890.

aus publizistischen und amtlichen Quellen<sup>124</sup>, sondern auch aus dem bruchstückhaft überlieferten, »parteiinternen« Schriftverkehr hervorgeht.<sup>125</sup> Ge- wiß hat keiner für ein Parlament kandidiert, wobei Rücksichtnahme auf die Außenwirkung der ohnehin in klerikalem Ruf stehenden Partei ebenso eine Rolle spielen mochte wie das theologische Selbstverständnis der konservativen Geistlichen. Denn nach der Zwei-Reiche-Lehre schuf das auf ewige Ziele hingeordnete Christentum weder politische Erfahrung noch Erkenntnis; die »letzte christliche Tugend und Weisheit« wirkte nicht in der vergänglichen Sphäre der Politik, hier zählte statt Gesinnung fachliches Können. Dennoch scheint uns die Neigung, sich auf den lutherischen Quietismus zurückzuziehen, nicht das für die gesamte Pfarrerschaft Entscheidende gewesen zu sein; schon deshalb nicht, weil der bayerische Protestantismus keineswegs »politisch zersplittet«<sup>126</sup> war, sondern eine breite »positive«, aus Pietismus und Neuorthodoxie gespeiste Mehrheit<sup>127</sup> den Ton angab und wenigstens Verständnis für jene Aktivisten aufbrachte, die etwa im Ries oder in Katzwang sogar den Vorsitz konservativer Lokalvereine übernahmen oder im Landesvorstand mitarbeiteten.<sup>128</sup>

Der protestantische, zumal der lutherische Pfarrer war infolge seines grundsätzlichen Rückzugs aus dem politisch-gesellschaftlichen Raum tatsächlich kaum in der Lage, »politische Vorgänge anders als theologisch zu beurteilen«<sup>129</sup>. Welche – eminent politischen – Folgen das aber haben konnte, war schon bei Löhe ersichtlich geworden. Der Dettelsauer Pfarrer hatte sein prinzipielles Bekenntnis zur politischen Neutralität Mitte des 19. Jahrhunderts relativiert und in Erwartung des göttlichen Gerichts über den

124 Ein frühes Beispiel für viele: StAN Kdl, Abg. 1968, II. Nr. 180, Wochenbericht des königlichen Regierungspräsidiums, Ansbach, 17. Dez. 1873.

125 Es gibt keinen Grund etwa an der Zuverlässigkeit einer Aussage Friedrich Pfaffs zu zweifeln, der in bezug auf die Verteilung konservativer Flugblätter in einem persönlichen Schreiben an den Freiherrn von Fechenbach ausdrücklich die guten Dienste lobt, welche die Pfarrer dabei bisher geleistet hätten. BAK NL Fechenbach Nr. 155, Pfaff an Fechenbach, 9. Jan. 1881.

126 So W.K. BLESSING (wie Anm. 13), S. 201.

127 Anders als in England und in den skandinavischen Ländern war der Pietismus nicht nur in Bayern, sondern deutschlandweit ein politisch konservatives Bündnis mit der protestantischen Orthodoxie eingegangen. Vgl. Günter OPITZ, *Der Christlich-Soziale Volksdienst. Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1969, S. 32.

128 Pfarrer blieben der NKP als Mitglieder im übrigen auch dann noch verbunden, als die Partei ab Mitte der 80er Jahre zunehmend einen agrarischen Charakter annahm. In den untersuchten lokalen Parteiführungen von Gunzenhausen, Erlangen, Nürnberg, Heidenheim, Rothenburg, Schwabach, Neuendettelsau und dem Ries stellten sie fast fünf Prozent der Mitglieder. Vgl. StAN Kdl Abg. 1952, Nr. 1697, 1698, LRA Ansbach Abg. 1961, Nr. 2308, 2309; Stadtarchiv Nördlingen, G 1/2,4.

129 Horst ZILLESSEN, *Protestantismus und politische Form. Eine Untersuchung zum protestantischen Verfassungsverständnis*, Gütersloh 1971, S. 43.

großen sittlichen »Abfall« erkannt: »Es wird ohnehin bald gebieterische Pflicht werden, daß die Kirche in den Kampf geht ...«<sup>130</sup>. Löhes Nachfolger, der Neuendettelsauer Diakonissenrektor Friedrich Meyer, sah in den kulturpolitischen Konflikten ebenfalls einen »gewaltigen Kampf« der »Kirche Gottes ... mit der christusfeindlichen Staats- und Weltmacht«<sup>131</sup>.

Insofern lag die Verbindung nah, die der Luthardt-Kreis in den Jahren vor der NKP-Gründung 1872 mit Pfarrer Karl August Mühlhäuser aufnahm. Mühlhäuser hatte das evangelisch-konservative Lager im badischen Kulturmampf gecinigt und bereits 1867 erfolgreich zum Landtag kandidiert. Er vertrat die Auffassung, Geistliche könnten ebensogut am politischen Leben teilnehmen wie jeder Christ. Der Staat sei als die Gemeinschaft des sozialen sittlichen Lebens nicht »Welt« im Gegensatz zum Reiche Gottes, sondern wie Kirche oder Familie ein wesentlicher Faktor des Reiches Gottes. Mit seiner theologisch nicht unproblematischen Interpretation der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre hatte Mühlhäuser offensichtlich auch dem politischen Protestantismus in Bayern einen Weg gewiesen.<sup>132</sup>

So wie das Zentrum die katholischen Belange vertrat, beanspruchte die NKP »die Rechte ihrer Kirche« zu wahren<sup>133</sup> – manchmal sogar entschiedener als deren Führung selbst. Das lokale Netz der Wahlorganisation war beim sektoralen politischen Protestantismus in Bayern ebenso fest in der Hand des Klerus und seiner religiösen Klientel wie beim politischen Katholizismus. Obendrein war auch die Nähe der führenden nationalkonservativen Laien zur evangelisch-lutherischen Kirche evident, deren Synoden sie selbst oder andere Familienmitglieder angehörten.<sup>134</sup> Der von den Liberalen als »Bet-bruder« karikierte Regierungsrat Vocke, der mehrmals ein Reichstagsmandat für die NKP anstrehte, war etwa im Sturm auf Harleß 1870 politisch erweckt worden.<sup>135</sup> Zum kaiserlichen Oberrechnungsrat in Potsdam aufgestiegen, stellte sich der alte Ansbacher seiner Partei in der Heimat zur Verfügung

---

130 Wilhelm LÖHE, *Gesammelte Werke*, hrsg. von Klaus GANZERT, Erster Band, Neuendettelsau 1986, S. 203.

131 Emil KRAUS, *Friedrich Meyer. Pfarrer und Rektor der Diakonissen in Neuendettelsau. Ein Lebensbild*, Gütersloh 1895, S. 276.

132 Vgl. S. WOLF (wie Anm. 6), S. 56-64; A.E. LUTHARDT (wie Anm. 24), S. 269 f.

133 SRP, 22. Juni 1875.

134 Neben Luthardt sei nur auf die konservative Politikerfamilie der Bauereisen am Hesselberg verwiesen, die im Kaiserreich von Johann Friedrich und Georg Friedrich Bauereisen begründet wurde. Vgl. Frank BAUMEISTER (Hrsg.), *Hesselbergland. Land und Leute in Ehingen, Dambach und Lentersheim*, Gunzenhausen 1991, S. 445.

135 Vocke, ein Jurist, hatte die von liberalen Protestanten an den König gerichtete Forderung, Harleß zu entlassen, als Verfassungsbruch verworfen und sah sich deshalb heftigen Anfeindungen ausgesetzt. FZ, 12. Febr., 15. Febr. 1870, SLP, 9. Jan. 1877, 4. Juli 1878.

und machte auch als Kandidat kein Hehl daraus, daß er »dem evangelischen Glauben mit Überzeugung ergeben« war<sup>136</sup>.

Gleichermaßen galt für eine ganze Reihe von Ansbacher Bezirks- und Landesgerichtsräten, die das Bild der Partei nach außen – neben den Pfarrern – entscheidend prägten. Charakteristisch für den verbreiteten Typus des lutherisch-orthodoxen Gerichtsrats waren Männer wie der Gründungsvorsitzende des Ansbacher Konservativen Vereins, Landgerichtsrat Hermann Glaser<sup>137</sup>, sowie die ebenfalls in Ansbach amtierenden Bezirksgerichtsräte Hermann von Haas, wiederholt NKP-Reichstagskandidat<sup>138</sup>, und Friedrich Hommel, der Bruder einer evangelischen Diakonisse, der vor seiner Ansbacher Zeit 1844 bis 1848 am Landgericht Heilsbronn gearbeitet hatte und sonntäglich acht Kilometer nach Neuendettelsau gegangen war, um Löhe predigen zu hören.

Mit NKP-Funktionären wie Luthardt war Hommel freundschaftlich verbunden. Bei den Landtagswahlen 1875 schrieb er, auf Wunsch konservativer Ansbacher Gerichtsratskollegen, den Neuendettelsauer Diakonierektor Meyer an, übersandte ihm NKP-Flugblätter und bat ihn, sie über Mitglieder der »Gesellschaft« in Privathäusern, Gasthäusern oder anderen öffentlichen Lokalen unter die Leute zu bringen. Die kirchlich Gesinnten, so Hommel, müßten »mit den Leuten reden und ihnen zur Pflicht machen«, nur solchen Wahlmännern ihre Stimme zu geben, »welche geneigt und entschlossen sind, konservative Abgeordnete zu wählen und keine Liberalen«<sup>139</sup>. Solch zielgerichtetes Engagement führte schließlich dazu, daß es bei den Landtagswahlen anfangs der 80er Jahre in den festen Burgen der lutherischen Orthodoxie, in den Amtsgerichtsbezirken Heilsbronn und Heidenheim, wohin die Dettelsauer »Löhaner« besonders ausstrahlten, sogar erstmals konservative Mehrheiten unter den Wahlmännern gab, im Wassertüdinger Amtsgericht, also um den Hesselberg herum, eine starke Minderheit.<sup>140</sup>

Daß Pastoren nicht selbst als NKP-Abgeordnete in Erscheinung traten, war im Blick auf die Substanz beider Parteien eher eine Äußerlichkeit. Denn Theologen und kirchliche Laien standen Pate bei allen wesentlichen Stationen in den Gründerjahren der Nationalkonservativen. Das religiöse Fundament prägte auch Rhetorik und Stil der Partei, die sich von ihrem liberalen Gegner nicht zuletzt dadurch abheben wollte, daß sie »an einen

<sup>136</sup> SLP, 4. Jan. 1877.

<sup>137</sup> SLP, 17. Jan. 1880.

<sup>138</sup> SLP, 4. Jan. 1877.

<sup>139</sup> Archiv des Mutterhauses, Neuendettelsau, A II k, Handschriften Nr. 66; LKAN Nachlaß Hommel, Nr. 70, Nr. 98, sowie Hildebrecht HOMMEL, *Die Tagebücher von Friedrich Hommel 1828-1892*, in: Heinrich BORNKAMM u.a. (Hrsg.), *Der Pietismus in Gestalten und Wirkungen. Martin Schmidt zum 65. Geburtstag*, Bielefeld 1975.

<sup>140</sup> Zeitschrift des Königl. Bayer. Statistischen Bureaus 14 (1882), S. 37.

persönlichen und dreieinigen Gott glaubt und diesen Glauben auch unverhohlen in Wort und Schrift bekennt«<sup>141</sup>. Aufs Ganze gesehen unterliegt es also keinem Zweifel, daß es mit der NKP im evangelischen Franken eine dem Katholizismus der Zentrumspartei sektorale vergleichbare Aktivität auf protestantischer Seite gegeben hat,<sup>142</sup> eine Partei, der man nicht nur »unter anderem ... einen konservativ-protestantischen Charakter zuschreiben darf«<sup>143</sup>, sondern deren kirchlich-konfessioneller Einschlag dominierte.

---

141 SLP, 6. Jan. 1877.

142 W.K. BLESSING, *Gottesdienst* (wie Anm. 1), S. 223, vertritt die gegenteilige These, räumt aber ein (W.K. Blessing, *Staat und Kirche*, wie Anm. 13, S. 200 f.), »nicht wenige Pfarrer« hätten in den 70er Jahren öffentlich politisch Partei genommen und »ganze Dekanate« beunruhigt; erklärte Liberale seien nach der Jahrhundertmitte Außenseiter geworden.

143 H. Gollwitzer (wie Anm. 4), S. 12.

## Kulturkampf und Zentrum im Denken Luigi Sturzos und der Popolari

Von Stefano Trinchese\*

In Luigi Sturzos Betrachtungen zum politischen Katholizismus in Deutschland spielt seine Bewunderung für die deutsche Zentrumspartei in ihrem Kampf gegen Bismarck eine besondere Rolle. Zu verschiedenen Zeiten und mit unterschiedlicher Betonung und Interessenlage unterstrich der Führer der katholischen Volkspartei Italiens, des Partito Popolare Italiano (PPI), mehr oder weniger kontinuierlich die historische Bedeutung der »Schlachten«, die das deutsche Zentrum im Kulturkampf zwischen 1871 und 1878 geschlagen hatte. Noch wenige Monate vor seinem Tod 1958 wies Sturzo in einer bedeutsamen Stellungnahme zu den grundsätzlichen Entscheidungen der christlichen Demokraten Italiens auf die allgemeine Geschichte der Beziehungen hin, die sich im Lauf der Jahrhunderte zwischen dem Christentum und den politischen Organisationsformen der Gesellschaft etabliert hatten: »Das ist die Theorie seit zweitausend Jahren bis heute; weder Napoleon noch Wilhelm von Hohenzollern haben sie geändert – man erinnere sich an den deutschen Kulturkampf – noch Combes, noch Stalin.«<sup>1</sup> Noch achtzig Jahre nach dem Ende hatte die Frage des Kulturkampfes in Sturzos Betrachtungen offenbar nichts von ihrer Dringlichkeit verloren.

Sturzo sprach von der alten christlichen Herrschaftslehre, wie er sie in Rom in den Werken von Thomas von Aquin studiert hatte. In einer Schrift, die zwar nicht speziell diesem Thema gewidmet, sondern für eine Kongressdebatte gedacht war, hatte er einige große, allerdings eher heterogene historische Beispiele der Staat-Kirche-Beziehung zusammengestellt, deren Gemeinsamkeit er herauszustellen suchte. Die Fallsammlung sollte offenbar zeitgebundene Thesen stützen. Erst kurz zuvor hatte der aus Caltagirone stammende Priester und Politiker Sturzo seinen Gedanken präzisiert und die politische Grundidee seiner Arbeit an der Idee vom Zentrum festgemacht, welche er dann nach dem Zweiten Weltkrieg als sichere Ausgangsbasis für eine moralische Erneuerung in der Krise der politischen Werte bezeichnete. »Die berühmtesten Zentrumsparteien sind, vom letzten Jahrhundert an, das

\* Aus dem Italienischen übersetzt von Christiane Liermann. Vgl. Stefano TRINCHESE, *Governare dal Centro. Il modello tedesco nel «cattolicesimo politico» italiano del '900*. Rom 1994.

1 Luigi STURZO, *La D.C. al bivio*, Neapel 1958, S. 156.

›Zentrum‹ im Deutschen Reichstag und die irische im House of Commons. Diese Parteien haben, obwohl sie nicht an der Regierung beteiligt waren, Männer von höchster politischer Statur in Deutschland und in England dazu gezwungen, ihre Positionen und Vorschläge zu akzeptieren, und sie waren siegreich in den historischen Auseinandersetzungen des ›Kulturkampfes‹ und bei der Befreiung Irlands. Diese Position des Zentrums – so hatte Sturzo weiter ausgeführt – »wurde in den Jahren zwischen 1899 und 1904 im kleinen Rahmen eines Gemeinderats der Provinz [in Caltagirone] vertreten, und sie hat den Autor dieses Artikels derart gestärkt, daß er in den Wahlen des Jahres 1905 eine Mehrheit erhielt.«<sup>2</sup>

Diese letzte wichtige Stellungnahme, die dann in einem Leitartikel des »Giornale d'Italia« am 28. März 1957 erschien, sagt viel darüber aus, welches Gewicht der Zentrumsgedanke, vermittelt und angeregt durch das deutsche Beispiel, für Luigi Sturzos politische Erfahrungswelt besaß. Man kann sagen, daß bei ihm wie bei De Gasperi – allerdings mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Konsequenzen – die Betrachtung des Modells der deutschen Zentrumspartei tatsächlich eines der entscheidenden Elemente vieler seiner Grundeinstellungen war. Diese Einschätzung scheint sich in den verschiedenen Etappen seines Denkens auch nicht geändert zu haben.

Zugleich war Sturzo ein viel zu nüchterner Beobachter der Politik seiner Zeit, um sich nicht über die Klassengebundenheit, die der politischen Position des Zentrums zugrunde lag, im klaren zu sein: »Zuerst hat das konservative Bürgertum und dann das radikale Bürgertum die Vorherrschaft in den demokratischen Ländern innegehabt. In Deutschland und in Österreich dagegen haben sich vor 1914 Aristokratie, Militär und Hohe Geistlichkeit mit dem Finanz- und Industriebürgertum verbunden.«<sup>3</sup>

Knapp dreißig Jahre nach dem Ende des Kulturkampfes zeigen die Schriften der Jahre 1900 und 1901 sowie die Artikel, die Ende des Jahres 1904 und 1905 in »La Cultura Sociale« erschienen, wie bedeutend für Sturzos Überlegungen die Beispiele aus dem deutschen Raum waren, besonders die Erfahrung des deutschen politischen Katholizismus in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts.<sup>4</sup> In einem Aufsatz über »Das Problem der nationalen katholischen Partei«, erschienen am 1. Oktober 1904, hatte Sturzo sehr klar die Veränderungen analysiert, welche die päpstlichen Beschlüsse desselben Jahres für die katholische Bewegung in Italien zur Folge hatten.

---

2 Luigi STURZO, *Crisi politica e ripresa morale*, Neapel 1957, S. 84-85.

3 Luigi STURZO, *La Società. Sua natura e leggi*, Bergamo 1950, S. 332. Sturzo schreibt hier in den Jahren der Wiederherstellung der Demokratie in Italien.

4 Luigi STURZO, *Sintesi sociali. L'organizzazione di classe e le unioni professionali. Scritti pubblicati su »La Cultura Sociale« (1900-1905)* (Opera Omnia, serie II, vol. I), Bologna 1961, S. 2.

Er hatte auch mit Nachdruck die anzustrebenden Ziele und die geeigneten Quellen aufgezeigt, aus denen sich die Erneuerung der politischen Aktion der italienischen Katholiken speisen sollte. Die Note Pius' X. betraf die Verordnung Grosoli: Nach der dann erfolgten Demissionierung Grosolis löste das Staatssekretariat die *Opera dei congressi* Ende Juli auf.<sup>5</sup>

Pietro Scoppola hat auf die schwerwiegenden Auswirkungen jener Weisung auf die politische wie auch religiöse Vitalität des italienischen Katholizismus hingewiesen: »Die *Opera dei congressi*«, schreibt Scoppola, »hinterließen bei ihrem Verschwinden der katholischen Welt das außerordentlich heikle Problem der Beziehung zwischen religiöser Glaubenshaltung und weltlicher, politischer und sozialer Aktivität, das auf theoretischer wie auch auf praktischer Ebene eine komplexe und sensible Lösung erfordern sollte. Nämlich das Problem von Verantwortlichkeit und Autonomie der politischen Aktion, so daß sie den veränderlichen Zeiterfordernissen angemessen ist und doch zugleich die tiefen Werte bewahrt, die dem Handeln des Christen zugrundeliegen.«<sup>6</sup>

Mit dem Abbruch der Bemühungen um eine autonome Partei der Katholiken nahm in Italien auch das Interesse für die politischen Angelegenheiten des katholischen Deutschland ab, und es begann eine Phase, die vom Kompromiß mit den Liberalen im »Patto Gentiloni« geprägt war. Nach dem Krieg und nach dem Bruch mit der deutschen Welt fand dann eine verstärkte Hinwendung zur französischen politischen Kultur statt. Während das Zentrum in Deutschland also tatsächlich weiterbestand, wurde es in Italien zum Mythos.

Im Schlußteil eines wichtigen Artikels nannte Luigi Sturzo eindeutig die Bedingungen für die zukünftige eigenständige Organisation der katholischen Kräfte: die schrittweise Überwindung des »Non expedit«, des kirchlichen Verbots politischer Betätigung, und den Eintritt einer »neuen, weder neutralen noch auf das öffentliche Leben unvorbereiteten Kraft« in die Politik; die »Aufhebung der politischen Blockierung der Katholiken bei Wahrung der Rechte des Heiligen Stuhls«; die Beendigung der »römischen Frage«; vor allem die Möglichkeit einer »weltlich-bürgerlichen und sozialen sowie klar demokratischen« Partei an Stelle der zu jener Zeit avisierten »klerikal-kirchlichen« Lösung. Noch in Frageform gekleidet, bildeten diese Themen für ihn die Basis für die nicht mehr ferne Überwindung mittler-

---

5 Über die »*Opera dei congressi*« und ihre Krise vgl. Angelo GAMBASIN, *Gerarchia e laicato cattolico nel secondo Ottocento*, Padua 1969, sowie die vorausgehenden Werke des Autors; aufschlußreich dazu F. TRANELLO, *L'opposizione cattolica e la Sinistra*, in: *Il Politico*, 13 (1978), S. 236-248.

6 Pietro SCOPPOLA, *Dal neoguelfismo alla Democrazia cristiana*, 3. Aufl. Rom 1979, S. 102.

weile veralteter Positionen: Die Unsicherheiten und die programmaticischen Streitigkeiten »werden schließlich die Idee hervorbringen und stark machen, die sich ausbreitet, so daß nur wenigen, sehr wenigen das Erbe verblichener Zuneigung zu den Bourbonen und den Lothringern, die alten Methoden intoleranten Streits, die brüchige Last überholter Phrasen, die vergebliche Hoffnung auf Rückkehr zur Vergangenheit zufällt.« Das war tatsächlich der Nachruf auf eine Epoche, aus der die durchaus noch aktiven Anhänger der alten vorunitarischen staatlichen Ordnung stammten, deren politische Aktivität die Lösung – beziehungsweise die Fortschreibung – der päpstlichen Frage zum Ziel hatte, während einige traditionalistische Katholiken sogar noch davon träumten, sich um Hilfe an die christlichen Herrscher Deutschlands oder Österreichs zu wenden. Im Gegensatz dazu waren die frischeren Kräfte des demokratischen Katholizismus schon vom Alter her entfernt von jener dramatischen Vergangenheit.<sup>7</sup>

Sturzo erlebte auf diese Weise, daß seine eigene Erkenntnis vorweggenommen und umgangen wurde, den Entscheidungen der Hierarchie durch die Demissionierung aller Führungskräfte der Opera dei congressi zuvorzukommen, wie er Filippo Meda<sup>8</sup> in einem Brief vom Juli 1904 mitgeteilt hatte. Daher mußte ihm die radikale Option für eine von allen »bourbonischen Hypothesen« befreite Bewegung, wie Gabriele De Rosa formuliert hat, als einziger Ausweg aus dem Zustand der Handlungsunfähigkeit erscheinen. Wir werden sehen, wie sich bei Sturzo dann bald, ausgehend von dieser Einsicht, die Idee einer nationalen Partei der Katholiken sowie ein ausgewogeneres Urteil über die Auswirkungen der Entscheidung Pius' X. entfalteten.<sup>9</sup>

#### Das soziale Engagement der deutschen Katholiken: Karl Sonnenschein

Bei seinen Gesprächen mit dem schon betagten Sturzo notiert De Rosa für den Abend des 24. November 1958 folgende Erinnerungen: »Gegen 20.30 Uhr bei den Canossianern. Mit der heutigen Sitzung schließen wir Sturzos ersten Lebensabschnitt ab, der geprägt war von der programmaticischen Rede von Caltagirone im Jahr 1905. Er [Sturzo] beginnt, wie häufig bei unseren Unterredungen, mit einigen Klarstellungen. Caltagirone war in jenen Jahren

<sup>7</sup> *Critica Sociale* 19, 1904. Hier spricht Sturzo positiv von der Lektion in Sachen Autonomie und politischer Würde durch die deutsche Zentrumspartei, eine Lektion, die er den Gesprächen mit Karl Sonnenschein entnahm.

<sup>8</sup> Filippo Meda (1869-1939), Führer des Zentrums der katholischen Jugendorganisation, unternahm 1904/5 den Versuch, in Italien nach deutschem Modell eine Zentrumspartei zu gründen, wurde aber von der Kirche daran gehindert. Als Führer der Katholiken auf nationaler Ebene war er 1916 an der Regierung des nationalen Bündnisses beteiligt – als erster katholischer Minister in einer Regierung des liberalen Italiens.

<sup>9</sup> Gabriele De ROSA, *Luigi Sturzo*, Turin 1977, S. 126.

zum Zentrum auch ausländischen Interesses geworden. Nicht nur Romolo Murri<sup>10</sup> kam ihn hier besuchen, sondern auch Sonnenschein, den er in Rom als Schüler des Collegio Germanico kennengelernt hatte. Als Sturzo zum Priester geweiht wurde, kam Sonnenschein nach Caltagirone. Er war ein stattlicher Mann, groß und breit. Wenn sie beieinander standen, gaben sie ein lustiges Bild ab.<sup>11</sup>

Sonnenschein war als Priester und Leiter der katholischen Jugend von Düsseldorf, Köln und Bonn ein einflußreicher Initiator der Sozialbewegung des rheinischen Katholizismus und genoß in Deutschland den Ruf, den Problemen seiner Zeit aufgeschlossen gegenüberzustehen. Er hatte in Rom, wo er um die Jahrhundertwende studierte, Romolo Murri kennen- und schätzengelernt und bei der Gründung der ersten »christlichen Demokratie« mitgewirkt, deren eindrucksvolle Neuheit und gewagte Lehren er auch in Deutschland verbreitete. Italien hatte er lange Zeit bereist, ostmals in Begleitung seiner Freunde Vercesi und Sturzo, wobei er unter anderem die Initiativen des lombardischen oder sizilianischen Katholizismus auf sozialem Gebiet kennengelernt hatte. Sonnenschein hatte außerdem damit begonnen, von Deutschland aus unter dem Pseudonym L. Saalenstein bei der »Cultura Sociale« mitzuarbeiten, wie es in den letzten Monaten seines Romaufenthalts 1901 verabredet worden war. Er sprach sehr gut Italienisch und war auf diversen Versammlungen und bei Veranstaltungen der Democrazia Cristiana aufgetreten. Als hervorragender Organisator der rheinischen katholischen Jugend hatte er anlässlich des Heiligen Jahres im August 1900 am internationalen Jugendkongreß in Rom teilgenommen.

Sonnenschein hatte später auch Giovan Battista Valente sehr geholfen, die christlich-sozialen Gewerkschaften unter den italienischen Emigranten in Deutschland ins Leben zu rufen, ein Engagement, das sich von den ersten Jahren des Jahrhunderts bis zum Ausbruch des I. Weltkriegs hinzog. Aber es ist aufschlußreich zu sehen, daß der deutsche Politiker und Gewerkschafter,

10 Romolo Murri (1870-1944), Priester und Journalist, Organisator der katholischen Jugendbewegung, Herausgeber verschiedener Zeitschriften wie *Vita Nova* und *Cultura Sociale*. Murri war ein Mann von großer, allerdings unsystematischer Bildung, von unabhängigem, unruhigem Charakter. Er rief zusammen mit anderen jungen Vertretern der katholischen Bewegung die erste »Democrazia Cristiana« ins Leben (1899); die Kirche mißbilligte sein Vorgehen ebenso wie seine Initiative. Er wurde als Modernist verurteilt und exkommuniziert.

11 Gabriele De ROSA, *Sturzo mi disse*, Brescia 1982, S. 121-122. Ein sehr gutes Bild des kulturellen Aufstiegs und des praktischen Erfolgs des sozialen Katholizismus in Deutschland gibt das klassische Werk von Wilhelm SPAEL, *La Germania cattolica nel XX secolo, 1890-1945*. Mit einem Nachtrag zur italienischen Ausgabe von M. BENDISCIOLL, Rom 1974. Die Seiten 71-89 und 335-345 befassen sich mit Sonnenschein. Für den Gesamtzusammenhang des Themas vgl. Ulrich von HEHL, *Zwischen Kaiserreich und Drittem Reich. Politische Erfahrungen am Beispiel von Wilhelm Marx*, in: *Die Minderheit als Mütze. Die Deutsche Zentrumspartei in der Innenpolitik des Reiches (1871-1933)*, hrsg. von Winfried BECKER, Paderborn 1986, S. 111-132.

der den Kern der Lehre Romolo Murris wirklich verstanden hatte, wie aus seinen Memoiren hervorgeht<sup>12</sup>, zugleich auch sehr wohl zwischen Sturzos Konzept und demjenigen des Priesters und Journalisten aus den Marken, dem geistigen Vater der »Cultura Sociale« sowie zuvor der »Vita Nova«, zu unterscheiden wußte, wie De Rosa bezeugt: »»Sonnenschein«, so lauten Sturzos eigene Worte, ›begriff den Unterschied zwischen mir und Romolo Murri.««<sup>13</sup>

Sturzos langjährige Verbindung zu einem prominenten Vertreter des deutschen Katholizismus bestätigt den Einfluß, den das Beispiel des Zentrums auf ihn hatte, eines Modells, dessen er sich ebenso wie des immer wieder von ihm erwähnten irischen Vorbilds und des nicht minder oft genannten Beispiels der belgischen katholischen Partei bewußt war. Sturzo verfolgte aber auch die Geschehnisse in Österreich um Baron von Vogelsang, »einen scharfen Gegner der kapitalistischen Wirtschaft, wegen der Zinsgeschäfte, die ja tatsächlich erlaubt und von der katholischen Moraltheologie toleriert werden, und wegen des politischen Individualismus, der den Wirtschaftsindividualismus hervorbringt oder umgekehrt.«<sup>14</sup> Auch später sprach Sturzo mit Bewunderung und in dem Wunsch, dem Vorbild nachzueifern, nicht so sehr von der christlich-sozialen Schule oder vom katholischen Vereinswesen auf korporativer Grundlage, wie La Tour du Pin oder de Mun es vertraten, als vielmehr von der »anderen Schule«, das heißt jener der Katholiken des deutschen Zentrums. Diese nämlich entsprach seiner Meinung nach »besser den tatsächlichen Bedingungen der Zeit und träumte weniger von einer Rückkehr zur Vergangenheit. [Das Zentrum] wurde angeführt von dem Priester und Reichstagsabgeordneten Franz Hitze. Er und seine Gefährten befürworteten, gegen die Manchesterschule, die Notwendigkeit staatlicher Interventionen im sozialen Sektor wie die Beschränkung der Arbeitszeit, die Sonntagsruhe, die Gesetzgebung zur Alters- und Unfallversicherung und die Arbeiterbildung, was zur Verbesserung der Arbeit führte.«

#### Die Kirche und das soziale Engagement der Katholiken in Deutschland

In der Tradition von Franz Martin Schindler, dem Wiener Moraltheologen, der gegen Ende des vorigen Jahrhunderts die Leo-Gesellschaft gegründet hatte, gründete Sonnenschein im Jahr 1908 das studentische Sozialamt in

12 Carl SONNENSCHEIN, *Notizen* (Hefte 1-10), Berlin 1926-1929. Über Sonnenschein und seine Verbindung zum deutschen sozialen Katholizismus vgl. Ernst THIRASOLT, *Dr. Carl Sonnenschein. Der Mensch und sein Werk*, München 1930, mit Sonnenscheins persönlicher Korrespondenz bis 1917.

13 G. DE ROSA, *Sturzo mi disse* (wie Anm. 11), S. 122.

14 Luigi STURZO, *Nazionalismo e internazionalismo* (1946), Bologna 1971, S. 88.

Bonn. Dabei sprach er von Erneuerung und – in einer für die damalige Zeit wahrscheinlich unerhörten Weise – vom »studentischen Mai« gegen die Privilegien der führenden Klasse. Er erinnerte seine jungen Anhänger an die Werte, für die im Kulturkampf gestritten worden war, die Solidarität und das aktive Engagement in den sozialen Laienorganisationen. Er berief sich auf Ketteler, aber er griff auch zurück auf die Erfahrungen, die er als Student des Germanicum in Rom gegen Ende des Jahrhunderts gemacht hatte, als er die Gregoriana besuchte.

Den Armen das Evangelium zu verkünden bedeutete für ihn, den studierten Theologen und Philosophen mit dem besonderen Organisationstalent, sich aktiv für die Bedürftigen und für eine dynamische Jugendbildung einzusetzen. Deutschland war das Land, wo damals auf breiter Ebene die fruchtbare gemeinschaftliche Arbeit der Handwerksvereinigungen begann und wo die christlichen Studenten sich in universitären Unterkünften trafen und studierten, in denen auch Bildungsveranstaltungen stattfanden.

Die Arbeiterverbände standen in Kontakt mit den Volkshochschulen, und in den Volksheimen wurde die neue Idee von der »Arbeit am Wohnort« verbreitet, als Instrument gegen die Ausbeutung der Arbeiter, besonders der Jugendlichen. Sonnenschein blieb allerdings der modernistischen Bewegung in Deutschland fern, die bei einigen Gelehrten mit sozialem Engagement und gesellschaftlichem Erneuerungsbestreben verknüpft war, wie bei Hermann Schell, dem umstrittenen Würzburger Kirchenhistoriker, der Kontakte zu Schindler und anderen Vorläufern, Freunden und Lehrern Sonnenscheins hatte.

Sturzo wurde offenbar seit Beginn des Jahrhunderts durch Sonnenschein, seinen wichtigsten Gesprächspartner in Deutschland, über die Situation und die Entwicklung der »sozialen Frage« im Reich unterrichtet. Für Sturzo »bestand die Hauptaufgabe dieser Schule des sozialen Engagements, das sich durch ganz Europa verzweigte, sei es spontan, sei es durch Nachahmung, darin, die Freiheitsrechte der Arbeiter und der Unternehmer durch einen moderaten, regulierenden Eingriff des Staates miteinander zu versöhnen, ohne einen Großteil der wachsenden modernen Wirtschaft in die Hände des Staates und damit der Bürokratie fallen zu lassen. Bismarck, der zunächst die Eingabe des Zentrums, vorgetragen durch Franz Hitze, abgelehnt hatte, befürwortete die soziale Absicherung für die Arbeiter, allerdings in den Händen der staatlichen Bürokratie.«<sup>15</sup>

Tatsächlich lief die Geschichte des sozialen Engagements der deutschen Katholiken auf unterschiedlichen Ebenen ab: Neben den Gesellenvereinen von Kolping, den Darlehenskassen von Raiffeisen und dem Arbeiterver-

---

<sup>15</sup> EBD. S. 89.

einswesen des Bischofs Ketteler findet man eine wahrhaft korporative Einrichtung unter der Ägide von Franz Hitze, aber auch die katholischen Arbeiterverbände von Abt Schings und von Kronenberg, die mit dem Ziel, sich der sozialistischen Initiative entgegenzustellen, nach 1878 entstanden waren und bis nach der Zeit von »Rerum Novarum« fortbestanden.

Wahrscheinlich war Sturzo aber mit den Einzelheiten der komplexen politisch-kulturellen Auseinandersetzung um die soziale Frage, die Deutschland von der Jahrhundertmitte bis zu Bismarck beherrschte, nicht vertraut: Es fehlten ihm die weiteren Zusammenhänge, deren Bedeutung ihm nur indirekt, durch den Filter der deutschen Freunde in Rom, vermittelt wurde, da er kein Deutsch sprach und folglich keinen unmittelbaren Zugang zur Presse und zur umfangreichen Publizistik des katholischen Deutschland besaß. Aber immer zeigte sich, daß er zumindest die Grundzüge der deutschen sozialen Problematik, insbesondere die Richtungen und Zielsetzungen des breitgesuchten katholischen Milieus in seiner Beschäftigung mit gesellschaftlichen Fragen, begriffen hatte.

Was das Eintreten der Katholiken in der Arbeiterfrage und Bismarcks »soziale« Antwort betrifft, stellte Sturzo in dem schon erwähnten Artikel folgendes klar: »Aber das ›Zentrum‹, das Bismarck im antikatholischen Kampf, der »Kulturkampf« genannt wird, geschlagen hatte, besiegte ihn ein zweites Mal in der Frage der Sozialgesetzgebung, indem es das Prinzip der freien Verbände seitens der Arbeiter vertrat und jedwedes staatliche Monopol ausschloß.« Sieht man einmal von Sturzos vorschneller Bewertung des »Kulturkampfes« ab, dessen Lösung Bismarck die Möglichkeit bot, die Zustimmung zur Regierung mit antisozialistischer Stoßrichtung zu verstärken, war dieser ja tatsächlich besorgt angesichts der Tragweite, die die sozialistische Bewegung angenommen hatte. Auf diese Weise bildeten Bismarcks Maßnahmen, den Reichstag aufzulösen und das Arbeitervereinswesen zu verbieten, zu denen die Repressalien, die auf die beiden Attentate auf Wilhelm I. im Jahr 1878 folgten, den Anlaß boten, das Vorspiel jenes »Axioms«, das wenig später die Umsetzung der Bismarck'schen Sozialpolitik der achtziger Jahre mit der Versicherungs- und Vorsorgegesetzgebung prägte: »Die Frage nach der Verbesserung der Bedingungen für die Arbeiter und die sozialistische Agitation sind Themen, die einander ausschließen.«

Dennoch blieb in Deutschland das Gewerkschaftswesen eine sehr dynamische Kraft, in einem Maße sogar, daß es schließlich für die Arbeiter in der Krise und im Zusammenbruch des Reiches 1918 zum einzigen sicheren Halt wurde.

### Nach »Rerum Novarum«: Vorbereitung und Entstehung der interkonfessionellen Partei in Deutschland

Besonders interessant ist Sturzos Analyse der Entstehung der sogenannten »katholischen Parteien«, zumal diese Analyse aus heutiger Sicht die kulturelle Offenheit und den europäischen Zuschnitt seines Denkens bestätigt, und das in einem Ambiente wie das italienische der damaligen Zeit, das sich in dieser Hinsicht nicht gerade hervortat. Außerordentliche Bedeutung kommt dem Umstand zu, daß Sturzo in seiner Untersuchung des Ursprungs der »katholischen« Parteien, die er später in dem Werk »Kirche und Staat« von 1939 vollendete, ausgeht von der Betrachtung der Erfahrung mit den neuen Freiheitsideen und von der Möglichkeit ihrer Versöhnbarkeit mit dem Katholizismus. Es ist kein Zufall, daß Sturzo bei der Beschreibung des Fehlers der liberalen Katholiken, welche die Rechtmäßigkeit ihrer Aktionen vom kirchlichen Lehramt abhängig machten, zu folgendem Urteil kam: »Lamennais' Beschuß, nach Rom zu gehen und dem Papst die Entscheidung zu überlassen, ob »L'Avenir« weiterbestehen sollte oder nicht, war inopportun und unbedacht.«<sup>16</sup> Sturzo, der stets pragmatisch dachte und sensibel war für die veränderlichen Wirkungen der Theorie auf die Geschichte auch auf längere Sicht, erschien die Beispiele O'Connells und nachfolgend Windthorsts weitaus effektiver, die »ähnliche Appelle vermieden, welche die kirchliche Autorität in eine preküre Lage bringen und die kühne Einzelunternehmung nicht begünstigen, weil sie die Verantwortlichkeit dafür durcheinanderbringen und dadurch die Situation komplizierter machen.« Im Grunde, so Sturzo, haben Lamennais, Lacordaire, Montalembert vergessen, »daß die römische Welt nicht diejenige von Paris war.«

Demnach hatte die Enzyklika »Mirari Vos« von 1832 mit dem Urteil über »L'Avenir« zugleich die Öffnungsversuche der »drei Freiheitspilger« verdammt: Dem entnahm Sturzo als Verhaltensregel, daß bei jener Gelegenheit »das Vertrauen in die Zustimmung sich in Furcht vor der Exkommunikation verwandelte.«

Sturzo schrieb dies nach dem Ende der Weimarer Republik, weshalb seine Analyse natürlich das Scheitern der »katholischen« Partei in Deutschland angemessen in Rechnung stellte. Ihm erschien folglich der Weg, der in Treue zu Rom beschritten wird, als geeigneter und gangbarer, allerdings mit der eigenständigen Kraft der deutschen Katholiken in der entscheidenden internen Frage bezüglich des Kulturkampfes, über den er in »Kirche und Staat« zu einem ausgewogeneren Urteil gelangte. Hier bewies er auch eine vertiefte Kenntnis der verschiedenen Gegebenheiten des politischen Katholizismus in

---

<sup>16</sup> Luigi STURZO, *Chiesa e Stato. Studio sociologico-storico* (1939), vol. II, Bologna 1958, S. 105.

Europa: »Während in England die Wiedereinsetzung der Geistlichkeit den Katholiken die Chance zur raschen und kraftvollen Selbstbehauptung unter dem Schutz ziviler und politischer Freiheitsrechte bot und auch in Holland die Katholiken aufatmeten, entfesselte in Deutschland Bismarck, der Sieger über Frankreich, den Kampf des protestantischen Deutschtums gegen den römischen Katholizismus, der ›Kulturkampf‹ genannt wurde. Er rechnete mit einer durch das päpstliche Unfehlbarkeitsdogma hervorgerufenen Spaltung der Katholiken und mit dem patriotischen Fanatismus als Folge der Reichsproklamation. Tatsächlich aber – fährt der Vorsitzende des Partito Popolare fort – begegnete er dem Widerstand des Episkopats und des Klerus, die sich der Verfolgung und dem Gefängnis mutig und opferbereit stellten. Und er sah sich dem Zentrum und seinem Führer Windthorst gegenüber, der die Schlacht wie ein großer General socht, bis Bismarck nach Canossa gehen mußte. Von da an behaupten sich die katholischen Parteien, die zögerliche und umstrittene Anfänge erlebt hatten und von Rom mit Mißtrauen beäugt worden waren, nicht zuletzt weil man sie für einen unbequemen Dritten hielt, der die Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und den Regierungen und Fürstenhöfen der verschiedenen Länder stören könnte. Sie behaupten sich als neues Laienapostolat auf der Basis allgemeiner Freiheit und im Rahmen des Repräsentativsystems.« Zu den katholischen politischen Erfahrungen zählt Sturzo denn auch »neben denen in Deutschland und in Belgien die irische Gruppe im House of Commons in Großbritannien und die ersten Versuche von Parteigründungen durch Katholiken zur religiösen Verteidigung in Österreich, Holland und in der Schweiz sowie später in Frankreich.«

Nach der Neubewertung des christlich-korporativen Ideals durch die Enzyklika »Rerum Novarum« im Jahr 1891 kam es in Deutschland wie auch in anderen zentraleuropäischen Staaten verglichen mit den Bestrebungen der vorangehenden Jahrzehnte zu einer gewissen Wende. An diesem Punkt formuliert Sturzo eine unerhört hellsichtige Einschätzung dieser Enzyklika und nimmt damit gleichsam spätere Auslegungen vorweg: Nach der Aufzählung verschiedener Vorläufer des europäischen sozialen Katholizismus wie Ketteler, Windthorst und Vogelsang beschrieb er im Jahr 1939 die Verspätung der katholischen Welt hinsichtlich der sozialen Frage wie folgt: »Die Zeit, die zwischen dem kommunistischen Manifest und Rerum Novarum vergangen ist, fast ein halbes Jahrhundert, wiegt auch heute noch schwer hinsichtlich der Entchristlichung der Arbeitermassen.«

Im eigentlich christlichen Milieu Deutschlands wurde, zumal nach dem Mainzer Kongreß von 1899, die Interkonfessionalität der Gewerkschaften wieder geltend gemacht, und man unternahm, in relativer Unabhängigkeit von den politischen Führern des Zentrums, Schritte, um die alte Spaltung zwischen Katholiken und Lutheranern wenigstens teilweise auf politisch-sozialem Feld zu überwinden. Dennoch blieb die Grundtendenz in den

Jahren zwischen dem Ende des 19. und dem Beginn des 20. Jahrhunderts darauf gerichtet, Kapital und Arbeit miteinander zu versöhnen, entsprechend der klassenübergreifenden Anschauung, die, mittelalterlichen Vorstellungen folgend, einen korporativen Mechanismus zum Ziel hatte.

In seiner Beschreibung der einzigartigen Ausprägung der deutschen Partei definiert Jean Marie Mayeur diese als »à beaucoup d'égards exemplaire«. Für ihn stellte das Zentrum wegen der Anzahl der Stimmen und der Abgeordneten, wegen der Fähigkeit zur Repräsentanz unterschiedlicher interner Gruppen, wegen der Beziehung zur römischen Kirche und wegen der Einstellung zum Staat-Kirche-Problem ein echtes Vorbild dar für die analogen und doch so andersartigen Erfahrungen in Frankreich, Italien und Spanien, etwa so, wie es die deutsche Sozialdemokratie, unter anderen Vorzeichen, für die Internationale gewesen war: »Exemplaire, le Centre l'est aussi par les problèmes auxquels il se heurte: cohabitation de groupes sociaux divers, intégration aux valeurs nationales, rapports avec Rome.«<sup>17</sup>

In der weiteren Behandlung der besonderen Charakteristika der Zentrumspartei geht es dem bekannten Pariser Historiker darum, sie von der belgischen katholischen Partei zu unterscheiden: Das deutsche Zentrum war nie Regierungspartei, zumindest bis zum Burgfrieden von 1914. »Le Centre est en fait une fédération de partis, de la Bavière particulariste et conservatrice, au Wurtemberg, au duché de Bade, à la petite paysannerie démocratique, à la Prusse, bourgeoise et ouvrière. Peut-être cette décentralisation de la vie politique et les orientations diverses dans les divers États expliquent-elles en partie que le Centre n'ait pas connu comme le parti catholique belge l'affrontement des conservateurs et des démocrates chrétiens. A vrai dire, ce courant n'est que faiblement représenté.«<sup>18</sup> Man kann dagegen beim Zentrum strenggenommen nicht von einer an den Sozialreformismus gebundenen Kraft und ebensowenig von einer christdemokratischen Bewegung sprechen, sondern wenn überhaupt, schreibt Mayeur, von »catholicisme politique« und eben nicht von »katholischer Partei« im eigentlichen Sinn.

Die ausführliche und eingehende Untersuchung des Zentrums und der »katholischen« Parteien in Europa, die Sturzo unter besonderer Berücksichtigung der Initiativen der katholischen Kräfte in Zentraleuropa vorlegt, macht die Rolle als Kraft der Mitte zwischen Marxismus und liberalem Nationalismus plausibel, welche die deutschen Katholiken, wie auch die österreichischen und belgischen, schon lange vor dem Ersten Weltkrieg übernommen hatten. Nach dem Krieg zeigt sich diese Position der Mitte in ihrer Bedeutung noch verstärkt angesichts der antagonistischen Erschei-

---

17 Jean-Marie MAYEUR, *Des Partis catholiques à la Démocratie chrétienne, XIXe – XXe siècle*, Paris 1980, S. 68.

18 EBD. S. 69.

nungen des Totalitarismus erst in Italien und dann in Deutschland und der bolschewistischen Diktatur: »Die ›katholisch‹ genannten Parteien nahmen dort, wo sie existierten, also in Deutschland, Österreich, Ungarn, Belgien, Holland, Schweiz und in den neuen Verfassungsstaaten, die nach dem Krieg entstanden waren, mehr oder weniger eine Position der Mitte zwischen dem Sozialismus und den nationalistischen und bürgerlichen Rechten ein. Mitunter arbeiteten sie sogar mit den Sozialisten zusammen, um den neuen Staat zu organisieren, wie in Deutschland im Weimarer Reichstag. Vor dem Krieg hatten diese Parteien sich darauf beschränkt, die Gesetze zum Arbeits- und Gewerkschaftsschutz zu unterstützen und zu verteidigen. Im deutschen Reich und in Österreich-Ungarn hatten alle Parteien nur einen begrenzten Spielraum, da die Regierungen vom Parlament unabhängig waren. In Holland und in der Schweiz arbeiteten die Katholiken mit den Protestanten zusammen im Sinne einer klugen konservativ-rechten, aber sozial orientierten Politik. In Belgien waren die Katholiken seit langem allein an der Regierung, nachdem sie den Kampf um die Kirchenfreiheit gewonnen hatten, wobei ihre politische Ausrichtung in der Hauptsache konservativ mit klerikalem Zuschnitt war. Nach dem Krieg drängte sich ihnen ebenso wie den Katholiken der verschiedenen Länder des Kontinents und jenen Südirlands eine weitergehende Beteiligung und eine größere Verantwortung im öffentlichen Leben auf. Damit wurde eine Revision ihres politischen Konzepts und ihrer sozialen Ausrichtung erforderlich.«<sup>19</sup>

#### Konfessionalität und Interkonfessionalität: Auf dem Weg zur Überwindung der »Römischen Frage«

Mit diesem Lavastrom von Spannungen und Erneuerungen verknüpft Sturzo die Wiedereingliederung der katholischen Kräfte in Italien nach der Abschwächung und späteren Aufhebung des »Non expedit« und schließlich die Gründung des Partito Popolare und den »Appell an die Freien und Starken«. Der Formierung der demokratischen Volksbewegung als Partei in Italien folgte die Geburt der bayrischen, spanischen, tschechischen, polnischen, litauischen und schließlich auch französischen christlich-sozialen Volksparteien. Aber wiederum war es das deutsche Modell, an dem man sich nach Sturzo wie an einem Hauptpfeiler des neuen Systems orientieren sollte, das angesichts der revolutionären Ereignisse zu errichten war: »Mit dem Fall der Reiche in Zentraleuropa fielen die autoritären, aristokratischen, militärischen Ordnungen, die sie gestützt hatten; die Aufwiegelung der Massen führte

---

19 Luigi STURZO, *Chiesa e Stato* (wie Anm. 16). Man muß festhalten, daß Sturzo dies 1939 schreibt.

zu den verschiedenen kommunistischen, spartakistischen, anarchistischen Revolten, die hier und da ausbrachen und versuchten, provisorische Regierungen einzusetzen, bis die sozialistischen und radikalen Elemente mit Unterstützung der Katholisch-Sozialen stabilere Regierungen etablieren und in neuen Verfassungen demokratische Prinzipien niederlegen konnten, nach denen sie sich ausrichteten.«<sup>20</sup>

Die Zeiten hatten sich entscheidend geändert; die neuen Herausforderungen, die durch die akuten, kriegsbedingten Probleme bestimmt waren, wurden überlagert von einer neuen und noch schwierigeren Frage, auch in den jungen parlamentarischen Demokratien: vom Auftritt der organisierten Massen auf der politischen Bühne. »Die neuen, nach dem Zusammenbruch entstandenen Staaten und die ehemals kleinen und nun vergrößerten Staaten, vom Baltikum bis zur Ägäis«, schreibt Sturzo, »gaben sich ziemlich weitgefaßte demokratische Verfassungen, um die Arbeitermassen und die Kriegsheimkehrer zufriedenzustellen, die größtenteils Sozialisten waren, welche glaubten, die Stunde des Aufstands habe geschlagen.« Die Aufgabe des Zentrums lag nun darin, den Bestand des neuen, auf die Massen »ausgedehnten«, aber von seinen extremen Rändern her bedrohten Systems zu garantieren.

Diese Ausgleichsfunktion der politischen Haltung des deutschen Bürgertums wurde abgesichert durch die besondere innere Sozialstruktur der Partei. Das war eine klassenübergreifende Kraft, mit einer bemerkenswerten Repräsentanz der agrarischen Schichten und des Mittelstandes, die dennoch eng mit den bürgerlichen Massen durch die »Weißen Ligen« und die Landwirtschaftskassen und auch, wenngleich in geringerem Maße, mit den Arbeitervertretungen durch ein dichtes Netz von Volksvereinen verbunden war. Die Wählerschaft der Partei war außerordentlich stabil: die klassische Geschichte der Zentrumspartei von Bachem und die Analyse der Wahlergebnisse von Johannes Schauß zeigen, daß die Partei zwischen 1874 und 1902 in den 104 Wahlkreisen, in denen sie vertreten war, ihre Position nahezu unverändert halten konnte.<sup>21</sup>

Wenngleich diese Stabilität auch teilweise mit dem gleichbleibenden katholischen Anteil in der konfessionellen Aufteilung Deutschlands zu erklären ist, war das Zentrum trotzdem eine konfessionsübergreifende Organisation, die zwar an die Unterstützung des katholischen Klerus gebunden war, aber auch Gruppen anderer Konfession aufnahm. Die schwierige Aufgabe, Übereinstimmung zwischen unterschiedlichen Bestrebungen herzustellen,

---

20 EBD. S. 165; die Schrift stammt von 1939.

21 Karl BACHEM, *Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei*, 9 Bde., Köln 1927-1932; Johannes SCHAUß, *Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, hrsg. von Rudolf MORSEY, Mainz 1975.

die Mayeur zu Recht erwähnt, wobei er aber von einem Zentrum spricht, das »nicht-konfessionell« sein wollte, wird in diesem Sinne durch Rudolf Morseys scharfsinnige sozialgeschichtliche Studie über die vielgestaltige und keineswegs uniforme Wirklichkeit der Partei erklärt, die nicht ernsthaft eine »katholische Partei« genannt werden kann. Aber der Mythos vom Zentrum fügt sich auch in die konservativen Umtriebe von Cornaggia<sup>22</sup> und zu seiner Zeit des jungen Paganuzzi<sup>23</sup>; sogar der Name »Opera dei Congressi« hatte sich aus den Akten der deutschen katholischen Versammlungen und aus Windthorsts Schriften ergeben.<sup>24</sup> Ganz anders geartet war da die klare Vorstellung eines Filippo Meda, der sogar die progressive Position der Kölner Katholiken gegen die Berliner Integralisten unterstützt hatte. Auch De Gasperis Aufsatz über Meda und über die Beteiligung der Katholiken am Verfassungsstaat unterstreicht die bemerkenswerte europäische Weitsicht dieser herausragenden Figur.<sup>25</sup> Gerade für Filippo Meda wie auch für andere sogenannte »moderate« Katholiken wurde das tatsächliche historische noch nachhaltiger zum vorbildlichen Modell.

Als aber das Projekt, eine autonome Partei der Katholiken zu gründen, zurückgestellt wurde, ließ in Italien auch das Interesse für die deutschen Verhältnisse nach und verschwand schließlich ganz. Man gelangte zu einer anderen Lösung des Problems der Repräsentanz der Katholiken, wie sie schließlich im Jahr 1913 im Patto Gentiloni festgeschrieben wurde. Aufgrund der drastischen Unterbrechung der Beziehung zum deutschen und österreichischen Raum in den Jahren 1914/15 wandte sich eine ganze Generation mit mehr Interesse nach dem Krieg der französischen politischen Kultur zu. So bestand die Zentrumspartei zwar tatsächlich in Deutschland weiter – in Italien aber verklärte sie sich zum Mythos.

---

22 Carlo O. Cornaggia Medici (1851-1935), wichtiger Vertreter des gemäßigt-konservativen Flügels der katholischen Bewegung, befürwortete die Überwindung der »Römischen Frage«, wirkte an den »klerikal-moderaten« Wahlinitiativen 1904 und 1909 mit, wandte sich immer stärker dem rechten Flügel der Bewegung zu, bis er schließlich offen mit der klerikal-moderaten »Unione nazionale« die Regierung Mussolini unterstützte; er stand dem faschistischen Regime und der Diktatur nahe, von der er sich allerdings 1928 teilweise abkehrte.

23 G. Battista Paganuzzi (1841-1923), Führer der katholischen Bewegung in der Zeit der »Opera dei Congressi«, der er vorstand. Er vertrat dort die papstreue, »intransigente« genannte Mehrheit. In der Folgezeit gehörte er zum rechten Flügel des Partito Popolare.

24 J.M. MAYEUR, *Des Partis catholiques* (wie Anm.17), S.99; Rudolf MORSEY, *Die deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg*, in: *Deutsche Parteien vor 1918*, hrsg. von Gerhard A. RITTER, Köln 1973, S. 270-298.

25 Alcide De GASPERI, *Meda e l'inserimento politico dei cattolici nello Stato costituzionale*, Nachdruck in: *Civitas* 4 (1987), S.5-12; vgl. auch S. ZANINELLI, *La cooperazione trentina*, in: *Civis* 5 (1981), S.98-103, über die Ursprünge des PPI.

### Luigi Sturzo im Urteil des Quai d'Orsay

Nach dem durch den Ersten Weltkrieg verursachten Bruch fanden die Geschehnisse in Deutschland und die Rolle der Zentrumspartei die erhöhte Aufmerksamkeit der italienischen Katholiken. Auch Sturzo, der in der Folgezeit einer der eifrigsten Chronisten der politischen Ereignisse von Weimar wurde, scheint es vordringlich geboten, in Italien eine Beteiligung an der demokratischen Regierung durchzusetzen, wie man es in den ersten Nachkriegsjahren in Deutschland versuchte, um Italien nicht der Gefahr einer kommunistischen Erhebung auszusetzen, wie in Berlin 1919 geschehen. Auch noch später, in den Schriften des Exils, fragt Sturzo nach den Gründen, derentwegen eine demokratische Alternative in Italien nicht zustande kam, und er versucht eindringlich, sich die Gründe für das Scheitern des demokratischen Modells in Deutschland zu erklären.

Die Geschichte zeige, daß die politischen Bedingungen der Nachkriegszeit in Deutschland und in Italien mehr als einen Schnittpunkt aufwiesen, allerdings mit auf dramatische Weise verworrenen Etappen und äußerem Umständen sowie mit substantiell unterschiedlichen Charakteristika: In Deutschland hatte die sozialistische Bewegung, anders als in Italien, die pazifistische Übereinkunft der Internationale nicht beachtet und nach Erzbergers Friedensinitiative im Jahr 1917 mit den gemäßigt-bürgerlichen Kräften zusammengearbeitet, zunächst mit dem Ziel einer verspäteten konstitutionellen Umgestaltung des Reiches, dann um in den ersten (Nachkriegs-)Jahren die Republik zu errichten und zu führen. Der revolutionäre Ansatz nach sowjetischem Vorbild, in Berlin mit dem Mord an Luxemburg und Liebknecht im Januar 1919 blutig erstickt, war schon einige Monate vorher durch das Ebert-Groener-Abkommen zur wechselseitigen Anerkennung zwischen gemäßigten und unabhängigen Sozialisten unterdrückt worden.

In Italien verbot die Übereinkunft der Internationale den Sozialisten, sich an den Regierungen des bürgerlichen Staates zu beteiligen, dessen endgültiges, für unmittelbar bevorstehend und schicksalhaft gehaltenes Scheitern sie erwarteten. Der Mißerfolg der Fabrikbesetzungen zeigte bald, wie illusorisch solche Erwartungen waren. In Deutschland führte die Angst vor der Revolution sowjetischen Typs die Mehrheit in der Sozialdemokratie zur gemäßigten Weimarer Lösung einer Koalition mit dem Zentrum. In Italien dagegen betrachteten die Sozialisten die russische Revolution als Vorbild und schlossen sich per se aus dem klassischen parlamentarischen System aus.

Des weiteren ergeben sich Brüche und Unterschiede durch das politische Engagement der katholischen Bewegung in den beiden Ländern. Das Zentrum nahm maßgeblich an den parlamentarischen Geschehnissen des Reiches teil und war Stützpfeiler der ersten Regierungen der Republik, wo

es bis zum Anbruch der Diktatur in den verschiedenen Weimarer Koalitionen ununterbrochen an der Macht blieb. Die italienischen Katholiken dagegen hielten sich bis zum sogenannten »klerikal-moderaten« Kompromiß zurück und bildeten erst 1919 eine unabhängige Partei, verpaßten aber die Chance zur demokratischen Fortführung des liberalen Staates zusammen mit den Sozialisten in der Phase der Krise der Regierung Facta.

Geradezu besessen erforschte Sturzo das Modell einer Zentrumspartei, die sich zur demokratischen Linken hin öffnet, so wie es in der Weimarer Republik verwirklicht wurde. Dadurch gelangte er zu der Auffassung, die Exekutive sei der Ort, um ein politisches Programm umzusetzen, und nicht das Ergebnis eines Kompromisses zwischen unterschiedlichen verbündeten Kräften. Das »Wunder« des politischen Gleichgewichts von Weimar war daher der Grund für die Reise, die Sturzo und einige Vertreter des Partito Popolare 1921 nach Deutschland unternahmen, und ebenso der Anlaß für die häufigen Kontakte zwischen Popolari und Zentrumsleuten wie auch für Gronchis offizielle Reise ins Ruhrgebiet 1923. Man muß daran erinnern, daß der Heilige Stuhl der Lösung der Frage betreffend das von den Franzosen besetzte Ruhrgebiet nicht gleichgültig gegenüberstand, weswegen Mons. Testa offiziell dorthin geschickt wurde. Der Nachlaß Jonnart beim Außenministerium zeigt, daß man am Quai d'Orsay diese Vorgänge mißtrauisch verfolgte.

Es ist kein Zufall, daß Sturzos fortdauerndes Interesse für die deutsche Politik ihm damals den Ruf einhandelte, er sei ein unbelehrbarer Deutschenfreund, wie es in einem Bericht des französischen Gesandten beim Heiligen Stuhl, Henri Cambon, an den damaligen Ministerpräsidenten und Außenminister Poincaré hieß, möglicherweise anlässlich von Sturzos gerade zurückliegender Reise. In einem Privatgespräch mit Cambon sprach Kardinal Gasparri vertraulich von der »puissance du fascisme, avec laquelle le St. Siège est obligé de compter«. Cambon hatte erklärt, Frankreich könne sich nur beglückwünschen, wenn die Volkspartei des »germanophilen« Sturzo zurückgestutzt würde. »La vitalité de ce parti«, schrieb er an Poincaré, »tenait au souffle dont l'animait Don Sturzo, et celui-ci, profondément imbu de la superiorité germanique, n'avait pour la France, qu'il connaissait à peine, qu'un mépris non dissimulé.« Sturzos Einfluß auf die katholische Bewegung und sogar auf den Klerus wurde als »considérable« eingestuft; nach französischer Auffassung setzte er ihn ein »à notre détriment«. »Son effacement est un heureux événement.«<sup>26</sup> Dies mag das obsessive antideutsche Ressentiment belegen, das damals in Frankreich unter dem Motto »le boche paiera« herrschte.

---

26 Historisches Archiv des Quai d'Orsay, Ministère des Affaires Etrangères, Fonds Z, Europe 1918-1929, St. Siège 4, Rapport d'Henri Cambon à Poincaré, s.l. (Vatikan), 20. Oktober 1922.

### »Weimar ist kein Argument«

Die Mehrheit der italienischen Popolari zeigte sich wohlwollend und aufgeschlossen für das »außergewöhnliche« Gleichgewicht der Weimarer Republik in einem von dramatischem Ungleichgewicht zerrissenen Europa. Tatsächlich verstanden sie das Problem der scheinbaren deutschen Stabilität nicht ganz, weshalb sie sich eher am alten Mythos des Zentrums, wie es im 19. Jahrhundert unter Windthorst bestand, und am Kulturkampf orientierten und weniger an der Partei Fehrenbachs und Wirths in ihrem Kampf um die Verteidigung der demokratischen Koalition mit den Sozialisten gegen die Angriffe der Reaktion. Einige nichtkatholische Vertreter dagegen, wie zum Beispiel Nitti, befaßten sich, allerdings sehr knapp, direkt mit den Problemen der deutschen Republik. Aber bei den Popolari fehlt im Allgemeinen jegliche Reflexion über die mühselige Entstehung der Republik als eines aus der Not geborenen Zusammenschlusses zwischen ganz unterschiedlich verankerten Energien, die während des Kaiserreichs lange Zeit unterdrückt waren, ebensowenig wie man in Italien überhaupt über die besondere beängstigende Dringlichkeit nachdachte, aus der wegen der revolutionären Umstände die Weimarer Verfassung von 1919 entstand. Außerdem fehlten in Italien fast vollständig Betrachtungen über die internen Gewichtungen in der deutschen Zentrumspartei und darüber, wie sie ihre reformerische und aufgeschlossene Haltung gegenüber den Sozialisten begründete, und schließlich, wie die deutschen Katholiken die »ungeliebte« Republik als eine nun einmal vorhandene Tatsache akzeptierten.

Für alle diese Analysen gilt, daß sie sich fast überhaupt nicht um die Koalitionen des Zentrums mit den Sozialisten kümmerten, die der Weimarer Republik zugrundelagen und sie in den ersten Jahren gedeihen ließen, sondern daß sie sich vielmehr mit fast obsessiver und bestürzter Aufmerksamkeit dem Drama am Schluß 1932/33 zuwandten. Das Echo der lebhaften, wenngleich gewiß nicht einfachen demokratischen Regierungsjahre von Weimar und der damit einhergehenden kulturellen Blütezeit erreicht Italien tatsächlich nur gedämpft, weil es schwierig war, Kontakte zu pflegen, und weil später die faschistische Zensur streng war. Den bekannten Satz »Weimar ist kein Argument«, gemeint in dem Sinne »Weimar ist kein Diskussionsgegenstand«, mit dem einige rechte Kreise in Deutschland die gängige Meinung über den demokratischen Staat erledigten, könnte man durchaus auch auf das zunehmende Desinteresse in Italien anwenden, angesichts der skeptischen Preisgabe, die auch hier die Entwicklung dieser bedeutenden Ereignisse begleitete.

Wieviele Katholiken in Italien betrachteten die Erfahrungen des Zentrums lediglich in der Absicht, dessen Stellungnahmen zu benutzen und im anders gearteten italienischen Klima der letzten Giolitti- und der Bonomi-Regierung

einzusetzen? Ausgerechnet in den Jahren 1923-1925, als in Deutschland mit der Hinwendung nach Mitte-Rechts die Koalition der Katholiken mit den demokratischen Linken zerbrach, und während sich in Italien das faschistische Regime in der Macht konsolidierte, klammerten sich viele Popolari an den Mythos der inzwischen längst untergegangenen reformistischen Öffnung des Zentrums: Sie verdrehten fast regelmäßig die Reden der katholischen Führer wie Joos oder Stegerwald, die dem Ausschluß der Sozialisten aus den Regierungen des Zentrumskatholiken Wilhelm Marx vorausgingen. So wurden zum Beispiel diesbezüglich weitreichende Informationen von Igino Giordani<sup>27</sup> geliefert, allerdings mit einem eingeschränkten Verständnis für die tatsächliche Entwicklung. Nach der Machtergreifung des Faschismus, insbesondere nach 1924, bemühten sich einige junge Katholiken, die Auseinandersetzung zwischen Sturzo und Mussolini mit dem Bild der Auseinandersetzung zwischen Windthorst und Bismarck zu fassen, wie man bei Giordani und seltener auch bei Donati<sup>28</sup> sieht.

Einige Vertreter der Volkspartei mit mehr Erfahrung auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen wie Riso Russo<sup>29</sup> und vor allem Gronchi<sup>30</sup> beurteilten die Geschehnisse der Weimarer Republik angemessener, und überraschend klarsichtig waren die Einschätzungen von Milani und von Longinotti und nicht zuletzt einige genaue Beobachtungen von Miglioli zum deutschen Sozialismus. Aber vergebens sucht man ein umfassendes Verständnis der Weimarer Verhältnisse in den Veröffentlichungen der Popolari. Die grundsätzliche Kritik an der Weimarer Republik verwechselte später den klaren Rechtsruck in Deutschland nach den Präsidentschaftswahlen 1925 mit den für fast unvermeidbar gehaltenen Konsequenzen der Geburtsfehler einer zu schwachen Republik: All dies hat dazu geführt, daß in Italien für lange Zeit das Experiment der zentralistischen Koalitionen à la Weimar in weiten

27 Igino Giordani (1894-1980), Journalist und Publizist des Partito Popolare, der für *Il Popolo*, *Civitas* und weitere katholische Zeitschriften wie *Parte Guelfa* und *Ferraris Il Domani d'Italia* schrieb. In den letzten dreißig Jahren seines Lebens widmete er sich ganz der asketischen Bewegung »Focolari« von Chiara Lubich. Autor spirituell-religiöser Bücher sowie der Autobiographie »Erinnerungen eines unbedarften Christen«.

28 Giuseppe Donati (1889-1931), Journalist, gehörte zur ersten »Democrazia Cristiana« von Romolo Murri und ebenso wie Cacciaguerra zur Ansang des Jahrhunderts entstandenen Demokratischen Liga. Nach der Ermordung des Abgeordneten Matteotti griff er als Direktor der Zeitung *Il Popolo* das faschistische Regime scharf an. Er mußte ins französische Exil gehen, wo er unter ärmlichen Lebensbedingungen seine Kritik am Faschismus durch Artikel und Aufsätze fortsetzte.

29 Riso Russo della Scaletta (1888-1959), gehörte zum Partito Popolare; Nähe zu Sturzo bei den Kongressen des Partito Popolare Italiano (PPI), außenpolitischer Experte, Publizist.

30 Giuseppe Gronchi (1887-1978), schon in jungen Jahren Mitglied des Partito Popolare, Deutschlandexperte, unternahm eine Reise ins Ruhrgebiet nach der französischen Ruhrbesetzung 1923; nach Sturzos Exil gehörte er der Parteileitung an; 1955 wurde er Präsident der Republik Italien.

und ganz unterschiedlich ausgerichteten politischen Kreisen hintangestellt, wenn nicht gar unkritisch verworfen wurde.

Es bleibt zu untersuchen, welchen Einfluß das Schicksal des Zentrums zwischen den Kriegen auf die Organisation der volksdemokratischen Internationalen gehabt hat, wie sie von Ferrari<sup>31</sup>, Sturzo und Russo betrieben wurde; welche Bedeutung auch für eine gewisse kulturelle Öffnung der FUCI in den Jahren von Montini und Righetti<sup>32</sup>, die sich allerdings vornehmlich zur französischen Kultur und zu Maritain hinorientierte; welche Bedeutung überdies für Giambattista Valente, dessen Überlegungen zur christlich-sozialen Gewerkschaft ebenfalls, allerdings zu einem anderen Zeitpunkt, vom deutschen Gedankengut beeinflußt war; und schließlich welchen Einfluß auf die zukünftige Führungsschicht der Democrazia Cristiana der Nachkriegszeit.<sup>33</sup>

### Eine Utopie überlebt

Die Weimarer Ereignisse wurden allerdings besonders eindringlich in dem langen Aufsatz über das Zentrum aus dem Jahr 1928 von Alcide De Gasperi besprochen, einem der wenigen italienischen Beobachter, die in der Lage waren, wenigstens flüchtig die Bedeutung von Erzbergers Antrag zu verstehen, mit dem die Katholiken in Deutschland 1917 einen ersten Versuch in Richtung auf eine Koalition mit den Sozialisten unternahmen. Dieses Thema war für De Gasperi auch später Gegenstand verschiedener Überlegungen, die er in seinem freiwilligen Exil im Vatikan für die Zeitschrift »L'Illustrazione Vaticana« ausarbeitete und niederschrieb – gewiß in der Rückschau auf das gescheiterte Experiment einer Verständigung zwischen Popolaren und Sozialisten im Jahr 1924.

Als sich Palmiro Togliatti mit diesen Arbeiten von De Gasperi auseinandersetzte, begriff er in einigen Punkten deren Lehre genau: »Daß die politische Partei der Katholiken eine Partei der Sozialreformen ist, aber nicht konfessionell sein darf, vielmehr die Verfassungsprinzipien des modernen Staates akzeptieren muß, die Zusammenarbeit mit politischen Gruppen nicht

<sup>31</sup> Francesco L. Ferrari (1889-1933), Gefolgsmann Sturzos im Partito Popolare, Anwalt und brillanter junger Publizist, unbeugsamer Antifaschist, mußte 1924 ins belgische Exil gehen, wo er an der Universität Löwen eine klare und gut dokumentierte Studie über das faschistische Regime herausbrachte. Er versuchte im Exil ein Sekretariat der europäischen Volksparteien sowie ein internationales Gremium der katholischen demokratischen Parteien Europas zustandezubringen.

<sup>32</sup> Ignazio Righetti (1904-1939), Führer der Mitte der katholischen Jugendbewegung der Popolaren sowie Führer der FUCI (Federazione Universitaria = katholischer Akademikerverband) in den zwanziger und dreißiger Jahren.

<sup>33</sup> Vgl. dazu das aufschlußreiche Buch von Renato MORO, *La formazione della classe dirigente cattolica (1929-1937)*, Bologna 1979, passim.

zurückweisen darf, die auch ein soziales Programm haben und sich nicht als der kirchlichen Autorität unterworfen betrachten darf.«<sup>34</sup> Was das Ende der Weimarer Republik angeht, so war De Gasperi im Alter davon überzeugt, daß eben die Auflösung des Einvernehmens zwischen Proletariat, Bauernschaft und städtischen Mittelschichten das schwierige Regierungsbündnis aus Zentrum, Sozialisten und Liberalen in Deutschland zur Aufgabe gezwungen hatte und damit die deutsche Republik dazu verdammt, sich ab 1923 der Gefahr einer Rückkehr der Rechten auszusetzen, wie sie dann auch prompt nach der Mitte der Zwanziger Jahr eintrat. Später spiegelten die Jahre des »Zentrismus« in Italien De Gasperis Vorstellung vom Staat als dem Garanten öffentlicher Freiheit und als Vermittler in den Spannungen zwischen den sozialen Klassen wider: Vom Zentrum des politischen Systems aus zu regieren, hieß, das Thema einer stabileren Beziehung zu den laizistischen und progressiven Kräften der zeitgenössischen Gesellschaft wiederaufzunehmen mit dem Ziel, das revolutionäre und das reaktionäre Extrem zu isolieren, weniger mit dem Ziel, dauerhaft das Herz des politischen Systems zu besetzen. Darüber kam es dann zu heftigen Auseinandersetzungen im Kern der katholischen Bewegung nicht nur im Deutschland der Weimarer Republik.<sup>35</sup>

---

34 Palmiro TOGLIATTI, *Momenti di storia d'Italia*, Rom 1974, S. 263.

35 Vgl. dazu Pietro SCOPPOLA, *Per una storia del centrismo*, in: *De Gasperi e l'età del centrismo*, hrsg. von G. ROSSINI, Rom 1984, S. 27. Zu den Begriffen »Zentrismus« und »Zweiparteiensystem« vgl. die Überlegungen von Maurice DUVERGER, *I sistemi politici*, Bari 1978, S. 270-272. Einige weitere Erkenntnisse in Ralf DAHRENDORF, *Il conflitto sociale nella modernità. Saggio sulla politica della libertà*, Bari 1989.

## De Gasperis Wirken in der ersten Nachkriegszeit (1945-1947). Standpunkte der italienischen Geschichtsschreibung

Von Babette Leitgeb

Die Ära De Gasperi<sup>1</sup> kann als abgeschlossene Epoche betrachtet werden. Insofern scheint es interessant, unterschiedliche Darstellungen und Wertungen der Politik De Gasperis in der italienischen Geschichtsschreibung vergleichend darzustellen.<sup>2</sup> Das ist das Ziel vorliegender Untersuchung. Sie macht fest an wesentlichen Weichenstellungen und Stationen der Nachkriegsgeschichte Italiens und umfaßt De Gasperis Aufstieg zum Premierminister und seine frühe Ministerpräsidenschaft.

Die Auswahl der Autoren ist subjektiv und auf eine kleine Zahl beschränkt. Es wurde allerdings darauf geachtet, bekannte Autoren verschiedener politischer Herkunft heranzuziehen. Es werden neben Autoren aus dem christlich-demokratischen bzw. katholischen Lager Historiker liberaler und marxistischer Einstellung berücksichtigt. Ein solche Klassifizierung<sup>3</sup> ist natürlich mit Vorsicht zu gebrauchen. Sie soll auch nicht theoretisch vorab definiert werden. Sie ergibt sich aber gleichsam induktiv, wenn man die unterschiedlichen Bewertungen politischer und wirtschaftlicher Entscheidungssituationen, die in der historischen Literatur vorgenommen worden sind, näher ins Auge faßt. Unter den möglichen Beispielen einer standortgebundenen Betrachtungsweise wurden hier De Gasperis Aufstieg zum Premierminister, die Volksabstimmung über die Staatsform bzw. die Diskussion über die Konstituante sowie die Wende vom Mai 1947 ausgewählt.

Die ausgewählten Werke werden zunächst hinsichtlich der von ihnen herangezogenen Quellen vorgestellt. Einer marxistischen Strömung<sup>4</sup> können

---

1 Alcide DE GASPREI (1881-1954), Gründungsmitglied und erster Parteisekretär der italienischen Democrazia Cristiana, war maßgeblich an der Formulierung des christlich-demokratischen Gedankenguts beteiligt. Alcide DE GASPREI et al., *Idee ricostruttive della Democrazia Cristiana* und *Il programma di Milano della Democrazia Cristiana*, in: Andrea DAMILANO (Hrsg.), *Atti e documenti della democrazia cristiana, 1943-1947*, Bd. 1, Rom 1968, S. 1-8 und S. 9-11.

2 Zur Standortgebundenheit der Geschichtsschreibung vgl. Hans ROTIFELS, *Sinn und Aufgabe der Zeitgeschichte*, in: DERS., *Zeitgeschichtliche Betrachtungen, Vorträge und Aufsätze*, 2. Aufl., Göttingen 1959, S. 9-16.

3 Vgl. Rudolf LILL, *Geschichte Italiens in der Neuzeit*, 4. Aufl., Darmstadt 1988, S. 234.

4 Zur Begriffsdefinition des Marxismus vgl. Nikolaus LOBKOWITZ/Ernst NOLTE, Art.

Carocci, Candeloro und Ragonieri zugerechnet werden. Giampiero Carocci macht keine Angaben darüber, welche Quellen seiner »*Storia d'Italia dall'Unità ad oggi*«<sup>5</sup> zugrunde liegen, zitiert aber eine Reihe bekannter wissenschaftlicher Werke. Giorgio Candeloro, Autor der »*Storia dell'Italia moderna*«<sup>6</sup>, arbeitet sehr viel mit Quellen, etwa mit Schriften De Gasperis und den Biographien der Tochter De Gasperis. Neben den Forschungen anderer Historiker zitiert er Zeitzeugen und archivalische Quellen. Ernesto Ragonieri, Autor des einschlägigen Kapitels in der »*Storia d'Italia*« aus dem Verlag Einaudi<sup>7</sup>, verwendet De Gasperis veröffentlichte Schriften und andere Quellen, etwa die »*Foreign Relations of the United States*« (FRUS)<sup>8</sup>, Zeitzeugenaussagen und historische Literatur.

Gabriele De Rosa, als Historiker ebenso bekannt wie seine christdemokratischen Kollegen Scoppola, Campanini und Tramontin, zieht für seinen Aufsatz »*De Gasperi statista*« fast ausschließlich die Protokolle der Ministerratssitzungen aus dem Archivio Centrale dello Stato von 1946 und 1947 heran.<sup>9</sup> Eine Besonderheit von Pietro Scoppolas Band »*La proposta politica di De Gasperi*«<sup>10</sup> ist die einzigartige Auswertung des Privatarchivs des Staatsmannes. Scoppola arbeitet auch mit Schriften und Reden De Gasperis, Zeitzeugenaussagen, vatikanischen und DC-internen Dokumenten, FRUS-Dokumenten und Biographien über De Gasperi. Giorgio Campanini ist Mit Herausgeber des »*Dizionario storico del movimento cattolico in Italia*«, aus dem auch der hier zitierte Artikel über Alcide De Gasperi<sup>11</sup> stammt. Er hat ebenfalls ein sehr umfassendes Quellenverzeichnis angefügt: Biographien und Zeitzeugenaussagen, Dokumente und Schriftverkehr der Democrazia Cristiana (DC), die Schriften und Reden des Staatsmannes De Gasperi. Besonders zu erwähnen sind das Archivio Centrale dello Stato (ACS) und die Archive verschiedener Ministerien. Silvio Tramontin hat in der »*Storia della democrazia cristiana*«, herausgegeben von Francesco Malgeri, das Kapitel über »*La Democrazia Cristiana dalla Resistenza alla Repubblica*«<sup>12</sup> verfaßt.

---

5 Giampiero CAROCCI, *Storia d'Italia dall'Unità ad oggi*, 7. Aufl., Mailand 1986.

6 Giorgio CANDELORO, *Storia dell'Italia moderna*, Bd. II, Mailand 1986.

7 Ernesto RAGONIERI, *Tra rinnovamento e continuità*, in: Giulio EINAUDI (Hrsg.), *Storia dell'Italia*, Bd. 4/3, 4. Aufl., Turin 1976, S. 2394-2472.

8 DEPARTMENT OF STATE (Hrsg.), *Foreign Relations of the United States. Diplomatic papers*, Washington 1919 ff., abgekürzt FRUS.

9 Gabriele DE ROSA, *De Gasperi statista*, in: DERS., *Da Luigi Sturzo ad Aldo Moro*, Brescia 1988, S. 145-170.

10 Pietro SCOPPOLA, *La proposta politica di De Gasperi*, 2. Aufl., Bologna 1978.

11 Giorgio CAMPANINI, Art. »*De Gasperi*«, in: Francesco TRANELLO/Giorgio CAMPANINI (Hrsg.), *Dizionario Storico del Movimento cattolico in Italia, 1860-1980*, Casale Monferrato 1982, Bd. 2, S. 157-168.

12 Silvio TRAMONTIN, *La Democrazia cristiana dalla Resistenza alla Repubblica*, in: Francesco MALGERI (Hrsg.), *Storia della Democrazia cristiana*, Bd. I, Rom 1987, S. 13-171.

Er beruft sich oft auf kirchliche und DC-interne Materialien, Zeitzeugen und De Gasperis Schriften bzw. Reden.

Die »Storia del dopoguerra«<sup>13</sup> des Publizisten Antonio Gambino, der zwischen »marxistisch« und »liberal« anzusiedeln ist, zeichnet sich insbesondere durch Interviews mit Zeitzeugen aus. Außerdem hat er in sehr vielen Archiven, insbesondere dem Archivio del Comitato di Liberazione dell'Alta Italia (Archivio CLNAI), dem ACS und in den Documenti Bartolotta geforscht. Von liberalem Gedankengut<sup>14</sup> beeinflußt sind Elio D'Auria<sup>15</sup>, Rosario Romeo<sup>16</sup> und Federico Chabod<sup>17</sup>. Keines der drei Werke enthält Hinweise auf die verwendeten Quellen.

### 1. De Gasperis Aufstieg zum Premierminister

Als erstes Beispiel für den Nachweis politischer Einflüsse auf die Geschichtsschreibung kann die Darstellung der Ernennung De Gasperis zum Premierminister Ende 1945 herangezogen werden.

Am 25. Juni 1943 hatte der italienische König Viktor Emanuel III. Mussolini abgesetzt und Marschall Pietro Badoglio zum Ministerpräsidenten ernannt. Nachdem General Eisenhower am 8. September 1943 den Waffenstillstand mit Italien bekanntgegeben hatte, begann die deutsche Gegenoffensive. Die Regierung Badoglio wichen nach Südalitalien aus, das von den Alliierten in den folgenden Tagen erobert wurde. Auf diese Weise bestand das Königreich Italien fort. Am 12. September trat Mussolini in der norditalienischen Repubblica Sociale Italiana an die Spitze einer Gegenregierung. Im Herbst wurden bereits die demokratischen Parteien neu- oder wiederbegründet, u.a. die Democrazia Cristiana. Badoglio wurde im Jahr darauf von Ivanoe Bonomi abgelöst. Der König ernannte seinen Sohn Humbert zum Generalstatthalter des Königreiches. Ende April 1945 kapitulierten schließlich die deutschen Streitkräfte in Italien. Nach dem Rücktritt Bonomis einigte man sich im Juni auf Ferruccio Parri, Mitglied der linksstehenden Aktionspartei und Partisanenführer, als Ministerpräsidenten. Er bildete eine Koalitionsregierung unter Beteiligung aller sechs antifaschistischen Parteien des Nationalen

13 Antonio GAMBINO, *Storia del dopoguerra. Dalla liberazione al potere DC*, 2 Bde., Rom 1978.

14 Zur Definition des Begriffs »liberal« vgl. *Grande dizionario della lingua italiana*, Bd. 9, Turin 1975, S. 4-5, und *Lessico universale italiano. Di lingue, lettere, arti, scienze e tecniche*, Bd. 13, Paris 1973, S. 95.

15 Elio D'AURIA, *L'Italia contemporanea. Dal primo al secondo dopoguerra*, Rom 1979.

16 Rosario ROMEO, *Italia mille anni. Dall'età feudale all'Italia moderna ed europea*, Florenz 1981.

17 Federico CHABOD, *Die Entstehung des neuen Italien. Von der Diktatur zur Republik*, Hamburg 1965.

Befreiungskomitees. Dieses war am 8. Dezember 1943 gegründet worden und bildete das Rückgrat der Resistenza. Die Uneinigkeit des Regierungslagers<sup>18</sup> und die Schwäche des Premierministers Parri<sup>19</sup> vereitelten eine Lösung der anstehenden Probleme. Schwierigkeiten mit der öffentlichen Ordnung,<sup>20</sup> Fragen der Wirtschaftspolitik<sup>21</sup> und Entfaschisierung<sup>22</sup> und die Diskussion über die ersten Wahlen<sup>23</sup> führten schließlich zum Sturz der Regierung. Der Verlust des amerikanischen Vertrauens<sup>24</sup> beschleunigte ihn zusätzlich.

De Gasperi wurde am 10. Dezember 1945 Ministerpräsident. Als Gründe für seine politische Stärke werden übereinstimmend genannt die Tatsache, daß er der Kompromißkandidat aller Parteien war,<sup>25</sup> sein gutes Verhältnis zu den Amerikanern, die Beziehungen zur Kirche und die Tatsache, daß die DC eine Volkspartei war.<sup>26</sup> De Gasperi galt zudem wegen seiner politischen Fähigkeiten und seiner Energie sowie wegen seiner demokratischen und antifaschistischen Haltung als vertrauenswürdig.<sup>27</sup> Er pflegte pragmatisch vorzugehen.<sup>28</sup> Er engagierte sich für den Wiederaufbau<sup>29</sup> und den Aufbau der italienischen Demokratie.<sup>30</sup> Mit seinem Regierungsantritt endete die Phase des Übergangs und der Unsicherheit.<sup>31</sup>

---

18 Pietro SCOPPOLA, *Alcide De Gasperi. Sein Weg zur Macht*, in: Hans WOLLER (Hrsg.), *Italien und die Großmächte 1943-1949* (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 57), München 1988, S. 207-240, 231-232; E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 308; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2410; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 70.

19 E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 308; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2409-2410; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 70.

20 E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 308; R. ROMEO (wie Anm. 16), S. 60; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 53-54.

21 E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 309; R. ROMEO (wie Anm. 16), S. 60; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 53-54; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2409; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 73-74.

22 E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 309; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 52; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2406.

23 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 53-54; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2407-2408; E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 309.

24 P. SCOPPOLA (wie Anm. 17), S. 227; P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 172; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 53-54.

25 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 54; P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 238; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 114; S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 104.

26 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 57-58; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2432; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 205.

27 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 201; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 56; G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 337.

28 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 56; G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 331-332.

29 E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 314; S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 104.

30 E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2419; E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 314.

31 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 120; E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 314-315.

### 1.1 De Gasperi und die Alliierten

De Gasperi war vor der Ernennung zum Premierminister Außenminister.<sup>32</sup> Das Außenministerium hatte er seit Dezember 1944 inne und führte es bis nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages im Februar 1947.<sup>33</sup> Als Außenminister pflegte er vielfältige Kontakte zu den Alliierten. Diese wechselseitige Beziehung wird von den Marxist Candeloro und Ragonieri und den christdemokratischen Historikern Scoppola und Tramontin sowie dem Liberalen D'Auria verschieden bewertet.

Nach Ragonieri und Candeloro hat De Gasperi seine Position als Außenminister unter der anglo-amerikanischen Schutzherrschaft taktisch klug genutzt, um freundschaftliche Kontakte zu den Alliierten zu knüpfen. In der daraus resultierenden massiven Einmischung der Vereinigten Staaten (und der Kirche) sei – lautet Ragonieris These – De Gasperi im Endeffekt gefangen geblieben. Carocci sieht eine wesentliche Stärke De Gasperis in dem Vertrauen, das die Amerikaner von Anfang an in ihn gesetzt hätten. Ohne dieses wäre De Gasperi weder zum Außenminister ernannt worden, noch wäre er während der Verhandlungen über den Friedensvertrag im Amt geblieben. Candeloro zufolge ist De Gasperi von Washington begünstigt worden.<sup>34</sup>

Der Christdemokrat Scoppola vertritt die Auffassung, die Alliierten seien auch Parri gegenüber anfangs durchaus positiv eingestellt gewesen, da sie ohne konkrete Vorstellungen auf der Halbinsel gelandet seien. Die amerikanische Unterstützung habe jedoch im Laufe der Zeit immer mehr nachgelassen.<sup>35</sup> Italien habe sich zwar dem amerikanischen Einfluß nicht entziehen können. Aber es hätte mit einer zielstrebigen Politik sehr wohl die Form des westlichen Kapitalismus innerhalb seiner Grenzen mitbestimmen können.<sup>36</sup> Tramontin sieht keinen Zusammenhang zwischen der amerikanischen Unterstützung und De Gasperis Aufstieg zum Ministerpräsidenten. De Gasperis Regierungsarbeit, die sich um Normalisierung, Wiederaufbau und Verbesserung der internationalen Beziehungen bemühte, sei bei den Alliierten auf größeres Wohlwollen und mehr Hilfsbereitschaft gestoßen als die Partis. Vermehrte Hilfen seitens der United Nations Relief and

<sup>32</sup> G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 57; E. RAGONIERI (wie Anm. 7), S. 2431; P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 177.

<sup>33</sup> A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 1, S. 128-129; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 57; S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 104; E. RAGONIERI (wie Anm. 7), S. 2432.

<sup>34</sup> G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 338; E. RAGONIERI (wie Anm. 7), S. 2419 und 2432; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 57.

<sup>35</sup> P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 173-177.

<sup>36</sup> P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 180-181.

Rehabilitation Administration (UNRRA) hätten die positive Haltung der Alliierten bestätigt.<sup>37</sup>

Dem Liberalen D'Auria zufolge ist De Gasperi die Aufgabe zugefallen, die Vorschläge der Alliierten umzusetzen. Im Umgang mit den Alliierten habe De Gasperi es verstanden, für sein Land wirtschaftlich und politisch das Beste zu erreichen.<sup>38</sup>

Im Zusammenhang mit De Gasperis Amtsantritt wird zudem von den Historikern Ragionieri, Scoppola und Carocci die These aufgestellt, daß sich das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik grundlegend verändert habe. Die Außenpolitik sei von nun an für die Innenpolitik tonangebend gewesen.<sup>39</sup> Ragionieri und Scoppola stimmen darin überein, daß diese Veränderung im Aufstieg De Gasperis vom Außenminister zum Ministerpräsidenten zum Ausdruck gekommen sei.<sup>40</sup> Laut Ragionieri ist im Gegensatz zu den Verhältnissen unter dem Faschismus De Gasperi als Vorsitzender der katholischen Volkspartei Premierminister geworden, da der Vatikan und die Vereinigten Staaten ihn unterstützt haben.<sup>41</sup> Mit seinem Gespür für die internationalen Probleme habe sich De Gasperi, so Scoppola, als geeigneter Nachfolger des zurückgetretenen Präsidenten Parri erwiesen.<sup>42</sup> Im Gegensatz dazu behauptet der Marxist Carocci ohne weitere Begründung, De Gasperis Politik sei in der italienischen Geschichte eines der besten Beispiele für eine dem Faschismus vergleichbare Unterordnung der Außen- unter die Innenpolitik gewesen. In dem Maße, in welchem sich die italienische Außenpolitik der einer großen imperialistischen Macht – den USA – unterzuordnen suchte, habe sie die faschistische Diplomatie fortgesetzt. De Gasperi habe nur ständig betont, daß die Innenpolitik hinter den entscheidenden Beweggründen der Außenpolitik zurückstehen müsse.<sup>43</sup>

Insgesamt sind die marxistisch beeinflußten Historiker der Auffassung, De Gasperis gutes Verhältnis zu den Alliierten sei für seinen Aufstieg mitentscheidend gewesen. Ragionieri glaubt, der Ministerpräsident sei Gefangener dieser Unterstützung durch die Alliierten (und die Kirche) geblieben. Die christdemokratische These jedoch lautet, auch ein anderer tüchtiger Ministerpräsident wäre von den Alliierten unterstützt worden. Die Christdemokraten Tramontin, Scoppola und der Liberale D'Auria heben De Gasperis Geschick im Umgang mit den Alliierten hervor.

37 S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 104.

38 E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 314-315.

39 G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 337-338; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2431; P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 177-178; P. SCOPPOLA (wie Anm. 17), S. 227.

40 E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2430-2431; P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 177-178.

41 E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2430-2431.

42 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 171-172.

43 G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 337-338.

## 1.2 Die Beziehungen zur Kirche

Mit De Gasperi wurde zum ersten Mal in der Geschichte Italiens der Vorsitzende einer katholischen Partei Ministerpräsident.<sup>44</sup> Laut Candeloro hatte der Vatikan in Erwartung von Mussolinis Sturz folgende Ziele verfolgt: Das Ende des faschistischen Regimes durfte den Hl. Stuhl nicht involvieren, der Lateranpakt sollte der Kirche möglichst erhalten bleiben und ein kommunistisches Regime in Italien verhindert werden. Die Kirche sei auf ihre strikte Neutralität bedacht gewesen und habe eine Regierung gewünscht, unter der sie ihre Vorstellungen habe umsetzen können. Daher habe sich Papst Pius XII. seit 1941 sehr behutsam den Engländern und Amerikanern genähert. 1944 erst habe sich die Idee durchgesetzt, anstelle von Exponenten des gemäßigten Liberalismus eine große Partei aller Katholiken, die Democrazia Cristiana, zu begünstigen.<sup>45</sup> Laut Scoppola ist die Entscheidung der Kirche, sich für die Democrazia Cristiana einzusetzen, nicht vor 1945 gereift und zunächst geheim gehalten worden. Nur die Democrazia Cristiana schien eine kommunistische Hegemonie verhindern zu können. De Gasperi habe bei seinem Regierungsantritt bis zu einem gewissen Grade das Vertrauen der Katholiken und des Heiligen Stuhles besessen, sich dessen aber nicht ein für allemal sicher sein können.<sup>46</sup>

Nach marxistischer Auffassung ist die zweite politische Stütze für De Gasperis Aufstieg der Vatikan gewesen.<sup>47</sup> Ragonieri urteilt, De Gasperi habe auf eine unabhängige Politik verzichtet und sei schließlich gänzlich zum Gefangen der Kirche (und der Vereinigten Staaten) geworden.<sup>48</sup> Laut Carocci hat sich De Gasperi als Empiriker darauf beschränkt, »mit demokratischen Methoden das Programm der Kirche zu verwirklichen«<sup>49</sup>. Einzig Candeloro räumt der Democrazia Cristiana größere Unabhängigkeit von der Kirche ein. De Gasperi habe durch seine Partei die Gesellschaft für die moralischen und bürgerlichen Prinzipien der Kirche zurückgewinnen wollen. Die politische Macht habe er aber nur pragmatisch erringen können. Daher habe der Staatsmann in gewisser Weise die katholische Soziallehre mit ihren Forderungen nach dem Gemeinwohl als erstem Ziel des Staates, nach einer föderalistischen Staatsform und nach einer berufsständischen Ordnung unterbewertet. Andererseits aber habe er genau gewußt, was die

---

44 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 55; E. RAGONIERI (wie Anm. 7), S. 2431; S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 104.

45 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 57-59.

46 P. SCOPPOLA (wie Anm. 17), S. 222-226.

47 E. RAGONIERI (wie Anm. 7), S. 2432; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 57-58.

48 E. RAGONIERI (wie Anm. 7), S. 2419-2420 und 2432.

49 G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 332 oder 333, Übersetzung der Autorin.

kirchliche Hierarchie von ihm verlange. De Gasperi habe die Partei von der Katholischen Aktion, aus der sie hervorgegangen war, trennen wollen. Seine politische Stärke habe nicht nur auf der Unterstützung der Amerikaner beruht und auf der Volkspartei hinter ihm, sondern auch darauf, daß diese Partei den Vatikan und die Katholische Aktion bereits offen auf ihrer Seite hatte.<sup>50</sup>

De Rosa und Scoppola unterstreichen jedoch De Gasperis Unabhängigkeit von der Kirche. De Rosa stellt fest, daß der Vatikan bei vielen Entscheidungen De Gasperis nicht das Gefühl gehabt habe, ausreichend abgesichert zu sein. De Gasperi habe eine Partei außerhalb der Logik des kirchlichen Integralismus schaffen wollen.<sup>51</sup> Laut Scoppola hat es keine »Investitur« De Gasperis durch die Kirche gegeben, vielmehr sei es De Gasperi gewesen, der die Kirche für die Demokratie gewinnen konnte. Mit der Bildung des ersten Kabinetts De Gasperi habe der Papst sich nicht mehr vorfaschistischen Kräften oder den Rechten zuwenden können.<sup>52</sup> De Gasperi sei vehement für die Demokratie eingetreten, während die katholische Soziallehre durchaus auch andere Staatsformen zugelassen hätte. Ohne von Anfang an die Zustimmung des Vatikans zu haben, hätte die demokratische Ordnung in Italien, De Gasperis Ansicht nach, nicht überleben können. Das Mißtrauen der Kirche gegenüber dem neuen politischen System zu überwinden, habe zu seinen schwierigsten Aufgaben gehört.<sup>53</sup> Es sei ein Verdienst De Gasperis und der Democrazia Cristiana, daß der große Einfluß der Kirche zum ersten Mal in der italienischen Geschichte im Rahmen des demokratischen Systems wirkte und es dauerhaft unterstützte.<sup>54</sup>

Abgesehen von Candeloro wird von marxistischer Seite gewöhnlich behauptet, daß die Democrazia Cristiana und ihr Vorsitzender von der Kirche abhängig gewesen seien und sich aus dieser Abhängigkeit nicht hätten lösen können. Glaubt man den christdemokratischen Historikern, ist im Gegenteil die Democrazia Cristiana nicht der verlängerte Arm des Vatikans gewesen. De Gasperi habe von der kirchlichen Hierarchie unabhängig gehandelt. Die Unterstützung der Kirche habe er sich mühsam erwerben müssen. Der einzige Liberale, der diesen Punkt anspricht, Romeo, stellt lapidar fest, daß die Christdemokraten von der Kirche offen unterstützt worden seien.<sup>55</sup>

---

50 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 56-58. Quellen wurden hierzu nicht angegeben.

51 G. DE ROSA (wie Anm. 9), S. 152.

52 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 211-212.

53 P. SCOPPOLA (wie Anm. 17), S. 217-219.

54 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 345.

55 R. ROMEO (wie Anm. 16), S. 61.

### 1.3 Erneuerung oder Restauration?

In der Geschichtsschreibung wird diskutiert, ob mit De Gasperi als Premierminister eine Zeit der Restauration des (Vor-)Faschismus oder im Rahmen des Möglichen eine Erneuerung eingeleitet worden sei. Im Geist eines Gedankengutes, das radikalen Umsturz fordert, beurteilen die Historiker marxistischer Prägung die sogenannte »continuità dello stato«<sup>56</sup> negativ. Einen Bruch mit dem Faschismus habe es nicht gegeben; De Gasperi habe sogar eine Erneuerung verhindern wollen. Candeloro und Ragionieri stimmen überein, daß sich das Prinzip der »continuità« bereits unter den Regierungen Badoglio und Bonomi gegenüber einem Bruch mit dem faschistischen und vorsfaschistischen Italien durchgesetzt habe.<sup>57</sup> Auch unter Parri sei es aufgrund der Widerstände seitens der Bürokratie, der Rechten und der mangelnden Unterstützung der Linksparteien für die Regierung nicht zu einer tiefgreifenden Erneuerung gekommen.<sup>58</sup> Candeloro zufolge hat die Regierung De Gasperi die »continuità« vor allem auf den Gebieten Verwaltung und Personal betont.<sup>59</sup> Ragionieri unterstellt De Gasperi, er habe als Konservativer vermeiden wollen, »daß die Politik der [italienischen]<sup>60</sup> Einheit ihren logischen Ausgang in einer tiefgreifenden sozialen und politischen Erneuerung finde«<sup>61</sup>. Auch Carocci macht De Gasperi und die DC mitverantwortlich für die verfehlte bzw. ungenügende Erneuerung des Staates. Aufgrund der Hegemonialstellung der Democrazia Cristiana, des Sammelbeckens der Konservativen, habe nach Kriegsende die durch den Faschismus hervorgerufene politische Rückständigkeit teilweise überlebt und sei ein fester Bestandteil des politischen Lebens in Italien geworden.<sup>62</sup>

Gambino spricht schon von einer »Restauration auf Raten«<sup>63</sup> unter Bonomi. Mit De Gasperi als Ministerpräsidenten habe die Phase der Restauration wieder eingesetzt.<sup>64</sup> Die »continuità« führt Gambino auf den Fortbestand der bürokratisch-administrativen Organisation zurück. Sie habe als einzige tragende Struktur des Landes in einem Moment extremer politischer Schwäche jede Reform im Keim ersticken können.<sup>65</sup>

Die Liberalen Romeo und Chabod stimmen mit Gambino überein,

56 Die deutsche Übersetzung des Begriffs lautet »Fortbestand des Staates«.

57 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 49-51; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2405.

58 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 54; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2410.

59 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 63.

60 Zusatz der Verfasserin.

61 E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2418, Übersetzung der Autorin.

62 G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 331 und 333-337.

63 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 52, Übersetzung der Autorin.

64 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 163-165.

65 A. GAMBINO (wie Anm. 7), Bd. I, S. 101.

daß eine tiefgreifende revolutionäre Erneuerung von vornherein ausgeschlossen gewesen sei.<sup>66</sup> Überzeugend arbeitet Chabod die drei Ursachen dafür heraus. Erstens seien die gemäßigten Kräfte durch die Alliierte Militärverwaltung begünstigt worden, zweitens sei Italien aufgrund des Kriegsverlaufes geistig und politisch dreigeteilt gewesen. Die im Kern konservative Verwaltung, auf der ein moderner Staat seiner Meinung nach weitgehend beruht, habe sich drittens durch die Kontinuität ihrer Funktionen in eine sehr bedeutende politische Macht verwandelt. Bei De Gasperis Amtsantritt habe die »in der Bürokratie verankerte Macht des alten Staates« wieder die Kontrolle des öffentlichen Lebens übernommen.<sup>67</sup> Romeo stützt die Meinung Chabods mit dem Hinweis auf eine übermächtige Präsenz der alliierten Besatzungstruppen in Italien.<sup>68</sup> Für D'Auria garantierte die Ministerpräsidentschaft De Gasperis die Rückkehr zu einem liberalen demokratischen System im Gegensatz zu der von den Kommunisten geforderten Volksdemokratie.<sup>69</sup>

De Rosa und Scoppola lehnen im Gegensatz zu linksstehenden Historikern die Restaurationsthese ab.<sup>70</sup> Laut Scoppola ist De Gasperi Regierungschef geworden, weil allein er den Aufbau der italienischen Demokratie einleiten konnte. Als Mann der Restauration wäre er von den Linksparteien wohl kaum gewählt worden.<sup>71</sup> Mit seinem Amtsantritt hätten sowohl die Amerikaner als auch die Kirche einen »sicheren demokratischen Bezugspunkt« bei der Regierung gesunden und sich daher nicht mehr den wiedererstarkenden rechten bzw. vorsachistischen Kräften zuwenden können. Die italienische Linke habe im Sechsparteienkabinett aus Democrazia Cristiana, Liberalen, Democrazia del lavoro, Sozialisten, Aktionspartei und Kommunisten zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Regierungsverantwortung getragen. Die großen Erneuerungsmöglichkeiten Ende 1945 hätten der demokratischen Übereinstimmung bedurft und sich mit den konservativen Kräften messen müssen. Die internationale Position Italiens habe ein kapitalistisches System mit sich gebracht.<sup>72</sup> De Gasperi habe nicht nur zur Erneuerung der italienischen Demokratie beigetragen, sondern auch einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, die Selbstbestimmung des italienischen Volkes zurückzugewinnen. Zum ersten Mal in seiner Geschichte habe der italienische Staat auf der breiten Zustimmung des Volkes gefußt.<sup>73</sup> De Gasperi habe

<sup>66</sup> R. ROMEO (wie Anm. 16), S. 62; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 1, S. 121; F. CHABOD (wie Anm. 17), S. 102.

<sup>67</sup> F. CHABOD (wie Anm. 17), S. 100-104, Übersetzung der Autorin.

<sup>68</sup> R. ROMEO (wie Anm. 16), S. 62.

<sup>69</sup> E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 314.

<sup>70</sup> P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 201; G. DE ROSA (wie Anm. 9), S. 145.

<sup>71</sup> P. SCOPPOLA (wie Anm. 17), S. 236-238.

<sup>72</sup> P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 211-212.

<sup>73</sup> P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 346-348.

alle antifaschistischen Kräfte am neuen Staat beteiligen wollen. Dafür prägt De Rosa die beiden Begriffe »statualità compartecipata«<sup>74</sup> und »democrazia consociativa«<sup>75</sup>.

Nach Romeos und Scoppolas Auffassung ist es in der italienischen Geschichte mit De Gasperis Amtsantritt zu einer bedeutenden Neuerung gekommen: Die liberale Honoratiorenpartei wurde von den großen antifaschistischen Massen- bzw. Volksparteien abgelöst.<sup>76</sup>

Insgesamt urteilen die meisten marxistischen Historiker negativ. De Gasperi sei vom Vatikan und den Alliierten abhängig gewesen. Candeloro vertritt dabei eine mehr gemäßigte Auffassung und wird damit De Gasperi am ehesten gerecht. Während die Liberalen die Frage weitgehend ausklammern, wird von christdemokratischer Seite unterstrichen, daß De Gasperi sich die kirchliche und alliierte Unterstützung mühsam habe erwerben müssen. Er habe verhindert, daß sich die internationalen Kräfte wieder der Rechten oder Kräften des Vorfascismus zugewandt hätten.

Die marxistische Geschichtsschreibung betont, daß keine radikale Erneuerung stattgefunden, sondern der faschistische bzw. vorsfaschistische Staat in der Verwaltung weiterbestanden habe. Der Großteil der Liberalen und Gambino vertreten – mit Ausnahme von D'Auria – die Ansicht, daß in der damals gegebenen Situation die von den Marxisten geforderte revolutionäre Erneuerung gar nicht möglich gewesen sei. Zwischen den liberalen und marxistischen Meinungen vermittelt gewissermaßen die christdemokratische These, wonach De Gasperi zur Erneuerung beigetragen habe.

## 2. Plebiszit und Konstituante

Eines der wichtigsten Probleme, die während De Gasperis erster Amtszeit gelöst werden mußten, war die Entscheidung über die Staatsform, also über Republik oder Monarchie. Bei der Darstellung der diesbezüglichen Diskussionen und Entscheidungen werden erneut verschiedene, politisch gebundene Standpunkte deutlich.<sup>77</sup>

Nach Bekanntgabe des Waffenstillstands am 8. September 1943 hatte der italienische Staat mit seiner legalen Regierung und in seiner staatsrechtlichen Form, der Monarchie, weiterbestanden. Laut dem Decreto legge

74 G. DE ROSA (wie Anm. 9), S. 157.

75 G. DE ROSA (wie Anm. 9), S. 176.

76 P. SCOPPOLA (wie Anm. 17), S. 233, 236 und 240; R. ROMEO (wie Anm. 16), S. 61.

77 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 212-213; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 63; E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 314; S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 103.

Iuogotenenziale<sup>78</sup> Nr. 151 vom 25. Juni 1944 sollte nach der Befreiung die Frage der Staatsform vom Volk durch die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung entschieden werden.<sup>79</sup> Dies leitete den institutionellen Waffenstillstand ein, der eine Beeinflussung des Volkes bei der Entscheidung für Republik oder Monarchie verhindern sollte.<sup>80</sup> Sowohl das Referendum als auch die Wahlen zur Konstituante wurden schließlich auf den 2. Juni 1946 festgesetzt.<sup>81</sup> De Gasperi und die Amerikaner hatten dafür gekämpft, die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung aufzuschieben.<sup>82</sup>

## 2.1 De Gasperis Eintreten für das Plebisitz

Sollte das italienische Volk in einem Plebisitz über die Frage »Monarchie oder Republik?« abstimmen oder sollte eine vom Volk gewählte verfassunggebende Versammlung entscheiden? Diese Frage war schon vor De Gasperis Aufstieg zum Premierminister und auch noch Anfang 1946 heftig umstritten. Die DC war zwar mehrheitlich republikanisch gesonnen, dennoch trat man nach außen hin nicht offen für die Republik ein. Die Ursachen für diese Zurückhaltung sind auf De Gasperis Diplomatie zurückzuführen und werden, wie man sehen wird, sehr verschieden beurteilt. Wie von christdemokratischer Seite betont wird, habe De Gasperi den Erfolg der Republikbefürworter vorhergesehen<sup>83</sup> und selbst für die Republik gestimmt.<sup>84</sup>

Viele Historiker, z. B. Campanini und Candeloro, beurteilen De Gasperis Eintreten für das Plebisitz und die unentschiedene Haltung der Democrazia Cristiana zum Thema »Republik oder Monarchie« gleich. Sie stimmen darin überein, daß De Gasperi einen Bruch mit dem kirchlich-promonarchistischen Teil der Wählerschaft, der den »Sprung ins Dunkel«<sup>85</sup> fürchtete, habe vermeiden wollen.<sup>86</sup> Von christdemokratischer Seite wird betont, daß De Gasperi vor allem die organisierte katholische Welt daran habe hindern

<sup>78</sup> Decreto legge Iuogotenenziale, abgekürzt »DLL«, ist zu übersetzen als »gesetzeskräftige Verordnung des Statthalters«.

<sup>79</sup> A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 1, S. 151; P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 218-219; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2433.

<sup>80</sup> A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 1, S. 216; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2433.

<sup>81</sup> G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 66.

<sup>82</sup> P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 182-183; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 1, S. 78-80; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2432.

<sup>83</sup> G. CAMPANINI (wie Anm. 11), S. 162; P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 252.

<sup>84</sup> P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 252.

<sup>85</sup> Der Begriff »Sprung ins Dunkel«, im italienischen Original »salto nel buio«, steht für die Befürchtung, die Republik könne dem Kommunismus den Weg ebnen.

<sup>86</sup> G. CAMPANINI (wie Anm. 11), S. 162; P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 251-252; G. DE ROSA (wie Anm. 9), S. 154; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 68; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 1, S. 152-153; G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 339.

wollen, wieder konservative Positionen einzunehmen. Einerseits habe die Vorsicht des Premierministers bei der kirchlichen Hierarchie einen gefährlichen Rückschlag bewirkt und andererseits bei einem Teil der Parteibasis das Image der Democrazia Cristiana als Kraft der Erneuerung beschädigt.<sup>87</sup> Die marxistische Geschichtsschreibung dagegen vertritt die These von der DC als Vertreterin konservativer Interessen. Laut Carocci hat die Democrazia Cristiana durch ihre äußere Zurückhaltung ihren konservativen und klassenübergreifenden Charakter wahren können.<sup>88</sup> Von christdemokratischer Seite wird mehr die aktive Rolle De Gasperi unterstrichen, der durch die Volksabstimmung der Republik von Anfang an eine solide Basis geben wollte. Geschickt habe er um die Zustimmung der Massen und der Kirche geworben.<sup>89</sup> Die Marxisten dagegen behaupten meist, daß die Haltung des Premierministers durch Druck seitens der Kirche bestimmt worden sei.<sup>90</sup> Ragonieri vertritt die Auffassung, De Gasperi habe unter dem entgegengesetzten Druck seitens der promonarchischen Kirche und der eigenen republikanisch gesonnenen Partei gestanden. Mit dem Referendum habe die Democrazia Cristiana offiziell neutral bleiben können.<sup>91</sup>

Ähnlich gegensätzlich wird die Rolle der Alliierten bei der Frage der Staatsform beurteilt. Gambino erläutert, De Gasperi habe sich der Alliierten in einem doppelten Spiel bedient, um das Referendum durchzusetzen.<sup>92</sup> Der christdemokratische Standpunkt lautet indes, daß durch das Plebisitz und die neutrale Haltung der DC mögliche Einwände der Monarchie und der Alliierten gegen den Entschluß der Konstituante entschärft worden seien.<sup>93</sup> Candeloro zufolge wollte De Gasperi Anfang 1946 hauptsächlich seine eigene Stellung halten.<sup>94</sup> Gambino meint, die Democrazia Cristiana habe vor allem deswegen nicht für die Republik Stellung bezogen, um bei den bevorstehenden Wahlen möglichst gut abzuschneiden.<sup>95</sup>

Die ausführlichen Werke Gambinos und Scoppolas gehen außerdem auf die Bedeutung ein, die De Gasperi dem Zeitpunkt des Plebisitzs beimaß. Laut Scoppola hat der Premier seinen Standpunkt nicht durchsetzen können, die Entscheidung über die Staatsform aufzuschieben, bis wenigstens die Grundzüge der Verfassung festgelegt worden waren. Nach der Festlegung

87 P. SCOPPOLA (wie Anm. 9), S. 254.

88 G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 339.

89 G. CAMPANINI (wie Anm. 11), S. 162; P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 223-224; G. DE ROSA (wie Anm. 9), S. 154.

90 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 68.

91 E. RAGONIERI (wie Anm. 7), S. 2437-2438.

92 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 151-153.

93 G. CAMPANINI (wie Anm. 11), S. 162.

94 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 68.

95 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 150.

der Grundzüge der neuen Verfassung wäre die Entscheidung für die Republik nämlich nicht mehr als der gefürchtete »Sprung ins Dunkel« erschienen.<sup>96</sup> Doch Gambino vertritt die Auffassung, aus Angst davor sei De Gasperi selbst überwiegend um die Kontinuität des Staates besorgt gewesen. Um eine plötzliche unaufhaltsame Erneuerungswelle zu verhindern, habe er die Volksabstimmung und die Wahlen zur Konstituante nicht gleichzeitig abhalten wollen.<sup>97</sup>

Auch in diesem Zusammenhang also werfen die marxistischen Historiker De Gasperi vor, er habe anstelle einer Erneuerung den (vor-)faschistischen Staat bestehen lassen. Er habe es versäumt, mit der Vergangenheit zu brechen. Die christdemokratische »Schule« hingegen neigt dazu, dieselben Sachverhalte als Verdienste De Gasperis darzustellen. Die meisten liberalen Stimmen gehen auf diese speziellen Fragen nicht ein.

## 2.2 Beschränkte Gewalten für die verfassunggebende Versammlung

Die Frage, welche Vollmachten die verfassunggebende Versammlung besitzen solle, hatte man bereits unter Parri diskutiert und schließlich am 27. und 28. Februar 1946 im Ministerrat entschieden. Allgemein wird die Meinung vertreten, De Gasperi habe sich für die Beschränkung der Macht der Konstituante eingesetzt, da er dem Rechtsstaatlichkeitsprinzip<sup>98</sup> so große Bedeutung beimaß.<sup>99</sup> Scoppola erläutert ausführlich, was dies für De Gasperi bedeutete:<sup>100</sup> De Gasperi habe eine rechtsstaatliche Vorstellung liberaler Art vom Staat gehabt, die auf dem Prinzip der Gewaltenteilung basierte. Die Verfassung habe die staatliche Macht scharf eingrenzen sollen. Nicht klar abgegrenzte Gewalten widersprachen dem Grundsatz der Gewaltenteilung. Er sah darin eine Bedrohung für Bürger- und Freiheitsrechte. Zudem wäre die Macht der Konstituante ohne Verfassung in keiner Weise eingeschränkt gewesen. Bei den damaligen Kräfteverhältnissen hätten somit die Linksparteien leicht die Mehrheit erringen können. De Gasperi sah die Gefahr, daß ohne eine klare Festlegung der Vollmachten der Konstituante – so die

---

96 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 234.

97 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 150.

98 Der italienische Begriff dafür lautet »garantismo«. Der italienische »Duden« liefert folgende Definition: »Rechtsstaatlichkeitsprinzip, welches in der Existenz einer Reihe von in der Verfassung verankerten Garantien besteht, die in der Lage sind, bestimmte Rechte, insbesondere Bürger- und Freiheitsrechte der Bürger zu schützen und, gleichzeitig, mögliche willkürliche Handlungen der öffentlichen Macht den Bürgern gegenüber einzuschränken.« (Miro Dogliotti/Luigi Rosiello, *Il nuovo Zingarelli. Vocabolario della lingua italiana*, 11. Aufl., Bologna 1986, S. 791–792), Übersetzung der Autorin.

99 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 155–156; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 68; P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 229; E. RAGIONIERI (wie Anm. 3), S. 2437.

100 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 229.

allgemeine Ansicht – eine Diktatur unter Nenni oder Togliatti sich hätte etablieren können.<sup>101</sup>

Auf die Frage nach den Befugnissen der Konstituante gehen hauptsächlich Gambino, Candeloro und Scoppola ein. In Bezug auf die These der staatlichen Kontinuität Italiens und die amerikanische Haltung zeichnet sich eine Zweiteilung der historischen Meinungen ab. Die weiter links stehenden Meinungen stimmen überein, daß durch die Beschränkung der Gewalten der Konstituante der faschistische bzw. vfaschistische Staat habe fortbestehen können, wie De Gasperi es gewünscht habe.<sup>102</sup> Die Entstehung einer neuen Ordnung habe verhindert werden sollen.<sup>103</sup> Gambino hält De Gasperis Befürchtung, wonach von einer Konstituante mit zu weitreichenden Befugnissen die Gefahr einer linken Diktatur ausgegangen sei, für willkürlich und bewußt übertrieben.<sup>104</sup>

Der Vorwurf, De Gasperi habe die »continuità dello stato« sichern wollen, ist ein typisches Schlagwort linker Historiker. Bei Autoren, die den Christdemokraten nahestehen, taucht dieser Begriff nie auf. De Gasperis Vorstellung von der Rechtsstaatlichkeit – so Scoppola – sei unvereinbar gewesen mit einer mit sämtlichen Befugnissen ausgestatteten Konstituante. Denn diese wäre dem Druck der Öffentlichkeit ausgesetzt gewesen. Zudem hätte mit der Einsetzung der Konstituante die gesamte Macht bei deren Vorsitzenden und bei dessen provisorischer Regierung gelegen. Dies hätte nach De Gasperi die Grundlagen für eine Linksdiktatur geschaffen.<sup>105</sup> Eine Konstituante mit allen Vollmachten widersprach De Gasperis Konzeption von Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit.

Einigkeit herrscht darüber, daß sich die Amerikaner De Gasperis Haltung zu eigen gemacht hätten.<sup>106</sup> Daher konnte De Gasperi laut Scoppola auf eine Lösung in seinem Sinne hoffen.<sup>107</sup> Die Entscheidung fiel schließlich in zwei Ministerratssitzungen Ende Februar 1946. Da die Linken vom Sieg der Republik überzeugt gewesen seien, hätten sie sich – so die verbreitete Ansicht – nicht mehr widersetzt.<sup>108</sup>

101 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 230; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 68; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 155.

102 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 68; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 150-151.

103 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 155; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 68; G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 339.

104 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 155.

105 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 230; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 153.

106 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 152-153; P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 231-232.

107 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 231-232.

108 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 235; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 158-160.

### 2.3 Die Ergebnisse des Referendums und der Wahlen zur Konstituante

Am 2. Juni 1946 fanden das Referendum über die Staatsform und die Wahlen zur Konstituante statt. Die Befürworter der Republik siegten mit 54 Prozent der Stimmen. Die Befürworter der Monarchie erzielten 45,7 Prozent.<sup>109</sup> Der Statthalter, Humbert II., ging am 13. Juni 1946 nach Portugal ins Exil.<sup>110</sup>

Bei den ersten Parlamentswahlen der Nachkriegszeit errangen die Christdemokraten 207 Sitze, knapp weniger als der Partito Socialista Italiano d'Unità Proletaria (115) zusammen mit den Kommunisten (104). 41 Mandate gingen an die liberale Partei PLI und 23 an die Republikaner.<sup>111</sup> Direkt nach den Wahlen wurde die Republik Italien proklamiert. Die Konstituante begann die Verfassung auszuarbeiten. Am 22. Dezember 1947 wurde diese angenommen und trat am 1. Januar 1948 in Kraft.<sup>112</sup>

Die meisten marxistischen Historiker, auch Gambino, sprechen in diesem Zusammenhang die historische Rückständigkeit Italiens und die Bedeutung der katholisch-konservativen Tradition an. Neu sei die Tatsache, daß die Linksparteien und die DC so viel Anklang gefunden hätten, so Candeloro. All dies habe die Zweiteilung Italiens in Norden und Süden bestätigt.<sup>113</sup> Ragionieri hebt hervor, daß die Abdankung des Königs die konservativen Positionen geschwächt habe. Den Erfolg der Republik dürfe man nicht unterschätzen, da die Krone auf die demokratische Entwicklung einen sehr negativen Einfluß ausgeübt habe. So hätten nach ihrer Abdankung die konservativen Tendenzen keinerlei Anhaltspunkt mehr an der Spitze des Staates gefunden.<sup>114</sup> Laut Carocci hat De Gasperi im Grunde einen Staat nach dem Muster des alten liberalen oligarchischen Regimes schaffen wollen, allerdings unter aktiver Mitwirkung der Massen.<sup>115</sup>

Im Gegensatz zu der marxistischen Idee vom konservativen Italien führt der Liberale Romeo aus, daß durch die Einführung der Republik der Zweite Weltkrieg als Wende in der italienischen Geschichte noch mehr akzentuiert worden sei. Der Sieg der Republik sei dem massiven Votum der Linksparteien und wichtiger Teile der Christdemokraten zu

---

<sup>109</sup> R. ROMEO (wie Anm. 16), S. 60; E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 316; F. CHABOD (wie Anm. 17), S. 114; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 223.

<sup>110</sup> E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 316; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 73-76; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. I, S. 242.

<sup>111</sup> D'AURIA (wie Anm. 15), S. 316-317; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 76.

<sup>112</sup> E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 320-321 und 325; G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 341.

<sup>113</sup> G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 76-77.

<sup>114</sup> E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2440-2443.

<sup>115</sup> G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 341.

verdanken.<sup>116</sup> Chabod (und Tramontin) zufolge hat das Los der Republik in den Händen der DC gelegen.<sup>117</sup>

Eine andere Begründung für den ruhigen Übergang von der Monarchie zur Republik liefert Gambino: Die Bourgeoisie und die besitzenden Klassen hätten anfangs das Haus Savoyen mit wirtschaftlicher und sozialer Bewahrung gleichgesetzt. Da ihnen aber das politische Gleichgewicht nach den Wahlen 1946 genügend Sicherheiten geboten habe, hätten sie sich danach von der Monarchie distanziert.<sup>118</sup>

Die Christdemokraten heben vorwiegend einen anderen Aspekt hervor, der sich jedoch auch bei Gambino findet. Ein sehr großes Verdienst De Gasperis und der Democrazia Cristiana sei der schmerzlose Übergang von der einen zur anderen Staatsform ohne Erschütterungen, ohne das Trauma eines Bürgerkrieges gewesen.<sup>119</sup> Dies und sein entschlossener Beitrag zur Republik gelten hier als De Gasperis bedeutendste Leistungen.<sup>120</sup> Scoppola schreibt, ein Bruch wegen der Institutionenfrage sei im Land und in der DC vermieden und jede Feindseligkeit der Kirche gegenüber der entstehenden Demokratie gebannt worden. De Gasperi habe dazu beigetragen, die Grundlagen der Republik zu sichern. Seine Besorgnis über die möglichen Reaktionen der katholischen Welt sei völlig realistisch gewesen.<sup>121</sup>

### 3. Die Wende vom Mai 1947

Ein dritter signifikanter Ereigniskomplex, an dem die politisch beeinflußten Standpunkte der Historiker veranschaulicht werden können, ist die Bildung des vierten Kabinetts De Gasperi, des ersten ohne kommunistische Minister. Schon seit Ende 1944 hatte sich eine Verschlechterung des Klimas der Zusammenarbeit zwischen den großen Parteien angedeutet.<sup>122</sup> Obwohl nach den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung am 2. Juni 1946 die Gleichberechtigung der sechs Parteien der Nationalen Befreiungskomitees zugunsten einer Regierungsmehrheit aus Christdemokraten, Kommunisten und Sozialisten beendet worden war, arbeiteten die großen Parteien noch bis Mitte Mai 1947 zusammen.<sup>123</sup> Wichtige Stationen auf dem Weg zur Wende

116 R. ROMEO (wie Anm. 16), S. 60.

117 F. CHABOD (wie Anm. 17), S. 114; S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 117.

118 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 247-248.

119 G. CAMPANINI (wie Anm. 11), S. 162; S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 117; P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 251 und 260.

120 S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 117.

121 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 260.

122 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 291.

123 P. SCOPPOLA (wie Anm. 97), S. 307; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2460; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 305-309; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 113-114.

waren die USA-Reise De Gasperis im Januar 1947 und die gleichzeitige Spaltung der sozialistischen Partei. Zum letzten Mal bildete nach dem darauffolgenden Regierungsrücktritt der Premierminister ein Kabinett mit kommunistischen Ministern. Die innenpolitische Lage und die Veränderung der internationalen Situation mit der Verkündung der Truman-Doktrin am 12. März 1947 führten schließlich die endgültige Wende herbei.

### 3.1 De Gasperis Reise in die Vereinigten Staaten

Nur von einigen Autoren wird die USA-Reise des Premierministers angeprochen, nämlich von D'Auria, Tramontin und Scoppola, Ragionieri, Candeloro und Gambino. Laut Gambino, der als einziger die Ereignisse detailliert schildert, hatten die Wochenzeitung Time und ein nicht näher erläutertes »Consiglio per i problemi mondiali« europäische Staatsmänner – unter ihnen De Gasperi – zu einem Forum über die Probleme der Nachkriegszeit vom 9. bis 11. Januar 1947 nach Cleveland/USA eingeladen.<sup>124</sup> De Gasperi reiste Anfang Januar 1947 in Begleitung einer Delegation in die USA.<sup>125</sup> Die genauen Daten (5.-15. Januar) nennen Candeloro und Gambino.<sup>126</sup> Während des Aufenthaltes waren Gespräche mit Vizeaußenminister Acheson, Präsident Truman und weiteren amerikanischen Politikern vorgesehen.<sup>127</sup>

Die Absichten, die der Premierminister mit seiner Reise verfolgte, werden bei den christdemokratischen Historikern erstaunlicherweise nicht dargestellt. Demgegenüber heben Candeloro, Gambino und Ragionieri die folgenden Ziele hervor: Als offizieller Zweck der Reise gilt der Abschluß eines Kreditvertrages.<sup>128</sup> Laut Gambino hat De Gasperi in Wirklichkeit aber beabsichtigt, angesichts einer immer wahrscheinlicheren Konfrontation mit den Kommunisten sein eigenes Ansehen und die Position der Gemäßigten in der italienischen Regierung zu stärken.<sup>129</sup> Candeloro schreibt, der Premierminister habe die amerikanische Aufmerksamkeit auf die Auseinandersetzung zwischen prowestlichen und prosowjetischen Kräften in Italien lenken wollen. Der Ausgang dieser Kraftprobe sei nämlich für das europäische Gleichgewicht entscheidend gewesen. Da vor der Verkündung der Truman-Doktrin nicht klar war, wie sich die USA verhalten würden, habe De Gasperi sich außerdem darüber Klarheit verschaffen müssen, was der

124 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 301-303.

125 S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 136; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2461, P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 321.

126 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 116; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 305-306.

127 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 117.

128 E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2462; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 303; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 116.

129 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 302-309.

amerikanische Präsident gegenüber der UdSSR und den linken Kräften in Europa beabsichtigte. Eindeutig hätten die Amerikaner eine Regierung ohne kommunistische Beteiligung begrüßt. Da jedoch nicht gesagt war, daß sie eine Regierung unter De Gasperi wünschten, habe er sich das amerikanische Vertrauen sichern müssen.<sup>130</sup>

Auf die wirtschaftlichen und politischen Ergebnisse der Besprechungen gehen Gambino, Scoppola und Candeloro ein. Die Verhandlungen über den Kredit zur Finanzierung des Wiederaufschwungs der italienischen Industrie<sup>131</sup> hatten sich seit Februar 1946 hingezogen.<sup>132</sup> Scoppola schildert, wie die Amerikaner aufgrund der Regierungsbeteiligung der Kommunisten keinen Kredit gewähren wollten.<sup>133</sup> Gambino stimmt mit Scoppola darin überein, daß De Gasperi während der Verhandlungen das Argument des kommunistischen Drucks eingesetzt habe, um die Gelder zu erhalten.<sup>134</sup> Scoppola betont dabei besonders De Gasperis geschickte Diplomatie.<sup>135</sup> Die Gespräche wurden schließlich mit der Zusage eines Kredits über 100 Mio. US-Dollar<sup>136</sup> und weiterer wirtschaftlicher Hilfen abgeschlossen.<sup>137</sup>

Während Candeloro und Gambino die Bedeutung der amerikanischen Wirtschaftshilfe eher gering bewerten, wird sie sowohl von D'Auria als auch von christdemokratischer Seite besonders hoch angesetzt. Der Christdemokrat Tramontin schreibt, die wirtschaftlichen Hilfen, deren Italien nicht nur für den Wiederaufbau, sondern auch zum Überleben so sehr bedurfte, seien grundlegend gewesen.<sup>138</sup> Scoppola unterstreicht, daß De Gasperi sich sehr diplomatisch habe verhalten müssen, denn die Amerikaner hätten eine Regierung ohne ihn und eine Hinwendung zu alten liberalen Kräften keineswegs ausgeschlossen.<sup>139</sup>

Auf die politischen Verhandlungen gehen Gambino, De Rosa, Candeloro und Tramontin ein. Der Großteil der marxistischen und christdemokratischen Autoren – eine Meinung der Liberalen ist nicht ermittelt – stimmen darin überein, daß es kein politisches Abkommen mit den Vereinigten Staaten gegeben habe, im Tausch gegen Wirtschaftshilfe die Kommunisten

<sup>130</sup> G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 115-116.

<sup>131</sup> G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 116.

<sup>132</sup> A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 305; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2462; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 116.

<sup>133</sup> P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 313.

<sup>134</sup> P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 313; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 306.

<sup>135</sup> P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 313.

<sup>136</sup> G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 116-117; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 306.

<sup>137</sup> E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 321; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 117; S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 136.

<sup>138</sup> S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 136.

<sup>139</sup> P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 315.

aus der Regierung auszuschließen.<sup>140</sup> Allerdings vertritt Tramontin die Auffassung, ohne einen Beleg anzuführen, daß eine weitere wirtschaftliche Unterstützung mit der Aufforderung verbunden war, eine Regierung ohne die eng verbundenen Sozialisten und Kommunisten zu bilden.<sup>141</sup>

Laut De Rosa hätte der Ausschluß der Linksparteien den Zufluß amerikanischer Hilfen gefördert.<sup>142</sup> Gambino zufolge brauchten die Amerikaner keinen Druck auf De Gasperi auszuüben, denn dieser habe sich schon Mitte September 1946 entschlossen, ein Kabinett ohne kommunistische Minister zu bilden. Das wahre Problem De Gasperis sei es damals gewesen, einen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch Italiens und in der Folge einen Wahlerfolg der Linken zu vermeiden, der seine Position untragbar gemacht hätte. Dazu habe er mit amerikanischer Unterstützung Togliatti entmachten müssen.<sup>143</sup> Candeloro kommt zu dem Schluß, daß von amerikanischer Seite kein Druck ausgeübt worden sei, die Amerikaner aber De Gasperis Politik gebilligt hätten. Er habe Verständnis für die schwierige Situation seiner Regierung geweckt. Die Amerikaner seien damit einverstanden gewesen, den kommunistischen Einfluß zurückzudrängen; dies habe im Ausschluß des PCI von der Regierungsverantwortung gegipfelt.<sup>144</sup>

Insgesamt halten D'Auria und Tramontin die Reise für sehr ertragreich. Für D'Auria kennzeichnete sie das Ende der italienischen Isolation seit Kriegsende und nahm den Eintritt Italiens in den westlichen Block vorweg.<sup>145</sup> Scoppola sieht in der Reise den Anlaß für eine Verhärtung der Beziehungen zu den Kommunisten.<sup>146</sup> Dies klingt wie eine logische Folgerung aus den Ansichten Tramontins und D'Aurias. Der marxistische Historiker Ragionieri fügt hinzu, daß die Ereignisse seine These von der »beschränkten Souveränität« der italienischen Politik untermauern.<sup>147</sup>

---

140 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 313; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 305-309; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 117; G. DE ROSA (wie Anm. 9), S. 160.

141 S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 136.

142 G. DE ROSA (wie Anm. 9), S. 160.

143 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 307-309. Gambino folgert dies aus einer Unterredung zwischen De Gasperi und Henry Tasca, dem Vertreter des amerikanischen Schatzministeriums in Rom, am 13. September 1946. Der Wortlaut ist in FRUS 1947, Bd. 8, Washington 1972 abgedruckt. Man kann dieses Gespräch jedoch auch ganz anders interpretieren.

144 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 117-118. Als dokumentarische Quelle gibt der Historiker FRUS 1947, Bd. 8, Washington 1972, als Zeitzeugenaussagen die Bücher von A. Tarchiani und E. Ortona an. Alberto TARCHIANI, *America e Italia. Le dieci giornate di De Gasperi negli Stati Uniti*, Mailand 1947. Egidio ORTONA, *Anni d'America. La ricostruzione 1944-1951*, Bologna 1984.

145 E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 321; S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 136.

146 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 311.

147 E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2463, Übersetzung der Verfasserin.

### 3.2 Die Spaltung der Sozialisten und der Rücktritt des zweiten Kabinetts De Gasperi

Während De Gasperi in den Vereinigten Staaten war, spaltete sich am 9. Januar 1947 die sozialdemokratische Komponente der sozialistischen Partei unter Saragat ab und gab sich den Namen PSLI.<sup>148</sup> Der Rest der Partei unter Nenni, der im Sinne eines totalitären Sozialismus für die Aktionseinheit mit den Kommunisten eintrat, nannte sich daraufhin wieder Sozialistische Partei Italiens PSI.<sup>149</sup> Für Candeloro, Gambino, Ragonieri, Carocci, D'Auria, Tramontin liegt die sogenannte Spaltung vom Palazzo Barberini auf dem Weg zur Wende von 1947. Candeloro und Gambino vertreten die Ansicht, De Gasperi und die Democrazia Cristiana hätten Saragat zur Spaltung ermutigt, um mit der neuen Partei zusammenarbeiten zu können.<sup>150</sup> Ragonieri sieht die Spaltung als Erfolg derjenigen, die die antifaschistische Einheit beenden wollten.<sup>151</sup> Carocci fügt hinzu, daß De Gasperi dadurch eine gewisse Deckung auf der Linken erhalten habe.<sup>152</sup> Es fällt auf, daß nur linksstehende Historiker sich mit ähnlichen Urteilen zu diesem Punkt äußern. D'Auria und Tramontin beschränken sich darauf, die Spaltung als eines der Elemente zu erwähnen, die in letzter Konsequenz zur Bildung eines Kabinetts ohne sozialistische bzw. kommunistische Beteiligung führten. Die übrigen christdemokratischen Autoren schneiden das Thema gar nicht an. Nach der Spaltung traten die sozialistischen Minister und daraufhin die gesamte Regierung zurück. Gambino und Candeloro vertreten die Auffassung, daß De Gasperi mit seinem Rücktritt nur beabsichtigt habe, das Gewicht der Linksparteien zu verringern.<sup>153</sup> Außerdem habe er, so Gambino, den Pakt der Democrazia Cristiana mit ihren beiden Hauptverbündeten, PSI und PCI, erneuern können.<sup>154</sup> Anfang Februar nahm dann das neue Kabinett aus christdemokratischen, kommunistischen und dem PSI angehörenden Ministern seine Arbeit auf.<sup>155</sup> Auch Chabod zufolge hat das Gewicht der

148 Der PSLI (Partito socialista lavoratori italiani/Sozialistische Arbeiterpartei Italiens) benannte sich 1952 um in Partito Socialista Italiano Democratico (PSDI).

149 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 309; S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 135.

150 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 118; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 309-311. Gambino führt als Belege zwei Interviews mit Maria Romana Catti De Gasperi und Guido Gonella an, in denen sich beide ziemlich eindeutig dahingehend äußern. Die von Candeloro verwendeten Quellen gehen aus dem Text nicht hervor.

151 E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2461-2462. Auch hier ist nicht klar, auf welche Quellen der Autor sich bezieht.

152 G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 340.

153 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 336; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 118.

154 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 336.

155 E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 320-321; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2463; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 122-123; F. CHABOD (wie Anm. 17), S. 117-118.

Linksparteien abgenommen, denn die Kommunisten und Sozialisten hätten zwei der wichtigsten Ministerien abgegeben.<sup>156</sup> Zudem waren an diesem sogenannten »Dreiparteienkabinett« auch die linksstehenden Republikaner nicht mehr beteiligt. Die Zusammenarbeit endete definitiv am 12./13. Mai desselben Jahres.

Nachfolgend soll erörtert werden, welche Gründe nach Meinung verschiedener Historiker für eine weitere Zusammenarbeit mit den Linksparteien gesprochen hätten. Als Motive, die Zusammenarbeit aufzukündigen, werden die wirtschaftliche Situation, die Haltung der Kirche, Gegensätze zwischen den Koalitionsparteien und die Furcht der Democrazia Cristiana vor einer Wahlniederlage genannt.

Einige Historiker sehen die 1947 anstehende Unterzeichnung des Friedensvertrages als Motiv an, weiter mit den Kommunisten und Sozialisten zusammenzuarbeiten.<sup>157</sup> Der Vertrag wurde am 10. Februar unterzeichnet und am 31. Juni ratifiziert. Gambino und Candeloro, aber auch Scoppola und De Rosa, stimmen überein, daß De Gasperi an der Verantwortung für den harten Friedensvertrag alle politischen Kräfte beteiligen wollte.<sup>158</sup> Die marxistischen Historiker Carocci und Ragionieri dagegen bewerten die Zusammenarbeit negativ als »nützliche Deckung bei den Verhandlungen über den Friedensvertrag«.<sup>159</sup> Wie hier kennzeichnet eine abwertende Ausdrucksweise in vielen Fällen das Urteil einiger marxistischer Historiker.

Als Beweggrund, weiter mit den Linksparteien zusammenzuarbeiten, wird oft auch die Annahme des Artikels 7 der Verfassung genannt, durch den die Lateranverträge von 1929 in die Verfassung aufgenommen wurden. Er wurde am 25. März mit den Stimmen der Kommunisten gebilligt.<sup>160</sup> Außerdem habe man Fortschritte bei der Ausarbeitung der Verfassung erzielen wollen.<sup>161</sup> Aber der Bruch erfolgte vor der Verabschiedung am 22. Dezember 1947. Laut Candeloro hat Togliatti für die Ausarbeitung der Verfassung eine Atmosphäre relativ harmonischer Zusammenarbeit schaffen wollen.<sup>162</sup> De Gasperi hatte, Gambino zufolge, schon lange die Hoffnung ausgegeben, ohne

156 F. CIABOD (wie Anm. 17), S. 117-118.

157 G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 339; E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 321; P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 310.

158 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 122; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 307-308 und 333; P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 310; G. DE ROSA (wie Anm. 9), S. 160.

159 G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 339; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2463, Übersetzung Babette Leitgeb.

160 G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 339-340; S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 136; P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 310; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2463.

161 G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 340; E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 321; S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 136; P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 310; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 122.

162 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 173.

allzu große Gegensätze die Verfassung erarbeiten zu können.<sup>163</sup> Laut Carocci kann man nicht ausschließen, daß De Gasperi bis zur Vollendung der Verfassung weiter mit den Kommunisten zusammenarbeiten wollte. Doch sei dies für ihn nicht wichtig genug gewesen, um dem antikommunistischen Druck seitens des Vatikans, der Amerikaner und der Industrie zu widerstehen.<sup>164</sup>

Relative Einstimmigkeit herrscht bei den hier untersuchten Autoren auch darüber, daß die schwierige wirtschaftliche Situation für den Bruch eine Rolle gespielt habe. Die Gegensätze in der Wirtschaftspolitik hatten sich nämlich seit Ende 1946 verschärft.<sup>165</sup> Der Liberale D'Auria glaubt, daß die starke Inflation ein Grund gewesen sei, die Koalition zwischen Linksparteien und Democrazia Cristiana beizubehalten. Denn durch eine politische Krise wäre sie seiner Meinung nach verstärkt worden.<sup>166</sup> Der Marxist Ragonieri dagegen vertritt die Auffassung, gerade die Wirtschaftspolitik habe den Ausschluß erforderlich gemacht. Grundlegend für De Gasperis Entscheidung sei vermutlich die bevorstehende wirtschaftspolitische Entscheidung gewesen, die die Linksparteien nicht hätten mittragen können, ohne ihre Identität zu verlieren.<sup>167</sup> Gambino stimmt ihm zu, daß finanzielle Stabilisierung und wirtschaftlicher Wiederaufbau unter einer Regierung mit Sozialisten und Kommunisten zumindest widersprüchlich gewesen seien. Daher habe De Gasperi sich entschlossen, die Zusammenarbeit zu beenden.<sup>168</sup> Seitens der Christdemokraten De Rosa und Scoppola, aber auch von Carocci wird hervorgehoben, daß wirtschaftliche Kreise Druck ausgeübt hätten. Laut Scoppola hat De Gasperi dies bitter zur Kenntnis nehmen müssen.<sup>169</sup>

Seltener wird die Haltung der Kirche als Mitursache für die Wende aufgeführt. Die marxistischen Forscher Carocci und Candeloro, aber auch Scoppola arbeiten heraus, daß der Vatikan seit 1946 eine zunehmend antikommunistische Haltung eingenommen hatte und De Gasperi dazu bewegen wollte, ohne die Kommunisten zu regieren.<sup>170</sup> Carocci zufolge hat De Gasperi nicht entschieden genug gegen den kirchlichen Druck gekämpft. Scoppola vertritt jedoch die Auffassung, De Gasperi habe dem Druck widerstanden und die Zusammenarbeit mit den Linksparteien

163 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 307.

164 G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 340.

165 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 114-118; R. ROMEO (wie Anm. 16), S. 63; E. RAGONIERI (wie Anm. 7), S. 2458; S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 137.

166 E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 321.

167 E. RAGONIERI (wie Anm. 7), S. 2463.

168 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 376.

169 G. DE ROSA (wie Anm. 9), S. 160; P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 313-320; G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 34.

170 G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 340; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 115; P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 287-290 und 309-310.

weiter ermöglicht.<sup>171</sup> Es sei sein größtes Verdienst gewesen, wenigstens stillschweigend die Zustimmung des Vatikans erhalten zu haben, die für den Wiederaufbau der italienischen Demokratie notwendig war. De Gasperi habe gewußt, daß seine Zusammenarbeit mit den Kommunisten im Vatikan mit großer Sorge gesehen wurde; andererseits habe die Entwicklung der Situation sie unumgänglich gemacht, und die Kommunisten seien dazu bereit gewesen.<sup>172</sup> Durch die Mitarbeit der Kommunisten habe man sogar die Vorurteile der wiedererstarkenden Antiklerikalen gegen die Kirche ausräumen können.<sup>173</sup>

Insbesondere in knapperen Darstellungen werden als Ursache für die sich schnell verschlechternde Situation der Dreiparteienregierung öfter die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den Koalitionsparteien angeführt.<sup>174</sup> In der Meinungsverschiedenheit zwischen De Gasperi und Togliatti über die amerikanische Einmischung in die italienische Politik sieht auch Candeloro den entscheidenden Anlaß zum Ausschluß der Kommunisten.<sup>175</sup> D'Auria<sup>176</sup> und De Rosa<sup>177</sup> führen diese Auseinandersetzung auf die »doppiezza«<sup>178</sup> des PCI zurück; der marxistische Historiker Carocci schreibt dagegen der harten Opposition Togliattis nur marginale Bedeutung zu.<sup>179</sup>

### 3.3 Die veränderte internationale Lage: die Truman-Doktrin

Seit Anfang 1947 hatte sich die amerikanische Europapolitik verändert. Als Antwort auf Stalin, der seinen Einfluß im Westen ausdehnen wollte, begannen die Vereinigten Staaten mit Verkündung der Truman-Doktrin am 12. März die Strategie des »containment« gegenüber der Sowjetunion.<sup>180</sup>

Die meisten Forscher sehen im Beginn des Kalten Krieges das aus-

171 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 310.

172 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 272-274.

173 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 280-281.

174 E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 321; G. DE ROSA (wie Anm. 9), S. 151; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 173; F. CHABOD (wie Anm. 17), S. 118.

175 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 173.

176 E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 322.

177 G. DE ROSA (wie Anm. 9), S. 163.

178 Das von den Rechten verwendete Schlagwort »doppiezza«, zu übersetzen als »doppeltes Spiel, Doppelzüngigkeit«, charakterisiert das Verhalten von Togliattis PCI, der einerseits an der Regierung beteiligt war, andererseits aber mit den Argumenten Wirtschaftskrise, öffentliche Ordnung und internationale Situation gegen De Gasperi und die Democrazia cristiana Stimmung zu machen versuchte.

179 G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 340.

180 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 313-314; G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 340; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2462-2463; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 134-135; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 371-374.

schlaggebende Element für die Entlassung der Kommunisten und Sozialisten aus der Regierung. Tramontin, Romeo und De Rosa halten innen- und außenpolitische Gründe für gleichgewichtig. Die marxistischen Historiker Carocci und Ragonieri glauben, der amerikanische Druck habe zum Ausschluß der Linksparteien aus der Regierung geführt. Carocci hält die verdeckte Drohung, Italien keine Hilfen aus dem Marshall-Plan zu gewähren, für ausschlaggebend.<sup>181</sup> Laut Ragonieri hat sich in einer Situation der »eingeschränkten Souveränität« Italiens der gewaltige Druck des »Kalten Krieges« gegen die inneren Kräfte durchgesetzt.<sup>182</sup> Um Griechenland und die Türkei unterstützen zu können, hätten die USA ihre strategische Situation im Mittelmeerraum stärken müssen. Unter diesen Umständen habe De Gasperi sich die Unterstützung der USA für ein Kabinett ohne die Linksparteien gesichert.<sup>183</sup>

Gambino schreibt, De Gasperi habe seine Entscheidung ohne Druck seitens der Alliierten getroffen.<sup>184</sup> Nach Ansicht der liberalen Autoren Chabod und D'Auria ist die Krise trotz der unüberwindlichen Gegensätze innerhalb der Koalitionsregierung durch die außenpolitische Lage ausgelöst worden.<sup>185</sup> Laut D'Auria waren die Linksparteien in Schwierigkeiten geraten, da Italien seit De Gasperis Besuch in den Vereinigten Staaten dem westlichen Lager angehörte. Ihre Politik der Blockfreiheit sei mit dem Wiederaufbau des Landes unvereinbar gewesen.<sup>186</sup> Entscheidend ist, Chabod zufolge, vor allem die Frage gewesen, welche Haltung man gegenüber dem gespannten Verhältnis zwischen den Großmächten einnehmen solle.<sup>187</sup> Romeo hält die verschärften innenpolitischen Gegensätze und den Beginn des Kalten Krieges für gleich wichtig.<sup>188</sup>

Nach Scoppola hat die amerikanische Regierung, nachdem die Sowjetunion in der Alliierten Kontrollkommission keine Mitsprache erhalten hatte, die kommunistischen Parteien als natürliche Instrumente für Moskaus Expansionspolitik angesehen. Deren Isolation sei daher für jeden wirksamen wirtschaftlichen Eingriff zur Bedingung geworden.<sup>189</sup> De Rosa zufolge konnten die Kommunisten im beginnenden Kalten Krieg für die Stabilität des Landes keine Garantie mehr bieten.<sup>190</sup>

181 G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 340.

182 E. RAGONIERI (wie Anm. 7), S. 2462-2463.

183 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 134-135.

184 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 375-376.

185 E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 322; F. CHABOD (wie Anm. 17), S. 118.

186 E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 322.

187 F. CHABOD (wie Anm. 17), S. 118-119.

188 R. ROMEO (wie Anm. 16), S. 63.

189 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 314.

190 G. DE ROSA (wie Anm. 9), S. 151 und 163.

Gegensätzlich beurteilt wird die Frage, wann die Entscheidung über den Ausschluß der Kommunisten gefallen sei. Carocci schreibt, daß De Gasperi den PCI schon seit 1945 habe schwächen wollen.<sup>191</sup> Laut Candeloro ist der Entschluß Ende 1946,<sup>192</sup> Ragonieri zufolge im Frühjahr 1947 getroffen worden.<sup>193</sup> Gemeinsam ist den Marxisten die Annahme, De Gasperi habe sich schon sehr früh entschieden. Die christdemokratischen Historiker dagegen unterstreichen immer wieder, daß De Gasperi so lange wie möglich mit den Kommunisten habe zusammenarbeiten wollen. De Rosa schreibt, daß die Wende am 7. März 1947 noch nicht vorhersehbar gewesen sei, denn De Gasperi sei keinem ausgearbeiteten Plan gefolgt.<sup>194</sup> Scoppola zufolge ist De Gasperi selbst am 5. Mai noch nicht entschlossen gewesen zurückzutreten und ein Kabinett ohne die Linksparteien zu bilden.<sup>195</sup>

### 3.4 Ein Kabinett ohne Kommunisten und Sozialisten

Am 12. bzw. 13. Mai 1947<sup>196</sup> trat De Gasperi zurück. Das vierte Kabinett De Gasperi, nur aus Christdemokraten und liberalen bzw. republikanischen Fachleuten bestehend,<sup>197</sup> erhielt am 21. Juni das Vertrauen der Konstituante. Im Dezember wurden PSLI und PRI in die Regierung aufgenommen. Bis zur endgültigen Ausarbeitung der Verfassung im Dezember bestand das relativ gute Einvernehmen zwischen der Democrazia Cristiana und den Linksparteien fort.<sup>198</sup>

Soweit herrscht Übereinstimmung; zu einigen weiteren Punkten gehen die Meinungen aber auseinander. Die Liberalen Romeo und D'Auria sehen die Wende von 1947 in einem positiven Licht. Romeo hebt hervor, daß damals die Zusammenarbeit der Christdemokraten mit den laizistischen Parteien begonnen habe, sowohl eines der wichtigsten Kennzeichen von De Gasperis Politik als auch eine für Italien bedeutende Neuigkeit. Damit habe De Gasperi die historische Trennung zwischen Katholiken und Laizisten

191 G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 339.

192 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 114-118.

193 E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2463.

194 G. DE ROSA (wie Anm. 9), S. 161-163.

195 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 313-320.

196 G. DE ROSA (wie Anm. 9), S. 162; D'AURIA (wie Anm. 15), S. 322; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 384.

197 R. ROMEO (wie Anm. 16), S. 63; F. CHABOD (wie Anm. 17), S. 118; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 133-134; E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 322-323; E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2465; G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 340; S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 138-139; A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 296-397.

198 E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2466; G. CAROCCI (wie Anm. 5), S. 340; G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 173; P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 323.

beendet.<sup>199</sup> Laut D'Auria sollte die Wende den fortschreitenden Verfall des Staates aufhalten. Mit Einaudi als Finanzminister habe sich der Wirtschaftsliberalismus durchgesetzt und Italien wieder eine internationale Stellung einnehmen können. Dies habe die sozialen Spannungen gemildert und viele Italiener für die demokratisch gemäßigte Linie zurückgewonnen.<sup>200</sup>

Gambino zufolge mußte De Gasperi die wirtschaftliche und soziale Situation unter Kontrolle bekommen. Wenn nicht, hätte dies, De Gasperis Meinung nach, die Linksparteien an die Macht gebracht. Die Wende in der italienischen Innenpolitik habe De Gasperi schmerzlos bewerkstelligt. Der neue Finanzminister Einaudi habe auf Kosten einer hohen Arbeitslosigkeit die wirtschaftliche Lage Norditaliens radikal saniert.<sup>201</sup>

Im Gegensatz zur liberalen begann aus marxistischer Sicht nach der Wende ein neuer Zeitabschnitt der sozialen Spannungen und der Arbeitslosigkeit. Ragonieri weist darauf hin, daß der entscheidende Beitrag der antifaschistischen Koalitionsregierungen zur demokratischen Wiedereingliederung gefährdet worden sei. Wirtschaftspolitisch zieht er eine Parallele zum Faschismus. 1947 sei ein analoges Bündnis zwischen dem italienischen Kapitalismus und der Democrazia Cristiana entstanden wie 1926 zwischen Kapitalisten und Faschismus. Einaudis Methode der Inflationsbekämpfung habe in gewisser Hinsicht die faschistische Stabilisierungspolitik fortgesetzt. Er habe auf Kosten von Arbeitsplätzen die Inflation zurückgeführt,<sup>202</sup> seine Wirtschaftspolitik habe die sozialen Konflikte verschärft. Die wichtigsten Neuerungen im republikanischen Italien hätten im Einvernehmen der Parteien über eine Methode des politischen Kampfes und im Antifaschismus bestanden.<sup>203</sup> Für Candeloro ist der Ausschluß der Linksparteien bedeutend, da die Sozialisten des PSIUP für 16 Jahre, die Kommunisten durch die sogenannte »conventio ad excludendum« bis in die 90er Jahre aus der Regierung ausgeschlossen wurden. Mit der Wende sei Italien in einen neuen Zeitabschnitt eingetreten, geprägt von schweren sozialen Spannungen und einer harten politischen Auseinandersetzung.<sup>204</sup>

Die christdemokratischen Historiker Scoppola, De Rosa und Tramontin stufen die Wende als sanft ein.<sup>205</sup> De Rosa stimmt Candeloros These vom historisch neuen Ausschluß der Linksparteien zu. Dieser habe sich jedoch immer im institutionellen Rahmen gehalten.<sup>206</sup> Für Scoppola war das Ende

199 R. ROMEO (wie Anm. 16), S. 63.

200 E. D'AURIA (wie Anm. 15), S. 323.

201 A. GAMBINO (wie Anm. 13), Bd. 2, S. 395-410.

202 E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2465-2466.

203 E. RAGIONIERI (wie Anm. 7), S. 2482-2483.

204 G. CANDELORO (wie Anm. 6), S. 138.

205 G. DE ROSA (wie Anm. 9), S. 160.

206 G. DE ROSA (wie Anm. 9), S. 151.

der Zusammenarbeit mit den Kommunisten eher ein Zurkenntnisnehmen einer faktisch schon bestehenden Situation. Der mühsam erworbene Einfluß der Amerikaner und die Unterstützung der Kirche hätten De Gasperi selbstverständlich in der Märzkrise konditioniert.<sup>207</sup> Laut Scoppola hatten sich die Linksparteien durch ihr Verhalten selbst aus der Regierung ausgeschlossen. De Gasperis Entscheidung habe sich durch große Vorsicht und die Absicht, die Kommunisten nicht zu einer Opposition gegen das System zu bringen, sowie durch ihren Ausgang, eine Lösung der politischen Mitte, ausgezeichnet. Es habe sich lediglich um eine Regierungskrise gehandelt. De Gasperi habe anschließend mit den laizistischen Parteien zusammengearbeitet, um neue konfessionelle Brüche zu vermeiden und dem Druck der katholischen Rechten zu widerstehen. Für Scoppola begann 1947 ein neuer Zeitabschnitt der italienischen Demokratie, Tramontin zufolge mit einer Mehrheit der politischen Mitte.<sup>208</sup> Die Vereinigten Staaten hätten den Ausschluß der Kommunisten nicht zur *conditio sine qua non* für weitere Wirtschaftshilfe gemacht. Von einer wirtschaftspolitischen Wende könne man nicht sprechen. De Gasperi habe Einaudi zum Minister gemacht, um das Vertrauen der Wirtschaft zurückzugewinnen und den Aufschwung wieder anzukurbeln. Ab Juni habe Italien dann Hilfen aus dem Marshall-Plan erhalten.<sup>209</sup>

Kurz zusammengefaßt sehen die Liberalen die Wende in einem positiven Licht; sie heißen sowohl Einaudis Wirtschaftspolitik als auch die späteren Koalitionen mit den laizistischen Parteien gut. Von den linksstehenden Wissenschaftlern werden mehr die negativen Aspekte betont. Die wirtschaftspolitische Linie Einaudis habe soziale Spannungen und Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Sowohl der Marxist Candeloro als auch der Christdemokrat De Rosa sprechen von einem neuen historischen Ausschluß der Linksparteien von der Regierungsverantwortung. Alle christdemokratischen Historiker teilen die Ansicht, die Wende sei sanft erfolgt.

#### 4. Resümee

Wie in den Ausführungen über De Gasperis Aufstieg, über seine Strategie bezüglich des Plebiszits und der Konstituante und über die Wende im Mai 1947 dargelegt, kommen durchaus verschiedene Interpretationen und Urteile zustande, die auf eine zuweilen ausgeprägte Standortgebundenheit verweisen. Drei Hauptergebnisse dieser Gegenüberstellung sollen festgehalten werden. Erstens: In diesem Aufsatz werden zwar nur wenige

---

207 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 318-320.

208 P. SCOPPOLA (wie Anm. 10), S. 364; S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 139-145.

209 S. TRAMONTIN (wie Anm. 12), S. 139-145.

Werke der marxistischen Schule zitiert, diese ist jedoch in Italien sehr stark vertreten. Die Skepsis dieser Forscher einem christdemokratischen Politiker gegenüber drückt sich oft in einer abwertenden Ausdrucksweise aus. Die Nachkriegsgeschichte Italiens wird am Maßstab der »Revolution des Proletariats« gemessen, die mit der Resistenza begonnen zu haben schien. Daraus resultiert eine negative Beurteilung der »continuità dello stato« als gewollter Restauration des vorfaschistischen Italien. Die Forderung nach Verstaatlichung der Produktionsmittel findet ihren Ausdruck z.B. in der Ablehnung von Einaudis liberaler Wirtschaftspolitik. Diese habe ein Zeitalter der sozialen Spannungen und der Arbeitslosigkeit eingeleitet. Ganz ausgeprägt verurteilt sie Ragionieri in seiner These von der wirtschaftspolitischen Rückkehr zum Faschismus. Aufgrund ihrer eher antiamerikanischen Einstellung tendiert die marxistische Geschichtsschreibung dazu, De Gasperi als Marionette der westlichen Weltmacht hinzustellen. De Gasperi habe nur durch Unterstützung der USA Premierminister werden können. Der Druck der USA habe sich gegenüber der Notwendigkeit, die Verfassung gemeinsam mit dem Kommunisten noch weiter auszuarbeiten, durchgesetzt und habe schließlich zur Wende von 1947 geführt.

Zweitens kann man von einer christdemokratischen »Schule« mit eigenen Forschungsschwerpunkten sprechen. Deren Forscher beurteilen – wie zu vermuten war – den Premierminister der eigenen Partei eher positiv. Es wird betont, daß De Gasperi für die Republik gestimmt habe. Durch seine geschickte Diplomatie sei es ihm gelungen, vor allem die Kirche daran zu hindern, erneut konservative Positionen einzunehmen. Die nachweislichen Bemühungen De Gasperis in dieser Richtung sprechen gegen die von manchen Historikern vertretene Vorstellung einer Abhängigkeit der DC vom Vatikan. Wie von den Historikern der christdemokratischen Schule festgestellt wird, hat De Gasperi durch das Plebisitz der Republik eine breite Basis geben wollen. Die Geschichtsschreibung dieser Schule läßt Einflüsse des Parteiprogramms der DC vermuten, wonach die Grundlage des Staates in der politischen Freiheit gesehen wird, die in einer repräsentativen Demokratie mit allgemeinem Wahlrecht zu verwirklichen sei. Das Referendum habe De Gasperi deswegen erst nach der Festlegung der Grundzüge der neuen Verfassung abhalten wollen, weil er den Übergang zur Republik habe erleichtern wollen. Insbesondere Scoppola schreibt, daß De Gasperi eine Konstituante mit uneingeschränkten Vollmachten abgelehnt habe, da dies sowohl die Gewaltenteilung als auch das Rechtsstaatlichkeitsprinzip beeinträchtigt hätte. Tramontin hebt De Gasperis entschlossenen Beitrag zur Einführung der republikanischen Staatsform hervor. Die Forderung, Italien müsse unabhängig sein, schlägt sich in der christdemokratischen Wertung nieder. De Gasperi habe zwar der Haltung der USA Rechnung getragen, aber nicht in deren Auftrag gehandelt. Die christdemokratische These, De

Gasperi sei von der Kirche unabhängig gewesen, hängt mit der postulierten Trennung von Kirche und Staat zusammen.

Als dritter und letzter Punkt soll festgehalten werden, daß liberale Autoren anscheinend eine relativ geringe Rolle spielen. Die Tatsache, daß zu dem behandelten Zeitraum so wenige Werke dieser Richtung vorliegen und zu einigen Fragen keine Aussagen gemacht werden, hängt wohl mit der untergeordneten Rolle der liberalen Partei im modernen Nachkriegsitalien zusammen. Kennzeichnend ist, daß die Liberalen die Wende mehrheitlich begrüßen, durch die die Trennung von Katholiken und Laizisten beendet worden sei. Beispielhaft für den Antikommunismus der Liberalen mag die Wertung D'Aurias stehen, die amerikanische Wirtschaftshilfe sei sehr bedeutsam gewesen. Dieser Historiker wertet außerdem positiv, daß Italien nach De Gasperis Reise in die Vereinigten Staaten in das westliche Lager eingetreten sei. Da die liberale Partei eine meist gemäßigt-fortschrittliche Richtung auf politisch-institutionellem Gebiet und eine gemäßigt-konservative Richtung im wirtschaftlich-sozialen Bereich vertritt, wird die continuità dello stato eher positiv gesehen. Nach Romeo hat durch die Einführung der Republik der Zweite Weltkrieg noch mehr den Charakter einer Wende erhalten. Der geforderte Marktmechanismus mit freier Entfaltung der individuellen Fähigkeiten hat nach D'Auria das italienische Staatswesen vor dem Verfall gerettet. Zu dem Programmfpunkt eines repräsentativen Systems mit Gewaltenteilung liegen erstaunlicherweise keine Stellungnahmen der untersuchten Werke liberaler Autoren vor.

Völlig ausgereifte Urteile<sup>210</sup> werden wohl in einigen Punkten über die Ära De Gasperi erst möglich sein, wenn ein noch größerer Teil der Quellen allgemein zugänglich wird. Bis dies geschieht, werden die Unterschiede oder Nuancen der historischen Interpretationen für einen sehr wichtigen Abschnitt der italienischen Nachkriegsgeschichte weiterbestehen, der angesichts der reich vorhandenen wissenschaftlichen Literatur als gut erforscht gelten sollte.

---

210 Vgl. neuerdings Aldo RICCI, *Aspettando la Repubblica. I governi della transizione 1943-1945*, Rom 1996.

## Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Brandenburg 1945

Von Katrin und Ralf Baus

In Brandenburg war die Gründung der CDU durch zahlreiche Besonderheiten gekennzeichnet. Die geographische Nähe zu Berlin und der Einfluß des Berliner Gründungsvorganges ließen auch in Brandenburg eine frühe Bildung der Union erwarten. Dennoch konnte sich der CDU-Landesverband erst am 16. Oktober 1945 konstituieren. Damit war in Brandenburg der Landesverband der CDU wesentlich später als in den anderen Ländern und Provinzen der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gegründet worden. In Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg hatten sich die CDU-Landesverbände bereits im Sommer 1945 konstituiert.<sup>1</sup>

Im vorläufigen Vorstand der Brandenburger Union fungierten Wilhelm Wolf als Vorsitzender und Ottmar Feßler als sein Stellvertreter. Weiterhin gehörten dem Landesvorstand Otto Stegemann sowie Karl Grobbel an.<sup>2</sup> Zu

---

1 Die Gründungsgeschichte der CDU-Landesverbände in der sowjetisch besetzten Zone ist noch weitgehend unerforscht. Zur Gründung der CDU in Sachsen vgl. Ralf BAUS, *Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik*, 2/1995, S. 83-117; ders., *Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945*, in: *Neues Archiv für sächsische Geschichte*, 67/1996, S. 235-279. Die CDU der DDR publizierte seit Ende der 60er Jahre in ihrer Reihe »Beiträge zur Geschichte« zu allen Landesverbänden Einzelstudien, die auch in knapper Form auf die Gründungsgeschichte eingehen. Vgl. Alwin SCHAPER, *Jahre der Entscheidung. Erinnerungen an die Entwicklung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der CDU (1945 bis 1952)*, Berlin (Ost) 1969; Victor THIEL, *Christen Thüringens in der Bewährung. Aus der Geschichte des Landesverbandes Thüringen der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands*, Halle 1970; Hans KOCH, *Dem Fortschritt zugewandt. Eine Untersuchung über die Mitarbeit des CDU-Landesverbandes Mecklenburg in der antifaschistisch-demokratischen Revolution und bei der Gründung der DDR (1945 bis 1949)*, Halle 1974; Hans ZILLIG, *In der Mitarbeit gewachsen und gereift. Zur Geschichte des Landesverbandes Sachsen der CDU (1945 bis 1952)*, Berlin (Ost) 1975; Friedrich KIND, *Christliche Demokraten im Ringen um eine neue Demokratie. Zur Entwicklung und zum Beitrag des Landesverbandes Brandenburg der CDU innerhalb der politischen Organisation der Gesellschaft während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945-1949/50)*, Berlin (Ost) 1984. Die Begriffe CDU, CDUD und Union werden im folgenden synonym verwandt. Der Landesverband Brandenburg führte im Stempel die Bezeichnung: »Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Landesverband Brandenburg«. In der Mitte des Stempels befand sich das Berliner Signet »CDU«, bei dem ein großes »U« die beiden übereinanderstehenden Buchstaben »CD« umging.

2 Schreiben Grobbel und Wolf an die Kommandantur der Provinz Brandenburg, 16. Okt. 1945, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Landesverband Brandenburg 1945-1952, III-033-087.

diesem Zeitpunkt verfügte der Landesverband bereits in acht kreisfreien Städten über Ortsgruppen oder Kreisverbände. In 20 Landkreisen war die CDU mit dem Aufbau von Ortsgruppen beschäftigt. Ende September waren somit immerhin rund 3 000 Mitglieder in der Union in Brandenburg organisiert.<sup>3</sup>

Der langsame Aufbau lag nicht zuletzt an den schlechten Verkehrsverhältnissen,<sup>4</sup> die in dem teilweise dünn besiedelten Land die Verbindungs- aufnahme erheblich erschweren. Durch Kriegseinwirkungen war es zu einer faktischen Trennung von Potsdam und Berlin gekommen. Die Glienicker Brücke und die Brücken über den Teltow-Kanal waren gesprengt worden. Auch die schnell gebauten Notbrücken konnten nur den wichtigsten Verkehr bewältigen.<sup>5</sup> Eine leichte Besserung trat erst mit der Wiederaufnahme des Postverkehrs ein,<sup>6</sup> so daß die Mitgliederzahlen bis Anfang Dezember auf 4 900 gesteigert werden konnten.<sup>7</sup> Im Vergleich zu den anderen Landesverbänden lag Brandenburg damit in der Mitgliederentwicklung weit zurück. Lediglich der Landesverband Mecklenburg hatte Anfang 1946 ebenfalls erst einen Mitgliederstand von 4 925 erreicht. Thüringen und Sachsen-Anhalt wiesen in der Mitgliederstatistik bereits 7 767 bzw. 10 000 Mitglieder aus. Am augensfälligsten war der Abstand zum Landesverband Sachsen, der bereits über 20 259 Mitglieder verfügte. In Berlin hatten sich 8 932 Personen zur Union bekannt.<sup>8</sup>

Ursache des langsamen Parteaufbaus waren nicht nur die erheblichen Kommunikations- und Verkehrsschwierigkeiten, sondern auch die organisatorischen Besonderheiten beim Aufbau des Landesverbandes. Bis zur

<sup>3</sup> Schreiben Grobbeck an die SMA der Provinz Brandenburg, 23. Okt. 1945, ACDP III-033-087. Am 18. Oktober 1945 wurde in einem Rundschreiben der »Reichsgeschäftsstelle« (vgl. 1. Rundschreiben an die Landesverbände, Entwurf Hermann Remelé, 18. Okt. 1945, ACDP, Nachlaß [NL] Andreas Hermes, I-090-015/4) zum Organisationsstand in der Mark Brandenburg angegeben, daß in acht kreisfreien Städten und 21 Landkreisen Kreisverbände ins Leben gerufen worden seien. Die Zahl der Ortsgruppen betrage zur Zeit 121.

<sup>4</sup> So auch die Einschätzung der »Reichsgeschäftsstelle« in ihrem Tätigkeitsbericht der CDUD für den Monat August 1945, Berlin, 8. Sept. 1945, ACDP I-090-015/2.

<sup>5</sup> Artikel »Potsdam heute – Erinnerungen zwischen Trümmern«, in: *Neue Zeit*, Nr. 9, 1. August 1945, S. 3.

<sup>6</sup> Grobbeck gibt hierzu an, daß erst Mitte November 1945 wieder die Möglichkeit bestanden habe, Briefe von Berlin auch in die Provinz Mark Brandenburg zu versenden. Allerdings habe zu diesem Zeitpunkt der außerordentlich langsame Rücklauf noch dazu geführt, daß zwischen Mitteilung und Antwort oftmals ein Zeitraum von vier Wochen lag. Vgl. Organisationsreferat Karl Grobbeck auf dem Landesparteitag der CDU Brandenburg am 27./28. April 1946, ACDP III-033-083.

<sup>7</sup> Schreiben Grobbeck an den Vizepräsidenten der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Bernhard Bechler, 8. Jan. 1946, ACDP III-033-051.

<sup>8</sup> Vgl. Zusammenstellung über den Mitgliederbestand der Landesverbände der CDUD, Stand vom 1. Jan. 1946 und 31. Dez. 1946, ACDP, Zentrales Parteiarchiv der Ost-CDU, Sekretariat des Hauptvorstandes, VII-011-799.

Konstituierung des vorläufigen Vorstandes am 16. Oktober 1945 bestand faktisch ein gemeinsamer Landesverband Berlin-Brandenburg. So wurden die Leiter der CDU-Kreisverbände in Brandenburg noch am 24. September 1945 zu einer gemeinsamen Besprechung mit den Berliner CDU-Kreisvorsitzenden eingeladen.<sup>9</sup> Am 4. Oktober 1945 berichtete der Mitarbeiter der »Reichsgeschäftsstelle«, Dr. Banke, vor dem Gründungsausschuß der CDUD über den Stand der Parteiorganisation in Berlin und Brandenburg. Die Entwicklung der Ortsgruppen in Berlin, so Banke, sei abgeschlossen, in Brandenburg schreite der Aufbau weiter gut voran. In der Reichshauptstadt sei etwa ein Prozent der Bevölkerung erfaßt und auf dem Lande werde die Bildung von Ortsgruppen in jedem Ort mit über 1000 Einwohnern durchgeführt.<sup>10</sup> Erst am 17. November 1945 konnte der Aktionsausschuß des Berliner CDU-Landesverbandes auf seiner konstituierenden Sitzung eine klare Trennung vom Landesverband Brandenburg beschließen.<sup>11</sup>

Die Verbindung der Berliner und Brandenburger Union lag im Organisatorischen begründet, da beide Verbände faktisch aus der »Reichsgeschäftsstelle« der CDUD hervorgingen. Bereits Mitte Juli 1945 hatte Andreas Hermes auf Betreiben der ehemaligen Zentrumsmitglieder Heinrich Krone und Heinrich Vockel Grobbel den Auftrag erteilt, als Landesgeschäftsführer den Aufbau der Union sowohl in Brandenburg als auch in Berlin voranzutreiben.<sup>12</sup> Grobbel gehörte seit 1920 dem Zentrum an und wurde 1924 Generalsekretär der Partei für Ost- und Mitteldeutschland. Seit dem Sommer 1945 gehörte er zum erweiterten Gründerkreis der CDUD in Berlin.<sup>13</sup> 1896 in der Hauptstadt des wilhelminischen Deutschland geboren

<sup>9</sup> Schreiben des Mitarbeiters der »Reichsgeschäftsstelle«, Walter Banke, betreffend Sitzung der Kreisverbandsvorsitzenden am 2. Okt. 1945, Berlin, 24. Sept. 1945, ACDP III-033-087. Zur Sitzung am 2. Oktober 1945 an der aus Brandenburg die Vorsitzenden der Kreisverbände Potsdam, Bernau und Teltow teilnahmen vgl. »Bericht über die Sitzung der Kreisverbandsvorsitzenden am Dienstag, dem 2. Oktober 1945, 15 Uhr, im Saale der ehemaligen Staatsbank, Jägerstr. 22», ACDP III-033-035.

<sup>10</sup> Protokoll der 11. Sitzung des Gründungsausschusses der CDUD am 4. Okt. 1945, ACDP, Zentrales Parteiarchiv der Ost-CDU, Vorstand, VII-010-708. Banke fungierte offenbar vorübergehend als »Reichsgeschäftsführer«, nachdem Heinrich Vockel dieses Amt nach der Gründung der CDUD provisorisch übernommen hatte. Im Januar 1946 übernahm Georg Dertinger das neu geschaffene Amt des Generalsekretärs.

<sup>11</sup> Protokoll der ersten Sitzung des Aktionsausschusses des Landesverbandes Berlin am 17. Nov. 1945, ACDP, Landesverband Berlin, III-012-1064.

<sup>12</sup> Organisationsreferat Karl Grobbel auf dem Landesparteitag der CDU Brandenburg am 27./28. April 1946 (wie Anm. 6); außerdem Lebenslauf Karl Grobbel, Cottbus, 12. März 1953, ACDP, NL Karl Grobbel, I-652-001/2 und Geschäftsverteilungsplan der »Reichsgeschäftsstelle« der CDUD, o.D. [vermutlich Juli/August 1945], ACDP, NL Otto Heinrich von der Gablentz, I-155-030/5.

<sup>13</sup> Vgl. Aufstellung der CDUD über die Zusammensetzung des vollständigen Gründerkreises im August 1945, CDUD, Agitationsmaterial, Folge III, ACDP, Landesverband Sachsen 1945-1952, III-035-070.

und in einem katholischen Elternhaus aufgewachsen, war Grobbel 1919 mit schwersten Kieferverletzungen, die er noch bis in die 50er Jahre operativ behandeln lassen mußte, aus dem Ersten Weltkrieg zurückgekehrt. Nach einer mehrjährigen stationären Behandlung begann Grobbel 1922 eine Bankausbildung. Durch den ehemaligen Reichskanzler Wilhelm Marx veranlaßt, übernahm er am 1. Oktober 1924 das Amt eines Generalsekretärs in der Zentrumspartei. 1925 gründete er die Monatszeitschrift des Zentrums »Der Weckruf«. Ein Jahr später gab Grobbel eine programmatische Sammlung wichtigster Dokumente zur Geschichte des Zentrums seit 1848 unter dem Titel »Unterm Zentrumsbanner«<sup>14</sup> heraus. Im Frühjahr 1930 wurde er zum Provinzvorsitzenden des Zentrums in Brandenburg gewählt. Nach dem Verbot der Zentrumspartei und einer Verhaftung durch die SA im Juni 1933 ließ er sich als selbständiger Kaufmann und Handelsvertreter nieder. Seine Kontakte zu fast allen katholischen Geistlichen in Ost-, Mittel- und Norddeutschland konnte Grobbel dazu nutzen, um unter anderem als »Vereidigter Meßwein-Lieferant« in diesen Gebieten tätig zu werden. Kurz nach dem Einmarsch der Roten Armee übernahm Grobbel am 22. April 1945 in seinem Wohnort Berlin-Wilhelmshagen-Hessenwinkel die Leitung des Arbeitsamtes.<sup>15</sup> Für den Aufbau der CDU in Brandenburg und Berlin konnte er somit im Sommer 1945 auf zahlreiche Erfahrungen und Kontakte aus seiner Tätigkeit im Zentrum und aus den Jahren nach 1933 zurückgreifen. Für den Gründungsprozeß der Brandenburger Union waren die Lage des Landes am Ende des Krieges sowie der durch die KPD dominierte politische Neubeginn mit von entscheidender Bedeutung.

### Brandenburg am Ende des Krieges

Mit Befehl Nr. 5 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) war die Provinz Mark Brandenburg am 9. Juli 1945 zu einer von fünf Verwaltungseinheiten der Sowjetischen Besatzungszone erklärt worden.<sup>16</sup> Bis zur Auflösung Preußens am 25. Februar 1947 durch das Kon-

---

<sup>14</sup> *Unterm Zentrumsbanner. Werden und Wirken der Zentrumspartei. Dokumente zur Zeitgeschichte*, hrsg. von H. BROERMANN und K. GROBBEL, Berlin 1926.

<sup>15</sup> Lebenslauf Karl Grobbel, Cottbus, 12. März 1953 (wie Anm. 12).

<sup>16</sup> Befehl Nr. 5 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung, des Oberbefehls-habers der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland (betr. Einrichtung von Dienststellen der Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung und ihrer Stellvertreter in Zivilangelegenheiten in den Provinzen und föderalen Ländern), Abdruck in: *Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland*, Sammelheft 1, 1945, Berlin 1946, S. 13 f. Als Geburtsstunde des Landes Brandenburg kann auch der 4. Juli 1945 angesehen werden, da an diesem Tage die Provinzialverwaltung Mark Brandenburg durch die SMAD bestätigt wurde.

trollratsgesetz Nr. 46 blieb Brandenburg de jure eine »Provinz«. Erst durch den Befehl Nr. 180 der SMAD erhielt das einstige Herz- und Mittelstück Preußens am 21. Juli 1947 den staatsrechtlichen Status eines Landes.<sup>17</sup>

Mit einer Fläche von 26 976 Quadratkilometern war Brandenburg das flächenmäßig größte Land der sowjetisch besetzten Zone. Bei einer Einwohnerzahl von 2 527 492 im Oktober 1946 war die Provinz jedoch nur äußerst dünn besiedelt. Auf einem Quadratkilometer des Landes wohnten 1946 durchschnittlich lediglich 93,7 Personen. Der überwiegende Teil der Bevölkerung lebte in Landgemeinden und Kleinstädten, nur etwa ein Fünftel in Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern. Auch der Zustrom von 620 000 registrierten Flüchtlingen und Vertriebenen bis zum Sommer 1946 hatte die Einwohnerzahl gegenüber der Vorkriegszeit – 2 413 896 im Mai 1939 – nur unwesentlich erhöht. Die Mehrzahl der Bevölkerung war mit 85,4 Prozent evangelisch. Nur 9,2 Prozent der Einwohner bekannten sich zum katholischen Glauben. Die kriegs- und nachkriegsbedingten Bevölkerungsverschiebungen hatten damit die Relation der Vorkriegszeit – 86,5 Prozent Protestanten gegenüber 7,7 Prozent Katholiken 1939 – nur unwesentlich verschoben. Katholische Enklaven wie etwa in Thüringen das Eichsfeld hatte es auch vor Ende des Zweiten Weltkrieges nicht gegeben.<sup>18</sup>

Im Frühjahr 1945 waren große Teile der Provinz Brandenburg noch in der letzten Kriegsphase wochenlang erbittert umkämpftes Frontgebiet gewesen. Die Äcker waren vielfach völlig verwüstet und von Panzergräben und anderen Kampfanlagen weithin durchzogen. Ganze Gegenden waren vermint. Die Oderdeiche – durch Bunkerbauten geschwächt – brachen, so daß weite Landstriche überschwemmt wurden. Geräte, Maschinen und Vieh waren bis auf geringe Reste von den landwirtschaftlichen Höfen verschwunden. So gab es etwa im Kreis Lebus von 43 000 Stück Rindvieh, die vor dem Krieg noch vorhanden waren, im Juli 1945 nur noch 400 Stück. Zahlreiche landwirtschaftliche Güter waren aus Angst vor der Roten Armee von ihren Besitzern und Verwaltern verlassen worden. Die Zentren der Kampfhandlungen waren weitgehend entvölkert.<sup>19</sup> Noch am 14. April 1945 war der historische Stadt kern von Potsdam durch einen Luftangriff schwer zerstört worden.<sup>20</sup>

17 Barbara FAIT, (Mark) Brandenburg, in: SBZ-Handbuch. *Staatliche Verwaltungen, Partei- en, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949*, hrsg. von Martin BROSZAT und Hermann WEBER, München 1990, S. 80-102, S. 80.

18 EBD.

19 Ein Jahr Bewährung der Mark Brandenburg. Rückblick und Rechenschaft, hrsg. vom Präsidium der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg (Schriften des Informationsamtes der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg; 3), Potsdam 1946, S. 14.

20 Zu den Zerstörungen durch den Luftkrieg in Brandenburg vgl. Olaf GROEHLER, *Der Luft-*

Die verheerende Situation im Lande hatte für die Ernährungslage der Provinz, vor allem aber auch für die besetzte Reichshauptstadt Berlin gravierende Auswirkungen. Andreas Hermes, seit Anfang Mai 1945 stellvertretender Oberbürgermeister von Berlin und Leiter des Ernährungsamtes, erhielt Mitte Mai 1945 den Bericht einer Sachverständigengruppe über die Lage im Kreis Ruppin, der deutlich machte, daß sich die katastrophalen Zustände in Brandenburg nach Einstellung der Kampfhandlungen offenbar noch weiter verschlechtert hatten. Erschießungen, Vergewaltigungen, Plünderungen, Brandstiftungen und Verhaftungen, so berichtete die Sachverständigengruppe, hätten eine Atmosphäre der Unsicherheit und Resignation geschaffen, die in den besuchten 28 Dörfern zu einem fast vollständigen Erliegen jeder Tätigkeit geführt habe. Auch in den anderen Kreisen der Provinz war die Lage kaum besser, so daß die Berliner Sachverständigen feststellen mußten, daß vorerst aus diesen Gebieten für die Verbesserung der Ernährungslage in der Reichshauptstadt nichts zu erwarten sei.<sup>21</sup>

### Politischer Neubeginn in Brandenburg

Das politische Leben war in Potsdam schon lange vor der offiziellen Gründung der Brandenburger Union wieder in Gang gekommen. Am 30. April 1945 waren in der schwer zerstörten Stadt mit der vollständigen Einnahme durch Truppen der Roten Armee die Kampfhandlungen zu Ende gegangen.<sup>22</sup> Kommunisten und Sozialdemokraten waren auch hier wie in der übrigen sowjetisch besetzten Zone die ersten politischen Kräfte, die sich in »Antifaschistischen Ausschüssen« und in den Verwaltungen der Städte und Gemeinden organisierten. In Babelsberg entstand aus der Illegalität heraus ein »Revolutionärer Vollzugsausschuß«, in dem Kommunisten und Sozialdemokraten zusammenwirkten. Der Ausschuß forderte schon bald in einem Aufruf »alle anständigen Einwohner« dazu auf, sich in einer »Antinazifront« zusammenzuschließen. Auch das Nationalkomitee »Freies Deutschland« (NKFD) hatte in einem Aufruf in den letzten Kriegstagen die Bürger von Potsdam zur Beendigung der Kriegshandlungen und zur Errichtung einer gemeinsamen »Front des Friedens« aufgefordert.<sup>23</sup> Am 3. Mai 1945 kamen

---

*krieg gegen Brandenburg in den letzten Kriegsmonaten*, in: *Brandenburg im Jahr 1945* (Studien, hrsg. von Werner STANG unter Mitarbeit von Kurt ARLT, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung), Potsdam 1995, S. 9-37.

21 Peter HERMES, *Ein Versuch mit den Sowjets*, in: *Die politische Meinung* 105/1965, S. 63-73, S. 68.

22 Zum Kriegsende in Potsdam vgl. Kurt ARLT/Werner STANG, *Kampf um Potsdam Ende April 1945*, in: *Brandenburg im Jahr 1945* (wie Anm. 20), S. 167-194.

23 Vgl. Karl URBAN, *15 Jahre Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Der Kampf um die Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung in der Provinz Brandenburg, Mai 1945 bis April 1946*,

zur Bildung eines Leitungsgremiums für Groß-Potsdam je fünf Funktionäre der KPD und SPD in der Buchdruckerei Stein in der Kaiser-Wilhelm-Straße in Potsdam zusammen. Auch hier wurde ein Zehnerausschuß gebildet, der sich wie in Babelsberg »Revolutionärer Vollzugsausschuß« nannte.<sup>24</sup>

In ganz Brandenburg nahmen die Kommunisten und Sozialdemokraten von Anfang an erheblichen Einfluß auf die personelle Besetzung der Stadverwaltungen, so daß »bürgerliche« Politiker nur selten vertreten waren. Hierzu gehörte unter anderem der spätere CDU-Mitgründer Hans-Paul Ganter-Gilmans, der am 15. Mai 1945 seine Tätigkeit als Stadtrat und Leiter des Ernährungsamtes in Potsdam aufnahm.<sup>25</sup> Im Kreis Zauch-Belzig wurde Karl Müller, vor 1933 Mitglied des christlichen Metallverbandes, am 20. Mai 1945 als Bürgermeister von Ragösen eingesetzt. In Oranienburg fungierte das ehemalige DDP-Mitglied, Adolf Dechert, seit Mai 1945 vorübergehend als Bürgermeister.<sup>26</sup> Ernst Stargardt, 1946 bis 1949 Justizminister in Brandenburg und bis zu seiner Flucht im August 1950 Mitglied des CDU-Landesverbandes, war bereits am 3. Juli 1945 zum Oberstaatsanwalt in Potsdam ernannt worden.<sup>27</sup>

Auch Ernst Lemmer übernahm am 28. April 1945 eine Funktion in der Gemeindeverwaltung von Kleinmachnow, wo er von einem russischen Offizier als Bürgermeister eingesetzt wurde.<sup>28</sup> In der »bürgerlichen« Siedlung am Stadtrand Berlins war die Gründung einer Ortsgruppe bereits am 16. Juni 1945 in die Wege geleitet worden. Maßgeblich beteiligt waren hieran Ernst Lemmer und Peter Bloch. Eine inoffizielle Gründungsversammlung fand noch vor der Veröffentlichung des CDUD-Aufruses »Deutsches Volk!« mit etwa 30 Männern und Frauen am 23. Juni 1945 statt.<sup>29</sup>

---

hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Potsdam 1961, S. 10.

24 Vgl. Manfred UIILEMANN, *Neubeginn in Potsdam. Politische und soziale Verhältnisse, in: Brandenburg im Jahr 1945* (wie Anm. 20), S. 297-332, S. 299 f.

25 Lebenslauf Hans-Paul Ganter-Gilmans, Abschrift, Potsdam, 29. April 1947, ACDP I-652-0014.

26 Vgl. F. KUND (wie Anm. 1), S. 8 f.

27 Personalfragebogen Ernst Friedrich Hermann Stargardt, Provinzialverwaltung Brandenburg, 26. Sept. 1945, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), AP 1118/53. In dem Fragebogen hieß es, Stargardt wolle der CDU beitreten, die zu diesem Zeitpunkt an seinem Wohnort in Potsdam jedoch noch nicht existiere.

28 Ernst LEMMER, *Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten*, Frankfurt/Main 1968, S. 220 ff.

29 Schreiben Peter Bloch an Erich Schmelz, 29. Aug. 1945, Landesarchiv Berlin (LAB), NL Peter Bloch, Rep. 200, Acc. 3 006/8; Peter BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation. Als CDU-Politiker in Brandenburg 1945-1950*, hrsg. von Siegfried SUCKUT, mit einem Geleitwort von Johann Baptist Grädl, Köln 1986, S. 48. In dem Schreiben an Schmelz heißt es ausdrücklich, die CDU in Kleinmachnow habe am 16. Juni 1945 unter Leitung von Ernst Lemmer die Arbeit

Den Aufbau der brandenburgischen Landesverwaltung versuchte Walter Ulbricht von Berlin aus zu steuern. Mit der Vorbereitung der personellen Besetzung beauftragte er Bernhard Bechler, der 1943 in sowjetische Gefangenschaft geraten war und sich dort dem Bund Deutscher Offiziere und später dem Nationalkomitee »Freies Deutschland« angeschlossen hatte. Als Frontbevollmächtigter des NKFD war Bechler mit der 2. Belorussischen Front nach Deutschland zurückgekehrt.<sup>30</sup> Als am Ende des Krieges die Frontschule nach Rüdersdorf bei Berlin verlegt wurde, hatte Bechler einen Teil der Schüler für den Aufbau der Landesverwaltung in Potsdam herangezogen, während andere in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt wurden.<sup>31</sup> Nach Gesprächen mit dem brandenburgischen KPD-Bezirkssekretär, Willy Sägebrecht, und führenden Sozialdemokraten legte Bechler die Vorschläge für die Organisation und personelle Besetzung der Landesverwaltung Ulbricht vor, der sie an die SMAD weiterleitete.

Am 4. Juli 1945 wurde die Provinzialverwaltung unter Führung von Karl Steinhoff (SPD) bestätigt. Stellvertreter wurden Bernhard Bechler (parteilos, dann KPD), Edwin Hoernle (KPD) und Fritz Rücker (SPD). Die »bürgerlichen« Gruppierungen waren lediglich durch Georg Remak vertreten, der als 4. Vizepräsident ernannt wurde. Remak war bis 1935 in der preußischen Verwaltung tätig gewesen und dann aus politischen Gründen pensioniert worden. Schon nach kurzer Amtszeit verlor er im September 1945 seine Funktion als Vizepräsident, da er sich weigerte, die Bodenreformverordnung zu unterschreiben. Sein Nachfolger im Amt wurde am 1. Oktober 1945 Frank Schleusener. Schleusener war zu diesem Zeitpunkt noch parteilos und trat erst Ende November 1945 der CDU bei.<sup>32</sup> Der 1950 in der Haft des

---

aufgenommen und eine vorläufige Ortsgruppe gegründet. In seinen Erinnerungen gibt Bloch als Gründungsdatum den 23. Juni 1945 an.

<sup>30</sup> Vgl. Hans-Joachim SCHRECKENBACH, *Der Aufbau einer neuen Verwaltung in Brandenburg im Jahr 1945*, in: *Brandenburg im Jahr 1945* (wie Anm. 20), S. 223-264, S. 235.

<sup>31</sup> Bernhard BECHLER, *Aus der Arbeit des Nationalkomitees »Freies Deutschland« bei der 2. Belorussischen Front im Jahre 1945*, in: *Befreiung und Neubeginn. Ausgewähltes und überarbeitetes Protokoll der Wissenschaftlichen Konferenz des Historischen Instituts der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald in Verbindung mit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und der Deutschen Historiker-Gesellschaft am 29. und 30. April 1965*, Berlin (Ost) 1966, S. 122-131, S. 129.

<sup>32</sup> H.-J. SCHRECKENBACH (wie Anm. 30), S. 235 ff. Eine parteipolitische Mitgliedschaft für Georg Remak ist zweifelhaft. Schreckenbach (ebd., S. 236) bezeichnet Remak als Demokraten. Reinert stellt fest (vgl. Fritz REINERT, *Brandenburgs Parteien 1945-1950. Möglichkeiten und Grenzen kooperativer Politik*, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam 1995, S. 52 und Anm. 119), daß für Remak keine Parteizugehörigkeit nachweisbar sei und stuft ihn daher als parteilos ein, während Ribbe (vgl. Wolfgang RIBBE, *Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, 1945 bis 1952*, in: *Brandenburgische Geschichte*, hrsg. von Ingo MATERNA und Wolfgang RIBBE, Berlin 1995, S. 677-726, S. 693) Remak der CDU zurechnet. In einer Kaderaufstellung über »Personalien und Parteizugehörigkeit der Leitung der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg« mit Stand vom 15. Oktober 1945 (Stiftung Archiv der Parteien

Staatsicherheitsdienstes der DDR umgekommene Schleusener hatte nach 1933 als Rechtsanwalt und Notar gearbeitet. In der Zeit vor dem Nationalsozialismus war Schleusener ebenfalls in der preußischen Verwaltung, unter anderem als Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg, Regierungspräsident von Potsdam und schließlich seit 1924 als Staatssekretär im preußischen Finanzministerium tätig. Parteipolitisch gehörte Schleusener bis 1933 der DDP an.

Mit Hilfe der »Gruppe Ulbricht«, die am 30. April 1945 in der Nähe von Berlin auf einem Flugplatz gelandet war, versuchten die Moskauer Exilkommunisten auch in Brandenburg möglichst rasch maßgeblichen Einfluß auf die politische Neugestaltung des Landes zu gewinnen. Allerdings gelang dies nur in begrenztem Maße, da die Mitglieder der Gruppe sich zunächst auf den Aufbau der Berliner Stadtverwaltung sowie der Bezirksverwaltungen konzentrierten.<sup>33</sup> Zudem waren auch sie wie die anderen politischen Gruppierungen durch die schlechten Verkehrsverhältnisse in Brandenburg in ihrer Arbeit erheblich beeinträchtigt.<sup>34</sup> Zur Verstärkung der zuverlässigen kommunistischen Kader telegraphierte Ulbricht schon wenige Tage nach Ankunft der Berliner »Initiativgruppe« an Dimitroff: »Ich brauche dringend weitere Mitarbeiter: zehn qualifizierte Instrukteure – Kommunisten für die Arbeit in den Kreisverwaltungen und in Brandenburg, einen Mitarbeiter für Kaderfragen und eine Sekretärin mit Stenographiekenntnissen.«<sup>35</sup>

Gustav Gundelach und Richard Gyptner von der »Gruppe Ulbricht« arbeiteten bereits in der Provinz Brandenburg. Schon bald stieß Willy Sägebrecht, später maßgeblicher KPD-Funktionär in Brandenburg, zur Gruppe der Exilkommunisten. Ende April 1945 war Sägebrecht als Häftling des

und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv [SAPMO]. KPD 1916-1949, RY 1/I 3/1-2/115) wird Georg Remak als Leiter des Gerichtswesens mit der Parteizugehörigkeit zur »Christlich-Demokratischen Union« aufgeführt. Allerdings kann auch hieraus nicht mit absoluter Sicherheit auf seine Zugehörigkeit zur CDU geschlossen werden. Nach Angaben von Reinert (ebd., S. 52 und Anm. 116) stellte Schleusener erst Ende November 1945 einen Antrag auf CDU-Mitgliedschaft. Seine Ernennung zum 4. Vizepräsidenten der Provinzialverwaltung war durch Befehl Nr. 37 der Sowjetischen Militäradministration in Brandenburg (SMAB) vom 26. September 1945 erfolgt. Vgl. *Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg 1945-1949*, bearb. von Klaus GESSNER (Quellen, Findbücher und Inventare des Brandenburgischen Landeshauptarchivs; 4), Frankfurt/Main 1997, S. 45.

<sup>33</sup> Zur Tätigkeit der »Gruppe Ulbricht« vgl. »*Gruppe Ulbricht in Berlin. Eine Dokumentation mit historischer Einleitung*«, hrsg. von Gerhard KEIDERLING, Berlin 1992.

<sup>34</sup> Der KPD-Bezirksssekretär Willy Sägebrecht beauftragte schon bald Kurt Seibt mit dem Aufbau eines arbeitsfähigen Kurierapparates (vgl. Willy Sägebrecht, Erinnerungen, Manuskrift, 21. Mai 1965, SAPMO, EA 1276/1, S. 452; außerdem Personalliste der KPD-Bezirksleitung der Provinz Brandenburg, Berlin, 24. Juli 1945, SAPMO, RY 1/I 3/1-2/115), der eine schnelle und sichere Kommunikation ermöglichte; eine Einrichtung die die CDU aus finanziellen, personellen und logistischen Gründen niemals aufbauen konnte.

<sup>35</sup> Telegramm Walter Ulbricht an Georgi Dimitroff, Politische Verwaltung der 1. Belorussischen Front, 9. Mai 1945, SAPMO, NL Walter Ulbricht, NY 4182/851.

Konzentrationslagers Sachsenhausen auf einen Todesmarsch in Richtung Schwerin geschickt worden. In der Nacht vom 1. zum 2. Mai 1945 gelang ihm im Walde von Below bei Lübz die Flucht. Etwa Mitte Mai wurde Sägebrecht, nachdem er sich einige Tage in Berlin-Moabit aufgehalten hatte, zur Unterstützung der »Gruppe Ulbricht« herangezogen, um in Alt-Friedrichsfelde dort ankommende Kommunisten aus Konzentrationslagern und Gefängnissen zu sammeln. Zudem sollte Sägebrecht die Bezirksleitung der KPD für die Provinz Brandenburg aufbauen.<sup>36</sup>

Im Süden Brandenburgs kamen Mitglieder der »Gruppe Ackermann« vereinzelt beim Aufbau der Stadtverwaltungen und der Reorganisation der in Deutschland im Untergrund verbliebenen Kommunisten zum Einsatz. Das Operationsgebiet der Gruppe erstreckte sich über die gesamte 1. Ukrainische Front von Dresden über Cottbus bis nach Wittenberg an der Elbe.<sup>37</sup> So konnte schon am 19. Mai 1945 an Wilhelm Pieck nach Moskau gemeldet werden, daß die »Gruppe Ackermann« auf die großen Städte verteilt sei und unter anderem in den Magistraten von Dresden, Görlitz, Wittenberg und Cottbus in der Mark Brandenburg arbeite.<sup>38</sup>

Ähnlich war die Situation für die »Gruppe Sobottka«, die im Operationsbereich der 2. Belorussischen Front mit Schwerpunkt in Mecklenburg-Vorpommern agierte. Berührungs punkte gab es hier besonders mit den nordöstlichen Ausläufern der Provinz Brandenburg. So verließ Fritz Kahmann Stettin am 14. Mai 1945 in Richtung Gransee, von wo er nach Burow, Perleberg, Putlitz und in andere Städte weiterreiste.<sup>39</sup> Herbert Hentschke war seit dem 18. Mai 1945 unter anderem in den Städten Schwedt, Angermünde, Templin, Lynchen, Fürstenberg, Pritzwalk, Wittstock, Meyenburg und Freyenstein unterwegs.<sup>40</sup>

Aber anders als in Berlin, Sachsen und auch Mecklenburg-Vorpommern konnten die Exilkommunisten in Brandenburg beim Aufbau der Verwal-

<sup>36</sup> Willy SÄGEBRECHT, *Ich erhielt den Auftrag zum Aufbau der Bezirksleitung Brandenburg*, in: *Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED. Mit einem Vorwort von Walter Ulbricht*, Berlin (Ost) 1966, S. 552-564, S. 552-554.

<sup>37</sup> Anton ACKERMANN, *Der Weg zur Einheit*, in: *Vereint sind wir alles* (wie Anm. 36), S. 65-86, S. 78.

<sup>38</sup> Bericht A. S. Panuschkin an Wilhelm Pieck, o.O., 19. Mai 1945, SAPMO, NL Wilhelm Pieck, NY 4 036/734. In Cottbus hatte die lokale Selbstverwaltung bereits auf Befehl des sowjetischen Kampfkommandanten Ende April 1945 zu arbeiten begonnen. Am 22. April 1945 forderte Gardemajor Dimitri Tscherwjakow das KPD-Mitglied Max Döring auf, die Bürgermeisterei zu übernehmen. Die erste Sitzung der Cottbuser Selbstverwaltung fand am 28. April 1945 statt. Vgl. Heinz PETZOLD, *Cottbus zwischen Januar und Mai 1945*, in: *Brandenburg im Jahr 1945* (wie Anm. 20), S. 106-135, S. 126-128.

<sup>39</sup> Bericht Fritz Kahmann über durchgeführte Versammlungen in der Zeit vom 14. Mai 1945 bis 4. Juni 1945, o.O., 5. Juni 1945, Mecklenburgisches Landeshauptarchiv (MLHA), KPD I/1.

<sup>40</sup> Zusammenfassender Bericht Herbert Hentschke, o.O., 6. Juni 1945, MLHA, KPD I/1.

tungen und politischen Strukturen in den ersten Wochen im wesentlichen nur auf die Peripherie sowie auf die im Umland Berlins gelegenen Gebiete zugreifen. Die Moskauer Nachkriegsplanungen ließen sich somit im Gebiet der Mark Brandenburg zunächst nur partiell durchsetzen.<sup>41</sup> Erst hierdurch erklärt sich, daß noch bis Anfang 1946 in manchen Ortsgruppen der KPD ein erhebliches »Sektierertum« vorhanden war. Ein Umstand, der auch die Gründung und Entwicklung der CDU erheblich hemmte, da zahlreiche KPD-Ortsgruppen eine Zusammenarbeit mit CDU und LDP ablehnten. Für die Gründung der Union in Brandenburg war damit vielfach eine ungünstige Ausgangslage geschaffen. Dies zeigte sich nicht nur im Atmosphärischen, sondern auch darin, daß die KPD-Ortsgruppen in der Zulassungsfrage negativ auf die Kommandanturen und Stadtverwaltungen einwirkten. Charakteristisch hierfür war die Entwicklung in Bernau. Dort hatten die Kommunisten alle Verwaltungsfunktionen mit ihren Mitgliedern besetzt und entgegen der KPD-Blockkonzeption keine Sozialdemokraten und Parteilosen mit eingebunden.<sup>42</sup> Ähnlich war die Lage in zahlreichen anderen Städten.<sup>43</sup> In Luckenwalde erklärte der KPD-Vorsitzende, Meyer, gegenüber den in einem provisorischen gemeinsamen Parteiausschuß vereinigten Genossen aus KPD und SPD: »Wir sind heute die Bannerträger der neuen Zeit.« Die Aufgabe sei jetzt die »Eroberung des Staatsapparates«.<sup>44</sup> Zu Vorbildern erklärte der KPD-Funktionär Lenin, Marx, Engels und Stalin.

Die KPD-Bezirksleitung reagierte auf diese Entwicklung in einem Rundschreiben an die Kreisleitungen, in dem sie es als grundfalsch bezeichnete, daß KPD-Mitglieder den organisatorischen Aufbau »bürgerlich-demokratischer« Parteien behinderten, denn »damit würden unsere Genossen die Kontrolle über die anderen Gruppierungen der nichtmarxistischen Parteien verlieren.«<sup>45</sup>

Ungeachtet dessen mußte Erwin Trautmann, der Ende Januar 1946 auf einer Werbereise für die CDU in den Kreisen Oberbarnim und Lebus unterwegs war, an die Brandenburger Parteileitung berichten, daß Ortsgruppengründungen der Union nach wie vor massiv behindert würden: »Der

41 Zu den KPD-Nachkriegsplanungen vgl. »Nach Hitler kommen wir – Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, hrsg. von Peter ERLER/Horst LAUDE/Mansfred WILKE, Berlin 1994.

42 W. SÄGEBRECHT, Ich erhielt den Auftrag zum Aufbau der Bezirksleitung Brandenburg (wie Anm. 36), S. 554 f.

43 Vgl. hierzu Berichte Willy Sägebrecht über die Lage und den Parteaufbau der KPD in der Provinz Brandenburg, 7. Juni 1945 und 18. Juni 1945, SAPMO, NY 4 182/853.

44 Protokoll einer Versammlung von KPD- und SPD-Funktionären (Nachmittagssitzung) am 7. Juni 1945, Luckenwalde, 7. Juni 1945, SAPMO, RY 1/I 3/1-2/114.

45 Rundschreiben der KPD-Bezirksleitung an die Kreisleitungen der KPD, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Rep. 330, I/2/5. Zit. nach F. REINERT, Brandenburgs Parteien 1945-1950 (wie Anm. 32), S. 46.

Terror der KPD-Bürgermeister ist in allen Orten, die ich besucht habe, ein vollständiger, mit Ausnahme in der Gemeinde Neuhardenberg. Die Bauern sind sehr verängstigt und haben sich zum Teil in die KPD durch Bedrohungen pressen lassen. [...] Man kann von einer absoluten und sehr ernsten Beeinträchtigung der Gründung unserer Partei in den einzelnen Gemeinden sprechen. Die Bürgermeister bedienen sich dabei vor allen Dingen der Roten Armee und verleihen ihren Aufforderungen stets damit Nachdruck, indem die deutschen Menschen mit Verhaftung durch die Russen bedroht werden; die Einschüchterung der Deutschen in den von mir besuchten Gemeinden ist als total zu bezeichnen.«<sup>46</sup>

Vor diesem Hintergrund kam es innerhalb der ersten Monate noch zu zahlreichen Entlassungen und Umbesetzungen bei den Kreis- und Bezirksverwaltungen. Von 22 Landräten, 22 Kreisräten und 9 Oberbürgermeistern, die noch vor Bestehen der Provinzialverwaltung ihre Arbeit aufgenommen hatten, wurde rund die Hälfte wieder abgelöst.<sup>47</sup> Nach Bestätigung der Provinzialverwaltung Anfang Juli 1945 hatte die SMAD durch Befehl Nr. 13 vom 25. Juli 1945 die Schaffung von vier Verwaltungsbezirken angeordnet.<sup>48</sup> Der Verwaltungsaufbau war damit in Brandenburg wie auch in den anderen Ländern noch vor Gründung der CDU abgeschlossen. Eine partizipative Zusammensetzung der Behördenangestellten aus dem April 1946 zeigt, daß die CDU in der Brandenburgischen Verwaltung kaum repräsentiert war. Von insgesamt 46 759 Angestellten gehörten nur 714 der

<sup>46</sup> Bericht über die Werbereise von Erwin Trautmann für die CDU in den Kreisen Oberbarnim und Lebus vom 24. Jan.-2. Febr. 1946, o.O., 5. Febr. 1946, ACDP III-033-111.

<sup>47</sup> Bericht der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg über die politische und moralische Säuberung und Festigung der Kreis- und Gemeindeverwaltungen für die Zeit von Mitte 1945 bis Mai 1946, Potsdam Mai 1946, in: Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945/46. Quellenedition, Berlin (Ost) 1989, S. 252-254, S. 253.

<sup>48</sup> In dem Befehl Nr. 13 der SMAD vom 25. Juli 1945 (Abdruck in: Neue Zeit, Nr. 5, 27. Juli 1945, S. 2) hieß es: »Zwecks Besserung der administrativen Leitung der Provinz Brandenburg befehle ich: Die Provinz Brandenburg [ist] in die vier folgenden Verwaltungsbezirke zu teilen: Bezirk Brandenburg mit dem Sitz in der Stadt Brandenburg. Der Bezirk setzt sich zusammen aus den Kreisen: Westprignitz, Ostprignitz, Ruppin, Westhavelland, Zauch-Belzig. Bezirk Berlin mit dem Sitz in der Stadt Bernau. Der Bezirk setzt sich zusammen aus den Kreisen: Niederbarnim, Beeskow-Storkow, Teltow, Osthavelland. Bezirk Eberswalde mit dem Sitz in der Stadt Eberswalde. Der Bezirk setzt sich zusammen aus den Kreisen: Prenzlau, Templin, Angermünde, Oberbarnim, Lebus. Bezirk Cottbus mit dem Sitz in der Stadt Cottbus. Der Bezirk setzt sich zusammen aus den Kreisen: Guben, Cottbus, Sorau, Spremberg, Kalau, Luckau, Jüterbog-Luckenwalde. Der Sitz der Provinz Brandenburg, die Stadt Potsdam, ist der Provinzialverwaltung zu unterstellen.« Zur Entstehung und Tätigkeit der als Oberlandratsämter bezeichneten Verwaltungsbezirke vgl. auch Walter MICKIN/Willi GEORGINO, Macht des schweren Anfangs. Studien über das Oberlandratsamt Brandenburg/Havel 1945-1947, hrsg. von der Bezirksleitung Potsdam der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Potsdam 1989.

CDU an. Der Anteil der LDP war sogar noch geringer. Sie stellte lediglich 332 Angestellte. Demgegenüber waren 15 662 Angestellte Mitglieder der SED, 28 106 waren parteilos.<sup>49</sup>

### Gründung der CDU in Potsdam

In Potsdam hatte man offenbar erst nach dem Berliner CDU-Aufruf »Deutsches Volk!« vom 26. Juni 1945 von der Gründung einer christlichen Partei erfahren.<sup>50</sup> So hörten Wilhelm und Erika Wolf auch von der Einladung zur CDUD-Gründungsversammlung am 22. Juli 1945 im Theater am Schiffbauerdamm, zu der man sich mit dem Fahrrad von Potsdam nach Berlin auf den Weg machte.<sup>51</sup> Da Fahrräder im zerstörten Berlin nicht zuletzt für Rotarmisten ein begehrtes Beuteobjekt darstellten, war es kein Zufall, daß die Einladung zur Gründungskundgebung der Union den Hinweis enthielt: »Für die Unterbringung von Fahrrädern wird gesorgt!«<sup>52</sup> Vor allem die Rede von Hermes stieß auf breite Zustimmung. Als man nach Potsdam zurückgekehrt war, wurde der Kontakt zu Menschen gleicher Gesinnung gesucht. Bald darauf übernahm es Wilhelm Wolf, den Kreisverband in Potsdam und den Landesverband Brandenburg aufzubauen.

Der 1899 geborene Katholik Wolf stammte aus Styrum im Rheinland. Nach seiner staatswissenschaftlichen Promotion im Jahre 1930 arbeitete er zunächst in verschiedenen Mittelstandsorganisationen und wurde dann selbständiger Kaufmann. Nach dem Zusammenbruch erarbeitete Wolf, der bis 1945 keiner politischen Organisation angehört hatte, mit seiner Frau und einigen Freunden ein politisches Programm, das sich, wie Wolf angibt,

49 Zusammenstellung »Das politische Bild der Behördenangestellten, Stand am 25. April 1946«, in: *Bericht der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg über die politische und moralische Säuberung und Festigung der Kreis- und Gemeindeverwaltungen für die Zeit von Mitte 1945 bis Mai 1946*, Potsdam Mai 1946 (wie Anm. 47), S. 253.

50 Der Aufruf wurde am 26. Juni 1945 vermutlich zunächst als Flugblatt oder Handzettel in kleiner Stückzahl publik gemacht. Verschiedene Ausgaben des Aufrufes sind unter anderem auch im Großformat überliefert in: ACDP VII-011-2376. Der Aufruf erschien erstmals am 29. Juni 1945 in der Berliner Zeitung. Vgl. »Aufruf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands«, in: *Berliner Zeitung*, Nr. 39, 29. Juni 1945.

51 Rede Erika Wolf auf der Festveranstaltung »50 Jahre CDU Deutschlands«, in: *Fünfzig Jahre CDU Deutschlands. Festveranstaltung am 28. Juni 1995 in Berlin*, hrsg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn o.D. [1995], S. 50 f. Vgl. auch Erinnerungsbericht Erika Wolf, in: *Materialien der Enquête-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«*, 9 Bde. in 18 Teilbde., Bd. III/1, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Frankfurt/Main 1995, S. 40-44. In einem Zeitzeugengespräch mit den Autoren am 25. August 1995 äußerte Frau Dr. Wolf die Vermutung, daß man durch Plakate auf die Gründungsversammlung der CDUD aufmerksam geworden sei.

52 Einladung der CDUD zur Gründungskundgebung am 22. Juli 1945 im Theater am Schiffbauerdamm, Bundesarchiv Koblenz (BA), NL Jakob Kaiser, N 1018/129.

»in weitem Maße mit dem der Christlich-Demokratischen Union deckte.«<sup>53</sup> Vor dem Hintergrund der gemeinsamen ideologischen Grundlage kam es nach der Berliner Gründungskundgebung im Theater am Schiffbauerdamm schnell zu einem Anschluß an die CDUD.

Der Potsdamer Kreisverband trat jedoch erst nach der Konstituierung des Landesvorstandes am 27. Oktober 1945 an die Öffentlichkeit. An der Spitze des Kreisverbandes standen Wilhelm Wolf und der 28jährige Hans-Paul Ganter-Gilmans.<sup>54</sup> Ganter-Gilmans war während des Nationalsozialismus wegen »Wehrkraftzersetzung« verurteilt worden und hatte sich nach seiner Flucht zuletzt illegal in Potsdam aufgehalten. 1917 in Wien geboren, besuchte Ganter-Gilmans in Berlin-Schöneiche Volksschule und Gymnasium und studierte anschließend an der Handelshochschule in München und Wien. Politisch gehörte Ganter-Gilmans – seinen eigenen Angaben zufolge – bis 1933 der sozialistischen Jugend an und seit 1937 der rheinischen Freiheitsbewegung.<sup>55</sup> Auf der Potsdamer Gründungsversammlung am 27. Oktober 1945 sprach vor etwa 500 Teilnehmern auch der Parteivorsitzende Andreas Hermes. Bereits Anfang Oktober 1945 hatten sich in einer internen Versammlung im Potsdamer Viktoriagymnasium einige Funktionäre der CDU zusammengefunden, um den Kreisverband der Union offiziell zu gründen und die öffentliche Gründungsversammlung vorzubereiten. Im vorläufigen Vorstand fungierten Wilhelm Wolf als Vorsitzender, Hubertus Graf von Schmettau als Stellvertreter sowie als weiteres Mitglied der Tischlermeister Walter Urban.<sup>56</sup>

Ein präzises Gründungsdatum vor der öffentlichen Versammlung am 27. Oktober 1945 und der internen Funktionärsversammlung am Anfang

<sup>53</sup> Lebenslauf Wilhelm Wolf, o.D. [vermutlich Sommer/Herbst 1945], ACDP I-652-001/2. Das »politische Programm«, von dem Wilhelm Wolf in seinem Lebenslauf spricht, ist nicht überliefert. Ob es überhaupt schriftlich niedergelegt wurde, ist unklar. Zum Lebenslauf Wolfs vgl. auch »Fragebogen für die Abgeordneten des Landtages der Mark Brandenburg zwecks Anfertigung eines Handbuches«, Dr. Wilhelm Wolf, 10. Juli 1947, ACDP III-033-004.

<sup>54</sup> Schreiben der KPD-Kreisleitung Potsdam mit einem Bericht über die Gründungsversammlung der CDU in Potsdam an Willy Sägebrecht, Potsdam, 31. Okt. 1945, BLHA, Rep. 330, 1/2/14; außerdem M. UHLEMANN (wie Anm. 24), S. 321. Ganter-Gilmans hatte offenbar kein offizielles Parteiamt im Kreisverband der CDU Potsdam inne. Peter Bloch gibt in seinen Erinnerungen an (vgl. P. BLOCH, Zwischen Hoffnung und Resignation, wie Anm. 29, S. 51), den Vorsitz des Kreisverbandes habe Hans Egidi geführt. Egidi wurde jedoch erst 1946 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Potsdam.

<sup>55</sup> Lebenslauf Staatssekretär Hans-Paul Ganter-Gilmans, o.D. [vermutlich Oktober 1949], ACDP I-652-001/2. Im Nachlaß Karl Grobbel befindet sich eine Zusammenstellung »Gedanken über den wirklichen Lebenslauf des Staatssekretärs Ganter-Gilmans«, Potsdam, 19. Jan. 1952, in der anhand eines Vergleiches von drei Lebensläufen einige Unstimmigkeiten in den Angaben Ganter-Gilmans aufgezeigt werden. Die vermutlich von Grobbel stammende Zusammenstellung in: ACDP I-652-001/4.

<sup>56</sup> Artikel »Kreisverband Potsdam gegründet«, in: *Neue Zeit*, Nr. 71, 12. Oktober 1945, S. 4.

des Monats läßt sich für die Ortsgruppe Potsdam nicht mehr nachweisen. Doch wurde der Stadtverband vermutlich bereits – zumindest inoffiziell – im August gegründet. Am 8. August 1945 hatte die »Reichsgeschäftsstelle« Hubertus Graf von Schmettau<sup>57</sup> darmit beauftragt, in Potsdam-Babelsberg die Gründung und Registrierung einer Ortsgruppe zu veranlassen. Schmettau reichte daraufhin schon am 11. August den Antrag auf Zulassung bei der SMA in Potsdam ein. Der Antrag enthielt den handschriftlichen Eintrag, man bitte um die Genehmigung zur Gründung der Ortsgruppe »für den gesamten Verwaltungsbereich der Stadt Potsdam«.<sup>58</sup> Wahrscheinlich ist daher, daß die Etablierung der Potsdamer Ortsgruppe via Potsdam-Babelsberg in die Wege geleitet wurde. Hierfür spricht auch, daß der Antrag vom 11. August 1945 nicht nur von Hubertus Graf von Schmettau, sondern auch von Wilhelm Wolf und Otto Stegemann unterzeichnet worden war.<sup>59</sup> Es handelte sich somit nicht um eine isolierte Entwicklung, die ausschließlich den Ortsteil Babelsberg betraf. Der knapp drei Wochen nach der Berliner Gründungskundgebung im Theater am Schiffbauerdamm gestellte Zulassungsantrag legt ebenso die Vermutung nahe, daß von Schmettau und Wolf bereits seit einiger Zeit in Kontakt miteinander standen. Möglicherweise handelte es sich bei dem Kreis der Antragsunterzeichner – zumindest zum Teil – um jene Personen, die Wolf als Freundeskreis bezeichnet hatte und mit denen er ein politisches Programm erarbeitete. Auch in dem Antragsschreiben vom 11. August 1945 ist die Rede von einem Programm,<sup>60</sup> das jedoch nicht überliefert ist.

Bereits im Juni 1945 hatte Graf Schmettau gemeinsam mit dem späteren Stadtkämmerer Dr. Friedrich Haas einen programmativen Entwurf unter dem Titel »Diskussionsgrundlage für die Schaffung eines christlich-sozialen Einheitsblocks« erarbeitet.<sup>61</sup> Grundidee des Entwurfs war die politische

<sup>57</sup> In Literatur und wissenschaftlichem Schriftum findet sich häufig der Name »Schmettow«. Dies ist auf einen Schreib- und Überlieferungsfehler in einigen Dokumenten aus den Sommermonaten des Jahres 1945 zurückzuführen. Aus späteren Schreiben, die den Absender Hubertus Graf von Schmettaus tragen, geht eindeutig hervor, daß der Name »Schmettau« lauten muß.

<sup>58</sup> Schreiben Fritz A. Blauel an Hubertus Graf von Schmettau, Berlin, 8. Aug. 1945, sowie Zulassungsantrag an den Militärkommandanten und den Oberbürgermeister von Potsdam, 11. Aug. 1945, ACDP, NL Josef Kannengießer, I-182-011/10. Die beiden Schreiben sind ebenfalls enthalten in ACDP, Materialsammlung Ost-CDU, I-296-001/2 sowie ACDP, Pressearchiv, Ost-CDU, 2/2010.

<sup>59</sup> Der Antrag war von insgesamt sieben Personen aus Potsdam und Babelsberg hs. unterzeichnet. Neben von Schmettau, Wolf und Stegemann unterzeichneten Hedda Lindner, Walter Urban, Hermann Tigel [?] und Heinrich Bries [?].

<sup>60</sup> In dem Zulassungsantrag vom 11. August 1945 (wie Anm. 58) heißt es: »Dem Programm liegt der Aufruf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands vom 26. Juni 1945 zu Grunde, welcher am 29. Juni 1945 in Nr. 39 der Berliner Zeitung veröffentlicht wurde und diesem Schreiben beigelegt ist.«

<sup>61</sup> Vgl. »Betrifft: Diskussions-Grundlage für die Schaffung eines christlich-sozialen Ein-

Sammlung aller sozialen Schichten und Konfessionen in einem »christlich-sozialen Einheitsblock« auf Grundlage der christlichen Weltanschauung. Den Sozialismus – quasi als Gegenmodell vor Augen – erklärten Haas und von Schmettau in allen Schattierungen für gescheitert. Ebenso lehnten sie die Schaffung von Parteien, im Sinne einer »Partei des Bürgers« und einer »Partei des Arbeiters«, entschieden ab. Im Kern deckten sich damit ihre Vorstellungen mit den Konzeptionen des Berliner CDUD-Gründerkreises. Ob der Entwurf in Berlin oder Potsdam in einem größeren Kreis diskutiert wurde, ist bislang unklar. Aber es war wahrscheinlich Friedrich Haas, der den Kontakt zum Kreis um Hermes herstellte.<sup>62</sup>

Anfang September 1945 war in Potsdam bereits ein vorläufiger organisatorischer Zusammenschluß erfolgt. Als Kontaktpersonen gab Hermes in einem Schreiben vom 8. September 1945 Wilhelm Wolf, Hubertus Graf von Schmettau und Ministerialrat a.D. Dr. Otmar Feßler an.<sup>63</sup> Vermutlich noch im selben Monat erschien auch in Potsdam und Brandenburg der Berliner CDUD-Aufruf, der bezeichnenderweise weder die Namen des Berliner Gründerkreises enthielt noch die eines Brandenburger Aktionsausschusses. Als Sitz der Landesgeschäftsstelle wurde die Jägerstraße 59/60, in der auch die »Reichsgeschäftsstelle« untergebracht war, angegeben.<sup>64</sup>

Für den Landesverband Brandenburg hatte sich aus dem Kreis der Potsdamer CDU-Gründer Anfang Oktober ein »Aktionsausschuß« gebildet.<sup>65</sup> Aufgabe des »Aktionsausschusses« war die Konstituierung des Landesverbandes und der Aufbau der Kreisverbände und Ortsgruppen im Lande. Wolf und Grobbel hatten zu diesem Zweck von der SMAB eine Bescheinigung erhalten, in der die örtlichen Kommandanten aufgefordert wurden, der Union bei

---

heitsblocks», o.O., Juni 1945, hs. unterzeichnet von »Dr. Haas« und »von Schmettau«, ACDP I-090-015/1.

62 Zum einen spricht hierfür, daß sich die überlieferte »Diskussionsgrundlage« im Nachlaß Hermes befindet; zum anderen gehörte Haas zu den Mitgründern und ersten Mitgliedern der Union in Berlin (vgl. hierzu Artikel »Die Stammbücher der Union – Auf breiter Volksgrundlage«, in: *Neue Zeit*, 30. Juni 1946). Haas war Richter beim Reichswirtschaftsgericht Berlin und 1928 bis 1945 höherer Verwaltungsbeamter der Stadt. Im Oktober 1945 wurde er stellvertretender Leiter des Rechtsamtes beim Magistrat Berlin.

63 Schreiben Hermes an Reinhold Galle, 8. Sept. 1945, ACDP I-090-015/5.

64 Aufruf »Deutsches Volk!«, Landesverband Brandenburg, o.D., ACDP, Landesverband Mecklenburg 1945-1952, III-036-082. Zur Datierung: In einem Schreiben von Karl-Heinz Dildey an die CDUD, Landesverband Brandenburg, vom 26. September 1945 (vgl. ACDP III-033-087) fordert Dildey weitere Exemplare des Aufrufes »Deutsches Volk!« an. In welcher Fassung sich dieser Aufruf befand – in der Berliner Urfassung oder ohne Unterschriften für den Landesverband Brandenburg – geht heraus nicht eindeutig hervor. Wahrscheinlich handelte es sich jedoch um die Brandenburger Fassung. Ein inhaltlich eigenständiger Aufruf oder ein Aufruf »Deutsches Volk!« des Berliner Kreises mit den Namen eines Brandenburger Aktionsausschusses scheint nicht zu existieren.

65 Organisationsreferat Karl Grobbel auf dem Landesparteitag der CDU Brandenburg am 27./28. April 1946 (wie Anm. 6).

der Gründung von Ortsgruppen keine Schwierigkeiten zu bereiten. Nachdem in den ersten Tagen des Oktobers die Registrierung der CDU-Ortsgruppe Potsdam erfolgt war,<sup>66</sup> zeigte sich Grobbel am Ende des Monats zuverlässig, auch die Registrierung der CDU für die gesamte Provinz in den nächsten Tagen zu erreichen.<sup>67</sup>

#### Organisatorische Verflechtung der Landesverbände Berlin und Brandenburg

Die Entwicklung der Potsdamer CDU-Gründung hatte somit zu einer Art »Doppelspitze« beim Aufbau des Landesverbandes Brandenburg geführt. In Berlin war nach wie vor Karl Grobbel mit dem Aufbau der Brandenburger Union betraut, während Wilhelm Wolf am 16. Oktober 1945 als Landesvorsitzender die Führung in Potsdam übernommen hatte. Zwar war auch Grobbel in den Landesvorstand als Geschäftsführer eingebunden, doch arbeitete er in der Landesgeschäftsstelle der CDU Brandenburg in der Berliner Jägerstraße. Dabei konnte sich Grobbel seit Mitte November 1945 voll auf den Aufbau der Brandenburger Union konzentrieren, da er nach Differenzen mit Walther Schreiber und Karl Brammer die Geschäftsführung des Landesverbandes Berlin niedergelegt hatte.<sup>68</sup>

Die Dauerhaftigkeit des zweigleisigen Vorgehens mit der »Doppelspitze« Berlin-Potsdam, die letztlich auf die Berliner Initiative zum Aufbau der Partei in Brandenburg zurückzuführen war, zeigte sich schon daran, daß erst im Herbst 1946 die Geschäftsstelle des Landesverbandes von Berlin in die Alte Wache nach Potsdam verlegt wurde.<sup>69</sup> Damit war es bis zu diesem Zeitpunkt nicht gelungen, in Potsdam eine feste organisatorische Basis zu schaffen, obwohl bereits ein Jahr zuvor die Trennung des gemeinsamen Landesverbandes Berlin-Brandenburg erfolgt war. Eine langfristige organi-

66 Schreiben Grobbel an Oberleutnant Kratin, 13. Okt. 1945, ACDP III-033-087.

67 Schreiben Grobbel an Gerhard Schütze, 30. Okt. 1945, ACDP III-033-087. Das Unterstützungserschreiben der SMAB war auch in russisch ausgestellt und mit einem Stempel versehen worden (Schreiben Grobbel an Propst Böttmann, 27. Okt. 1945, ACDP III-033-045).

68 Lebenslauf Karl Grobbel, Cottbus, 12. März 1953 (wie Anm. 12). Der Hintergrund des Zerwürfnisses zwischen Schreiber und Grobbel ist unklar. Schreiber hatte sich jedoch schon in einem Schreiben an Grobbel am 18. Oktober 1945 (vgl. BA, N 1018/297) über den zögerlichen organisatorischen Aufbau und die manchmal wochenlang dauernde Aufnahme neuer Mitglieder in den Landesverband Berlin verärgert geäußert. Zum Geschäftsführer für den Landesverband Berlin wurde als Nachfolger Grobbels Max Hampel ernannt (vgl. Rundschreiben Nr. I des CDU-Landesverbands Berlin an die Kreisvorsitzenden, 12. Dez. 1945, ACDP, Landesverband Ost-Berlin, III-034-101).

69 Tätigkeitsbericht des Landesverbandes der CDU Brandenburg für den Monat Oktober 1946 an die SMAB, Major Moin, sowie an die Provinzialverwaltung, Vizepräsident Bechler, Potsdam, 5. Nov. 1946, ACDP VII-011-1294.

satorische Verbindung der beiden Landesverbände – möglicherweise in einer dauerhaften organisatorischen Einheit – war indessen aus Sicht des Berliner Gründerkreises von Anfang an nicht geplant. In einem Rundschreiben Ende Juli 1945 hieß es ausdrücklich, daß die Geschäftsführung für die Provinz Mark Brandenburg »vorläufig« in Personalunion von der Berliner Stadtgeschäftsstelle mit übernommen werde.<sup>70</sup>

Die Planungen des Berliner Kreises gingen zu diesem Zeitpunkt zudem davon aus, daß die Geschäftsstelle des Landesverbandes Brandenburg »voraussichtlich« ihren Sitz in der Schlueterstraße 39, in Berlin-Charlottenburg, nehmen werde. Nach der Gründung der Union am 26. Juni 1945 war dort in der 1. Etage ein provisorisches Parteibüro eingerichtet worden. Die Stadtgeschäftsstelle hatte aber unterdessen ihren Umzug in die Jägerstraße 59/60 im Ostteil der Stadt vollzogen, der die »Reichsgeschäftsstelle« bald folgen sollte.<sup>71</sup> Auch die Büroräume der Brandenburger Union wurden schließlich in der Jägerstraße 59/60 eingerichtet. Dies mag auf pragmatische Überlegungen zurückzuführen sein, sicherlich aber auch auf den Umstand, daß die SMAD auf eine Verlegung der Partezentrale und der Zeitungsredaktion der »Neuen Zeit« in den von ihr kontrollierten Sektor Berlins gedrängt hatte.<sup>72</sup>

Die einheitliche Organisation beim Aufbau der Landesverbände Berlin und Brandenburg war durch den Berliner Gründerkreis allerdings von Anfang an geregelt worden. In den vorläufigen Richtlinien für den Aufbau der Partei in Berlin hieß es bereits Anfang Juli 1945: »Sofern sich in Orten außerhalb des Stadtgebietes Berlin eine Parteibildung vollzieht, muß die Organisation sinngemäß entsprechend diesen Richtlinien aufgebaut werden.«<sup>73</sup> Dabei zielte der Berliner Kreis aber wohl auch auf die christlichen Parteigründungen in allen Gebieten des Reiches. Ursache der organisatorischen Besonderheiten bei der Gründung der CDU in Brandenburg war also keineswegs der Wille, neue parteipolitische Strukturen mit einem gemeinsamen Landesverband Berlin-Brandenburg zu schaffen, sondern vielmehr die naheliegende Überlegung, mit den vorhandenen Mitteln den Aufbau der Union möglichst flächendeckend voranzutreiben. Die Schaffung eines

70 Informationsbrief Nr. 2 (nur für Bezirksverbände und Ortsgruppen) der CDUD, »Reichsgeschäftsstelle«, Berlin, 30. Juli 1945, BA, N 1018/129.

71 EBD. Der Gründungsausschuß der CDUD hatte am 25. Juli 1945 die sofortige Verlegung der Stadtgeschäftsstelle der CDU Berlin in die Jägerstraße beschlossen (Protokoll der 4. Sitzung des Gründungsausschusses der CDUD am 25. Juli 1945, ACDP VII-010-708).

72 Vgl. Johann Baptist GRADL, *Anfang unter dem Sowjetern. Die CDU 1945-1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, Köln 1981, S. 23.

73 Vorläufige Richtlinien für die einleitende Arbeit in der Stadt Berlin, Rundbrief Nr. 1 der CDUD »Reichsgeschäftsstelle« als Stadtgeschäftsstelle, Berlin-Charlottenburg, 5. Juli 1945, BA, N 1018/129.

eigenen Landesverbandes Brandenburg stand auch insofern außer Frage, da Anfang Juli 1945 durch Befehl der SMAD die Provinz Brandenburg als Verwaltungseinheit geschaffen worden war und der Aufbau parteipolitischer Strukturen sich hieran orientierte.

Die organisatorischen Besonderheiten der CDU mit ihrer »Doppelspitze« beim Aufbau des Landesverbandes Brandenburg zeigten einige bemerkenswerte Parallelitäten auch bei den anderen Parteien. Nachdem das Zentralkomitee der KPD in die Berliner Wallstraße verlegt worden war, arbeitete auch dort die Bezirksleitung für die Provinz Brandenburg.<sup>74</sup> Ursache hierfür war unter anderem, daß es bis 1933 keine selbständige KPD-Bezirksparteiorganisation der Mark Brandenburg gegeben hatte. Jene war Bestandteil der Parteiorganisation Berlin-Brandenburg, Lausitz-Grenzmark, gewesen.<sup>75</sup> Am 9. August 1945 beschloß das Sekretariat des ZK der KPD, den Sitz der Bezirksleitung beim ZK in Berlin zu belassen. Am 5. September 1945 wurde der Beschuß jedoch revidiert und eine Verlegung nach Potsdam vereinbart.<sup>76</sup>

Bereits Ende Juni 1945 hatte der KPD-Bezirkssekretär Willy Sägebrecht erfahren, daß sich in der Behrenstraße in Berlin der Vorstand der SPD für die Provinz Brandenburg konstituiert habe, an deren Spitze Friedrich Ebert stand, der Sohn des sozialdemokratischen Reichspräsidenten.<sup>77</sup> Am 1. Oktober 1945 versammelten sich schließlich auch Vertreter von acht Kreisverbänden der LDP aus Brandenburg, um in einer Privatwohnung in Berlin am Kurfürstendamm 173 den Landesverband der Liberaldemokratischen Partei zu bilden.<sup>78</sup> Bemerkenswert war, daß die LDP zu diesem Zeitpunkt noch über keine Ortsgruppe oder einen Kreisverband in Potsdam verfügte. Erst am 13. November 1945 konnte ein Aktionsausschuß zur Bildung einer Potsdamer Ortsgruppe der LDP ins Leben gerufen wer-

<sup>74</sup> W. SÄGEBRECHT, *Ich erhielt den Auftrag zum Aufbau der Bezirksleitung Brandenburg* (wie Anm. 36), S. 555.

<sup>75</sup> Werner BYSTRY, *Genosse Willy Sägebrecht an der Spitze der Bezirksparteiorganisation der Kommunistischen Partei Deutschlands der Provinz Brandenburg im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse (1945-1946)*, in: *Märkische Heimat. Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirks Potsdam*, Heft 5, Potsdam 1986, S. 4-35, S. 10.

<sup>76</sup> Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD am 9. Aug. 1945 und 5. Sept. 1945, in: *Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis April 1946*, bearb. von Günter BENZER und Hans-Joachim KRUSCH unter Mitarbeit von Hans MEUSEL (Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946; 1), München 1993, S. 59 und 78.

<sup>77</sup> W. SÄGEBRECHT, *Ich erhielt den Auftrag zum Aufbau der Bezirksleitung Brandenburg* (wie Anm. 36), S. 556.

<sup>78</sup> Aktennotiz des Kreisverbandes Teltow der LDP über die Gründung des Landesverbandes der LDP Brandenburg am 1. Oktober 1945, Neue Mühle, 3. Okt. 1945, Archiv des Deutschen Liberalismus (ADL), LDPD, 21 031.

den.<sup>79</sup> Die bereits seit dem 8. Oktober 1945 bestehende Zusammenarbeit der »antifaschistisch-demokratischen« Parteien in Potsdam fand daher zunächst lediglich zwischen KPD, SPD und CDU statt. In diesem bald als Block der »antifaschistisch-demokratischen« Parteien etablierten Gremium brachten die Vertreter der CDU mehrfach Personalfragen auf die Tagesordnung und drängten auf eine Ergänzung des Magistrats.<sup>80</sup>

### Aufbau des Landesverbandes Brandenburg

Für den Parteiausbau in Brandenburg wurde Grobbel nun mit Hilfe der »Reichsgeschäftsstelle« zum Dreh- und Angelpunkt. Dabei ging es zunächst darum, wichtige Informationen über Ortsgruppengründungen zu sammeln und den Kontakt zur Union in Berlin und Potsdam herzustellen. Zahlreiche Ortsgruppen, die vom Aufruf der CDUD »Deutsches Volk!« oder durch andere Informationen von der Gründung der Union gehört hatten, wandten sich nun unmittelbar an die Parteiführung in Berlin. So erreichte die Geschäftsstelle der CDUD im September 1945 ein Schreiben aus Guben, in dem die Gründung einer Ortsgruppe unter Führung des dortigen ehemaligen Zentrumsvorsitzenden, Georg Tilgner, angekündigt wurde.<sup>81</sup>

Besonders wichtig für die Ortsgruppengründungen war eine offizielle Bescheinigung der Landesleitung der CDU Brandenburg für die örtlichen Kommandanturen, die die Mitglieder oder Vorsitzenden der »Aktionsausschüsse« zur Ortsgruppengründung autorisierte. Dennoch kam es teilweise zu erheblichen Behinderungen von Seiten einzelner sowjetischer Kreiskommandanten bei der Registrierung der Union, in die sich Grobbel immer wieder einschalten mußte. So forderte etwa der Kommandant für die Zulassung von Ortsgruppen im Stadtkreis Brandenburg Ende September, »daß eine unmittelbare Bestätigung des Marschalls Shukow vorgelegt werden müsse, wonach die Bildung von Ortsgruppen der Christlich-Demokratischen Union in der Provinz genehmigt sei«.<sup>82</sup> Die Schwierigkeiten bei der Registrierung zogen sich in diesem Falle so lange hin, daß der Kreisverband erst am 2. November 1945 registriert wurde, obwohl in der Stadt schon seit An-

79 Vgl. M. UHLEMANN (wie Anm. 24), S. 322.

80 EBD. Die erste Zusammenkunft der drei Parteien am 8. Oktober 1945 fand zunächst als gemeinsame Sitzung des Aktionsausschusses von KPD und SPD mit der CDU statt. Seit dem 15. Oktober 1945 wurden diese Zusammenkünfte dann als Sitzung des Antifaschistischen Blocks Potsdam bezeichnet.

81 Schreiben Georg Tilgner an die CDU in Berlin, Guben, 12. Sept. 1945, ACDP III-033-097.

82 Schreiben Schütze an die CDUD, Landesverband Brandenburg, Brandenburg/Havel, 5. Okt. 1945 und Schreiben Grobbel an Oberleutnant Kratin, 13. Okt. 1945, ACDP III-033-087.

fang August eine Ortsgruppe der CDU bestand.<sup>83</sup> Da die nichtregistrierten CDU-Ortsgruppen weder durch Versammlungen noch durch Flugblätter oder andere Werbemaßnahmen an die Öffentlichkeit treten durften, war hiermit ein Startnachteil gegeben, der ein schnelles Anwachsen der CDU von Anfang an verhinderte. In zahlreichen Fällen bemühte sich Grobbeck, die Registrierung durch persönliche Besuche zu beschleunigen, bei denen er sich gemeinsam mit den lokalen Parteivorsitzenden zur entsprechenden Kommandantur begab.<sup>84</sup> Wolf übernahm diese Aufgabe in den Orten des unmittelbaren Umlandes von Potsdam.<sup>85</sup>

Kontakte zu bereits bestehenden Ortsgruppen oder geeigneten Personen für die Gründung der Union kamen auch durch persönliche Besuche in der »Reichsgeschäftsstelle« zustande. So erteilte Grobbeck einem Interessenten aus Forst am 23. August 1945 den Auftrag, im Stadt- und Landkreis sowie im weiteren Bereich der Niederlausitz Ortsgruppen der CDU zu gründen. Bei einer ersten Mitgliederversammlung in Forst am 7. September 1945 behalf man sich zunächst damit, daß man die Ziele der Union durch Verlesung der programmatischen Rede von Hermes, die dieser bei der Gründungskundgebung im Theater am Schiffbauerdamm gehalten hatte, verdeutlichte.<sup>86</sup> Andererseits erklärten sich auch Berliner Mitglieder der Union dazu bereit, sich persönlich beim Aufbau der CDU in Brandenburg zu engagieren. So begaben sich am 1. September 1945 der Berliner Rechtsanwalt Pinten und der Geschäftsführer Hüsgen nach Neuruppin, um dort die Verhandlungen über den Aufbau eines Kreisverbandes der CDU fortzusetzen. Über den örtlichen Pfarrer hatte man die Anschrift eines Studienrates erhalten, der sich bereit erklärte, den Vorsitz des Kreisverbandes zu übernehmen.<sup>87</sup>

Zweifellos war der gemeinsame Sitz von Landes- und »Reichsgeschäftsstelle« auch von Vorteil. Einlaufende Informationen konnten so auf direktem Wege an Grobbeck weitergegeben werden, dieser war über die Berliner Entwicklungen informiert und konnte sich mit der »Reichsgeschäftsstelle« jederzeit abstimmen. Dem Landesverband fehlte jedoch so ein Zentrum in der Provinzhauptstadt Potsdam. Die hiermit im Zusammenhang stehenden

<sup>83</sup> Schreiben Schütze an den Vorsitzenden der KPD Stadt Brandenburg, Brandenburg/Havel, 6. Nov. 1945, BLHA, Rep. 330, I/3/113.

<sup>84</sup> Bericht Grobbeck über Besuche verschiedener Kreis- und Ortsverbände der CDU Brandenburg im Zeitraum vom 8.-23. Nov. 1945, ACDP III-033-111.

<sup>85</sup> Schreiben H. Hallrich an die »Reichsgeschäftsstelle« der CDUD, Alt-Töplitz, 25. Nov. 1945, ACDP III-033-103.

<sup>86</sup> Schreiben CDU-Ortsgruppe Forst (Lausitz) an den Landesverband Brandenburg der CDUD, Forst (Lausitz), 13. Sept. 1945, ACDP III-033-030.

<sup>87</sup> Bericht des Rechtsanwalts L. Pinten über die Gründung eines Kreisverbandes der CDU zu Neuruppin, Berlin, 6. Sept. 1945, ACDP III-033-074. Am 18. September 1945 teilte der Kreisverband Ruppin der »Reichsgeschäftsstelle« auf einer Postkarte mit (vgl. ebd.), die Union sei nun für die Stadt und den Kreis Ruppin zugelassen.

Schwierigkeiten bei der Gründung einzelner Ortsgruppen in Brandenburg verdeutlichte ein Schreiben aus Töplitz vom 25. November 1945 an die »Reichsgeschäftsstelle« der Union: »Nach wochenlangen vergeblichen Bemühungen, eine Verbindung mit Ihrer Bezirksgeschäftsstelle Potsdam herzustellen – die unaufzindbar war – ist dies jetzt endlich gelungen, und ich habe hier die Ortsgruppe Insel Töplitz der Union gegründet. Die Insel Töplitz umfaßt die Orte Göttin, Neu-Töplitz, Alt-Töplitz und Leest. Sie grenzt unmittelbar an das Potsdamer Stadtgebiet und ist insoweit als Vorort von Potsdam anzusprechen, gehört jedoch vorläufig noch zum Kreise Zauch-Belzig. [...] Leider muß ich feststellen, daß wir mit der Werbearbeit, wie überhaupt mit der Gründung der Ortsgruppe, mindestens zwei Monate zu spät zugange sind. Die SPD hat uns in erheblichem Umfang Mitglieder weggenommen, die wir in unsere Reihen hineinbekommen hätten. Die KPD erschwert uns in empfindlicher Weise unsere Werbearbeit, weil der hiesige Leiter der Ortsgruppe es verstanden hat, die ganze Insel genau nach dem üblen Vorbild der Nazis zu terrorisieren, so daß die Leute ganz unverblümmt bekennen, daß sie Furcht haben, in die Union einzutreten, weil sie irgendwelche Racheakte oder Zwangsmaßnahmen der KPD deshalb zu gewärtigen haben.«<sup>88</sup>

Das Schreiben machte deutlich, daß die Verbindung der beiden Landesverbände Berlin und Brandenburg sich für den Aufbau der Organisation auch nachteilig auswirkte. Obwohl Berlin und die dort etablierte »Reichsgeschäftsstelle« scheinbar in greifbarer Nähe lagen, so blieben sie doch unter den gegebenen Verkehrsverhältnissen für den Brandenburger Raum nahezu unerreichbar. Bis zur Verlegung der Landesgeschäftsstelle der CDU Brandenburg in die Alte Wache nach Potsdam im Herbst 1946 fehlte somit ein sichtbares Zentrum der Union, von wo der Parteiausbau vor Ort hätte organisiert werden können. Die vermutlich im November 1945 eingerichtete Geschäftsstelle der Potsdamer CDU-Ortsgruppe in der Brandenburger Straße 12 konnte diese Aufgabe nur unzureichend übernehmen.<sup>89</sup> Eine Ver-

88 Schreiben H. Hallich an die »Reichsgeschäftsstelle« der CDUD, Alt-Töplitz, 25. Nov. 1945 (wie Anm. 85).

89 Wann die Geschäftsstelle der CDU Potsdam eingerichtet wurde und wie leistungsfähig sie war, läßt sich nicht mehr genau feststellen. Noch Anfang November 1945 erreichte Wolf ein Schreiben unter seiner Privatanschrift in der Sedanstraße 8 (Schreiben Gerhard Schütze an Wilhelm Wolf, Abschrift, Brandenburg/Havel, 4. Nov. 1945, ACDP III-033-016). Die Anschrift Sedanstraße 8 hatte Wolf bereits bei der Unterzeichnung des Registrierungsantrages für die Ortsgruppe Potsdam-Babelsberg am 11. August 1945 angegeben. In einem Schreiben Graf Schmettaus an den CDU-Kreisverband Potsdam vom 13. November 1945 ist als Anschrift bereits die Brandenburger Straße 12 angegeben (Schreiben von Schmettau an Wolf, Kreisverband der CDU Potsdam, Brandenburger Straße 12, Potsdam, 13. Nov. 1945, ACDP III-033-016). Zu Weihnachten 1945 erschien schließlich ein Aufruf der Parteien und anderer Organisationen Potsdams »Schenkt Potsdams Kindern eine glückliche Friedensweihnacht«. Als Geschäftsstelle

besserung der Kommunikation innerhalb der Brandenburger Union wurde zunächst vor allem dadurch erreicht, daß der Landesverband am 18. Oktober 1945 mit der Versendung regelmäßiger Rundschreiben an die Ortsgruppen begann.<sup>90</sup>

Um den Aufbau der Partei weiter voranzutreiben, versandte Grobber Anfang November 1945 zahlreiche Schreiben an katholische Pfarrämter in Brandenburg.<sup>91</sup> Dabei ging es ihm in erster Linie um die Vermittlung von Namen und Anschriften geeigneter Persönlichkeiten, die für den Aufbau der Union herangezogen werden konnten. An eine Mitarbeit der Pfarrer selbst war wohl weniger gedacht. Auch einzelne Personen, die der Landesgeschäftsstelle als mögliche Interessenten genannt worden waren, wurden angeschrieben und zur Mitarbeit oder Gründung von »Aktionsausschüssen« aufgefordert.<sup>92</sup> Anfang 1946 wurde der protestantische Bauer Erwin Trautmann auf Werbereisen in die Kreise Oberbarnim, Lebus und Westprignitz entsandt.<sup>93</sup> Trautmann, der den überwiegenden Teil seiner Reisen zu Fuß zurücklegte, sollte dabei vor allem in den ländlichen Gebieten die Gründung von Ortsgruppen initiieren.

Das Eingreifen und die Steuerung des Gründungsprozesses durch die Landesgeschäftsstelle der CDU Brandenburg in Berlin ließ immer stärker das Bild einer zumindest in weiten Teilen initiierten Gründung von oben erkennen. Die Aktivitäten Trautmanns standen vermutlich auch im Zusammenhang mit einem Schreiben des Kleinmachnower CDU-Ortsvorsitzenden, Peter Bloch, der sich im Januar 1946 an den Landesvorstand und sämtliche Kreisvorsitzende des Landesverbandes wandte. In dem Schreiben bemängelte Bloch, daß die Brandenburger Union bisher lediglich in einigen organisatorischen Rundschreiben in Erscheinung getreten sei. Bei der ungünstigen Struktur der Provinz Brandenburg und den besonderen Schwierigkeiten in

der CDU Potsdams wurde hier die Brandenburger Straße 12 genannt (Faksimile des Aufrufes vgl. Brandenburg im Jahr 1945 [wie Anm. 20], S. 356). Erich Ebert gibt in einem Schreiben an die Verfasserin vom 9. Januar 1996 an, die Geschäftsstelle der CDU Potsdam sei bereits im Oktober 1945 eingerichtet worden.

90 Rundschreiben Br.O. 1/1945 der CDUD, Landesverband Brandenburg, Berlin, 18. Okt. 1945, ACDP III-033-016. Die Rundschreiben Br.O. 2/1945 und Br.O. 3/1945 des CDU-Landesverbandes Brandenburg datieren vom 22. November 1945 bzw. 17. Dezember 1945, ACDP III-033-035.

91 Schreiben der CDUD, Landesverband Brandenburg, Karl Grobber, an verschiedene katholische Pfarrämter, Berlin, 3. Nov. 1945 und 6. Nov. 1945, ACDP III-033-035.

92 Vgl. beispielsweise Schreiben Grobber an von Tilly in Friedrichshof bei Altreetz (Kreis Oberbarnim), 3. Dez. 1945, ACDP III-033-039.

93 Bericht über die Werbereise von Erwin Trautmann für die CDU in den Kreisen Oberbarnim und Lebus (wie Anm. 46); Bericht Nr. 2 über die Werbereise von Erwin Trautmann für die CDU in dem Kreis Westprignitz vom 9.-23. Febr. 1946, o.O., 28. Febr. 1946, ACDP III-033-111.

den östlichen Gebieten müsse eine sofortige Initiative des Landesverbandes einsetzen, um die Gründung weiterer Ortsgruppen voranzubringen.<sup>94</sup>

Schwierigkeiten zeigten sich auch bei der konfessionellen Zusammensetzung mancher Ortsgruppen, die überwiegend aus katholischen Mitgliedern bestanden. So mußte Grobbel in einem Schreiben an die Ortsgruppe Petershagen bei Berlin den Vorsitzenden dazu auffordern, »mit allen Mitteln darauf hinzuarbeiten, daß eine größere Anzahl Angehöriger der evangelischen Kirche der Ortsgruppe und auch dem Aktionsausschuß beitritt«.<sup>95</sup> Auch Trautmann mußte aus Perleberg und Wittenberge berichten, daß die Ortsgruppen dort »gewissermaßen katholisch aufgezogen worden« seien. Bei einem Bevölkerungsanteil von nur fünf Prozent Katholiken waren in beiden Orten die führenden Persönlichkeiten und mehr als die Hälfte der Mitglieder katholischer Konfession. Vor allem die LDP nutzte dies, um im Kreis Westprignitz gegenüber der CDU den Vorwurf zu erheben, sie sei eine Neuauflage des alten Zentrums.<sup>96</sup> Konfessionelle Gegensätze zwischen den beiden Kirchen und den aktiven Laien, so auch in der Niederlausitz,<sup>97</sup> behinderten somit mancherorts den Aufbau der Union.

### Ortsgruppengründungen

Nicht überall mußte vom Landesverband der Anstoß zur Gründung neuer Ortsgruppen und Kreisverbände gegeben werden. Zahlreiche Ortsgruppen waren bereits im August und September 1945 selbstständig gegründet worden. Zwar war eine größere geographische Nähe zu Berlin häufig von Vorteil und förderte eine schnelle Gründung der Union wie das Beispiel Kleinmachnows und des Kreises Teltow zeigte,<sup>98</sup> doch wurden auch in den weit entlegenen Kreisen wie etwa in Cottbus unmittelbar nach Kriegsende und zunächst unabhängig von der Entwicklung in Berlin Aktivitäten zur Gründung einer christlichen Partei entfaltet.

In Cottbus fand die Gründungsversammlung der CDU am 21. August

<sup>94</sup> Schreiben Bloch an den Vorsitzenden des Landesverbandes Brandenburg sowie die Vorsitzenden der Kreisverbände, Abschrift, Kleinmachnow, 23. Jan. 1946, ACDP III-033-123.

<sup>95</sup> Schreiben Grobbel an die CDU-Ortsgruppe Petershagen, 15. Dez. 1945, ACDP III-033-018. Vgl. hierzu auch das Schreiben Grobbels an die CDU-Ortsgruppe Petershagen vom 6. November 1945 (ebd.), in dem unter Bezug auf die Beschwerde eines protestantischen Interessenten berichtet wird, die Ortsgruppe setze sich lediglich aus Katholiken und ehemaligen Zentrumsmitgliedern zusammen.

<sup>96</sup> Bericht Nr. 2 über die Werbereise von Erwin Trautmann für die CDU in dem Kreis Westprignitz (wie Anm. 93).

<sup>97</sup> Schreiben Grobbel an Rechtsanwalt Axhausen, 3. Dez. 1945, ACDP III-033-115.

<sup>98</sup> Zur Gründung der CDU in Teltow vgl. Bericht Erich Schmelz über die Arbeit im Kreise Teltow in der Zeit vom 5. Juli-30. Sept. 1945, ACDP III-033-122; außerdem P. BLOCH, Zwischen Hoffnung und Resignation (wie Anm. 29), S. 51.

1945 im »Deutschen Haus« statt. Zu ihr hatte ein »Aktionsausschuß« unter Führung von Willy Heller, seit 1919 Mitglied des Christlichen Metallarbeiterverbandes, aufgerufen. Zum Gründerkreis gehörten ferner Heinrich Kaliner, Hermann Fritsche und Felix Hampel. Die Gründung der CDU in Cottbus erfolgte zunächst ohne den Einfluß Berlins oder Potsdams und stand in engem Zusammenhang mit den örtlichen Aktivitäten des »Antifaschistischen Ausschusses«. Von der Cottbuser Gründung erfuhr man in Berlin erst ausführlich durch eine Mitteilung an die »Neue Zeit«.<sup>99</sup>

Nach dem Einmarsch der Roten Armee war Willy Heller durch Zufall am 1. Mai 1945 mit der Leitung des Ernährungsamtes durch den russischen Stadtkommandanten betraut worden.<sup>100</sup> Als am 26. Juni 1945 in Cottbus ein »Antifaschistisches Komitee« gegründet wurde, in dem Kommunisten, Sozialdemokraten und Vertreter der Zentrumspartei zusammenarbeiten sollten, wurde Heller gebeten, sich für das Zentrum zur Verfügung zu stellen.<sup>101</sup> Die Aufforderung hierzu erging von der sowjetischen Besatzungsmacht und war Heller vom Vorsitzenden der KPD überbracht worden. Als Heller sich zunächst sträubte, erschien am folgenden Tag ein sowjetischer Besatzungsoffizier und verlangte, daß er die Zentrumspartei gründen solle.<sup>102</sup> Zu einem ersten öffentlichen Auftritt Hellers kam es am 30. Juni 1945 im Rahmen einer Kundgebung des »Antifaschistischen Blocks«. In seiner Rede forderte Heller zur Zusammenarbeit aller Christen in der Stadt auf und sprach den Wunsch nach einer Partei aus, »die aus der Verantwortung des Christentums heraus ihre Arbeit leistet«.<sup>103</sup> Die Wiederbelebung einer nur die katholischen Christen umfassenden Zentrumspartei war somit auch von Heller nicht beabsichtigt. Daß es in Cottbus überhaupt zur vorläufigen Gründung des Zentrums kam, war ausschließlich auf den Einfluß der sowjetischen Besatzungsoffiziere sowie der KPD zurückzuführen. Bereits Ende Juli 1945 erschien aus Berlin Germanus Theiss in Cottbus und forderte Heller auf, unter keinen Umständen die Zentrumspartei ins Leben zu rufen, sondern die CDU zu gründen. Da der von Theiss mitgebrachte Aufruf der CDUD »Deut-

99 Schreiben Heinrich Kaliner an die Redaktion der »Neuen Zeit« sowie beigefügter Bericht über die Gründungsversammlung am 21. Aug. 1945, Cottbus, 22. Aug. 1945, ACDP III-033-014; Schreiben Grobbel an Kaliner, 6. Sept. 1945, ebd.; außerdem F. KIND (wie Anm. I), S. 12.

100 Vgl. Willy HELLER, *Die Stunde Null. Ende und Neubeginn 1945. Briefe und Tagebuch*, bearb. und hrsg. von Engelbert HELLER, Davos 1982, S. 66, ACDP, NL Willy Heller, I-255-001/3.

101 EBD., S. 77.

102 Vgl. Willy HELLER, *In der Sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1949. Manuskript eines auf Tonband gesprochenen Erinnerungsberichtes (27. April-2. Mai 1980)*, S. 20 ff., ACDP I-255-001/2.

103 EBD., S. 25.

sches Volk!« mit den Gedanken und Ideen Hellers übereinstimmte, konnte auch in Cottbus am 21. August 1945 die CDU gegründet werden.<sup>104</sup>

Wie in Cottbus wurden auch andere Ortsgruppengründungen von außen angestoßen. Die anfänglich von zahlreichen KPD-Funktionären betriebene Politik der Ausgrenzung gegenüber anderen politischen Gruppierungen versuchte die Brandenburger KPD-Bezirksleitung mit Hilfe zahlreicher Funktionärskonferenzen zu korrigieren. Im Kreis Westhavelland beschloß etwa die Bezirkskonferenz der KPD am 24. Juni 1945 einen Maßnahmenkatalog »zur Sicherung der engsten Zusammenarbeit«.<sup>105</sup> Punkt a. des Maßnahmenplans sah die gemeinsame Aufstellung einer Liste des Stadtbeirates unter Berücksichtigung der Demokraten und des Zentrums vor, Punkt b. verlangte die Bildung des »antifaschistischen, demokratischen Blockes« sowie ein gemeinsames Aufsuchen der Vertreter der übrigen Parteien.

Auch in Perleberg bestand Ende August schon eine christliche Partei, die in den Protokollen des dortigen »Antifaschistischen Blocks« noch als Christlich-Soziale Union bzw. Christlich-Soziale Partei bezeichnet wird.<sup>106</sup> In Erkner bei Berlin hatte Germanus Theiss die Gründung einer Ortsgruppe initiiert, die Mitte September bereits über 60 Mitglieder verfügte.<sup>107</sup> Aus Belzig meldete der katholische Pfarrer Tschetschog Anfang September, daß sich in der Stadt eine CDU-Ortsgruppe gegründet habe. Als Geschäftsführer zum Aufbau des Kreisverbandes Zauch-Belzig habe der Aktionsausschuß den Justizobersekretär Zientek bestellt.<sup>108</sup> Pfarrer Tschetschog, der maßgeblich an der kampflosen Übergabe der Stadt Belzig an die Truppen der Roten Armee beteiligt war, stellte sich schließlich am 10. November 1945 als Kreisvorsitzender der CDU beim Kommandanten der SMA vor.<sup>109</sup>

In Eberswalde ergriff Karl-Heinz Dildey die Initiative und rief am 3. September 1945 eine Ortsgruppe der CDU ins Leben. Mitglied des Aktionsausschusses war auch das ehemalige Zentrumsmitglied Carl Bongartz, der Mitte Dezember den Vorsitz der Ortsgruppe übernahm.<sup>110</sup> Der Aufbau

<sup>104</sup> EBD., S. 27 f. In seinem Tagebuch gibt Heller (W. HELLER, *Die Stunde Null. Ende und Neubeginn 1945*, wie Anm. 100, S. 84) den 29. August 1945 als Gründungsdatum der Ortsgruppe Cottbus an.

<sup>105</sup> Bericht über die Bezirkskonferenz der KPD im Kreis Westhavelland am 24. Juni 1945, SAPMO, NY 4 182/853.

<sup>106</sup> Protokoll der außerordentlichen Sitzung des »Antifaschistischen Blocks« Perleberg am 26. Aug. 1945 und Protokoll der Sitzung des »Antifaschistischen Blocks« Perleberg am 27. Aug. 1945, ACDP III-033-181.

<sup>107</sup> Schreiben der Ortsgruppe Erkner an die CDU-Geschäftsstelle der Provinz Brandenburg, Erkner, 17. Sept. 1945, ACDP III-033-017.

<sup>108</sup> Schreiben Tschetschog und Zientek an die »Reichsgeschäftsstelle« der CDUD, Belzig, 6. Sept. 1945, ACDP III-033-103.

<sup>109</sup> F. KIND (wie Anm. 1), S. 12.

<sup>110</sup> Postkarte Karl-Heinz Dildey an die »Reichsgeschäftsstelle« der CDUD, Eberswalde,

der Ortsgruppe in den folgenden Monaten zeigte exemplarisch mit welchen logistischen Schwierigkeiten die Union, insbesondere in den ländlichen Gegenden, in den ersten beiden Jahren, zu kämpfen hatte. Eines der Hauptprobleme war die mangelnde Belieferung mit der »Neuen Zeit«.<sup>111</sup> Eine koordinierte Politik, ein einheitliches Auftreten etwa in der Bodenreformfrage, konnte ohne erforderlichen Informationsfluß nur schwerlich erreicht werden. Dies galt zumal, da die Zeitung der CDU im Land Brandenburg, »Märkische Union«, erst ab dem 3. Februar 1948 erschien! Das Engagement der CDU-Gründer war angesichts dieser Schwierigkeiten beachtlich. So gelang es der Ortsgruppe Eberswalde, den Aufruf »Deutsches Volk!« in altdothischer Schrift mit dem Hinweis auf die eigene Geschäftsstelle in der Buchdruckerei des Pestalozzi-Waisenhauses in Eberswalde herauszubringen.<sup>112</sup> Ein ausgesprochen seltener Fall, der für einen hohen Einsatz der örtlichen Gründer spricht, da in der Regel der Berliner Gründungsauftrag lediglich mit den Adressen der jeweiligen Landesverbände erschien.

In der Stadt Brandenburg konstituierte sich die Partei am 3. August 1945. Dem vorläufigen Vorstand gehörten als erster Vorsitzender der Rechtsanwalt und Notar Dr. Gerhard Schütze und als zweiter Vorsitzender Stadtrat Wilhelm Schwadtmann an. Als Schriftführer fungierte der Werbeberater für Handel und Industrie Erhard Faß, als Kassierer der Bankdirektor Dr. Walter Wiglow und als Beisitzer der Tischler Arthur Müller, der Techniker Karl Dörvschuck, der Stadtrat und Superintendent Karl Schubert, der Erzpriester Albrecht Jochmann, der Angestellte Gerhard Wolf und der Landwirt Franz Bathe. Schütze wurde Mitte August von der »Reichsgeschäftsstelle« auch damit beauftragt, sich um die Gründung und Registrierung des Kreisverbandes Brandenburg zu bemühen.<sup>113</sup> Für den organisatorischen Aufbau der Partei in Brandenburg von Vorteil war, daß Schütze seit August beim Oberlandratsamt die Abteilung Finanzen und Rechtswesen leitete.<sup>114</sup> Der stellvertretende Vorsitzende, Wilhelm Schwadtmann, gehörte dem am 22.

9. Sept. 1945, und Protokoll über die erste Mitgliederversammlung der Ortsgruppe der CDU Eberswalde am 16. Dez. 1945, ACDP III-033-087; außerdem F. KIND (wie Anm. 1), S. 12.

111 Vgl. beispielsweise das Schreiben von Bongartz an Grobbel, Eberswalde, 23. Jan. 1946, ACDP III-033-087.

112 Aufruf »Deutsches Volk!«, Sitz des Landesverbandes Brandenburg der CDUD, Berlin W 8, Jägerstraße 59-60. Nächste Geschäfts- und Meldestelle: Buchdruckerei des Pestalozzi-Waisenhauses Eberswalde, ACDP VII-011-2376.

113 Zulassungsantrag an den Militärrkommandanten der Stadt Brandenburg, 3. Aug. 1945, sowie Schreiben Schütze an die »Reichsgeschäftsstelle«, Brandenburg, 23. Aug. 1945, ACDP III-033-087.

114 Vgl. W. MICKIN/W. GEORGINO, *Macht des schweren Anfangs* (wie Anm. 48), S. 10.

Mai 1945 offiziell konstituierten Magistrat der Stadt an und war verantwortlich für die Abteilung Ernährung.<sup>115</sup>

### Konstituierung des Landesblockausschusses

Der verzögerte Gründungsverlauf von CDU und LDP hatte in Brandenburg auch zu einer auffallend späten Gründung des »Antifaschistischen Blocks« geführt. Dieser kam erst am 22. November 1945 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.<sup>116</sup> Auf lokaler Ebene hatten sich bereits vereinzelt »Blockausschüsse« gegründet. Daß dies auf Provinzialebene erst gegen Ende des Jahres gelang, lag nicht nur an der späten Konstituierung der Landesvorstände von CDU und LDP. Im Vorfeld der Blockgründung gab es auch personelle Forderungen der beiden Parteien, sie in der Provinzialverwaltung künftig entsprechend zu berücksichtigen. In keinem anderen Land der sowjetisch besetzten Zone waren CDU und LDP in der Verwaltung so schwach vertreten wie in Brandenburg. Auch hier zeigte sich, daß das Fehlen der Landesgeschäftsstelle in Potsdam zu erheblichen Nachteilen führen mußte. Als schließlich das Versprechen der KPD vorlag, die personellen Forderungen künftig zu berücksichtigen, waren beide Parteien bereit, dem Landesblockausschuß beizutreten.<sup>117</sup> Allerdings hatten KPD und SPD noch vor Beginn der ersten Zusammenkunft im Landesblock vereinbart, sich vor den Sitzungen jeweils auf eine gemeinsame Linie festzulegen. Überdies forderte Sägebrecht auch bei allen Stellenbesetzungen vorher eine gemeinsame Position mit der SPD herbeizuführen.<sup>118</sup> Der Handlungsspielraum der beiden »bürgerlichen« Parteien war somit von Anfang an äußerst gering. In einem Aufruf über die Bildung des Landesblocks am 28. November 1945 wurden schließlich auch die unteren Parteieinheiten ausdrücklich dazu verpflichtet, in allen Orten, Landkreisen und Verwaltungsbezirken Arbeitsausschüsse des »antifaschistisch-demokratischen« Einheitsblocks der Mark Brandenburg zu bilden.<sup>119</sup>

Mit Beginn des 1. Landesparteitages der Brandenburger Union am 27./28.

<sup>115</sup> Klaus HEß/Anke RICHTER, *Die Stadt Brandenburg im Jahr 1945*, in: *Brandenburg im Jahr 1945* (wie Anm. 20), S. 195-222, S. 204.

<sup>116</sup> Protokolle des Landesblockausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien Brandenburgs 1945-1950, eingel. und bearb. von Fritz REINERT (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs; 30), Weimar 1994, S. 3-6.

<sup>117</sup> Vgl. F. REINERT, *Brandenburgs Parteien 1945-1950* (wie Anm. 32), S. 54.

<sup>118</sup> Protokoll der Sekretariatsitzung der Bezirksleitung der KPD Brandenburg am 24. Nov. 1945, BLHA, Rep. 330, I/2/2.

<sup>119</sup> Beschuß über die Bildung des gemeinsamen Arbeitsausschusses des Antifaschistisch-demokratischen Einheitsblocks Provinz Mark Brandenburg, 28. Nov. 1945, in: *Protokolle des Landesblockausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien Brandenburgs 1945-1950* (wie Anm. 116), S. 8 f. Der Aufruf befindet sich auch in: ACDP III-033-051.

April 1946 in Potsdam war der Aufbau des Landesverbandes mit 12 424 Mitgliedern in 232 Ortsgruppen und 300 Stützpunkten in einer ersten wesentlichen Phase abgeschlossen.<sup>120</sup> Als Vorsitzenden bestätigte der Landesparteitag Wilhelm Wolf. Stellvertreter wurden Gerhard Schütze, Ernst Köhler und Karl Grobbel. Als weitere Mitglieder gehörten dem Vorstand Willy Heller, Germanus Theiss, Hermann Gerigk, Irmgard Biermann, Erich Schmelz und Pfarrer Erich Steinfurth an.<sup>121</sup> Bis zum Ende des Jahres konnte der Landesverband seine Mitgliederzahl auf 24 424 nahezu verdoppeln.<sup>122</sup> Damit stellte er rund 13 Prozent der Mitglieder aller Landesverbände der CDUD der SBZ ohne Berlin. Mecklenburg stellte im Vergleich rund 14 Prozent der Gesamtmitglieder, Sachsen-Anhalt 23, Sachsen 31 und Thüringen rund 19 Prozent.

---

120 Organisationsreferat Karl Grobbel auf dem Landesparteitag der CDU Brandenburg am 27./28. April 1946 (wie Anm. 6).

121 Rundschreiben KV-3/1946 der CDUD, Landesverband Brandenburg, an die Kreisverbände, Berlin, 10. Mai 1946, ACDP III-033-035.

122 Zusammenstellung über den Mitgliederbestand der Landesverbände der CDUD. Stand vom 1. Jan. 1946 und 31. Dez. 1946 (wie Anm. 8).

# **Der Konflikt der Ost-CDU mit der Besatzungsmacht 1945-1948 im Spiegel sowjetischer Akten**

**Von Gerhard Wettig**

## **Politische Rahmenbedingungen**

Stalin sah sich bei Kriegsende in Deutschland einem Dilemma gegenüber. Er wollte Macht und System der UdSSR so weit wie möglich auf das besiegte Land erstrecken. Zugleich jedoch war von vornherein klar, daß er mit den Westmächten als Okkupationspartnern zu rechnen hatte, welche die Herrschaft über den größten Teil des deutschen Gebietes ausüben würden. Der sowjetische Führer hatte zwar wichtige Trümpfe in der Hand: die Eroberung Berlins durch die Rote Armee, eine dort folgende, auf mehrere Monate ausgedehnte Alleinherrschaft sowie interalliierte Vereinbarungen, die ihm mit dem Territorium im weiten Umkreis der Vier-Sektoren-Stadt auch die Macht über deren Lebensfähigkeit überantworteten. Auch wenn er diese Vorteile in jeder Weise zu nutzen suchte, hielt er doch Rücksichtnahmen auf die anderen Besatzungsmächte für erforderlich. Er wollte den Bogen nicht überspannen, denn es ging ihm darum, von Berlin aus gesamtdeutsche Entwicklungen in Gang zu bringen. Das schien nur erreichbar, wenn sich die Militärbehörden in den Westzonen nicht widersetzten. Daher strebte er zu den wesilichen, vor allem angelsächsischen Staaten ein Verhältnis an, das ihm deren Bereitschaft zur Zusammenarbeit sicherte.

Daraus folgte unter anderem, daß das Parteiwesen, für dessen zentralen Aufbau er entgegen interalliierten Absprachen (die eine von unten nach oben durchzuführende demokratische Rekonstruktion des besiegten Landes vorsahen) bereits wenige Wochen nach der deutschen Niederlage Genehmigungen erteilen lassen, zumindest im äußeren Erscheinungsbild nicht in Widerspruch zu den ordnungspolitischen Vorstellungen des Westens stehen durste. Nachdem die sowjetische Besatzungsverwaltung die Absicht zur Zulassung von Parteien verkündet hatte, sorgte sie nicht nur dafür, daß die sich bildenden »Reichsleitungen« ihren Sitz im Ostsektor Berlins nahmen und damit dem Einfluß der UdSSR unterlagen. Sie bemühte sich darum, daß die Öffentlichkeit den Eindruck eines pluralistischen und de-

mokratischen Parteiensystems erhielt.<sup>1</sup> Gleichzeitig aber dienten unmerklich eingesetzte Besonderheiten dem Zweck, einen allmählichen Übergang zu sowjetischen Verhältnissen zu ermöglichen.<sup>2</sup> Die vorerst bestehenden Gründe, Fortschritte in dieser Richtung nicht zu forcieren, mochten nach dem erwarteten militärischen und politischen Rückzug der USA aus Europa<sup>3</sup> entfallen. Ein weiteres Motiv für den Kreml, sich zunächst zurückzuhalten, ergab sich aus der Einschätzung der deutschen Gesellschaft. Deren Bewußtsein galt in Moskau aufgrund der vorangegangenen nationalsozialistischen Diktatur als besonders »rückständig« und erschien demzufolge besonders anfällig für den Wunsch nach einem Bündnis mit den »reaktionären« Kräften des kapitalistischen Westens. Eine solche Verbindung aber sollte unbedingt verhindert werden.<sup>4</sup>

Zu den Besonderheiten des Parteiwesens, das die sowjetische Besatzungsmacht in Berlin etablierte, gehörte vor allem die Institution des »antifaschistisch-demokratischen Blocks«. Die Parteien mußten sich bei ihrer Lizenzierung zu dauernder Zusammenarbeit verpflichten. Sie waren auf Konsens festgelegt und sollten daher keine wesentlich voneinander abweichende Positionen formulieren. Die Unterschiede zwischen ihnen bestanden demnach vor allem darin, daß sie sich an verschiedene Gruppen wandten und ihnen die einheitlich festgelegte Linie politisch vermittelten. Damit war die Präsentation eigenständiger Standpunkte und politischer Alternativen prinzi-

1 Da an dieser Stelle auf Einzelheiten und Quellen nicht näher eingegangen werden kann, verweise ich auf die einschlägigen Ausführungen in meinem Buch *Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945-1955*, München 1999, S. 90-94.

2 Entsprechende Planungen waren 1944 in Moskau von Exilkadern der KPD unter Anleitung Dimitrovs und teilweise auch Stalins persönlich ausgearbeitet worden; s. die beiden einschlägigen, aus den SED-Akten ausgewählten Dokumentenbände mit den jeweiligen Einführungstexten: Gerhard KEIDERLING (Hrsg.), »Gruppe Ulbricht« in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993; Peter ERLER/Horst LAUDE/Manfred WILKE (Hrsg.), »Nach Hitler kommen wir«. Dokumente zur Programmatisierung der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994. Dazu R.C. RAACK, Stalin Plans his Post-War Germany [aufgrund sowjetischer Akten], in: *Journal of Contemporary History* 28 (1993), S. 55 f., 64 f.; Notizen Piecks über die Unterredung der KPD-Führung mit Stalin am 4. Juni 1945, in: Rolf BADSTÜBNER/Wilfried LOTH (Hrsg.), *Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953*, Berlin 1994, S. 50 f.

3 Präsident Roosevelt hatte auf eine entsprechende Frage Stalins geantwortet, daß er mit wenigen Jahren rechne: *Foreign Relations of the United States. The Conferences at Malta and Yalta 1945. Department of State Publication 6199*, Washington 1955, S. 701 f./Sovetskiy Sojuz [Die Sowjetunion], Bd. IV: *Krymskaja konferencija rukovoditelej tréch sojuzných deržav – SSSR, SSHA i Velikobritanii (4 – 11 fevralja 1945g.)*. Sbornik dokumentov [Die Krim-Konferenz der Führer der drei verbündeten Mächte UdSSR, USA und Großbritannien (4.-11. Februar 1945). Dokumentensammlung], Moskau 1984, S. 66.

4 Darauf wies, augenscheinlich auf Veranlassung seiner sowjetischen Auftraggeber, Wilhelm Florin die anderen KPD-Planer am 6. April 1944 ausdrücklich hin, wiedergegeben in: P. ERLER/H. LAUDE/M. WILKE (wie Anm 2), S. 143 f.

piell ausgeschlossen. Das damit implizit verhängte Oppositiionsverbot erhielt unzweideutigen Herrschafts- und Repressionscharakter durch die Zuweisung der »führenden Rolle« an die KPD, d.h. an deren Spitzenkader, die von der Besatzungsmacht eingesetzt und mit Weisungen versehen wurden.<sup>5</sup>

Die Durchsetzung des kommunistischen Führungsanspruchs beruhte entscheidend auf der Existenz und Tätigkeit der sowjetischen Militärbehörden: Der Hinweis auf den von ihnen erteilten Auftrag überwand in der Regel die Widerstände. Im Bedarfsfall wurden die KPD-Funktionäre oft von ihren »Freunden« durch administrative Maßnahmen oder sogar direkte Gewalt unterstützt. Schritte unmittelbarer Behinderung und Unterdrückung waren um so häufiger, je weniger das Licht der Öffentlichkeit auf die Vorgänge und die an ihnen Beteiligten fiel. Für die Besatzungsmacht war darum die Bekämpfung von Abweichtendenzen in den großen Städten, vor allem in Berlin, wesentlich schwieriger als in der Provinz, vor allem auf dem Land. Auch hatte sie mehr Hemmungen beim Vorgehen gegen prominente Spitzopolitiker, als wenn sie mit weithin unbekannten Vertretern der Parteibasis »arbeitete«.<sup>6</sup>

Ein analoges Oppositiionsverbot wurde auch im vorpolitischen Bereich institutionalisiert. »Gesellschaftliche Organisationen« wie Gewerkschaft, Jugend- und Frauenverband wurden mit dem Anspruch der Überparteilichkeit von dafür abgestellten KPD-Kadern ins Leben gerufen. Dabei ging es zunächst nur darum, das Entstehen eines pluralen Gefüges mit selbständigen Vereinigungen unterschiedlicher Richtung zu verhindern. Führende Politiker der Ost-CDU erkannten früh die Gefahr, die mit der Etablierung eines Systems von Einheitsverbänden entstand, vermochten sich aber mit ihrem Widerspruch nicht durchzusetzen, weil die Verfechter mit dem Rückhalt der Besatzungsbehörden operierten.<sup>7</sup> Nur die Kirchen paßten als sozial autonome

5 Vgl. hierzu näher Manfred WILKE (Hrsg.), *Die Anatomie der Parteizentrale*, Berlin 1998, sowie meine Untersuchung *Handlungsspielräume und Abhängigkeiten der SBZ/DDR im Verhältnis zur UdSSR 1945-1955*, die in den Bänden der Enquêtekommission SED-Diktatur des Deutschen Bundestages (13. Wahlperiode 1994-1998) erscheinen wird.

6 Vgl. u.a. Norman M. NAIMARK, *The Soviets and the Christian Democrats. The Challenge of a »Bourgeois« Party in Eastern Germany, 1945-9* [aufgrund sowjetischer Akten], in: Francesca GORI/Silvio PONS (Hrsg.), *The Soviet Union and Europe in the Cold War, 1943-53*, London-New York 1996, S. 41; Stefan CREUZBERGER, *Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ* [aufgrund sowjetischer Akten], Weimar 1996, S. 60-68.

7 Iz dnevnika I.V. Skljarenko: Beseda. S sekretárem CK Social-demokratickéj partií Germanii Otto Grotewolem 1 avgusta 1945g., napravlena Žukovu, Vyšinskому, Bokovu [Aus dem Tagebuch I.V. Skljarenkos: Gespräch. Mit dem Sekretär des ZK der SPD Otto Grotewohl am 1. August 1945, für Žukov, Vyšinskij und Bokov bestimmt], Dokument 25 in Bd. 2 (9. Mai 1945 – 6. Oktober 1946) der von G.P. KYNIN und J. LAUFER bearbeiteten, vom russischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und vom Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung gemeinsam herausgegebenen Dokumentensammlung *SSSR i germanskij vopros 1941-1949* [Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1949], der zur Veröffentlichung beim

Gebilde nicht in das allgemeine Strukturschema. Der Leiter der politisch-gesellschaftlichen Führungs- und Kontrollbehörden in der Sowjetischen Militäradministration (SMA)<sup>8</sup>, Oberst Tjul'panov, bescheinigte ihnen nicht zuletzt auch aus diesem Grund von vornherein »reaktionären« Charakter.<sup>9</sup>

Aus Rücksicht auf die Westmächte und die deutsche Öffentlichkeit mußte aber die SMAD auf den offenen Kampf gegen die Kirchen verzichten. Die Besetzungsbehörden suchten daher zunächst nur zu verhindern, daß die – als gesellschaftlich und damit indirekt auch politisch sehr einflußreich angesehenen – Träger der »religiösen Ideologie« dem kommunistischen Regime mit offener Feindschaft begegneten und so zu »gefährlichen Werkzeugen in den Händen der internationalen Reaktion« wurden. Gegenüber der Evangelischen Kirche, der über 80 % der Bevölkerung angehörten und die – anders als die fest disziplinierte katholische Hierarchie – »fortschrittlichen« Einflüssen nicht von vornherein verschlossen war, bestand zudem das Bestreben, ihren »mächtigen propagandistischen Apparat« in sowjetischem Interesse zu nutzen. Hinter den Kirchen gewährten »vollen Freiheit in ihren Angelegenheiten« und der damit hergestellten »Duldung der Religion« verbarg sich tiefer Argwohn. Die SMAD suchte scharfe Kontrolle auszuüben und sich größtmögliche Einwirkungsmöglichkeiten zu verschaffen, um »reaktionäre religiöse Vorhaben und Absichten« schon im Ansatz zu durchkreuzen und die Nutzung der gewährten Toleranzen zu »antisowjetischen« Zwecken zu verhindern. Außer auf eigenes Bemühen setzte sie dabei auf die »Förderung« von Amtsträgern wie Generalsuperintendent Krummacher und Propst Grüber.<sup>10</sup> Angesichts der nur mühsam zurückgehaltenen sowjetischen Feindseligkeit gegenüber der Religion war es konsequent, daß eine christliche Erziehung der Jugend von Anfang an bekämpft wurde. Die Okkupationsverwaltung wollte das jedoch nicht selbst öffentlich vertreten.

---

Moskauer Verlag Međunarodnye otnošenija vorgesehen ist; S. Tjul'panov, Tréchletnij opyt raboty Upravlenija informacii SVAG (oktyabr' 1945 – oktyabr' 1948gg.) [S. Tjul'panov, Die dreijährige Arbeitserfahrung der Informationsverwaltung der SMAD (Oktober 1945 – Oktober 1948) = Rechenschaftsbericht der von Oberst Tjul'panov geleiteten Behörde von Ende 1948 über ihre Tätigkeit], Bl. 141 (Auseinandersetzungen um den DFB). Die Kenntnis des Dokuments verdanke ich Hermann-Josef Rupieper, der es im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) entdeckte und im Falle einer entsprechenden zusätzlichen Genehmigung im Wortlaut zu veröffentlichen beabsichtigt.

8 Diese Bezeichnung bezog sich auf die sowjetischen Militärverwaltungen von den unteren Ebenen bis hinauf zu den höchsten Instanzen. Dagegen wurde »in Deutschland« hinzugefügt (woraus sich dann die Abkürzung SMAD ergab), wenn die Ost-Berliner Zentrale oder die von ihr geleitete Gesamtorganisation gemeint war.

9 Tjul'panov, Tréchletnij opyt (wie Anm. 7), Bl. 242.

10 Tjul'panov, Tréchletnij opyt (wie Anm. 7), Bl. 241-243. – Die SMAD verfolgte generell gegenüber unabhängigen Organisationen die Taktik, sich »linker Kräfte« im Kampf gegen unerwünschte »rechte« Tendenzen zu bedienen. Das galt insbesondere auch im Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien (S. CREUZBERGER, wie Anm 6, S. 61, 66 f.).

Sie bewog daher die KPD, die SPD und – nach anhaltendem Druck – auch die noch lange zögernde LDP dazu, diese Rolle zu übernehmen und die CDU zu isolieren.<sup>11</sup>

Wegen ihrer Verbindungen zu den beiden Kirchen war die CDU (die an der Stelle des von der Besatzungsmacht eigentlich vorgesehenen Zentrums entstanden war) für die SMAD von Anfang an ein politisch schwieriges Element. In deren Sicht war sie eine Kraft, die einen Rückhalt außerhalb der Organisationsstrukturen besaß, die auf sowjetische Veranlassung hin etabliert worden waren. Dieser Partei war daher weitaus schwerer beizukommen als den Liberaldemokraten. Wie groß die Bedeutung war, die der Leiter der für Parteien und Vereinigungen zuständigen Militärbehörde, Oberst Tjul'panov, dieser Tatsache beimaß, ergibt sich aus seiner intern geäußerten Einschätzung, die CDU habe bei den Gemeindewahlen von 1946 sehr viele Stimmen dadurch eingebüßt, daß es gelungen sei, die Evangelischen Kirche zur Erklärung ihrer parteipolitischen Neutralität zu veranlassen. Der Besatzungsfunktionär war auch davon überzeugt, daß das Votum der sächsischen Kirche zugunsten der Enteignung der »Vermögen der Kriegsverbrecher und Nazis« wesentlich zum Erfolg des darüber veranstalteten Referendums beigetragen habe.<sup>12</sup>

Die CDU galt wegen ihrer Verwurzelung im christlichen Milieu und in einer »religiösen Ideologie« als potentiell besonders widerstandsfähig und erschien daher als der Hauptwidersacher im bürgerlichen Lager. Die verbreitete Unterstützung der Partei durch die protestantische Geistlichkeit wurde dabei für entscheidend erachtet.<sup>13</sup> Mit 42.000 Mitgliedern im Dezember 1945 – gegenüber 300.000 Kommunisten, 380.000 Sozialdemokraten und 88.833 Liberalen – war die CDU zwar zahlenmäßig klein, erschien aber der SMAD wegen ihres »großen« Einflusses auf die »Massen« gefährlich.<sup>14</sup> Vor allem unter Jugendlichen, um die als Bannerträger der Zukunft sich KPD/SED und Besatzungsmacht besonders bemühten, genoß die CDU erhebliche Sympathien, die bis in die kommunistisch geführte FDJ hineinreichten.<sup>15</sup>

<sup>11</sup> Iz dnevnika I.V. Skljarenko: Beseda. S sekretarém CK Social-demokraticeskoy partii Germanii Otto Grotewolem 1 avgusta 1945g. (wie Anm 7); V.S. Seménov/I.F. Filippov, Spravka o bloke demokratičeskikh partij Germanii [Auskunft über die demokratischen Parteien Deutschlands], 21. Dezember 1945, Dokument 69 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

<sup>12</sup> S. Tjul'panov, Tréchletniy opyt (wie Anm. 7), Bl. 243 f. Vgl. S. CREUZBERGER (wie Anm 6), S. 60 f.

<sup>13</sup> In diesem Sinne etwa S. Tjul'panov an V.S. Seménov, 28. März 1949, AVPRF (Archiv des russischen Außenministeriums), fond 0457a, opis' 7, papka 39, delo 11, Bl. 14.

<sup>14</sup> V.S. Seménov/I.F. Filippov, Spravka o bloke, Dokument 69 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7). – Der LDP wurde trotz ihrer mehr als doppelt so großen Mitgliederzahl ein »vergleichsweise geringer Einfluß bei den Massen« bescheinigt.

<sup>15</sup> V. Seménov, Informacionnoe pis'mo No. 8 o političeskom položenii v Germanii (s 7 iyunja

### **Die erste Phase der Auseinandersetzungen 1945**

Die Ost-CDU konstituierte sich in Berlin am 26. Juni 1945. Erster Vorsitzender wurde Andreas Hermes, der, wie Berija Stalin informierte, im Zusammenhang mit dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 vom Tode bedroht gewesen war und der sowjetischerseits nach der Besetzung Berlins mit einer führenden Position betraut worden war.<sup>16</sup> Als Stellvertreter amtierte Walter Schreiber; im Vorstand waren weiterhin Jakob Kaiser, Ernst Lemmer und – bis zu seiner Übersiedlung nach Schleswig-Holstein Ende des Sommers – Theodor Steltzer vertreten. Anders als die KPD, deren Beschlüsse und Stellungnahmen in der Regel auf die Initiative der Besatzungsmacht zurückgingen und nie ohne deren vorherige Zustimmung zustande kamen,<sup>17</sup> unterlagen die nicht-kommunistischen Parteien keiner unmittelbaren sowjetischen Steuerung. Von Anfang an kontrollierten jedoch die Okkupationsbehörden genauestens die politische Tätigkeit und übten dabei indirekt lenkenden Einfluß aus.

Instruktiv ist, wie sie anlässlich einer Vortragsreise Schreibers durch Sachsen-Anhalt vorgingen. Zunächst wurde der CDU-Politiker in Halle zu einem vorbereitenden Gespräch eingeladen, nach seinen Auffassungen und Absichten befragt und mit der Empfehlung versehen, sich bei seinen öffentlichen Äußerungen mit bestimmten Auffassungen zurückzuhalten, um »die Provinzialverwaltung nicht in Mißkredit zu bringen«. Auf der ersten Parteiversammlung in Eisleben stellten die – wie stets bei derartigen Veranstaltungen sichtbar präsenten – sowjetischen Aufpasser fest, daß Schreiber sich nicht an den Rat hielt und sich »einige Ausfälle« gegen die Bodenreform erlaubte. Diese wurde zwar offiziell von der KPD verantwortet, war jedoch tatsächlich von der Besatzungsmacht veranlaßt worden. Auch sprach der Redner von einer Gemeinsamkeit mit der LDP in der Abwehr sozialistischer Tendenzen, wandte sich gegen Verstaatlichungspläne, bat um die Freigabe der – von den Militärbehörden generell beschlagnahmten – Ersparnisse, setzte sich für den Erhalt des Berufsbeamtenums ein, äußerte im Zusammenhang mit den sowjetischen Demontagen die Sorge vor einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit und legte entscheidenden Wert auf die »Freiheit der Persönlichkeit«. Das alles waren für die SMA unverzeih-

po 1 iulja 1946 goda) [Informationsbrief Nr. 8 über die politische Lage in Deutschland (vom 7. Juni bis zum 1. Juli 1946)], Dokument 146 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Ann. 7).

16 L. Berija an I. Stalin/V. Molotov/G. Malenkov, 11. Mai 1945, Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), fond 9041, opis' 2, delo 95, Bl. 398 f.

17 Siehe im einzelnen die Untersuchung des Verfassers über *Handlungsspielräume und Abhängigkeiten der SBZ/DDR gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht 1945-1955*, die in den Materialien der Enquête-Kommission SED-Diktatur des 13. Deutschen Bundestages veröffentlicht werden wird.

liche Sünden. Die Okkupationsverwaltung wollte es gleichwohl nicht zu einer direkten Zurechtweisung kommen lassen. Sie organisierte daher Widerspruch und Zurückweisung von deutscher Seite, um Schreiber bei seinen folgenden Auftritten Paroli zu bieten und die Wirkung seiner Äußerungen zu neutralisieren. Zum einen wurde der regionale Apparat der KPD in Bewegung gesetzt. Zum anderen veranlaßte man CDU-Mitglieder dazu, sich öffentlich von dem Vorgetragenen zu distanzieren und sich mit gegenteiligen Auffassungen zu Wort zu melden. Dadurch sollte der Eindruck erweckt werden, als lehne die Partei mehrheitlich die »reaktionären« Auffassungen ihres 2. Vorsitzenden ab.<sup>18</sup>

Grundlegende Bedeutung hatte der Konflikt der CDU mit der SMAD wegen der Blockpolitik. Hermes und andere maßgebliche Parteiführer waren nicht bereit, dem Kurs zu folgen, den die KPD – gemäß insgeheim erteilter sowjetischer Weisung – vorgab. Die Okkupationsbehörden sahen darin ein »reaktionäres« Verhalten. Dadurch komme eine »fortschrittsfeindliche« Tendenz in die CDU. Die Partei sei daher von Anfang an zwiespältig gewesen.<sup>19</sup> Obwohl sich die Christlichen Demokraten nach Einschätzung der Besatzungsverwaltung »formal im Rahmen des Blockes« befanden, wurde ihnen zum Vorwurf gemacht, sie bezögen »in vielen Fragen eine Position, die den Beschlüssen des Blocks feindlich« sei. Inakzeptabel erschienen Äußerungen von Hermes wie die, die »Arbeit im antifaschistischen Block« könne nach Lage der Dinge »nicht leicht« sein und vermöge »nur dann fruchtbar [zu] sein, wenn sie auf gegenseitiger Loyalität beruht und wenn keine der Blockparteien nach Hegemonie strebt.« Die sowjetische Empörung verstärkte sich noch durch anschließende Erläuterungen des CDU-Politikers: Er und seine Gesinnungsgenossen hätten »doch nicht darum in den 12 Jahren [des Hitler-Regimes] den Kampf gegen die Tyrannie geführt, um heute eine neue Tyrannie zu erdulden«; die »Einheitsfront« entpuppe sich »als Ausdruck der Herrschaft bestimmter Richtungen«; auf die »Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Christlich-Demokratischen Union« dürfe die »Arbeit im Rahmen der Einheitsfront keinen Einfluß ausüben«.<sup>20</sup>

Zur zentralen Sachdifferenz wurde die Enteignung der größeren Landwirtschaftsbetriebe (»Bodenreform«), daneben auch vieler Industrie-Unter-

18 A.G. Kotikov an A.A. Sobolev [Vorgänger Seménovs in der Funktion des Politischen Beraters des Obersten Chefs der SMAD], 5. Oktober 1945, Dokument 43 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

19 3. Europ. Abt. des sowj. Außenministeriums, *Položenie v ChDS* [Die Lage in der CDU], 19. März 1948, AVPRF, 0457a, 5, 33, 27, Bl. 11; S. Tjul'panov an V.S. Seménov, 28. Februar 1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 11, Bl. 11.

20 V.S. Seménov/I.F. Filippov, *Spravka o bloke*, Dokument 69 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

nehmen (als Strafe für »Kriegsverbrecher und Nazis«).<sup>21</sup> Die Kommunisten predigten den Kampf gegen die Unterdrückung der »Junker«, die in den sowjetischen Quellen als *pomeřčíci* bezeichnet wurden – ein Ausdruck, mit dem sich historisch die Assoziation der Herrschaft über Leibeigene verbindet. Nach der marxistisch-leninistischen Ideologie war das private Eigentum, vor allem das Eigentum an gesellschaftsbeherrschenden Produktionsmitteln, als solches der Urgrund alles Bösen, also auch des Krieges und des »Faschismus« (als dessen Spielart das NS-Regime galt). Wer daher agrarische oder industrielle Produktionsmittel besaß, gehörte objektiv zu den »Faschisten« und hatte unausweichlich zur Machtergreifung Hitlers und zu dessen Angriffskriegen beigetragen. Indem man diesem Personenkreis den Besitz und damit die Macht entzog, führte man nicht nur die Schuldigen einer gerechten Strafe zu, sondern tat auch einen entscheidenden Schritt zu Beseitigung des Übels verbrecherischer Kriegsführung und faschistischer Herrschaft. Das ideologische Dogma erklärt, wieso auch ausgewiesene Gegner des NS-Regimes nicht von den Enteignungen verschont wurden. Zugleich ging es nach internem Zeugnis darum, den bisher gesellschaftlich führenden Schichten die Basis ihrer Macht und ihres Einflusses zu entziehen und so Voraussetzungen für die Etablierung der kommunistischen Parteimacht zu schaffen.<sup>22</sup>

Besatzungsmacht und Kommunisten gaben freilich ihre Auffassungen vorerst nicht nach außen hin zu erkennen und bemühten sich statt dessen um den Eindruck, daß es lediglich um eine gerechtere Eigentumsverteilung gehe. Das wurde unter anderem dadurch bekräftigt, daß man zunächst auf Kollektivierung verzichtete und nur die größeren Agrar- und Industriebetriebe beseitigte. Es wurde sogar neues Privateigentum geschaffen, indem eingezogene Ländereien an »Neubauern« aus den ehemals deutschen Ostgebieten übergingen. Nach dem totalen Zusammenbruch der früheren Verhältnisse im Jahr 1945, der weit mehr als nur Staat und Regierung betraf, bestand auch bei bürgerlichen Politikern eine große Bereitschaft, grundlegende soziale Veränderungen zu unterstützen und die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, Bergwerken und Banken zu befürworten. Zum Teil betrachteten sie sogar zusammen mit der politischen Linken den Sozialismus als einen Wert, der Engagement verdiente. Sie legten dabei freilich ein anderes Verständnis zugrunde. Die Übereinstimmung war darum teilweise nur oberflächlicher Art war, doch entstand auf dieser Basis gleichwohl ein psychologisch günstiges Klima für Maßnahmen, wie sie in der SBZ eingeleitet wurden. Aber die

21 Zu den Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht vgl. etwa N. M. NAIMARK (wie Anm. 6), S. 40f.

22 Dies wurde etwa 1944 bei den Moskauer Erörterungen über die Nachkriegsplanung für Deutschland herausgestellt (s. die in Fn. 2 genannten Dokumentenbände).

Schärfe der Polemik, die Brutalität des Vorgehens und die Einbeziehung überzeugter Hitler-Gegner ließen bei vielen Sympathisanten von Anfang an Zweifel daran aufkommen, ob es wirklich um eine gerechtere Verteilung des Landbesitzes und um eine Bestrafung von Anhängern des NS-Regimes und seiner Kriegspolitik ging.

Die CDU war nicht grundsätzlich gegen eine Änderung der Besitzverhältnisse auf dem Lande, die mit der Bodenreform auf die politische Tagesordnung gesetzt wurde. Sie kritisierte aber bestimmte Praktiken und Modalitäten. Sie wandte sich insbesondere dagegen, daß auch relativ kleine Landwirtschaftsbetriebe enteignet wurden, daß eine überstürzt-rasche Durchführung die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gefährdete, daß inhumane Methoden gang und gäbe waren, daß jede Entschädigung von vornherein ausgeschlossen wurde und daß selbst Gegner und Opfer der NS-Herrschaft ihren Besitz verloren. Wie es scheint, herrschte die Haltung vor: »So nicht!« Obwohl also eigentlich von völliger Ablehnung keine Rede sein konnte, witterte die Besatzungsmacht eine feindliche »Kampagne«, »aktive Sabotage« und den Ausdruck einer »antisowjetischen« Haltung. Das durfte nicht geduldet werden.<sup>23</sup>

Zahlreiche weitere Streitpunkte kamen hinzu. Die CDU war nicht mit der von KPD und SPD ins Auge gefaßten Schulpolitik einverstanden, die unter anderem folgende Forderungen einschloß: »Erziehung der heranwachsenden Generation im Geiste der kämpferischen Demokratie und im Geiste der Freundschaft mit den friedliebenden Völkern« (was im marxistisch-leninistischen Vokabular mit Parteinahme für die kommunistische Sache und die sowjetische Seite gleichbedeutend war), »Säuberung der pädagogischen Kader in den Lehranstalten von nazistischen und militaristischen Elementen und Verwendung bewährter Antifaschisten für die pädagogische Führertätigkeit« (wofür die Haltung zum neuen Regime das Kriterium bildete), »Liquidierung der vielgestaltigen Struktur der deutschen Schulen und Schaffung eines Einheitsschulsystems«, »Trennung der Schule von der Kirche«, »Einführung einer gesellschaftlichen Kontrolle«, »Schaffung eines neuen Typus des demokratischen, [politisch] bewußten und fähigen Lehrers«, »Demokratisierung der Schule« und »Durchführung einer grundlegenden Reform an den höheren Lehranstalten und in den Universitäten«.<sup>24</sup> Unter diesen Parolen verbarg sich ein kommunistisches Programm, das darauf abzielte, das gesamte Erziehungssystem von Grund auf zu verändern, um so die Prägung der nachwachsenden Generation durch bürgerliche Vorstellungen

23 S. Tjul'panov, Tréchletnij opyt, Dokumentensammlung (wie Anm. 7), Bl. 65 f.; Spravka o bloke, Dokument 69 in Bd. 2, Dokumentensammlung (wie Anm. 7).

24 V.S. Semënov/I.F. Filippov, Spravka o bloke, Dokument 69 in Bd. 2, Dokumentensammlung (wie Anm. 7).

zu verhindern und Voraussetzungen für eine Indoktrination im Sinne der KPD und der UdSSR zu schaffen.

Kontrovers war auch die Frage, welche Behandlung die ehemaligen NSDAP-Mitglieder erfahren sollten. CDU und LDP vertreten in den Diskussionen des Blocks die Meinung, man solle kleinen Pgs mit Nachsicht und ohne Rachegefühle begegnen. Das war genau die Linie, welche die SED-Führung später auf sowjetisches Geheiß nach den Wahlen vom Herbst 1946 formulierte. Der Unterschied war freilich, daß die früheren Nazis ein Jahr später ihre »demokratische« Wandlung durch ein entschiedenes Bekenntnis zur kommunistischen Politik zu beweisen hatten,<sup>25</sup> während es den beiden bürgerlichen Parteien im Herbst 1945 darum ging, eine Barriere gegen die totale Übernahme des Verwaltungsapparats durch »antifaschistische« Kader dadurch aufzurichten, daß den bisherigen Bediensteten nicht von vornherein wegen ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP (der sich nur wenige hatten entziehen können) jede politische Eignung aberkannt wurde. Das aber paßte der SMAD nicht ins Konzept. Ebenso wenig entsprach es ihren Vorstellungen, daß sich die CDU dagegen wandte, unter Hinweis auf die grenzenlose Schuld des deutschen Volkes jedweden sowjetischen Anspruch, etwa auf Leistung von Reparationen, für gerechtfertigt zu erklären.<sup>26</sup>

Um mit der widerspenstigen Partei fertigzuwerden, bekundete die Besatzungsmacht ihre Entschlossenheit, notfalls auch gegenüber ranghohen – und daher im Licht der Öffentlichkeit stehenden – Funktionsträgern Mittel der Repression und Einschüchterung einzusetzen. Der thüringische Landesvorsitzende, Kolter, wurde beschuldigt, die herbstliche Aussaat (die infolge des Durcheinanders der Bodenreform teilweise unterblieben war) sabotiert, die SMA getäuscht und Dokumente gefälscht zu haben, und wurde deshalb aller Ämter enthoben und danach auf Anordnung des Chefs der Sicherheitsapparate in der SBZ, Serov, festgenommen. Haftbefehl wurde auch gegen den Chefredakteur des Parteiorgans, Dovisat, erlassen. Dieser war jedoch als Einwohner des britischen Sektors von Berlin dem sowjetischen Zugriff entzogen.<sup>27</sup> Nach diesem Aufakt, mit dem augenscheinlich Angst in den oberen Etagen der CDU verbreitet werden sollte, ging Tjul'panov daran, vor allem die Spitzen der Landesverbände gegen die Leitung in Berlin zu mobilisieren. Als Erfolg meldete er nach Moskau, Lobedanz (Mecklenburg) und Herwegen (Sachsen-Anhalt) hätten sich seiner Auffassung angeschlos-

25 Vgl. Wolfgang LEONHARD, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Köln 1955, S. 446-448.

26 V.S. Seménov/I.F. Filippov, Spravka o bloke, Dokument 69 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

27 Ebd.; V.S. Seménov an A.A. Smirnov, 16. November 1945, Dokument 57 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7). – Kolter starb im Dezember in einem Krankenhaus, in das er während der Haft gebracht worden war.

sen, und im Zentralen Parteiapparat seien Friedensburg und Nuschke bereit gewesen, einen Führungswechsel zu Kaiser und Lemmer zu unterstützen – den rangmäßig folgenden Politikern, die sich dem sowjetischen Vorschlag nicht verschlossen.<sup>28</sup> Weitere Einzelheiten ließ der Besatzungsfunktionär gegenüber seinen Vorgesetzten wohlweislich unerwähnt: Es lag nicht in seinem Interesse, deren Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß es ihm und der SMAD nicht gelungen war, nach außen hin das Dekorum einer deutschen Entscheidung zu wahren.

Die Intervention der Besatzungsmacht nahm dramatische Formen an. Hermes und andere Mitglieder der zentralen Parteileitung wurden am 12. Dezember von Marschall Žukov vor allem wegen ihrer Haltung zur Bodenreform bedrängt. Drei Tage später fand ein Gespräch statt zwischen Tjul'panov und Kaiser, das dem gleichen Thema gegolten haben dürfte. Hermes und Schreiber wurde am 18. Dezember von dem sowjetischen Oberst eröffnet, der Chef der SMAD habe das Vertrauen zu ihnen verloren und könne ihnen daher die Führung der CDU nicht mehr erlauben. Sie hätten daher zurückzutreten. Das lehnten die zwei Vorsitzenden ab. Daraufhin forderte sie Tjul'panov zur Teilnahme an einer Aussprache mit Vertretern der Landesverbände auf (die inzwischen von den Besatzungsbehörden nach Ost-Berlin geholt worden waren). Vor Sitzungsbeginn verlangte Tjul'panov erneut den Rücktritt. Als beide CDU-Politiker sich abermals weigerten, wiederholte er seine Aufforderung als Befehl. Aber auch das brachte nicht den gewünschten Erfolg. Obwohl klar war, daß die Versammelten von den Vertretern der Okkupationsmacht gründlich bearbeitet worden waren, ließen es Hermes und Schreiber auf deren Entscheidung ankommen. Auge in Auge mit ihren Vorsitzenden, wichen die meisten Anwesenden der klaren Stellungnahme aus, zu der sie zuvor gedrängt worden waren. Zugleich jedoch zeigte sich, daß sich die beiden nächstrangigen Führungsglieder, Kaiser und Lemmer, nicht vor die Spitze ihrer Partei stellten und eher deren Rücktritt befürworteten. Da aber gleichwohl kein Beschluß gegen Hermes und Schreiber zustande kam, sah der Besatzungsfunktionär keine andere Möglichkeit mehr, als seinerseits die Absetzung des 1. und 2. Vorsitzenden zu verfügen und Kaiser und Lemmer als Nachfolger vorzuschlagen. Diese erklärten sich nach einer Anstandsfrist von zwei Tagen zur Annahme bereit.<sup>29</sup>

---

28 S. Tjul'panov, Tréchletniy opyt, Dokumentensammlung (wie Anm. 7), Bl. 65 f.

29 Manfred WILDE, *Die SBZ-CDU 1945-1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg*, München 1998, S. 236-253; N. M. NAIMARK (wie Anm. 6), S. 41-44.

### Neue Konflikte in den ersten eineinhalb Jahren der Amtszeit Jakob Kaisers

Die neue Führung der CDU stimmte der Bodenreform und den Modalitäten ihrer Durchführung vorbehaltlos zu. Damit aber war der Konflikt mit der Besatzungsmacht nur im Augenblick beigelegt. Das Grundsatzproblem der KPD-gesteuerten Blockpolitik blieb weiter bestehen. Zunächst freilich machte sich dies kaum bemerkbar: Tjul'panovs Behörde hatte in den vier ersten Monaten des Jahres 1946 andere Sorgen, die sie voll in Anspruch nahmen. Alle ihre Anstrengungen richteten sich darauf, die weithin widerspenstigen Sozialdemokraten dazu zu nötigen, sich mit den Kommunisten zu einer »einheitlichen Partei der Arbeiterklasse« zu vereinigen.<sup>30</sup> Das hieß jedoch nicht, daß die SMAD das Interesse an der CDU verloren gehabt hätte. Mit Besorgnis notierte sie etwa, daß die Unionsparteien und kleinere Rechtsparteien bei den Kommunalwahlen in der amerikanischen Zone vom Januar die meisten Stimmen erhielten, während die Kandidaten der KPD und auch der SPD erheblich dahinter zurückblieben. Über den Erfolg der Gegenseite trösteten sich die sowjetischen Militäroffiziere mit dem Hinweis auf besondere Umstände, die es in ihrem Herrschaftsbereich nicht gebe: Im US-Besetzungsgebiet verfüge die Union über »ein dichteres Netz lokaler Organisationen« und stütze sich auf »alte Parteidader katholischer und ähnlicher Organisationen«, sie habe sich teilweise mit einer größeren Anzahl von Wahlvorschlägen einen Vorteil zu verschaffen gewußt und sei im übrigen durch den meist ländlichen Charakter der Bevölkerung begünstigt worden, zumal die Landgeistlichen vielfach zur Stimmabgabe für die Partei aufgerufen hätten.<sup>31</sup>

Diese Entschuldigungen konnten nicht mehr gelten, als am 6. Mai die Industriearbeiterschaft in Berlin ihre Vertretungen zu wählen hatte. Die SMAD war bestürzt darüber, daß in einem zentral wichtigen Werk des zum Sowjetsektor gehörenden Bezirks Mitte nur 4 SED-Kandidaten, aber

<sup>30</sup> Siehe insbesondere Aktennotiz von S. Tjul'panov über die politische Lage in Berlin [Auszug], 14. März 1946, übersetzt wiedergegeben in: Hermann-Josef RUPPEL (Hrsg.), *Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD: Einige ausgewählte Dokumente der SMAD* [aus dem früheren Zentralen Parteiarchiv der KPdSU] 16. Januar 1946 – 7. Juni 1946, Gesellschaft für Demokratie- und Zeitgeschichte, Universität Halle 1997, S. 5-7; Rechenschaftsbericht Tjul'panovs laut Wortprotokoll der Sitzung der ZK-Kommission zur Überprüfung der SMAD-Verwaltung für Propaganda [Auszug], 16. September 1946, in: B. BONVEC (Bonwetsch)/G. BORDJUGOV/N. NEJMARK [Naimark], SVAG. *Upravlenie propagandy (informacii) i S.I. Tjul'panov 1945-1949. Sbornik dokumentov* [SMAD. Die Propaganda/Informationsverwaltung und S.I. Tjul'panov 1945-1949. Dokumentensammlung]. Moskau 1994, S. 158.

<sup>31</sup> V. Seménov, *Obščinnye vybory v amerikanskoy zone* [Die Kommunalwahlen in der amerikanischen Zone], 2. März 1946, Dokument 88 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

7 CDU-Leute gewählt wurden, während zuvor KPD und SPD insgesamt 6 Betriebsratsmitglieder (gegenüber 5 auf Seiten der CDU) gestellt hatten. Hoffnung schöppte man jedoch aus der Tatsache, daß Kommunisten und ihnen zugeneigte Sozialdemokraten in einer bedeutenden Fabrik des britisch besetzten Bezirks Tiergarten eine klare Mehrheit erhielten. Im allgemeinen Rahmen der sich im Frühjahr 1946 verschärfenden Ost-West-Spannungen nahmen nach Gründung der SED am 21./22. April die sowjetischen Behörden als schlimmsten innerdeutschen Feind nach den »Schumacherianern« (Šumacherovcy) die CDU ins Visier, deren Stärke in der SBZ ganz wesentlich auf enge Verbindungen zu »prominenten protestantischen Persönlichkeiten« wie etwa Bischof Dibelius zurückgeführt wurde. Obwohl Kaiser im Dezember als Kandidat der Besatzungsmacht ins Amt gekommen war und deren Forderungen angenommen hatte, begann auch er das Mißfallen der SMAD zu ertagen. Entgegen dem kommunistischen Plädoyer für ein straff von Berlin aus geführtes, zentralisiertes Gesamtdeutschland setzte er sich für einen föderalistischen Staatsaufbau ein, der jeder Provinz und jedem Volksstamm des Landes das Recht zu eigenständiger Entwicklung geben sollte. Mit besonderer Empörung notierte die sowjetische Seite, daß er in diesem Zusammenhang von Sowjetisierungstendenzen in der SBZ sprach, die Verstaatlichungen im industriellen Sektor kritisierte und sogar Unzufriedenheit mit der Durchführung der Bodenreform äußerte. Gerügt wurde auch, daß in der CDU die »Funktionäre der linken Richtung, die im Kontakt mit der SED arbeiten,« auf die Gegenwirkung »rechter Elemente« stießen.<sup>32</sup>

Während der SED-Kampagne für ein Referendum in Sachsen, mit dem die förmliche Überführung der industriellen Schlüsselbetriebe in »Volkseigentum« eingeleitet wurde, kam es zu weiterer Polarisierung. Durch Druck innerhalb des »antifaschistisch-demokratischen Blocks« wurden CDU und LDP dazu gebracht, bis hinauf zur Landesebene dem Vorhaben schriftlich ihre Zustimmung zu geben. Der Widerstand war damit jedoch noch nicht ausgeräumt. Wie die SMAD feststellte, trafen Vertreter beider Parteien mehrfach insgeheim mit Unternehmern zusammen, um über Möglichkeiten der Gegenwehr zu sprechen. In Beratungen des Blocks machten die bürgerlichen Mitglieder geltend, noch eine Reihe von Fragen bedürfe der Klärung. Auch wollten CDU und LDP die Zahl der zu verstaatlichen Betriebe verringert sehen. Den Christdemokraten bis hinauf zu ihrem Vorsitzenden persönlich wurde von den Besatzungsbehörden angekreidet, daß sie den Einfluß der SED in den Gewerkschaften zu begrenzen suchten. Das generelle Fazit lautete, die Politik der CDU sei »zwielichtig«. Während manche wie etwa

32 V.S. Seménov, Informacionnoe pis'mo No. 6 o političeskem položenii v Germanii (1-15 maja 1946 goda) [Informationsbrief No. 6 über die politische Lage in Deutschland (1.-15. Mai 1946)], 26. Mai 1946, Dokument 124 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

der sächsische Landesvorsitzende Hickmann für die Schaffung Volkseigener Betriebe einträten, wende sich ein anderer, bis zur Basis hinabreichender Teil dagegen und greife zu Verzögerungsmanövern. Das von der SMAD erlassene Schulreformgesetz stoße in den Parteigliederungen verschiedener SBZ-Länder auf »besondere Unzufriedenheit«.<sup>33</sup>

Durch den Berliner CDU-Parteitag vom 16./17. Juni 1946 sah die Besatzungsmacht ihr weithin negatives Urteil bestätigt. Wie Semjonov bemängelte, wichen alle Redner und Diskutanten in »programmatische« Aussagen aus und unterließen Äußerungen zur Beteiligung ihrer Partei an den »demokratischen Maßnahmen« in der SBZ. Darüber hinaus habe Lemmer den Versuch gemacht, die »Verantwortung für die politische Entwicklung Deutschlands« von der CDU auf die Okkupationsmächte abzuwälzen durch den Vorwurf, sie schränkten als Träger der obersten Gewalt die politische Tätigkeit der Deutschen ein. Das alles war nach Ansicht des sowjetischen Funktionärs kein Zufall. Denn es sei ja bekannt, daß die CDU in der SBZ der »Anstifter aller Stellungnahmen gegen die in Gang befindlichen demokratischen Veränderungen« sei. Dabei verwies er auf frühere Verfehlungen wie insbesondere den Kampf der Partei gegen Boden- und Schulreform. Letztere sei auch auf diesem Parteitag wieder verurteilt worden. In Sachsen suche die CDU die »Übergabe von [1945 zunächst nur beschlagnahmten] Betrieben der Kriegs- und faschistischen Verbrecher in die Hände der Selbstverwaltung zu blockieren.« An diese Feststellung schloß sich ein scharfes Verdammungsurteil an: »Alle Maßnahmen der Sowjetischen Militäradministration werden seitens der CDU von feindseliger Kritik begleitet. Die Arbeit der heute tätigen Organe der deutschen Selbstverwaltung in der Sowjetzone wird von der CDU auf jede Weise angeschwärzt.« Zugleich mobilisiere die Partei ihre Kräfte für die Zukunft und suche »ihren Einfluß auf die Massen der deutschen Bevölkerung auszudehnen.« Das Bekenntnis Kaisers zu einem christlichen Sozialismus erschien vor diesem Hintergrund geradezu lästerlich, zumal der Vorsitzende dabei gegen Nivellierungstendenzen protestierte, den Systemcharakter des Sozialismus in Abrede stellte, gegen Verstaatlichungen Stellung bezog, seiner Partei eine über die Klassen hinweg verbindende Rolle zuwies und für »Klassenfrieden und Sozialreform« plädierte. Das Bekenntnis seines Stellvertreters Lemmer zur Bodenreform als »notwendigem Beitrag zur

---

33 V.S. Seménov, Informacionnoe pis'mo No. 7 o političeskrom položenii v Germanii (15 maja – 7 iyunja 1946 g.) [Informationsbrief No. 7 über die politische Lage in Deutschland (15. Mai – 7. Juni 1946)], 22. Juni 1946, Dokument 143 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

demokratischen Sozialisation« war in der Sicht Semjonovs eine Aussage, zu dem sich der Redner lediglich »gezwungen« gesehen hatte.<sup>34</sup>

Es muß offen bleiben, ob Kaisers öffentliche Zustimmung zum »Molotow-Plan« auf der Pariser Vier-Mächte-Konferenz Mitte 1946 – eine Position, die von einer bis dahin ungewohnten Schärfe gegenüber den Westmächten bestimmt war und die unzweideutig eine Transformation des politischen und sozialen Systems in Deutschland nach sowjetischer Vorstellung postulierte<sup>35</sup> – durch Unkenntnis, Mißverständnis oder Opportunismus motiviert war. Die Besatzungsmacht notierte zwar aufmerksam die Aussage, daß »es jeder Deutscher von ganzem Herzen (gorjačo) begrüßen wird, wenn die künftige Friedenspolitik im Geiste der Erklärungen Molotovs betrieben werden wird«, gestand aber dafür den Christlichen Demokraten keinen Bonus, etwa in Gestalt verringelter Feindseligkeit, zu.<sup>36</sup>

Dem rückblickenden Urteil Tjul'panovs zufolge, herrschte auch unter Kaisers Führung in der CDU die Tendenz, die geforderte Unterordnung zu verweigern. Die SMAD sah darin ein »antisowjetisches« Verhalten, in dem »reaktionäre« Gesinnungen und Absichten zum Ausdruck kämen. In der ersten Hälfte des Jahres 1947 verschärfsten sich die Spannungen, als die Besatzungsmacht zunehmende Anzeichen dafür festzustellen glaubte, daß der Vorsitzende in seiner Partei eine »systematische Säuberung« durchführte, um »linke« Funktionsträger auszuschalten. Tjul'panov sah sich gleichwohl zu einer abwartenden Haltung veranlaßt: Kaiser, so erläuterte er später gegenüber seinen Vorgesetzten in Moskau, habe damals »noch nicht so offen proamerikanisch« agiert wie später, und zugleich habe man beim Bemühen um politische Einflußnahme auf die Westzonen seine guten Verbindungen gebraucht.<sup>37</sup>

<sup>34</sup> V. Semënov, Informacionnoe pis'mo No. 8 o političeskem položenii v Germanii (s 7 iyunja po 1 iul'ja 1946 g.) [Informationsbrief No. 8 über die politische Lage in Deutschland (vom 7. Juni bis 1. Juli 1946)], 10. Juli 1946, Dokument 146 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

<sup>35</sup> Vgl. die Presseerklärungen Molotovs vom 26. Mai 1946 und seine Stellungnahmen auf der Pariser Außenministerkonferenz am 9. und 10. Juli 1946, übersetzt wiedergegeben in: W.M. MOLOTOW, *Fragen der Außenpolitik. Reden und Erklärungen April 1945 – Juni 1948*, Moskau 1949, S. 39-74; TASS-Kommentar vom 16. Juni 1946, abgedruckt in: *Izvestija*, 18. Juni 1946 [ungenaue deutsche Übersetzung in: *Tägliche Rundschau*, 18. Juni 1946]; *Obrubenie v SSSR amerikanskogo predloženija o zaključenija dogovora o razoručenii i demilitarizacii Germanii (1945-1947 gg.)* [Die Erörterung des amerikanischen Vorschlags zum Abschluß eines Vertrages über die Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands (1945-1947)], in: *Međunarodnaja Žizn'*, 8/1996, S. 72.

<sup>36</sup> V.S. Semënov, Informacionnoe pis'mo No. 9 o političeskem položenii v Germanii (s 1 po 20 iul'ja 1946 goda) [Informationsbrief No. 8 über die politische Lage in Deutschland (vom 1. bis 7. Juli 1946)], 10. Juli 1946, Dokument 152 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

<sup>37</sup> S. Tjul'panov, Tréchletnij opyt, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7), Bl. 66-74.

### Offene Krise des Verhältnisses zur SMAD im zweiten Halbjahr 1947

Als es Mitte 1947 anlässlich des Marshall-Plans zum offenen Kalten Krieg kam, änderte sich die sowjetische Deutschland-Politik grundlegend. Stalin gab die Hoffnung auf, sich seinen Zielen im Einvernehmen mit den Westmächten nähern zu können. Daher ließ er die bisherigen Rücksichten auf diese fallen und suchte fortan die SBZ in eine zuverlässige »Bastion des Sozialismus« zu verwandeln, die dem westlichen »Klassenseind« keine Ansatzpunkte für »antisowjetische« Einfußnahmen bot. Unter diesem Leitgesichtspunkt wäre es freilich konsequent gewesen, wenn er die störenden bürgerlichen Parteien beseitigt und nur noch die SED geduldet hätte. Das erschien ihm jedoch untulich, weil er trotz des offenen Bruchs mit den drei anderen Besatzungsmächten, die den größten Teil Deutschlands beherrschten, am Ziel der deutschen Staatseinheit festhielt. Darum kam es für ihn nicht in Betracht, von der Fiktion einer lediglich »allgemeindemokratischen« Ordnung in der SBZ abzurücken, denn es galt, die noch ohne sozialistisches bzw. kommunistisches Bewußtsein lebenden »Massen« in den westlichen Landesteilen zu gewinnen. Das Parteiensystem im Osten benötigte daher nach außen hin weiterhin eine bürgerliche Komponente. Die führenden Kreise in Moskau und Ost-Berlin konstatierten zwar intern eine »volksdemokratische« Entwicklung, in welcher der SED-Führung das Herrschaftsmonopol zustand und die Repression wegen »verschärfsten Klassenkampfes« intensiviert werden mußte, sprachen aber in der Öffentlichkeit nur von einer »fortgeschrittenen« Form der Demokratie. Trotz der seit Frühherbst 1947 vehement vorangetriebenen Sowjetisierung nicht zuletzt auch des ostdeutschen Parteiwesens blieb bis 1952 das Wort »Sozialismus« tabu. Im Blick auf die Westzonen suchte man auch im sozialen Bereich den Eindruck sozialistischen Eifers zu vermeiden: Das kleine bis mittlere Privateigentum blieb vorerst noch unangetastet.<sup>38</sup>

Schon seit dem Sommer 1946 war es zu sich steigernden Spannungen zwischen der SMAD und der Ost-CDU gekommen.<sup>39</sup> Das intensive sowjetische Bemühen, die Partei fest in die Blockdisziplin einzubinden, zur unbedingten Gefolgschaft gegenüber der SED anzuhalten und zu unbedingtem Eintreten für den »demokratischen Aufbau« östlicher Prägung und das Zusammenge-

<sup>38</sup> Zur sowjetischen Politik ab Mitte 1947 s. etwa die im Zusammenhang mit dem Stalin-Gespräch mit der SED-Führung vom 18. Dezember 1948 angefertigten Pieck-Notizen in: Rolf BADSTÜBNER/Wilfried LOTH (wie Anm. 2), S. 246-274. Erst im Gefolge der Note vom 10. März 1952 formulierte Stalin einen Kurs, der erklärtermaßen auf die Durchsetzung des sozialistischen Systems abzielte und einschneidende Maßnahmen zum »Schutz« vor dem Westen vorsah. S. Tjul'panov, Трёхлетний опыт (wie Anm. 7), Bl. 243 f. Vgl. S. CREUZBERGER (wie Anm. 6), S. 60 f.

<sup>39</sup> A. Smirnov an V.S. Semenov, 26. Januar 1948. AVPRF, 0457a, 5, 33, 27, Bl. 27 f.

hen mit der UdSSR zu gewinnen, hatte kaum Erfolg gezeitigt.<sup>40</sup> Die erweiterte Sitzung des CDU-Vorstands am 12. Juli 1947 überzeugte Tjul'panov nach dessen späterem Bekunden endgültig davon, daß die bisherige Parteiführung abgelöst werden mußte. Kaiser habe sich mit der Unterstützung von Führungskollegen wie Gradl, Tillmanns, Sagner und Frau Nebgen gegen die Blockpolitik, gegen den Prozeß der »Demokratisierung« in der SBZ und gegen die »Zusammenarbeit« mit der Besatzungsmacht insgesamt gewandt. Im Kreise der Landesvorsitzenden freilich, so glaubte der SMAD-Funktionär feststellen zu können, habe sich Widerspruch geregelt. Zunächst dachte er, damit einen Ansatzpunkt zu erfolgversprechender Einflußnahme gewonnen zu haben. Seine Behörde »arbeitete« daher mit den Parteitagsdelegierten. Mittels zahlreich veranlaßter Presseartikel und CDU-Versammlungen suchte er Kaiser und seinen »rechten Flügel« unter Druck zu setzen. Bei diesen Bemühungen zeigte sich jedoch, daß die Teilnehmer des Parteitags willens waren, sich mit großer Mehrheit hinter ihren Vorsitzenden zu stellen. Um Solidarisierungseffekte zu vermeiden, verschob Tjul'panov daher den Absetzungsversuch und bereitete lediglich hinter den Kulissen »Maßnahmen« für eine spätere Entfernung Kaisers und seiner Gesinnungsfreunde vor.<sup>41</sup>

Den CDU-Parteitag vom 6. bis 8. September 1947 leitete Tjul'panov ein mit einer Darlegung des sowjetischen Standpunkts zur Deutschland-Frage. Mit der These des scharfen Widerstreits zu den Plänen der anglo-amerikanischen »Spalter« setzte er einen nicht zu übersehenden Akzent, der für die anschließenden Redner wegweisend sein sollte. Kaiser jedoch trug im anschließenden Hauptreferat ein weiteres Mal seine Vorstellungen von einem die Gegensätze versöhnenden »Deutschland zwischen Ost und West« vor. Er sprach sich zwar für eine weitere Zusammenarbeit mit SED und LDP aus, äußerte aber zugleich sein Mißfallen über die unter dieser Parole gestartete, gegen ihn zielende Kampagne in seiner Partei. Dabei beteuerte er, daß er sich nicht gegen den Block wende, und relativierte zugleich dessen Bedeutung als nur »eine der Formen der gemeinsamen Arbeit«. Diese Aussage erschien in sowjetischer Sicht vollends unerträglich, weil sich der Hinweis anschloß, eine »gesunde, konstruktive Opposition« sei in einer Demokratie notwendig. Als nicht akzeptabel galt auch die weitere Bemerkung, diese Feststellung sei veranlaßt worden durch die »Tendenz der SED, den Block in ein Instrument ihrer Politik zu verwandeln.« Zudem bewertete der CDU-Vorsitzende den Marshall-Plan positiv, denn dieser trage der deutschen Hilfsbedürftigkeit

40 S. Tjul'panov, *Položenie v ChDS sovetskoy zony i Berlina*, RCChIDNI (ehem. Zentralarchiv der KPdSU), fond 17, opis' 128, delo 568, Bl. 62-74.

41 Ebd., Bl. 74-81; A. Smirnov an V.S. Semenov, AVPRF, 0457a, 5, 33, 27, Bl. 28; 3. Europ. Abt. des sowj. Außenministeriums, *Položenie v ChDS*, 19. März 1948, AVPRF, 0457a, 5, 33, 27, Bl. 65; S. Tjul'panov, *Tréchletnij optyt*, Dokumentensammlung (wie Anm. 7), Bl. 74-76.

Rechnung. Er würde es freilich für noch besser erachten, wenn dem besetzten Land gemeinsam von allen vier Mächten materiell unter die Arme gegriffen würde. Man solle daher die Londoner Außenministerkonferenz abwarten, auf der die Alliierten vielleicht doch noch zu einer Übereinkunft fänden, was das ganze deutsche Volk wünsche. Zur Frage der staatlichen Einheit unterbreitete Kaiser den Vorschlag eines »Konsultativrates«, in den jeweils ein Vertreter pro Million Einwohner berufen werden sollte. In ihm sollten die angesehensten Politiker des Landes ihren Platz finden. Der Redner deutete auch an, daß die – von Stalin einseitig gezogene – Ostgrenze noch nicht endgültig festgelegt sei.<sup>42</sup>

Diese Standpunkte widersprachen völlig den Vorstellungen des Kreml. Auch wenn sie weithin auch nicht der Politik der angelsächsischen Mächte entsprachen, waren sie für die sowjetische Seite völlig indiskutabel. Falls Kaisers Ideen von Deutschland als Brücke zwischen Ost und West überhaupt jemals in Moskau taktisch nützlich erschienen sein mögen, so konnte davon spätestens seit dem unverhüllten Konfrontationskurs von Mitte 1947 keine Rede mehr sein: Gegenüber dem Westen waren in Moskau nicht mehr Ausgleich und Verständigung, sondern nur noch Härte und Militanz gefragt. Tjul'panov äußerte sich daher rückblickend voller Empörung über den CDU-Vorsitzenden: Dieser habe eine »Kapitulation vor Schumacher« (der auf östlicher Seite als der schlimmste Feind der UdSSR und des Sozialismus galt) vollzogen; hinter dem Vorschlag des Konsultativrats sei eine Absprache mit den führenden Personen der amerikanischen Militärbehörde, Clay und Murphy, zu vermuten. Bezuglich der deutschen Ostgrenze hielt der sowjetische Funktionär jeden Kommentar für überflüssig. Nach seiner Ansicht war es weiterhin »direkt dem Arsenal der amerikanischen Propaganda entnommen« und vom »Lob aller Reaktionäre« begleitet, wenn Kaiser seiner Partei die Rolle eines »Wellenbrechers des dogmatischen Marxismus und seiner totalitären Tendenzen« zugewiesen und für eine Ordnung in der Ostzone plädiert hatte, welche die Westdeutschen nicht allzu sehr einschüchtern dürfe. Besonders schwer wog der Vorwurf, daß dem nordrhein-westfälischen Parteidirektor Arnold ein Referat erlaubt worden war. Dessen von der sowjetischen Linie noch stärker abweichende Äußerungen dienten dazu, Kaiser noch mehr ins Unrecht zu setzen: Der Redner, so wurde unterstellt, war mit seinen Ausführungen einem Auftrag des CDU-Vorsitzenden gefolgt. Wie Tjul'panov später zur Rechtfertigung seiner nachfolgenden Interventionen ausführte, waren die Parteitagsdelegierten weithin mit der Linie ihres Vorsitzenden nicht einverstanden. Die Stimmenverteilung

---

42 Ebd., Bl. 77-78.

bei den Vorstandswahlen deuten jedoch eher auf das Gegenteil hin: Kaiser und seine Gesinnungsfreunde erhielten überwältigende Mehrheiten.<sup>43</sup>

Es war klar, daß aus sowjetischer Sicht die CDU-Führung absolut untragbar war, auch wenn sie es vermieden hatte, sich offen gegen die SMAD zu wenden. Tjul'panovs Behörde arbeitete ein Aktionsprogramm aus, wie der gesamte Parteivorstand ausgehebelt werden sollte. Danach galt es erstens, den Einfluß des »linken Flügels« in der CDU zu festigen und ihm ein organisatorisches Gerüst zu geben. Auf dieser Grundlage waren dann zum Jahresende in den Landesverbänden Protestveranstaltungen gegen Kaiser durchzuführen. Zweitens sollten die Positionen des »rechten Flügels« weiter untergraben werden; die Anhänger Kaisers waren aus führenden Stellungen zu entfernen. Drittens wurde vorgesehen, daß die Parteipresse eine Kampagne mit umfassender Kritik an den Vorstellungen des Vorsitzenden entfaltete. Viertens hatte eine theoretische Abrechnung mit dessen Thesen zu erfolgen. Fünftens war an Vorbereitungen zur Eliminierung Kaisers und seiner Gesinnungsfreunde aus der zentralen Parteileitung gedacht. Sechstens sollte eine »Politik der Revision der demokratischen Reformen« in der SBZ uneingeschränkt unter Verdikt gestellt werden. Siebtens war jeder Versuch einer Kritik an der Ostgrenze scharf zu bestrafen. Achtens erschien es notwendig, die Propaganda gegen den Marshall-Plan zu verstärken. Neuntens schließlich erhielt die SED den Auftrag, den »ideologischen Kampf gegen die reaktionäre Linie« der CDU aufzunehmen.<sup>44</sup>

#### Durchführung der Absetzung Jakob Kaisers

Im Spätherbst 1947 verschärfte sich der Konflikt weiter. Auf einer Reise in die Westzonen suchte Kaiser Unterstützung für seine Idee des Konsultativrats zu gewinnen. Nach seiner Rückkehr hielt er am 16. November in Berlin eine Rede, die nach sowjetischer Interpretation der Absicht Ausdruck gab, die CDU zu einer der SMAD »feindlichen Oppositionspartei« zu machen. Auch enthielten die Ausführungen den als »Verleumdung« bewerteten Hinweis, daß in der Ostzone Menschen verschwänden. Eine Provokation von zentraler Bedeutung sah Tjul'panov in der Weigerung der von Kaiser geführten Partei, sich mit einem angeblich überparteilichen, faktisch jedoch von der SED-Spitze organisierten Aufruf an »alle deutschen Patrioten« zu

43 Ebd., Bl. 78-80. Für Kaiser stimmten 237 und für Lemmer sogar 238 von 238 Delegierten, während für die als 3. und 4. Vorsitzende vorgesehenen Kandidaten aus Mecklenburg und Sachsen, Lobedanz (der als Kandidat der innerparteilichen Opposition gelten kann), und Hickmann (dessen Eintreten für den Mehrheitskurs schwankte), nur 81 bzw. 148 votierten.

44 Ebd., Bl. 80.

solidarisierten, dem zufolge die nationale Einheit gegen die westlichen »Spalter« durchgesetzt und daher die Deutschland-Politik der UdSSR unterstützt werden mußte. Nachdem die CDU dies am 26. November abgelehnt hatte, lud die SED die »patriotischen Kräfte« Deutschlands kurzfristig zu einem Volkskongreß am 6./7. Dezember nach Ost-Berlin ein, der im Blick auf die bevorstehende Londoner Konferenz eine entsprechende Petition an die vier Außenminister zu verabschieden hatte. Erneut wurde den bürgerlichen Parteien der SBZ Zustimmung abverlangt. Auf einer Sitzung des erweiterten Vorstands am 2. Dezember verweigerte sich der CDU-Vorstand ein weiteres Mal. Die vorgesehene Veranstaltung trage keinen gesamtdeutschen Charakter; ihre Relevanz beschränke sich auf die SBZ. Nuschke und Dertinger widersprachen und befürworteten eine Teilnahme. Sie setzten durch, daß eine nicht-parteiamtliche Beteiligung von Mitgliedern und Funktionären für hinnehmbar erklärt wurde. Damit jedoch war Tjul'panov in keiner Weise zufrieden. Er sah die CDU am Kreuzweg angelangt: Würde sie sich als »eine der einflußreichsten Parteien in Deutschland« künftig am »Aufbau der Demokratie« in der Sowjetzone beteiligen oder sich in eine »Partei des Widerstands« dagegen verwandeln?<sup>45</sup> Dahinter stand die Einschätzung, daß dem Verhalten der Ost-CDU nicht allein wegen ihres Einflusses auf bürgerliche Schichten in der SBZ, sondern vor allem auch wegen der politischen Stärke ihrer Parteifreunde in den Westzonen entscheidende Bedeutung zukomme. Die Hoffnung von 1945, mittels der »Reichsleitungen« im Berliner Ostsektor auf die entsprechenden Parteien in Westdeutschland einwirken zu können, war nach wie vor lebendig.<sup>46</sup>

Mit der offiziellen Weigerung der CDU, zur überparteilichen Staffage des Volkskongresses beizutragen, war für den SMAD-Funktionär der Augenblick der Abrechnung gekommen. Auf Betreiben der Besatzungsbehörden, die keine Anstrengung scheut, kam es unter den – nicht durch das Rampenlicht internationaler Öffentlichkeit vor Pressionen geschützten – regionalen und lokalen Funktionsträgern der Partei zu Äußerungen der Unzufriedenheit mit dem Vorstand, der aufgefordert wurde, die Entscheidung gegen den Volkskongreß zu überprüfen. Das »linke« Vorstandsmitglied Nuschke provozierte seine Kollegen, indem er auf dem Volkskongreß ein Referat übernahm und sich für die oberste Repräsentanz der Veranstaltung zur Verfügung stellte. Als Kaiser bei einer Zusammenkunft des CDU-Führungsgremiums

45 Ebd., Bl. 81-83. In gleichem Sinne: S. Tjul'panov an M. Gribanov, 8. Dezember 1947, AVPRF, 082, 34, 154, 79, Bl. 2-4; 3. Europ. Abt. des sowj. Außenministeriums, Položenie v ChDS, 19. März 1948, AVPRF, 0457a, 5, 33, 27, Bl. 65; S. Tjul'panov, Položenie v ChDS sovetskoy zony i Berlina [Die Lage in der CDU der Sowjetzone und Berlins], 3. Mai 1948, RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 83-85.

46 Ebd., Bl. 84 f.

am 11. Dezember die innerparteiliche Krise dadurch zu entschärfen suchte, daß er die sie auf Einmischungen der SMAD, insbesondere auf den von ihr ausgeübten Druck zur Beteiligung am Volkskongreß, zurückführte, widersprach ihm Nuschke. Er erklärte, die Parteimitglieder könnten nicht verstehen, warum ihre Führung die Teilnahme verweigert habe, und legte eine Resolution vor, in welcher der Rücktritt Kaisers gefordert wurde. Der Betroffene wurde offensichtlich überrumpelt – aber gerade das scheint psychologisch zu seinem Vorteil ausgeschlagen zu sein. Jedenfalls hielten nunmehr Vorstandsmitglieder zu Kaiser, die – wie der als Rivale eingeschätzte Lemmer – sonst ihre Distanz zu ihm betonten und daher nach Ansicht der innerparteilichen Widersacher und der sowjetischen Funktionäre auf die andere Seite gehörten. Das wiederum dürfte die gegen ihn beeinflußten Landesvorsitzenden verunsichert haben: Sie wandten sich zwar gegen das Nein zum Volkskongreß, ließen es aber, wie ein Beobachter im sowjetischen Außenministerium kritisch anmerkte, an entschiedener Verfolgung des Absetzungszieles fehlen. Es war daher umgekehrt Nuschke, der sich heftigen Angriffen ausgesetzt sah. Kaiser hatte angesichts des ihm erwiesenen Vertrauens keinen Grund, sein Amt aufzugeben. Nur auf Befehl der SMAD oder nach Abwahl auf einem außerordentlichen Parteitag sei er bereit zu gehen.<sup>47</sup>

Da Kaiser über starken Rückhalt in der CDU verfügte, konnten sich Nuschke und seine Freunde auf einer solche Veranstaltung nicht einlassen. Sie nahmen noch am 11. Dezember Kontakt mit der SMAD auf, trafen sich mit deren Vertretern in engstem Kreis und beschlossen Kaisers Absetzung. Die Entscheidung wurde zunächst geheimgehalten, um unkalkulierbaren Reaktionen an der christlich-demokratischen Basis vorzubeugen. Im übrigen war offen geblieben, wer an die Stelle des bisherigen Führers treten sollte. Am 19. Dezember mahnte Tjul'panov die CDU-Landesvorsitzenden gelegentlich eines Empfangs, der Führungsfrage nicht länger auszuweichen. Anscheinend interpretierte er die bis dahin gezeigte Untätigkeit als stillschweigendes Festhalten an Kaiser, denn er fügte drohend hinzu, wenn die Partei an ihrer Spitze einen »amerikanischen Agenten« haben wolle, dann sei das ihre Sache. Zugleich machte er deutlich, daß er nicht als Intervent in Erscheinung zu treten gedachte, der den Nachfolger bestimmte. Daraufhin fanden sich die Angesprochenen noch am gleichen Tag zur Trennung von Kaiser und dem Berliner Vorstand bereit, bis – wie sie erklärten – das Vertrauensverhältnis zur SMAD wiederhergestellt sei. Am 20. Dezember schlug ihnen ein Vertreter der Besatzungsbehörde ein provisorisches Koordinationskomitee mit den Mitgliedern Lobedanz (Mecklenburg), Hickmann

47 Ebd., Bl. 86f; A. Smirnov an V.S. Semënov, 26. Januar 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 28-30; S. Tjul'panov, Трёхлетний опыт, Dokumentensammlung (wie Anm. 7), Bl. 83f.

(Sachsen), Nuschke und Wilhelm Wolf (Brandenburg) als neue Führung vor. Zum Generalsekretär wurde Dertinger bestimmt; die Funktion des Stellvertreters übernahm im Januar Götting. Zustimmung kam zunächst nur von Nuschke und Dertinger. Erst nachdrückliches sowjetisches Drängen bestimmte die Landesvorsitzenden, vor allem Hickmann, schließlich zur Annahme. Am 5. Januar 1948 konstituierte sich das neue Leitungsgremium.<sup>48</sup>

Kaiser betrachtete das Komitee als unrechtmäßig und verteidigte seine Position. Er führte – von West-Berlin aus – auf zahlreichen Versammlungen und durch öffentliche Stellungnahmen den Kampf. Mit Hilfe des zunächst noch auf seiner Seite stehenden Parteiorgans »Neue Zeit« veranstaltete er am 28./29. Dezember 1947 in den Westsektoren eine gesamtdeutsche Konferenz der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU, auf der er seine innerparteilichen Widersacher als »sowjetische Agenten« brandmarkte und eine Resolution erwirkte, die ihn und seinen Stellvertreter Lemmer als legitime Repräsentanz anerkannte, die nur durch Beschuß eines Zonenparteitags ersetzt werden könne. Es war nicht zuletzt auf diese und ähnliche Bemühungen zurückzuführen, daß Kaiser seine Stellung in der SBZ und in Berlin noch lange Zeit psychologisch-moralisch behaupten konnte. Die sowjetische Seite sah sich intern zu dem Eingeständnis genötigt, daß die Autorität des Vorsitzenden in der CDU »weiterhin fest« begründet sei. Sogar Mitglieder, die am Volkskongreß teilgenommen hätten, stellten sich auf seine Seite. Wie üblich, folgten der Feststellung des Mißerfolgs Schuldzuweisungen. In der SBZ werde »bislang keine ernsthafte Arbeit gegen Kaiser geleistet«. In Moskau hieß es tadelnd, die Informationsverwaltung sei nicht entschieden genug vorgegangen. Der unbefriedigende Ausgang der Auseinandersetzung diente dazu, die Anklage gegen die »reaktionäre Kaiser-Clique« zu verschärfen. Der bisherige CDU-Vorsitzende habe nun »die Maske fallen lassen« und sei zu einer »offen proamerikanischen Politik« übergegangen. Die anglo-amerikanischen Behörden, die ihn unterstützten, sähen in ihm und seinen Leuten »ihre Agentur in der SBZ« und wollten über sie die »volle Kontrolle« über die Partei gewinnen.<sup>49</sup>

---

48 Ebd., Bl. 84f; A. Smirnov an V.S. Seménov, 26. Januar 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 30f; 65-67. Vgl. Michael Richter, *Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, Düsseldorf 1991, S. 35 f. AVPRF, 0457a, 7, 39, 13, Bl. 1-4; S. Tjul'panov an V. Seménov, 25. März 1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 13, Bl. 71-80; S. Tjul'panov an V. Seménov, 13. April 1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 13, Bl. 53-61.

49 A. Smirnov an V.S. Seménov, 26. Januar 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 30-32; S. Tjul'panov, *Tréchletnij opyt*, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7), Bl. 85.

### Fortschreitende Unterwerfung der Ost-CDU

Die sowjetischen Besatzungsverwaltungen erhielten aus Moskau die Instruktion, in der deutschen Presse eine Kampagne zur Diskreditierung von Kaiser und Lemmer zu entsachen. Auch müsse die neue CDU-Führung dazu gebracht werden, die örtlichen Funktionäre ihrer Partei auf eine klare Absage an die beiden alten Vorsitzenden festzulegen. Auch gelte es, den »linken Flügel« zu stärken und ihm – bei gleichzeitiger Entfernung Kaisers und Lemmers – die Aufgabe des Zusammenwirkens mit der CDU/CSU im Westen zu übertragen. Die »Massen« der Zonenpartei seien auf den nächsten Parteitag vorzubereiten, der jedoch erst dann stattfinden dürfe, wenn die Wahl der richtigen Führung sicher gewährleistet sei.<sup>50</sup> Die SMA-Landesorgane begannen im Januar 1948 auf Weisung Tjul'panovs die Organisationen der CDU von »reaktionären Elementen« zu säubern. Die Aktion wurde Mitte April abgeschlossen. Anschließend setzten die Vorbereitungen für die Landeskonferenzen der folgenden beiden Monate ein. Am 12. Februar 1948 faßte das Koordinationskomitee den Beschuß, sich am Volkskongreß (dessen zweite Tagung für Anfang März vorgesehen war) zu beteiligen, obwohl die Stimmung des Parteivolks auch nach sowjetischer Einschätzung deutlich dagegen war. Die neuen Männer waren angesichts ihres Legitimitätsdefizits an einem baldigen Mandat interessiert und fragten daher im April bei der SMAD an, ob sie einen Zonenparteitag abhalten könnten. Die Besatzungsbehörde erklärte ihr grundsätzliches Einverständnis, »riet« aber in Kenntnis des stark vorherrschenden »rechten« Meinungstrends unter den Mitgliedern dazu, vor einem endgültigen Beschuß den Verlauf und die Ergebnisse der Landeskonferenzen abzuwarten. Zugleich stellte sie die Frage, ob Lemmer künftig weiter mitwirken solle, und deutete dabei an, daß dessen bislang unklare Haltung dafür keine geeignete Voraussetzung biete. Diese Einschätzung war freilich in sowjetischen Kreisen nicht unbestritten: Es gab auch die Ansicht, daß man sich Lemmers bedienen könne, weil er nach wie vor den Kontakt zur SMAD zu halten suchte.<sup>51</sup>

In der folgenden Zeit festigten Nuschke und Dertinger, gestützt auf die Macht der Besatzungsbehörden, den organisatorischen Zugriff auf die Partei und besetzten die Positionen im zentralen Apparat mit ihren Anhängern. Die CDU beteiligte sich fortan – von der Arbeit auf dem 2. Volkskongreß bis

---

50 A. Smirnov an V.S. Semenov, 26. Januar 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 33.

51 S. Tjul'panov, Tréchletnij opyt, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7), Bl. 85-87; 3. Europ. Abt. des sowj. Außenministeriums, *Položenie v ChDS*, 19. März 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 66f; S. Tjul'panov, *Zamečanija po spravke »O položenii v ChDS« [Bemerkungen zur Auskunft »Über die Lage in der CDU•]*, 19. März 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 61f; S. Tjul'panov an L. Baranov im ZK der VKP(b), 24. März 1948, RCChIDNI, 17, 128, 568. Bl. 8f.

zur Mitwirkung am »demokratischen Aufbau« der SBZ – aktiv an der Durchführung der aus Moskau befohlenen Politik. Sie gab dabei frühere Vorstellungen einer bürgerlichen Gemeinsamkeit mit der LDP auf zugunsten einer engen Anlehnung an die SED und eines damit verbundenen klar sozialistischen Kurses. Ungeachtet aller Einflußnahmen und Pressionen, mit denen die SMAD und die Nuschke-Fraktion den »reaktionären« Tendenzen zu Leibe rückten, blieb jedoch das Parteivolk widerspenstig. Die sowjetische Seite veranlaßte daher die Verschiebung des schon für Juli anberaumten Parteitages auf den Herbst. Aber auch dann erschien der Verlauf noch unkalkulierbar. Erst im April 1949 glaubte die SMAD, die Partei hinreichend unter Kontrolle zu haben.<sup>52</sup> Aus sowjetischer Sicht war jedoch zunächst nur der Wandel an der Spitze vordringlich. Von dieser politischen Grundlage aus sollte die weitere Entwicklung auf dreifache Weise vorangetrieben werden. Es galt erstens, die CDU zur Anpassung an die anderen Parteien und zur Mitwirkung am »demokratischen Aufbau« zu veranlassen. Zweitens war die Bereitschaft des ostdeutschen Bürgertums zur Kollaboration mit der UdSSR zu gewährleisten. Drittens sollte die Partei als Instrument der Einflußnahme auf das bürgerlich dominierte Westdeutschland genutzt werden.<sup>53</sup> Wenn man Kader und Organisation der Partei in der Hand hatte, dann würde man nach stalinistischer Erfahrung früher oder später auch die Basis beherrschen und steuern.

Die Besatzungsmacht war sich daher sicher, daß die Unterwerfung der CDU nur eine Frage der Zeit war. Die Partei blieb jedoch auch dann, nachdem sie zu totaler Anpassung gezwungen worden war, in sowjetischen Augen eine sozial dem bürgerlichen »Klassenfeind« zuzuordnende Kraft, die man so weit wie möglich schwächen mußte. Dem dienten verschiedene Mittel. Die sowjetische Besatzungsmacht und die SED-Führer hatten, als sie die Volkskongreßbewegung ins Leben riefen, unter anderem den Zweck im Auge, den Einfluß der CDU und der LDP im Prozeß der wechselseitigen »Zusammenarbeit« weiter zu verringern. Die als angeblich überparteiliche, tatsächlich jedoch kommunistisch geführte Gruppierungen einbezogenen »gesellschaftlichen Organisationen« erhielten genau so wie die politischen Parteien in allen Gremien jeweils einen Sitz und eine Stimme. Dadurch erlangte die SED überwältigend große Mehrheiten, in denen die beiden bürgerlichen Parteien völlig untergingen.<sup>54</sup> Dem folgte im Frühjahr 1949

<sup>52</sup> S. Tjul'panov, Tréchletnij opyt, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7), Bl. 86 f.; Oberstleutnant Guljaev an V.S. Seménov, 4. Dezember 1948, AVPRF, 0457a, 5, 33, 27, Bl. 297-299; Gardeoberst Radionov an V.S. Seménov, 6. Januar 1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 11, Bl. 1-6.

<sup>53</sup> 3. Europ. Abt. des sowj. Außenministeriums, *Položenie v ChDS*, 19. März 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 67 f.

<sup>54</sup> Als triumphale Vollzugsmeldung s. W. Ulbricht an M. Suslov im ZK der VKP(b), 12. Dezember 1947, RCChIDNI, 17, 128, 1098, Bl. 6-9. Aus zwei Gründen schien es der sowjetischen

anlässlich der Wahlen zum 3. Volkskongreß die Einführung eines Systems von Einheitslisten, das die Aufteilung der Mandate bereits vor dem Urnen-gang festlegte.<sup>55</sup> Etwa zur gleichen Zeit wurden die nicht-kommunistischen Parteien dazu verpflichtet, sich dem Prinzip des »demokratischen Zentralismus« zu unterwerfen, das nach gefassten Beschlüssen (die allein die oberste Führung bestimmte) jeden Widerspruch und Einwand ausschloß. Damit unterlagen CDU und LDP fortan der gleichen Disziplin wie die Mitglieder der marxistisch-leninistischen Kader- und Kampfpartei.<sup>56</sup>

Als ebenso wichtig sah die Besatzungsmacht die Schaffung kommunistisch gesteuerter Parteien mit bürgerlichem Firmenschild an, die der CDU und der LDP wesentliche Teile ihrer Klientel abspenstig machen sollten. Die SMAD ließ daher im Frühjahr 1948 zuverlässige kommunistische Funktionäre, die natürlich ihre politische Orientierung und den sowjetischen Auftrag vor der Öffentlichkeit zu verbergen hatten, die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) und die Deutsche Bauernpartei (DBP) gründen. Die erste Gruppierung sollte national gesinnte Kräfte, nicht zuletzt frühere NSDAP-Mitglieder und Wehrmachtkader, direkter kommunistischer Leitung unterstellen. Mit der anderen Gründung wollte die sowjetische Seite die Landbevölkerung ansprechen, die bis dahin trotz der Bodenreform vorwiegend die bürgerlichen Parteien unterstützt hatte. Als erfolgreich erwies sich vor allem die NDPD, die dem SED-Regime bald erheblichen Rückhalt in nationalen Rechtskreisen und bei früheren Wehrmachtsoffizieren ver-

Besatzungsmacht notwendig, die bürgerlichen Parteien trotz ihrer völligen organisatorischen Unterwerfung aller Einflußmöglichkeiten zu berauben; Zum einen galten sie aufgrund ihres sozialen Hintergrundes – also unabhängig von dem ihnen politisch aufgezwungenen Verhalten – als prinzipielle Gegner der sozialistischen Ordnung, und zum anderen konnte die widerständige Haltung unter den Mitgliedern vor allem der CDU noch bis weit in die fünfziger Jahre nicht eliminiert werden. Vgl. insbesondere Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948-52. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, Düsseldorf, 2. Aufl. 1991; Michael RICHTER, *Vom Widerstand der christlichen Demokraten in der DDR*, in: Brigitte KAIF (Hrsg.), »Gefährliche politische Gegner. Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR», Düsseldorf 1995, S. 105-124.

55 Michael RICHTER, *Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – die CDU*, in: *Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. II/4, Baden-Baden 1995, S. 2553.

56 Ebd., S. 2554.

schaffte.<sup>57</sup> Die beiden Parteigründungen gehörten zu dem Instrumentarium, das die Kräfte des Bürgertums zu »zersetzen« bestimmt war.<sup>58</sup>

### Fazit

Anders als bei den drei westlichen Besatzungsmächten sah man es auf Seiten der UdSSR als selbstverständlich an, daß die Kompetenzen, die sich aus der Übernahme der »obersten Gewalt« im besiegten Land ergaben, dessen gesamtes Leben betrafen. Die dem demokratisch-liberalen Denken entspringende Vorstellung, daß die Machtausübung auf den administrativ-staatlichen Bereich zu beschränken sei und daß darum die gesellschaftlichen Aktivitäten einen Freiraum haben müßten, war den sowjetischen Akteuren völlig fremd. Das marxistisch-leninistische System gestattete kein Nebeneinander von staatlicher Autorität und gesellschaftlicher Autonomie, die Freiräume für eine freie demokratische Willensbildung herzustellen hatte. Daher verstand es sich für die Besatzungssoffiziere der UdSSR von selbst, daß es ihre Aufgabe war, nicht nur auf die ostdeutsche Verwaltung, sondern auch auf die dortigen Parteien bestimmend einzuwirken. In beiden Fällen legten sie Wert darauf, daß ihre Entscheidungen in Beschlüsse scheinbar deutschen Ursprungs übersetzt wurden, ehe sie ins Licht der Öffentlichkeit traten. Als wichtigster Übersetzungsmechanismus dienten die Kader der KPD/SED, denen die »führende Rolle« sowohl in den administrativen Apparaten als auch in der Institution des Parteienblocks zugewiesen war. In sowjetischer Sicht lag die entscheidende Verfehlung der CDU darin, daß sie mit ihren Widerständen gegen den Blockmechanismus die Besatzungsmacht provozierte.

57 S. Tjul'panov an L.Baranov im ZK der VKP(b) [damaliger Name der KPdSU], 7. Mai 1948, RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 103-105; S. Tjul'panov an V. Semënov, 7. Mai 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 99-102; Buržuaznye partii sovetskoy zony okkupacii Germanii (po materialam PV GSOV v Germanii) [Die bürgerlichen Parteien der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands], 24. Mai 1948, RCChIDNI, passim 17, 128, 568, Bl. 127-135; S. Tjul'panov an V. Semënov, 25. Mai 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 113; S. Tjul'panov an L. Baranov im ZK der VKP(b), 28. Mai 1948, RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 136-138; Aufzeichnung von Oberst Tjul'panov für L.Baranov im ZK der VKP(b), o.D. [Ende Mai 1948], RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 140-145; S. Tjul'panov, O charaktere i zadačach NDPG, L.Baranov im ZK der VKP(b) am 12. Juni 1948 zugeleitet, RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 146-157; S. Tjul'panov an V. Semënov, 16. September 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 185-189; Major Mamontov [Stellv. Tjul'panovs] an V. Semënov, 6. September 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 183f; S. Tjul'panov an V. Semënov, 29. September 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 190-195; S. Tjul'panov an V. Semënov, 9. Februar 1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 13, Bl. 1-4; S. Tjul'panov an V. Semënov, 25. März 1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 13, Bl. 71-80; S. Tjul'panov an V. Semënov, 13. April 1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 13, Bl. 53-61.

58 So Stalin am 18. Dezember 1948 im Gespräch mit der SED-Führung im Blick auf die LDP, wiedergegeben in: R. BADSTÜBNER/W. LOTH (wie Anm. 2), S. 261.

Dieser Herrschaftsstruktur entsprach ein spezifisch sowjetisches Demokratieverständnis, das sich von den Vorstellungen der CDU grundlegend unterschied. Danach war es den Parteien nicht etwa aufgetragen, sich am Volkswillen zu orientieren, der in Wahlen und anderen Willensakten zum Ausdruck kam. Das Bekenntnis zur Demokratie drückte sich vielmehr allein aus in der Parteinaahme für bestimmte politische Inhalte, nämlich für die Prinzipien und Maßnahmen, welche die kommunistische Partei bzw. deren Führung aus der amtlichen Ideologie ableitete. Denn nach Lenin war die Arbeiterklasse – im Bündnis mit jenen Bauern, die nicht zur Klasse der selbstbewußten Eigentümer gehörten – das »wahre«, weil arbeitende Volk. Die kommunistische Partei war dessen »Avantgarde« und kannte als Hüterin der marxistisch-leninistischen Ideologie allein dessen »objektiv« vorhandenes (d.h. nicht an subjektives Meinen gebundenes) Interesse. Nur durch ihre Herrschaft ließ sich demzufolge die Herrschaft des Volkes verwirklichen.

Gemäß dieser Ideologie hatte, wer »Demokrat« war, die Politik der kommunistischen Partei bedingungslos zu unterstützen. Demnach durften die anderen Parteien, die Stalin 1945 in der SBZ zu gestatten für richtig hielt, von vornherein nur Hilfsfunktionen wahrnehmen. Auf der Basis dieses Verständnisses bestand der immer wieder erhobene Vorwurf der SMAD-Funktionäre, die CDU betreibe eine »reaktionäre«, »antidemokratische« Politik, völlig zu recht. Die »demokratischen« Grundsätze freilich, deren Aneignung die Besatzungsoffiziere forderten, waren von Anfang an auf die Errichtung einer kommunistischen Parteidiktatur ausgerichtet. Da sich das demokratische Engagement, das Führung und Mitgliedschaft der Ost-CDU in der Frühzeit miteinander verband, damit nicht vereinbaren ließ, blieb aus sowjetischer Sicht nur die mit allen Mitteln zu erzwingende Unterwerfung dieser Partei übrig.

Vor diesem Hintergrund war der Konflikt zwischen der Ost-CDU und der Besatzungsmacht keine Auseinandersetzung, bei der es einfach um politische Einzel- und Sachfragen ging wie etwa Bodenreform, Haltung zum Marshall-Plan und Beteiligung am Volkskongreß. Vom ersten Augenblick an war die Gesamtorientierung die entscheidende Streitfrage. War die Partei, ungeachtet ihrer bürgerlichen Zusammensetzung und ihrer bürgerlichen Klientel, bereit, sich dem »demokratischen« Programm der Kommunisten anzuschließen? Wenn sie dazu willens war, hatte sie sich der Blockpolitik unterzuordnen. Für die sowjetische Seite stand fest, daß die CDU nur als so verstandene »demokratische Partei« eine Existenzberechtigung besaß. Ihr wurde die Aufgabe gestellt, die bürgerliche Klientel der entstehenden »demokratische Ordnung« sowjetischen Typs zuzuführen. Dementsprechend sollte die Partei die Umwandlung zunächst der SBZ und anschließend ganz Deutschlands in einen Staat unterstützen, der von einer marxistisch-leninistischen Partei geführt wurde und den ordnungspolitischen Vorstellungen des Kreml ent-

sprach. Damit wurde der CDU zugleich abverlangt, sich an der Seite der UdSSR gegen den Westen zu stellen.

Die sowjetische Politik war in den ersten beiden Nachkriegsjahren darauf abgestellt, dieses Ansinnen nach außen hin zunächst zu verschleiern. Dadurch sollten die Westmächte und die mehrheitlich vom Kommunismus bislang nicht überzeugten Deutschen dazu bewogen werden, die Absichten des Kreml als harmlos anzusehen und einer Ausbreitung des sowjetischen Einflusses auf die Westzonen keinen Widerstand entgegenzusetzen. Stalin wies daher seine deutschen Parteigänger an, gegenüber Sozialdemokraten wie Bürgerlichen vorerst auf kommunistische Parolen zu verzichten und keine Forderungen unverhüllt sozialistischen Charakters zu stellen. Alle einzuführenden Maßnahmen seien mit dem Ziel der »Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution« zu begründen. Von der »Diktatur des Proletariats«, die in der UdSSR als unverzichtbar galt, durfte keine Rede sein.<sup>59</sup> Dementsprechend hieß es im Gründungsaufruf der KPD vom 11. Juni 1945, der unter Stalins Aufsicht in Moskau formuliert worden war, »daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, «denn dieser entspreche »nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland«.<sup>60</sup> Nur wer auf den genauen Wortlaut achtete und die Hintersinnigkeit sowjetischer Dokumente kannte, verstand, was gemeint war. Das Programm der unverhüllten Sowjetisierung wurde vertagt, bis die Zeit dafür gekommen war. Seine spätere Verwirklichung sollte auf politischer Ebene vorbereitet werden durch die »Zusammenarbeit« aller Parteien im »antifaschistisch-demokratischen Block«, in der den Kommunisten von vornherein die »führende Rolle« zufiel. Zu den Maßnahmen, die das angestrebte Ziel auf gesellschaftlicher Ebene erreichbar machen sollten, gehörte die Zerstörung des Privateigentums an den Produktionsmitteln von

---

59 Notizen Piecks über die Unterredung der KPD-Führung mit Stalin am 4. Juni 1945, in: R. BADSTÜBNER/W. LOTH (wie Anm. 2), S. 51.

60 Text: Peter ERLER/Horst LAUDE/Manfred WILKE (wie Anm. 2), S. 390-397. Zur Vorgeschichte: Zur programmativen Arbeit der Moskauer KPD-Führung 1941-1945, ebd., S. 120-123; Notizen Piecks über die Unterredung der KPD-Führung mit Stalin am 4. Juni 1945, in: R. BADSTÜBNER/W. LOTH (wie Anm. 2), S. 50; Wladimir S. SEMJONOW, *Von Stalin bis Gorbatjow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939-1991*, Berlin 1995, S. 217. Gerhard KEIDERLIBG, *Wir sind die Staatspartei. Die KPD-Bezirksorganisation Groß-Berlin April 1945-April 1946*, Berlin 1997, S. 75, erwähnt auf der Grundlage der benutzten ostdeutschen Quellen nur die abschließende Billigung des KPD-Aufrufs durch das sowjetische Politbüro sowie durch Stalin und Dimitrov. Die sowjetischen Vorgaben für die Formulierungsarbeit sind ihm unbekannt. Er hätte freilich die von ihm erwähnte Beratung der beteiligten KPD-Spitzenfunktionäre mit Politbüro-Vertretern am 7. Juni 1945 (ebd., S. 77) in diesen Zusammenhang einordnen können.

Stadt und Land, das die Grundlage für die Macht und den Einfluß des Bürgertums in der Gesellschaft war.

Die Zurückhaltung in der Klarstellung der eigenen Ziele, die sich die UdSSR bei Kriegsende auferlegte, hatte nachteilige Rückwirkungen auf die Machtausübung in der SBZ. Die SMAD hielt dort zwar das Heft fest in der Hand, konnte aber gleichwohl nicht verhindern, daß die Unklarheiten der sowjetischen Selbstdarstellung bei Vertretern einer anders ausgerichteten Politik die Hoffnung nährten, auch in dem von der Roten Armee besetzten Teil Deutschlands sei eine Entwicklung zu demokratischer Selbstbestimmung möglich. Dieses Mißverständnis lag auf Seiten der CDU um so näher, als die Christlichen Demokraten so wie alle nicht-kommunistischen Parteien keinen direkten Weisungen der Besatzungsmacht unterlag. Eine unmittelbare Befehlsgebung wäre aus Moskauer Sicht unzweckmäßig gewesen – zum einen, weil eine sachliche Notwendigkeit dazu nur bei der KPD/SED bestand, der man, wenn auch zunächst nur in sehr begrenztem Maße, echte Machtbefugnisse übertrug, und zum anderen, weil man weder seine politischen Absichten noch das Ausmaß der Fremdbestimmung durch die UdSSR vor Außenstehenden offenlegen wollte. Es kam daher aus der Sicht des Kreml darauf an, daß die bürgerlichen Politiker ihre subalterne Lage akzeptierten und sich den durch die KPD/SED übermittelten Instruktionen fügten. Die Besetzungsbehörden vermieden es dementsprechend nach Möglichkeit, ihre Forderungen unmittelbar auszusprechen und durchzusetzen. Nur wenn sie keine andere Option mehr hatten, irreparabel erscheinenden Schaden abzuwenden, nahmen sie offene Interventionen (wie im Falle der Amtsenthebung von Hermes und Schreiber) in Kauf. Das änderte sich Mitte 1947, als die bis dahin genommenen Rücksichten darauf entfielen, welchen Eindruck man bei den Westmächten hervorrief. Von da an wurde es für die SMAD wesentlich einfacher, die CDU auf ihre Linie zu zwingen und zu einer Satellitenpartei zu machen.

## Zwischen Anpassung und Selbstbehauptung: Die Ost-CDU und ihre Sprache in den Jahren 1945-1957<sup>1</sup>

Von Sonja Zeidler

Es ist keine neue Erkenntnis, daß es Abhängigkeiten zwischen der Sprache und dem historisch-politischen Kontext gibt, in dem sie verwendet wird. Interessant ist es jedoch, zu untersuchen, wie weit Sprache und politischer Hintergrund in Beziehung zueinander stehen.

Gegenstand vorliegender Untersuchung ist die Sprache der Ost-CDU. Sie zeigt, wie empfindlich der Sprachgebrauch auf politische Veränderungen und Machtkonstellationen reagiert. Im Mittelpunkt steht die Analyse der für die Ost-CDU wohl wichtigsten Lexeme: die Bestandteile des Parteinamens »Christlich-Demokratische Union Deutschlands« und zugehörige Wortfelder. Belege für die Relevanz des sprachlichen Ausdrucks gerade in der CDU in der DDR bieten recht anschaulich sprachreflexive Äußerungen in den parteiinternen Dokumenten, die im Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung zugänglich gemacht worden sind.<sup>2</sup>

Im folgenden wird anhand ausgewählter Beispiele untersucht, mit welchen lexikalischen Einheiten die Partei in den Jahren 1945 bis 1957 Aussagen zu sich, selbstbezogenen Taten und ihrem Programm verbalisiert. Der

---

1 Dieser Aufsatz basiert wesentlich auf meiner 1997 an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn eingereichten Magisterarbeit mit dem Titel »Lexikologische Untersuchungen über die Sprache der Ost-CDU«. Es handelt sich dabei um eine linguistische Untersuchung, die den Parteiwortschatz der Ost-CDU in den Jahren 1945 (Parteigründung) bis 1957 (Tod Otto Nuschkes) analysiert und mögliche Abhängigkeiten zum Machtgefüge der DDR und anderen Parteiwortschätzten, insbesondere dem der SED, nachzuweisen sucht. Eine Veröffentlichung der Arbeit ist geplant, ein Typoskript kann in der Bibliothek der Konrad-Adenauer-Stiftung unter der Signatur MB 3450 KAI eingeschen werden. Ich bin den Mitarbeitern des Archivs und der Bibliothek der Konrad-Adenauer-Stiftung, die mich immer hilfsbereit bei der Einsicht in die Aktenbestände der Ost-CDU und der Beschaffung seltener Literatur zum Thema unterstützt haben, zu großem Dank verpflichtet.

2 Im folgenden wird auf diese Belege mit Siglen verwiesen. Sie entstammen einem unter linguistischen Gesichtspunkten hergestellten Korpus aus Archivmaterial des Zentralbestandes Ost-CDU im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP). Die Sigle besteht aus den letzten beiden Ziffern der Jahreszahl, in der das Dokument entstand bzw. veröffentlicht wurde, und einem alphabetischen Index, der in gewisser Weise den Grad der Offizialität des Schriftstücks gegenüber anderen aus dem gleichen Jahr bezeichnet, z. B. Gründungsaufruf = (45a). Der Grad der Offizialität eines Schriftstücks ist für die darin verwendeten Ausdrücke insofern bedeutsam, als daß sie oft mit größerer Sorgfalt und einem höheren Maß an Sprachbewußtsein gewählt werden, je höher ihre Offizialität ist. Eine Auflösung der für diesen Aufsatz relevanten Siglen nach Archivsignaturen befindet sich am Ende der Arbeit.

Parteinamen und – soweit für den offiziellen Sprachgebrauch relevant – funktionssprachliche Termini<sup>3</sup> spielen dabei eine besondere Rolle. Es werden weiterhin die für die eigene staatliche und soziale Ordnung und für die Beziehungen zu anderen Staaten wichtigsten Lexeme analysiert. Dazu zählen die Verbalisierung des Konzepts »Einheit/Wiedervereinigung« und die verschiedenen Bezeichnungen für die beiden deutschen Staaten nach 1949 im Wortschatz der Ost-CDU. Die Darstellung erfolgt in Abgrenzung zur SED-Parteisprache unter Einbeziehung des historischen und politischen Hintergrundes.

### 1. CDU(D)/Christlich-Demokratische Union Deutschlands:<sup>4</sup>

#### Die zur Selbstdarstellung der Partei verwendeten Lexeme

Hier geht es im weitesten Sinn um die Bezeichnungen, die die Union für sich wählt. Da davon auszugehen ist, daß auch die zur Verbalisierung von Aussagen zu selbstbezogenen Taten ausgewählten Lexeme gezielt zur Selbstcharakterisierung der Partei dienen, werden sie ebenfalls neben dem Parteinamen und anderen direkten Attribuierungen, die das Schema »CDU ist ...« aufweisen, behandelt.

#### Christlich-Demokratische Union Deutschlands

Versteht man unter einem Parteinamen die Bezeichnung für eine bestimmte politische Gruppe, so bewegt man sich auf dem Gebiet der Namensforschung. Sieht man jedoch von reinen Phantasienamen ab, so ist festzustellen, daß es einen Unterschied zwischen Eigennamen einzelner Personen, die zwar das jeweilige Individuum als Denotat<sup>5</sup> besitzen, jedoch inhaltlich als leer anzusehen sind, und den Namen von Parteien gibt. Parteibezeichnungen werden meist aus den lexikalischen Einheiten des allgemeinsprachlichen Wortschatzes gebildet.<sup>6</sup> Diese Lexeme bringen ihre allgemeinsprachlichen Inhalte

---

<sup>3</sup> Bei einer Einteilung der Sprache der Politik in Meinungssprache und Funktionssprache dient die Funktionssprache der organisatorischen Verständigung innerhalb eines Staates und seiner Institutionen. Vgl. Walther DIECKMANN, *Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. Mit einem Literaturbericht zur 2. Auflage* (Sprachwissenschaftliche Studienbücher, 2. Abt.), 2. korrigierte Auflage, Heidelberg 1975, S. 51 f.

<sup>4</sup> Lexeme als abstrakte Wortschatzeinheiten werden im folgenden kursiv gesetzt. In Zitaten werden besonders hervorgehobene Lexeme nicht weiter gekennzeichnet.

<sup>5</sup> Unter dem sprachwissenschaftlich umstrittenen Begriff Denotat sei hier das verstanden, worauf ein sprachliches Zeichen (Wort) in der außersprachlichen Realität verweist.

<sup>6</sup> Vgl. dazu und im weiteren die ausführlichen sprach- und geschichtswissenschaftlichen Erläuterungen in dem Aufsatz von Wolfgang TREUE und Günther KANDLER, *Parteinamen*, in: *Sprachforum I* (1955), S. 210-222.

in die häufig aus mehreren lexikalischen Einheiten gebildeten Parteinamen hinein, so daß sie zu »sprechenden Namen« werden, die sowohl Erwartungen und Forderungen der Wähler wecken als auch das Selbstverständnis und Verhalten der Partei steuern. Sie besitzen somit Werbewirksamkeit, die Kandler als »Macht des Namens<sup>7</sup> analog zur vielzitierten »Macht des Wortes<sup>8</sup> bezeichnet. In dieser Form sind sie bei aller Mehrdeutigkeit der verwendeten Lexeme, die nicht ohne Grund häufig zu den perennierenden Schlagwörtern<sup>9</sup> (z. B. *demokratisch, liberal, sozialistisch, national, Deutschland*) zählen, eine Art komprimiertes Parteiprogramm. In ihnen lassen sich die Unterscheidungsmerkmale zu anderen Parteien festmachen. Dieser Programmcharakter der Parteibezeichnungen spiegelt sich z. B. in dem Satz aus der »Neuen Zeit« von 1945 (45c) wider: »Der Name der Union enthält das Bekenntnis zur Demokratie.«

Der Parteiname *Christlich-Demokratische Union Deutschlands<sup>10</sup>* gehört somit zu den wichtigsten Ausdrücken in der Lexik der Partei überhaupt. Gebräuchliche Abkürzung ist seit 1945 die Buchstabenfolge *CDU*. Daneben existierte bis etwa 1947 häufiger das Kürzel *CDUD*, das in Sachsen bis in die fünfziger Jahre verwendet wurde.<sup>11</sup> In ideologisch bedeutsamen Texten

<sup>7</sup> EBD., S. 210.

<sup>8</sup> Vgl. z. B. die Titel von Georg KLAUS, *Die Macht des Wortes. Ein erkenntnistheoretisch-pragmatisches Traktat*, 5. Auflage, Berlin (Ost) 1969, und Norbert KAPFERER, *Von der 'Macht des Wortes' zur 'Sprache der Macht' zur Ohn-Macht der Vernunft. Über die Enteignung der Sprache im real existierenden Sozialismus durch die marxistisch-leninistische Philosophie*, in: *Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von 'Wende' und 'Vereinigung'*, hrsg. von Armin BURKHARDT und K. Peter FRITZSCHE, Berlin u. a. 1992, S. 19-40.

<sup>9</sup> Unter Schlagwörtern seien hier einzelne oder mehrere eine Einheit bildende Lexeme (Mehrwortlexeme) verstanden, die in semantischer Hinsicht eine extreme Verdichtung eines Parteistandpunktes darstellen, sich durch eine hohe Affektbesetzung auszeichnen, affirmativ als auch polemisch verwendbar sind, v. a. in der Öffentlichkeit wirken und als Folge ihrer formalen Kürze im Gegensatz zur Komplexität des darauf bezogenen ideellen Hintergrundes häufig einen hohen Grad an Vagheit und Interpretationsbedürftigkeit besitzen. Perennierende Schlagwörter sind solche, die nicht nur eine temporäre, auffallend hohe Gebrauchshäufigkeit aufweisen und für eine gegebene Gesellschaft oder Gruppe von besonderer Aktualität und Bedeutung sind, sondern diese Bedeutung über einen längeren Zeitraum innehaben, wie z. B. das positive Schlagwort *Frieden*. Vgl. dazu Manfred KAEMPFERT, *Die Schlagwörter*, in: *Muttersprache* 100 (1990), S. 192-203.

<sup>10</sup> Unmittelbar nach Kriegsende 1945 entstanden in allen vier Besatzungszonen verschiedene Gründungskreise, die eine Partei mit christlichen und demokratischen Zielen gründen wollten. Der Vielzahl dieser Gründungskreise entsprach eine Vielzahl an Parteinamen. Vgl. dazu Winfried BECKER, *CDU und CSU 1945-1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der Bundespartei* (Studien zur politischen Bildung, Bd. 13), Mainz 1987, 32-39. Im Oktober 1945 (nach dem Berliner Gründungsauftrag vom 26. Juni 1945!) einigte man sich auf dem sogenannten großen »Reichstreffen« in Bad Godesberg, »unter lebhaftem Beifall und Bravo-Rufen« den gemeinsamen Namen anzunehmen. Vgl. Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU, 1945-1982*, Stuttgart 1993, S. 51.

<sup>11</sup> Vgl. Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschal-*

seit 1950 tritt neben die volle Parteibezeichnung und ihre Abkürzungen der Ausdruck *christliche Demokraten*, so z.B. 1950 in einem Entwurf der CDU-Thesen (50g): »Als christliche Demokraten und Sozialisten beweisen wir [...]. Oder in der Satzung von 1952 (52a): »Die in den Reihen der CDU vereinigten christlichen Demokraten bekennen sich [...]« und 1957 (57a): »Wir christlichen Demokraten in der Deutschen Demokratischen Republik [...].« Während die Abkürzungen ähnlich den inhaltlich leeren Eigennamen eine reine Identifikationsleistung bezüglich der Partei erfüllen, ohne dabei nennenswerte inhaltliche Sinnakzente zu setzen, spitzt die Kurzform *christliche Demokraten* den Gesamtinhalt des vollständigen Parteinamens auf die beiden Komponenten »christlich« und »demokratisch« zu. In dieser Wortverbindung fehlt das Grundwort des Parteinamens: *Union*.

Im Gegensatz zu allen anderen Parteien der SBZ/DDR enthält der Name der CDU nicht das Lexem *Partei* als Basis<sup>12</sup>, das auch im 20. Jahrhundert trotz seiner Sinnentleerung im Nationalsozialismus<sup>13</sup> das »überwiegend gebrauchte Grundwort der Parteinamen«<sup>14</sup> blieb. Unter der Überschrift »Warum christlich? Warum Union?« informiert die zweite Ausgabe der Parteizeitung »Neue Zeit« von 1945 (vgl. 45c): »Partei kommt von pars und heisst ›Teil‹ = Begrenzung, Trennung. Union heisst Sammlung!« Weiter heißt es: »[...] die Sorge vor einer Konfessionalisierung der Politik wird durch den Unionsgedanken widerlegt.« Der Vorzug des Lexems *Union* gegenüber der Alternativbezeichnung *Partei* liegt im wesentlichen im überkonfessionellen sowie gruppen- und schichtenübergreifenden Anspruch der CDU, der durch das Lexem *Union* anschaulicher verbalisiert werden kann. »Die Christlich-Demokratische Union gründet sich nicht auf ein exklusives Bekenntnis, sondern will Sammlungssignal sein.« (45c). Die Ost-CDU versteht sich als »Sammelbecken aller christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte« (46c). Deshalb gilt: »Christlich und Union, das sind Begriffe der Toleranz und des Friedens« (45c). »Nicht mehr Spaltung, sondern Christlich-Demokratische Union«. (46c).<sup>15</sup> In der Lexik der Ost-CDU treten neben

tung (Forschungen und Quellen zur Zeigeschichte, Bd. 19), 2. korrigierte Auflage, Düsseldorf 1991, S. 420.

12 Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) [bis 1946], Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) [bis 1946], Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) [seit 1946], National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) [seit 1948], Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) [seit 1948].

13. Vgl. dazu TREUE/KANDLER (wie Anm. 6), S. 217.

14 Ruth RÖMER, *Die Entwicklung des Wortes ›Partei‹ zum Bestandteil von Eigennamen*, in: *Muttersprache* 72 (1962), S. 326-332, Zitat S. 332.

15 Zu diesem Bedeutungskomplex »Union« gehört auch das Konzept der »Synthese«, das die Ost-CDU im Zusammenhang mit dem Programm des »Christlichen Sozialismus« propagierte und das v. a. durch die Wortschatzelemente *Ausgleich*, *Vereiniger*, *Synthese* verbalisiert wurde.

das Lexem *Sammlung* und seine Komposita noch die Ausdrücke *Einigung* (46c), *Vereinigung* (46d) und *Mitilerin* (55b). Alle diese Wortfeldelemente dienen der Verbalisierung des Unionsgedankens. Jedoch werden sie nicht gleichmäßig durch den gesamten Beobachtungszeitraum verwendet, sondern erlangen eine zeitweilige schlagwortverdächtige Häufung. Von besonderer Bedeutung sind sie vor allem in den Anfangsjahren der CDU.

Bei der Bildung von Parteinamen auf deutschem Boden spielen das Substantiv *Deutschland* und das Adjektiv *deutsch*<sup>16</sup> eine große Rolle. Problematisch ist dabei, insbesondere im Untersuchungszeitraum, welches Gebiet damit bezeichnet wird. Die onomasiologische Frage nach den verschiedenen Benennungsmöglichkeiten für Deutschland sei einem späteren Abschnitt vorbehalten. In diesem Zusammenhang interessiert vielmehr die semasiologische Frage, inwieweit mit Gründung der Bundesrepublik und der DDR eine Umsangsveränderung des Namensbestandteils *Deutschland* stattfand. In einem Artikel der Funktionärszeitschrift »Union teilt mit« vom Juni 1948 (48b) bezeichnet sich die Partei mehrfach als *Christlich-Demokratische Union der Ostzone*, *Union der Ostzone* und *Ostzonen-Union*. Sie sieht sich als *Glied der Gesamtunion*. Das Lexem *Deutschland* im Parteinamen bezieht sich demnach auf alle vier damalige Besatzungszonen. Man kann sagen, daß sich ab 1948 mit dem Ausdruck *Ostzonen-Union* ein Differenzbewußtsein zur Gesamtpartei heranbildete, das sich nach Gründung der DDR im Meißener Thesenkommentarentwurf von 1953 und in der Satzung von 1954 folgendermaßen äußert:

»Die Christlich-Demokratische Union ist die Partei der friedlichen und fortschrittlichen patriotisch und demokratisch gesinnten Christen in der Deutschen Demokratischen Republik. (53d) Die Christlich-Demokratische Union der Deutschen Demokratischen Republik ist die Partei der für Frieden und Fortschritt kämpfenden Christen.« (54a)

Auffällig ist, daß das Lexem *Deutschland* hier aus dem Parteinamen in den Satz ausgelagert und dort durch *Deutsche Demokratische Republik* ersetzt wird. Damit wird auch der allgemeinen Vermeidungsstrategie des Lexems *Deutschland* in der DDR entsprochen, in deren Sprachgebrauch es zunehmend zu einem auf Historisches bezogenen Ausdruck wurde.<sup>17</sup>

Während Jakob Kaiser für die CDU 1946 »bestenfalls« die Bezeichnung

16 Vgl. zum Ausdruck *deutsch* Leo WEISGERBER, *Deutsch als Volksname. Ursprung und Bedeutung*, Stuttgart 1953 und ergänzend für die jüngere Zeit: Klaus-Hinrich ROTH, »Deutsch«. *Prolegomena zur neueren Wortgeschichte* (Münchener Germanistische Beiträge, Bd. 18), Dissertation München 1978.

17 Zum zeitgeschichtlichen Hintergrund vgl. Helmut BERSCHIN, *Deutschland – ein Name im Wandel. Die deutsche Frage im Spiegel der Sprache* (Analysen und Perspektiven. Geschichte und Staat. Sonderreihe 1), München-Wien 1979, 27 ff.

*Volkspartei* (46a) gelten läßt (im Gegensatz zur bürgerlichen Partei, die sich gemäß seiner Vorstellung von christlichem Sozialismus mit der bürgerlichen Gesellschaftsordnung überlebt hat,) wird in einem anderen Flugblatt (46e) das Lexem im Druck besonders hervorgehoben in dem Ausruf: »[...] Hinein in die große deutsche sozialistische Volkspartei!« Die Selbstbezeichnung als *Volkspartei* dient einer Parteiwerbung, die bemüht ist, insbesondere auch die Arbeiterschaft anzusprechen.<sup>18</sup> Die CDU wird eine »Partei neuer Art, eine Partei der neuen Demokratie« (57a), wie sie sich Jahre nach der erfolgten Gleichschaltung nennt in Anlehnung an die Selbstbezeichnung der SED als *Partei neuen Typus*.<sup>19</sup>

#### Andere zur Selbstdarstellung verwendete Lexeme

Unmittelbar nach Kriegsende stehen ganz andere Attribute im Vordergrund. In zwei Parallelismen, graphisch stark hervorgehoben auf einem Flugblatt (46c), heißt es:

»Die Christlich-Demokratische Union ist der Frieden.

Die Christlich-Demokratische Union ist die Neue Zeit.«

In zahlreichen Reden, Flugblättern und Zeitungsartikeln bezeichnet die Union sich als *christlich*, *demokratisch*, aber auch *sozialistisch* im Sinne des »Christlichen Sozialismus«. Sie tritt ein für *Christentum*, *Demokratie*, *Einheit*, *Freiheit*, *Frieden*, *Toleranz* und den (*christlichen*) *Sozialismus*. Mit dem Verlust politischer Eigenständigkeit verändern sich jedoch diese Vokabeln. Die Attribute *Fortschritt* und *fortschrittlich* treten neu hinzu, das Lexem *Toleranz* verschwindet weitgehend aus dem Wortschatz der Ost-CDU. *Demokratie*, *Frieden* und *Sozialismus* werden zunehmend im Sinne der marxistischen Theorie verstanden. Der Einheitsgedanke wird propagandistisch forciert und meint die deutsche Einheit auf der Grundlage des sozialistischen *fortschrittlichen* Staates<sup>20</sup>. *Christlich* und *Christentum* haben fast keinen programmatisch wichtigen ideologischen Inhalt mehr, sondern

---

18 Vgl. BECKER (wie Anm. 10), S. 201.

19 In der SED tritt dieser Ausdruck erstmalig in einem Protokoll der I. Parteikonferenz der SED im Januar 1949 in Berlin auf. Vgl. den Wortlaut in: *Der deutsche Kommunismus. Dokumente*, hrsg. und kommentiert von Hermann Weber, Köln-Berlin 1964, S. 443-445. Vgl. auch: Werner MÜLLER, *Der Transformationsprozeß der SED*, in: *Partiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie*, S. 51-60, insbes. S. 51; Hermann WEBER, *DDR. Grundriß der Geschichte. 1945-1990*, Hannover 1991, S. 21.

20 Z. B.: »Noch ist es nur ein Teil Deutschlands, der das helle Banner der Zukunft ergriffen hat und in fester unverbrüchlicher Freundschaft mit der Sowjetunion den Weg in die sozialistische Welt angetreten hat. Mit unserer Arbeit wollen wir dazu beitragen, daß bald das ganze Deutschland brüderlich vereint diesen Weg geht.« (57f); »[...] kämpft die CDU für ein einheitliches Deutschland, das ein Land des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts sein muß« (57a).

werden zum Identifikationsmerkmal der Partei. Neu und in extremem Maße tritt die Metapher des Kampfes mit vielen Ausdrucksvarianten aus dem Wortfeld des Krieges hinzu:

»Auf Grund der in den [Meißener] Thesen niedergelegten Erkenntnisse kämpft die Christlich-Demokratische Union für die Sicherung und Erhaltung des Friedens, für die Existenz und Einheit der deutschen Nation, für die reale Verwirklichung der Demokratie und für die Errichtung der Gesellschaftsordnung des Sozialismus im Bündnis mit allen gesellschaftlichen Kräften, die sich gleichfalls zu diesen Zielen bekennen. Dieser Kampf wird geführt im erbitterten Ringen mit allen friedensfeindlichen, antinationalen und reaktionären Kräften, die in Verfolgung ihrer Ziele auch das Christentum ideologisch mißbrauchen.« (53d).

#### Wortfeld »Bewegung/Aktivität«

In der politischen Sprache sind Elemente aus dem Wortschatzbereich der Aktivität, Bewegung und des Wirkens/Bewirkens von besonderer Bedeutung.<sup>21</sup> In der Sprache von Parteien, vornehmlich dort, wo sie sich, ihre Arbeit und ihre Ziele nach außen repräsentieren, spielen sie eine große Rolle, denn dadurch charakterisiert sich die Partei auf subtile Weise selbst. Untersuchungen zur Sprache der DDR haben oft gezeigt, daß gerade sie überreich ist an lexikalischen Einheiten zur Bezeichnung von Bewegung, Entwicklung, Dynamik und rhetorischen Elementen des Appellierens.<sup>22</sup> Es verwundert daher nicht, daß sich die Lexik der Ost-CDU in hohem Maße auch durch solche Lexeme auszeichnet. Die Wortwahl wird dabei bestimmt von dem Grad ihrer politischen Eigenständigkeit. Konnte sie etwa bis zur Gründung der DDR noch selbstbewußt ihren Anteil an der Überwindung der Kriegsschäden behaupten und zum eigenen Ziel erklären, so mußte sie sich als Blockpartei mit zunehmend geringer werdendem politischen Gewicht um die Anerkennung der Staatspartei bemühen:

»Ohne die Mitarbeit und Anerkennung dieser Kräfte [gemeint ist die CDU] kann ein neues, freies, demokratisches Deutschland nicht entstehen (49b). [...] daß wir am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer neuen

---

<sup>21</sup> Vgl. Karl Friedrich BORÉE, *Die Sprachentartung in der Sowjetzone*, in: *PZ-Archiv* 3 (20. Jan. 1952), S. 23 f.

<sup>22</sup> Vgl.: Ruth RÖMER, *Das Motiv der Bewegung in der Sprache der SED*, in: *Wirkendes Wort* 14 (1964), S. 170-183; Richard GAUDIG, *Die deutsche Sprachspaltung*, in: *Neue Deutsche Hefte* 5 (1958/9), S. 1008-1014, insbes. S. 1012; Mansfred W. HELLMANN, Art. »Deutsche Sprache in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik«, in: *Lexikon der germanistischen Linguistik*, hrsg. von H. P. Althaus u. a., 2. Auflage, Tübingen 1980, S. 519-527, insbes. S. 522.

sozialistischen Gesellschaftsordnung mit gleicher Freudigkeit und gleichem Eifer mitarbeiten wie Anhänger anderer Anschauungen.« (50g).

Charakteristisch für die erste Phase ist das Kompositum *Zusammenarbeit*, mit dem die Union um einen gemeinsamen Wiederaufbau wirbt, z. B. in den Ausdrücken: *vertrauensvolle Zusammenarbeit* (45a) und *brüderliche Zusammenarbeit* (46c). Ab 1946/47 verdrängen Formen des Lexems *Mitarbeit* und *Mitwirkung* den Ausdruck *Zusammenarbeit*, z. B. in den häufigen Verbindungen: *tätige Mitarbeit* (46d), mit gleicher Freudigkeit und Eifer *mitarbeiten* (50g), *konstruktive und zielbewußte Mitarbeit* (52b), *maßgebliche Mitarbeit* (52b), *gesellschaftliche Mitarbeit [der Christen]* (53d), *christliche Mitwirkung* (57a). Beliebt ist auch die Kombination von *Mitarbeit* und dem »Schöpfungswerk Gottes«, z. B.: »als Mitarbeiter des Schöpfers mitzuwirken« (50e), »die Mitarbeit der Menschheit am Werke des Schöpfers« (51d). Die Lexeme *Mitarbeit* und *Mitwirkung* drücken einen nicht näher definierten Anteil an den Bemühungen zum Erreichen eines Ziels aus. Sie sind daher für die Ost-CDU ideal, um ihre Leistungen hinsichtlich des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufbaus in der DDR zu verbalisieren, ohne die Führungsrolle der SED in Frage zu stellen.<sup>23</sup> Ebenfalls wichtig ist das Lexem *Bewegung* und das Adjektiv *neu*<sup>24</sup>, das 1945 und verstärkt ab 1950 häufig in Verbindung mit anderen Ausdrücken des Bewegungsmotivs oder Schlagwörtern verwendet wird, z. B.: *der neuen Demokratie* (45a), *das neue Haus, die neue Heimat* (45b), *neue Bewegung* (45c), *Neuordnung Deutschlands* (50f), *neue Impulse und neue Zielsetzungen* (51c), *neue Wege* (52b), *des neuen Kurses* (54b) oder in dem Titel der Parteizeitung »*Neue Zeit*«.

Für die CDU als Blockpartei war es von großer Bedeutung, dem Marxismus-Leninismus als gültiger Staatsdoktrin der DDR zu entsprechen. Dieses Ergebnis der schleichenden Gleichschaltung, die sich in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren vollzogen hatte, zeigte sich besonders in einer umfassenden ideologischen und politischen Anpassung an die SED.<sup>25</sup> Aus der marxistischen Erkenntnis des nie endenden Prozesses der Bewegung und Höherentwicklung und dem trotz dieser geschichtlichen Determiniertheit bestehenden Gedanken, daß es zur Verwirklichung des Endzieles der Mitarbeit und Aktivität der Massen bedürfe, war ein abstrakter

23 Vgl. den Titel einer CDU-Publikation von Hans ZILLIG, *In der Mitarbeit gewachsen und gereift. Zur Geschichte des Landesverbandes Sachsen der CDU. 1945-1952* (Beiträge zur Geschichte), Berlin 1975.

24 Vgl. Herbert BARTHOLMES, *Tausend Worte Sowjetdeutsch. Beitrag zu einer sprachlichen Analyse der Wörter und Ausdrücke der Funktionärsprache in der sowjetischen Besatzungszone 1945-1956*, Göteborg 1956, S. 10.

25 Vgl. dazu RICHTER (wie Anm. 11).

Aktivismus geworden, der einen absoluten Gebrauch des Ausdrucks *Aktion*<sup>26</sup> mit sich brachte. Es verwundert daher nicht, daß das schon vor 1945 in der Sprache der KPD politisch wichtige Adjektiv *aktiv* auch von der CDU ab 1947 gehäuft verwendet wird:

»die parteipolitische Aktivität (47a); Bekenntnis zum aktiven Sozialismus (48a); die aktive Mitarbeit in unserer Union bei der Lösung unserer großen nationalen Aufgaben (50f); eine aktiv für den Frieden kämpfende Gemeinschaft von Christen (51d); ihr aktiver Wille zum Frieden« (56a).

Wie weit sich die politisch-ideologische Anpassung der Partei auch in ihrer Sprache niederschlägt, machen zwei Beispiele deutlich: »Die menschliche Gesellschaft entwickelt sich nicht, sondern sie wird [...] gestaltet.« (50k); [Änderungsvorschlag zur Meißener These IV,4 der Hochschulgruppe Jena:] statt »sich die Erde untertan zu machen« – »die Erde zu gestalten« (52e). Hierin zeigt sich zum einen das Aktivische, durch das die CDU sich auch mittels der gewählten Lexeme auszuzeichnen sucht, zum anderen wird deutlich, wie weit religiöse Ausdrucksweisen durch materialistische ersetzt werden können.

Neben den genannten lexikalischen Einheiten nutzt die Union noch eine Reihe anderer Ausdrücke aus dem Wortschatzbereich der Bewegung, des Strebens und des Bewirkens, v.a. Verben, die etwas Inchoativisches<sup>27</sup>, Amplifizierendes, Weitertreibendes bezeichnen, meist in Verbindung mit komparativischen und superlativischen Ausdrücken, um Aussagen zu ihrer Arbeit zu verbalisieren und sich selbst damit indirekt zu charakterisieren. Dabei nimmt das Wortfeld um die Kernlexeme *Verwirklichung/Realisierung* eine zentrale Stellung ein. Daneben erscheinen mit relativer Häufigkeit (dargestellt als Auswahl):

»Verstärkung und Vertiefung der Parteiarbeit (51a); unbeirrt und tatkräftig (51b); zu bereichern; noch besser und überzeugender (51c); breiteste Anwendung; Erkenntnisse und Fortschritte; immer größere Nutzbarmachung; ständig bestrebt; zu mehren und zu verbessern; entwickelt; neue Impulse verleihen; beschleunigen; Bahn brechen; erneuern; Stellung nehmen; vorbildliche Einsatzbereitschaft (alle 52b); Sicherung und Erhaltung (53d); Erfolgsmeldungen; Aufbauwillen; Einsatzbereitschaft; entschlossene Tatkraft; opferwilligen Pflichtbewußtseins; Aufgaben anpacken und bewältigen; Leistungen« (alle 57a).

26 Vgl. RÖMER (wie Anm. 22), S. 177. Einschränkend vgl. Hans H. REICH, *Sprache und Politik. Untersuchungen zu Wortschatz und Wortwahl des offiziellen Sprachgebrauchs in der DDR* (Münchener Germanistische Beiträge, Bd. 1), Diss. München 1968, insbes. S. 18 f.

27 Inchoativ sind solche Lexeme, die einen Beginn ausdrücken, z. B. Verben, die den Beginn eines Geschehens bezeichnen (*aufwachen*).

### Unionsfreund/-gruß

Auf dem Gebiet der Funktionssprache gibt es in der Lexik der Ost-CDU nicht viele Auffälligkeiten im Vergleich zu den anderen DDR-Parteien. Spezifisch ist die Bezeichnung und Anredeform *Unionsfreund* für die Mitglieder der CDU im Gegensatz zu den Ausdrücken *Genosse*<sup>28</sup> für SED-Mitglieder, *Parteikollegen* für DBD-Mitglieder<sup>29</sup> und *Parteifreund* für die Mitglieder aller anderen Parteien der DDR. Diese Neuprägung war als Anredeform auch für die beiden westdeutschen Unionsparteien bis in die frühen fünfziger Jahre geläufig, wurde jedoch durch die Bezeichnungen *CDU-Mitglied* und *Parteifreund* verdrängt und fand fortan nur noch in ironischer Absicht Verwendung.<sup>30</sup> Für die Ost-CDU dagegen ist eine Frequenzsteigerung des Ausdrucks gerade ab diesem Zeitpunkt zu verzeichnen. In einem Artikel der »Union« von 1947 (47a) treten die Bezeichnungen *Freunde der Union*, *Mitglieder und Anhänger der Union* und *Parteifreunde* als synonyme Varianten für den Inhalt »Mitglieder und Sympathisanten der Partei« auf. In diesem Sinne spricht man auch von *Unionsmitgliedern und -freunden* (48b), *Mitgliedern und Freunden* (51b, 55a), *unseren Mitgliedern und Anhängern* (49c), den *Mitgliedern* (49b, 51a, 54b), der *Masse unserer Freunde* (52b), und den *Parteifreunden* (50a). Die Neujahrsaufrufe der Jahre 1949 bis 1951 und 1954, 1955 und 1957, die sich in Anredeform an die Parteimitglieder wenden, geben hinreichend Aufschluß über die Variabilität der gewählten Bezeichnungen. Die Aufrufe von 1954 und 1957 wenden sich mit dem Anruf »*Unionsfreunde!*« an die Mitglieder. Als Anredeformel einer bestimmten Person wird das Lexem mit dem jeweiligen Eigennamen verbunden, z. B. deskriptiv: »des *Unionsfreundes Herbert Trebs*« (53d). Wesentlich häufiger trifft man im Schriftwechsel auf die Abkürzung *Ufr*, z. B. *Ufr Siebenpfeiffer* (52e). Daneben existiert jedoch auch die Ausdrucksvariante *Parteifreund Landrat Siebenpfeiffer* (52d). Im Schriftverkehr findet sich entsprechend der Anrede auch die abschließende Grußformel (*Mit*) *Unionsgruss!*. Weder die Leipziger noch die Mannheimer Duden der fünfziger und sechziger Jahre

28 Vgl. dazu Herbert BARTHOLMES, *Das Wort ‚Genosse‘ samt seiner Zusammensetzungen im Sprachgebrauch der deutschen Arbeiterbewegung*, in: *Muttersprache* 78 (1968), S. 193-222, zur Verwendung in der SED vgl. S. 201 f. Zum weiteren Verständnis des Begriffs: Renate SCHÄFER, *Der Gebrauch des Wortes ‚Genosse‘ in den Schriften von Marx und Engels*, in: *Sprachpflege* 6, S. 134-139.

29 Vgl. Peter Joachim LAPP, *Die ‚befreundeten Parteien‘ der SED – DDR-Blockparteien heute*, Köln 1988, S. 33.

30 Vgl. Michael KINNE, Birgit STRUBE-EDELMANN, *Kleines Wörterbuch des DDR-Wortschatzes*, 2. Auflage, Düsseldorf 1981, S. 203; *Wörter und Wortgebrauch in Ost und West. Ein rechnergestütztes Korpus-Wörterbuch zur Zeitungstexten aus den beiden deutschen Staaten. Die Welt und Neues Deutschland 1949-1974*, hrsg. von Manfred W. HELLMANN, Tübingen 1992, S. 480 f.

buchen die Lexeme *Unionsfreund* und *Unionsgruß*.<sup>31</sup> Die Lexikographen hielten diese beiden Ausdrücke demnach für zu parteispezifisch und somit für den deutschen Wortschatz der Gegenwartssprache irrelevant.

### Kader(-)

Anders verhält es sich mit dem Lexem *Kader* und seinen Zusammensetzungen. Es lässt sich für die Lexik der Ost-CDU etwa ab 1955 belegen (»neue Kader für die Partei zu gewinnen«, 55c). Diskutiert wurde der Ausdruck jedoch schon mindestens zwei Jahre früher, wie die Notiz des damaligen Hauptreferenten im CDU-Hauptvorstand, Günther Wirth, belegt: »Wir müssen endlich zur Kaderpartei werden – nur eine solche kann ausstrahlen«.<sup>32</sup> Im Gegensatz zu anderen, für die Funktionssprache der Union spezifischen aber im offiziellen DDR-Sprachgebrauch wenig relevanten Lexemen<sup>33</sup>, gehört es zu den Ausdrücken, die die CDU im Rahmen ihrer Anpassungsbestrebungen aus dem sozialistischen Sprachgebrauch übernahm. *Kader* steht als Beispiel für eine Reihe von ehemals den kommunistischen Parteien bzw. der SED zugeordneten Ausdrücken<sup>34</sup>, die die Union nach Anerkennung der Führungsrolle der SED zur Verbalisierung von Aussagen zur Partei nutzte, um den Eindruck der Linientreue zu erwecken.<sup>35</sup> Das Lexem *Kader* wurde schon während der Weimarer Republik in der kommunistischen Bewegung verwendet und hatte ursprünglich einen militärischen Inhalt.<sup>36</sup> Die Erweiterung des Bedeutungsumfangs nach russischem Vorbild<sup>37</sup> von ›Stamm, Rahmen

31 Auch das *Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache* (WDG), 6 Bde, hrsg. von Ruth KLAPPENBACH und Wolfgang STEINTZ, Berlin (Ost), enthält die Komposita unter dem Lemma *Union nicht*.

32 Vgl. dazu die Arbeiten von Martin RISSMANN, *Kaderschulung in der Ost-CDU 1949-1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 27), Düsseldorf 1995 (Diss. Bonn 1994), und Stephan ZEIDLER, *Auf dem Weg zur Kaderpartei? Zur Rolle der Ost-CDU in der inneren Entwicklung der DDR 1952-1953*, Hamburg 1996, Zitat nach ZEIDLER, S. 108.

33 Vgl. z. B. *Agitations-Sondermaterial* (46a); *Hauptvorstand der CDU* (51b); *Wissenschaftlicher Arbeitskreis* (54c); *Direktor der Zentralen Schulungsstätte* (54a'); *Bezirksparteischule* (55c); *Zirkelschulungen* (55c).

34 Vgl. z. B. das *Wörterbuch des kommunistischen Jargons. Schlagworte unter der Lupe*, hrsg. von R.N. Carew HUNT, Freiburg i. Br. 1958, S. 62-64.

35 Dazu zählt auch das verwandte Lexem *Funktionär* (55d). Vgl. dazu Rupert BREITLING, »Der Funktionär. Geschichte und Bedeutung eines politischen Begriffs«, in: Muttersprache 81 (1971), S. 22-41, insbes. S. 25, 31.

36 Vgl. Ernst G. RIEMSCHEIDER, *Veränderung der deutschen Sprache in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands seit 1945* (Beihefe zum Wirkenden Wort, Bd. 5), Düsseldorf 1963, S. 91.

37 Vgl. KINNE/STRUBE-EDELMANN (wie Anm. 30), S. 95 f.

(einer Truppe)<sup>38</sup> zur Bezeichnung von ›Menschen in einer sozialistischen Gesellschaft, die Verantwortung für die Leitung eines Kollektivs tragen‹<sup>39</sup> bzw. noch weiter gefaßt ›Beschäftigter in einem Betrieb, einer Institution‹<sup>40</sup> steht im Zusammenhang einer zunehmenden Verwendung militärischer Termini im politischen Sprachgebrauch sozialistischer/kommunistischer Parteien. Dies läßt sich anhand des Vergleichs der Leipziger Duden von 1951 und 1959 nachvollziehen: Leipziger Duden<sup>14</sup> 1951: »Kader [...] Stamm, Rahmen, Kern (einer Truppe, Partei usw.)«; Leipziger Duden<sup>15</sup> 1959: »Kader [...] herangebildeter Stamm von Nachwuchskräften auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens; auch einzelner Angehöriger eines solchen Kaders, urspr. Stamm, Rahmen einer Truppe«. In der Bundesrepublik dagegen behielt der Eintrag zunächst seinen rein militärischen Denotatbezug: Mannheimer Duden<sup>14</sup> 1955: »Stamm, Rahmen (eines Truppenkörpers)« und fügte erst später den erweiterten Ausdruck als DDR-spezifisch gekennzeichnet hinzu.<sup>41</sup> In der DDR sind seit 1947 zahlreiche Neologismen zu verzeichnen, die aus Zusammensetzungen mit dem Lexem entstanden sind<sup>42</sup> und die mit zeitlicher Verzögerung auch in den Sprachgebrauch der Ost-CDU eingingen, z. B. *Kaderschulung* (55c).

Hinsichtlich des selbstbezogenen und selbstdarstellenden Sprachgebrauchs in der Ost-CDU bleibt Folgendes festzuhalten:

1. Der Parteiname selbst ist ein wichtiges Mehrwortlexem zur Charakterisierung des eigenen Standpunktes. Er gibt die wesentlichen Kategorien des Parteidenkens in den vier einzelnen Gliedern *christlich, demokatisch, Union* und *Deutschland* vor, die zugleich Kernlexeme des CDU-Wortschatzes sind.

2. Bedingt durch den Anpassungsdruck an die herrschenden Machtverhältnisse in der DDR, dem die CDU unterworfen war, treten drei Formen der Veränderung von Wortschatzbereichen auf, mittels derer die Partei Aussagen zu selbstbezogenen Taten und Zielen formuliert (d. h. der Lexemgruppen, mit denen sie sich selbst auf indirekte Weise charakterisiert): a) weitgehendes Verschwinden einzelner Lexeme (z. B. *Toleranz*), b) verstärkte Verwendung

38 Vgl. Duden, 10. Auflage, Leipzig 1930.

39 Vgl. Martin AHRENDS, *Allseitig gefestigt – Stichwörter zum Sprachgebrauch in der DDR*, München 1989, S. 90 f.

40 Vgl. *Wörter und Wortgebrauch in Ost und West* (wie Anm. 30), S. 607.

41 Vgl. zu diesem Themenkomplex auch, BRD und DDR vergleichend, Hugo MOSER, *Die Sprache im geteilten Deutschland*, in: *Wirkendes Wort* 11 (1961), S. 1 ff., insbes. S. 13, und Karl Heinz IHNENBURG, *Entwicklungstendenzen des Wortschatzes in beiden deutschen Staaten*, in: *Weimarer Beiträge* 10 (1964), S. 372-397.

42 Vgl. dazu die ausführliche Beschreibung mit Belegen bei REICH (wie Anm. 26), S. 110 ff.

bis dahin weniger bedeutender Lexeme (z. B. *fortschrittlich*), c) Umdeutung bisher verwendeter Lexeme (z. B. *Sozialismus*).

3. Eine durch den gesamten Beobachtungszeitraum hohe Frequenz von Ausdrücken, die zur Verbalisierung von Dynamik etc. dienen und eine häufige Verwendung inchoativer Verben. Dabei ist eine zunehmende Annäherung an den von der SED maßgeblich beeinflußten öffentlichen Sprachgebrauch in der DDR zu beobachten.

4. Die Funktionssprache der Union zeichnet sich durch die parteispezifischen Lexeme *Unionsfreund* und *Unionsgruß* aus, die neben auch in anderen Parteien üblichen Ausdrucksvarianten verwendet werden. Seit den fünfziger Jahren finden auch funktionssprachliche Ausdrücke sozialistischen Sprachgebrauchs Eingang in das Lexeminventar der CDU-Sprache (z. B. *Kader*).

## 2. Wortschatzbereich Deutschland und Deutsche Einheit

Das Lexem *Deutschland*<sup>43</sup> und das Adjektiv *deutsch* in seinem vollen Umfang bezogen auf Sprache, Volk, Land, Kultur und Staat spielen nicht nur in der Politik der Jahre 1945-1957 eine große Rolle, sondern sind als geographischer Bezugsraum für die Christlich-Demokratische Union Deutschlands von Belang. Dies umso mehr, als die Bildung zweier deutscher Staaten 1949 auch eine Partei teilte, die sich bis dahin trotz aller Differenzen als eine Gesamtpartei betrachtete (vgl. 48b). Der gesamte Wortfeldbereich der Benennungen und Umschreibungen von Deutschland als Ganzem und seiner beiden Teilstaaten<sup>44</sup> zeichnet sich durch seine hohe Frequenz im Sprachgebrauch der Ost-CDU aus. Die Bezeichnungen für Deutschland und die zur Verbalisierung der Forderung nach Einheit bzw. Wiedervereinigung zur Verfügung stehenden Lexeme stellen einen der am stärksten ausgebauten

---

43 Hinsichtlich des Deutschlandbegriffs in Ost- und West gibt es eine große Zahl vergleichender Arbeiten in der Forschung zu verzeichnen. Für diese Arbeit von großem Nutzen war die am Sprachgebrauch des »Neuen Deutschland« orientierte detaillierte Bonner Dissertation von Barbara MARZAHN, *Der Deutschlandbegriff der DDR. Dargestellt vornehmlich an der Sprache des Neuen Deutschland* (Sprache der Gegenwart, Schriften des Instituts für deutsche Sprache, Bd. 48), Düsseldorf 1979 (Diss. 1978). Vgl. aus ostdeutscher Perspektive: Christine KESSLER, *Linguistische Untersuchungen zum Verhältnis von Sprache und Ideologie. Dargestellt an Beispiel der Benennungen für Staaten und ihre Regierungen in der Presse der DDR und der BRD*, in: *Deutsch als Fremdsprache* 10 (1973), S. 203-207.

44 Zum historischen Hintergrund und seinen Auswirkungen auf den Deutschlandbegriff und seinen Ausdruck vgl. BERSCHIN (wie Anm. 17), S. 12-29.

Bereiche in der CDU-Lexik dar. Er kann inhaltlich in fünf Gruppen unterteilt werden<sup>45</sup>:

1. Zur Benennung Gesamtdeutschlands (und der Besatzungszonen bis 1949) können für den Wortschatz der CDU folgende Lexeme verbucht werden:

»ein Land (45a); Aufbau einer neuen Heimat (45a); Deutschland (46a); die unteilbare demokratische deutsche Republik (49b); Besatzungszonen (49a); unseres gemeinsamen Vaterlandes« (51e).

Als mögliche Bezeichnungen wurden im Verfassungsausschuß der CDU diskutiert (47b):

»Deutschland; Reich; Deutsche Bundesrepublik; Deutsche Republik.«

2. Für das westliche Gebiet stehen folgende Bezeichnungen zur Verfügung:

»jenseits unserer Zone (46a); in den drei Westzonen (48b); westlicher deutscher Sonderstaat (49b); Konstituierung des westdeutschen Sonderstaates (49c); Westdeutschland (52b); Bundesrepublik (55d); Bildung eines westdeutschen Separatstaates (o.D.a)«

3. Zur Benennung des östlichen Gebiets enthält der CDU-Wortschatz folgende Lexeme:

»sowjetisch besetzte Zone und Berlin (o.D.a); Ostzone (48a/49a); Aufbau unseres Vaterlandes (50f); unsere Nation (51b); unserer Republik (51b); in unserem Raum (51b); Deutsche Demokratische Republik (51b); DDR (51b); unseres Landes (52b); unserer Republik der Arbeiter- und Bauernmacht (55g); von unserer jungen Republik (56a); unser Arbeiter- und Bauern-Staat (57a); Deutschland der neuen Demokratie (57a); unsere ganze Nation (57a); nur ein Teil Deutschlands« (57f).

4. Das Konzept »Wiedervereinigung« wird durch folgende Lexeme und Lexemkombinationen verbalisiert:

»Einheit des Reiches (46a); das Einheitsgefühl des deutschen Menschen (46a); einheitliches Deutschland (46d); Erhalt der staatlichen Einheit (46d); Gesamtverhältnisse des deutschen Volkes (47b); Sicherung der deutschen Einheit (48b); Wiederherstellung der deutschen Einheit (49c/57a); zum Kampfe für die Einheit Deutschlands (49b); Errichtung einer gesamtedeutschen Regierung (49b); für eine einheitliche deutsche Währung (49b); Wiedergeburt eines einzigen Deutschlands (50g); Frage der deutschen Einheit (50f); Wiederherstellung der nationalen Einheit

---

45 Die Zuordnung zu Gruppe 1 oder 2/3 ist bei einigen Belegen auch aus dem Kontext nicht eindeutig zu entscheiden. In einigen Fällen scheint diese Unschärfe sogar bewußt ausgenutzt worden zu sein (vgl. 49b).

aller Deutschen (51b); Gefühl gesamtdeutscher Verantwortung (51b); ein einiges deutsches Vaterland zu erringen (51c); gesamtes deutsches Vaterland (52b); Ausschuß für Deutsche Einheit (55d); Sache der Wiedervereinigung (56a); in einem ungeteilten deutschen Vaterland (57a); ungeteilte Neutralität Deutschlands« (o.D.a)

Die aufgezählten Lexeme und Wendungen zeichnen sich im CDU-Wortschatz weder durch spezifische Inhalte noch durch eine besondere Verwendungsweise gegenüber der öffentlichen Kommunikation in der DDR aus. Es läßt sich vielmehr an ihnen zeigen, daß gerade dieser Wortschatzbereich neben dem der Wirtschaft als einer der ersten dem öffentlichen Diskurs der DDR angeglichen wurde.

Dies sei exemplarisch dargestellt an den Ausdrücken *Nation*, den Bezeichnungen für die Bundesrepublik Deutschland und der Stereotypenbildung durch Bindung einzelner Lexeme an bestimmte invariante Attribute und feste Kontexte.

### Nation

Das Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache (WDG) verzeichnet in seinem bereits unter dem Druck der Parteilichkeit stehenden IV. Band unter dem Eintrag *Nation* die Definition: »Struktur- und Entwicklungsform der Gesellschaft, die vor allem als Gemeinschaft des wirtschaftlichen Lebens, des Territoriums, der Sprache und Kultur in Erscheinung tritt und deren Wesen durch ihre Klassenbezeichnungen bestimmt ist, umg. Volk». Darin zeigt sich die Integrierbarkeit des Lexems in die marxistisch-leninistische Klassenvorstellung. Das zugehörige Adjektiv *national* diente bereits der KPD als »Propagandawort«<sup>46</sup> gegen den Nationalsozialismus und meinte soviel wie »im Gegensatz zum Nationalsozialismus den wahren Interessen des Volks entsprechend«. Damit verlor es seine Bedeutung als propagandistisch wichtiger Ausdruck rechtsgerichteter Politik und wendete sich in sein Gegen teil.<sup>47</sup> Als Bestandteil von Institutnamen und einiger Elemente ihrer Politik ging *national* in die politische Funktions- und Ideologiesprache der DDR ein, z. B.: *Nationale* Front des demokratischen Deutschland(s) (NF, 1947), *Nationales* Aufbauwerk (NAW, 1952), *Nationale* Geschichtsbetrachtung (ab 1952), *Nationale* Volksarmee (NVA, 1955/6). Ab 1947 ist zu beobachten, daß in einigen Wortschatzbereichen der SED-Sprache Zusammensetzungen

<sup>46</sup> REICH (wie Anm. 26), S. 149. Vgl. dazu auch Herbert BARTHOLMES, *Das Wort 'Völke im Sprachgebrauch der SED. Wortgeschichtliche Beiträge zur Verwendung des Wortes 'Völke als Bestimmungswort und als Genitivattribut* (Die Sprache im geteilten Deutschland, Bd. 2), Düsseldorf 1964.

<sup>47</sup> Vgl. die Verwendung von *antinational* in bezug auf die politische Rechte.

mit *national* solche mit *Volk* überwiegen und ersetzen.<sup>48</sup> Es verwundert daher nicht, daß im Ost-West-Vergleich<sup>49</sup> das Adjektiv *national* mehr als doppelt so häufig in der DDR Verwendung findet. Bezeichnend ist der Besund, daß die vier verschiedenen möglichen Verwendungsmöglichkeiten<sup>50</sup> des Lexems sehr undifferenziert im Sprachgebrauch des »Neuen Deutschland« angewendet werden, wobei eine gewisse Absicht unterstellt werden kann. Mit dem Lexem *Nation* liegt die einzige gesamtdeutsche Bezeichnungsform für das geteilte Deutschland vor, dessen relativer Anteil an den im »Neuen Deutschland« verwendeten Bezeichnungen in den Jahren 1949-74 kontinuierlich von 3 auf 9 % zunahm<sup>51</sup>, wenn auch das Adjektiv *national* ab 1964 kaum noch gesamtdeutsch verstanden wurde<sup>52</sup>.

Der Bezug zu der von der SED deutschlandpolitisch verfolgten Linie ist offensichtlich<sup>53</sup>: Bis Ende der sechziger Jahre betonte die Staatspartei der DDR noch ihr Ziel eines wiedervereinigten deutschen Nationalstaates und lehnte die Möglichkeit zweier deutscher Nationen kategorisch ab. Auch Ulbrichts »nationaler Kompromiß« 1962, der unter dem Eindruck der Kubakrise zur Lösung der Nationalen Frage der Deutschen eine »Friedliche Koexistenz« vorschlug, vermochte daran nichts zu ändern bis zur völligen Umkehrung des Kurses 1970. Danach wurde in Art. I der DDR-Verfassung von 1968 die Bezeichnung »sozialistischer Staat deutscher Nation« zuerst im politischen Sprachgebrauch durch »sozialistischer deutscher Nationalstaat« und 1974 in der Verfassung durch »ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern« ersetzt.<sup>54</sup> Bis zu der Abwendung von der bis dahin vertretenen Zwei-Staaten-eine-Nation-Lehre, wurde die Gründung der Bundesrepublik Deutschland als Gefahr für die deutsche Nation dargestellt.<sup>55</sup>

Neben der Verwendung des Substantivs *Nation* als Bestandteil von Institutsnamen wird der Ausdruck häufig in Verbindung mit den Epitheta *unser* und *deutsch* gebraucht. Damit steht er im Kontext des Einheitsdiskurses, der in der DDR in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens stark dominierte.

<sup>48</sup> *Volk* und *national* sind jedoch nicht in jedem Fall austauschbar, vgl. z.B. *Nationale Volksarmee*. Vgl. zum Verhältnis der Lexeme *Staat*, *Volk*, *Nation/national* BARTHOLMES (wie Anm. 46), S. 47.

<sup>49</sup> Vgl. *Wörter und Wortgebrauch in Ost und West* (wie Anm. 31), S. 809.

<sup>50</sup> 1. die ganze Nation betreffend (Ggs.: Einzelinteressen), 2. eine bestimmte Nation betreffend (Ggs.: eine andere Nation betreffend), 3. staatlich (Ggs.: privat), 4. zentrale, oberste staatliche Ebene. Vgl. dazu ebd.

<sup>51</sup> Vgl. MARZAHN (wie Anm. 43), S. 203 ff.

<sup>52</sup> Vgl. *Wörter und Wortgebrauch in Ost und West* (wie Anm. 30), S. 810.

<sup>53</sup> Vgl. dazu die Darstellung im DDR-HANDBUCH, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. 3. erweiterte Auflage, Köln 1985, Bd. II, 924-927.

<sup>54</sup> Vgl.: *Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts*, hrsg. Von Horst HILDEBRANDT, 14. Auflage, Paderborn u.a. 1992, S. 236.

<sup>55</sup> Vgl. MARZAHN (wie Anm. 43), S. 205.

In einer Rede Jakob Kaisers finden sich vor 1949 zwei Belege des Lexems: »im Ringen der europäischen *Nationen*« und »Im Geiste der Synthese gilt es auch, den Ausgleich zwischen Eigenständigkeit deutscher Landschaften und der ungeschmälerten Einheit unserer *Nation* zu finden« (46a). Im ersten Fall wird *Nationen* im Sinne von ›Nationalstaaten‹ benutzt, im zweiten steht es im Kontext der Diskussion Einheitsstaat vs. Föderalismus. Nach Gründung der beiden deutschen Teilstaaten finden sich analog zu den in der Deutschen Demokratischen Republik gebräuchlichen Wendungen folgende Belege: *unsere Nation* (51b); *für die Existenz und Einheit der deutschen Nation* (53d); *unsere ganze Nation* (57a) sowie die erwähnten funktionssprachlichen Namen. Ab 1951 tritt das Lexem *Vaterland* als emotionsgefüllteres Synonym mit den gleichen Attributen usuell kombiniert hinzu, z. B. *gesamtes deutsches Vaterland* (52b). Das Adjektiv *national* steht nach diesen Ergebnissen im Sprachgebrauch des »Neuen Deutschland« fast ausnahmslos attributiv vor bestimmten Substantiven. Dies sind neben anderen Verbindungen solche mit dem Lexemen *Kampf*, *Einheit* sowie Komposita mit *Befreiung*-. Ab 1950 finden sich solche feststehenden Verbindungen mit *national*, z. B.:

»unserer großen nationalen Aufgaben (50f); der nationalen Einheit der Deutschen (51b); am nationalen Befreiungskampf des deutschen Volkes und am Friedenskampf der Menschheit (51c); daß der nationale Befreiungskampf (51c), des nationalen Kulturerbes (52c); Fahne des nationalen Widerstandes gegen [Adenauer, SZ.] (52b); unseres nationalen Ringens um Frieden und Einheit« (54a).

Aber auch der entsprechende Gegenbegriff findet Eingang in die CDU-Lexik: »des Ringens mit allen friedensfeindlichen, *antinationalen* und reaktionären Kräften« (53d).

In keinem der angeführten Belege ab 1949 wird eine unionsspezifische, vom allgemeinen politischen Sprachgebrauch in der DDR abweichende Verwendung der Ausdrücke *national* und *Nation* deutlich. Sie können wie die ab 1949 für die neu entstandene Bundesrepublik Deutschland gewählten Lexeme als Beispiel gelten für die frühe Anpassung des auf die Außenpolitik bezogenen Wortschatzbereichs der CDU-Lexik.

#### Bezeichnungen für die Bundesrepublik Deutschland

Für die Bezeichnung des westlichen und östlichen Teils Deutschlands in der DDR kann gelten, was die DDR-Linguistin C. KESSLER<sup>56</sup> im Hinblick auf Benennungen von Staaten in der Presse der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik geschrieben hat:

56 KESSLER (wie Anm. 43), S. 206.

»Die Vielfalt der Benennungen der Gegenstände ist im allgemeinen dann größer, wenn es um Benennungen für eigene Klassenpositionen geht. In solchen Fällen werden möglichst viele Merkmale hervorgehoben, möglichst umfangreiche Informationen über das Objekt vermittelt. Zum anderen konnten wir feststellen, daß für die Kennzeichnung der Position des Klassengegners zumeist keine so große Vielfalt in den Benennungen gegeben ist [...]. Andererseits konnten wir feststellen, daß besonders viele Umschreibungen für Namen jener Staaten nachgewiesen werden können, die im Mittelpunkt von Klassenauseinandersetzungen stehen, vor allem auch von Auseinandersetzungen der beiden Weltsysteme«.

Betrachtet man unter diesem Aspekt die Gruppen eins bis drei obiger Aufstellung von Bezeichnungsmöglichkeiten im Wortschatz der Ost-CDU, so fällt neben der insgesamt großen Vielzahl auch eine quantitative wie qualitative Differenz zwischen den Bezeichnungen für das westliche und östliche Gebiet ab 1949 auf. Die Benennungen *westlicher deutscher Sonderstaat*, *westdeutscher Sonderstaat* und *westdeutscher Separatstaat* machen sprachlich den Teilstaatcharakter, der in der offiziellen Bezeichnung *Bundesrepublik Deutschland* nicht enthalten ist<sup>57</sup>, auf zweierlei Weise deutlich: 1. durch die neutrale geographische Kategorie *west* und 2. wertend durch die Verbindung mit *Sonder-* bzw. *Separat-*. Damit wird impliziert, daß die »westlichen Separatisten« den Zustand der Teilung zu verantworten haben.<sup>58</sup> Bei verschiedenen Korpusanalysen wurde eine Frequenzspitze für diese Ausdrücke für den Jahrgang 1949 des »Neuen Deutschland« festgestellt.<sup>59</sup> Bei der Ost-CDU sind sie ebenfalls 1949 verstärkt anzutreffen. In bezug auf diese Ausdrücke kann also von einer identischen Verwendung in der Unions- wie in der DDR- bzw. SED-Sprache gesprochen werden.

Ebenso verhält es sich mit der von 1949-1969 am häufigsten gebrauchten Bezeichnung *Westdeutschland*.<sup>60</sup> Auch hier wird der Aspekt der Teilstaatlichkeit unter Verweis auf geographische Verhältnisse betont, ohne daß weitere staatsspezifische wesentliche Merkmale benannt werden, wie es z. B. bei der Bezeichnung *Bundesrepublik* der Fall ist. Erst nach 1969 verlor das Lexem *Westdeutschland* seine Funktion als »Standardbezeichnung«<sup>61</sup> wegen der in diesem Ausdruck implizierten und als unangemessen empfundenen Bezeichnung »Ostdeutschland« und fiel ganz im öffentlichen Diskurs der DDR weg.<sup>62</sup> Das in Ost-Berlin erstellte Wörterbuch der deutschen Gegen-

57 Vgl. EBD., S. 204.

58 Vgl. MARZAHN (wie Anm. 43), S. 79 und 183.

59 Auch wenn ihre Zählung differiert: in *Wörter und Wortgebrauch in Ost und West* (wie Anm. 30), S. 1267, sind es vier Belege, bei MARZAHN (wie Anm. 43), S. 176 ganze zwölf für den Ausdruck *westdeutscher Separatstaat*.

60 Vgl. MARZAHN (wie Anm. 43), S. 181.

61 Vgl. EDD., S. 170 und 182.

62 Vgl. EBD., S. 182.

wortssprache (WDG) bucht daher *Westdeutschland* mit der Angabe »veraltend Bezeichnung für BRD«. Der Leipziger Duden von <sup>14</sup>1951 dagegen verzeichnet den Ausdruck noch als uneingeschränkt gültig. Das Lexem wird im Durchschnitt in 72 % aller Verwendungen in beeinflussenden Texten gebraucht.<sup>63</sup> Dabei erfährt es eine negative Wertung in entsprechenden Kontexten ebenso wie das zugehörige Adjektiv *westdeutsch* in seiner Neubedeutung zur Gebietskennzeichnung der drei ehemaligen westlichen Besatzungszonen seit 1949.<sup>64</sup> In der offiziellen Kommunikation der DDR wird in solchen Kontexten vereinzelt *deutsch* im negativen Sinne für *westdeutsch* verwendet.<sup>65</sup> Häufiger jedoch wird *deutsch* gegen *westdeutsch* ausgetauscht.<sup>66</sup> Diese Erscheinungen lassen sich auch in der Lexik der Ost-CDU nachweisen:

### 1. Negative Wertung in Texten mit beeinflussendem Ziel:

»[...] als die Spaltung Deutschlands ein Bestandteil der militärischen und politischen Bündnispolitik der Westmächte gegen die östlichen Völker ist mit dem Ziel, *Westdeutschland* zum Aufmarschgebiet zu machen, die *westdeutschen* Gebiete als militärisches Vorfeld in Anspruch zu nehmen und die Wirtschaftskraft *Westdeutschlands* in den Dienst der westlichen Rüstungspolitik zu stellen (49c); aggressiver Charakter der Remilitarisierung *Westdeutschlands* (51e); In der *westdeutschen* Armee soll der gleiche »Führer befiehl, wir folgen!«-Kadavergehorsam<sup>67</sup> herrschen wie in der Armee Hitlers. (55d); gelang es Adenauer, die *westdeutsche* Bevölkerung in ein Meer von Lüge, Vernebelung und Verdrehung zu tauchen« (57c).

### 2. Distanzierender, gegenüberstellender Gebrauch:

»Dieses *Deutsch* war nicht das der Aggressoren von Bonn [...], sondern es war das *Deutsche* derjenigen Patrioten, die ihre ganze Kraft auf eine friedliche und freundschaftliche Beziehung zu allen Völkern richten. (53a); den *westdeutschen* Bundestagswahlen« (57c).

### 3. Austauschbarkeit *deutsch/westdeutsch* in negativem Sinne:

»entlarvte die amerikanisch-englische Interventionspolitik in Westdeutschland und das Wiedererstehen des *deutschen Imperialismus* (55d); der Wahlerfolg der Partei des *deutschen Imperialismus* und Monokapitals [statt West-CDU]« (57c).

<sup>63</sup> Vgl. EBD., S. 181.

<sup>64</sup> Vgl. *Wörter und Wortgebrauch in Ost und West* (wie Anm. 30), S. 1267 und 1275.

<sup>65</sup> Vgl. BARTHOLMES (wie Anm. 24), S. 16.

<sup>66</sup> Vgl. *Wörter und Wortgebrauch in Ost und West* (wie Anm. 30), S. 286 und 1267.

<sup>67</sup> Das Kleine Fremdwörterbuch, hrsg. vom VEB Bibliographisches Institut Leipzig, 5. Auflage, Leipzig 1972, verbucht dieses Kompositum als eigenständiges Lemma mit sehr negativer Begriffsexplikation. Ebenso der Leipziger Duden <sup>15</sup>1959.

Als »Neuprägung BRD« kennzeichnet das ostdeutsche Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache (WDG) die Bezeichnung *Bundesrepublik Deutschland*. Weder der Leipziger Duden von<sup>14</sup> 1951 noch der von<sup>15</sup> 1959 verzeichnen das Lemma *Bundesrepublik (Deutschland)*. In bezug auf das »Neue Deutschland« konstatiert MARZAHN als »wohl bemerkenswerteste Erscheinung [...] das fast völlige Fehlen der amtlichen Vollform Bundesrepublik Deutschland«<sup>68</sup>. Die Kurzform *Bundesrepublik* dagegen ist die am dritthäufigsten belegte Einzelform zur Bezeichnung des westlichen Teilstaates.<sup>69</sup> Politisch wurde der Name *Bundesrepublik Deutschland* bis zur Wende in der Deutschlandfrage 1969 nicht anerkannt. Zu sehr stand hinter diesem Ausdruck der Alleinvertretungsanspruch Westdeutschlands.<sup>70</sup> Gemäß der offiziellen DDR-Doktrin wurde »Deutschland« zunehmend zu einem historischen Begriff.<sup>71</sup> Die Ost-CDU vollzog diese bereits in den fünfziger Jahren in Ansätzen bestehende Deutung mit, wie sich an der weitgehenden Vermeidung der Bezeichnung *Bundesrepublik Deutschland* und des Ausdrucks *Deutschland* zeigt.

### Stereotype Verwendungsweisen

Neben der Vermeidung und Bevorzugung von Lexemen, wie es sich in der Lexik quantitativ niederschlägt, bestehen verschiedene Möglichkeiten einer qualitativen Veränderung von Lexemen im Wortschatz einer Gruppe. Im hier behandelten Bereich der Benennungen für Deutschland und des Einheitsdiskurses geschieht dies v. a. durch eine konsequente Verwendung von Ausdrücken in festgelegten Kontexten und in Verbindung mit Attributen, die als wesensbestimmende invariante Merkmale erscheinen und bestimmte inhaltliche Aspekte hervorheben. Keßler nennt als Beispiel einige Bezeichnungen für sozialistische Staaten im »Neuen Deutschland« und kommt zu dem Schluß: »Es sind adäquate Benennungen, deren Benennungsmotiv besonders die Hervorhebung der begrifflichen Elemente des Friedlichen und der demokratischen Erneuerung ist.«<sup>72</sup> Das Verhältnis von Kontext und merkmalsbestimmenden Attributen, die sie zur Benennung rechnet, bezeichnet sie als »dialektische Einheit«, die sich darin zeige, daß »bestimmte Benennungen bestimmte Kontextelemente erfordern oder ausschließen und

<sup>68</sup> MARZAHN (wie Anm. 43), S. 186.

<sup>69</sup> Vgl. EBD., S. 187.

<sup>70</sup> Vgl. BERSCHIN (wie Anm. 17), S. 22.

<sup>71</sup> Vgl. EBD., S. 28 f. Vgl. *Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache*, 1. Auflage 1967, Art. »Deutschland/Ländername« und *Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache*, 2. Auflage 1974; Art. »Ländername für das Territorium der deutschen Nation, besonders des ehemaligen deutschen Staates bis zur Herausbildung der zwei deutschen Staaten DDR und BRD 1945«.

<sup>72</sup> KESSLER (wie Anm. 43), S. 205.

daß zum anderen auch in bestimmten Kontexten jeweils bestimmte Benennungen vorkommen.« So komme es, daß »das Merkmal ›sozialistisch‹ in der DDR-Presse ›abwertende Kontextelemente‹ ausschließe.<sup>73</sup>

Im Wortschatz der DDR lassen sich seit ihrer Gründung viele solcher konnotationbestimmten<sup>74</sup> Wortverbindungen feststellen.<sup>75</sup> Die in der Deutschlandpolitik und im Einheitsdiskurs relevanten Stereotypen finden sich in großer Zahl auch im Sprachgebrauch der Ost-CDU. Es handelt sich dabei u. a. um Kombinationen der Lexeme *Einheit*<sup>76</sup>, *Wiedervereinigung* und *Deutschland* mit den Adjektiven *einig*, *einheitlich*, *demokatisch* und *friedlich*, häufig auch in Reihung, z. B.:

»demokratisches Deutschland (57a); ein einheitliches demokratisches Deutschland (52a); ein einheitliches, friedliches und demokratisches Deutschland (51d/52a); friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands (54a); Wiedergeburt eines einigen Deutschlands auf demokratischer Grundlage (50g); Wiederherstellung der deutsche Einheit auf demokratischer und friedlicher Grundlage (57a); die deutsche Wiedervereinigung auf friedlicher und demokratischer Grundlage (57c); für ein einheitliches Deutschland, das ein Land des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts sein muß« (57a).

Bezeichnend ist die Zahl der Varianten. Einen Hinweis auf die Usualität solcher Lexemverbindungen liefert das Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache (WDG), das unter dem Lemma *Deutschland* als Beleg aufführt:

---

73 EBD., S. 206.

74 Im Unterschied zur Denotation, die den kontext- und situationsunabhängigen, konstanten begrifflichen Kerninhalt eines sprachlichen Ausdrucks darstellt, liegen mit Konnotationen individuelle, subjektive, variable, emotive Inhaltskomponenten von Wörtern vor. Zum instrumentellen Einsatz von Konnotationen in der DDR vgl. den Aufsatz von Birgit STOLT, *Ab- und Aufbau von Konnotationen. Ein Diskussionsbeitrag zum sprachlichen Ost-West-Problem*, in: *Zum öffentlichen Sprachgebrauch in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR. Methoden und Probleme seiner Erforschung* (Sprache der Gegenwart, Bd. 18), zusammengestellt von Manfred W. HELLMANN, Düsseldorf 1973, S. 266-287.

75 Vgl. HELLMANN (wie Anm. 22), S. 522. Siehe auch die für die sechziger Jahre ost-west-vergleichende Untersuchung von Inge KRAFT, *Zum Gebrauch des attributiven Adjektivs in beiden Teilen Deutschlands mit besonderer Berücksichtigung des russischen Spracheinflusses*, in: *Muttersprache* 78 (1968), S. 65-78, S. 65 f.: »Im Umgang mit Texten aus dem ›Neuen Deutschland‹ [...] fällt der übermäßig reichliche Gebrauch des attributiven Adjektivs auf. Hinzu kommt eine bedeutende Formelhaftigkeit [...].«

76 In dem Lexem *Einheit* treffen sich der vom Synthese-/Unionskonzept bestimmte ideologische Anspruch der CDU und die von der KPD bereits 1933 vertretene Parole der »Einheit der Arbeiterklasse«. Vgl. dazu BARTHOLMES (wie Anm. 24), S. 23, und REICH (wie Anm. 26), S. 64. 1950-1956 war die Einheit Deutschlands ein herausragender Themenkomplex in der SED-Propaganda. Vgl. auch *Wörter und Wortgebrauch in Ost und West* (wie Anm. 30), S. 333 ff.

»ein demokratisches, einheitliches D.« Damit sind zwei wesentliche Epitheta zum Lexem *Deutschland* genannt.

Korpusanalysen belegen, daß in den Jahrgängen 1949-1959 des »Neuen Deutschland« *demokratisch* mit *deutsch*, *friedlich*, *friedliebend* und *einheitlich* reihend verbunden wird, insbesondere vor den Substantiven *Deutschland* und *Staat* sowie in Verbindung mit der Konstruktion *auf ... Grundlage*.<sup>77</sup> Eine umfassende Liste mit Häufigkeitsangaben liefert die Korpus-Untersuchung von MARZAIN,<sup>78</sup> wobei die Verbindung der drei Epitheta *einheitlich*, *friedliebend* und *demokratisch* mit *Deutschland* im Jahrgang 1954 des »Neuen Deutschland« die häufigste Kombination darstellt. Es ist anzunehmen, daß sie zu jenen Adjektiven gehören, die nach Mitteilung des Kommunisten A. Köstler »sowohl ungefährlich als auch vorschriftsmässig waren«.<sup>79</sup>

In ihrer stereotypen Verwendung treten sie im Sprachgebrauch der Ost-CDU zuerst Anfang der fünfziger Jahre wahrnehmbar auf und nehmen an Zahl und Frequenz kontinuierlich bis zum Ende des Beobachtungszeitraums zu. Sie werden damit zu sprachlichen Symptomen eines zunehmenden Anpassungsdrucks der Union im Verlauf der Stabilisierung der DDR nach ihrer Gründung 1949. Gerade im Wortschatzbereich der Außen- und Deutschlandpolitik war die Gefahr groß, sich durch abweichende Wortwahl der SED politisch verdächtig zu machen. So verwundert es nicht, daß dieser Teil der CDU-Lexik im Untersuchungszeitraum stärker als die bereits analysierten Bereiche, in denen die Union länger ihre ideologische Eigenständigkeit bewahren konnte, von dem durch die SED-Parteisprache dominierten politischen Sprachgebrauch der DDR beeinflußt wurde.

Die lexikalischen Einheiten zur Bezeichnung für Deutschland als Ganzes sowie seiner beiden Teilstaaten nach 1949 und zur Verbalisierung der Forderung nach Einheit und Wiedervereinigung stellen einen der am weitesten ausgebauten und durch die politische Sprache der DDR am deutlichsten geprägten Bereiche der CDU-Lexik dar, wie die exemplarische Darstellung des Lexems *Nation*, die Benennungen für die Bundesrepublik Deutschland und die Untersuchung sprachlicher Stereotypen zeigt.

### 3. Überblick: die Entwicklungstendenzen des Wortschatzes der Ost-CDU

Eine Analyse der Lexik der Ost-CDU<sup>80</sup> zeigt deutlich, daß die historischen Ereignisse nach 1945 auch Auswirkungen auf den Parteiwortschatz der

77 *Wörter und Wortgebrauch in Ost und West* (wie Anm. 30), S. 257 und 453.

78 MARZAIN (wie Anm. 43), S. 194-196.

79 Zitiert nach BARTHOLMES (wie Anm. 24), S. 51.

80 Zur genauen Analyse der einzelnen Phänomene vgl. meine Arbeit (Anm. 1).

Union hatten. Der CDU-Wortschatz von 1945-1957 lässt sich grob in drei Phasen einteilen:

1. Phase: In den Jahren 1945 bis 1949 besaß die CDU – soweit es unter der sowjetischen Besatzungsmacht möglich war – eine relative politische wie ideologische Eigenständigkeit. Diese zeigt sich in der selbstbewussten und zum Teil auf Abgrenzung zu anderen Parteien zielenden Vertretung eigener ideologischer Konzepte. Die programmvertretenden Schlagworte *Christlicher Sozialismus* und *Sozialismus aus christlicher Verantwortung*, deren antimarxistische Interpretation bis 1951 Gültigkeit hatte, an deren Ersetzung aber bereits 1950 parteiintern gearbeitet wurde, sind Ausdruck dieser selbstbewussten Haltung. Im Rahmen des Programms »Sozialismus aus christlicher Verantwortung« kam es bei einer relativ häufigen Verwendung religiösen Wortguts auch zu einer religiösen Interpretation politischer bzw. standardsprachlicher Lexeme (z. B. *fortschrittlich*, *sozialistisch*, *Synthese*). Daneben wurden meist über die Vorstufe der usuellen Kombination von lexikalischen Einheiten aus dem Bereich der Religion (z. B. *christliche Demokraten*) mit solchen aus der Politik ursprünglich religiöse Ausdrücke ihres transzendenten Gehalts entleert und säkularisiert (hier z. B. *christlich*). Kennzeichnend ist der oft unreflektierte Gebrauch solcher Lexeme in der politischen Sprache der Partei. Charakteristisch für diese erste Phase ist auch der erhöhte Definitionsbedarf zahlreicher lexikalischer Einheiten, die im Nationalsozialismus und in der marxistisch-leninistischen Tradition ideologisch einseitig festgelegt waren (z. B. *Demokratie*, *Sozialismus*, *Fortschritt*). Der Wortschatz der CDU weist von 1945 bis 1949, sowohl was seinen Bestand als auch die Verwendungsweise der Lexeme anbelangt, die höchste Spezifität und damit Eigenständigkeit im Untersuchungszeitraum auf.

2. Phase: Die Jahre von der Gründung der DDR bis zur Anerkennung der führenden Rolle der SED auf dem sechsten Parteitag der Union 1952 können als Übergangsphase bezeichnet werden. Während einige Wortschatzbereiche wie die der Wirtschaft und der Außenpolitik (mit dem weit ausgebauten Wortfeld der Bezeichnungen für Deutschland, die beiden deutschen Staaten und die Forderung nach Wiedervereinigung) bereits im Vergleich zum SED-Sprachgebrauch keine nennenswerte Spezifität mehr aufweisen (vgl. *Nation*, *Deutschland*, *westdeutscher Separatstaat*), zeichnen sich die ideologisch eigenständigeren Wortschatzbereiche, durch CDU-spezifische Lexeme und Verwendungsweisen aus. Dazu zählt auch das Vokabular des »Christlichen Realismus« mit seinen Schlagworten (z. B. *Thesen des Christlichen Realismus* und Varianten, *Realismus*), die z.T. noch über diese Phase hinaus bis 1954 wirksam blieben. Damit einher geht der Versuch, sich durch eine erhöhte Verwendung religiösen Wortguts als christliche Partei zu profilieren. Die Frequenz religiöser Ausdrücke steht dabei jedoch in keinem Verhältnis zu den damit verbalisierten programmatischen Aussagen, die unter dem An-

passungsdruck an die herrschenden Machtverhältnisse zunehmend marxistischen Theorien entsprechen. Auch im Lexeminventar treten Veränderungen auf. Teils verschwinden auffällige Lexeme der Anfangsjahre (z. B. *Toleranz*, *Freiheit*), teils werden Vokabeln aus dem sozialistischen Parteiwortschatz in unspezifischer Verwendung durch die CDU übernommen. Dabei handelt es sich v. a. um Elemente des Kampfvokabulars (z. B. *Aggression*, *Krieg*, *Kampf*), die sich zunehmend gegen den politischen und ideologischen Gegner in der Bundesrepublik Deutschland richten.

3. Phase: Mit dem Jahr 1952 liegt trotz des darüber hinaus wirksamen Programms »Christlicher Realismus« eine Zäsur im Wortschatz der Ost-CDU vor. Die Gleichschaltung der Partei, die in einigen bereits erwähnten Wortschatzbereichen ab 1949 zu Angleichungsprozessen auf sprachlicher Ebene führte, tritt nun umfassend zutage. So wird der Wendepunkt zu einer Gleichschaltung der Union in ihren offiziellen Äußerungen auch auf sprachlicher Ebene markiert. Nach und nach zeigt sich neben einem entsprechenden Umbau des Lexeminventars (z. B. im Verschwinden religiösen Wortguts) auch eine veränderte inhaltliche Interpretation ideologierelevanter Lexeme (z. B. *Sozialismus*, *Demokratie*). Neben einer solchen Schlagwortanpassung sind zahlreiche direkte Übernahmen marxistisch-leninistischer Termini zu verzeichnen (vgl. *Kader*, *Imperialismus*). Der Wortschatz erfährt mit der Durchsetzung des kämpferischen marxistisch-leninistischen Friedenskonzepts in der CDU im Bereich militärischer Ausdrücke einen weiteren Ausbau. Ab 1952 und verstärkt 1957 sind negativ wertende Komposita mit *Adenauer*- als spezifisch für die CDU zu verzeichnen. DDR-Schlagworte wie *friedliche Koexistenz* sind mit leichter Verzögerung auch im CDU-Wortschatz aufzufinden. In dieser Phase wird auch der wirtschaftsbezogene Wortschatzbereich der Union stark erweitert. Die inhaltlich an der ökonomischen Theorie von Marx orientierten Lexeme werden von der Partei weitgehend unspezifisch verwendet, während bis 1951 noch eine deutlich auf Abgrenzung zielende Anwendung und einige Bezeichnungsspezifika zu verzeichnen waren, so wurde z. B. statt des Wortes *Plan* der Ausdruck *Lenkung* als Alternative bevorzugt. Mit diesen Erscheinungen einher geht die Übernahme DDR-typischer Stereotypen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Entwicklung des CDU-Wortschatzes nicht losgelöst von den politischen Ereignissen in der SBZ/DDR vor sich ging, auch wenn einzelne Wortschatzbereiche sich unterschiedlich und zum Teil zeitverzögert dazu verändern. Eine Sprachlenkung durch die SED als herrschende Staatspartei fand allerdings nur vermittelt über die von ihr maßgeblich beeinflußten und dominierten historischen Geschehnisse und die Medien statt. Von einer Sprachmanipulation kann jedoch keinesfalls ausgegangen werden, da – wie zahlreiche interne Äußerungen belegen – Bevorzugung und Vernachlässigung von ideologisch relevanten

Lexemen und Verwendungsweisen stets bewußt aufgrund intensiver Reflexion und Diskussion in den Arbeitskreisen erfolgte. Bei der Analyse der CDU-Lexik ist jedoch immer der pragmatische Aspekt zu beachten, daß die Union in ihren offiziellen Äußerungen zwischen den beiden Polen sprachlich bezeugter Linientreue und sprachlich geleisteter Profilierung und Rechtfertigung als eigenständige Partei Ausgleich schaffen mußte.

Allerdings fand die Anpassung der CDU-Lexik an den Sprachgebrauch der DDR und der sozialistischen Staatspartei eine Grenze bei allzu kommunistisch belegten Ausdrücken wie *Proletarier* und *Klassenkampf*. Solche Formulierungen stießen von seiten der Parteibasis auf Widerstand und führten zu heftigen Diskussionen.

Insgesamt ist der Wortschatz der Christlich-Demokratischen Union aufgrund ihres kulturellen Hintergrundes charakterisiert durch eine im Vergleich zu anderen SBZ/DDR-Parteien überdurchschnittliche Verwendung religiösen Wortguts. Außer dem Parteinamen, der – selbst eine wichtige lexikalische Einheit – die wesentlichen Kategorien des Parteidenkens in den Kernlexemen *christlich*, *demokratisch*, *Union* und *Deutschland* vorgibt, und einer ganzen Reihe von Wertungs- und Verwendungsspezifika (insbesondere bis 1952) sind für den CDU-Sprachgebrauch noch einige funktionssprachliche Ausdrücke (v. a. Bildungen mit *Union*, z. B. *Unionsfreund*) als Bestandsspezifika kennzeichnend.

Angesichts des oben erhobenen Befundes, daß in der Lexik der Ost-CDU eine zunehmende Anpassung des Lexeminventars und seiner Verwendungsweise in den Jahren 1945-1957 stattfand, stellt sich die Frage, ob und inwieweit der Wortschatz der Union außerhalb der parteieigenen Darstellungen im öffentlichen Diskurs der DDR repräsentiert war.

Von großer Wichtigkeit schienen die in der Union so frequent gebrauchten, programmbezeichnenden Mehrwortlexeme des »Christlichen Sozialismus« und »Christlichen Realismus« für die offizielle Sprache der DDR nicht gewesen zu sein. Gebucht werden sie jedenfalls nicht in den DDR-Lexika, und auch im »Neuen Deutschland« findet kein nennenswerter Gebrauch dieser Lexeme statt. Auch wenn die Ost-CDU im Verlauf der Friedenskampagne viele Termini des marxistisch-leninistischen Klassenkampfvokabulars übernahm, so fanden von ihr ausgehende invektive Ausdrücke andererseits keinen Eingang in die Sprache des »Neuen Deutschland« oder in die Lexika. Die Bildung von Komposita mit *Adenauer*- zur Diffamierung der westdeutschen Politik wurde nicht durch die SED übernommen, die statt dessen Bildungen mit *Bonn*- bevorzugte.

Vergleicht man diese geringe Repräsentation der für die CDU wichtigen Lexeme im öffentlichen Diskurs der DDR mit den zahlreichen Übernahmen aus dem marxistisch-leninistischen Wortschatz und den Umdeutungen im

Sinne des SED-Sprachgebrauchs, scheint es fraglich, ob man ab Mitte der fünfziger Jahre in bezug auf die Blockpartei CDU überhaupt noch von einem spezifischen Parteiwortschatz sprechen kann. Von einer oppositionellen, auf Differenz angelegten Sprache kann jedenfalls keine Rede sein. Die Frage, ob sie im politischen System der DDR überhaupt möglich gewesen wäre, soll hier dahin gestellt bleiben.

### Siglenverzeichnis

- 45a Gründungsauftruf der Christlich-Demokratischen Union. 26 Juni 1945. ACDP VII-011-2376.
- 45b »*Unsere Zeitung Neue Zeit*« in: *Neue Zeit* v. 22 Juli 1945.
- 45c Agitationsmaterial Folge Ia. 1945 [?]. Manuskript. ACDP VII-012-1027.
- 46 a Der soziale und staatspolitische Wille der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Rede Jakob Kaisers, Berlin 13. Februar 1946. In: Jakob KAISER, *Wir haben Brücke zu sein. Reden Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik*, hrsg. von Christian HACKE, Köln 1988, S. 86-99. [Anschreiben von G. Dertinger inkl. Verteiler des Manuskripts. ACDP VII-010-2179].
- 46c »Die Christlich-Demokratische Union ruft auch Dich!«. 1946 [?]. Flugblatt. ACDP VII-012-2401.
- 46d »Achtung! Hier spricht die CDU«. 7. Aug. 1946. Flugblatt. ACDP VII-012-2401.
- 46e »Arbeiter der Stirn und der Faust«. 1946. Flugblatt. Wiederabdruck in: *Der Tagesspiegel* v. 3. Sept. 1976.
- 47a »Rüstzeug für die Freunde der Union: Vom Wesen des christlichen Sozialismus«, in: *Die Union* v. 16. April 1947.
- 47b Grundsätze zur Verfassung. 1. April 1947. Manuskript Vorstand. ACDP VII-010-2037.
- 48a »Unbeirrbar sozialistisch«, in: *Union teilt mit* v. März 1948, S. 1-2.
- 48b »Entscheidung aus gesamtdeutscher Verantwortung«, in: *Union teilt mit* v. Juni 1948.
- 49a Satzung von 1949, Berlin 1949.
- 49b »An Deutschland! Erklärung der Christlich-Demokratischen Union«. Flugblatt. 1. Jan. 1949.
- 49c »Erwartungen und Forderungen. Entschließung des Hauptvorstandes der CDU zur politischen Lage«, in: *Union teilt mit* v. Okt. 1949.
- 50 a Neujahrsaufruf 1950. 1. Jan. 1950. In: *Dokumente der CDU*, Bd. I, Berlin 1956, S. 43 f.
- 50 e Desczyk: »Sozialismus aus christlicher Verantwortung« (Vortrag), in: *Union teilt mit* v. März 1950.

- 50 f Götting: »Zum Jubiläum der NZ«, in: *Neue Zeit*, 23. Juli 1950.
- 50 g »Entwurf! Thesen der CDU«. 3. Mai 1950. ACDP VII-010-1721.
- 50 k »Ist ein nicht-marxistisch-leninistischer Sozialismus möglich?«. 1950. Manuskript. ACDP VII-013-878.
- 51 a Neujahrsaufruf 1951. 1. Jan. 1951. In: *Dokumente der CDU*, Bd. I, Berlin 1956, S. 93 f.
- 51 b »Den deutschen Notstand bannen!«. 1951. ACDP VII-011-710.
- 51 c Götting: »Bedeutung der Arbeitstagung von Meißen«, in: *Neue Zeit* v. 30. Okt. 1951.
- 51 d Götting: »Anleitung zum gemeinsamen Handeln«, in: *Neue Zeit* v. 4. Dez. 1951.
- 51 e Politische Entschließung des Hauptvorstandes. Jan. 1951. ACDP VII-011-710.
- 52 a Satzung von 1952, Berlin 1952.
- 52 b »Vorwärts zum 6. Parteitag und zum Aufbau des Sozialismus«. 1952. ACDP VII-012-2401.
- 52 c *Die Thesen des Christlichen Realismus. Bestätigte Fassung v. 18. Okt. 1952*, in: *Wir diskutieren die Meißener Thesen*, [Berlin 1952], S. 80-85.
- 52 d Briefwechsel Rimpler/Desczyk im Jan. 1952 über die Meißener Thesen. ACDP VII-010-1459.
- 52 e »Betr.: Schlußredaktion Meißener Thesen«. 30. Juni 1952. Manuskript: Übersicht über die Änderungsvorschläge. ACDP VII-010-1721.
- 53 a Götting: »In unzerstörbarer Freundschaft für den Frieden«, in: *Neue Zeit* v. 24. Mai 1953.
- 53 d Kommentar zu den Thesen des Christlichen Realismus. 14. März 1953. Manuskript des überarbeiteten Entwurfs von Trebs durch Bredendiek an Götting [bis einschl. These 2]. ACDP VII-010-3017.
- 54 a Satzung von 1954, Berlin 1954.
- 54 a' Änderungen der Satzung von 1954, Berlin 1954.
- 54 b 1954: Jahr der vorbildlichen Parteiarbeit. Neujahrsaufruf des Politischen Ausschusses der Christlich-Demokratischen Union. 1. Jan. 1954. In: *Dokumente der CDU*, Bd. I, Berlin 1956, S. 199 f.
- 54 c »Betr.: Wissenschaftlicher Arbeitskreis« v. 3. März 1954. Manuskript. ACDP VII-013-873.
- 55 a Neujahrsaufruf 1955. 1. Jan. 1955. In: *Dokumente der CDU*, Bd. I, Berlin 1956, S. 238 f.
- 55 b Otto Nuschke: »Jugendweihe«, in: *Neue Zeit* v. 16. Okt. 1955.
- 55 c »Richtlinien und Themenplan für die Zirkelschulung«, in: *Union teilt mit* v. Febr. 1955, S. 11 f.

- 55d »Schwarz auf weiß. Das Schwarzbuch – eine Waffe zur rechten Zeit, in: *Union teilt mit* v. März 1955.
- 56 a Entschließung des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union. Vorlage für die Sitzung v. 10./11. April 1956. Manuskript mit handschriftlichen Änderungen im Text und Änderungsvorschlägen v. 11. April 1956. ACDP VII-010-1028.
- 57a »12 Jahre Christlich-Demokratische Union«. 1957. ACDP VII-012-2401.
- 57c »Kraftzentrum gegen Adenauerpolitik«, in: *Neue Zeit* v. 19. Sept. 1957.
- 57f »Konzeption der Koexistenz – Ergebnis der Oktoberrevolution«, in: *Neue Zeit* 1. Okt. 1957.
- o.D.a »Die Geschichte der Christlich-Demokratischen Union«.[1949?]. Manuskript. ACDP VII-013-1244.

# Konfessionelle Irritationen in der frühen Bundesrepublik

Von Ulrich von Hehl

Seit der Vereinigung Deutschlands im Jahre 1990 liegt die Geschichte der Demokratiegründung im westdeutschen Kernstaat als ein abgeschlossenes Ganzes vor uns. Sie gilt im historischen Rückblick, zumindest bei denen, deren Urteil durch Realitätssinn und Nüchternheit geprägt ist, als ein außerordentlich geglücktes Unterfangen: Zum ersten Mal in ihrer (neueren) Geschichte hat sich eine breite Mehrheit der Deutschen auf den Boden der parlamentarischen Demokratie westlicher Prägung gestellt, und der wirtschaftliche Aufstieg aus der Zusammenbruchssituation von 1945 war beispiellos.<sup>1</sup>

Daß an diesem Erfolg auch die westdeutschen Katholiken einen wesentlichen Anteil hatten, erklärt sich zunächst aus dem statistischen Befund.<sup>2</sup> Denn als Folge der Beschlüsse von Jalta und Potsdam wie als Folge des Kalten Krieges waren die vornehmlich evangelischen Gebiete Ost- und Mitteldeutschlands verloren gegangen bzw. durch den Eisernen Vorhang abgetrennt worden, während die traditionell katholischen Siedlungsgebiete ohnehin im Süden und Westen lagen und durch Flucht und Vertreibung weitere Katholiken in die Westzonen strömten. Hatten die Katholiken im Deutschen Reich von 1871-1945 nur eine Bevölkerungsminorität von einem Drittel gebildet, so war 1950 in der Bundesrepublik ein annähernder konfessioneller Gleichstand von 44,3 Prozent (römisch-katholisch) zu 51,5 Prozent (evangelisch) erreicht, der sich in den folgenden Jahren weiter zugunsten der Katholiken verschob<sup>3</sup> und ihnen erstmals seit der Reformation und den religiopolitischen Auseinandersetzungen des 16. und 17. Jahrhunderts wieder eine »strukturelle Mehrheitsfähigkeit« bescherte.<sup>4</sup> Nicht nur Martin

1 Vgl. hierzu auch die Schlaglichter bei Hans MAIER, *Die Deutschen und die Freiheit. Perspektiven der Nachkriegszeit*, Stuttgart 1985.

2 Zum Folgenden vgl. Karl FORSTER, *Der deutsche Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Anton RAUSCHER (Hrsg.), *Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803-1963*, Bd. I, München-Wien 1981, S. 209-264; als Überblicksdarstellung Heinz HÜRTEN, *Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800-1960*, Mainz 1986.

3 STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.), *Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972*, Stuttgart u. a. 1972, S. 97; Joseph Kardinal HÖFFNER, *Pastoral der Kirchenfremden*, Bonn 1979, S. 8-11. Zu den Daten nach der Wiedervereinigung vgl. *Katholische Kirche in Deutschland. Statistische Daten 1995*, Bonn [1996].

4 Vgl. auch Karl SCHMITT, *Konfessioneller Konflikt und politisches Verhalten in Deutsch-*

Niemöller, Hitlers »most famous prisoner« und nunmehriger Kirchenpräsidenten von Hessen-Nassau,<sup>5</sup> konnte sich somit der Eindruck aufdrängen, daß die Protestanten die eigentlichen Verlierer des Krieges seien.<sup>6</sup>

Dem gewachsenen Bevölkerungsanteil entsprach ein starkes politisches Engagement der Katholiken. Ohne wie der Protestantismus durch lärmende Auseinandersetzungen um die »Schuldsfrage« oder widerstreitende theologische Richtungen behindert zu sein, denen nicht selten auch unterschiedliche politische Optionen entsprachen,<sup>7</sup> waren sowohl bei der Gründung der interkonfessionellen Unionsparteien wie bei der Vertretung kirchlicher Forderungen im Zuge der Verfassungsberatungen meist Katholiken der initiativ Teil.<sup>8</sup> Mit Konrad Adenauer übernahm 1949 ein dezidiert katholischer, frei-

*land: vom Kaiserreich zur Bundesrepublik*, in: Heinrich BEST (Hrsg.), *Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich*. St. Katharinen 1989, S. 155-174, hier 165.

<sup>5</sup> Matthias SCHREIBER, *Martin Niemöller*, Reinbek 1997, S. 96. Vgl. auch James BENTLEY, *Martin Niemöller. Eine Biographie*, München 1985, passim.

<sup>6</sup> Interview mit dem »Wiesbadener Kurier« vom 16. Dezember 1949, das seinerseits eine berichtigende Kommentierung eines am 14. Dezember 1949 in der »New York Herald Tribune« verkürzt wiedergegebenen Interviews darstellt. Ausführliche Dokumentation im *Kirchlichen Jahrbuch 76* (1949), S. 239-260.

<sup>7</sup> Vgl. Gerhard BESIER/Gerhard SAUTER, *Wie Christen ihre Schuld bekennen. Die Stuttgarter Erklärung 1945*, Göttingen 1985; Martin GRESCHAT, *Zwischen Aufbruch und Beharrung. Die evangelische Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Victor CONZEMIUS u. a. (Hrsg.), *Die Zeit nach 1945 als Thema kirchlicher Zeitgeschichte*, Göttingen 1988, S. 99-126; Dorothee BUCHHAAS-BIRKHOLZ (Bearb.), »Zum politischen Weg unseres Volkes. Politische Leitbilder und Vorstellungen im deutschen Protestantismus 1945-1952. Eine Dokumentation«, Düsseldorf 1989; Anselm DOERING-MANTEUFEL, *Die »Frommen« und die »Linken« vor der Wiederherstellung des bürgerlichen Staats. Integrationsprobleme und Interkonfessionalismus in der frühen CDU*, in: Jochen-Christoph KAISER/DERS. (Hrsg.), *Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland*, Stuttgart u. a. 1990, S. 88-108. Unter konfessionsübergreifendem Aspekt vgl. auch Maria MITCHELL, *Materialism and Secularism: CDU Politicians and National Socialism 1945-1949*, in: *The Journal of Modern History* 67 (1995), S. 278-308; Michael J. INACKER, *Zwischen Transzendenz, Totalitarismus und Demokratie. Die Entwicklung des kirchlichen Demokratieverständnisses von der Weimarer Republik bis zu den Anfängen der Bundesrepublik (1918-1959)*, Neukirchen-Vluyn 1994.

<sup>8</sup> Aus der Fülle des einschlägigen Schrifttums vgl. vor allem Rudolf MORSEY, *Katholizismus und Unionsparteien in der Ära Adenauer*; DERS., *Adenauer und Kardinal Frings 1945-1949*; DERS., *Der deutsche Katholizismus in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949*. Wiederabdruck in: DERS., *Von Windthorst bis Adenauer. Ausgewählte Aufsätze*, Paderborn u. a. 1997, S. 262-285, 686-702, 243-261; Heinz HÜRTEN, *Der Beitrag christlicher Demokraten zum geistlichen und politischen Wiederaufbau und zur europäischen Integration nach 1945: Bundesrepublik Deutschland*; DERS., *Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Katholiken*, Wiederabdruck in: DERS., *Katholiken, Kirche und Staat als Problem der Historie. Ausgewählte Aufsätze 1963-1992*, Paderborn u. a. 1994, S. 257-267, 268-281. Ferner Helmuth PÜTZ (Bearb.), *Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946-1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands*, Bonn 1975; Alf MINTZEL, *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972*, Opladen 1978; Winfried BECKER, *CDU und CSU 1945-1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei*, Mainz 1987; Horstwalter HEITZER, *Die CDU in der britischen Zone 1945-1949. Gründung, Organisation, Programm und*

lich auch entschieden ökumenisch gesinnter und gänzlich »unklerikaler« Politiker die Kanzlerschaft.<sup>9</sup> Dem ersten Bundeskabinett gehörten neben neun Katholiken nur fünf Protestanten an. Erst im 1953 gebildeten 2. Kabinett Adenauer gab es ein annäherndes konfessionelles Gleichgewicht, während die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sogar durchgängig einen deutlich höheren Anteil an evangelischen Abgeordneten aufwies, als es den evangelischen Wählerstimmen bzw. Unionsmitgliedern entsprach.<sup>10</sup> Denn ungeachtet aller Bemühungen blieb die CDU/CSU trotz allmählicher Abschleifungen bis weit in die 80er Jahre »eine dominant katholische Partei«<sup>11</sup>; sie konnte 1949 nur ein Viertel, 1953 immerhin ein starkes Drittel der evangelischen Wählerstimmen auf sich ziehen gegenüber 62 Prozent bei den Katholiken.<sup>12</sup>

Jedenfalls duldet es keinen Zweifel, daß die Grundzüge der Adenauerschen Deutschland- und Außenpolitik, seit dem Schock des Koreakrieges auch die äußerst umstrittene Wiederbewaffnung des westdeutschen Teilstaates, namentlich aber die eindeutige Anbindung an den Westen längstens seit 1953 von der weit überwiegenden Mehrheit der deutschen Katholiken unterstützt wurden, während sie im evangelischen Bevölkerungsteil nur geteilte Zustimmung fanden.<sup>13</sup> Gerhard Schmidtchen hat daher die Katholiken

Politik, Düsseldorf 1988; Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU 1945-1982*, Stuttgart 1993. – Schließlich Werner SÖRGEL, *Konsensus und Interessen. Eine Studie zur Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1969; Frederic SPOTTS, *Kirchen und Politik in Deutschland*, Stuttgart 1976; Klaus GOTTO, *Die katholische Kirche und die Entstehung des Grundgesetzes*, in: Anton RAUSCHER (Hrsg.), *Kirche und Katholizismus 1945-1949*, Paderborn 1977, S. 88-108. Burkhard van SCHEWICK, *Die katholische Kirche und die Entstehung der Verfassungen in Westdeutschland 1945-1950*, Mainz 1980; Thomas M. GAULY, *Katholiken. Machtanspruch und Machtverlust*, Bonn 1991. – Vgl. auch M. J. INACKER (wie Anm. 7), S. 248, 254-259, 302.

<sup>9</sup> Hierzu maßgeblich Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876-1952*; DERS., *Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967*, Stuttgart 1986 u. 1991.

<sup>10</sup> R. MORSEY, *Katholizismus und Unionsparteien* (wie Anm. 8), S. 270. Vgl. auch die zeitlich nicht näher präzisierte Angabe von »etwa 19 %« evangelischer CDU-Mitglieder bei Gerhard BESIER, »Christliche Parteipolitik und Konfession. Zur Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU«, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 3 (1990), S. 166-187, hier 167.

<sup>11</sup> Karl SCHMITT, *Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1989, S. 213.

<sup>12</sup> Angaben nach Hans-Peter SCHWARZ, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957*, Stuttgart-Wiesbaden 1981, S. 122; K. SCHMITT, *Konfession und Wahlverhalten* (wie Anm. 11), S. 214. Vgl. auch Klaus GOTTO, *Die deutschen Katholiken und die Wahlen in der Adenauer-Ära*, in: Albrecht LANGNER (Hrsg.), *Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik 1949-1963*, Paderborn u. a. 1978, S. 7-32.

<sup>13</sup> Vgl. F. SPOTTS (wie Anm. 8), S. 205-231; Johanna VOGEL, *Kirche und Wiederbewaffnung. Die Haltung der evangelischen Kirche in Deutschland in den Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik 1949-1956*, Göttingen 1978; Heinz HÜRTEN, *Zur Haltung des deutschen Katholizismus gegenüber der Sicherheits- und Bündnispolitik der Bundesrepublik Deutschland 1948-1960*, in: A. LANGNER (Hrsg.), *Katholizismus im politischen System* (wie Anm. 12), S. 83-102; Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Katholizismus und Wiederbewaffnung. Die Haltung der deutschen Katholiken gegenüber der Wehrfrage 1948-1955*, Mainz 1981; DERS. -

auch als »die eigentlichen Entdecker der Bundesrepublik« bezeichnet, und Heinz Hürten spricht kaum weniger pronomiert von der »Bundesrepublik und *ihren* [Hervorhebung d. V.] Katholiken«<sup>14</sup>.

War somit die alte Bundesrepublik »ein katholischer Staat«, »im Vatikan gezeugt und in Washington geboren«, wie Martin Niemöller 1949 verbreiteten Unmut in vielbeachteten Interviews artikuliert hatte, um daran die Bemerkung zu knüpfen, daß eine »Fordauer des westdeutschen Staates ... den Tod des kontinentalen Protestantismus« bedeuten würde?<sup>15</sup> Trafen die massiven Klerikalisierungsvorwürfe zu, wie sie in den Anfangsjahren der Bundesrepublik immer wieder geäußert wurden und in Kurt Schumachers Diktum von der katholischen Kirche als »fünfte[r] Besatzungsmacht« ihren wohl bekanntesten Ausdruck fanden?<sup>16</sup> Immerhin fällt auf, daß sich die Kritiker nahezu ausschließlich im protestantischen Umfeld finden, sei es im bruderrätlichen linken Flügel der EKD, sei es in SPD, FDP, DP, BHE und GVP, die, ohne Parteien »des« Protestantismus zu sein, doch mehrheitlich von protestantischen Wählern gewählt wurden.<sup>17</sup> Mithin ließe sich die These aufstellen, daß die Erfolgsgeschichte der frühen Bundesrepublik einer massiven Wiederbelebung, Politisierung und Instrumentalisierung des alten konfessionellen Gegensatzes abgerungen werden mußte und im wesentlichen eine Erfolgsgeschichte des katholischen Volksteils war.

Diese These ist im folgenden zu prüfen, wobei ich erstens an die Ausgangslage, nämlich den konfessionellen Gegensatz in Deutschland erinnere, sodann zweitens konfessionelle Disharmonien in der Frühgeschichte der Unionsparteien skizziere und mich in einem dritten Schritt der Artikulation konfessionalistischer Positionen und deren auslösenden Faktoren zuwende. Viertens sind dann die Reaktionen der Unionsführung und der Kirchen(leitungen) zu betrachten, ehe ich fünftens nach den tatsächlichen Auswirkungen des Konfessionsstreits frage.

*Die Kirchen und die EVG. Zu den Rückwirkungen der Wehrdebatte im westdeutschen Protestantismus und Katholizismus auf die politische Zusammenarbeit der Konfessionen*, in: *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung*, Boppard 1985, S. 317-335.

14 Gerhard SCHMIDTCHEN, *Protestanten und Katholiken. Soziologische Analyse konfessioneller Kultur*, Bern-München 1973, S. 245; H. HÜRTEN, *Bundesrepublik* (wie Anm. 8).

15 Wie Anm. 6, hier *Kirchliches Jahrbuch* 76 (1949), S. 241 (mit leicht varierter Wiedergabe des »Zeugungs«-Diktums). Die zitierte Fassung nach *Wiesbadener Kurier* vom 16. Dezember 1949, S. 2, Artikel »Betrachtung des Zusammenbruchs von konfessioneller Seite her. Niemöller bezeichnet Bund als katholischen Staat«. Ein ausführlicher Kommentar unter dem Titel »Is the Cold War a Holy War?« in: *The Christian Century* v. 11. Januar 1950, S. 39-41, DA Limburg 15 F (1945-1967).

16 Hier zitiert nach R. MORSEY, *Katholizismus und Unionsparteien* (wie Anm. 8), S. 265. Vgl. auch *Rheinischer Merkur* vom 2. Juli 1949, S. 1 f., Artikel »Die fünfte Besatzungsmacht«, in dem Schumachers »Kampfmethode« als »Spottgeburt aus Nationalismus und Klassenkampf« bezeichnet wurde.

17 K. SCHMITT, *Konfessioneller Konflikt* (wie Anm. 4), S. 164.

### 1. Die »Grundtatsache« Martin Luther

Weit stärker, als es dem heute vorherrschenden säkularisierten Geschichtsbild bewußt ist,<sup>18</sup> haben die Reformation Martin Luthers und der aus ihr erwachsene Gegensatz zwischen den Konfessionen den Gang der neueren deutschen Geschichte bestimmt. Während sich indessen die Konkurrenz von Lutheranern und Reformierten im wesentlichen zu einem theologischen Richtungsstreit verflüchtigte, blieb das Verhältnis von protestantischer Mehrheit und katholischer Minderheit gespannt. Durch die Auswirkungen der Französischen Revolution auf das Alte Reich wurde der komplizierte Gleichgewichtszustand des Westfälischen Friedens beendet, die meisten Katholiken gelangten unter die Herrschaft protestantisch dominierter Staaten, und diese religiöse wie bald auch soziale und vor allem politische Minoritätssituation erschuf im Kaiserreich von 1871 ihre anscheinend dauerhafte Verfestigung. Stoeckers polemisches Wort vom »Heiligen Evangelischen Reich Deutscher Nation« umschrieb somit Anspruch wie politisch-soziale Wirklichkeit. Der Kulturmampf tat ein Übriges, um die Gräben zwischen den Konfessionen zu vertiefen.<sup>19</sup>

In Reaktion auf diese Herausforderung bildete der kirchlich gebundene Katholizismus einen sozialen Milieuverband mit eigener politischer Vertretung in der Zentrumspartei aus. Er wußte seine Position also durchaus erfolgreich zu verteidigen, trug damit aber ungewollt zur Verfestigung konfessioneller Trennungslinien in der Gesellschaft bei. De facto blieben Katholiken bis 1918 Staatsbürger 2. Klasse; und noch in der Weimarer Republik war ihre Inferiorität unübersehbar, obwohl das Zentrum zu einer der staatstragenden Parteien aufstieg und immerhin neunmal den Reichskanzler stellte. Aber alle Versuche, es in eine interkonfessionelle Christliche Volkspartei umzuwandeln, scheiterten an wechselseitigem Mißtrauen.<sup>20</sup>

18 Symptomatisch hierfür dürfte sein, daß das Historische Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, *Geschichtliche Grundbegriffe*, 8 Bde., Stuttgart 1972-1997, auf ein eigenes Stichwort »Konfessionen« verzichtet und im Register mit sehr wenigen einschlägigen Eintragungen auskommt.

19 Aus der Fülle einschlägigen Schrifttums vgl. die Überblicksdarstellungen von H. HÜRTEN, *Kurze Geschichte* (wie Anm. 2); Thomas NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat*; DERS., *Deutsche Geschichte 1866-1918. Bd. I: Arbeitswelt und Bürgergeist*, Bd. II: *Machistaat vor der Demokratie*, München 1987, 1990, 1992; Kurt NOWAK, *Geschichte des Christentums in Deutschland. Religion, Politik und Gesellschaft vom Ende der Aufklärung bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts*, München 1995.

20 Knappe Überblicke bei Rudolf MORSEY, *Der politische Katholizismus 1890-1933*, in: A. RAUSCHER (Hrsg.), *Der soziale und politische Katholizismus* (wie Anm. 2), S. 110-164; Ulrich von HEHL, *Die Zentrumspartei. Ihr Weg vom »Reichsfeind« zur parlamentarischen Schlüsselstellung in Kaiserreich und Republik*, in: Hermann W. von der DUNK/Horst LADEMACHER (Hrsg.), *Auf dem Weg zum modernen Parteiensstaat*. Melsungen 1986, S. 97-120.

Während es für katholisches Denken selbstverständlich ist, daß politisches Handeln auch eine Beziehung zum Glauben hat, hat das evangelische Deutschland vor 1918 keine Notwendigkeit zu vergleichbarer Vertretung seiner politischen Interessen verspürt.<sup>21</sup> Das hatte zunächst theologische Gründe, die auf Luthers Zwei-Reiche-Lehre zurückzuführen sind. Es ist jedoch auch ein sehr »praktischer« Umstand zu bedenken: Durch das spezifisch evangelische Bündnis von Thron und Altar war die Bindung an den monarchischen Obrigkeitstaat im Regelfall eng. Soweit kirchliche Interessen überhaupt Anlaß zu politischer Aktion gaben, erfolgte sie in der Regel über die konservativen Parteien. Das eher unkirchliche Bürgertum sammelte sich meist bei den traditionell kirchenkritischen Liberalen, und die der Kirche weithin entfremdete protestantische Arbeiterschaft fand in der Sozialdemokratie ihre politische Heimat. Politische Positionen hoben sich somit im evangelischen Raum gegenseitig auf. Die wenigen Versuche zu protestantischer Parteibildung (Stoecker, Naumann, Christlich-Sozialer Volksdienst) »sind über kleinste Anfänge nicht hinausgekommen«<sup>22</sup>. Auch fehlte das Fundament einer einheitlich verfaßten und milieuprägenden Kirche mit zahlreicher, kirchlich wie politisch aktiver Anhängerschaft, wie sie auf katholischer Seite dem Zentrum lange den organisatorischen Unterbau ersetzt hatte. Dies verstärkte andererseits bei kirchlich wie unkirchlich gesinnten Protestanten das Mißtrauen gegenüber dem Katholizismus, dessen enge Verbindung von Kirche und Politik als unzulässige klerikale Einmischung empfunden wurde.<sup>23</sup> Umgekehrt bliebe zu prüfen, ob die geringere Politisierung im Protestantismus nicht auch die Kehrseite eines auffälligen Situationsopportunismus darstellt, sich dem jeweils herrschenden Zeitgeist anzupassen.<sup>24</sup>

Waren somit die Ausgangsbedingungen für politisches Engagement bei Katholiken wie Protestanten denkbar unterschiedlich, so hatten andererseits der Anschauungsunterricht der zwölfjährigen NS-Herrschaft, die gemeinsam zu tragenden Folgen des Zweiten Weltkriegs wie auch die Sprecherrolle, die beiden Kirchen gegenüber den Besetzungsbehörden zuwuchs, den ökumenischen Gedanken gestärkt und die Überzeugung gefestigt, daß auch

<sup>21</sup> Hermann EHLERS, *Politischer Radikalismus und christlicher Glaube*, in: *Hermann Ehlers. Präsident des Deutschen Bundestages. Ausgewählte Reden, Aufsätze und Briefe 1950-1954*, hrsg. von Karl Dietrich ERDMANN, Boppard 1991, S. 121-129, hier 125.

<sup>22</sup> DERS., *Grundlagen einer politischen Zusammenarbeit der Konfessionen*, ebd. S. 134-137, hier 135.

<sup>23</sup> Vgl. DERS., (Zur Konfessionalisierung der Politik); *Die konfessionelle Zusammenarbeit in der Politik*, ebd. S. 311-319 u. 319-329, hier 318, 325 f.

<sup>24</sup> Vgl. Thomas NIPPERDEY, *Max Weber, der Protestantismus und die Deutschen. Drei Kommentare zu einem klassischen Thema*, in: *Von Geschichte umgeben. Joachim Fest zum Sechzigsten*, Berlin 1986, S. 179-199, hier 198.

die Folgerungen »aus den Erfahrungen im Hitlerstaat« nur gemeinsam gezogen werden könnten,<sup>25</sup> und zwar unbeschadet der unterschiedlichen Begründung, die auf katholischer Seite im Naturrecht, auf evangelischer dagegen im Bekenntnis fundiert war.<sup>26</sup> Aus christlicher Verantwortung künftig gemeinsam politisch zu handeln, dieser Wille war die Voraussetzung für die Gründung der Unionsparteien.

## 2. Konfessionelle Disharmonien in den Unionsparteien

Wie auch ein interner Lagebericht der Ost-CDU Ende 1952 zu Recht festhielt, stellte die Gründung der Unionsparteien in konfessionsgeschichtlicher wie politischer Hinsicht ein Novum dar. Sie dagegen als ein rein machtpolitisch motiviertes »Bündnis der Katholischen Kirche« mit »restaurativen Kräfte[n] im deutschen Protestantismus« zu interpretieren, darauf gerichtet, »die unbedingte Erhaltung der kapitalistischen Ordnung« zu gewährleisten, sagt mehr über den Wahrnehmungshorizont der Ostberliner Beobachter als über ihren Gegenstand.<sup>27</sup> Denn in Wirklichkeit konnte von einem kirchlichen »Bündnis« schon deshalb keine Rede sein, weil lediglich eine gemeinsame »Grunderfahrung des Christlichen«<sup>28</sup> zu den entscheidenden Gründungsimpulsen zählte, aber schon angesichts der gravierenden theologischen Unterschiede jedermann klar sein mußte, daß es nicht um deren Einebnung, sondern lediglich um Formen praktischer Zusammenarbeit in der Politik gehen konnte.<sup>29</sup>

Auch auf diesem Feld waren die Meinungsunterschiede größer, als der Parteiführung lieb sein konnte. Dies zeigte sich bei vielen politischen Fragen, namentlich bei den Verfassungsberatungen, bei Schule und Elternrecht sowie in der Deutschland- und Außenpolitik, die für Protestanten stets unter gesamtdeutschem Vorbehalt stand; es zeigte sich ferner bei den Beratungen über den Paragraphen 67 des Personenstandsgesetzes und mit besonderer Schärfe bei den Auseinandersetzungen über die Wiederbewaffnung.<sup>30</sup> Aber

---

25 Wie Anm. 23, hier S. 319.

26 K. D. ERDMANN, Einleitung (wie Anm. 21), S. 13f.; vgl. auch Ulrich SCHEUNER, *Die Stellung der evangelischen Kirche und ihr Verhältnis zum Staat in der Bundesrepublik 1949-1963*, in: Anton RAUSCHER (Hrsg.), *Kirche und Staat in der Bundesrepublik 1949-1963*, Paderborn u. a. 1979, S. 121-150, hier 131.

27 Ungezeichneter Lagebericht »Die Lage in Westdeutschland«, [nach 4. November 1952], S. 4. ACDP, Best. VII-013-855.

28 Hans VORSTER, *Das Verhältnis der Konfessionen in Deutschland 1945 bis 1985*, in: *Evangelisch und ökumenisch. Beiträge zum 100jährigen Bestehen des Evangelischen Bundes*, Göttingen 1986, S. 207-227, hier 207.

29 Vgl. H. EHLERS (wie Anm. 22), S. 136.

30 Wie oben Anm. 7, 8 u. 13. – Zur Streitfrage bei den Beratungen über das Personenstandsgesetz, »ob die Strafbestimmung für die Vornahme der kirchlichen Trauung vor erfolgter

schon in der Gründungsphase der Union war es zu konfessionellen Irritationen gekommen. So hatte das »C« im Parteinamen beim bruderrätslichen Flügel des Protestantismus theologische Bedenken ausgelöst,<sup>31</sup> während die von katholischer Seite häufig beschworene Verteidigung des »christlichen Abendlandes«, überhaupt der dezidierte Antikommunismus des Hl. Stuhls auch bei konservativen Protestanten den Verdacht aufkommen ließ, hier solle eine »Kreuzzugsidologie« verbreitet und der evangelische Osten abgeschrieben werden.<sup>32</sup> Andererseits erregte eine aus der protestantischen Schulddiskussion erwachsene Neigung zur Moralisierung der Politik nicht nur das Mißfallen des nüchtern-pragmatischen Adenauer.<sup>33</sup>

Insofern war es vor allem der bürgerlich-konservative Flügel des Protestantismus um den 1950 zum Bundestagspräsidenten gewählten Oberkirchenrat Hermann Ehlers, der sich mit Nachdruck zum Unionsgedanken bekannte. Die EKD-Leitung selbst bewahrte eine unverkennbare Distanz, die freilich vor allem von dem Bemühen bestimmt war, die Einheit der Kirche in West wie Ost auch über ihre dissentierenden Flügel hinweg zu bewahren.<sup>34</sup> Hingegen stellten die katholischen Bischöfe Westdeutschlands sich (nahezu) geschlossen hinter die Unionsparteien und riefen in ihrem Hirtenwort zur Bundestagswahl 1949 zur Stimmabgabe für »christlich gesinnte Abgeordnete« auf.<sup>35</sup>

Ziviltrauung besiegt werden solle«, vgl. den Bericht von Kardinal FRINGS »Einiges zur Situation der katholischen Kirche in Deutschland Herbst 1953 bis Sommer 1954«, Teildruck in: Norbert TRIPPEN, *Interkonfessionelle Irritationen in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland, in: Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag*, Berlin 1992, S. 345-377, Zitat 370; ferner Heinrich KRONE, *Tagebücher. Erster Band: 1945-1961*, bearb. von Hans-Otto KLEINMANN, Düsseldorf 1995, S. 132, 134 f., 137, 159, 243, 251 u. 263.

<sup>31</sup> Vgl. A. DOERING-MANTEUFFEL, *Die »Frommen«* (wie Anm. 7), S. 98 f.; ferner Anne MARTIN, *Die Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz*, Mainz 1995, S. 228.

<sup>32</sup> Vgl. H. EHLERS (wie Anm. 23), S. 317; K. D. ERDMANN, Einleitung (wie Anm. 21), S. 16; J. VOGEL (wie Anm. 23), S. 78 f.; Heinz HÜRTEN, *Der Topos vom Christlichen Abendland in Literatur und Publizistik nach den beiden Weltkriegen*, Wiederabdruck in: DERS., *Katholiken, Kirche und Staat* (wie Anm. 8), S. 282-307. – Ein früher Beleg für positive Verwendung durch Bischof Dibelius (1947) bei M. J. INACKER (wie Anm. 7), S. 268; nachdenklich H. KRONE (wie Anm. 30), S. 84, der am 26. Februar 1950 vom »sehr abendliche[n] Abendland« spricht.

<sup>33</sup> Vgl. H.-P. SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg* (wie Anm. 9), S. 773. Zur Auseinandersetzung Adenauer-Heinemann ferner Andreas HILLGRUBER, *Heinemanns evangelisch-christlich begründete Opposition gegen Adenauers Politik 1950-1952*, in: *Politik und Konfession. Festschrift für Konrad Repgen zum 60. Geburtstag*, Berlin 1983, S. 503-517; Hans-Erich VOLKMANN, *Gustav W. Heinemann und Konrad Adenauer. Anatomie und politische Dimension eines Zwürfnisses*, in: *GWU* 38(1987), S. 10-32; Diether KOCH, *Heinemanns Kritik an Adenauers Deutschlandpolitik*, in: Josef FOSCHEPOTH (Hrsg.), *Adenauer und die Deutsche Frage*, Göttingen 1988, S. 207-234.

<sup>34</sup> Vgl. A. DOERING-MANTEUFFEL, *Die »Frommen«* (wie Anm. 7), S. 103; G. BESIER, *»Christliche Parteipolitik«* (Anm. 10), S. 168. Daß bei aller Neutralität gleichwohl eine Präferenz der Kirchenführung für die Union bestand, betont M. J. INACKER (wie Anm. 7), S. 303.

<sup>35</sup> Vgl. Alfons FITZEK (Hrsg.), *Katholische Kirche im demokratischen Staat. Hirtenworte*

Beim dominierenden Einfluß der Katholiken in der Union mußte beim evangelischen Parteiflügel zwangsläufig der Eindruck aufkommen, nur »eine Art Hilfstruppe« zu sein;<sup>36</sup> auch sah der Deutschland Union-Dienst sich mehrfach genötigt, dem Eindruck entgegenzutreten, Protestanten seien in der Union nicht erwünscht.<sup>37</sup> Aber die anfängliche, freilich selbstverschuldete Unterrepräsentanz führte dazu, daß die Personalpolitik in Bund und Ländern mit besonderem Argwohn verfolgt wurde. Selbst dem Unionsgedanken aufgeschlossen gegenüberstehende Beobachter wie Helmut Thielicke glaubten, eine »planvolle und energische Strategie einer konfessionell bestimmten Ämterbesetzung« erkennen zu können, jedoch mit dem bezeichnenden Hinzufügen, »daß in nicht wenigen Fällen ... bloß ein katholischer und eben kein evangelischer Kandidat zur Verfügung stand, und daß das Übergewicht des Katholizismus in der Personalpolitik – gerade seit 1945 – schwer denkbar wäre, wenn der Protestantismus die gleichen personellen Reserven gehabt hätte«.<sup>38</sup>

Es half nichts, daß nach entsprechenden Pressevorwürfen eine von Bundesinnenminister Heinemann Anfang Januar 1950 veranlaßte Erhebung in den Bundesministerien die Haltlosigkeit der Vorwürfe schlagend nachwies.<sup>39</sup> Vielmehr erwies sich gerade die Personalpolitik als besonders ressentimentbelastet, wie nicht zuletzt das mehrjährige Tauziehen um den Posten des deutschen Vatikanbotschafters zeigt, den die evangelische Kirche grundsätzlich mit einem Angehörigen ihrer Konfession besetzt wissen wollte.<sup>40</sup> So verfolgte auch der im März 1952 gegründete Evangelische Arbeitskreis der Union nicht nur die Absicht, die infolge der Wiederbewaffnungsdebatte hochgehenden Wogen zu glätten und der Partei neue protestantische Wählerschichten zu erschließen, sondern er wollte auch personalpolitische Interessen wirksamer vertreten können, wie sich insbesondere nach der Bundestagswahl 1953 zeigte.<sup>41</sup>

---

*der deutschen Bischöfe zu wichtigen Fragen der Zeit und zu den Bundestagswahlen 1945 bis 1980*, Würzburg 1981, S. 84-89, Zitat 88.

36 Diskussionsbeitrag von Altbischof Kunst, in: Hans-Peter SCHWARZ (Hrsg.), *Konrad Adenauers Regierungsstil*, Bonn 1991, S. 94-99, Zitat 95; vgl. auch Hermann EHLERS, *Die geistigen Grundlagen der CDU* (wie Anm. 21), S. 86-89, hier 87.

37 Th. M. GAULY (wie Anm. 8), S. 140f.

38 *Kirchliches Jahrbuch* 76 (1949), S. 247.

39 Vgl. Rudolf MORSEY, *Personal- und Beamtenpolitik im Übergang von der Bizonen- zur Bundesverwaltung (1947-1950). Kontinuität oder Neubeginn?*, Wiederaudruck in: DERS., *Von Windthorst bis Adenauer* (wie Anm. 8), S. 71-112, hier 102 f.; ferner Udo WENGST, *Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948-1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 1984, S. 181 f.

40 Vgl. hierzu N. TRIPPEN (wie Anm. 30), S. 349 mit Anm. 8.

41 G. BESIER, »*Christliche Parteipolitik*« (wie Anm. 10); vgl. auch K. D. ERDMANN, *Einleitung* (wie Anm. 21), S. 34.

Trotz aller Animositäten arbeiteten die Vertreter der beiden Kirchen beim Bund jedoch »fair und loyal« zusammen; das hielt Prälat Wilhelm Böhler, dem konfessionelle Enge an sich keineswegs fremd war, im Herbst 1954 ausdrücklich fest.<sup>42</sup> Er glaubte indes sicher zu sein, daß der sichtlich stärker gewordene Konfessionalismus gerade dem Umstand entsprang, der ihn hatte überflüssig machen sollen, nämlich der interkonfessionellen Zusammenarbeit in den Unionsparteien.<sup>43</sup> Womöglich bewirkte gerade sie, daß wechselseitige mentale Fremdheit, tradiertes Vorurteil und konkurrierende Interessen, die überdies vom politischen Gegner geschürt wurden, gleichsam ungebremst aufeinander stießen. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß auch unter durchaus ökumenisch gesinnten Protestanten die Befürchtung verbreitet war, der aus dem Zusammenbruch des Dritten Reiches sichtlich gestärkt hervorgegangene und selbstbewußte Katholizismus sei – inner- wie außerhalb Deutschlands – in gleich vierfacher Hinsicht auf dem Vormarsch: territorial, politisch, geistig und biologisch, weswegen auch die Union »unter sichtbarer oder stiller katholischer Führung« stehe und nach Auffassung der Katholiken nichts anderes sei »als die zeitgemäße Fortsetzung des früheren Zentrums«.<sup>44</sup>

### 3. Artikulationen protestantischen Unbehagens

Niemöllers eingangs zitiert Temperamentsausbruch, der im In- wie Ausland erhebliches Aufsehen erregte, war kein Einzelfall.<sup>45</sup> Schon 1946 hatte Karl Barth den sich verschärfenden Ost-West-Gegensatz zum Anlaß genommen, um in vielbeachteten Vorträgen für den deutschen Protestantismus einen eigenen, dritten Weg zwischen den Machiblöcken zu fordern.<sup>46</sup> Sympathien für die politische Linke, ein unverhohлener Antiamerikanismus sowie massive antikatholische Aversionen gingen dabei eine eigentümliche Verbindung ein. Das Echo war groß. So ist auch Niemöllers Behauptung,

42 Zitiert bei Th. M. GAULY (wie Anm. 8), S. 144; die Einschätzung Böhlers bei H. KRONE (wie Anm. 30), S. 117 u. 141. – Zum Wirken Böhlers vgl. auch Burkhard van SCHIEWICK, *Wilhelm Böhler (1891-1958)*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 4, Mainz 1980, S. 197-207 u. 277 f.

43 Th. M. GAULY (wie Anm. 8), S. 142 mit Anm. 11.

44 Undatierte Denkschrift Heinrich Bornkamms »Die gegenwärtige Lage der katholischen Kirche«, [nach 4. März 1947]. Evangelisches Zentralarchiv Berlin, Best. 2/189, Zitate S. 6 u. 29 f. Ich danke Wolfgang Tischner für den Hinweis auf diese Quelle.

45 Wie Anm. 6.

46 Vgl. F. SPOTTS (wie Anm. 8), S. 206 f.; Friedrich Wilhelm GRAF, *Königsherrschaft Christi in der Demokratie. Karl Barth und die deutsche Nachkriegspolitik*, in: *Evangelische Kommentare* 23 (1990), S. 735-738; M. J. INACKER (wie Anm. 7), S. 273 ff., 293 ff. u. ö. Ebd. S. 331 Gerhard Ritters Urteil über den »Sozialisten und schweizerischen Kirchturmpolitiker« Barth.

die Deutschen zögen eine rasche Wiedervereinigung unter kommunistischer Diktatur einer Fortdauer der Teilung vor, erkennbar von Barth geprägt.<sup>47</sup> Das trifft auch auf einen im Evangelischen Pressedienst erschienenen Artikel von Pastor Heinrich Albertz zu. Darin hatte Albertz unter dem Eindruck der »Tauffeierlichkeiten der Bundesrepublik« die »tragische« Verschiebung der konfessionellen Verhältnisse beklagt und die deutsche Teilung als »größte[n] Gewinn für die Politik der römischen Kurie« bezeichnet.<sup>48</sup> Hier findet sich die gleiche Verschwörungsvorstellung, die auch Niemöller in seinem Diktum zum Ausdruck gebracht hatte: daß nämlich, wie Niemöller im Dezember 1950 vor evangelischen Unionsabgeordneten erläuterte, die »Spaltung das Ergebnis einer zielbewußten katholischen Politik« sei, die über den (katholischen) US-Sondergesandten beim Vatikan, Myron Taylor, auf die amerikanischen Präsidenten Roosevelt und Truman »eingewirkt habe«. So war Niemöller auch überzeugt, daß »von katholischer Seite ... die Wiedervereinigung nicht gewünscht [werde]«<sup>49</sup>.

Wie Niemöller gehörte Albertz zum linken, bruderrätlichen Flügel der EKD, hatte sich jedoch von seinem geistlichen Amt beurlauben lassen und war 1948 als Vertriebenen-, später Sozialminister in das von der SPD geführte niedersächsische Kabinett Kopf eingetreten. In dieser Funktion wiederholte er in den Jahren 1954/55, nunmehr vor dem Hintergrund der schulpolitischen Auseinandersetzungen in Niedersachsen, noch mehrfach seine Beschuldigungen, so wenn er den Katholiken öffentlich vorwarf, durch »pfäffisch-klerikales Wesen mit starken gegenreformatorischen Zügen« nicht allein die »Teilung Deutschlands und Europas« auszunutzen, sondern auch, und darin der Sowjetunion vergleichbar, »die Freiheit in unserer Welt zu gefährden« und den »heidnischen Norden« durch gezielte Ansiedlung von Flüchtlingen rekatholisieren zu wollen.<sup>50</sup> Im Vorfeld der Bundestagswahlen 1953 beklagte auch der Bevollmächtigte der EKD bei der DDR-Regierung, Propst Grüber, ein angebliches Desinteresse der »katholischen« Bundesrepublik »am Mutterland der Reformation«, ein Vorwurf, der bezeichnenderweise im »Manchester Guardian« abgedruckt wurde und noch mit einem weiteren antikatholischen Seitenhieb versehen war.<sup>51</sup> Ihm sekundierte der SPIEGEL-

47 H. THIELICKE in: *Kirchliches Jahrbuch* 76(1949), S. 248 f.

48 Druck bei N. TRIPPEN (wie Anm. 30), S. 353 ff.

49 Zitiert nach G. BESIER, »Christliche Parteipolitik« (wie Anm. 10), S. 170; vgl. auch *Kirchliches Jahrbuch* 76(1949), S. 259.

50 Einschlägige KNA-Meldungen vom 17. Februar und 10. August 1954, 2. Februar u. 14. Juni 1955 im Nachlaß Walter Adolph, Kommission für Zeitgeschichte, Bonn, Best. WA 201, Bl. 100 f., 103 ff.

51 Einzelnachweise bei N. TRIPPEN (wie Anm. 30), S. 350 u. 358 f. – Grüber hatte bereits um die Jahreswende 1949/50 nach einem Besuch des in der DDR weiterbetriebenen KZ Sachsenhausen durch irritierende Äußerungen Aufsehen erregt und den Ratsvorsitzenden Bischof

Herausgeber Rudolf Augstein, er freilich katholischer Renegat, indem er eine Sammlung politischer Kommentare unter dem bezeichnenden Titel »Deutschland – Ein Rheinbund« herausbrachte und dies mit der Unterstellung verband, »das Land östlich der Elbe« solle »auf dem Altar eines imaginären West-Europa« geopfert werden.<sup>52</sup> Alles dies verstärkte in den Unionsparteien den Eindruck gezielter politischer Brunnenvergistung.<sup>53</sup>

Eine besondere Zuspitzung erhielt der konfessionelle Streit jedoch in Verbindung mit der Wiederbewaffnung und deren Zusammenhang mit der deutschen Frage.<sup>54</sup> Schon Niemöllers Dezember-Attacke von 1949 war auch eine Reaktion auf ein Interview Adenauers, der den Aufbau der Kasernierten Volkspolizei in der DDR zum Anlaß genommen hatte, um über einen möglichen westdeutschen Verteidigungsbeitrag nachzudenken.<sup>55</sup> Die öffentliche Resonanz von Niemöllers scharfem antikatholischen Zungenschlag hatte seine deutschlandpolitischen Absichten zunächst jedoch ganz in den Hintergrund gedrängt. In späteren Erläuterungen beschwore Niemöller jedoch wiederholt die Gefahr eines deutsch-deutschen Krieges, dessen Hauptlast wiederum der Protestantismus zu tragen hätte. Vollends seit Herbst 1950 – inzwischen hatte Kardinal Frings unter dem Eindruck des Korea-Krieges die Verteidigung der Freiheit zur Christenpflicht erklärt und Adenauer war mit zwei Sicherheitsmemoranden an die Westmächte herangetreten – setzte sich Niemöller an die Spitze jener Kräfte im Protestantismus, die eine westdeutsche Wiederbewaffnung strikt ablehnten. Am 4. Oktober 1950 bestritt er in einem offenen Brief dem Bundeskanzler wie auch dem Bundestag in schneidender Schärfe das Recht, über »Kriegsrüstung« oder gar »Kriegsbeteiligung« zu befinden.<sup>56</sup> Daß Niemöller und maßgebende Repräsentanten der Bekennenden Kirche sich wenige Wochen später demonstrativ mit der SPD-Führung trafen und über die Wiederbewaffnung »in wichtigen Punkten Übereinstimmung« erzielten, löste in Unions- wie in kirchlichen Kreisen kaum weniger Aufregung aus.<sup>57</sup>

---

Dibelius zu vorsichtiger Distanzierung genötigt. Vgl. hierzu *Kirchliches Jahrbuch* 76(1949), S. 238 f. u. 254 f.

<sup>52</sup> Nachweise bei N. TRIPPEN (wie Anm. 30), S. 348.

<sup>53</sup> Zur Diskussion im CDU-Bundesvorstand und in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vgl. Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer. Es mußte alles neu gemacht werden. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950-1953*, Stuttgart 1986, S. 87, 95, 609, 614; Helge HEIDEMEYER (Bearb.), *Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949-1953*, Düsseldorf 1998, S. 149 f., 155, 187 ff., 227, 247, 307, 309 f., 330, 367, 467, 486.

<sup>54</sup> Wie Anm. 13.

<sup>55</sup> Vgl. J. VOGEL (Anm. 13), S. 79; H.-P. SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg* (Anm. 9), S. 735 f.; D. KOCH (Anm. 33), S. 210.

<sup>56</sup> Ausführliche Dokumentation im *Kirchlichen Jahrbuch* 77(1950), S. 160-227, hier 174 f.

<sup>57</sup> Ebd. S. 190 ff., 210 ff., 220 ff.

Das gleichzeitige Ausscheiden von Innenminister Heinemann aus dem Bundeskabinett offenbarte ebenfalls gravierende deutschland- und außenpolitische Meinungsverschiedenheiten mit dem Kanzler.<sup>58</sup> Sie verstärkten sich während der Folgejahre, so daß Heinemann, der als Präses der Gesamtdeutschen Synode zu den geachtetsten Persönlichkeiten im Protestantismus zählte, im Herbst 1952 die von ihm mitgegründete CDU verließ und sich in der Gesamtdeutschen Volkspartei ein neues Forum schuf. Sie wurde alsbald zur Verkörperung gesamtdeutsch-protestantischer Ressentiments gegen die »katholische« Bundesrepublik und bestritt ihre öffentliche Polemik mit Parolen wie »Keinen westdeutschen Kirchenstaat« oder »Nicht Rom, sondern Berlin«, während das Organ der Bekennenden Kirche »Stimme der Gemeinde« gegen »Die Wehrmacht des Herrn Frings« zu Felde zog.<sup>59</sup>

Daß die oppositionellen Sozialdemokraten, zum Befremden der CDU-Führung jedoch auch der Koalitionspartner FDP versuchten, Nutznießer der konfessionellen Spannungen zu werden, konnte nicht überraschen. Beide Parteien umwarben vor allem die evangelische Wählerschaft und suchten sie der Union durch den stereotypen Hinweis auf deren angeblich katholisch-klerikalen Charakter abspenstig zu machen.<sup>60</sup> Das zeigte sich namentlich während der Wahlkämpfe 1953/54. Das konfessionelle Argument diente jedoch auch zur Diskreditierung der Deutschland- und Europapolitik. Schon 1950 hatte Kurt Schumacher abschätzig vom »Sechser-Europa« gesprochen, das »konservativ, klerikal, kapitalistisch, kartellistisch« sei, während der streitbare Liberale Thomas Dehler kurzerhand vom »vatikanischen Europa« sprach.<sup>61</sup> Und hatte Schumacher dem Kanzler zunächst zu groÙe Willfähigkeit gegenüber den Alliierten vorgeworfen, so entwarf er nunmehr das »Bild eines ›katholischen Deutschland‹, geprägt von einer ›klerikalen‹ Partei

58 Wie Anm. 33; ferner *Kirchliches Jahrbuch* 77(1950), S. 166, 178-186, 190 f., 210 ff.

59 F. SPOTTS (Anm. 8), S. 217, 222; A. DOERING-MANTEUFFEL, *Die Kirchen und die EVG* (wie Anm. 13), S. 333; Josef MÜLLER, *Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950-1957*, Düsseldorf 1990, S. 329-333.

60 Vgl. Th. M. GAULY (Anm. 8), S. 135, 141, 145; H. EHLERS, *Die konfessionelle Zusammenarbeit* (Anm. 23), S. 320 f.; ferner Anm. 52.

61 Zitiert nach R. MORSEY, *Katholizismus und Unionsparteien* (Anm. 8), S. 265 f. – Zur These des SPD-Abgeordneten Arndt, daß sich »ein katholisch-konservatives und ein protestantisch-sozialistisches Europa« gegenüberstanden, vgl. N. TRIPPEN (Anm. 30), S. 362. – Für Thomas Dehler, der nach dem Rücktritt Heinemanns noch gemeint hatte: »Die ganze Haltung von Herrn Heinemann ist Kampf und entspricht der bösartigen Einstellung Niemöllers, es ist die Mobilisierung der evangelischen Kirche gegen den katholischen Kanzler« (H.-P. SCHWARZ, Adenauer. *Der Aufstieg* [Anm. 9], S. 774), stellten sich die Konfessionsfragen schon vor seiner Entlassung als Bundesjustizminister (1953) in auffallender Weise anders dar. Vgl. hierzu Thomas DEHLER, *Reden und Aufsätze*, Köln-Opladen 1969, S. 69, 72 f., 88, 94-97 u. ö.; Udo WENGST, *Thomas Dehler 1897-1967. Eine politische Biographie*, München 1997, passim. Zahlreiche einschlägige Presseberichte im Nachlaß Walter Adolph, Kommission für Zeitgeschichte Bonn, Best. WA 10a, 23a.

und einer den katholischen Bischöfen hörigen Bundesregierung«.<sup>62</sup> Außen- wie innenpolitisch erwies sich der Vorwurf vom »Klerikalismus in der deutschen Politik« als Vielzweckwaffe.<sup>63</sup> Auch Günther Wirth, Sekretär des Hauptvorstandes der Ost-CDU, empfahl Anfang Januar 1954 seinen Ge- nossen, die »antikatholischen Affekte« in »Westdeutschland« nach Kräften auszunutzen.<sup>64</sup>

#### 4. Reaktionen der Unionsführung und der Kirchen(leitungen)

Daß der Erfolg der Union mit ihrem interkonfessionellen Charakter stand und fiel, war niemandem lebhafter bewußt als dem Parteivorsitzenden; in der ersten Erregung über »die provozierten konfessionellen Spannungen« sprach er am 12. Januar 1950 vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gar davon, daß die Störung des interkonfessionellen Charakters der Union das »Ende des deutschen Volkes« bedeuten würde.<sup>65</sup> Daher hatte Adenauer, wie sehr ihn die Attacke Niemöllers auch immer getroffen hatte,<sup>66</sup> die Entlassung Heinemanns keineswegs leichten Herzens vollzogen, obwohl ihre Entfremdung sich seit längerem angekündigt hatte.<sup>67</sup> Denn stärker noch als die ihn an Heinemann irritierende Verknüpfung von protestantisch-konfessionellen, moralisierenden und »nationalneutralistischen« Positionen<sup>68</sup> beunruhigte ihn die Frage, welche Auswirkungen der Rücktritt auf die Wähler und die Zusammenarbeit in Fraktion und Partei haben würde. Jedenfalls trat er nachdrücklich dafür ein, daß ein evangelischer Unionsabgeordneter für die Nachfolge des zurückgetretenen Bundestagspräsidenten Köhler nominiert wurde, wobei die Fraktion sich mit Mehrheit für Oberkirchenrat Hermann Ehlers entschied. Den katholischen Mitbewerber Kurt-Georg Kiesinger bewog Adenauer zum Verzicht. Auch trug er Sorge, daß mit Robert Lehr

---

62 Th. M. GAULY (Anm. 8), S. 139.

63 Thomas ELLWEIN, *Klerikalismus in der deutschen Politik*, München 1955.- Daß »Klerikalismus« mitnichten ein rein katholisches Phänomen war, wie häufig unterstellt, zeigt u. a. M. J. INACKER an der »Klerikalisierung der Politik« durch die Barthianer. Vgl. ebd. (Anm. 7), S. 293, 322 u. ö.

64 Günther Wirth, Über die augenblickliche kirchenpolitische Situation in der DDR, 9. Januar 1954. ACDP, Best. VII-013-855, S. 5.

65 Vgl. II. HEIDEMEYER, *CDU/CSU-Fraktion* (wie Anm. 53), S. 149 f.

66 Vgl. Adenauer an Niemöller, 18. Januar 1950, in: *Adenauer. Briefe 1949-1951*, bearb. von Hans Peter MENSING, Berlin 1985, S. 161 f. Niemöllers Antwort vom 25. Januar 1950 (ebd. S. 478 f.) charakterisierte der Kanzler »als eine Arroganz ..., der gegenüber ich sprachlos war«. Ebd., S. 187 f.

67 Vgl. hierzu die Arbeiten von A. HILLGRUBER, H.-E. VOLKMANN und D. KOCH (wie Anm. 33), ferner H.-P. SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg* (Anm. 9), S. 770-774.

68 So A. DOERING-MANTEUFFEL, *Die Kirchen und die EVG* (Anm. 13), S. 321.

gleichfalls ein Protestant die Nachfolge Heinemanns antrat.<sup>69</sup> In der Tat bewährte sich dieser personelle Schachzug schon wenige Tage später, als es dem evangelischen Unionsflügel um Ehlers gelang, auf dem Goslarer Gründungsparteitag der CDU (20. – 22. Oktober 1950) eine Grundsatzdebatte über den Heinemann-Konflikt zu verhindern.<sup>70</sup>

Aber die Unruhe in der Partei blieb. Adenauer sah sich häufig veranlaßt, vor dem Parteivorstand wie vor der Bundestagsfraktion der Union auf »wachsende Ressentiments im evangelischen Lager« hinzuweisen und vor konfessioneller Keiltreiberei zu warnen, die, wie er wußte, die »Partei ins Mark« treffen mußte. Seine Mahnungen richteten sich dabei keineswegs nur an die evangelische Seite, sondern auch an Maximalisten unter den Katholiken.<sup>71</sup> Ihm war bewußt, was auch Heinrich Krone als notwendig in seinem Tagebuch festhielt, daß »das evangelische Element« in der Union »sorgsam« behandelt werden müßte.<sup>72</sup> Deshalb suchte er engen Kontakt zur Leitung der EKD und registrierte mit Erleichterung, daß nach einem Treffen am 21. März 1950, an dem auch Niemöller teilgenommen hatte, keine »gegensätzlichen Entwicklungen des konfessionellen Bekenntnisses im politischen Raum ... zu befürchten« waren.<sup>73</sup> Auch begrüßte er nach anfänglichem Zögern die Gründung eines Evangelischen Arbeitskreises in der Unionsfraktion und trug mit seiner Grundsatzrede auf dem Gründungskongreß im März 1952 zur Beruhigung bei.<sup>74</sup> Dies schien ihm schon im Blick auf die Bundestagswahlen notwendig, die zwingend erforderlich machten, in der evangelischen Wählerschaft stärker Tritt zu fassen. Davon überzeugt, daß gerade konfessionelle Störungen lange nachwirkten, zeigte er sich auch beim Reizthema »Personalpolitik« zum Entgegenkommen bereit, erinnerte aber auch daran, daß die bevorzugte Berücksichtigung protestantischer Be-

69 Kurt Georg KIESINGER, *Erlebnisse mit Konrad Adenauer*, in: *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen*, Stuttgart 1976, S. 59–72, hier 63; H.-P. SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg* (Anm. 9), S. 782 f. Die Fraktionsprotokolle verzeichnen eine Kandidatur Kiesingers nicht; hier ist lediglich von den (evangelischen) Kandidaten Ehlers, Kunze und Tillmanns die Rede. H. HEIDEMEYER, *CDU/CSU-Fraktion* (wie Anm. 53), S. 310. – Vgl. auch Gerhard BESIER, *Hermann Ehlers. Ein evangelischer CDU-Politiker zur Frage der deutschen Einheit*, in: *Kerygma und Dogma* 36 (1990), S. 80–109.

70 Wie Anm. 68, hier S. 330.

71 Vgl. G. BUCHSTAB, *Protokolle* (Anm. 53), S. 55 u. 145; ferner H. HEIDEMEYER, *CDU/CSU-Fraktion* (Anm. 52), S. 149 f., 187 ff., 330.

72 H. KRONE (Anm. 30), S. 105.

73 H. HEIDEMEYER, *CDU/CSU-Fraktion* (Anm. 53), S. 247.

74 Vgl. H.-P. SCHWARZ, *Ära Adenauer* (Anm. 12), S. 125 f.; G. BESIER, »Christliche Parteipolitik« (Anm. 10).

werber allein aufgrund ihrer Konfession, namentlich wenn sie der Union fernstünden, auf katholischer Seite Spannungen hervorriefe.<sup>75</sup>

Angesichts der gravierenden Meinungsverschiedenheiten im Protestantismus, die im Gefolge der Wehrdebatte selbst die Gefahr einer Spaltung heraufbeschworen, war die Leitung der EKD vor zuweilen kaum lösbar erscheinende Aufgaben gestellt.<sup>76</sup> Denn sie hatte nicht nur die theologischen und (kirchen-)politischen Gegensätze in den eigenen Reihen auf einer mittleren Linie auszugleichen, sondern durfte auch ihre gesamtdeutsche Brückenfunktion nicht gefährden. Ihr Spielraum war somit bedeutend geringer als der des katholischen Episkopats. Erschwerend trat hinzu, daß die spektakulären Aktivitäten aus dem bruderrätlichen Flügel der EKD diesem ein weit größeres Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit bescherten, als es seinem innerkirchlichen Gewicht entsprach.<sup>77</sup> So mußte der Ratsvorsitzende Bischof Dibelius bestrebt sein, den tagespolitischen Streit wenn möglich von der Kirche fernzuhalten, ihn jedenfalls nicht zum Sprengsatz für die mühsame Bewahrung der innerprotestantischen Einheit – auch über die Zonengrenze hinweg – werden zu lassen. Der im November 1951 unter maßgeblicher Beteiligung des Hannoverschen Landesbischofs Hanns Lilje gegründete Kronberger Kreis dürfte mit seinem Eintreten für die Verankerung der Bundesrepublik in der westlichen Wertegemeinschaft gleichfalls beruhigend gewirkt haben.<sup>78</sup>

Auf Niemöllers Attacke vom Dezember 1949 reagierte der Rat der EKD mit dem unverkennbaren Willen zur Schadensbegrenzung; er stellte klar, daß das Interview nicht die Meinung »der evangelischen Kirche« wiedergebe, und bekräftigte, daß die deutsche Einheit nicht durch Preisgabe der Würde und Freiheit des Menschen erkauft werden dürfe. War damit eine Annäherung an die außenpolitische Grundposition Adenauers vollzogen, so fiel die Distanzierung von Niemöllers antikatholischer Spalte weniger eindeutig aus. Zwar unterstrich der Rat, daß der gemeinsam durchstandene Kirchenkampf künftig »das Verhältnis der beiden Konfessionen« bestimmen

75 G. BUCHSTAB, *Protokolle* (Anm. 53), S. 75. – Bezeichnend auch Krones Tagebucheintrag vom 31. Januar 1953: »Wir [= Adenauer und Krone] sprachen ferner über den Botschafter beim Vatikan. In Rom lege man Wert darauf, daß die Entscheidung, wer es werden solle, auch vom innerdeutschen Standpunkt aus getroffen werde und daß es nicht zu einer Trübung des Verhältnisses zwischen Katholiken und Protestanten kommen dürfe. Der Kanzler wird vor der Bundestagswahl die Frage nicht entscheiden, und das mit Wissen Roms. Es müsse ein Katholik werden, aber wer, fragte der Kanzler.« II. KRONE (Anm. 30), S. 112.

76 *Kirchliches Jahrbuch* 77(1950), passim; 78(1951), S. 5-13; J. VOGEL (Anm. 13) passim.

77 A. DOERING-MANTEUFFEL, *Die Kirchen und die EVG* (Anm. 13), S. 323.

78 Vgl. Robert STUPPERICH, *Otto Dibelius. Ein evangelischer Bischof im Umbruch der Zeiten*, Göttingen 1989, S. 442-503. – Zum Kronberger Kreis jetzt Thomas SAUER, *Westorientierung im deutschen Protestantismus. Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises*, München 1999.

solle, betonte aber auch die Pflicht, »den konfessionellen Gewichtsverschiebungen ernste Aufmerksamkeit zuzuwenden«. Entschieden unverblümter äußerte sich der württembergische Landesbischof Haug, der sarkastisch von »eine[r] Weihnachtsüberraschung besonderer Art« sprach und dem ehemaligen U-Boot-Kommandanten vorhielt, mit seinem »Torpedo ... die eigene Flotte getroffen« zu haben.<sup>79</sup>

Daß die konfessionellen Irritationen sich während der Debatte über die Wiederbewaffnung verstärkten, war auch in den unterschiedlichen Positionen der beiden Kirchen begründet. Nach dem Vorpreschen von Kardinal Frings bekräftigte der Rat der EKD Ende August 1950 seine ablehnende Haltung und nahm erst im November eine moderatere Position ein.<sup>80</sup> Dabei stand er unter dem Eindruck der massiven Politisierung, die der Streit durch den Rücktritt von Innenminister Heinemann, die offenen Briefe des bruder-rätlichen Flügels und das Treffen Niemöllers mit der SPD-Führung erhalten hatte und die als akute Gefährdung der interkonfessionellen Zusammenarbeit in der Union empfunden wurde.<sup>81</sup> Indem der Rat die Schärfe der Auseinandersetzung bedauerte und die Haltung zur Wiederbewaffnung der freien Gewissensentscheidung des Einzelnen überließ,<sup>82</sup> sicherte er der Kirche wie der vom Glauben inspirierten Politik die unerlässliche Bewegungsfreiheit, zumal er »in politischen Fragen« auch künftig keinen »einheitlich gesfügten Block« anstrebe.<sup>83</sup> Dieses Einlenken dürfte nicht zuletzt auf das Drängen des evangelischen Unionsflügels zurückgehen, der soeben auf dem Goslarer Bundesparteitag ein nachdrückliches Bekenntnis zur politischen Zusammenarbeit mit den Katholiken abgelegt hatte.<sup>84</sup> Daß ihm das später von Niemöller den Vorwurf einer »katholisch infizierten evangelischen Gruppe« zuziehen würde,<sup>85</sup> zeigt indes, wie stark bei diesem die konfessionelle Aversion für das Urteil bestimmt blieb.

Es ist auffällig, daß die katholischen Bischöfe darauf verzichteten, die Entgleisungen »konfessioneller Propagandisten«<sup>86</sup> mit gleicher Schärfe zu kommentieren. Frederic Spotts hält ihr »Schweigen ... in seiner Art« gar für ähnlich »schrill wie Niemöllers Schmähungen«, um die wenig überzeugende Deutung anzufügen, daß es »mehr das Verstummen der Angst als die Stille

79 *Kirchliches Jahrbuch* 76(1949), S. 253 f. Das Zitat Haugs bei M. J. INACKER (Anm. 7), S. 322.

80 *Kirchliches Jahrbuch* 77(1950), S. 165 f. u. 223.

81 Ebd. 166-210.

82 Ebd. S. 223.

83 So der Ratsvorsitzende, Bischof Dibelius. *Kirchliches Jahrbuch* 78(1951), S. 10.

84 Druck der Entschließung: *Kirchliches Jahrbuch* 77(1950), S. 190 f.

85 Niemöller an Tillmanns, 25. April 1955. Druck: *Kirchliches Jahrbuch* 82(1955), S. 21 f.

86 Karlheinz SCHMIDTHÜS. *Das katholisch-evangelische Verhältnis*, in: *Wort und Wahrheit* 9 (1954), S. 405-408, hier 405.

der Befriedigung« gewesen sei.<sup>87</sup> Dennoch ersparte Niemöllers unmittelbarer Nachbar, Bischof Kempf von Limburg, dem streitbaren Kirchenpräsidenten nicht den Vorwurf, durch die Unterstellung einer vatikanischen Vaterschaft an der deutschen Teilung das Empfinden der Katholiken »tief verletzt« zu haben.<sup>88</sup> Wie schon Niemöllers öffentlich verbreitete Erläuterungen sein Diktum nur abgeschwächt, nicht jedoch zurückgenommen hatten,<sup>89</sup> so erhielt auch Kempf keine befriedigende Antwort. Die Versicherung, »leider im Gespräch eine zugespitzte Formulierung gebraucht« zu haben, »die ich lieber in der Presse nicht gesehen hätte«, war nicht mehr als eine Schutzbchauptung, die überdies durch spätere Attacken in Zweifel gezogen wurde.<sup>90</sup>

Immerhin nahm Kardinal Frings die wachsenden konfessionellen Spannungen zum Anlaß, um im Wahljahr 1953 das Verhältnis der beiden Kirchen vor der Fuldaer Bischofskonferenz zu behandeln. Dabei glaubte er diese Spannungen als »Ausdruck einer Desillusionierung« deuten zu können, wie sie mit nachlassender Bedrückung »notwendig« habe eintreten müssen. Freilich stellte er auch ein »Wiedererstarken nicht unmittelbar theologisch bedingter antikatholischer Affekte« fest, die durch jene geschürt würden, welche von einer Störung des konfessionellen Friedens zu profitieren hofften.<sup>91</sup> Ein Jahr später führte er die Fortdauer der konfessionellen Spannungen auf den Wahlerfolg der Unionsparteien zurück, den diese auch in der evangelischen Wählerschaft erzielt hatten und der nun die Freien wie die Sozialdemokraten, aber auch Magazine wie den SPIEGEL dazu verleite, die Union durch Parolen wie »Konfessionalisierung« oder »Klerikalisierung« in Mißkredit zu bringen. Frings wollte allerdings auch »eine gewisse Angst« der Protestanten »vor der Stärke der katholischen Kirche und vor der eigenen Schwäche« nicht ausschließen.<sup>92</sup> Hier wie dort lautete seine Schlußfolgerung gleich: »Streit unter Christen ist nicht nach dem Wohlgefallen des Herrn und ein Ärgernis vor der Welt«. Die »Aufgabe von uns Bischöfen« konnte somit nur darin bestehen, »alles zu tun, daß der Friede unter den Konfessionen gewahrt bleibt«.<sup>93</sup> Mit dem Willen zu praktischer Zusammenarbeit in der Politik auf der Grundlage gemeinsamer christlicher Verantwortung unterstrich er das Grundanliegen der Unionsgründung und erteilte jeder Form von

87 F. SPOTTS (Anm. 8), S. 208 f.

88 Kempf an Niemöller, 20. Dezember 1949. DA Limburg 15 F (1945-1967); Kempf an Niemöller, 10. Januar 1950 (Zitat). DA Limburg, Nachlaß Kempf, Mappe 298.

89 *Kirchliches Jahrbuch* 76(1949), S. 242 f. u. 246.

90 Niemöller an Kempf, 3. Januar 1950. DA Limburg, NL Kempf, Mappe 298.

91 Referat auf der Fuldaer Bischofskonferenz, August 1953. Druck: N. TRIPPEN (Anm. 30), S. 355-369, Zitat 361.

92 Bericht Frings' (Anm. 30), S. 371 ff.

93 Referat Frings' (Anm. 91), Zitate S. 365.

konfessioneller Scharfmacherei eine klare Absage. Hier wußte sich der Episkopat mit gleichgesinnten Kräften im Protestantismus einig, die – wie der schon genannte württembergische Landesbischof Haug – nach Niemöllers konfessionalistischer Entgleisung öffentlich gefordert hatten, »daß bei allem Ernst des religiösen Ringens um die Wahrheit der konfessionelle Friede erhalten bleibe«<sup>94</sup>. Daß diese Haltung in beiden Konfessionen eine Mehrheit gewann, wurde zu einer wichtigen Voraussetzung für das allmähliche Abflauen der Spannungen.

### 5. Ein Streit ohne Folgen

In betontem Gegensatz zur oft verletzenden Schärfe der Anschuldigungen und Unterstellungen steht ihre weitgehende Folgenlosigkeit. Mit wachsender Stabilisierung der Bundesrepublik und der Verfestigung der deutschen Zwei-staatlichkeit, mit der Zunahme eines ökumenischen Grundgefühls im Zuge des Zweiten Vatikanums, ferner mit der ungebremst, ja forciert fortschreitenden Säkularisierung, die auch konfessionelles Sonderbewußtsein relativierte, und endlich mit jener allgemeinen Abschmelzung politisch-konfessioneller Sozialmilieus, die für die Nach-Adenauer-Zeit so kennzeichnend ist, traten auch die interkonfessionellen Irritationen zurück.<sup>95</sup> Mehr und mehr zeigte sich, was einem zeitgenössischen Beobachter schon 1954 aufgesessen war, daß es sich bei den Verschwörungsszenarien und Untergangssprophetien der Albertz und Niemöller um »psychologisch [gewiß] sehr verständliche Versuche« handelte. »gegentüber bedrohlichen Schemen, die für Wirklichkeiten gehalten wurden, Gegengewichte zu schaffen und theologische Unklarheiten durch imponierende Aktionen zu überdecken«,<sup>96</sup> sofern man sie nicht als den Versuch interpretieren will, ein historisch gewachsenes, unreflektiertes und daher für selbstverständlich gehaltenes politisch-kulturelles Übergewicht des Protestantismus auch unter den veränderten Rahmenbedingungen der westdeutschen Nachkriegsordnung zu bewahren. Kein Zweifel jedenfalls, daß die Verschiebung der konfessionellen Proportionen im westdeutschen Kernstaat und das weithin geschlossene Agieren der Katholiken im Protestantismus als »irritierend« empfunden wurde<sup>97</sup> – selbst wenn man nicht so vollmundig tönen möchte wie ein Beobachter der Ost-CDU, der den Katholizismus gar als »erratischen Block« auf Westeuropa lasten sah.<sup>98</sup>

<sup>94</sup> Zitiert bei M. J. INACKER (Anm. 7), S. 322.

<sup>95</sup> Vgl. hierzu auch K. SCHMITT, *Konfessioneller Konflikt* (Anm. 4), S. 167 f.

<sup>96</sup> K. SCHMIDTHÜS (Anm. 86), S. 406.

<sup>97</sup> Vgl. A. DOERING-MANTEUFFEL, *Die Kirchen und die EVG* (Anm. 13), S. 328.

<sup>98</sup> Memorandum von Günther Wirth, *Haltung der Kirchen in Westeuropa*, Mai 1956, S. 1. ACDP, Best. VII-013-855.

Niemöllers Invektive gegen den Vatikan war freilich einem Arsenal von Verschwörungsvorstellungen entnommen, dessen sich die antikatholische Polemik seit Otto von Corvins »Pfaffenspiegel«<sup>99</sup> bis zu Joseph Goebbels' Tagebucheintragungen<sup>100</sup> und Karlheinz Deschners Kriminalisierungsversuchen<sup>101</sup> bedient. Daß ein Mann von der moralischen Autorität Martin Niemöllers, der sich in der KZ-Haft zeitweise mit Konversionsabsichten getragen hatte, dergleichen plumpe Anleihen nicht verschmähte, sagt denn auch ebenso viel über seine politische Naivität wie über die Kraft des konfessionellen Vorurteils. So wird verständlich, warum ein innerprotestantischer Kritiker ihm vorhalten konnte, »in den letzten Jahren immer wieder verwirrt und verwirrend gehandelt« zu haben.<sup>102</sup>

Auch der Argwohn, mit dem die Adenauersche Personalpolitik verfolgt wurde, war erkennbar mit Ressentiments vergangener Kampfsituationen belastet,<sup>103</sup> ohne daß Adenauers und Globkes Bestreben nach allmählicher Herstellung konfessioneller Parität auf der Leitungsebene der Ministerien akzeptiert worden wäre.<sup>104</sup> Das Mißtrauen schwand auch hier in dem Maße, in dem es robuster Vertretung protestantischer Belange durch den Evangelischen Arbeitskreis der Union gelang, eigene Wünsche durchzusetzen,<sup>105</sup> bzw. das konfessionelle Sonderbewußtsein generell zurücktrat oder vom parteipolitischen Gegensatz abgelöst wurde. Wenn Kardinal Frings schon 1954 konstatiert hatte: »Der sensus catholicus schwindet, und das Bewußtsein der Absolutheit der katholischen Kirche nimmt Schaden«,<sup>106</sup> so hatte dieser Vorgang auf evangelischer Seite gleichsam seine Entsprechung. Der politische Erfolg des westdeutschen Kernstaats, vor allem auch das vielgerühmte »Wirtschaftswunder« machten nicht vor Konfessions- oder Parteigrenzen Halt und trugen entscheidend zu seiner inneren Akzeptanz bei. So wurde die Bundesrepublik spätestens seit Mitte der 50er Jahre auch

99 Otto von CORVIN, *Pfaffenspiegel. Historische Denkmale des Fanatismus in der römisch-katholischen Kirche*, Berlin 43. Aufl. [1934].

100 Vgl. hierzu Hans Günter HOCKERTS, *Die Goebbels-Tagebücher 1932-1941. Eine neue Hauptquelle zur Erforschung der nationalsozialistischen Kirchenpolitik*, in: Politik und Konfession. Festschrift für Konrad Repgen zum 60. Geburtstag, Berlin 1983, S. 359-392.

101 Karlheinz DESCHNER, *Abermals kräfte der Hahn. Eine kritische Kirchengeschichte von den Anfängen bis zu Pius XII.*, Hamburg 1962; DERS., *Kirche des Un-Heils*, Hamburg 1974; DERS., *Kriminalgeschichte des Christentums*, Bde. 1 ff., Reinbek 1986 ff. Hierzu Hans Reinhard SEELIGER (Hrsg.), *Kriminalisierung des Christentums? Karlheinz Deschners Kirchengeschichte auf dem Prüfstand*, Freiburg-Basel-Wien 2. Aufl. 1993.

102 Helmut THIELICKE, zitiert bei M. SCHREIBER (Anm. 5), S. 106.

103 So K. SCHIMDTIUS (Anm. 86), S. 408.

104 Vgl. U. WENGST, *Staatsaufbau und Regierungspraxis* (Anm. 39), S. 182.

105 Zu kritischen Anmerkungen von Walter Dirks vgl. G. BESIER, »Christliche Parteipolitik« (Anm. 10), S. 182 f.

106 Zitiert bei N. TRIPPEN (Anm. 30), S. 377.

zur politischen Heimat des westdeutschen Protestantismus. Die eingangs gestellte Frage nach ihrem angeblich »katholischen« Charakter verlor an Gewicht, sie wurde, weil offenkundig unsinnig, nicht mit Ja oder Nein beantwortet, sondern einfach nicht mehr gestellt. Daß sie im Zuge der deutschen Vereinigung für kurze Zeit noch einmal aufkam und sich mit der Erwartung verband, daß Deutschland nunmehr wieder »östlicher und protestantischer« werde,<sup>107</sup> zeugt indes vom Fortleben konfessionell geprägter Stereotypenreste, selbst wenn die religiöse Substanz seit langem dahingeschwunden sein mag.

---

107 Spiegel-Interview mit Volker Rühe, in: *Der Spiegel* Nr. 25 vom 18. Juni 1990.

## Ulrich Steiner und der Laupheimer Kreis. Ein konservatives Randphänomen in der Frühzeit der Bundesrepublik Deutschland

Von Frank Häußler

Nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs formierten sich in den westlichen Besatzungszonen im Zuge des politischen Neubeginns zahlreiche politische »Kreise« und »Zirkel«, die – so der Publizist Klaus Mehnert in seinen Erinnerungen – »die Aufgabe des noch nicht bestehenden deutschen Parlaments wahrnahmen«.<sup>1</sup> Dabei ist rückblickend zu erkennen, daß nicht wenige dieser Kreise von Mißtrauen gegenüber einem demokratischen Parteienstaat getragen waren.<sup>2</sup> Sie bewegten sich in einer Kontinuität antidemokratischen Denkens, die der Historiker Hans Mommsen für die Zeit nach 1945 in weiten Teilen des Bürgertums diagnostiziert. In der verbreiteten Einschätzung, daß die »Massen« für das Scheitern der Weimarer Republik verantwortlich seien, sei eine elitäre Grundhaltung zum Ausdruck gekommen. Der innere Vorbehalt gegen die Demokratisierung habe mit der Geringsschätzung von Parteien und Partefunktionären im Einklang gestanden.<sup>3</sup> Dieser Haltung entspricht, daß solche Kreise und Zirkel sich fern der alten politischen Zentren bildeten. Ihre Mitglieder verstanden sich als Eliten und gruppierten sich um herausgehobene Persönlichkeiten, die als Mentoren und bisweilen

---

<sup>1</sup> Klaus MEHNERT, *Ein Deutscher in der Welt. Erinnerungen 1906-1981*, Stuttgart 1981, S. 313.

<sup>2</sup> Das Phänomen politischer Kreise im Bürgertum taucht in der Literatur nur am Rande auf. Einzelne Kreise erscheinen als Träger bestimmter politischer Positionen in den Anfängen der außenpolitischen Diskussion, z. B. der Nauheimer Kreis als Verfechter der deutschen Neutralität. Eine systematische soziologische oder geistesgeschichtliche Untersuchung des Übergangsphänomens der politischen Kreise steht noch aus. Dies mag mit der schwierigen Quellenlage zu tun haben. Die Kreise tagten meist geschlossen. Erhaltene Tagungsprotokolle finden sich weit verstreut in persönlichen Nachlässen. Auf einige Darstellungen, die die Thematik zumindest am Rande berühren, sei hier verwiesen: Hans-Peter SCHWARZ, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949*, 2. Aufl., Stuttgart 1982, S. 369-390; Rolf DOHSE, *Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955*, Hamburg 1974; Wolfgang BENZ, *Föderalistische Politik in der CDU/CSU. Die Verfassungsdiskussion im »Ellwanger Kreis« 1947/48*, in: *Vierteljahrsschriften für Zeitgeschichte* 25 (1977), S. 776-820.

<sup>3</sup> Hans MOMMSEN, *Der lange Schatten der untergehenden Republik. Zur Kontinuität politischer Denkhaltungen von der späten Weimarer zur frühen Bundesrepublik*, in: Karl Dietrich BRACHER u. a. (Hrsg.): *Die Weimarer Republik*, Düsseldorf 1987, S. 571.

Ideengeber fungierten. Mit fortschreitender wirtschaftlicher Konsolidierung und der erfolgreichen Etablierung des neuen demokratischen Staates in der Ära Adenauer verloren sie ihre Funktion als Orte des Vorbehalts und lösten sich auf. Einer dieser Kreise war der Laupheimer Kreis.<sup>4</sup> Er erhielt seinen Namen nach dem oberschwäbischen Städtchen Laupheim, dem Heimatort seines Mentors Ulrich Steiner. Am Beispiel des Laupheimer Kreises wird nachfolgend gezeigt, wie in der Gründungszeit der Bundesrepublik der Versuch unternommen wurde, aus politischen Kreisen heraus alternative bürgerliche Politikforen zu schaffen.

### Ulrich Steiner – Mentor des Laupheimer Kreises

Die Geschichte des Laupheimer Kreises ist nicht von der seines Gründers Ulrich Steiner und seinem politischem Werdegang zu trennen.<sup>5</sup> Steiners Lebenslauf spiegelt die Wechselfälle der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts wider. Seine jüdischen Vorfahren schafften im 19. Jahrhundert aus dem Ghetto einer schwäbischen Kleinstadt den gesellschaftlichen Aufstieg ins gehobene Bürgertum Württembergs. Ulrichs Großvater, Kilian von Steiner, stieg bis zum Finanzberater des Königs auf und erhielt den Adelstitel, wurde aber als Jude nicht in den Erbadelstand versetzt.<sup>6</sup> Steiners Vater konvertierte zum Christentum und stabilisierte den großbürgerlichen Status durch die Heirat mit einer preußischen Adligen.

Im Jahr 1908 geboren, wurde Ulrich Steiner von der Sogwirkung kultur-

<sup>4</sup> Der Laupheimer Kreis erscheint in der Literatur oft unter der Bezeichnung »Heiligenberger Kreis«, so benannt nach dem Schloß Max von Fürstenbergs am Bodensee; vgl. Arnulf BARING, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft* (Schriften des Forschungsinstituts der deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Band 28), München-Wien 1969, S. 359–360. Max von Fürstenberg gehört mit Ulrich Steiner zu den Initiatoren des Kreises. In Protokollen bezeichnete sich der Kreis als »Süd-West-Kreis«. Dies geht u. a. hervor aus dem Protokoll der Tagung vom 30. März 1949 im Nachlaß Steiner. Er befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin (fortan: ACDP), Bestandsnummer I-247, hier I-247-006/2. Später verwendete Steiner die Bezeichnung »Arbeitstagung politischer Kreise«; s. Protokoll über die Sitzung im Inselhotel Konstanz am 2. Juni 1949, NL Steiner, ACDP I-247-006/1. Der Name »Laupheimer Kreis« wurde dem Zirkel von Außenstehenden verliehen, aber bald auch von den Teilnehmern übernommen. Er ist eher an die Person Ulrich Steiners als an den Ort Laupheim geknüpft, da nur eine Tagung tatsächlich in Laupheim abgehalten wurde. Ab 1950 hatte sich die Bezeichnung »Laupheimer Kreis« in der Presse durchgesetzt. Deshalb bleibt dieser Aufsatz durchgängig beim Begriff »Laupheimer Kreis«.

<sup>5</sup> In Ermangelung einer veröffentlichten biographischen Darstellung sei auf den Nachlaß Steiners verwiesen (s. Anm. 4).

<sup>6</sup> Zu Kilian von Steiner s. Gustav SCHMOLLER, *Charakterbilder*, München 1913, S. 233–239, sowie Georg SCHENK, *Kilian Steiner. Jurist, Finanzmann, Landwirt, Mitbegründer von Schillerverein und Schiller-Nationalmuseum 1833–1903*, in: *Lebensbeschreibungen aus Schwaben und Franken*, Band 11, Stuttgart 1964, S. 312–326.

pessimistischen und nationalistischen Denkens während der Weimarer Republik erfaßt. Deshalb trat er 1929 als Student in München während der Auseinandersetzungen um den Young-Plan dem Frontkämpferbund »Stahlhelm« bei. Fasziniert von der Lebensraumideologie, wurde er 1931 NSDAP-Mitglied. Die Partei schloß ihn jedoch zwei Jahre später, nach der Machtergreifung, aus. Ein Universitätsabschluß war ihm verwehrt. Nach den Nürnberger Gesetzen von 1935 blieb er bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft als »Mischling 1. Klasse« ein Geächteter. Im Zuge der Verhaftungswelle nach dem Attentat vom 20. Juli festgesetzt, erlebte er das Kriegsende in einem Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald. Zwischen 1945 und 1947 stieg er zum zweiten Vorsitzenden der neu gegründeten CDU im von den Besatzungsmächten künstlich geschaffenen Land Württemberg-Hohenzollern auf. Die CDU sah er anfangs weniger als Partei im herkömmlichen Sinne, denn als bürgerlich-christliche Sammlungsbewegung. Sein Interesse galt den großen deutschland- und europapolitischen Fragen und weniger der Politik seines kleinen Landes. Dies brachte ihm zwar Aufmerksamkeit, aber keine echten Betätigungsfelder, da die Besatzungsmächte im Jahr 1947 die Deutschen noch nicht wieder auf dieser politischen Bühne aktiv sehen wollten. Als Protestant innerhalb einer katholisch dominierten Landespartei blieb er Außenseiter, sowohl bei der Besetzung politischer Posten als auch bei inhaltlichen Fragen wie der Wiedereinführung der Konfessionsschule. Politische Differenzen, Vorwürfe wegen seines Lebens- und Arbeitsstils sowie die Enthüllung seiner NSDAP-Mitgliedschaft führten dazu, daß Steiner in der CDU seines Landes nach 1947 keine Rolle mehr spielte. Der 1947 in Königstein/Ts. gegründeten Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, in der er mit Größen wie Konrad Adenauer und Jakob Kaiser zusammenkam, gehörte er bis 1948 als Vorstandsmitglied an.

Von der CDU enttäuscht, sah Steiner im Frühjahr 1948 noch einmal die Chance, politischen Einfluß zu erlangen. Inspiriert von den zahlreichen politischen Kreisen, die inzwischen entstanden waren und zum Teil bereits öffentliche Aufmerksamkeit erlangt hatten, setzte Steiner sich das Ziel, über Partegrenzen hinweg politisch interessierte Persönlichkeiten zusammenzubringen. Die Außenpolitik sollte eine besondere Rolle spielen.

### Voraussetzungen und Ziele

Die Gründung des Laupheimer Kreises ist zurückzuführen auf Steiners Zweifel am System der parlamentarischen Demokratie und seine Vorbehalte gegenüber dem Typus des Parteipolitikers. In seinem Referat anlässlich des ersten Treffens des Laupheimer Kreises am 23. Mai 1948, das in gekürzter Form in der »Schwäbischen Zeitung« unter dem Titel »Stilwandel in der

Politik« erschien, beschrieb Steiner seine Motive. Die »Gestalten, wie sie heute über die politische Bühne wandeln«, seien unfähig, über den eigenen Kirchturm hinauszublicken. Sie hätten keine Überzeugungen, keine Bildung und schlechte Manieren. Parlamentarische Arbeit bezeichnete Steiner als »parlamentarisch-demagogisches Weiterwursteln«.<sup>7</sup> Einen weiteren Grundtopos der konservativen Kritik an der Demokratie griff Steiner auf, als er die Vorstellung von der Gleichheit aller Menschen, »die Massenherrschaft ohne natürlichen Stand und ohne organische Hierarchie«<sup>8</sup>, kritisierte. Die »Nivellierung« sei das »Unheil der Zeit«, »tödlichstes Kampfmittel« der Demagogen des 20. Jahrhunderts. Um dem entgegenzusteuern, forderte er: »Wir müssen im wohlverstandenen Sinn wieder vornehm werden.«<sup>9</sup> Eine neue Gesellschaft mit »natürlichen Ordnungen«, in der ein besserer politischer Stil herrsche, müsse entstehen. Konsequenterweise hatte Steiner auch eine bestimmte Vorstellung von den Mitgliedern seines Kreises: »Was wir brauchen und was wir werden wollen, sind doch Gentlemen mit weitem Blickfeld, gemässigtem Ehrgeiz, sportlicher Verantwortlichkeit. So allein begreife ich wenigstens den Typus der kommenden Aristokratie, der notwendig sein wird, in einem Imperium mundi westlicher Prägung den Ausgleich zwischen den persönlichen, ständischen und nationalen Interessen erträglich zu machen.«<sup>10</sup> Der Laupheimer Kreis sollte nicht nur solche »Gentlemen« zusammenbringen, sondern ihnen auch Gehör an höchsten Stellen verschaffen,<sup>11</sup> um Einfluß auf Sach- und Personalentscheidungen im entstehenden westdeutschen Staat zu nehmen.

Voraussetzung für die Gründung des Laupheimer Kreises waren Steiners politische und gesellschaftliche Kontakte. Seit Mai 1945 hatte er Vertreter der Militärregierung auf sein Schloß eingeladen und dadurch eine gewisse Vertrauensstellung erlangt. Bereits 1945 hatte er auf Anforderung der französischen Besatzungsbehörden eine Denkschrift über die zukünftige Entwicklung Deutschlands angefertigt.<sup>12</sup> Von Steiners politischem und gesellschaftlichem Einfluß zeugt, daß Kurt-Georg Kiesinger, dem späteren Bundeskanzler, als er nach seiner Entlassung aus dem Internierungslager

7 Ulrich STEINER, »Stilwandel in der Politik«, in: *Schwäbische Zeitung* vom 24. Mai 1948.

8 Auf die weite Verbreitung derartiger Kritik in konservativen Kreisen Westdeutschlands in den Jahren zwischen 1945 und 1949 verweist Helga GREBING, *Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945*, Frankfurt a. M. 1974, S. 210-233.

9 U. STEINER, *Stilwandel* (wie Anm. 7).

10 Ulrich Steiner an Paul Binder, 13. April 1948, s. Nachlaß Binder, ACDP I-105-023.

11 Tagung am 3. März 1949 im Hotel Waldeck in Freudenstadt, NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

12 Bericht zur Lage und zu einer möglichen Entwicklung. Januar 1946, NL Steiner, ACDP I-247.

politisch Fuß zu fassen suchte, im Januar 1947 von Freunden geraten wurde, sich zuallererst auf den Weg nach Großlaupheim zu machen, um sich den Einfluß Steiners zu sichern.<sup>13</sup>

Für die politischen Kontakte unmittelbar nach Kriegsende waren auch die materiellen Bedingungen wichtig. Schloß Großlaupheim, Steiners Familien-gut, durch seine großen Ländereien mit dem Lebensnotwendigen reichlich versorgt, bot sich in Zeiten der Not als Versammlungsort an. Der Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg, von 1945 bis 1947 Staatskommissar für das Flüchtlingswesen in Württemberg-Hohenzollern und von 1947 bis 1952 Ministerialrat bzw. Staatsrat, erinnert sich, daß in der unmittelbaren Nachkriegszeit Steiner eine »unglaubliche Anziehungskraft« gehabt habe, »weil er zu essen und zu trinken hatte«.<sup>14</sup> Man sei zu sechst in einem Auto von Tübingen nach Oberschwaben gefahren und habe diese Fahrten mit Carlo Schmid, Paul Binder und Gebhard Müller teilweise überparteilich organisiert.

Diese Treffen zwischen 1945 und 1947 hatten kein festes Muster und waren nicht ausschließlich politischer Natur. Nach der Konstituierung des Laupheimer Kreises fanden noch weitere überparteiliche Treffen in Laupheim mit hochrangiger Besetzung statt.<sup>15</sup> Für den Plan, einen politischen Kreis zu gründen, hatte Steiner im Zug seiner überregionalen CDU-Arbeit in Otto Lenz einen Mitstreiter gewonnen, der über lange Zeit hinweg politischen Sachverstand in den Laupheimer Kreis einbrachte.<sup>16</sup> Nachdem sich Steiner und Lenz im Rahmen der ersten Treffen der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU im Frühjahr 1947 kennengelernt hatten, entwickelte sich eine Freundschaft zwischen beiden. Sie vertiefte sich während eines Besuchs von Lenz in Laupheim im Februar 1948.<sup>17</sup> Bei dieser Gelegenheit ermunterte Lenz Steiner, einen politischen Kreis mit Schwerpunkt auf der außenpolitischen Diskussion, Steiners zentralem Interesse, ins Leben zu rufen.

---

13 Kurt-Georg KIESINGER, *Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904-1958*, bearb. v. Reinhard SCHNABEL, Stuttgart 1989, S. 324.

14 Andreas DORNHEIM, *Adel in der bürgerlich-industrialisierten Gesellschaft. Eine sozialwissenschaftlich-historische Fallstudie über die Familie Waldburg-Zeil* (Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI, Band 218), Frankfurt a. M. 1993, S. 377.

15 So am 26. Juni 1948, als nach Auskunft des Gästebuchs (heute im Leutrum'schen Familienarchiv) Carlo Schmid, Josef Müller und der Vorsitzende des außenpolitischen Informationskomitees der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, der Diplomat Baron von Prittwitz, in Schloß Großlaupheim weilten.

16 Zu Otto Lenz siehe: *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951-1953*, bearb. von Klaus GOTTO, Hans-Otto KLEINMANN und Reinhard SCHREINER (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 11), Düsseldorf 1989, S. XII-XXVIII.

17 Tagebuch Otto Lenz, 22. Febr. 1948, NL Lenz, ACDP I-172-001/2; Otto Lenz an Ulrich Steiner, April 1948, NL Lenz, ACDP I-172-016/214.

### Mitglieder des Laupheimer Kreises

Steiners Werbung für den neuen Kreis begann spätestens im März 1948.<sup>18</sup> In Max von Fürstenberg fand er einen adeligen Verbündeten, der sein Schloß Heiligenberg und finanzielle Mittel für das erste Treffen zur Verfügung stellte.<sup>19</sup> Obwohl Max von Fürstenberg teilweise in der Literatur als »Patron«<sup>20</sup> erscheint, lief die Organisation der meisten Treffen über Steiner und besonders dessen Sekretärin Paula Ölmaier.

Bedauerlicherweise ist eine Teilnehmerliste des ersten, konstituierenden Treffens nicht erhalten. Jedoch liegen die Teilnehmerlisten des zweiten »Aussprachekreises« und fast aller weiteren Treffen bis 1950 vor.<sup>21</sup> Unter den Mitgliedern des Laupheimer Kreises befanden sich Adlige, Politiker, Akademiker, Wirtschaftsleute und Publizisten, größtenteils aus dem süddeutschen Raum. Die größte Gruppe unter den 36 Teilnehmern des zweiten Treffens stellten sieben süddeutsche Adlige dar. Ständige Besucher wurden nur Max von Fürstenberg und Hans-Christoph und Friedrich Schenk von Stauffenberg. Unter den Teilnehmern aus Kreisen der CDU befand sich keine herausragende Persönlichkeit.<sup>22</sup> Zu denen, die häufiger erschienen, gehörten mit August Haußleiter und Gerhard Binder Politiker, die 1948 bereits Außenseiter in der CDU bzw. CSU waren. Haußleiter gehörte wie Ulrich Steiner zur protestantischen Minderheit in seiner Partei.<sup>23</sup> Im Sommer 1949 stieß mit Paul Binder ein alter Bekannter Ulrich Steiners zum

18 Ulrich Steiner an Otto Lenz, 25. März 1948, NL Steiner, ACDP I-247-004/1.

19 In frühen Darstellungen der CDU-Geschichte wird Max von Fürstenberg eine wichtige Rolle bei der Gründung der CDU-Südbaden zugeschrieben, so bei Hans-Georg WIECK, *Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/1946*, Düsseldorf 1958, S. 108-120. Dagegen wird er bei Paul Ludwig WEINACHT, *BCSV und CDU in Baden*, in: DERS. *Die CDU in Baden-Württemberg*, Stuttgart 1979, S. 83-112, nicht einmal mehr erwähnt. Fürstenberg hatte tatsächlich nie ein Amt in der Partei übernommen und sich im Hintergrund gehalten.

20 A. BARING (wie Anm. 4), S. 22, Anm. 5.

21 NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

22 Gerhard WETTIG, *Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1945-1955*, München 1967, S. 244, schreibt, daß im Laupheimer Kreis unter anderem Gebhard Müller, Carlo Schmid und Theodor Heuss verkehrten. Sie waren mit Steiner bekannt, es gibt jedoch keinen Beleg in Steiners Nachlaß für ihre Teilnahme.

23 Zu Haußleiter s. Alf MINTZEL, *Geschichte der CSU. Ein Überblick*, Opladen 1976, S. 58 u. S. 212. Er hatte sich zusammen mit Josef Müller von der Tradition einer Bayernpartei distanziert und ein reichsorientiertes Parteiprogramm mit verfaßt. Er war Gegner einer Westintegration unter Anlehnung an die USA und stand in Verbindung mit dem »Nauheimer Kreis« um Hans-Ulrich Noack (MINTZEL, S. 286). Im Sommer 1949 verließ Haußleiter die CSU, nachdem ihm aufgrund seiner Kontakte mit SED-Politikern der Austritt nahe gelegt worden war. Siehe dazu: *Die Unionsparteien 1946-1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden*, bearb. von Brigitte KAFF (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 17), Düsseldorf 1991, S. 591.

Kern des Laupheimer Kreises. Steiner hatte ihn als Mitglied der deutschen Verwaltungsspitze in Südwürttemberg-Hohenzollern 1946 mit in die CDU geführt. Wie Steiner spielte er 1948 in der Landes-CDU nur noch am Rand politisch eine Rolle.

Aus dem akademischen Milieu Tübingens sandten Rudolf Stadelmann, Hans Speidel und seit 1949 auch Theodor Eschenburg zum Laupheimer Kreis. Über die in Tübingen stattfindenden »Donnerstagabende«, bei denen sich einmal im Monat eine Gesellschaft von Akademikern und Politikern traf, hatte Steiner noch zu seiner Zeit als Abgeordneter im benachbarten Bebenhausen Kontakte geknüpft, die mit in die Gründung des Laupheimer Kreises hineinspielten.<sup>24</sup> Unter den Unternehmern und Industriellen im Laupheimer Kreis ragte der naturalisierte Schweizer Johann Kindt-Kiefer heraus, der sehr an Kontakten zur großen Politik in seiner alten Heimat interessiert war.<sup>25</sup> Er brachte ein internationales Element in den Kreis, was den außenpolitischen Ambitionen Steiners entsprach.

Eine weitere wichtige Gruppe stellten Bekannte und Kollegen aus dem Zeitungsmilieu dar. Seit Anfang 1947 besaß Steiner eine Verlagslizenz und eine Beteiligung an der »Schwäbischen Zeitung«.<sup>26</sup> Zu denen, die aus dem Verlegermilieu zum Laupheimer Kreis stießen, gehörte Walter Jänicke, ein Mann, der bereits in der Weimarer Republik als konservativer Verleger gewirkt hatte.<sup>27</sup> Mit Kurt Fried, dem Chefredakteur und Mitherausgeber der »Ulmer Donauzeitung« (heute »Südwestpresse«), gehörte auch ein alter Bekannter Steiners aus Tagen der KZ-Haft dazu. Ein junger aufstrebender Publizist namens Klaus Mehnert, der es über das Fernsehen zu einiger Bekanntheit bringen sollte, nahm zwischen 1949 und 1951 regelmäßig an den Treffen teil.

### Themen im Laupheimer Kreis

Bei den meisten Treffen des Laupheimer Kreises wurden Referate gehalten. Einige wurden später im Ulrich-Steiner-Verlag in der Reihe »Geschichte und

24 Heinz Autenrieth an Ulrich Steiner, 23. Sept. 1948 und 28. Okt. 1948, NL Steiner, ACDP I-247-003/1. Regelmäßige Teilnehmer der »Donnerstagabende« waren u. a. Gebhard Müller, Carlo Schmid und Hans Speidel. Organisator war der lokale CDU-Gründer Heinz Autenrieth.

25 Vgl. Anwesenheitsliste vom 16. Aug. 1948, NL Steiner, ACDP I-247-006/1, sowie BARING (wie Ann. 4), S. 7.

26 NL Binder, ACDP I-105-045.

27 Jänicke war vor 1933 Verleger des »Hannoverschen Kuriers« und spielte in der DVP eine wichtige Rolle. Als Mitgründer des Bundesverbands deutscher Zeitungsverleger nahm er ab 1949 im Pressebereich eine wichtige Rolle ein. In den ersten Jahren der Bundesrepublik war Jänicke noch Präsidialmitglied im Zentralausschuß deutscher Werbewirtschaft sowie Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Presse-Agentur.

Politik« veröffentlicht. Die Diskussionen protokolierte einer der Teilnehmer. Wichtiger Bestandteil waren auch die kleinen Runden an den Abenden vor und nach den Tagungen.

Obwohl viele Fragen der Tagespolitik besprochen wurden, nahm während der ersten Treffen die Sicherheits- und Außenpolitik den breitesten Raum ein. Im Zuge der Verfassungsdiskussion 1948/49 diskutierte der Laupheimer Kreis jedoch auch grundlegende Fragen der Staatsneuordnung. Einmütige Voten zu einzelnen Punkten sind in den Protokollen nicht festgehalten. In den Beiträgen überwogen konservative Staatsvorstellungen, wie an den Forderungen nach einem Zweiparteiensystem und Mehrheitswahlrecht deutlich wird.<sup>28</sup>

Während für die Verfassungsdiskussion keine bedeutenden Impulse vom Laupheimer Kreis ausgingen, erlangte er als sicherheitspolitisches Forum Bedeutung, weil hier äußerst früh eine deutsche Wiederbewaffnung angedacht wurde. Bereits im Mai 1948 hatte Hans Speidel, Weltkriegsgeneral und Honorarprofessor in Tübingen, ein Memorandum über die »Sicherheit in Westeuropa« verfaßt, dessen Inhalt er in seinen Erinnerungen beschreibt.<sup>29</sup> Gestützt auf Zahlenmaterial des Generals Reinhard Gehlen, des ehemaligen Chefs der Abteilung »Fremde Heere Ost« und künftigen BND-Chefs, verwies Speidel auf das Übergewicht der Roten Armee bei den Landstreitkräften und skizzierte die wahrscheinlichste Angriffsstrategie. Er formulierte die Voraussetzungen für eine Verteidigung Deutschlands in Bezug auf Kommandostrukturen und Truppenstärke, wobei er in seiner Denkschrift – hochbrisant im Jahr 1948 – die Notwendigkeit eines deutschen Verteidigungsbeitrages implizit aussprach. Im Sommer 1948 stellte er sein Memorandum im Laupheimer Kreis erstmals vor größerem Publikum zur Diskussion.<sup>30</sup>

Die Denkschrift gelangte auch an den zukünftigen Bundeskanzler Konrad Adenauer. Er hatte über Mitglieder des Kreises davon Kenntnis erhalten.<sup>31</sup> Über Speidels ehemaligen Ordinanzoffizier Dr. Rolf Pauls ließ Adenauer im Herbst weitere Denkschriften einsfordern, die wieder im Laupheimer Kreis vorbesprochen wurden. Dies geschah auch bei der Tagung am 17. November 1948 in Konstanz, wo die Frage der Verteidigung Westeuropas auf der Tagesordnung stand. Es wurde mit solcher Vehemenz und Deutlich-

---

28 Tagung am 3. März 1949 im Hotel Waldeck, NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

29 Hans SPEIDEL, *Aus unserer Zeit. Erinnerungen*, Berlin 1977, S. 248.

30 EBD., S. 251.

31 A. BARING (wie Anm. 4), S. 22; G. WETTIG (wie Anm. 25), S. 244, vermutet, daß Otto Lenz der Mittler war. Es sind auch andere Personen aus dem Laupheimer Kreis denkbar. Adenauer war mit Steiner und auch Haßleiter durch die Zusammenkünfte der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU bekannt.

keit eine Wiederbewaffnung gefordert, daß die Teilnehmer fürchteten, von den Besatzungsbehörden zur Rechenschaft gezogen zu werden.<sup>32</sup>

### Weiterreichende Pläne Steiners

Der Laupheimer Kreis hatte im Laufe des Jahres 1948 schnell Aufmerksamkeit gefunden. Steiners Ziele aber gingen weiter. Der Kreis sollte Ausgangspunkt einer neuen politischen Bewegung werden. Mit derartigen Plänen im Hintergrund, lud Steiner für den 14. bis 16. Januar 1949 zu einer »Tagung von etwa 15 den verschiedensten Kreisen angehörenden ›Bonzen‹« nach Großlaupheim ein, von denen jedoch nur fünf die Einladung annahmen.<sup>33</sup> Auf dieser Tagung stellte Steiner den Entwurf eines Manifestes einer »Vereinigung zur Demokratischen Erneuerung« zur Diskussion.<sup>34</sup> Mit diesem Manifest wollte er der sich ausbildenden Dominanz der Parteien entgegenwirken. Seine Vision war eine Vereinigung der vielen Dutzend politischen Kreise in Deutschland mit dem Ziel, sie zu einer unabhängigen, überparteilichen, politischen Kraft zu machen. Die Vereinigung sollte gleichzeitig den Ausgangspunkt für neue Zirkel bilden.

Das Manifest Steiners begann mit einem Resumée der politischen Lage, wobei er Ideen aus seinen früheren Denkschriften weiterentwickelte. Er brandmarkte die Besatzungspolitik der Alliierten als völlig verfehlt, da sie zur Teilnahmslosigkeit der Bevölkerung am politischen Leben geführt habe. Er wies auf die politischen Kreise als Gegenmittel hin und begründete deren Notwendigkeit nicht nur mit der unbesiedigenden Situation in den Parteien, sondern mit den Fehlern der Presse. In den Zeitungen und Zeitschriften spiegele sich nicht die wirkliche »Volksmeinung« wider, sie hätten zudem in ihrer Umerziehungsaufgabe versagt. In der Bildung der Diskussionskreise manifestiere sich bis zu einem gewissen Grad die Enttäuschung der Intelligenz über den politischen Fehlschlag der Demokratie.

Steiner forderte dazu auf, die in den Kreisen vorhandenen Kräfte zu bündeln, da Parteien und Parlamente in einem »entmutigenden Zustand« seien. Zwischen den Kreisen sollte ein »organischer Kontakt« hergestellt werden »mit der Zielsetzung, gleichgerichtete Kräfte zusammenzufassen, um ihren Einfluss auf die politische Entwicklung dadurch zu sichern«. Auf diese Weise könnten politische Entscheidungen vorbereitet werden und eine echte öffentliche Meinung entstehen. Nihilismus und damit verbunden das Warten

32 Vortrag Ulrich Steiners anlässlich der Tagung vom 12. Febr. 1951, NL Steiner, ACDP I-247-0062/2.

33 Ulrich Steiner an Otto Lenz, 14. Dez. 1948, NL Lenz, ACDP I-172-16/2; Teilnehmer der Tagung vom 14.-16. Januar 1949, NL Steiner, ACDP I-247-0061/1.

34 Entwurf des Manifestes in NL Steiner, ACDP I-247-007/1.

auf eine neue Diktatur links oder rechts seien weit verbreitet. Die »führenden Schichten« müßten einen »völligen geistigen Wandel« des Volkes anregen. Mittel dazu seien die Bildung gleichgesinnter Kreise und Gemeinschaften: »Die Methoden einer solchen Meinungs- und Willens-Bildung liegen wohl ausserhalb von Volksversammlungen und Tagespresse,« hieß es in dem Manifest.

Außenpolitisch schwiebte Steiner die Bildung eines Weltstaats vor, dem die Europäische Einigung vorangehen müsse. Daß es ihm zuweilen an Realitätssinn fehlte, zeigt in diesem Kontext eine Äußerung zur Flüchtlingsfrage: »Die Leere Frankreichs und die Überfüllung Deutschlands mit Menschen bieten Möglichkeiten einer großzügigen Arbeitsteilung und deutschen Auswanderung im Rahmen des Europaplans.«

Konsequenterweise war die Denkschrift davon geprägt, den Einfluß der Parteien im politischen System zu begrenzen. Steiners Staatsmodell sah die Bildung eines föderalistischen Bundesstaates mit einer zweiten Kammer vor, die zur Hälfte aus Vertretern der Länderkabinette und zur Hälfte aus Ständevertretern bestehen sollte. Für das Verhältniswahlrecht der Weimarer Republik fand Steiner in der Denkschrift harte Worte. Dieser Wahlmodus führe zu »politischem Kuhhandel« und damit zur Korruption der Parteien: »Verhältniswahl sichert Nullen als Abgeordnete und Parteisekretäre als Diktatoren.«

Der Versuch Steiners, die Kreise zu einigen und ihren Einfluß zu bündeln, blieb ohne jeden Erfolg. Von der Laupheimer Tagung im Januar 1949 sind keine Protokolle erhalten, ebensowenig wie Zeugnisse von irgendeiner Resonanz auf seine Initiative.

### Die »Deutsche Union«

Um die Jahreswende 1948/49 fand noch ein ähnlicher Versuch statt, ein politisches Gegengewicht zu den Parteien im Sinne einer Sammlungsbewegung von politischen Kreisen zu schaffen: die Gründung einer »Deutschen Union« (DU) in Braunschweig am 22. Januar 1949. Auf dem Gründungstreffen waren angeblich Vertreter von 60 verschiedenen Gruppen und Kreisen anwesend.<sup>35</sup>

Die Deutsche Union erregte mehr Aufmerksamkeit als Steiners Idee. Ein Mitglied des Laupheimer Kreises, August Haußleiter, wurde sogar zweiter Vorsitzender.<sup>36</sup> Die nächste Tagung des Laupheimer Kreises am 30. März 1949 in Freudenstadt stand dann auch im Zeichen der Gründung der Deut-

---

35 *Keesings Archiv der Gegenwart*, 1949, S. 1788.

36 EBD. Auch Haußleiter hatte an der Gründung der Deutschen Union mitgewirkt; s. A. MINTZEL, (wie Anm. 26), S. 285.

schen Union. Es kamen 44 Teilnehmer. Hans-Christoph von Stauffenberg sprach als Teilnehmer des Gründungskongresses über die Deutsche Union. Otto Lenz referierte über die politische Lage. Steiner hoffte unterdessen immer noch, weiteres Interesse für seine Initiative zu wecken.<sup>37</sup>

Einleitend skizzierte Steiner sein Konzept des Laupheimer Kreises. Man sei kein »Club«, und es gebe keinen Vorsitzenden. Man sei nur zusammengekommen, um als »Damen und Herren die Dinge zu diskutieren«.<sup>38</sup> In Wiederaufnahme seiner Überlegungen in der Januar-Denkschrift gab er der Hoffnung Ausdruck, daß es noch an diesem Tag gelingen würde, neue Kreise zu bilden, da allein in solchen Foren freiheitliche Ideen geäußert werden könnten. Im Volk bestünde ein unüberwindlicher Widerwille gegen die Parteien und in den Verwaltungen säßen zu viele Postenjäger. Ulrich Steiner kam zu dem Schluß, daß über die Parlamente und die Regierung allein die Demokratie nicht wieder aufzubauen sei. Er appellierte deshalb an alle Anwesenden, neue Kreise zu gründen.

Hans-Christoph von Stauffenberg allerdings relativierte mit seinem Rat Steiners Initiative, indem er die Deutsche Union als bereits bestehende Alternative zu den Parteien und als Sammlungsbewegung vorstellt. Die Presse habe diese – nach Stauffenberg – zu Unrecht als neofaschistische und nationalbolschewistische Organisation dargestellt. Auch von Stauffenberg kritisierte die Parteien und präsentierte die Deutsche Union als Modell einer Organisation verschiedener Kreise mit dem Ziel, sich politischen Einfluß zu verschaffen, ohne jedoch Partei zu werden. Unter ihren Gründern seien fast ausschließlich Vertreter der jüngeren Generation. Ein grundlegendes Postulat der Deutschen Union sei das Mehrheitswahlrecht mit einer starken Regierung, kontrolliert von einer verantwortungsvollen Opposition. Die Deutsche Union verstehet sich auch als Reservoir an Persönlichkeiten für die Parteien. Zuletzt stellte Stauffenberg fest, daß das, was die Deutsche Union wolle, nicht so sehr verschieden sei von dem, was Ulrich Steiner skizziert habe, »nur sehr viel mehr ins Weite gehend, die breiten Massen mit erfassend, die man unbedingt erfassen muss und die man zu einem Ziele führen muss, wenn sie nicht eines Tages wieder einem Trödler nachlaufen sollen«.

Im Lauf der nachmittäglichen Diskussion versuchte Steiner noch einmal, Impulse zur Gründung neuer Kreise zu geben. Fast beschwörend appellierte er an die Teilnehmer, sich zu engagieren. Es brauche »eine sehr gute Klasse Männer«, um die Kreise ins Leben zu rufen: »Wenn wir nicht den Mut zur Handlung haben, dann haben wir kein Recht, Zeitungsverleger oder sonst etwas zu sein.« Sein Appell blieb ohne Resonanz.

---

37 Protokoll der Tagung vom 30. März 1949, NL Steiner, ACDP I-247-006/2.

38 Tagung am 30. März 1949 im Hotel Waldeck, NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

Im Lauf der Tagung kristallisierte sich heraus, daß die Mehrheit der Anwesenden im Laupheimer Kreis nicht mehr als ein Diskussions- und Kontaktforum sah. Wie dem Protokoll zu entnehmen, bezogen sich viele der Diskussionsbeiträge auf verschiedene politische Themen, oft ohne auf das Referat einzugehen. So wurde beispielsweise das Problem der Finanzhöheit und des Südweststaats thematisiert. Heinrich von Brentano, der spätere Außenminister, entfachte eine kleine Auseinandersetzung, als er deutlich machte, daß der deutsche Osten seiner Meinung nach nur mit kriegerischen Mitteln zurückzugewinnen sei. Für diese Aussage wurde er von anderen Teilnehmern der Verantwortungslosigkeit bezichtigt. Die Tagung schloß, ohne daß Steiners Anliegen noch einmal erwähnt worden wäre.

### In Blickrichtung auf den neuen Staat

Mit der Märztagung 1949 war der weitere Weg des Kreises vorgezeichnet. Er etablierte sich als regionales konservatives Diskussionsforum für aktuelle politische Probleme und fand regen Zulauf. Zur Bodenseetagung nach Überlingen, am 2. und 3. Juni 1949, fanden sich 79 Personen ein. Wegen der großen Teilnehmerzahl erschien der Kerngruppe eine organisatorische Aufteilung des »Laupheimer Kreises« notwendig. Man trennte in den »Großen Kreis«, zu dem hunderte von prominenten Persönlichkeiten geladen waren, und den »Kleinen Kreis«. Dieser hatte sich aus den abendlichen Runden nach den Tagungen entwickelt und bestand aus höchstens 20 Personen. In ihm wurden zentrale Punkte der internen Organisation sowie politische Sach- und Personalfragen besprochen.<sup>39</sup>

Im »Kleinen Kreis« machte Steiner am 2. Juni 1949 noch einmal den Versuch, seine Freunde für die Möglichkeiten politischer Kreise zu begeistern. Er hob ihre Rolle bei der Bildung der öffentlichen Meinung hervor und wies darauf hin, daß in den USA eine ähnliche Organisation existiere.<sup>40</sup> Doch wie bei der Tagung vom 30. März 1949 war auch im »Kleinen Kreis« niemand bereit, darauf einzugehen. Statt dessen wurde zur vorherrschenden Frage, wie der Laupheimer Kreis seinen Einfluß in Bonn sichern könne.<sup>41</sup>

In der Diskussion setzte sich Otto Lenz dafür ein, jeden möglichen Einfluß bei der Aufstellung der Bundestagskandidaten zu nutzen. Eine längere Diskussion erbrachte jedoch keine konkreten Personalvorschläge.

39 Ulrich Steiner an Hans Rothfels, 4. Juli 1951, NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

40 Protokoll der Sitzung im Inselhotel Konstanz am 2. Juni 1949, NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

41 EBD. Anwesend waren S.D. Prinz Fürstenberg, Frhr. Hans Christoph v. Stauffenberg, Dr. Otto Lenz, August Haubleiter, Dr. Franz Liedig, Graf Leutrum v. Ertingen, Dr. Klaus Mehner, Friedrich Vorwerk, Dr. Paul Binder, Dr. Eckhardt, Ulrich Steiner.

Man beschloß, nach geeigneten Personen zu suchen. Die Bemühungen, in den folgenden Monaten Mitglieder des Kreises für Bonn zu gewinnen, blieben erfolglos. Anlässlich der Tagung in Meersburg am 12. Oktober 1949 erklärte Steiner, daß ihm eine Äußerung des Bedauerns zugegangen sei, weil nur »wenige Männer unserer Auffassungen nach Bonn entsandt worden seien«.<sup>42</sup> Die Verantwortung dafür trugen nach Steiners Auffassung die Parteien. Zwar seien einige Mitglieder des Laupheimer Kreises durchaus gewählt geworden, doch hätten andere als zu unzuverlässig gegolten. Man habe sich auch nicht, so Steiner, erfolgreich mit den Parteivorständen beraten können, »die ja übrigens erst einmal verpflichtet waren, ihre bewährten alten Parteigänger zu versorgen«.

Unbenannt blieb das Dilemma, in dem der Laupheimer Kreis steckte. Er ging einerseits sehr kritisch mit den Parteien um, war aber andererseits doch auf sie angewiesen, um einflußreiche politische Positionen zu erlangen. Artikel 21 des Grundgesetzes garantiert die »unbestrittene Dominanz der Parteien gegenüber allen anderen an der politischen Willensbildung beteiligten Kräften«.<sup>43</sup> Klaus Mehnert, als Journalist selbst Mitglied mehrerer Kreise, faßt die Entwicklung so zusammen: »Mit dem Zusammentritt des Parlamentarischen Rates, der Verkündigung des Grundgesetzes im Mai 1949 und der Vorbereitung für die erste Bundestagswahl im August 1949 verlagerte sich die politische Diskussion von den Schlössern und Burgen in das Universitätsstädtchen am Rhein.«<sup>44</sup> Der Weg zur politischen Macht führte nur noch über die Parteien.

Die Tatsache, daß Bonn nun politisches Zentrum Westdeutschlands war, spiegelte sich in den folgenden Jahren im »Kleinen Kreis« wider. Seine Bedeutung als Ausspracheforum lag in der Diskussion regionaler Probleme. Bis zur Gründung Baden-Württembergs gab es noch kein gemeinsames Gremium der drei Länder Württemberg-Hohenzollern, Württemberg-Baden und Südbaden. Deshalb bildete der Laupheimer Kreis ein ideales Forum für informelle Gespräche im Vorfeld der Zusammenführung. Bis dahin standen mehrmals Fragen der künftigen Verfassung des Südweststaats im »Kleinen Kreis« auf der Tagesordnung.<sup>45</sup>

42 Protokoll vom 12. Okt. 1949, NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

43 Wilhelm HENNIS, *Die Rolle des Parlaments und die Parteidemokratie*, in: Richard LÖWENTHAL/Hans-Peter SCHWARZ (Hrsg.), *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Stuttgart 1974, S. 203-243.

44 K. MEHNERT (wie Anm. 1), S. 314.

45 Protokoll der Tagung in Donaueschingen, 24. Febr. 1952, NL Steiner, ACDP I-247-007/1.

### Instrumentalisierung des »Kleinen Kreises« für die Regierungspolitik

Die Bundespolitik betreffend, wurde der Laupheimer Kreis in den Jahren nach Adenauers Amtsantritt mehr und mehr zu einem Ort wohlwollender Unterstützung der Regierungspolitik. Nach 1950 war Otto Lenz die zentrale Figur im »Kleinen Kreis«. Diese Position wurde gestärkt, als Adenauer 1951 Lenz zum Staatssekretär im Kanzleramt berief.<sup>46</sup> Nach seiner Berufung schrieb Lenz dem Zeitungsverleger Curt Schwab, ebenfalls Teilnehmer am Laupheimer Kreises, »daß wir uns in einem Existenzkampf nach allen Seiten, auch um die Demokratie, befinden, und daß ich aus diesem Gesichtspunkt heraus ein starkes Aufeinanderabgestimmtes Sein der Kreise verlange, denen es um unser Volk und um die Demokratie ernst ist.«<sup>47</sup>

Damit nahm die Idee der Kreise eine neue Wendung. Lenz versuchte, sie als Orte der Werbung für die Regierungspolitik zu instrumentalisieren, um über sie Grundsatzbeschlüsse wie die Wiederbewaffnung zu popularisieren. Indem er die Kreise nicht mehr als unabhängige Foren der politischen Willensbildung ansah, unterschied er sich grundlegend von Steiner. Ähnlichkeiten bestanden jedoch in dem Ziel, die gesellschaftlichen Eliten und diejenigen Gruppen der Bevölkerung zu erreichen, die den Parteien als Orte der politischen Willensbildung kritisch gegenüberstanden. Um seine Vorstellungen umzusetzen, leitete Lenz im Herbst 1951 die Gründung der »Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise« (ADK) in die Wege. Das Ziel der ADK war, im »politischen Vorfeld« durch Diskussions- und Aussprachekreise »generell für die Regierungspolitik zu werben«.<sup>48</sup> In den folgenden Jahren entstanden in jedem Bundesland Ableger der ADK. Sie kanalisierten mit großem Erfolg parteikritisches Potential im bürgerlichen Lager. Allein 1953 organisierte die ADK neben mehreren Dutzend Tagungen für Honoratioren insgesamt 2500 Veranstaltungen mit 200.000 Teilnehmern.<sup>49</sup>

Auch der Laupheimer Kreis wurde ab 1951 in diesem Sinne von Lenz genutzt und zum Instrument der Regierungspolitik umfunktioniert. Gemeinsam mit Friedrich Vorwerk baute Lenz den »Kleinen Kreis« in den Jahren 1951 und 1952 zum Koordinationsorgan für die ADK im Südwesten aus. Während einer Tagung des »Kleinen Kreises« am 24. Februar 1952 besprachen die Anwesenden einen Bericht über die Tätigkeit der ADK in Südwestdeutschland sowie deren Arbeit seit Oktober 1951.<sup>50</sup> Friedrich Vorwerk regte schließlich an, Persönlichkeiten zu suchen, die in das Kuratorium und

46 Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876-1952*, Stuttgart 1976, S. 558.

47 Otto Lenz an Curt Schwab, 31. Okt. 1951, NL Lenz, ACDP I-172-68.

48 A. BARING (wie Anm 4), S. 10.

49 EBD.

50 Protokoll der Tagung in Donaueschingen, 24. Febr. 1952, NL Steiner, ACDP I-247-007/1.

den Arbeitsvorstand der ADK eintreten sollten. Außerdem sammelte man Vorschläge zur Finanzierung und Rechtsform der ADK.<sup>51</sup> Mit dem Treffen vom 24. Februar 1952 trat der »Kleine Kreis« das letzte Mal zusammen. An der Instrumentalisierung des Kreises und der Verschiebung der Ziele zeigt sich deutlich, daß Steiner zu dieser Zeit praktisch keinen Einfluß mehr besaß.

### Der »Große Kreis« als gesellschaftliches Ereignis

Seine größte Bekanntheit erlangte der Laupheimer Kreis durch die Tagungen des »Großen Kreises«, die seit Dezember 1949 Prominenz aus Wirtschaft und Politik in hoher Zahl anzogen und somit in Südwesdeutschland zu gesellschaftlichen Ereignissen wurden. Entscheidend für die verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit war die erste große Tagung, die nicht in der Provinz, sondern am 7. Dezember 1949 im Kursaal von Bad Cannstatt abgehalten wurde.<sup>52</sup> Beachtung fand diese Versammlung nicht nur durch die große Teilnehmerzahl von über 140 Personen, sondern auch durch ihre inhaltliche Brisanz. Klaus Mehnerts referierte zum Thema »Der Osten und Deutschland in der Periode des Stalinismus«. Hohe Wellen schlug das Referat Theodor Eschenburgs über »Das Problem der Willensbildung in der deutschen Bundesrepublik«, in dem er sich kritisch über den Einfluß der Parteien in allen Bereichen des politischen Lebens äußerte. Entgegen den Grundsätzen des Laupheimer Kreises war durch ein Mißverständnis ein Journalist der »Stuttgarter Zeitung« im Saal anwesend, der am folgenden Tag über die Rede des Politikwissenschaftlers und Ministerialrates berichtete und aufsehenerregende Zitate veröffentlichte. Eschenburg hatte unter anderem kritisiert, daß das »geringe Menschenreservoir« der Parteien »zu einem bisher noch nicht bekannten Tiefstand des Niveaus von Abgeordneten« geführt habe.<sup>53</sup>

Dieser Artikel löste im Landtag von Württemberg-Hohenzollern am 8. Dezember 1949 eine heftige Debatte aus. Sie wurde besonders heftig vom Laupheimer CDU-Abgeordneten Franz Pfender geführt, dessen persönliches

<sup>51</sup> Bis zu den Wahlen von 1957, die für Adenauer die absolute Mehrheit brachten, steigerte die ADK ihre Aktivitäten um ein Vielfaches. Über eine Million Menschen wurden im Wahljahr 1957 angesprochen. Die ADK erreichte damit den Höhepunkt ihrer Tätigkeit; vgl. Hans Edgar JAHN, *An Adenauers Seite. Sein Berater erinnert sich*, München-Wien 1987, S. 385-390. Die Finanzierung der ADK wurde nie offengelegt. 1967 wurde die ADK der Großen Koalition geopfert. Helmut Schmidt habe die Auflösung mit der Begründung gefordert: »Jahn und seine Organisation haben der SPD mehr geschadet als die CDU/CSU zusammengenommen« (JAHN, S. 92).

<sup>52</sup> Tagung Stuttgart, 7. Dez. 1949, NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

<sup>53</sup> »Die Rede des Professor Eschenburg«, in: *Stuttgarter Zeitung* vom 8. Dez. 1949.

Verhältnis zu Ulrich Steiner – noch aus Zeiten früherer Auseinandersetzungen innerhalb der Partei – äußerst gespannt war. In der Presse fand die Auseinandersetzung für einige Monate Beachtung. Pfender und andere verlangten die Disziplinierung Eschenburgs und brachten diesbezüglich eine große Anfrage ein, die im März 1950 behandelt wurde. Gebhard Müller verhinderte in der CDU, daß sein alter Freund zur Rechenschaft gezogen wurde. Auch die Journalisten im Umfeld des Laupheimer Kreises verteidigten in der Presse Eschenburg und seine Rede. Artikel in der Zeitschrift »Christ und Welt«, in der Mehnert Einfluß hatte, in der »Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung«, herausgegeben von Curt Schwab, in der »Ulmer Donauzeitung« Kurt Frieds und auch in der »Schwäbischen Zeitung« sorgten dafür, daß die Öffentlichkeit Eschenburg beisprang.

Nach diesem publikumswirksamen Skandal war allen folgenden Tagungen des Laupheimer Kreises Aufmerksamkeit sicher, und es erschienen regelmäßig um die 150 Besucher. Zwischen 1950 und 1952 gab es je zwei Tagungen des »Großen Kreises« mit Referaten zu aktuellen Themen. Im Jahr 1953 fanden keine Tagungen statt, 1954 und 1955 insgesamt noch drei Versammlungen. Bis zuletzt gelang es, hochrangige Redner für die Tagungen zu gewinnen.<sup>54</sup> Die inhaltlichen Vorbereitungen traf Steiner meist in Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedern des Kreises. Die Tagungen finanzierte er selbst, was schließlich das Ende des Laupheimer Kreises beschleunigte. Zu den finanziellen Belastungen, vor denen bereits 1949 Mitglieder des »Kleinen Kreis« Steiner gewarnt hatten, kamen zunehmend noch gesundheitliche Probleme.<sup>55</sup>

Steiners politische Vorstellungen glitten zwischen 1952 und 1954 zunehmend ins Illusionäre ab und isolierten ihn noch mehr. Er wandte sich von demokratischen Staatsideen ab, wie Otto Lenz am 23. Oktober 1952 in seinem Tagebuch vermerkte: »Er ist vollkommen in abwegige Ideen versponnen und schwärmt neuerdings noch stärker für die Errichtung einer Monarchie.«<sup>56</sup> Auf der vorletzten Versammlung, am 27. Juni 1954, wollte Steiner dem »Großen Kreis« die Monarchie als Alternative zur parlamentarischen Demokratie nahebringen. Bei dieser Tagung des Laupheimer Kreises sprachen Ernst Forsthoff und Kurt-Georg Kiesinger. Während Kiesinger das britische Staatssystem vorstellt, pries Forsthoff, ein überzeugter Monarchist, unter dem Titel »Grenzen der Demokratie« die konstitutionelle Monarchie

---

<sup>54</sup> Im Jahr 1950 traten Hans Speidel und Professor Paul Hermberg als Redner auf. 1951 unter anderem Eugen Gerstenmaier und Hans Rothfels. 1952 Elisabeth Noelle-Neumann und Theodor Eschenburg. 1954 Professor Forsthoff und Kurt Georg Kiesinger; vgl. NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

<sup>55</sup> Walter Jänicke an Felix Steiner, 21. Aug. 1949, NL Lenz, ACDP I-172-16/2.

<sup>56</sup> Otto LENZ (wie Anm. 19), S. 444.

als höchste Form der Staatskunst. Die Tagung provozierte in der »Stuttgarter Zeitung« einen bissigen Kommentar, der sich über die Geisteshaltung der Teilnehmer lustig machte und über ihr Unvermögen, sich mit den Zuständen in der Bundesrepublik abzufinden.<sup>57</sup>

Steiner selbst erkannte, daß er von den Ansichten vieler Teilnehmer des Laupheimer Kreises weit entfernt war.<sup>58</sup> Im Gegensatz zu Steiner hatten es die meisten seiner Freunde geschafft, sich im westlichen Deutschland zu etablieren. Die Tagung vom 27. Januar 1955 mit dem Thema »Politische Probleme der Marktwirtschaft« war die letzte. Zweimal noch, 1957 und 1960, versuchte der verbitterte Steiner, seinen Laupheimer Kreis ein weiteres Mal zusammenzuführen. In der Antwort des Historikers Gerhard Ritter auf Steiners Rundschreiben vom Juli 1960 wird deutlich, wie vergeblich sein Mühen war. Ritter schrieb: »Die Sammlung des ›Laupheimer Kreises‹ war seinerzeit, d. h. in den ersten Nachkriegsjahren, wirklich eine Tat ... Damals war es ein dringendes Bedürfnis, sich durch derartige Diskussionen über die verwottene und gefährdete Lage Deutschlands nach der Katastrophe klar zu werden und ohne Bindung an irgendeine Partei gemeinsam die Möglichkeiten eines geistig-politischen Neubaus zu erörtern. Inzwischen scheint mir die Situation doch stark verändert. Es gibt jetzt so viele Möglichkeiten zu geistigem Austausch ..., daß mir zweifelhaft ist, ob die Fortführung des von Ihnen gesammelten privaten Kreises wirklich noch notwendig ist.«<sup>59</sup>

Wie diese nüchterne Einschätzung deutlich macht, hatte sich der Laupheimer Kreis Ende der fünfziger Jahre überlebt. Alle Versuche seines Mentors, ihn wiederzubeleben, waren zum Scheitern verurteilt. Die Jahre seiner Wirksamkeit, die Gründerzeit der Bundesrepublik, waren vorüber. Ulrich Steiner starb fern der politischen Bühne am 23. Dezember 1961.

---

57 Glosse in der *Stuttgarter Zeitung*, 29. Juni 1954.

58 Ulrich Steiner an Ernst Forsthoff, 21. Mai 1954, NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

59 Gerhard Ritter an Ulrich Steiner, 10. Aug. 1960, NL Steiner, ACDP I-247-007/4.

»Keine Sicherheit in Europa  
ohne die Wiedervereinigung Deutschlands«.  
Zur Diskussion über die Kirkpatrick-Notiz vom  
16. Dezember 1955 und Adenauers Deutschlandpolitik

Von Matthias Pape

I.

Im Jahr 1986 veröffentlichte Josef Foschepoth ein nach Ablauf der dreißigjährigen Sperrfrist freigegebenes Aktenstück aus dem Public Record Office in London, an das er weitreichende Thesen knüpfte, die in der Öffentlichkeit ein großes Echo auslösten. Das Aktenstück, das den Vermerk »Top secret« trägt, enthält eine Notiz von Sir Ivone Kirkpatrick, dem Ständigen Unterstaatssekretär im Foreign Office von 1953 bis 1957 und zuvor (seit 1950) britischer Hochkommissar in Bonn<sup>1</sup>, vom 16. Dezember 1955 für den britischen Außenminister über eine vertrauliche Mitteilung des westdeutschen Botschafters Hans von Herwarth.<sup>2</sup> Dieser hatte die Mitteilung im Auftrag Konrad Adenauers am 15. Dezember übermittelt; am 17. Dezember berichtete die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« über die Unterredung.<sup>3</sup> Herwarth hatte wenige Tage zuvor, vom 8. bis 10. Dezember, an der Botschafterkonferenz in Heimerzheim, einer Wasserburg in der Nähe von Bonn, unter

---

1 Kirkpatrick (1897-1964) war einer der besten Kenner Deutschlands im Foreign Office. Er war 1933-1938 erster Sekretär an der Berliner Botschaft, 1941-1945 Leiter des Europadienstes der B.B.C. und 1945-1950 im Foreign Office, seit 1945 als Assistant Under-Secretary of State, seit 1949 als Permanent Under-Secretary (German Section).

2 Kirkpatricks Gesprächsnach vom 16. Dezember 1955, überschrieben »German Unity«, ist mehrfach gedruckt, zuerst in einem Artikel von Josef FOSCHEPOTH. »Dreigeteilt? Ja, bitte!«, in: *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, 16. März 1986. Zuletzt in: J. FOSCHEPOTH (Hrsg.), *Adenauer und die deutsche Frage*, Göttingen 1988, 2. Aufl. 1990, S. 289 f. – Vgl. auch DERS., »Hat Kohl das verwirklicht, was Adenauer wollte?«, in: *Frankfurter Rundschau*, 13. Februar 1993.

3 Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (im Folgenden FAZ) meldete unter der Überschrift »Herwarth bei Kirkpatrick« Herwarths erste Unterredung mit Kirkpatrick nach der Bonner Botschafterkonferenz: »In gut unterrichteten Kreisen Londons ist man der Auffassung, daß weder London und Washington noch Bonn zur Zeit die Möglichkeit für eine Initiative für die Wiedervereinigung sehen. Neuorientierungen in der westlichen Politik werden nicht erwartet.«

Vorsitz von Außenminister Heinrich von Brentano teilgenommen und vor der Abreise aus London mit Kirkpatrick gesprochen.<sup>4</sup>

Den Hintergrund sowohl der Botschafterkonferenz als auch der Demarche Herwarths am 15. Dezember bildete das Scheitern der Genfer Konferenz, auf der die Außenminister der Vier Mächte vom 27. Oktober bis 16. November 1955 über die europäische Sicherheit, die deutsche Frage und Abrüstung beraten hatten. Adenauer und der amerikanische Außenminister John Foster Dulles hatten sich auf das Junktim verständigt, Fortschritte im Bereich der europäischen Sicherheit von Fortschritten in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands abhängig zu machen. Die Botschafterkonferenz galt der Beratung der Lage Deutschlands nach der Genfer Konferenz. Herwarth hatte in Bonn keinen Zweifel gelassen, daß die Haltung der britischen Regierung in der Frage der deutschen Wiedervereinigung nach der Genfer Konferenz »absolut klar und positiv« sei.<sup>5</sup> Premierminister Anthony Eden und Außenminister Harold Macmillan hätten »keine 14 Tage vergehen lassen«, in denen sie nicht immer wieder den Standpunkt der Bundesregierung vertreten hätten, »daß es ein Junktim gibt zwischen Wiedervereinigung und Sicherheit«. Die englische Regierung habe sich seit dem Aufkommen der Euphorie in der britischen Presse nach der ersten Genfer Konferenz (im Sommer 1955) »außerordentlich bemüht, dem Volk durch Reden klarzumachen, daß in der Frage der Wiedervereinigung mit Sicherheit an die Sowjetunion keine Konzessionen gemacht werden könnten«. Nun, nach der »Einmischung der Sowjets im Nahen Osten«, durch die englische Interessen unmittelbar berührt seien, und nach den Erklärungen Ministerpräsident Bulganins und Chruschtschows während ihrer Reise nach Indien und Burma (vom 19. November bis 14. Dezember 1955) habe sich die Haltung der Regierung gegenüber der Sowjetunion »außerordentlich versteift«. Eden und Kirkpatrick hätten ihm kürzlich gesagt, es sei »wahrscheinlich doch ein Fehler gewesen, daß man auf der ersten Genfer Konferenz den Sowjets so weit entgegengekommen sei, da man eigentlich ihr Spiel getrieben habe«. Der Westen, so Eden, »müsse eisern zusammenhalten«. Dies sei »die einzige Möglichkeit, um der Offensive der Sowjets, die einmal in Europa, einmal in Afrika, einmal in Asien erfolge, entgegentreten zu können«.

Ursache der britischen Besorgnis war die Politik des ägyptischen Präsidenten General Nasser, der den arabischen Nationalismus gegen britisch-französische Bevormundung schürte und Syrien, Saudi-Arabien und an-

---

<sup>4</sup> Zur Botschafterkonferenz vgl. das maschinenschriftliche Protokoll im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts, Büro Staatssekretär, Bd. 92 (hier S. 9-12 u. 19, Stellungnahmen Herwarths).

<sup>5</sup> So das Protokoll nach der Tonbandaufzeichnung (wie Anm. 4), S. 9-12. Danach das Folgende.

scheinend auch Jordanien, den engsten Verbündeten Großbritanniens in der Region, unter seinen Einfluß gebracht hatte. Ende September 1955 hatte Nasser den Vertrag über sowjetisch-tschechoslowakische Waffenlieferungen an Ägypten und über die Hilfe sowjetischer Rüstungsexperten bekannt gegeben, ein »deal«, der das Kräftegleichgewicht im Nahen und Mittleren Osten aushebelte sowie die britischen Ölinteressen und die Sicherheit Israels bedrohte.<sup>6</sup> Mit dem Vertrag reagierte Nasser auf den Bagdad-Pakt vom Februar 1955 zwischen dem prowestlich orientierten Irak und der Türkei, der auf die Einbeziehung weiterer arabischer Staaten ausgerichtet war und dem Großbritannien im April und der Iran im September 1955 beigetreten waren. Nasser sah im Bagdad-Pakt den Versuch der Briten, die arabische Welt zu spalten, während London den Pakt zum festen Bindeglied zwischen den moslemischen Ländern und dem Westen ausbauen wollte.<sup>7</sup> So waren deutsche Frage, europäische Sicherheit und die Politik im Nahen und Mittleren Osten während der Genfer Konferenz »unentwirrbar miteinander verschlochten« gewesen.<sup>8</sup> Großbritannien, das von einem rapide wachsenden Handelsbilanzdefizit, schwindenden Gold- und Dollarreserven und Inflation geschlagen war,<sup>9</sup> suchte seit dem Herbst 1955 den Schulterschluß mit Washington, um der sowjetischen Expansion im Nahen Osten entgegenzuwirken. Die Zusammenarbeit kam aber nur partiell zustande. Die USA traten dem Bagdad-Pakt zum Verdruß der Briten nicht bei. Beide Staaten machten Nasser am 15. Dezember ein Finanzierungsangebot in Höhe von 400 Millionen Dollar für den Bau des Assuan-Staudamms. Nasser ging nicht darauf ein, die Fronten zwischen London und Kairo verhärteten sich.<sup>10</sup> Nassers Wendung zur Sowjetunion führte im Oktober/November 1956 zum

6 Dazu eingehend aus Sicht des Foreign Office Harold MACMILLAN, *Tides of Fortune 1945-1955*, London-Melbourne-Toronto 1969, Kap. 19: »Seeds of Strife«, hier S. 629-658. – Zu den Fehleinschätzungen der Lage im Nahen Osten durch die britische Regierung, vor allem durch Eden selbst, Bernd EBERSOLD, *Machverfall und Machtbewußtsein. Britische Friedens- und Konfliktlösungsstrategien 1918-1956* (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 31), München 1992, S. 394-406. Zur amerikanischen Position Detlef FELKEN, *Dulles und Deutschland. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1953-1959*, Bonn-Berlin 1993, S. 343-345. Zu Nassers Zielen vgl. Mohamed Reda MOHARRAM, *Die Suezkrise 1956. Gründe – Ereignisse – Konsequenzen*, in: Winfried HEINEMANN u. Norbert WIGGERSHAUS (Hrsg.), *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez* (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 48), München 1999, S. 197-217.

7 Vgl. B. EBERSOLD (wie Anm. 6), S. 394 f. H. MACMILLAN (wie Anm. 6), S. 655. Sir Anthony EDEN, *Memoiren 1945-1957*, Köln-Berlin 1960, S. 255-259, 381, 411 f.

8 H. MACMILLAN (wie Anm. 6), S. 642.

9 Vgl. A. EDEN (wie Anm. 7), 2. Buch, Kap. V: »Die Kehrseite des Wohlstands (Juli 1955 bis Juli 1956)«. Dazu die Einschätzung der US-Botschaft in London, 24. Januar 1956, in: *Foreign Relations of the United States, 1955-1957, Volume XXVII: Western Europe and Canada*, Washington 1993, S. 614-617, hier 616.

10 Vgl. H. MACMILLAN (wie Anm. 6), S. 657 f. Dagegen B. EBERSOLD (wie Anm. 6), S. 396.

Suez-Krieg, der mit der Verdrängung Großbritanniens als Vormacht im Nahen Osten und seiner Ausschaltung als Großmacht endete.

Herwarth konnte am 8./10. Dezember 1955 noch nicht die Modifizierung der britischen Außenpolitik erkennen, die sich im Laufe des Monats schärfer abzeichnete. Anfang Dezember hatte die Londoner Presse gemeldet, zur Lösung der Deutschlandfrage würden neue Pläne entwickelt. Premierminister Eden wolle Präsident Eisenhower bei der für Januar 1956 in Washington geplanten Unterredung beider Regierungschefs auf Anregung Bundeskanzler Adenauers vorschlagen, nunmehr in direkte deutsch-sowjetische Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands einzutreten.<sup>11</sup> Genau dies lag nicht in Adenauers Absicht. Doch traf zu, daß es London nicht beim negativen Ausgang der Genfer Konferenz belassen und Eden angesichts der weltpolitischen Lage in einen intensiveren Dialog mit der Sowjetunion eintreten wollte. Eden, der als Außenminister unter Chamberlain und Churchill seit über zwei Jahrzehnten mit der britischen Außenpolitik verwachsen war, wollte diese wieder stärker in die Hand nehmen und berief am 21. Dezember 1955 an Stelle des älteren Macmillan, der erst im April das Foreign Office übernommen hatte, Selwyn Lloyd in dessen Leitung.<sup>12</sup>

In diesem größeren außenpolitischen Zusammenhang sind auch die neuen Vorstellungen Kirkpatricks zu sehen, die er nach Rückkehr aus Genf entwickelte.<sup>13</sup> Er wünschte sich eine »elastischere« Verhandlungsposition gegenüber der Sowjetunion als sie die USA einnahmen. Die Westmächte sollten, vorausgesetzt, daß Deutschland durch freie Wahlen geeinigt werden und die gesamtdeutsche Regierung innen- und außenpolitisch frei entscheiden könne, jeden vernünftigen Sicherheitsvertrag mit den Russen abschließen.<sup>14</sup> Das stand im Gegensatz zur bisher erklärten Haltung der britischen Regierung, wie sie Herwarth auf der Botschafterkonferenz darge-

11 So FAZ, 5. Dezember 1955, »Kein Brief Adenauers an Eden«; die Londoner Meldungen wurden als Fehlspeditionen zurückgewiesen. – FAZ, 6. Dezember, Leitartikel »Ein Treffen Edens mit Eisenhower Ende Januar«.

12 Dazu Macmillan (1894-1986) im Rückblick: »On reflections, I feel, that Eden wished to have more control over foreign affairs, either in his own hands or in those of a Minister younger than himself and with less political experience. [...] I realised how natural it was that he should wish to keep his finger more closely upon the details of foreign negotiations than Prime Ministers such as Asquith, Baldwin or Attlee had ordinarily done.« Zum Amtswechsel H. MACMILLAN (wie Anm. 6), S. 687-697, Zitat S. 696. A. EDEN (wie Anm. 7), S. 365-368, 374-376. – Vgl. u. Aktenstück, Fußnote 3.

13 Dazu Bericht Herwarths an das Auswärtige Amt vom 24. November 1955. Zit. bei Wilhelm G. GREWE, »Deutsche Bewußtseinspalungen« (Replik auf Foschepoths Artikel vom 16. März), in: *Die Welt*, 7. April 1986. Wieder in: Wilhelm G. GREWE, *Die deutsche Frage in der Ost-West-Spannung. Zeitgeschichtliche Kontroversen der achtziger Jahre*, Herford 1986, S. 132-142, hier S. 134. – Dazu auch Hans VON HERWARTH, *Von Adenauer zu Brandt. Erinnerungen*, Berlin, Frankfurt a.M. 1990, S. 219 ff. – Zu Edens Position D. FELKEN (wie Anm. 6), S. 348.

14 So resümierte Kirkpatrick selbst seine Vorschläge am 16. Dezember (wie Anm. 2).

legt hatte. Kirkpatricks Kalkül war offensichtlich, daß sich die Deutschen bei einer freien Wahl in Gesamtdeutschland für das westliche Bündnis entscheiden würden.<sup>15</sup> Der britischen Außenpolitik mußte es – anders als der amerikanischen – zur ökonomischen und militärischen Entlastung des Landes und zu seiner Behauptung als Weltmacht darauf ankommen, mit der Sowjetunion an irgendeinem Krisenpunkt, sei es in Europa, im Nahen oder Fernen Osten, zu einer Entspannung zu kommen, die eine Reduzierung seiner Rüstungsausgaben zuließ. Daher verlangte London auch einen deutschen Beitrag zu den Stationierungskosten der britischen Armee in der Bundesrepublik.

Adenauer hatte andere Interessen zu wahren. Er mochte sich angesichts des Vorstosses von Kirkpatrick daran erinnert haben, daß Churchill nach Stalins Tod im Mai/Juni 1953 (gegen den Widerstand des Foreign Office) den wenig durchdachten Versuch unternommen hatte, die Westintegration der Bundesrepublik wieder rückgängig zu machen, um mit der Sowjetunion zu einer Entspannung auf der Grundlage eines neutralisierten Gesamtdeutschlands zu kommen und die dringend erforderliche ökonomisch-militärische Entlastung der gefährdeten Weltmachtposition Großbritanniens herbeizuführen.<sup>16</sup> Selwyn Lloyd, damals Staatsminister im Foreign Office, hatte, wie wir heute wissen, Churchills Versuch, den Kalten Krieg und die Teilung Deutschlands durch Einberufung einer Gipfelkonferenz zu überwinden, abgelehnt. Nach der Niederschlagung des Volksaufstands in der DDR, der Churchills Pläne zunichte machte, hatte Lloyd auf die stabilisierende Wirkung der Teilung Deutschlands angesichts des West-Ost-Gegensatzes hingewiesen.<sup>17</sup>

15 Kirkpatricks Einstellung kennzeichnet Folgendes: Herbert Blankenhorn, deutscher Vertreter bei der NATO, hatte – ohne Absprache mit Adenauer – Kirkpatrick im Oktober 1955 aus Sorge über den Stillstand der Genfer Konferenz gefragt, ob die Deutschen nicht von sich aus die Neutralisierung anbieten müßten, um die Einheit zu retten. Dazu Kirkpatrick: »Blankenhorn's attitude brings home to us how much we owe to the Chancellor for his robust outlook and how great our difficulties will be when he goes.« Zit. nach Hermann-Josef RUPPEL, *Die deutschlandpolitischen Handlungsspielräume der Bundesregierung 1949-1955*, in: Jürgen WEBER (Hrsg.), *Die Republik der fünfziger Jahre. Adenauers Deutschlandpolitik auf dem Prüfstand* (Akademiebeiträge zur politischen Bildung, Bd. 22), München 1989, S. 71-87, hier S. 87. – Vgl. auch Sir Ivone KIRKPATRICK, *Großbritannien und die deutsche Wiedervereinigung*, in: *Deutsche Rundschau* 85 (1959), S. 972-975.

16 Dazu abgewogen B. EBERSOLD (wie Anm. 6), S. 369-380. Im einzelnen Klaus LARRES, *Neutralisierung oder Westintegration? Churchill, Adenauer, die USA und der 17. Juni 1953*, in: *Deutschland Archiv* 27 (1994), S. 568-585. DERS., *Politik der Illusionen. Churchill, Eisenhower und die deutsche Frage 1945-1955* (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 35), Göttingen-Zürich 1995.

17 Lloyd hatte am 22. Juni 1953 an Churchill geschrieben: »Germany is the key to the peace of Europe. A divided Europe has meant a divided Germany. To unite Germany while Europe is divided, if practicable, is fraught with danger for all. Therefore everyone – Dr. Adenauer, the Russians, the Americans, the French and ourselves – feel in our hearts that a divided Germany is safer for the time being. But none of us dare say so openly because of the effect upon

Adenauer mußte sich Mitte Dezember 1955 fragen, ob nicht wieder ein Querschuß aus London drohte, der die deutsche Frage britischen Interessen unterordnen wollte. Er riet Kirkpatrick von dessen Vorstellungen ab. Der Grund sei, so Herwarth gegenüber Kirkpatrick, daß Adenauer »kein Vertrauen in das deutsche Volk« habe. Der Bundeskanzler befürchte, daß sich eine spätere deutsche Regierung mit den Russen auf deutsche Kosten – das hieß für Adenauer: auf eine Neutralisierung Gesamtdeutschlands – einigen könnte. Die Westintegration, so Adenauer, sei wichtiger als eine Wiedervereinigung um diesen Preis. Herwarth wies abschließend darauf hin, daß es für Adenauers politische Position ganz verheerend (»quite disastrous«) wäre, wenn seine so offen geäußerte Auffassung jemals in Deutschland bekannt würde.<sup>18</sup>

Die Demarche Herwarths hatte offensichtlich ein anderer Vorgang ausgelöst, auf den Wilhelm Grewe, 1955 Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, im Anschluß an Foschebots Fund hingewiesen hat: Am 14. Dezember hatte Adenauer vom deutschen Botschafter in Paris (von Maltzan) die Mitteilung erhalten, der britische Feldmarschall Montgomery, Stellvertreter des Oberbefehlshabers der NATO, halte ein wiedervereinigtes Deutschland außerhalb der NATO, ohne die Stationierung amerikanischer Bodentruppen in Deutschland und ohne einen deutschen Bündnisbeitrag, für vertretbar, da ein künftiger Krieg, sollte er ausbrechen, durch Atomwaffen und modernste Technik entschieden würde.<sup>19</sup> Montgomerys politische Vorstellungen ließen auf ein wiedervereinigtes, neutrales Deutschland hinaus, das im Foreign Office niemand wollte.

Nach Kirkpatricks und Montgomerys Äußerungen sah sich Adenauer offenbar veranlaßt, Kirkpatricks Vorstellungen entgegenzuwirken, auch vor dem Hintergrund der ungefestigten politischen Situation der Bundesrepublik. Nicht nur die Sozialdemokraten unter Erich Ollenhauer, auch ein Teil der Freien Demokraten um Thomas Dehler und Teile der Öffentlichkeit, die sich, wie die Paulskirchenbewegung, am restaurierten und souveränen Nationalstaat orientierten oder aus gesinnungsethischen Gründen die Wiederbewaffnung verwarfen, lehnten den im Mai 1955 vollzogenen Beitritt der Bundesrepublik zur NATO ab, um die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands offen zu halten.<sup>20</sup> Sie ließen sich von der Hoffnung leiten, die

---

Germany public opinion. Therefore we all publicly support a united Germany, each on his own terms«. Zit. nach B. EBERSOLD (wie Anm. 6), S. 377. K. LARRES, *Neutralisierung* (wie Anm. 16), S. 582 f.

18 Notiz Kirkpatricks (wie Anm. 2).

19 So W. GREWE, *Die deutsche Frage* (wie Anm. 13), S. 135, gestützt auf das Aktenstück im Nachlaß Adenauers in der Stiftung Konrad-Adenauer-Haus, Rhöndorf. – Dazu später auch II. VON HERWARTH (wie Anm. 13), S. 220.

20 Vgl. nun zusammenfassend Hans EHLERT, *Innenpolitische Auseinandersetzungen um die*

Sowjetunion würde unter bestimmten Voraussetzungen der Lösung eines wiedervereinigten, aber bündnislosen Deutschland zustimmen, würde also die DDR opfern, und die USA wären in diesem Falle bereit, auf die Bundesrepublik als Partner in der westlichen Allianz zu verzichten. Adenauer hielt diese Hoffnung für illusorisch. Er setzte darauf, nach der Westintegration der Bundesrepublik dem Ziel der Wiedervereinigung durch eine »Politik der Stärke« näherzukommen, in der Erwartung, daß die Sowjetunion früher oder später durch ökonomische Zwänge, Spannungen zu ihren Satellitenstaaten und durch die Rivalität mit China in der deutschen Frage nachgeben müsse. Adenauer spürte aber spätestens seit dem Besuch in Moskau im September 1955, daß er das Ziel nicht so schnell erreichen konnte wie er gehofft hatte.<sup>21</sup> Mitte 1958, nachdem seine geheime Initiative beim sowjetischen Botschafter Smirnow und eine gleichzeitige Geheiminitiative des österreichischen Bundeskanzlers Julius Raab in der deutschen Frage ins Leere gelaufen waren,<sup>22</sup> gestand er vor dem Bundesvorstand seiner Partei ein: »Wir müssen doch wohl feststellen, daß wir uns alle miteinander in der Schätzung des Zeitpunktes, an dem eine Wiedervereinigung erfolgen kann, getäuscht haben.«<sup>23</sup>

Konrad Adenauer war – das ist von der Forschung bisher vernachlässigt worden – nicht zuletzt durch die Politik der Verbündeten, vor allem der USA, Mitte 1955 unter innenpolitischen Druck geraten, und zwar im gleichen Augenblick, als die Bundesrepublik der NATO beitrat. Die Westmächte hatten sich Mitte Mai 1955 in Wien mit der Sowjetunion über den österreichischen Staatsvertrag geeinigt und die Österreichfrage nach achtjährigen Verhandlungen endlich gelöst (Annahme der »freiwilligen« Neutralität Österreichs gegen den Abzug der Besatzungstruppen und Enteignung des deutschen Eigentums in Österreich, wobei das Reichseigentum als verloren gelten sollte und die Privatvermögen im Wert von mehr als 10.000 Dollar durch die Bundesrepublik entschädigt werden sollten).<sup>24</sup> Dulles wollte in

*Pariser Verträge und die Wehrverfassung 1954 bis 1956*, in: DERS. [u.a.], *Die NATO-Option (Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956*, Bd. 3), München 1993, S. 235-560.

21 Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967*, Stuttgart 1991, hier »Moskau – eine Reise ins Ungewisse«, S. 207-222.

22 Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, *Die deutschlandpolitischen Vorstellungen Adenauers 1955-1958*, in: DERS. (Hrsg.), *Einspannung und Wiedervereinigung. Deutschlandpolitische Vorstellungen Konrad Adenauers 1955-1958* (Rhöndorfer Gespräche, Bd. 2), Stuttgart-Zürich 1979, S. 7-40. Demnächst Matthias PAPE, *Die Deutschlandinitiative von Bundeskanzler Julius Raab im Frühjahr 1958*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 48 (2000).

23 So Adenauer vor dem CDU-Bundesvorstand am 11. Juli 1958. In: *Adenauer: ... um den Frieden zu gewinnen. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957-1961*, bearb. v. Günter BUCHSTAB (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 24), Düsseldorf 1994, S. 182.

24 Vgl. Gerald STOURZH, *Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955* (Studien zu Politik und Verwaltung, Bd. 62),

der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags – zumindest für eine kurze Zeitspanne – das Signal für eine Entspannung zwischen West und Ost sehen und versprach sich davon eine stimulierende Wirkung für den Freiheitswillen in der Tschechoslowakei und Ungarn.<sup>25</sup> Er brachte zusammen mit Eisenhower unmittelbar nach Unterzeichnung des Staatsvertrags die Idee eines neutralen Staatengürtels quer durch Europa von Finnland bis Jugoslawien in die Öffentlichkeit, in den (neben Österreich auch) Deutschland einbezogen werden könnte. Adenauer hatte das Gefühl, daß ihm Washington den Teppich unter den Füßen wegzog. Zudem wurde ihm von den nationalen Kreisen aller Parteien (auch seiner eigenen) vorgeworfen, eine Lösung der deutschen Frage nach österreichischem Muster gar nicht erst gesucht zu haben.<sup>26</sup>

Adenauers Einwand, daß die österreichische und die deutsche Frage wegen des unterschiedlichen politischen Gewichts beider Länder nicht miteinander vergleichbar seien, fruchtete wenig. Kaum beachtet wurde, daß die Gründung der NATO und die Westbindung der Bundesrepublik für die Regierungskoalition in Wien (aus Österreichischer Volkspartei und Sozialistischer Partei) die eigentliche Voraussetzung dafür bildete, sich auf die von Moskau als Preis für den Abzug seiner Truppen geforderte Neutralität

4., völlig überarb. u. wesentl. erw. Aufl. Wien-Köln-Graz 1998. – Stourzh geht nicht auf das Doppelspiel des SPÖ-Vorsitzenden und Vizekanzlers Adolf Schärf ein, der den Sowjets die im Moskauer Memorandum (April 1955) vereinbarte Enteignung der anglo-amerikanischen Ölfirmen in der sowjetischen Zone nahegelegt hatte, deren Rückgabe die Amerikaner bei den Staatsvertragsverhandlungen im Mai 1955 in Wien verlangten und die dann die Sowjets von der Enteignung des deutschen Eigentums in den Westzonen abhängig machten. Dazu Niels HANSEN, *Eine peinliche Mission. Wien, 14. Mai 1955: Wider die Enteignung deutschen Vermögens durch den österreichischen Staatsvertrag*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik* 2 (1995), S. 223-246. – Zum Konflikt zwischen Bonn und Wien im Jahr 1955 und zu Adenauers harschen Reaktionen Matthias PAPE, *Die völkerrechtlichen und historischen Argumente bei der Abgrenzung Österreichs von Deutschland nach 1945*, in: *Der Staat* 37 (1998), S. 287-313, hier S. 302-305. DERS., *Das wiedererstandene Österreich und die Anschlußfrage. Adolf Schärf's Erinnerung an die Begegnung mit Wilhelm Leuschner im Jahr 1943 – Eine quellenkritische Betrachtung*, in: *Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung* 106 (1998), S. 410-425, hier S. 422-424.

25 Vgl. Dulles' Bericht nach Unterzeichnung des Staatsvertrags für Eisenhower, 27. Mai 1955: »The reversal of Soviet Policy regarding Austria is highly significant. It will involve the first withdrawal in Europe of Soviet troops from the forward positions which they occupied in 1945. Also, this liberation of Austria will open new frontiers of freedom with Czechoslovakia and with Hungary and otherwise set an example which will stimulate the aspirations of other peoples for a freedom which has not yet been realized.« In: *American Foreign Policy 1950-1955. Basic documents*, Vol. I, Washington 1957, S. 676-682, hier S. 679.

26 Vgl. Matthias PAPE, *Die deutsch-österreichischen Beziehungen zwischen 1945 und 1955. Ein Aufriß*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik* 2 (1995), S. 149-172, hier S. 163-169. D. FELKEN (wie Anm. 6), S. 287-290. M. PAPE, *Österreich und Deutschland. Aspekte der politischen und kulturellen Beziehungen 1945-1960* (Habilitationsschrift an der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Karlsruhe 1997, Kap. 6: Das Krisenjahr 1955, Drucklegung in Vorb.).

einzulassen, und daß die Sowjetunion Österreich erst in dem Augenblick räumte, als die Gründung des Warschauer Pakts gesichert war.<sup>27</sup> Diese komplizierten sicherheitspolitischen Aspekte der internationalen Politik waren der deutschen Öffentlichkeit nur schwer zu vermitteln, und schon gar nicht konnte Adenauer seinem Ärger über die amerikanische Politik in der deutschen Öffentlichkeit Ausdruck geben. Nicht erst die NATO-Krise und der Radford-Plan vom Juli 1956, der eine Umstellung der Verteidigung auf Kernwaffen und eine massive Reduzierung der konventionellen US-Streitkräfte in Europa vorsah, sondern schon das Vorgehen von Dulles im Mai 1955 hatten ihn mißtrauisch gegenüber der Entspannungsrhetorik in Washington gemacht, die eine Zementierung des status quo in Europa zu fördern drohte. Seinem operativen Ziel, die Wiedervereinigung Deutschlands mittelfristig zu erreichen, drohte dadurch Gefahr.<sup>28</sup>

Hinzu kam Adenauers – nicht nur gegenüber Kirkpatrick geäußertes – Mißtrauen in die politische Stetigkeit des deutschen Volkes<sup>29</sup>, das wie kein anderes in Europa durch die Folgen zweier verlorener Weltkriege in seinem nationalen Selbstverständnis erschüttert war; das ein Drittel des Reichsgebiets von 1937 verloren hatte, auf dessen Rückgabe 13 Millionen Vertriebene hofften; das erstmals auf die westeuropäische Demokratie eingeschworen wurde und mit der Einbindung in die westliche Völkergemeinschaft außenpolitisch völlig neue Wege beschritt, die Adenauer angesichts vieler Widerstände auch im bürgerlichen Lager immerzu begründen und rechtsferigen mußte. Adenauer glaubte nicht, daß die Deutschen eine eigenständige Position zwischen West und Ost würden behaupten können und wollte

27 Vgl. M. PAPE, *Die deutsch-österreichischen Beziehungen* (wie Anm. 26), S. 164 f. Vgl. auch Bruno TESSOSS, *Modellsfall Österreich? Der österreichische Staatsvertrag und die deutsche Frage 1954/55*, in: DERS. u. Hans-Erich VOLKMANN (Hrsg.), *Zwischen Kältem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953-1956* (Militärgeschichte seit 1945, Bd. 9), Boppard 1988, S. 93-136, hier S. 120f. Die Modellsfall-Theorie dagegen bei Michael GEHLER, *Österreich, die Bundesrepublik und die deutsche Frage 1945/49-1955. Zur Geschichte der gegenseitigen Wahrnehmungen zwischen Abhängigkeit und gemeinsamen Interessen*, in: *Historische Mitteilungen* 8 (1995) S. 221-264.

28 Dazu insgesamt die Beiträge bei Klaus SCHWABE (Hrsg.), *Adenauer und die USA* (Rhöndorfer Gespräche, Bd. 14), Bonn 1994.

29 So hatte Adenauer gegenüber dem luxemburgischen Ministerpräsidenten Bech und dem belgischen Außenminister Spaak nach dem Scheitern der EVG-Verträge in der Pariser Nationalversammlung im Londoner Claridge's vor den Nationalisten in Frankreich und Westdeutschland und dem Aufbau einer deutschen Nationalarmee als einer »großen Gefahr für Deutschland und Europa« gewarnt: »Wenn ich einmal nicht mehr da bin, weiß ich nicht, was aus Deutschland werden soll, wenn es uns nicht doch noch gelingen sollte, Europa rechtzeitig zu schaffen.« Weitere Eröffnungen folgten, die nach Adenauer nie an die Öffentlichkeit dringen durften. So Lothar RÜHL in seinem Artikel »Londoner Konferenz«, in: *Der Spiegel*, 6. Oktober 1954, S. 5-7. – Dazu H.-P. SCHWARZ (wie Anm. 21), S. 152 f. – Ähnlich Adenauers Bemerkung gegenüber Willy Brandt anlässlich des Jubels für de Gaulle 1962: »Die Deutschen verlieren leicht die Balance.« Willy BRANDT, *Erinnerungen*, Frankfurt a.M. 1989, S. 45.

jede Schaukelpolitik zwischen den Mächten definitiv ausschließen. Die Forschung hat früh die Rangfolge seiner politischen Zielen herausgearbeitet: Die Westbindung und die Sicherung der Freiheit des einen deutschen Teilstaates als Voraussetzung für ein in Freiheit geeintes Deutschland in einem freien und geeinten Europa.<sup>30</sup> Kurz gesagt: Die Freiheit hatte Vorrang vor der Einheit. Ein Mißtrauen der Westmächte in die Stetigkeit seiner Politik, zu dem Verhandlungen mit Moskau (wie im September 1955) Anlaß gaben, wollte er nicht auskommen lassen.

## II.

So wenig sensationell Neues die Notiz Kirkpatrick's also enthielt, so viel Aufsehen erregte sie doch bei ihrer Veröffentlichung, zumindest in dem Teil des politischen, publizistischen und wissenschaftlichen Spektrums, das in der ungelösten nationalen Frage die schwerste Hypothek der Politik Adenauers sah. Dabei wurde die Notiz kaum in den Rahmen der britischen, amerikanischen und deutschen Außenpolitik Ende 1955 gerückt. Edens Initiativen, die den Weltmachtingeressen Großbritanniens dienten, verschwanden hinter Kirkpatrick's isoliert gesehenem Vorschlag. Josef Foschepoth interpretierte die Notiz – vorsichtig ausgedrückt – sehr extensiv. Konrad Adenauer habe die Wiedervereinigung Deutschlands gar nicht angestrebt, sie sei kein »operatives Ziel«, sondern nur deklamatorisches Beiwerk seiner Deutschlandpolitik gewesen, reine Rhetorik, um die Westintegrationspolitik abzusichern, die »nur um den Preis der Unwahrhaftigkeit möglich« gewesen sei.<sup>31</sup> Diese Interpretation fügte sich jener Forschungsrichtung ein, die sich

---

30 Vgl. dazu, Adenauers politischem Konzept grundsätzlich folgend, Klaus GOTTO, *Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954-1963*, in: *Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie* (Adenauer-Studien, Bd. 3), Mainz 1974, S. 3-91. Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer und Europa*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 27 (1979), S. 471-523. Rudolf MORSEY, *Die Deutschlandpolitik Adenauers*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik* I (1994), S. 1-14. DERS., *Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen Adenauer und die politisch-parlamentarische Diskussion*, in: *Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. v. Deutschen Bundestag, Bd. V/2: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden u. Frankfurt a.M. 1995, S. 1822-1867. – Vgl. dagegen, in Auseinandersetzung mit Morsey, Christoph KLESSMANN u. Bernd STÖVER, *Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung Adenauer und die politisch-parlamentarische Diskussion in dieser Zeit*, ebd., S. 1612-1635.

31 Josef FOSCHEPOTH, *Westintegration statt Wiedervereinigung: Adenauers Deutschlandpolitik 1949-1955*, in: Ders. (Hrsg.), *Adenauer und die Deutsche Frage* (wie Anm. 2), S. 29-60, hier S. 39. DERS., *Die Einheit Deutschlands in der Politik Konrad Adenauers*, in: Reinhard Hübsch [Hrsg.], *Als die Mauer wuchs. Zur Deutschlandpolitik der Christdemokraten 1945-1970*, Potsdam 1998, S. 112-135, hier S. 120 ff. (der Band enthält die Vorträge eines Symposiums des Südwestfunks und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg vom April 1997).

dagegen wehrt, Adenauers Politik als die einzige mögliche erscheinen zu lassen und die Alternativen auszublenden, die es jedoch aus Sicht Adenauers nicht gab. Die Frage nach den Handlungsspielräumen für eine alternative Deutschlandpolitik, die sich vor allem mit Blick auf Adenauers Reaktion auf Stalins Note an die Westmächte vom März 1952 stellt<sup>32</sup>, empfing, so schien es, durch die Kirkpatrick-Notiz neues Licht. Adenauer war schon im Zusammenhang der Stalin-Noten von 1952 bescheinigt worden, »gar keine konstruktive Wiedervereinigungspolitik« betrieben, sondern von Anfang an »einseitig für die Westintegration optiert« zu haben: »Alles, was er während der Phase der Westintegration in der Deutschlandpolitik unternahm, diente taktischen Zwecken – nämlich der Beruhigung der öffentlichen Meinung in Deutschland und der Schuldzuweisung an die Adresse der DDR.«<sup>33</sup> Manche Historiker folgten Foschepoths Auffassung, so der Zeithistoriker Rolf Steininger als Wortführer derer, die Adenauer mit Blick auf die Stalin-Note von 1952 eine versäumte Gelegenheit vorwerfen,<sup>34</sup> und später auch Steiningers Assistent Michael Gehler, der von einem »Schlüsseldokument«<sup>35</sup> sprach, das Kirkpatricks Notiz gewiß nicht ist.

Gegen die methodisch fragwürdige Heranziehung einzelner Aktenstücke und deren Stilisierung zu »Schlüsseldokumenten«, an die weitreichende Interpretationen geknüpft wurden, regte sich zwar auch Widerspruch.<sup>36</sup> Je-

Dazu Diskussionsbeiträge (v.a. von Rainer Barzel, Henning Köhler, Gerhard Wetzig) S. 126–135. Foschepoths Argumentation folgend Reinhard HÜBSCH, *Adenauer, die Deutschlandpolitik und die CDU in den 50er Jahren*, ebd., S. 11–78; Diskussionsbeiträge S. 79–87. Ähnlich Wilfried LOTH, *Adenauers Ort in der deutschen Geschichte*, in: *Adenauer und die Deutsche Frage*, S. 271–288, hier S. 282, 284. Vgl. dagegen die näherste Einordnung der Kirkpatrick-Notiz von C. KLESSMANN u. B. STÖVER (wie Anm. 30), S. 1620 f.

32 Unterdessen entpuppt sich die Stalin-Note immer mehr als Propagandamanöver. Zur Diskussion insgesamt C. KLESSMANN u. B. STÖVER (wie Anm. 30), S. 1617–1619. Dazu auch die Beiträge bei Gerhard WETZIG (Hrsg.), *Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer* (Rhöndorfer Gespräche, Bd. 16), Bonn 1997.

33 So Ludolf HERBST, *Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag* (*Deutsche Geschichte der neuesten Zeit*), München 1989, S. 125.

34 Vgl. Rolf STEININGER, *Freie, gesamtedeutsche Wahlen am 16. November 1952? Noch einmal: Die Stalin-Note – Reaktionen auf ein Buch und ein amerikanisches Dokument*, in: *Die Republik der fünfiger Jahre* (wie Anm. 15), S. 88–111, hier S. 95–103. In seiner Rezension des von Foschepoth herausgegebenen Sammelbandes (wie Anm. 2) resümierte Steininger die Ergebnisse mit dem Satz: »Adenauer wollte die Wiedervereinigung nicht.« In: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 46 (1989), S. 275.

35 Erschienen in der Rubrik »Bausteine für die Unterrichtspraxis«, also unter Methodengesichtspunkten: Michael GEHLER, *Westintegration und Wiedervereinigung. Adenauers Démarche bei Kirkpatrick am 15. Dezember 1955 ein Mißverständnis?* In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 43 (1992), S. 477–488, Zitat S. 478 f. (Das Interview mit Herwarth brachte in der Sache selbst keine neuen Aspekte.)

36 Vgl. etwa Peter SIEBENMORGEN, *Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik*, Bonn 1990, S. 409. Hans FENSKE in seiner Rezension des Sammelbandes von Foschepoth (wie Anm. 2), in: *Politische Vierteljahresschrift* 31 (1990), S. 164. Jens HACKER, *Deutsche*

doch waren die seit den fünfziger Jahren nie verstummtenden Zweifel an der Redlichkeit von Adenauers deutschlandpolitischen Äußerungen wieder genährt worden. Die Diskussion von Historikern und Journalisten zog sich 1986 über Monate hin: in der »Zeit«, wo Marion Gräfin Dönhoff schrieb, die Kirkpatrick-Notiz zeige neben anderen Dokumenten, »wie wenig Konrad Adenauer an einer deutschen Wiedervereinigung und an Verhandlungen mit Moskau interessiert war«, und wo sie dies mit Adenauers »Preußenhaß« in Verbindung brachte, worauf ihr Gerd Bucerius umgehend widersprach<sup>37</sup>; in der »Welt«, wo Wilhelm Grewe (am 26. März) die These Foschepoths zurückwies und daran erinnerte, daß Adenauer die Wiedervereinigung nicht um den Preis der Neutralisierung wollte und auch die Westmächte ein neutrales Gesamtdeutschland nicht gewünscht hätten; in der »Süddeutschen Zeitung«, »Frankfurter Rundschau«, »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« und in verschiedenen Hörfunk- und Fernsehkanälen.<sup>38</sup> Die Schlachten der frühen fünfziger Jahre vor Unterzeichnung der Westverträge wurden, so schien es, noch einmal geschlagen.

Foschepoths Interpretation fand sich in Absärbung in den Erinnerungen Willy Brandts, der meinte, Adenauer habe »die Westintegration der Bundesrepublik und kaum die Wiedervereinigung Deutschlands fest im Auge« gehabt. Durch den Kalten Krieg und dessen Nachwirkungen sei die »Wiedervereinigung zur spezifischen Lebenslüge der zweiten deutschen Republik« geronnen.<sup>39</sup> Egon Bahr behauptete in seinen Erinnerungen, Adenauer habe die deutsche Einheit gar nicht gewollt; er habe die Bundesrepublik mit Westeuropa unlösbar verbinden wollen; »die Zone interessiert[e] in diesen Dimensionen nicht«. Die Westintegration »schloß Wiedervereinigung aus«.<sup>40</sup> Die Bedeutung der Kirkpatrick-Notiz strich – neben anderen Rezensenten – Hartmut Soell in der Besprechung des zweiten Bandes der Adenauer-Biographie von Hans-Peter Schwarz heraus. Er warf seinem Bonner Kollegen vor, die Notiz und die Diskussion darüber ignoriert zu

*Irrtümer, Schönfärberei und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*, Berlin-Frankfurt a.M. 1992, S. 94-99.

<sup>37</sup> Marion GRÄFIN DÖNHOFF, »Von der Schwäche starker Politik«, in: *Die Zeit*, 21. März 1986 (ohne Foschepoth zu erwähnen). Dagegen Gerd BUCERIUS, »Adenauer, Preußen und der Kreml«, ebd., 28. März 1986, mit dem Resümee: »Adenauer hat mich oft gekränkt. Aber alles, was er in Sachen Deutschland- und Westpolitik gesagt und getan hat, unterschreibe ich.«

<sup>38</sup> Verzeichnet bei R. STEININGER (wie Anm. 34), S. 95-103, und bei Rudolf MORSEY, *Die Deutschlandpolitik Adenauers* (Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften. Vorträge G 308), Opladen 1991, S. 10-14.

<sup>39</sup> W. BRANDT (wie Anm. 29), S. 44 f., 156 f.

<sup>40</sup> Vgl. Egon BAHR, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 175; auch Abschnitt »Der alte Herr will die Einheit gar nicht«, S. 58-62. Dazu auch Klaus SCHÜTZ, *Logenplatz und Schleudersitz. Erinnerungen*, Berlin-Frankfurt a.M. 1992, S. 200.

haben.<sup>41</sup> Henning Köhler ließ dagegen keinen Zweifel, daß Adenauers Deutschlandpolitik um die Frage kreiste, auf welchem Weg die Wiedervereinigung am ehesten erreicht werden könne. Er interpretierte Herwarths Demarche als reinen Schachzug. Welcher ausländische Politiker habe dem Bundeskanzler widersprechen können, wenn dieser selbst sein Mißtrauen gegenüber den Deutschen zum Ausdruck brachte, um seine Politik bei den Westmächten durchzusetzen?<sup>42</sup>

Hans von Herwarth beklagte in seinen Erinnerungen, daß ihn Foschepoth nie konsultiert habe und widersprach dessen Bewertung. Er wies auf die Rangfolge von Adenauers politischen Zielen hin, welche die Wiedervereinigung keineswegs ausschloß und sprach auch, wie zuvor Grewe, von der Initiative Montgomerys und dessen Überzeugung, daß es ohne die deutsche Wiedervereinigung »niemals Frieden in Europa geben« könne.<sup>43</sup> Wilhelm Grewe wandte sich mehrfach gegen die isolierte Heranziehung eines Aktenstücks, an das derartig weitreichende Thesen geknüpft wurden.<sup>44</sup> Die Diskussion zog sich in Leserbriefen, namentlich der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, in periodischen Zeitabständen über einige Jahre hin. Sie wurde seit dem Sommer 1989 abgelöst von einer neuen, wiederum über die Medien ausgetragenen Kontroverse: der (nie belegten) Behauptung des Kölner Politikwissenschaftlers Karl Kaiser, Adenauer habe im Zuge der Verhandlungen um den Deutschlandvertrag gegenüber den Westmächten die Oder-Neiße-Grenze Ende 1951 insgeheim anerkannt.<sup>45</sup> Die anderslautenden

41 Vgl. H.-P. SCHWARZ, *Adenauer* (wie Anm. 21). Dazu Hartmut SOELL, »Widersprüche und manche Rätsel«, in: FAZ, 21. Januar 1992. In einem Leserbrief widersprach Josef BECKER Soells Insinuation, FAZ, 30. Januar 1992. Daraufhin wiederholte Josef FOSCHEPOTH in einem Leserbrief unter Hinweis auf Kirkpatricks Notiz erneut seine These, »die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands war kein operatives Ziel Adenauerscher Politik«. Es sei an der Zeit, »nicht nur die Erfolge der Adenauerschen Westpolitik, sondern auch deren Kosten zu bilanzieren«, in: FAZ, 10. Februar 1992. – Klaus Günther schrieb in seiner Rezension zu Schwarz' Biographie, daß die Kirkpatrick-Notiz die Gründe dafür lieferre, warum Adenauer »auf der Stufe seiner Kurzfristpolitik nie über ›Westpolitik‹ hinauskam«. Klaus GÜNTHER: *Die 50er Jahre lassen grüßen oder: Muß die Geschichte Adenauers und seiner Ära umgeschrieben werden?* In: *Politische Vierteljahrsschrift* 33 (1992), S. 280-288. Auch Klaus Kellmann monierte, daß Schwarz dem Leser die »berühmte« Kirkpatrick-Notiz, »eine Primärquelle von Rang«, vorenthalte, aus der »zweifelsfrei« hervorgehe, daß Adenauer die Wiedervereinigung nicht wollte. Klaus KELLMANN, *Literaturbericht: Deutsche Geschichte nach 1945*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 44 (1993), S. 243-269, hier S. 248-253.

42 Henning KÖHLER, *Adenauer. Eine politische Biographie*, Frankfurt a.M. 1994, S. 869-872. DERS., Konrad Adenauer und seine deutschlandpolitischen Vorstellungen, in: *Als die Mauer wuchs* (wie Anm. 31), S. 88-104, hier S. 100 f. und Diskussionsbeitrag S. 133 f.

43 H. von HERWARTH (wie Anm. 13), S. 220 f.

44 Leserbrief »Adenauer und die deutsche Wiedervereinigung«, FAZ, 16. Juni 1989. Dazu Josef FOSCHEPOTH, »Adenauer hat die Wiedervereinigung nicht gewollt«, ebd., 28. Juni 1989. Replik von W.G. GREWE, »Eklatant unglaublich«, Ebd., 12. Juli 1989.

45 Von den zahllosen Stellungnahmen sei hier nur genannt der Artikel von Wilhelm

Äußerungen des Bundeskanzlers hätten nur der Beruhigung der Öffentlichkeit, vor allem der 13 Millionen Vertriebenen gegolten. Wieder wurde die angebliche Ambivalenz der deutschlandpolitischen Äußerungen Adenauers betont und ein Zusammenhang mit der Kirkpatrick-Notiz hergestellt.<sup>46</sup>

Diese Notiz spielte 1993 auch bei der Anhörung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« eine Rolle. Auf der 48. Sitzung am 22. Oktober 1993 zur »Deutschlandpolitik von 1949 bis in die sechziger Jahre« referierte Josef Foschepoth auf Einladung der SPD-Fraktion über »Adenauer und die deutsche Frage«. Er vertrat die Auffassung, Adenauer habe eine Politik der »Westintegration statt Wiedervereinigung« verfolgt und belegte dies u.a. mit dem »ganz berühmten Dokument« der Kirkpatrick-Notiz. Er spitzte dies zu der These zu, Adenauer habe durch seine Politik der Stärke »die Etablierung und Festigung des sogenannten Ostblocks auf Jahrzehnte gefördert«. Damit löste Foschepoth eine heftige Debatte aus und fand selbst bei den Sozialdemokraten der Enquete-Kommission keine Unterstützung.<sup>47</sup>

### III.

Die Interpretation der Kirkpatrick-Notiz steht vor dem methodischen Problem, auf ein einzelnes Aktenstück angewiesen zu sein, dem keine weiteren im unmittelbaren zeitlichen Umfeld zur Seite gestellt werden können. Alle Recherchen im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes haben – wenigstens bisher – zu keinem Ergebnis geführt. Weder in den Akten der offenen noch der Verschlüssegregistratur findet sich eine Weisung an Herwarth oder

---

G. GREWE, »Eine unsinnige Behauptung und eine falsch gelesene Quelle. Über Adenauers angeblichen Verzicht auf die Ostgebiete«, in: FAZ, 19. Oktober 1989. – Zur »Phantom-Diskussion« und zum »Märchenerzähler« Kaiser R. MORSEY (wie Anm. 38), S. 9 f. Vgl. nun Axel FROHN, Adenauer und die deutschen Ostgebiete in den fünfziger Jahren, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 44 (1996), S. 485-525.

46 Karl FELDMAYER, »Bisher Behauptungen ohne Belege. Zur Diskussion über Adenauers angebliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze«, in: FAZ, 20. Juli 1989.

47 Foschepoths Vortrag in: *Materialien der Enquete-Kommission* (wie Anm. 30), Bd. VI, Frankfurt a.M. 1995, S. 265-271; in der Diskussion nahmen zu Foschepoths Auffassung Stellung v.a. Hans-Adolf Jacobsen (S. 287), Horst Möller (295, 298), dazu nochmals Foschepoth (304-309), Gerhard Wetzig (313 f.), Abgeordneter Büttner (314), Abgeordneter Jork (315), Alexander Fischer (318-320), Abgeordneter Koschyk (320 f.), dazu Foschepoth (322-324). – Dazu auch Rainer Barzel auf der 55. Sitzung am 8. Dezember 1993, ebd., S. 1001-1017, hier S. 1006 f.

ein Bericht Herwarths über seine Demarche.<sup>48</sup> Möglicherweise hat dieser während der Botschafterkonferenz eine mündliche Weisung erhalten.

Um so wichtiger sind in diesem Fall Quellensuchungen in europäischen Archiven. Im Rahmen von Forschungen zu den österreichisch-deutschen Beziehungen nach 1945 gelang im Nachlaß des österreichischen Diplomaten Josef Schöner der Fund eines Aktenstücks, das sich auf (mindestens zwei) Demarchen Herwarths im Foreign Office (im Dezember 1955 und/oder Januar 1956) bezieht. Josef Schöner (geboren 1904 in Wien) war seit 1953 Leiter der politischen Abteilung, von September 1955 bis April 1958 Generalsekretär, also der ranghöchste Beamte im Wiener Außenamt, und dort auch der beste Kenner der westdeutschen Politik und der Bonner Verhältnisse.<sup>49</sup> In seinem Privatnachlaß, der im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien aufbewahrt wird, findet sich ein Bericht des österreichischen Botschafters Johannes (Fürst) Schwarzenberg aus London vom 31. Januar 1956. Schöner hat den Bericht für so wichtig gehalten, daß er ihn als Rundschreiben klassifizierte, das am 14. Februar 1956 in Abschrift an alle österreichischen Auslandsvertretungen verschickt wurde. Schwarzenberg, Nachahre der berühmten österreichischen Staatsmänner des 19. Jahrhunderts, amtierte seit März 1955 als österreichischer Botschafter in Großbritannien. Hans von Herwarth, der seit Mai 1955 in London akkreditiert war, sah in ihm einen seiner besten Freunde in London. Mit dem »geistreichen« und »historisch hoch gebildeten« Schwarzenberg verband ihn ein reger Gedankenaustausch.<sup>50</sup> Herwarth hat immer, schon während seiner Zeit als Protokollchef in Bonn, einer alten Tradition des Auswärtigen Amtes folgend, besonderen Wert auf die Pflege zu den österreichischen Kollegen gelegt.<sup>51</sup> Die ständige, enge Kontaktnahme mit Schwarzenberg erklärt wohl, daß ihn Herwarth über seine Demarchen im Foreign Ofcice ins Bild setzte.

Schwarzenberg war auf Herwarths Demarchen bei Kirkpatrick und

<sup>48</sup> Durchgesehen wurden die Verschlußakten des Ministerbüros, der Politischen Abteilung 2 und des Nachlasses Blankenhorn. Freundliche Mitteilung des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes an den Verf. vom April 1996. – Staatssekretär a.D. Hans von Herwarth teilte mir mit, daß er hierzu nur mündliche Weisungen erhalten habe.

<sup>49</sup> Schöner war von 1950 bis 1953 als Generalkonsul in Düsseldorf (und Bonn) der erste inoffizielle Vertreter Österreichs in der Bundesrepublik, wohin er 1958-1963 als Botschafter zurückkehrte. Über seine Stellung und Arbeit in Bonn M. PAPE: *Österreich und Deutschland* (wie Anm. 26), Kap. 2: »Erste Kontakte nach Bildung der deutschen Westzonen«. – Vgl. auch Josef SCHÖNER, *Wiener Tagebuch 1944/45*, hrsg. v. Eva-Marie Csáky, Franz Matscher, Gerald Stourzh. Wien-Köln-Weimar 1992, hier Franz MATSCHER, *Josef Schöner, 1904-1978. Lebensbild eines österreichischen Diplomaten*, S. 9-14.

<sup>50</sup> Vgl. H. VON HERWARTH (wie Anm. 13), S. 251 f.

<sup>51</sup> Mitteilung von Staatssekretär a. D. Hans von Herwarth an den Verf. – Vgl. auch H. VON HERWARTH (wie Anm. 13), S. 90 (zu Schöner), 251, 297 (zu Schwarzenberg), 296 (zu Baron Löwenthal-Clumecky, 1955-1973 österreichischer Botschafter beim Quirinal in Rom).

Außenminister Selwyn Lloyd durch britische Pressespekulationen aufmerksam geworden. Die Demarchen sollten offenbar der weiteren Präzisierung des Bonner Standpunktes an der Jahreswende 1955/56 dienen. Schwarzenberg zog Erkundigungen sowohl im Foreign Office als auch bei Herwarth ein. Beide Quellen flossen in seinen Bericht ein. Diesem ist zu entnehmen, daß Herwarth zunächst (eine) telegrafische Instruktion erhalten hatte und daß er danach zweimal nach Bonn gereist und persönlich instruiert worden war. Herwarth wurde fünf Wochen nach seiner Demarche bei Kirkpatrick, die er im Auftrag Adenauers unternommen hatte, im Foreign Office wiederum in der deutschen Frage vorstellig, diesmal im Auftrag Außenminister Heinrich von Brentanos, der, anders als der Bundeskanzler, Wert darauf legte, daß die deutsche Frage bei dem bevorstehenden Treffen zwischen Eden und Eisenhower erörtert wurde (ohne daß daraus eine neue Deutschlandinitiative entwickelt werden sollte).<sup>52</sup> Brentano wollte eine isolierte Abrüstung vermeiden, die nicht auch die Spannungsursachen wie die Teilung Deutschlands mitberücksichtigte, und die deutsche Frage auf der internationalen Tagesordnung halten<sup>53</sup>, während Adenauer das vor der Genfer Konferenz bekräftigte Junktum zwischen Abrüstungs- und Wiedervereinigungsfrage preisgeben wollte, damit sich die Großmächte nicht auf einen Ausgleich ihrer Interessen zu Lasten Deutschlands einigten. Er trat nun für eine »kontrollierte Abrüstung« ein, bei der sich zeigen sollte, ob die Sowjetunion zu einer Reduzierung ihrer Rüstung bereit war.

Möglicherweise war mit der ersten der (mindestens zwei) Demarchen Herwarths, von denen Schwarzenberg berichtet, das Gespräch mit Kirkpatrick am 15. Dezember gemeint oder ein weiteres im Anschluß daran; Herwarths jüngste Demarche, auf die sich Schwarzenberg bezog, erfolgte bei Selwyn Lloyd am 21. Januar 1956.<sup>54</sup>

In Schwarzenbergs Bericht kommt Adenauers und nicht Brentanos Standpunkt in nuce zum Ausdruck. Von hier empfängt auch Herwarths Demarche bei Kirkpatrick am 15. Dezember 1955 neues Licht. Herwarth erklärt Lloyd, warum der Bundeskanzler zu diesem Zeitpunkt Verhandlungen der Westmächte mit den Sowjets über die deutsche Frage ablehnt. Es sind taktische und nicht grundsätzliche Erwägungen, die es Adenauer

<sup>52</sup> Vgl. Daniel KOSTHORST, *Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955-1961* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 26), Düsseldorf 1993, S. 94 f. Bruno THOSS, *Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur WEU und NATO im Spannungsfeld von Blockbildung und Entspannung (1954-1956)*, in: Hans EHLERT [u.a.], *Die NATO-Option (Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956*, Bd. 3), München 1993, S. 1-234, hier S. 190 f.

<sup>53</sup> D. KOSTHORST (wie Anm. 52), S. 96 f. Zu Adenauers Position D. FELKEN (wie Anm. 6), S. 341-353. Eindringlich H. KÖHLER (wie Anm. 42), S. 867 f.

<sup>54</sup> Dazu aus den britischen Akten B. THOSS (wie Anm. 52), S. 191.

geraten erscheinen lassen, die Frage jetzt nicht zum Thema internationaler Verhandlungen zu machen. Er fürchtet nicht nur, daß sich die Vier Mächte auf der Basis der Teilung Deutschlands einigen, sondern die Vier Mächte versuchen könnten, sich der deutschen Frage durch eine Neutralisierung Gesamtdeutschlands zu entledigen. Das hätte die Rückkehr nach Potsdam bedeutet, also Verhandlungen über Deutschland ohne deutsche Beteiligung – für Adenauer ein Alptraum, der ihn auch deswegen so bedrückte, da er die Kräfte in der Bundesrepublik, die bereit waren, sich auf die Politik einer Neutralisierung Gesamtdeutschlands einzulassen, für stark hielt.

Die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands spielte bei den Gesprächen zwischen Eden und Eisenhower (vom 30. Januar bis 1. Februar 1956) in Washington keine Rolle, wohl aber die Frage der Sicherheit Berlins und die Beteiligung der Bundesrepublik an den Stationierungskosten der britischen Rheinarmee, um zur Lösung der Londoner Budgetprobleme beizutragen. Bundesfinanzminister Schäffer hatte sich den britischen Wünschen einer deutschen Beteiligung in Höhe von 3,2 Milliarden DM hartnäckig widersetzt, während Brentano auf ein Entgegenkommen drängte und Dulles bei den Beratungen in Washington auf die britischen Forderungen gegenüber Bonn einschwenkte.<sup>55</sup> Den größten Raum der Gespräche nahmen die drängenden Probleme im Nahen und Fernen Osten ein.<sup>56</sup> Lediglich das Schlußkommuniqué enthielt zwei Absätze über die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung für alle Deutschen und über die Sicherheit Berlins. Damit waren die Anglo-Amerikaner Brentanos Vorstellungen wenigstens formal entgegengekommen.<sup>57</sup> Die Ausklammerung der deutschen Frage bei den Verhandlungen entsprach Adenauers Wünschen.

Offenbar hat Herwarth die Gespaltenheit innerhalb der Bundesregierung bei Schwarzenberg nicht zur Sprache gebracht. Dem österreichischen Botschafter lag daran, die Differenz zwischen der Wahrnehmung im Foreign

55 Zum Problem der Stationierungskosten B. THOSS (wie Anm. 52), S. 198-211, hier 205.

56 Vgl. A. EDEN (wie Anm. 7), S. 382-388. Dazu u.a. *Foreign Relations of the United States, 1955-1957, Volume XII: Near East Region; Iran; Iraq*, Washington 1991, S. 240-244; zu den Abrüstungsfragen und der deutschen Frage Volume XXVII: *Western Europe and Canada*, Washington 1993, S. 610-654, bes. S. 630-637.

57 Die beiden Absätze im Schlußkommuniqué vom 1. Februar 1956 lauteten: »With respect to Germany, we agree that so long as it remains divided, there can be no genuine and stable peace. We shall continue our efforts to bring about the reunification of Germany in freedom. We regard the Government of the Federal Republic of Germany as the only German Government freely and legitimately constituted, and therefore alone entitled to speak as the representative of the German people in international affairs. – We reaffirm our abiding interest in the security and welfare of Berlin. We shall continue, as we have stated in the past, to regard any attack against Berlin from any quarter as an attack upon our forces and ourselves.« In: *American Foreign Policy. Current Documents 1956*, Washington 1959, S. 447-449.

Office hinsichtlich der offenbar illusionslosen Erwartung Adenauers, in der Frage der Wiedervereinigung in absehbarer Zeit voranzukommen, und dem von Bonn energisch vertretenen Vereinigungsimperativ herauszuarbeiten, indem er Herwarths Dictum herausstrich, daß es »keine Sicherheit in Europa geben könne ohne die Wiedervereinigung Deutschlands«. Die Formulierung glich der Auffassung Montgomerys, wie sie Herwarth in seinen Erinnerungen (1990) zitiert. Auf das Vorspiel der deutschen Demarchen in London, Kirkpatricks und Montgomerys Vorschläge von Mitte Dezember, geht Schwarzenberg sechs Wochen später nicht mehr ein. Vermutlich hat sich Herwarth dazu gegenüber Schwarzenberg nicht geäußert. Adenauers Postulat, keine Politik zu unterstützen, welche die Wiedervereinigung erschwerte, kommt unmißverständlich zum Ausdruck. Die Spekulationen der britischen Presse, Herwarths Demarchen hätten einer Initiative der Westmächte in der deutschen Frage gegolten, konnten Adenauer aus taktischen Gründen nur recht sein.

Methodisch stellt sich bei diesem Aktenstück dasselbe Problem wie bei Kirkpatricks Notiz. Es steht vereinzelt, ohne (vorläufig) durch weitere Quellen gestützt werden zu können, die wohl am ehesten im Foreign Office zu suchen wären. Doch rückt der hier mitgeteilte Bericht Schwarzenbergs die vieldiskutierte Kirkpatrick-Notiz vom 16. Dezember 1955 in den größeren Kontext der Deutschlandpolitik Adenauers an der Jahreswende 1955/56. Der Kirkpatrick-Notiz ist nun ein zweites Aktenstück zur Seite gestellt, das der These, die Wiedervereinigung sei gar kein Ziel der Politik Adenauers gewesen, entgegenwirkt.<sup>58</sup>

---

58 Der Abdruck folgt dem originalen Wortlaut, mit freundlicher Genehmigung des Verwalters von Schöners Nachlaß, o. Universitätsprofessor Dr. Dr. Franz Matscher (Salzburg).

Aktenstück

Rundschreiben »zur streng vertraulichen Kenntnisnahme« an die österreichischen Auslandsvertretungen

Wien, 14. 2.1956

Zl. 511.650-Pol/56

Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv,  
Nachlaß Botschafter Schöner, Kart. 15

Bericht Schwarzenbergs<sup>1</sup> an das Außenamt Wien

London, 31.1.1956

Zl. 12 Pol/56 geheim

Abschrift

Die deutsche Wiedervereinigung;  
Taktisches

Herr Bundesminister!

Kürzlich ging hier ein Rätselraten um über eine angebliche frische Demarche des deutschen Botschafters<sup>2</sup> in Sachen Wiedervereinigung Deutschlands. Die Konklusionen der Presse waren so offenkundig falsch, daß ich mich sowohl beim Genannten wie im Foreign Office über die zugrundeliegenden Tatsachen orientierte. Nunmehr stellt sich mir der Sachverhalt ungefähr wie folgt dar.

Unter Hinweis auf den Wechsel in der Person des britischen Foreign Secretary<sup>3</sup> sowie auf die seit langem feststehende Amerikafahrt des britischen Premiers hatte Herr von Herwarth schon vor mehreren Wochen um genaue Instruktionen hinsichtlich der Intentionen seiner Regierung namentlich in der Wiedervereinigungsfrage ersucht; diese wurde ihm auch ausführlich telegriert. Von Herwarth hatte übrigens die Gelegenheit wahrgenommen,

---

1 Dr. Johannes (Fürst) Schwarzenberg (1903-1978) war seit März 1955 österreichischer Botschafter in London, danach (1966-1969) beim Heiligen Stuhl, anschließend Gesandter des Malteser Ritterordens beim Heiligen Stuhl. Die Adelsprädikate durften in Österreich seit 1919 nicht mehr geführt werden.

2 Hans-Heinrich Herwarth von Bittenfeld (geb. 1904) war von Mai 1955 bis August 1961 Botschafter in London, danach Staatssekretär im Bundespräsidialamt (1961-1965) und Botschafter in Rom (1965-1969).

3 Die Leitung des Foreign Office hatte am 21. Dezember 1955 (John) Selwyn Lloyd (Brooke) von Harold Macmillan übernommen, der ins Schatzkanzleramt wechselte. Lloyd (1904-1978) war 1951-1954 Staatsminister im Foreign Office; von Oktober 1954 bis April 1955 Beschaffungsminister, von April bis Dezember 1955 Verteidigungsminister, danach bis 1960 Außenminister, 1960-1962 Schatzkanzler, 1963-1964 Lordsiegelbewahrer, 1970-1976 Sprecher des Unterhauses.

seine Regierung davor zu warnen, zum Vorbringen deutscher außenpolitischer Wünsche nicht immer den Weg über den britischen Botschafter in Bonn zu wählen, sondern sich damit abzufinden, daß Herr Hoyer-Miller nicht mehr Hochkommissär [!] ist<sup>4</sup> und daß der Weg nunmehr über den deutschen Botschafter in London sei. Herr Hoyer-Miller soll ihn, so erzählte mir Herwarth, hiebei [!] in höchst kollegialer und kluger Weise unterstützt und von sich aus den Bonner Dienststellen zu verstehen gegeben haben, daß man sich den gewohnten, wenn auch vielleicht bequemerem Pilgerweg zum ehemaligen Bonner Hochkommissär abgewöhnen müsse.

Inzwischen war Herr von Herwarth zweimal persönlich in Bonn und hat hier in verschiedenen Unterredungen mit Sir Ivone Kirkpatrick und mit Herrn Selwyn Lloyd folgende Präzisierungen des Bonner Standpunktes vornehmen können.

Herr Adenauer hält nicht dafür, daß in der deutschen Frage, sei es in Viergesprächen, sei es auf Außenministerebene, ja selbst nicht in Form von Expertengesprächen mit den Sowjets, heute ein Fortschritt erzielt werden könnte. Herr Adenauer ist vielmehr besorgt, daß die Westmächte imstande wären, den Sowjets im Rahmen solcher Gespräche, zwecks Erzielung einer Entspannung, Offerte[n] zu machen, welche schlußendlich von Deutschland zu bezahlen wären. Es gäbe nun einmal sowohl im Westen als selbst in Westdeutschland Kreise, die mit dem Gedanken spielten, den Sovjets [!] Dinge zu offerieren, die um die Neutralisierung herumspielten. Nach Bonner Ansicht – und das Foreign Office teilt im großen ganzen diese Meinung – würden die Sowjets alle Vorschläge, ja selbst alle Sondierungen sofort als bereits gewährte Zugeständnisse einkassieren [,] ohne sich die Mühe der Gegenleistung zu machen. Allfällige Versuche, aus dem gegenwärtigen Impasse herauszukommen, müßten heute von Moskau und nicht vom Westen ausgehen; nur so könne erwartet werden, daß ein »do ut des« herauskäme, innerhalb dessen eine sogestalte Einigung Deutschlands herbeigeführt werden könnte, welche nicht unter kommunistischen Vorzeichen stünde. Darüber aber, daß es in absehbarer Zeit unter erträglichen Bedingungen zu einer Vereinigung kommen werde, scheint man sich nach Meinung des Foreign Office an ehesten Stelle in Bonn insgeheim keinerlei Illusionen zu machen. Dazu käme noch der Cauchemar einer (vereinten) Bundesversammlung mit – sagen wir – 30 % Kommunisten.

Demgegenüber, d.i. gegenüber dieser Skepsis hinsichtlich der Opportunität westlicher Initiativen zur Lösung der deutschen Frage, erklärte hier Herr von Herwarth auftragsgemäß und sehr nachdrücklich, daß nach deutscher

---

4 Sir Frederick Robert Hoyer Miller amtierte seit Mai 1955 als britischer Botschafter in Bonn, wo er zuvor britischer Hochkommissar war (seit 1953).

Auffassung es keine Sicherheit in Europa geben könne ohne die Wiedervereinigung Deutschlands. Diesem Wunsch Bonns nach Propagierung des kategorischen Vereinigungsimperativs kam Herr Selwyn Lloyd entgegen, indem er spontan Herrn von Herwarth erklärte, daß man die Dinge nicht beim negativen und sterilen Ausgang der zweiten Genfer Konferenz belassen dürfe. So wird denn auch das deutsche Problem einen Programmfpunkt der Washingtoner Gespräche Sir Anthony Edens<sup>5</sup> bilden. Herrn von Herwarth wurde sogar der einschlägige Text zum Entwurf für das Schlußkommuniqué der Washingtoner Entrevue gezeigt,<sup>6</sup> und er hat der Textierung beigeppflichtet.

Die Pressemeldungen, wonach Herwarth im Auftrage Adenauers hier vor der Abreise der britischen Staatsmänner nach Washington eine Demarche vorgenommen und angeregt habe, daß eine Initiative des Westens in der deutschen Frage erfolge, ist also meritorisch falsch; in propagandistischer Beziehung ist aber diese Version nicht unerwünscht, d.h. es ist der Bonner Regierung genau so lieb wie der britischen, wenn die Zeitungen schreiben, die beteiligten Westregierungen zerbrächen sich Tag und Nacht den Kopf, wie sie die Wiedervereinigung ehestens herbeiführen könnten.

Herr von Herwarth hat insofern einen Erfolg von seinen jüngsten Gesprächen davongetragen, als ihm zugesagt wurde, man werde in Washington neuerlich bekämpfen, daß es für den Westen nur *eine* deutsche Regierung gebe und Gespräche mit Pankow daher nicht in Betracht kämen. Damit wird dem tiefverwurzelten Mißtrauen Adenauers Rechnung getragen, der anscheinend sich von der Furcht nicht losmachen kann, die Westregierungen würden hinter – oder vor – seinem Rücken sich in Gespräche mit Moskau einlassen. Die glänzende Antwort Eisenhowers auf das jüngste, als Aperitif zu den Washingtoner Gesprächen unzeitig von Bulganin servierte Offert müßte ihn eigentlich diesbezüglich beruhigen!

Genehmigen Sie ...  
Schwarzenberg m.p.

<sup>5</sup> Eden, seit Oktober 1951 Außenminister, war nach dem Rücktritt Churchills im April 1955 Premierminister und Führer der Konservativen Partei geworden (Rücktritt im Januar 1957).

<sup>6</sup> Washingtoner Schlußkommuniqué vom 1. Februar 1956 in: *American Foreign Policy. Current Documents 1956*. Washington 1959, S. 447-449; vgl. Text o. Anm. 55. Dazu Sir Anthony EDEN, Memoiren 1945-1957. Köln, Berlin 1960, S. 386.

## Geheimvorhaben »Frank/Kol«. Zur deutsch-israelischen Rüstungszusammenarbeit 1957 bis 1965

Von Niels Hansen

Am 27. Dezember 1957 abends besuchte Shimon Peres, Generaldirektor des Tel-Aviver Verteidigungsministeriums und enger Vertrauter von Ministerpräsident David Ben Gurion, Verteidigungsminister Franz Josef Strauß in seinem Haus in Rott am Inn. Das fünfstündige nächtliche Gespräch markiert den Beginn einer diplomatischen und militärischen Operation, die in ihrer Anlage und ihrem dramatischen Ablauf ihresgleichen sucht. Die Konturen des spannenden, in mehrfacher Hinsicht umstrittenen Vorhabens, das in den Dossiers unter dem Codewort *Frank(reich)/Kol(onien)* figuriert, zeichnen sich nach Freigabe der Akten des Auswärtigen Amtes<sup>1</sup> für die Jahre 1963, 1964 und vor allem 1965 deutlicher ab. Es handelte sich um eine enge Rüstungskooperation der beiden Länder zu einer Zeit, als zwischen ihnen noch keine diplomatischen Beziehungen bestanden: Beim Abschluß des Luxemburger Wiedergutmachungsabkommen von 1952 war es Israel im tiefen Schatten der Schoah für die von Bonn angestrebte Formalisierung des Verhältnisses noch zu früh, und als Jerusalem gut drei Jahre später dann trotz stärkster Vorbehalte der Öffentlichkeit einwilligte, wollte sich die Bundesregierung – vornehmlich zur Wahrnehmung des Alleinvertretungsanspruchs für ganz Deutschland und unter der arabischen Drohung mit der Anerkennung der DDR – nicht mehr dazu entschließen. Die deutsche Unterstützung stellte nicht zuletzt eine Art von Kompensation dafür dar, daß sich ausgerechnet die Bundesrepublik praktisch als einziger westlicher Staat in Israel nicht durch einen Botschafter vertreten ließ. Die Bonner Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe wurde denn auch 1965 nach harten Auseinandersetzungen mit der endlichen Aufnahme der diplomatischen Beziehungen einvernehmlich abgelöst.

---

<sup>1</sup> *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland*, Haupthrsg. Hans-Peter SCHWARZ, wissenschaftl. Leitung Rainer A. BLASIUS, München 1994-1999 (zitiert nachfolgend AAPD mit Jahrgang und Dokumentennummer). Bei der amtlichen israelischen Aktenpublikation liegt für die infragestehende Zeit bisher nur der Jahrgang 1960 vor, der jedoch keine hier relevanten Dokumente enthält.

## I. Erste Kontakte und Schwierigkeiten

Der Reise nach Rott, bei der sich Peres von Asher Ben Natan, später hochangesehener erster Botschafter Israels in Bonn, sowie dem künftigen Generalstabschef Chaim Laskov begleiten ließ, war in Israel am 15. Dezember 1957 eine stürmische Kabinettsitzung vorausgegangen, bei der sich MAPAM und Achdut Ha'avodah, die linkssozialistischen Koalitionspartner von Ben Gurions MAPAI, dezidiert gegen derlei Fühlungnahmen mit Deutschland verwahrten. Sie wurden jedoch mit der Autorität des Regierungschefs, der schon früh an ein »anderes Deutschland« glaubte und dessen zunehmend wichtige Rolle im Verfolg seiner prowestlichen Politik nutzen wollte, überstimmt. Nachdem das Hausblatt der Achdut über die Pläne berichtet, Strauß den Kopf einer »Nazi-Armee von Mördern« genannt und Generalstabschef Moshe Dayan als Gesprächspartner gemutmaßt hatte, kam es am 24. Dezember 1957 zu einer – nicht der letzten einschlägigen – Debatte in der Knesset. Dabei kündigte Ben Gurion, gleichzeitig Verteidigungsminister, die Abreise einer Delegation nach Bonn zum Kauf militärischen Materials an, das derzeit nur aus der Bundesrepublik bezogen werden könne, und er drohte mit Rücktritt, sollten ihm Kontakte mit Deutschland im Sicherheitsbereich verwehrt werden. Zwecks Disziplinierung zweier Regierungsmitglieder, die im Parlament gegen ihn gestimmt hatten, demissionierte er tatsächlich am 31. Dezember 1957 – um eine Woche später eine identische Regierung zu bilden.

In Deutschland war das Terrain seit dem Suez-Krieg 1956 – unter Mithilfe des Journalisten Rolf Vogel<sup>2</sup> – beim Verteidigungsministerium durch den bei der Kölner Israel-Mission tätigen Obersten Avigdor Tal vorbereitet worden, der Strauß Muster im Sinai erbeuteter sowjetischer Waffen sowie eine *Uzi*-Maschinengewehr überlassen hatte. Mit den Geldern aus dem Luxemburger Abkommen erwarb man – in der Grauzone von dessen entgegenstehenden Bestimmungen – seit dem Sommer 1955 auch im Sicherheitsbereich nutzbare Güter, z.B. in Deutschland hergestellte Fahrzeugketten, die vorher in Frankreich teurer eingekauft wurden.<sup>3</sup> Hier wirkte sich die Problematik der Mehrzweckprodukte, die vor allem im Golfkrieg 1991 eine so große Rolle spielen sollte, einmal zugunsten Israels aus. Giora Josephthal, damals Generalsekretär der MAPAI, hatte am 12. Dezember 1957 mit Bundeskanzler Konrad Adenauer in Bonn gesprochen,

---

2 Vgl. Rolf VOGEL (Hrsg.), *Deutschlands Weg nach Israel. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik*, Bd. 1, München, New York-London-Paris 1987, S. 134 f.

3 Vgl. VOGEL (wie Anm. 2), S. 135.

wobei es in erster Linie um die allgemeine Unterstützung einer Annäherung Israels an die NATO (»funktionelle Verbindungen«) ging.<sup>4</sup>

Nach Pressemeldungen zu einem grundsätzlichen Einvernehmen zwischen Bonn und Jerusalem über Waffen- und Ausrüstungskäufe ersuchte der ägyptische Botschafter, zugleich im Namen seiner arabischen Kollegen, am 28. Dezember 1957 im AA um Aufklärung. Ihm sei, so ein Telegramm an die Missionschefs in den arabischen Ländern vom gleichen Tag<sup>5</sup>, versichert worden, daß die »Meldungen jeder Grundlage entbehrten«. »Lieferung von Waffen und Kriegsmaterial im Rahmen unseres Israel-Abkommens ... ist durch Festsetzung von Warenlisten ausgeschlossen. Darauf hinaus entspricht es stets gefügter Praxis der Bundesregierung, im Rahmen der ihr rechtlich und verfassungsmäßig (Artikel 26 Grundgesetz) zu Gebote stehenden Mittel jede Lieferung von Waffen in Gebiete, die im Mittelpunkt eines akuten Konfliktes stehen, zu unterbinden, um auf diese Weise eine Verschärfung dort bestehender Spannungen zu vermeiden.« Dies wurde mit einer Presseverlautbarung verbreitet. – Auch die Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf Meldungen aus Israel im Zusammenhang mit dem Treffen in Rott war alles andere als enthusiastisch. Die Medien warnten, und man erinnerte daran, daß Adenauer bei der Einbringung des Luxemburger Abkommens in den Bundestag 1953 die Lieferung von »Waffen, Munition und sonstigem Kriegsgerät« ausdrücklich ausgeschlossen hatte. Der SPD-Pressedienst meinte, schon schlichte politische Klugheit spreche gegen Rüstungsausfuhren in den Nahen Osten, da sich sonst die Araber berechtigt glaubten, ebenfalls solche zu fordern. Seitens der DDR wurde behauptet, die militärischen Lieferungen an Israel seien bereits im Gange. Aus Syrien hieß es, Israel erhalte sie in Höhe von 700 Mio DM aus dem Reparationskonto über Frankreich und die Türkei.<sup>6</sup> Indes wurde es darüber dann wieder still.

<sup>4</sup> Inge DEUTSCHKRON weist in ihrem Buch *Israel und die Deutschen. Das schwierige Verhältnis*, erw. Neuaufl. Köln 1991, aufgrund eines Gesprächs mit Peres darauf hin, daß dieser mit Strauß bereits »ein paar Monate« vorher, auf Vermittlung des französischen Verteidigungsministers Jacques Chaban-Delmas, in Bonn zu einem vorbereitenden Treffen zusammengekommen war (S. 248, 250). Amos BEN-VERED berichtet in *Israel und Deutschland. Die Bedeutung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen für den jüdischen Staat* (Europa-Archiv 1965, S. 481–489), Peres habe in einem im Mai 1965 in Israel veröffentlichten Interview erklärt, der erste Kontakt sei auf Weisung Ben Gurions Anfang 1957 außerhalb Deutschlands erfolgt (S. 483). – Der seltsame Deckname *Frankreich/Koloni*, dessen Herkunft weder in den Unterlagen des AA und des Militärgeschichtlichen Forschungsmuseums Freiburg noch durch Zeitzeugen zu belegen war, mag mit dieser französischen Vermittlung zusammenhängen.

<sup>5</sup> Vgl. Yeshayahu A. JELINEK (Hrsg.), *Zwischen Moral und Realpolitik*, Gerlingen 1997, Dok. 156; vgl. auch AAPD 1964/54<sup>1</sup>.

<sup>6</sup> Vgl. Isaac ISRAEL, *Les relations germano-israéliennes de 1949 à 1965*, Paris 1971 (ungedruckte Dissertation), S. 130 f. Die Arbeit Israels ist auch deshalb informativ, weil der Autor mit zahlreichen Akteuren Gespräche geführt hat.

Die nächtliche Begegnung in Rott, die auch allgemein dem Verhältnis der beiden Länder im Lichte der leidvollen Vergangenheit galt, schildern sowohl Peres wie Strauß plastisch in ihren Erinnerungen<sup>7</sup>, in denen sie der Rüstungszusammenarbeit je ein eigenes Kapitel widmen. Peres: »Unsere Beziehungen zu Deutschland stellten natürlich eine der ungewöhnlichsten moralischen und politischen Herausforderungen dar, der sich die internationale Diplomatie jemals gegenübergesehen hatte. ... Die Vergangenheit konnte nicht vergessen und ungeschehen gemacht werden. Auch war sie nicht zu ändern. Was jedoch geändert werden konnte, war die Zukunft.«<sup>8</sup> Strauß beeindruckten die Argumente seines Gesprächspartners, der die sicherheitsmäßigen Defizite Israels angesichts der seit 1955 erfolgten Ausstattung Ägyptens mit modernsten Waffen des Ostblocks, z.B. MIG-Kampfflugzeugen (nebst Inspektoren und Piloten) herausstellte. Peres unterstrich, daß eine deutsche Unterstützung nicht nur dem Frieden zugutekommen und dem Vordringen der Osteuropäer in der Region entgegenwirken werde, sondern daß sie zusätzlich zur finanziellen eine weitere moralische Dimension darstelle, für die Vergangenheit einzustehen. Eine wesentliche Bitte, die er für diesmal äußerte, war die Zurverfügungstellung von zwei Unterseebooten. Sie wurde damit begründet, daß die Sowjetunion Ägypten im Sommer 1957 drei U-Boote geliefert hatte<sup>9</sup>. Als Ben Gurion in der Knesset am 7. Januar 1958 von »Ausrüstung, die vom Land, vom Meer und aus der Luft nicht eingesehen werden kann«, sprach, bemerkte Oppositionsführer Menachem Begin bissig: »Arabische Spione, überlegt jetzt genau, was wohl damit gemeint sein könnte.«

Der deutsche Verteidigungsminister reagierte positiv. Er meinte später zu Vogel<sup>10</sup>, daß »eine gute Zusammenarbeit zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung der Vergangenheit« darstelle. Die Stärkung Israels schaffe zudem ein Gegengewicht gegen die UdSSR, der sich Europa »nicht nur an der Vorder-, sondern auch an der Hintertür« zu erwehren habe, und bedeute damit einen Beitrag zum Frieden weltweit, der gerade für das geteilte Deutschland an der Nahtstelle zwischen Ost und West so existentiell wichtig sei. Das war auch das Credo Adenauers: »Erhaltung des Friedens als höchster politischer Verpflichtung.«<sup>11</sup> Diese Einstellung kontrastierte damals tendenziell mit denjenigen der meisten westlichen Politiker, die glaubten vermeiden zu

7 Shimon PERES, *David's Sling*, London 1970, S. 66-86 (»Bonn«); Franz Josef STRAUSS, *Die Erinnerungen*, Berlin 1989, S. 335-351 (»Deutschland und Israel – Freundschaft der mutigen Tat«). Vgl. weiter Interviews mit beiden in R. VOGEL (wie Anm. 2), S. 134-143.

8 Sh. PERES (wie Anm. 7), S. 67f.

9 Vgl. I. ISRAEL (wie Anm. 6), S. 133.

10 Wie Anm. 2, S. 137.

11 Felix E. SHINNAR, *Bericht eines Beauftragten. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1951-1966*, Tübingen 1967, S. 143.

müssen, die Araber mit solchem Beistand an Israel (noch mehr) in die Arme Moskaus zu treiben.

Strauß wurde deutscherseits zum entscheidenden Promotor der Verteidigungshilfe. Dies ist umso bemerkenswerter, als er noch knapp fünf Jahre zuvor in der Zeitschrift *Chemie* im Hinblick auf den Außenhandel mit den Arabern gegen die Ratifizierung des Luxemburger Vertrags Bedenken angemeldet und sich im Bundestag dann der Stimme enthalten hatte. Der Leiter der Kölner Israel-Mission, Felix Shinnar, zählte ihn im Herbst 1953 zu den »hestigsten und gefährlichsten Gegnern des Abkommens«.<sup>12</sup> Auch später scheute sich Strauß (bei den Fragen der Verjährung von Kriegsverbrechen und des allgemeinen Rüstungsexports in den Nahen Osten) übrigens nicht, israelischer Politik durchaus entgegengesetzte Positionen zu vertreten. General Laskov andererseits hatte nach dem Krieg zur Gruppe »Nakam« (Rache) gehört, die glaubte nach der Befreiung aus dem Inferno an den Deutschen umfassend Vergeltung üben zu müssen.<sup>13</sup> Daß die Initiative zu der solidarischen – wenn auch, wie sich herausstellen sollte, nicht unproblematischen – Partnerschaft gerade von Peres ausging, und daß er sie israelischerseits gesteuert hat, verdient heute, nach vier Jahrzehnten, nicht zuletzt angesichts der wichtigen Rolle des späteren zweimaligen Ministerpräsidenten und Nobelpreisträgers im nahöstlichen Friedensprozeß, herausgestellt zu werden. Peres, der seinen geliebten Großvater in der Schoah dadurch verloren hatte, daß er in einer Synagoge bei lebendigem Leibe verbrannt wurde, hat sich immer wieder für enge und vertrauensvolle Beziehungen zwischen unseren Ländern eingesetzt. – Beim nächsten Zusammentreffen der beiden Politiker im März 1958 konnte Strauß berichten, daß er Adenauer sowie über Staatssekretär Walter Hallstein Außenminister Heinrich von Brentano informiert habe und daß der Kanzler, trotz Bedenken des AA, grundsätzlich einverstanden sei. Die Zusammenarbeit lief an.

Sie wurde von Ben Gurion zäh gegen alle Widerstände verteidigt. Als der Vorsitzende der Achdut Ha'avodah, Jitzchak Tabenkin, ihm vorwarf, er habe das Treffen in Rott »mit den Führern der Nazimörder vor dem Volk geheimgehalten«, informierte ihn der Ministerpräsident briesch, ihm sei von seinem »äußerst zuverlässigen und vertrauenswürdigen« Gewährsmann, Oberst Tal, berichtet worden, in der Bundesrepublik würden keine »wichtigen Stellen von Personen besetzt, die als Nazis bekannt« seien. Er zitierte diesen weiter: »Im Militär schon gar nicht. Strauß hat eine Kommission eingesetzt, die sich mit der Prüfung der Vergangenheit beschäftigt, und in jedem Fall, in dem auch nur der kleinste Verdacht auf Nazi-Vergangenheit

12 Y. A. JELINEK (wie Anm. 5), Dok. 64.

13 Vgl. Tom SEGEV, *Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung*, Hamburg 1995, S. 192-208 (»Sechs Millionen Deutsche«).

bestand, den Ausschluß der betreffenen Person angeordnet. ... Wenn auch gesagt werden muß, daß im heutigen Heer die meisten Offiziere ehemalige Wehrmachtsoffiziere sind. ... Israel und besonders der israelischen Armee wird große Bewunderung entgegengebracht« Auf die Frage nach »nazi-stischen Strömungen unter der Jugend« sei ihm erwidert worden: »Nein. Die Reaktion der Jugend auf die Vorstellung über Anne Frank war sehr beeindruckend.« Als Ben Gurion, wie er Tabenkin ferner unterrichtete, von Tal wissen wollte, ob der Nazismus in Deutschland »überhaupt spürbar« sei, lautete die Antwort erneut Nein. Und: »Wo sind die Nazis denn alle geblieben?« »In den Untergrund abgetaucht.«<sup>14</sup> – Am 11. September 1958 unterstrich er in einer Rede vor dem Exekutivrat der MAPAI, nachdem er darauf hingewiesen hatte, daß »auf politischer Ebene ... uns Amerika keine Freundschaft gezeigt« habe und es – im Gegensatz zu Frankreich – »einer der Staaten war, von denen seit der Staatsgründung keine einzige, auch nicht die kleinste, Waffe zu bekommen war«: »Trotz fehlender diplomatischer Beziehungen zwischen uns und Deutschland kam Deutschland Israel auf politischer Ebene zu Hilfe. Diese Hilfe und diese politische Freundschaft hat eine große Bedeutung. ... Der einzige Staat in Westeuropa, der in Amerika großes Gewicht hat, ist Deutschland.«<sup>15</sup>

## II. Die israelischen Lieferungen an die Bundeswehr

Die erste Etappe in der Rüstungszusammenarbeit ist die Ausstattung der Bundeswehr mit israelischem Gerät. Mit Granatwerfermunition wurde begonnen. Dann folgten Uniformen und »andere Ausrüstungsgegenstände des Textilsektors«, wobei es in Israel zu Arbeitsverweigerungen kam, denen man mittels »innerbetrieblicher Austauschaktionen« begegnen mußte.<sup>16</sup> Besonders wichtig war die – gegen schwedische, italienische und sonstige Konkurrenz erfolgende – Anschaffung der legendären Maschinenpistole Uzi. Vogel bereits 1956 zu Peres und Ben Natan in Tel-Aviv: »Die Uzi in der Hand deutscher Soldaten ist sicher besser als alle Broschüren gegen den Antisemitismus«<sup>17</sup>. Die Lieferungen, die schon früh über eine Abnahmekommission in Israel vonstatten gingen<sup>18</sup> und deren Wert bis 1965 insgesamt 250 Mio DM betrug<sup>19</sup>, kam der israelischen Wirtschaft

---

14 Y. A. JELINEK (wie Anm. 5), Dok. 157, 14. Februar 1958.

15 Ebd., Dok. 159.

16 Rolf VOGEL (Hrsg.), *Deutschlands Weg nach Israel. Eine Dokumentation*, Stuttgart 1967, S. 141.

17 Wie Anm. 2, S. 135.

18 Vgl. AAPD 1965/103.

19 Vgl. AAPD 1965/103<sup>15</sup>.

zugute, was – z.B. auch bei Bestellungen von Autoreifen und dergleichen – »im Vordergrund der deutschen Überlegungen gestanden hatte«.<sup>20</sup> Die Ausstattung der Bundeswehr mit Material gerade aus Israel erleichterte es zudem, Kritikern der Wiederbewaffnung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die einschlägigen israelischen Verkäufe nach Deutschland sind bis heute auf fast 3 Mrd. DM angewachsen.

Als die Exporte durch den Artikel »Granaten aus Haifa« im *Spiegel* vom 26. Juni 1959 bekannt wurden, brach in Israel erneut ein Sturm los. Kein Wunder, daß die Ausfuhren mit ihrer symbolischen Tragweite in der Presse und nicht zuletzt in der Knesset auf vehementen Kritik stießen. Diese hatte am 10. Januar 1951 mit Verve einstimmig gegen eine Wiederbewaffnung beider Teile Deutschlands protestiert und erneut am 15. November 1954 »tiefste Furcht« vor ihr bekundet. Jetzt traf Ben Gurion die Entscheidung zunächst ohne das Kabinett, das er später jedoch einschalten mußte. Am 28. Juni 1959 erläuterte er das Geschäft im Zentralkomitee der MAPAI: »Deutschland hat seine Machtstellung in Europa nicht deshalb erhalten, weil wir damit einverstanden waren. Wir waren natürlich nicht einverstanden ... Doch nur Idioten oder politische Scharlatane ... können nicht begreifen, daß es Israels Stellung in der Welt, seiner Zukunft und vielleicht sogar seiner Existenz schaden würde, wenn wir uns eine Großmacht, deren politisches und ökonomisches Gewicht ständig zunimmt, zum Feind machen und den Arabern als Verbündete überlassen. ... Es gibt wesentliche Vorhaben, die ohne deutsche Kooperation keine Chance haben. Und ich sehe keine moralischen, emotionalen oder andere Hindernisse dagegen, ebensowenig wie ich ein moralisches oder emotionales Verbot für Gespräche mit England akzeptiere, obwohl England früher Juden aus seinen Landesgrenzen vertrieben hat – ich kenne keine Nation der Welt, die das nicht getan hat. Adenauer ist nicht Hitler.«<sup>21</sup> Deutlicher hätte pragmatische Realpolitik Skeptikern gegenüber nicht zum Ausdruck gebracht werden können. Man war beeindruckt und stimmte zu.

In der Knesset ging es vom 29. Juni bis 1. Juli 1959 tagelang hoch her. Beginn zog wieder alle Register: »Sollen diejenigen, die ihre Hände mit jüdischer Seife gewaschen haben, auch jüdische Waffen tragen?« Und, in Anspielung auf die Ermordung seines Vaters: »Sollen diese heiligen jüdischen Waffen einem deutschen Soldaten überlassen werden, der vielleicht jene Gruppe Juden an den Fluß geführt hat, zu der ein die ›Hatikwa‹ singender alter Vater gehörte, und der sie in den Fluß trieb, während sie ihre Sündenbekennenisse und Gebete sangen, und der Fluß wurde rot vor

---

20 R. VOGEL (wie Anm. 16), S. 141.

21 T. SEGEV (wie Anm. 13), S. 417.

Blut?« Er wies den vom Ministerpräsidenten betonten Unterschied zwischen Nazideutschland und der Bundesrepublik höhnisch zurück und forderte ein Referendum. Die Debatte hatte indessen einen anderen Anstrich als die berühmte vor siebeneinhalb Jahren über die Globalkompensationen. Die Knesset hatte sich zwischenzeitlich fünfzig Mal mit Deutschland beschäftigt<sup>22</sup> – und sie würde es in der Tat noch öfter tun. Jetzt wußte man besser über die Bundesrepublik Bescheid, die sich als berechenbar und mit der gewissenhaften Erfüllung ihrer Entschädigungsverpflichtungen als vertrauenswürdig erwiesen und zu der sich das Verhältnis trotz der fehlenden offiziellen Beziehungen auf manchen wichtigen Gebieten intensiviert hatte. Ben Gurion vermochte sich selbstbewußter, sicherer als damals im Januar 1952 zu geben, und er ging aggressiv, sogar schroff sarkastisch mit seinem Hauptwidersacher um, den er mit Spott überschüttete. Er unterstrich die Einbindung der Bundesrepublik in Europa und, frankophil und überzeugter Anhänger von Charles de Gaulle, die deutsch-französische Entente. Der Regierungschef verurteilte jetzt auch, daß »der Holocaust als Propagandamittel im politischen Kramladen mißbraucht« wird. Ein Mißtrauensantrag der Kommunisten wurde mit 57 gegen nur 5 Stimmen bei 37 Enthaltungen verworfen und die Verkäufe an Deutschland zum Schluß mit 57 gegen 45 Stimmen bei 6 Enthaltungen gebilligt.

Die zur Opposition gehörenden Allgemeinen Zionisten stimmten nach Beratungen im letzten Moment dafür, die Koalitionspartner MAPAM und Achdut Ha'avodah jedoch dagegen, obwohl sich die Vertreter dieser beiden Parteien im Vorstand des Konzerns, zu dem die Munitionsfabriken gehörten, an den Verhandlungen mit Bonn beteiligt hatten und zum Teil deshalb sogar nach Deutschland geflogen waren. Wieder forderte der Ministerpräsident, daß die vier Abweichler ihr Kabinettsmandat zur Verfügung stellen, und wieder trat er, als sie sich weigerten, am 6. Juli 1959 mit der ganzen Regierung zurück. Diesmal gelang es ihm jedoch nicht, eine neue zu bilden, und er blieb mit der alten bis zu den Wahlen am 3. November 1959 im Amt. In den Koalitionsverhandlungen spielte die Rüstungskooperation mit der Bundesrepublik, wie ein Auszug des Protokolls belegt<sup>23</sup>, eine Rolle. Tabenkin zu Ben Gurion, dessen Brief vom Februar 1958 ihn offensichtlich nicht überzeugt hatte, gleich zweimal: »größter Fehler Ihres Lebens«. Er behauptete wiederholt, ohne dies zu begründen, die Bewaffnung Deutschlands bedeute die Bewaffnung der Araber, worauf der MAPAI-Chef jedesmal richtigstellen mußte, daß diese von den Sowjets aufgerüstet werden. Und der Alte insistierte immer wieder: »Die Deutschen sind für mich, wie

---

22 Ebd.

23 Y. A. JELINEK (wie Anm. 5), Dok. 172.

gesagt, ein Volk wie jedes andere, weder besser noch schlechter. Ja gut, die Nazis, aber nicht alle Deutschen sind Nazis, und die Regierung ist kein Nazi-Regime.« Man redete – wie so oft zum Verhältnis mit Deutschland – krass aneinander vorbei. Doch ließ sich Ben Gurion auf keinerlei Konzession ein. – Die Waffenverkäufe an die Bundeswehr mußten israelischerseits auch gegenüber der SPD, bei der sich kritische Stimmen zu Wort gemeldet hatten, gerechtfertigt werden<sup>24</sup>, und man besorgte in Tel Aviv, die Bonner Parteifreunde würden sie zu einer »neuen Aktion gegen Israel« machen. Ansonsten ergaben sich in Deutschland insoweit keine größeren Probleme.

### III. Die Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe beginnt

Sie stellte die erste überhaupt in der Geschichte der Bundesrepublik dar, und sie war, wie zu zeigen sein wird, durchaus substantiell. Peres schreibt, daß »sehr wertvolles Material bereits wenige Monate nach der ersten Begegnung« zur Verfügung gestellt worden sei.<sup>25</sup> Die grundlegenden Verständigungen – das galt für Rott und auch später – wurden nicht schriftlich fixiert. Peres dazu 1967: »Da immer so viel über Abkommen geredet wird, legten wir nichts fest, was sich als formelles Abkommen bezeichnen ließe. ... Gegenseitiges Vertrauen bestand während dieses ersten Treffens und beherrschte es von Anfang bis Ende. Die meisten unserer Vereinbarungen waren mündlicher Art und wurden getreu dem Wortlaut und Geist unserer Gespräche verwirklicht«.<sup>26</sup> Als AA-Staatssekretär Karl Carstens seinen BMVg-Kollegen Karl Gumbel hinsichtlich der 150 vereinbarten Panzer M 48 (s.u.) fragte, wie das Geschäft eigentlich zustande gekommen sei, erhielt er zur Antwort, daß sich darüber keine Unterlagen im Verteidigungsministerium befänden.<sup>27</sup> – Weitere Erörterungen waren erforderlich. Peres, inzwischenstellvertretender Verteidigungsminister, kam mit seinem deutschen Freund häufiger diskret zusammen, und im Lauf ihrer Gespräche gewann die Sache mehr Gestalt. Klar war, daß es sich grundsätzlich um unentgeltliche Lieferungen handeln sollte. Zu einem geringeren Teil gehörte auch ohnehin aussonderndes Material dazu. Peres: »Die USA halfen uns finanziell, aber nicht mit Waffen. Frankreich half uns mit Waffen, aber nicht mit Geld. Deutschland konnte einen weitsichtigen Schritt zum Brückenbau über die Vergangenheit mit einer Waffenhilfe tun, ohne dafür Geld oder sonst etwas zu fordern.«<sup>28</sup> Am Bonner Treffen vom 23. Februar 1960 nahm,

24 Vgl. ebd., Dok. 167, 3. Juli 1959.

25 Wie Anm. 7, S. 72.

26 R. VOGEL (wie Anm. 2), S. 140 f.

27 AAPD 1963/92, 23. Februar 1965.

28 Wie Anm. 7, S. 71.

um einen lang gehegten Wunsch von Strauß zu erfüllen, der damalige Landwirtschaftsminister Dayan, Held des Sinai-Feldzugs, teil.

Die Sache war nun reif für eine gemeinsame Entscheidung der beiden Regierungschefs, und diese erfolgte bei ihrer berühmten New Yorker Begegnung am 14. März 1960. Wir kennen heute die beiden Dolmetscherprotokolle in einer synoptischen Wiedergabe.<sup>29</sup> Der Teil über die Verteidigungshilfe ist nur knapp. Er wurde von Ben Gurion eingeführt, der auf die jüngste Zusammenkunft zwischen »einigen meiner Herren« und Strauß (»ein guter Mann«) Bezug nahm. Er sprach zunächst kleine U-Boote unter Hinweis darauf an, daß »in Ägypten zehn höchst moderne U-Boote sowjetischer Bauart stationiert seien, ... die eine ständige Gefahr« darstellten. Und er erwähnte dann Fernlenkgeschosse, wobei er die deutsch-französische Zusammenarbeit und die traditionelle Unterstützung Israels durch Paris lobend hervorhob.<sup>30</sup> »Herr Strauß habe dem israelischen Ersuchen gegenüber eine positive Haltung eingenommen, doch liege es nun beim Herrn Bundeskanzler, ob er sich dieser Haltung von Herrn Strauß anschließe oder nicht. Der Herr Bundeskanzler sagte, er stimme mit Herrn Strauß überein.« Das war alles.

Auf dem New Yorker Gipfel der beiden Patriarchen kam die israelischerseits schon jahrelang gewünschte Formalisierung der gegenseitigen Beziehungen mit keinem Wort zur Sprache. Auch das deutet darauf hin, daß es sich beim deutschen Verteidigungsbeistand (ebenso übrigens wie bei der von Adenauer im Hotel Waldorf Astoria – wenn auch zunächst vage – zugesagten Wirtschaftshilfe, der sogenannten Aktion Geschäftsfreund<sup>31</sup>) um einen Ausgleich für das deutschlandpolitisch bedingte Verharren im statusmäßigen Status quo handelte. Die Bundesrepublik wollte sich zu einem Botschafteraustausch angesichts der arabischen Drohungen, in einem solchen Fall die DDR anzuerkennen, nicht entschließen, und jedenfalls Teile des israelischen politischen Establishments machten aus der Not eine Tugend, indem sie jahrelang das mehr oder weniger konsequent praktizierten, was man eine Doppelstrategie nennen könnte: Einerseits Bonn immer wieder zur

29 Yeshayahu A. JELINEK und Rainer A. BLASIUS, *Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria. Gesprächsaufzeichnungen vom israelisch-deutschen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960*, in: *Vierteljahrsschriften für Zeitgeschichte* 1997, S. 209–344, hier: S. 330–344. Es wird aus dem deutschen Protokoll von Heinz Weber zitiert.

30 Die Beziehungen zwischen Jerusalem und Paris sollten sich später jedoch verschlechtern. Derselbe de Gaulle, der von Israel als »Freund und Verbündeter« gesprochen hatte, belegte es 1967 mit einem Waffenembargo (Golda Meir: »Verrat«), und Frankreich ist bis heute innerhalb der europäischen politischen Zusammenarbeit EPZ (jetzt GASp) Israel gegenüber am kritischsten eingestellt.

31 Vgl. Rainer A. BLASIUS, *Geschäftsfreundschaft statt diplomatischer Beziehungen. Zur Israel-Politik 1962/63*, in: DERS. (Hrsg.), *Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963*, München 1994, S. 154–210.

Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu drängen, sich andererseits aber die Weigerung entgelten zu lassen (mit Leistungen übrigens, von denen, wie die *New York Times* am 5. Juni 1964 feststellte, Bonn angesichts ihres Geheimcharakters nach außen – etwa im Zusammenhang mit den massiven israelischen Vorwürfen wegen der Raketenfachleute in Ägypten<sup>32</sup> – keinen Gebrauch zu machen vermochte<sup>33</sup>). In einem Vermerk des Referatsleiters Westeuropa im israelischen Außenministerium heißt es dazu, daß »der gegenwärtige Zustand zur Zeit zweckmäßig« sei, u.a. weil »Westdeutschland sich verpflichtet fühlt, Israel zu entschädigen, solange keine normalen diplomatischen Beziehungen bestehen.«<sup>34</sup> Auch die Bemerkung Peres' im Frühjahr 1965, er »ziehe den Motorzylinder eines Panzers dem Zylinder des Diplomaten vor«<sup>35</sup>, geht in diese Richtung. Während des Golfkriegs 1991 stellten deutsche Waffen – erneut in Abweichung des Grundsatzes, solche nicht in Spannungsgebiete zu liefern – ebenfalls eine Art Beschwigungs-mittel dar.

Anfang Juni 1961 traf sich Strauß mit Ben Gurion und Peres in Paris zu einem dreistündigen Gespräch, und er unterrichtete am 10. Juni 1961 Carstens. In dessen Notiz darüber<sup>36</sup> ist zunächst davon die Rede, daß Granatwerfermunition aus Israel bezogen werde und daß geplant sei, hierfür auf dem Lizenzweg in Spanien oder Portugal Produktionsstätten zu errichten. Es folgt der lapidare Satz: »Wir liefern keine Waffen an Israel.« Dann heißt es, daß »wir Israel unser know how auf dem Gebiet der Flugabwehr zur Verfügung stellen.« Damit war vor allem gemeint, daß man israelische Offiziere und Soldaten in der Flakschule Rendsburg

32 Vgl. ebd.

33 Vgl. z.B. Schröder zu Erhard am 9. November 1964: »Die Israelis honorieren unsere Großzügigkeit nicht, sondern setzen uns in anderen Fragen unter sehr starken Druck, wohl wissend, daß wir von der Tatsache unserer Waffenlieferungen an sie nicht sprechen und ihnen dieses Argument nicht entgegenhalten können« (AAPD 1964/315). – Der Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Chaim Jachil, widersprach andererseits am 7. März 1964 dem SPD-Abgeordneten Fritz Sänger gegenüber den »Bedenken deutscher Freunde Israels, ... die Bundesrepublik würde sich der Möglichkeit begeben, Israel mit heimlichen oder offenen Lieferungen zu unterstützen«, wenn sie »normale diplomatische Beziehungen« aufnehme (Y. A. JELINEK, wie Anm. 5, Dok. 226).

34 Y. A. JELINEK (wie Anm. 5), Dok. 206, 18. Juli 1961.

35 Avi PRIMOR, »...mit Ausnahme Deutschland«. *Als Botschafter Israels in Bonn*, Berlin 1997, S. 92. – Zum Spiegel äußerte Peres am 24. Februar 1965: »Ich finde Sicherheit wichtiger als diplomatische Beziehungen«, und »eine Grenze kann man nicht mit Botschaftern verteidigen.«

36 AAPD 1965/2. Diesen und drei weitere von ihm handschriftlich gefertigte, »streng geheim« eingestufte einschlägige Vermerke der Jahre 1962 und 1963 legte er am 4. Januar 1965, nachdem die Rüstungshilfe längst in die Schlagzeilen gekommen war und im Vorfeld des Ulbricht-Besuchs in Kairo zu gravierenden Schwierigkeiten mit den Arabern geführt hatte, Schröder als Anlagen zu einer Aufzeichnung vor. Sie sind – zusammen mit anderen in den *Akten zur Auswärtigen Politik* veröffentlichten, ganz überwiegend ebenfalls »geheimen« oder »streng geheimen« Dokumenten – eine wesentliche Quelle.

ausbildete. Diese »Ausbildungshilfe«, die auch auf dem Truppenübungsplatz Munsterlager und in der Fallschirmschule Schongau allgemein, besonders aber für das gelieferte Gerät praktiziert wurde, stellte – zusätzlich zur »Ausrüstungshilfe« – eine eigene Beistandskategorie dar.<sup>37</sup> Weiter hielt Carstens fest, daß im Rahmen des amerikanischen lend lease-Programms einige Flugzeuge für Ausbildungszwecke an Israel geliefert worden seien. Diese trügen jedoch die Hoheitszeichen anderer NATO-Staaten.

Im Februar 1962 besprachen sich die beiden Initiatoren der Zusammenarbeit erneut. Der Verteidigungsminister informierte den Staatssekretär des AA am 23. Februar 1962, der dazu notierte<sup>38</sup>, daß aus »aa) US- und französischen, bb) deutschen Beständen« über Frankreich Transportflugzeuge für 15,5 Mio DM jährlich zur Verfügung gestellt werden sollen. »Ich: aa) bedenklich, bb) unmöglich. Lieber wirtschaftliche Unterstützung. Strauß: Die Israelis haben extreme Hetze gegen uns verhindert (Globke).«<sup>39</sup> Auch die beabsichtigte Lieferung von Schiffen aus deutschen Beständen habe er, Carstens, als »unmöglich« bezeichnet. Die »leihweise« Ausstattung mit Trainern für Düsenflugzeuge blieb offen – es handelte sich um die zeitweilige Nutzung von zehn *Fougamagister* zu Schulungszwecken, die dann zustande kam.<sup>40</sup> – Am 8. Juni 1962 traf Peres zu einem zweistündigen Gespräch mit Adenauer zusammen, dem er in der Sache eine persönliche Botschaft Ben Gurions übermittelte. Wie in New York war der Bundeskanzler, der zunächst seine »tiefe Dankbarkeit über die honorige Führung des Eichmann-Prozesses« zum Ausdruck brachte<sup>41</sup>, einverstanden: »Wir haben Ihnen in der Vergangenheit geholfen, und wir werden es auch in Zukunft tun.«<sup>42</sup> Er schrieb seinem Kollegen am 13. Juli 1962 einen bestätigenden Brief: Man

<sup>37</sup> Der Referatsleiter Naher Osten und Nordafrika, Hans Schirmer, erwähnte z.B. am 3. März 1965 einen Panzerlehrgang und Marineausbildung an Radar (»Leistungen an Israel«: AAPD 1965/103).

<sup>38</sup> AAPD 1965/2.

<sup>39</sup> Strauß erklärte am 21. Februar 1965 in der *Welt am Sonntag*, die Waffenhilfe habe dazu beigetragen, daß aus dem Eichmann-Prozeß (April 1961 bis Mai 1962) für die Bundesrepublik »keinerlei gefährliche politische und psychologische Folgen« entstanden seien. Und *Stern*-Chefredakteur Henry Nannen behauptete im *Spiegel* am 3. März 1965, die Lieferungen hätten erst begonnen, nachdem Ben Gurion während des Prozesses das »andere Deutschland« in Schutz genommen und Globke herausgehalten habe. Indessen war die Kooperation längst vor der Verhaftung Adolf Eichmanns beschlossene Sache und angelauft. Die Äußerungen von Strauß erklären sich ohne Schwierigkeiten aus dem Wunsch, die Zusammenarbeit gegen Vorwürfe abzuschirmen. Es hatte nahegelegen, auch bei den darüber geführten Kontakten die – erheblichen – Bonner Besorgnisse über die Auswirkungen des Verfahrens auf das deutsche Image anzusprechen, doch ist ein prinzipielles Quidproquo – das gilt auch für die »Aktion Geschäftsfreund« – absurde Spekulation.

<sup>40</sup> AAPD 1964/289.

<sup>41</sup> I. ISRAEL (wie Anm. 6), S. 220, gestützt auf das persönliche Tagebuch von Peres.

<sup>42</sup> Ebd., S. 221.

habe die politische Lage ausführlich erörtert. Peres habe auf ihn einen »sehr guten Eindruck« gemacht, und er hoffe, daß dieser mit dem Ergebnis der Bonner Besprechungen zufrieden sei.<sup>43</sup> Strauß erhielt grünes Licht. Peres: Adenauers »Gefühl, daß Deutschland nach allem, was zwischen den beiden Völkern geschehen war, zu Israel enge Beziehungen eingehen sollte, hatte etwas fast Religiöses an sich.«<sup>44</sup>

Es wurde ein Plafond von 250 Mio DM ins Auge gefaßt, in dessen Rahmen Einzelabsprachen zu treffen waren.<sup>45</sup> In dieser zweiten Phase der Zusammenarbeit ging es, jenseits des Überschußmaterials (um welches es sich teilweise bei den gelieferten Kraftfahrzeugen, Hubschraubern, Verbindungsflugzeugen und Panzerabwehraketens handelte), überwiegend um Großgerät (Fla-Geschütze, Untersee- und Schnellboote sowie zum Schluß Panzer). Am 11. Juli 1962 konferierte Peres im Bonner Haus des Verteidigungsministers mit Strauß und Carstens.<sup>46</sup> Anwesend waren noch der BMVg-Unterabteilungsleiter für verteidigungswirtschaftliche Planung, Brigadegeneral Herbert Becker<sup>47</sup>, und Oberst Asher Arbel von der Israel-Mission. Die eingehende Wunschliste umfaßte: 6 Schnellboote der *Jaguar*-Klasse, 3 (statt bisher 2) U-Boote (350 t), 36 amerikanische Haubitzen, 24 US-Hubschrauber, 12 französische *Noratlas*-Transportflugzeuge, 15 Panzer »deutsches Modell, in Deutschland gebaut«, 54 schwedische Fla-Geschütze sowie *Cobra*-Panzerabwehraketens. Gesamtwert: 240 Mio DM. Bis dato sei deutscherseits nur »paramilitärische Ausrüstung« zur Verfügung gestellt worden. »Alles soll streng geheim bleiben, wenn wir es wünschen. Bisher war Geheimhaltung hervorragend. Peres war sechs bis neun Mal in Bonn. Niemand hat etwas erfahren. Lease oder wie wir wollen. Bundeskanzler hat in New York Ben Gurion mündlich ein »general commitment« gegeben.« »Ich kann nur anhören. Bei Panzern ist keine Geheimhaltung möglich. Vereinbart wurde: General Becker sagt Oberst Arbel bis Freitag Bescheid, wann wir Peres wieder empfangen können. Vorschlag: Montag morgen, Dienstag nachmittag, Mittwoch morgen.«

<sup>43</sup> Y. A. JELINEK und R. A. BLASIUS (wie Anm. 29), S. 314.

<sup>44</sup> Wie Anm. 7, S. 75.

<sup>45</sup> Vgl. Horst OSTERHELD, *Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963-1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt*, Düsseldorf 1992, S. 150. So auch Erhard zum französischen Botschafter François Seydoux am 22. Februar 1965 (vgl. AAPD 1965/91).

<sup>46</sup> Vgl. AAPD 1965/2.

<sup>47</sup> »Herr Minister, machen wir!« (F. J. STRAUSS, wie Anm. 7, S. 345).

#### IV. Substanz, Abwicklung, Probleme

Adenauer stimmte im August 1962 endgültig zu<sup>48</sup>, und der Beistand lief nunmehr voll an. Der Kanzler wurde auch später bewußt in allen Details unterrichtet, wie sich der BMVg-Hauptabteilungsleiter Rüstung, Werner Knieper, 1968 erinnerte.<sup>49</sup> Staatssekretär Volkmar Hopf und deutsche Offiziere flogen mehrfach nach Israel. Peres: »Die Qualität war ausgezeichnet, der Umsfang beträchtlich – im Vergleich zu dem, was wir gewohnt waren, obwohl er noch längst nicht an das heranreichte, was die Ägypter bekamen. Die ärmlich ausgestattete israelische Armee, die mit ihren kargen Beständen aufs äußerste hatte knausern müssen, fühlte sich zum ersten Mal fast verwöhnt.«<sup>50</sup> Und am 24. Februar 1965 zum *Spiegel*: »Deutschlands Hilfe ist ein wichtiger, ein sehr wichtiger Beitrag.« Der vom Verteidigungsminister angeratenen Zustimmung der SPD hatte sich Peres über deren stellvertretenen Fraktionsvorsitzenden Fritz Erler versichert, der »bei vielen Gelegenheiten Verständnis und Unterstützung« zeigte.<sup>51</sup> Die allgemeine Einbindung der Sozialdemokraten, zu der ihr Partei- und Fraktionsvorsitzender Erich Ollenhauer den Kanzler im Juni 1961 brieflich drängte, war unabdingbar geworden, und die nunmehr infragestehenden finanziellen Größenordnungen erforderten zudem die Befassung des Parlaments. Die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU, SPD und FDP, Brentano, Ollenhauer und Mende, wurden von Adenauer über die vereinbarte Konkretisierung des Projekts *Frank/Kol* im Wert von 240 Mio DM im nachhinein unterrichtet<sup>52</sup>. Die Informierung über die Ausrüstungshilfe erfolgte – zum ersten Mal am 13. Dezember 1962 – regelmäßig über je zwei, dann drei besondere Vertrauensleute der Fraktionen.

Die Zahl der eingeweihten Personen wurde in beiden Ländern möglichst gering gehalten, und selbst den Bundespräsidenten und den Bundestagspräsidenten ließ man außen vor. In Deutschland entschied auf Regierungsebene nicht das Kabinett, sondern der ebenfalls unter dem Vorsitz des Kanzlers tagende kleine Sicherheitsrat. – Israelischerseits verfuhr man ähnlich. In der Knesset waren die sieben Mitglieder des Unterausschusses für Verteidigung eingeschaltet. Peres orientierte zur Vorbeugung von Indiskretionen über die Presse im Dezember 1962 strikt vertraulich das Komitee der Chefredakteure. Selbst die Bonner Alliierten wurden zunächst nicht ins Vertrauen gezogen, und Peres unterrichtete auf Bitten Erlers erst im April 1963 beiläufig

48 Vgl. AAPD 1964/289.

49 »Bei dem alten Fuchs konnte man nie wissen« (I. ISRAEL, wie Anm. 6, S. 225 f.).

50 Wie Anm. 7, S. 72.

51 R. VOGEL (wie Anm. 2), S. 142.

52 Vgl. AAPD 1964/289.

Präsident John F. Kennedy, der einverstanden war.<sup>53</sup> Trotzdem wurde die amerikanische Botschaft am 13. Juni 1963 im AA mit der Bitte um Aufklärung vorstellig.<sup>54</sup> Die Botschaft Washington berichtete, daß das Nahostreferat des State Department sich nach »Form und Umfang« der Ausrüstungshilfe an Israel erkundigt und dazu sieben konkrete Fragen formuliert habe.<sup>55</sup> Außenminister Gerhard Schröder monierte daraufhin, daß man sich mit der Auskunft von Hopf, Kennedy sei »auf einem absolut zuverlässigen Wege« ins Bild gesetzt worden, nicht zufriedengeben dürfe: »Es ist unmöglich, die Israelis über uns den Präsidenten unterrichten zu lassen!«<sup>56</sup>

Anfänglich waren zur Tarnung Leihgaben oder Verpachtungen vereinbart worden. Die Verbringung des Materials nach Israel mußte verschleiert werden. Die außerhalb Deutschlands produzierten Waffen (z.B. schwedische Fla-Geschütze) wurden gleich vom Herstellerland aus zum Versand gebracht und die Rechnung durch Bonn beglichen. Die abenteuerlichsten Methoden kamen zum Zuge. Strauß: »Wir haben die Israel zugesagten Geräte und Waffen heimlich aus den Depots der Bundeswehr geholt und hernach als Ablenkungsmanöver bei der Polizei in einigen Fällen Diebstahl anzeigen erstattet.«<sup>57</sup> Die unter französischer Lizenz in Deutschland gebauten *Noratlas* wurden von der deutschen zunächst an die französische Luftwaffe geliefert und von dieser an die israelische weitergereicht. So nahmen die Franzosen Mitte Mai 1960 die ersten drei Maschinen auf ihrem Flugplatz Lahr in Empfang und übergaben sie gleich den israelischen Piloten. Diese überpinselten das Eiserne Kreuz mit dem Davidstern und landeten 24 Stunden später via Marseille in Israel.<sup>58</sup> – Bei allen Waffen und Waffenteilen wurden nach Angaben des BMVg die Hinweise auf deutsche Herkunft entfernt.<sup>59</sup>

Die Abgabe amerikanischer *Sikorsky*-Hubschrauber, deren Weiterleitung vom Washingtoner Office of Munitions Control nicht genehmigt war, ging 1963 so vor sich, daß die Helikopter bereits auf dem Weg von den USA im Hafen eines Drittlandes nachts vom deutschen auf ein parallel ankerndes israelisches Transportschiff umgeladen wurden. Die Sache kam heraus, als die Herstellerfirma bei der Ausladung am deutschen Bestimmungsort das Fehlen von zwei Maschinen feststellte, worauf weltweite Recherchen, auch unter Einschaltung des FBI angestellt wurden, die schließlich nach Israel

---

53 Vgl. Sh. PERES (wie Anm. 7), S. 76.

54 Vgl. AAPD 1963/203.

55 Vgl. AAPD 1963/390<sup>a</sup>, 19. September 1963.

56 AAPD 1963/390 und 390<sup>b</sup>.

57 Wie Anm. 7, S. 342.

58 Vgl. L. ISRAEL (wie Anm. 6), S. 172-174.

59 AAPD 1964/289.

führten.<sup>60</sup> Kennedys Sicherheitsberater McGeorge Bundy beschwerte sich nachdrücklich bei Knieper, doch ließ man es bei einem formalen Protest bewenden. Am 15. August 1963 er hob die US-Botschaft im Auswärtigen Amt Vorstellungen gegen das Auftauchen von 15 bis 20 Hubschraubern amerikanischer Bauart in Israel, welche »Verstärkung der israelischen Luftstreitkräfte geeignet sei, das militärische Kräftepotalent im Nahen Osten zu verschieben und daher die amerikanische Regierung beunruhige«. Darauf wurde zwei Wochen später geantwortet, die Apparate seien den Israelis »zu Ausbesserungszwecken« und »vorübergehend leihweise« zur Verfügung gestellt worden, womit man sich, offenbar augenzwinkernd, zufriedengab.<sup>61</sup> Der Fall kam auch im Gespräch Schröders mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister George W. Ball zur Sprache, der sich »besorgt« zeigte.<sup>62</sup> – Eine weitere Panne ergab sich, als ein Transporter in Genua zur Umladung auf ein israelisches Schiff am falschen Kai anlegte, der Zoll die Sendung öffnete und die Presse Fotos mit Waffen brachte, die dem italienischen Generalstab unbekannt waren. – M 48-Panzer blieben beim Bahntransport nach Italien in einem Tunnel stecken, worüber die Zeitungen ebenfalls berichteten.<sup>63</sup>

Nach dem Rücktritt von Strauß Ende November 1962 honorierte dessen Nachfolger Kai-Uwe von Hassel, den Peres am 8. Juni 1963 zum ersten Mal traf, nicht nur die eingegangenen Zusagen, sondern er verlegte gewisse Lieferungen vor. Zusätzliche Aufträge für die Bundeswehr wurden vereinbart. Der neue Minister zeigte sich sogar bereit, ein Dutzend Kampfpanzer *Leopard* zur Verfügung zu stellen.<sup>64</sup> Tanks waren schon von Strauß in Aussicht genommen worden, und tatsächlich wurden 1963 ein paar abgegeben. Israel benötigte sie dringend, um die Ausstattung Ägyptens mit modernen T 34/85 und T 54 durch die Sowjetunion auszugleichen. In der Unterredung vom 30. Januar 1964 stimmte Hassel weiteren Bitten zu, bestand aber auf der Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungswaffen. Auf deutsche U-Boote müsse deshalb verzichtet werden, doch werde Bonn für zwei nunmehr von Großbritannien zu bauende – größere – aufkommen. Auch der *Leopard* habe zu entfallen. Hinsichtlich der Abgabe amerikanischer Tanks M 48 (s.u.) blieb der Minister vage und verwies auf die erforderliche Einschaltung des Auswärtigen Amts. Das Kontrollgremium des Bundestags hatte bereits am 5. Februar 1963 Hopf darum ersucht, keine U-Boote und

---

60 Vgl. später *Aviation Week* am 31.7.1967: »Helicopters diverted to Israel«.

61 Vgl. AAPD 1963/358<sup>8</sup>.

62 AAPD 1963/358, 22. September 1963.

63 Wie Anm. 7, S. 82 f.

64 Vgl. I. ISRAEL (wie Anm. 6), S. 227, unter Hinweis auf das persönliche Tagebuch von Peres.

Panzer zu liefern, und sie waren von Adenauer dann auch nicht genehmigt worden.<sup>65</sup> Am 10. Februar 1964 begutachteten die Parlamentarier eine ergänzte israelische Wunschliste mit der Ausweitung des Finanzvolumens auf etwa 300 Mio DM.

Waren Strauß und Hassel sowie Adenauer hilfreich, so gilt das nicht für Schröder, im Gegenteil. Das Auswärtige Amt beurteilte nach der im November 1961 erfolgten Ablösung Brentanos die Rüstungszusammenarbeit mit Israel zunehmend kritisch, und der neue Außenminister, der einem von Peres gewünschten Zusammentreffen stets aus dem Wege ging<sup>66</sup>, wurde zu ihrem nachdrücklichsten Widersacher. Das BMVg informierte das AA über manches gar nicht oder, milde ausgedrückt, offensichtlich ungenau, obwohl es bei Fragen der Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe »im Einvernehmen« mit diesem zu entscheiden hatte. »Das Auswärtige Amt wurde bisher über den Stand der rüstungswirtschaftlichen Beziehungen zu Israel nicht ausreichend unterrichtet. In der vierteljährlich übermittelten Länderstatistik der Rüstungskäufe ... im Ausland waren die Zahlen für Israel entweder überhaupt nicht enthalten oder offensichtlich verschleiert, d.h. insbesondere die über Liechtenstein laufenden Käufe entweder gar nicht enthalten oder in der Rubrik »sonstige Länder« untergebracht.«<sup>67</sup> Jedenfalls auf Referats- oder Abteilungsleiterebene erhielt man überhaupt keine Auskunft über Rüstungslieferungen nach Israel.<sup>68</sup> Als sich die Nachrichten über das Durchsickern der Hilfe häuften, schrieb Schröder am 5. Juni 1964 Ludwig Erhard, der Adenauer im Oktober 1963 abgelöst hatte, das AA habe »keinen Überblick« darüber. »Ich halte diesen Zustand für untragbar und höchst gefährlich und möchte Ihnen daher vorschlagen, daß Sie sobald wie möglich zu einer Besprechung mit Herrn von Hassel und mir einladen, auf der der ganze Fragenkomplex erörtert« wird.<sup>69</sup>

Bei einem Gespräch zwischen ihm und Hassel in Anwesenheit von Carstens sowie Hopf und Knieper am 29. Juli 1963 unterstrich der Chef des Auswärtigen Amtes: »Ganz falsch. Ich übernehme *keinerlei* Verantwortung dafür. Dies habe ich auch dem Bundeskanzler gesagt. Wir sollen weder mit den Ägyptern noch mit den Israelis militärische Beziehungen haben. Ob wir durchhalten müssen, lasse ich offen. Man könnte sagen: Ihr habt die Ägyptensache groß aufgeführt.«<sup>70</sup> Mit dem letzten Satz nahm Schröder

65 Hingegen war Erler, wie er Peres am 2. Februar 1964 sagte, mit der Lieferung von M 48-Panzern, von denen gleich die Rede sein wird, einverstanden (vgl. I. ISRAEL, wie Anm. 6, S. 258 f.).

66 Vgl. F. J. STRAUSS (wie Anm. 7), S. 346.

67 AAPD 1963/150.

68 AAPD 1964/289<sup>3</sup>.

69 AAPD 1964/151.

70 AAPD 1965/2.

auf die Tätigkeit der deutschen Raketenexperten am Nil Bezug, und er insinuierte offenbar, in Jerusalem rücke man sie ins Licht, um Bonn zur Fortführung der Waffenexporte zu bestimmen.

Dann geht es im Telegrammstil so weiter: »Hassel: Keine Angriffswaffen (U-Boote und Panzer). Das andere defensiv. Aber eventuell Finanzhilfe für die Lieferung französischer Panzer. Weltjudentum. Schröder: Weltjudentum-Argument zieht nicht. Auch gegen diplomatische Beziehungen. Hassel: Keine deutschen Offensiv-Waffen!« Als der Verteidigungsminister zum Schluß die israelische Bitte vortrug, man möge sich deutscherseits an der Ausbildung von Offizieren und Unteroffizieren aus Tanganjika, Uganda und Kenia in Israel finanziell beteiligen, widersprachen Schröder und Carstens: »Unbedingt dagegen. Die Israelis wollen es zum Bruch zwischen uns und den Arabern kommen lassen.« Die instruktive Kontroverse zeigt, wie sehr die unkoordinierte deutsche Israelpolitik und damit das Verhältnis zwischen den beiden Ländern durcheinandergeraten und wie stark die Vorbehalte und das Mißtrauen des Außenministers gegenüber Jerusalem damals geworden waren. Schröder vermochte sich jedoch nicht durchzusetzen: Wie einer Aufzeichnung des damaligen Unterabteilungsleiters für Entwicklungspolitik, Rolf Pauls, zu entnehmen ist, wurden die »vom Auswärtigen Amt von Anfang an geäußerten und bis heute aufrechterhaltenen Bedenken« u.a. am 7. Juli 1964 im Bundessicherheitsrat und dann im Kabinett überstimmt.<sup>71</sup>

Schon vorher war ein neuer Akt des sich langsam zum Drama entwickelnden Stücks dadurch eingeläutet worden, daß die USA Bonn ihrerseits dazu drängten, Israel – zwecks Kompensation ihrer Waffenausfuhren nach Jordanien – 150 Panzer M 48 A 1 (*Patton*) zur Verfügung zu stellen, da sie durch eine eigene Lieferung nach der gerade erfolgten, von Kairo kritisierten Ausstattung Israels mit *Hawk*-Luftabwehrraketen ihre Beziehungen zu den arabischen Ländern nicht weiter gefährden wollten. Der amerikanische Botschafter George McGhee wurde dieserhalb ab Anfang 1964 in Bonn aktiv, doch waren Erhard und Schröder äußerst zurückhaltend. Am 26. Mai 1964 unterbreitete Peres, nachdem er vorher mit McGhee zusammengetroffen war, Kanzleramtsminister Ludger Westrick das Konzept, die Panzer zur Verwischung der Spuren zunächst ohne Geschütze und Motoren nach Italien zu geben, sie dort umzurüsten und direkt weiter nach Israel zu verschiffen, wozu er das Einverständnis Roms eingeholt hatte. In seinen Erinnerungen<sup>72</sup> schildert er packend die wegen eines Attentatsversuchs in Deutschland auf de Gaulle gespannte Atmosphäre im Kanzleramt und das unter Zeitdruck erteilte Einverständnis Westricks.<sup>73</sup>

71 AAPD 1964/289, 21. Oktober 1964.

72 Sh. PERES (wie Anm. 7), S. 81-83.

73 DEUTSCHKRON (wie Anm. 4, S. 258) teilte er 1968 mit, ihm seien »später ... doch einige

Peres schreibt dort aber auch: »Die Deutschen argumentierten, schließlich handle es sich um amerikanische, nicht um deutsche Tanks. Warum könne die Lieferung des eigenen Produkts, da die Amerikaner mit Israel als Bestimmungsland ja einverstanden waren, nicht unmittelbar aus den USA erfolgen? Warum mußte sie über Deutschland laufen? Die Logik war unwiderlegbar. Außerdem, so machten sie geltend: wenn die Amerikaner gute Gründe hatten, nicht direkt zu liefern, so besaßen die Deutschen angesichts der arabischen Reaktionen noch triftigere. Wir folgerten, daß die Amerikaner über mehr Tanks, die Deutschen jedoch über bessere Argumente verfügten.« Schröder äußerte zu Erhard die »allerschwersten Bedenken«.<sup>74</sup> Obwohl auch der Bundeskanzler eine – von Bonn zu finanzierte – unmittelbare Ausfuhr aus den USA bei weitem vorgezogen hätte, gab er in Washington am 12. Juni 1964 in seinen Gesprächen mit Präsident Lyndon B. Johnson und Verteidigungsminister Robert McNamara (die zehn Tage vorher dieserhalb mit Ben Gurions Nachfolger Levi Eshkol und Peres konfiliert hatten) zur Verärgerung Schröders nach. Mit den 150 *Pattons* begann die letzte – und folgenschwerste – Etappe der Verteidigungshilfe für Israel vor der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen.

In einer Weisung an Botschafter Georg Federer in Kairo vom 27. Januar 1965<sup>75</sup> gibt Carstens den Wert der bis dahin vereinbarten Lieferungen (ohne die Panzer, die zum Schluß die hauptsächliche Rolle spielten) mit 239 Mio DM an. Davon waren bereits abgewickelt 161 Mio DM (2 Flakbatterien, 42 *Noratlas* und *Sikorsky*, 24 Schulflugzeuge, 10 Verbindungsflugzeuge *DO 27*, 500 3-Tonnen-Lastkraftwagen, 470 Anhänger, 1600 Panzerabwehraketens *Cobra*, 1500 Fallschirme, diverse Munition). Bei dem noch nicht gelieferten Material (78 Mio DM) handelte es sich um sechs auf der Bremer Lührsen-Werft zu bauende Schnellboote, zwei derzeit umgerüstete britische U-Boote und drei Flugzeuge *DO-28*. Von den 150 zugesagten *Pattons* (Verkehrswert rd. 200 000 DM pro Stück<sup>76</sup>) waren 90 noch nicht ausgeliefert.

## V. Die Geheimhaltung bröckelt und bricht schließlich zusammen

Die Unterstützung Israels mit Waffen, die seit 1962 im Haushaltsplan als – dann auch in geringerem Umfang ein paar anderen Ländern gewährte – »Ausrüstungshilfe« und »Ausbildungshilfe« in allgemeiner Form figurierte, beruhte auf persönlichen Beziehungen der eingeweihten Politiker, und sie

---

Zweifel gekommen, ob er die Zustimmung [Erhards und Westricks] so leicht erlangt hätte, wenn sie nicht gerade so sehr durch das Attentatsgerücht ... präokkupiert gewesen wären.«

<sup>74</sup> AAPD 1964/151, 5. Juni 1964.

<sup>75</sup> AAPD 1965/39.

<sup>76</sup> Vgl. AAPD 1964/396.

war Vertrauenssache. Es gab natürlich keine Garantie dafür, daß eine so umfassende Operation verborgen bleiben würde. Sie trug insofern von vorneherein den Keim der Krise in sich. Bereits aufgrund des vorerwähnten *Spiegel*-Artikels über israelische Exporte an die Bundeswehr waren im Sommer 1959 in der arabischen Presse Spekulationen über die Versorgung Israels mit deutschen Rüstungsgütern angestellt worden, so wenn z.B. die Bagdader Presse von einer Achse Washington-Bonn-Tel Aviv gegen die Araber sprach und behauptete, die Bundesrepublik liefere im Austausch an Israel Waffen und Unterseeboote.<sup>77</sup> Selbst die Akteure ergingen sich in mehr oder weniger deutlichen Anspielungen. So meinte Ben Gurion am 2. Dezember 1962 im *Dawar* zur Beschwichtigung des »Zorns darüber, daß sich Nazis in Ägypten befinden«, wofür »man das gegenwärtige deutsche Volk und den gegenwärtigen deutschen Staat verantwortlich macht«: »Wir sind angewiesen auf Ermutigung, wir sind angewiesen auf politische Freundschaft, wir sind angewiesen auf Waffen, mit denen wir unsere Selbständigkeit schützen können.«

Sogar Peres verhielt sich unvorsichtig: Am 25. Mai 1963 berichtete die *Herald Tribune*, daß ein hochrangiger Beamter zum Ausdruck gebracht habe, Westdeutschland leiste einen erheblichen Beitrag zu Israels Verteidigungsbedürfnissen. »Peres ... sagte, Deutschlands Wichtigkeit für Israels ›vitale Interessen‹ sei nicht geringer als diejenige Frankreichs. ... Die engen Verbindungen zu Bonn stellten den bedeutendsten Erfolg Israels im Sicherheitsbereich seit dem Sinaikrieg dar, so fügte Peres in einer hier gehaltenen Ansprache hinzu. Seine Ausführungen waren der bislang offenste Hinweis auf die israelisch-deutschen Sicherheitsverbindungen, obwohl es darüber in der Vergangenheit schon Andeutungen gab. Peres sagte, Strauß habe als Verteidigungsminister zu Israels Sicherheit ›sehr substantiell beigetragen‹. Während über gewisse Aspekte der Sicherheitslage öffentlich jetzt noch nicht berichtet werden könne, ›kommt einmal der Tag, an dem die Wahrheit bekannt wird.‹« Offenbar hatte der Politiker bei einer jüdischen Organisation gesprochen.<sup>78</sup> Das waren anerkennend gemeinte Äußerungen, auf die man sich in der Bundesrepublik etwas zugute halten durfte, nur konnten sie auch den Feinden Israels nicht entgehen.

Verschleierte Hinweise auf die Rüstungskooperation kamen, wie gezeigt, auch verschiedentlich in der Knesset zur Sprache. Strauß machte während

77 Y. A. JELINEK (wie Anm. 5), Dok. 169.

78 Peres 1967 im Interview mit R. VOGEL (wie Anm. 2, S. 142), auf dessen Bemerkung, er habe sich in den jüdischen Gemeinden Amerikas sehr für das neue Deutschland eingesetzt: »Ich war tatsächlich einer von denen, die sich darum bemühten, den Israelis und den Juden in den Vereinigten Staaten die Bedeutung der neuen Beziehungen zwischen uns und den Deutschen klarzumachen.«

seines Israelbesuchs vom 28. Mai bis 7. Juni 1963 (bei dem er von Dayan auf dem Flugplatz mit den Worten empfangen wurde, er komme, um dem Mann zu danken, »der unserer Nation in den schwersten Stunden beigestanden hat«, und in dessen Verlauf man zur Dämpfung von Demonstrationen den Kreis der eingeweihten Personen ausdehnte) auf insistierende Fragen mehrfach Andeutungen. Nachdem Ben Gurion und Peres während der Visite, um den Gast vor Protesten in Schutz zu nehmen, des öfteren auf dessen Verdienste um die Sicherheit Israels hingewiesen hatten, stellte ein MAPAM-Politiker im Parlament am 3. Juni 1963 die rhetorische Frage, warum die deutschen Lieferungen eigentlich nicht erläutert werden könnten: »Warum? Vielleicht besteht das Geheimnis darin, daß es überhaupt kein Geheimnis gibt.« Als Strauß auf einer Pressekonferenz die Ausbildungshilfe bestritt, wurde dies, besonders gravierend, vom stellvertretenden Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, dem SPD-Abgeordneten Hans Merten, der dem Kontrollgremium des Bundestags angehörte, gegenüber der *Neuen Rhein-Ruhr-Zeitung* am 15. Juni 1963 – aus welchen Motiven auch immer – mit der Begründung richtiggestellt, es werde ohnehin herauskommen.<sup>79</sup>

Es ist erstaunlich, daß die vielfältigen jahrelangen Indiskretionen das Unternehmen *Frank/Kol* nicht schon früher als im Oktober 1964 zielgerichtet in die Schußlinie der Araber brachten. Das AA spielte stets herunter, z.B. in einer Weisung an Botschafter Walter Weber in Kairo zur Ausbildungshilfe, der »keine grundsätzliche Bedeutung beizumessen« und die »als Einzelfall zu werten« sei. »Ohne das Thema zu vertiefen, werden Sie gebeten, alle daran anknüpfenden politischen Kombinationen zurückzuweisen.«<sup>80</sup> Der Leiter des Nahostreferats, Hans Schirmer, vermutete, der Grund für die Zurückhaltung sei »in der Tatsache zu suchen, daß die deutschen Techniker in dem VAR-Flugzeugwerk in Heluan arbeiten und daß die deutschen Wissenschaftler ... in der VAR tätig sind.«<sup>81</sup> Der ägyptische Staatspräsident Gamal Abdel Nasser sagte am 24. Februar 1965 dem *Spiegel*, er habe zunächst geglaubt, es gehe nur um leichte Waffen, und erst als

---

79 Es handelte sich in diesem Fall um die Teilnahme von Offizieren und Unteroffizieren an einem Kurs in Rendsburg, wie meist zur Tarnung in Uniformen der Bundeswehr. Die dpa-Meldung darüber hatte mit dem Rücktritt Ben Gurions zu tun: Am 15. Juni 1963 drängte die empörte Außenministerin Meir ihren Regierungschef zu einer Weisung an die Zensurbehörde, die Nachricht nicht freizugeben, und sie bot, als dies abgelehnt wurde, zornig ihre Demission an. Teddy Kollek versuchte zu vermitteln, und abends redeten sich die drei in der Küche von Ben Gurions Haus über die »deutsche Frage« die Köpfe heiß, doch gingen die beiden Kontrahenten nach Mitternacht unversöhnlich auseinander. Am nächsten Tag trat der Ministerpräsident zurück. Grund war die Spionageaffäre Lavon, Anlaß aber auch Frustration über die Widerstände gegen seine Deutschlandpolitik. Vgl. Michael BAR-ZOHAR, *David Ben Gurion. Die Biographie des Staatsgründers*, Bergisch Gladbach 1988, S. 438-441.

80 AAPD 1963/302, 21. Juni 1963.

81 AAPD 1964/54, 24. Februar 1964. Vgl. auch AAPD 1964/164.

er vor einigen Monaten erfahren habe, daß gratis auch Panzer geliefert würden, habe er Bundespräsident Eugen Gerstenmaier in Kairo auf die Sache angesprochen. – In einer Aufzeichnung über »Waffenlieferungen in den Nahen Osten« postulierte im AA der Unterabteilungsleiter der Politischen Abteilung I, Alexander Böker: »Es erscheint im Prinzip nach wie vor richtig, daß wir an Nahost-Staaten keine Waffen liefern und keine sonstigen Beziehungen auf dem Rüstungssektor unterhalten. ... Entsprechend diesem Grundsatz sollte ferner angestrebt werden, daß wir uns aus allen bereits eingegangenen Bindungen auf militärischem Gebiet schrittweise wieder herauslösen.« Aber: »Eine einseitige Einschränkung der militärischen Zusammenarbeit mit Israel wäre politisch ... unmöglich. Der kürzliche Besuch einer Delegation hoher Offiziere der Bundeswehr in Israel zeigt außerdem, daß das Bundesverteidigungsministerium dieser Zusammenarbeit besonderen Wert beimißt. Solange sich das Prinzip, keine Waffen in den Nahen Osten zu liefern, nicht durchführen läßt, erscheint es zumindest erforderlich, eine gewisse Gleichbehandlung beider Seiten anzustreben.«<sup>82</sup>

Seit dem Frühjahr 1964 kündigte sich das Unwetter in zunehmend besorgnisregender Weise an<sup>83</sup>, wobei vom AA, wie mit dem parlamentarischen Sondergremium abgesprochen, stets aufs neue dementiert wurde. Und im Herbst 1964 hielt man in Kairo dann die Zeit für gekommen, gezielt an die Öffentlichkeit zu gehen. Dabei wählte die offiziöse Zeitung *Al-Gumhuria* am 22. Oktober 1964 den Umweg über die Meldung von angeblichen deutsch-israelischen Nuklearprojekten, die dann vier Tage später zum Hinweis der *Frankfurter Rundschau* führte, »daß den arabischen Staaten auch die Einzelheiten der bisher an Israel gegebenen Rüstungshilfe nicht verborgen geblieben« seien. Weitere Blätter folgen, vor allem die *New York Times* mit Details am 31. Oktober 1964, wenn auch noch ohne Erwähnung der Panzer. Es ist nunmehr notorisch, daß Israel »aufgrund einer Vereinbarung von 1960 zwischen Adenauer und Ben Gurion, von Strauß umgesetzt, Waffen im Wert von über 200 Mio. DM geliefert wurden«.

Man hat mehrfach die Frage gestellt, von wem denn die Katze aus dem Sack gelassen wurde. Seitens der Araber, wofür das meiste, nicht zuletzt die auslösende Meldung aus Kairo spricht? Den Spuren Mertens bei der Ausbildungshilfe von 1963 folgend, von interessierten Kreisen in der Bundesrepublik, die mit der Kooperation nicht einverstanden waren? Durch die Israelis, die deren Auslaufen ohnehin voraussehen konnten und, wie das Schröder schon 1963 vermutet hatte, das deutsch-arabische Verhältnis stören wollten? Regierungssprecher Karl-Günther von Hase wies

---

82 AAPD 1964/179, 29. Juni 1964.

83 Vgl. AAPD 1964/151, 164, 173<sup>2</sup>, 289, 289<sup>4</sup>.

Shinnars Vertreter Leo Savir unumwunden darauf hin, »daß in Bonn an mehreren Stellen behauptet wird, die Informationen kämen auch von israelischer Seite, um die Bundesregierung zu zwingen, die Beziehungen und das ganze Verhältnis zu Israel auf eine klarere Basis – Aufnahme diplomatischer Beziehungen – zu stellen«, doch »hat Herr Savir mit aller Entschiedenheit sofort erklärt, daß das nicht zuträfe. Niemand in Israel könne ein Interesse an der Bekanntgabe dieser Lieferungen haben, auch nicht, um damit weitergehende politische Wirkungen ... zu erzielen.<sup>84</sup> Die Antwort auf dergleichen Vermutungen und Spekulationen erscheint indes nicht sehr bedeutsam, weil die Tatsache der Waffenlieferungen als solche den Arabern ja längst bekannt war.

## VI. Gravierende Interessengegensätze zwischen Bonn und Jerusalem

Die deutsche öffentliche Meinung war ganz überwiegend kritisch, und auch viele Freunde Israels bedauerten, daß man die Hinauszögerung der längst fälligen Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Zusammenarbeit in einem Bereich zu kompensieren versuchte, der für Deutschland problematisch sei, weil man sich nach dem Krieg zum Waffenlieferanten größeren Stils nicht berufen fühlte. Das wurde zur vorherrschenden Auffassung der Politiker von Koalition und Opposition – mit Ausnahme von Adenauer und Strauß, die beide der Bundesregierung nicht mehr angehörten. Für die SPD drückte Erler das Dilemma gegenüber Peres so aus: »Wenn man im moralischen Bereich zwischen zwei dringenden, doch widersprüchlichen Erfordernissen entscheiden muß, ist das am wenigsten unmoralische das moralischste.<sup>85</sup> Dieser bekundete Verständnis. Karl Mommer, einer der beiden sozialdemokratischen Vertrauensleute des Bundestags, 1967: »Es lag uns daran, Israel zu helfen, denn wir wußten, daß es nur seine Verteidigung sicherstellen und den Status quo im Nahen Osten nicht verändern wollte. ... Wären wir vorher konsultiert worden, hätten wir andere Lösungen vorschlagen, z.B. eine finanzielle anstatt einer militärischen Hilfe. Da man uns aber erst unterrichtete, als die Lieferungen schon im Gange waren, haben wir uns darauf beschränkt, keine Einwände zu erheben.<sup>86</sup>

Jerusalem reagierte schnell. Savir wurde am 2. November 1964 dringlich bei Hase vorstellig, der über die Demarche festhielt<sup>87</sup>: Er »ließ keinen Zweifel daran, daß er den Auftrag seiner Regierung habe, um jeden Preis zu verhindern, daß eine amtliche Bestätigung von deutschen Waffenlieferungen

---

<sup>84</sup> AAPD 1964/306.

<sup>85</sup> Sh. PERES (wie Anm. 7), S. 74.

<sup>86</sup> I. ISRAEL (wie Anm. 6), S. 257.

<sup>87</sup> AAPD 1964/306.

an Israel, und sei es auch nur in kleinem Umfang, erfolge.« Der Chef des Bundespresseamts erwiderte, daß es nicht möglich sei, »eine falsche amtliche Aussage zu machen« und daß es »ferner auf Grund zahlreicher Beschwerden und Anfragen aus den arabischen Ländern« gelte, die offenbar weit über den tatsächlichen, ihm nicht bekannten Sachverhalt hinausgehenden Pressemeldungen »in ihrer Proportion – nicht in Einzelheiten – richtig zu stellen.« Zwei Tage später beharrte Shinnar, der gerade aus Israel zurückgekommen war, darauf bei Erhard mit einer mündlichen Botschaft Eshkols<sup>88</sup>: Hinsichtlich der zu erwartenden Erklärung der Bundesregierung habe Jerusalem zwar Verständnis dafür, wenn eine als »äußerst beschränkt« dargestellte Verteidigungshilfe an Israel eingeräumt werde, doch bitte man, schon zur Vermeidung des Eindrucks erfolgreichen arabischen Drucks, dringend darum, nicht etwa hinzuzufügen, daß Bonn insoweit keine neuen Vereinbarungen eingehen wolle. Die Frage des Kanzlers, »ob man an Stelle künftiger Waffenhilfe vielleicht einiges mit Geld machen könne, womit Israel an anderer Stelle Waffen kaufen könne«, wurde von Shinnar grundsätzlich zustimmend beantwortet.<sup>89</sup>

Eine öffentliche Erklärung unterblieb zunächst, obwohl Federer warnte, es müsse in den arabischen Staaten zu »einer gefährlichen Unruhe führen«, falls man es »völlig in der Schwebе« lasse, »welchen Umfang die deutschen Waffenlieferungen an Israel annehmen werden.«<sup>90</sup> Bonn lag aber daran, neue Verpflichtungen unbedingt zu vermeiden. Schröder setzte sich in einem Brief an Erhard für »die strikte Einstellung jeglicher militärischer Zusammenarbeit mit Israel in der Zukunft« ein. Eile sei geboten, denn die Bonner Politik werde angesichts der ständigen Bekundungen, in Spannungsgebiete keine Rüstungsgüter zu liefern, in der arabischen Welt als »unaufrechtig und hinterhältig« empfunden. Dagegen sollten die »finanziellen und wirtschaftlichen Leistungen« (womit die »Aktion Geschäftsfreund« gemeint war) fortgesetzt werden, wenn es auch – dies beschäftigte die deutsche Nahostpolitik noch auf Jahre hinaus – erforderlich sei, »den arabischen Staaten eine Hilfe zuteil werden zu lassen, die einem Vergleich mit unserer Israel-Hilfe standhält.«<sup>91</sup> In diesem Sinne peilte man im AA verschiedene »Paketlösungen« an. Gerstenmaier, ein engagierter Freund Israels, schlug am 22. November 1964 in einem zweistündigen Gespräch mit Nasser auf persönlicher Basis in der Substanz vor, daß die Bundesrepublik auf den Rüstungsbeistand verzichten

88 AAPD 1964/312.

89 Daran knüpft man bei den Verhandlungen Birrenbachs zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen hinsichtlich der erbetenen Wirtschaftshilfe an (18. März 1965, vgl. AAPD 1965/132).

90 AAPD 1965/911.

91 AAPD 1964/315, 9. November 1964.

und die Araber dafür die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel ohne Aufwertung der DDR akzeptieren sollten, doch kam nichts dabei heraus.<sup>92</sup>

Der ganze Komplex geriet zunehmend in den Sog der sich verschärfenden arabischen Drohungen mit der Anerkennung Ostberlins. Sie blieb Anathema für die Bonner Politik, obwohl im AA in dieser Zeit bereits Erwägungen darüber angestellt wurden, wie man sich aus den Zwängen der Hallstein-Doktrin behutsam befreien könne.<sup>93</sup> Man hatte ihren Bannstrahl zweimal – bei Jugoslawien 1957 und Kuba 1963 – gezündet, und nun brannte es zum ersten Mal lichterloh in einem nichtkommunistischen Land. Am 24. Dezember 1964 attackierte der ausgekochte ägyptische Schaukelpolitiker in einer Rede Deutschland und die USA und behauptete, Bonn sei von den Vereinigten Staaten für die Israel umsonst gelieferten Waffen entschädigt worden. Schnell verfestigte sich der Teufelskreis mit einem zusätzlichen, höchst alarmierenden Pferdesuß: Am 24. Januar 1965 kündigt *Al Ahram* den Besuch des DDR-Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht in Ägypten an.<sup>94</sup> Am Rhein laufen die Drähte heiß.<sup>95</sup> In der Kabinettsitzung vom 27. Januar 1965 beantragte Schröder: »Wir sollten keine weiteren Waffen an Israel liefern«. Nach sehr ausführlicher Diskussion ging jedoch die überwiegende Meinung im Kabinett dahin, daß die bereits vereinbarten Waffenlieferungen an Israel fortgesetzt werden sollten. Dies war auch der Standpunkt des Bundeskanzlers. Aber er erklärte ferner, wir hätten »keine Absicht, neue Verträge über Waffenlieferungen mit Israel abzuschließen, allerdings hing das auch von der Haltung Ägyptens ab.«<sup>96</sup> Tags darauf plädierte auch der zuständige Unterausschuß des Bundestags lediglich dafür, »in Zukunft« keine neuen Verpflichtungen zu Rüstungslieferungen an Israel einzugehen.

Carstens wies Federer Ende Januar an, mit Nasser ein »offenes Gespräch« zu führen mit dem Ziel, den Ulbricht-Besuch »unter allen Umständen zu verhindern.« Er weihte den Botschafter im Detail in die bisher Israel zugesagten und bereits gelieferten bzw. noch nicht abgewickelten Rüstungsgüter ein und

<sup>92</sup> Aufgrund der Akten sind wir über das Treffen (AAPD 1964/352 und 352<sup>3</sup>), seine Vorbereitung (Briefwechsel mit Erhard: AAPD 1964/325 und 340) sowie die nachherigen Erörterungen darüber in einem interfraktionellen Gremium (AAPD 1964/385) gut informiert. Vgl. auch Eugen GERSTENMAIER, *Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht*, Frankfurt/Main-Berlin-Wien 1981, S. 499-501.

<sup>93</sup> Vgl. z.B. AAPD 1965/42 und 52.

<sup>94</sup> Die gleiche Zeitung veröffentlichte am 7. Februar 1965 eine eingehende Liste der an Israel gelieferten Rüstungsgüter, wobei sie wahrheitswidrig auch über Bonner technische Hilfe »besonders auf bakteriologischem, chemischem und atomarem Gebiet« berichtete.

<sup>95</sup> Fast die Hälfte der im ersten Band 1965 der *Akten zur Auswärtigen Politik* für die Zeit vom Januar bis März veröffentlichten 157 Dokumente betreffen unmittelbar die Krise der deutschen Nahostpolitik. Aus Platzgründen kann nur ein kleiner Teil berücksichtigt werden.

<sup>96</sup> AAPD 1965/40.

überließ es diesem, »nach dortigem Ermessen« davon und von folgendem Gebrauch zu machen: Man sei bestrebt »eindeutige und praktikable Regelungen für Waffenlieferungen aufzustellen und insbesondere zu verhindern, daß Waffen in Spannungsgebiete geliefert werden. ... Mit sofortiger Wirkung [werde man] keine neuen Verpflichtungen zur Lieferung von Waffen an Israel eingehen.« In Gesprächen mit den Israelis solle der Versuch unternommen werden, die Auslieferung der noch nicht abgegebenen Panzer oder jedenfalls fünfzig dieser Panzer ebenso wie der Schnellboote zu »unterbinden«. Ein Erfolg dieser Bemühungen sei jedoch fraglich.<sup>97</sup>

Bonn hielt nach außen weiterhin still, auch nachdem der Botschafter gedrahtet hatte, eine Nasser nahestehende Persönlichkeit habe ihm mitgeteilt, es gebe »doch noch eine Chance«, den Ulbricht-Besuch zu verhindern, nämlich die umgehende Einstellung aller Rüstungslieferungen an Israel<sup>98</sup>, und Nasser ihm keinen Zweifel ließ: Bonn sei »durch dick und dünn mit Israel verbunden. Wir lieferten nicht nur Waffen, sondern unterstützten auch die Wirtschaft Israels und räumten Israel einen politischen Einfluß in der Bundesrepublik ein.« Dies habe ihn nunmehr veranlaßt, dem jahrelangen Drängen Ulrichts auf eine Einladung nach Kairo nachzugeben.<sup>99</sup> Der Botschafter wurde zu Konsultationen nach Bonn gerufen. An ihnen nahmen jetzt auch die drei Fraktionsvorsitzenden im Bundestag (Rainer Barzel, Wolfgang Mischnik, Herbert Wehner) teil, die am 1. Februar 1965 »übereinstimmend äußern, daß wir die Waffenlieferungen an Israel auslaufen lassen und keine neuen mehr zusagen sollten.«<sup>100</sup> Beim Bundeskanzler hielt Schröder zwei Tage darauf »die Lage für hoffnungslos ›vermurkt‹. ... Alle stimmten darin überein, daß wir den arabischen Ländern mitteilen sollten, daß wir keine neuen Engagements gegenüber Israel mehr eingehen würden. Alle sind sich auch einig, daß wir aus der Situation der Erpressbarkeit herauskommen müssen – ohne daß das ›Wie‹ allerdings näher erörtert wird.«<sup>101</sup> Erhard

---

97 AAPD 1965/39, 27. Januar 1965.

98 AAPD 1965/48<sup>15</sup>, 30. Januar 1965.

99 AAPD 1965/48. In Wahrheit dürfte die Einladung jedoch auf das Drängen des stellvertretenden UdSSR-Ministerratsvorsitzenden Alexander N. Schlepin zurückgegangen sein, der sich Ende Dezember 1964 in Kairo aufgehalten und dort wesentliche Zusagen im Wirtschafts- und Rüstungsbereich gemacht hatte. So auch Erhard am 3. Mai 1965 zu den drei alliierten Botschaftern (vgl. AAPD 1965/112) und im Dialog mit der israelischen Seite.

100 H. OSTERFIELD (wie Anm. 45), S. 154. Sie sprachen sich dafür aus, Waffen künftig nur noch an NATO-Verbündete zu liefern, doch unterblieb eine gesetzliche Regelung schließlich nicht zuletzt deswegen, weil sich Rüstungsexporte an Drittweiländer zur Stützung des Alleinvertretungsanspruchs verwenden ließen. Sie wurde auch arabischerseits, so der marokkanische Botschafter am 9. Dezember 1964 zu Böker (AAPD 1964/378), »schroff abgelehnt«, denn sie werde dort so ausgelegt, »daß Deutschland zunächst Israel militärisch stärken wolle, um dann [dessen] so entstandene militärische Überlegenheit ... zu verewigen.«

101 Ebd.

bekräftigte, daß keine Waffen in Spannungsgebiete geliefert werden dürften, wobei er festlegte, daß der Nahe Osten als ein solches anzusehen sei, und er beauftragte das AA, »wegen der bereits vereinbarten, aber noch nicht durchgeführten Lieferungen an Israel mit der israelischen Regierung Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, diese Lieferungen abzulösen.«<sup>102</sup> Staatssekretär Rolf Lahr schlug das Shinnar am 4. Februar 1965 vor.<sup>103</sup>

Die Bundesregierung war in größter Verlegenheit. Sie glaubte schnell handeln zu müssen und tat nun etwas, was besser unterblieben wäre: Sie wandte sich mit der Bitte um Vermittlung bei Nasser an Spanien, worum sich der von Franco persönlich mit der Aufgabe betraute Abteilungsleiter im Außenministerium Francisco Marqués de Nerva vom 6. bis 10. Februar 1965 in vier Gesprächen mit Ministerpräsident Ali Sabri und einer abschließenden Unterredung mit dem »Rais« bemühte. Wie Carstens Botschafter Helmut Allardt in Madrid anwies, »komme es in erster Linie darauf an, Nasser dahin zu bringen, den Ulbricht-Besuch abzusagen oder ihn zumindest zu verschieben.«<sup>104</sup> Dies mißlang nicht nur, sondern Nerva erweckte mit seinen »ebenso überflüssigen wie in der Sache schädlichen«<sup>105</sup> öffentlichen Erklärungen den Eindruck, er habe der ägyptischen Seite Zusagen gemacht, die über seine Instruktionen aus Bonn klar hinausgingen, vor allem daß die Waffenlieferungen an Israel sogleich (ex nunc) ganz eingestellt und in absehbarer Zeit keine diplomatischen Beziehungen zu Jerusalem aufgenommen würden.<sup>106</sup> Die Pressemeldungen aus Kairo über entsprechende Äußerungen Sabris schlügen in der Bundeshauptstadt am 10. Februar 1965 wie eine Bombe ein. Schröder hörte davon während einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, in der just gesetzgeberische Maßnahmen erörtert wurden, keine Waffen mehr in nicht der NATO angehörende Länder gelangen zu lassen. Ihm blieb nichts als richtigzustellen, daß man die arabischen Hauptstädte lediglich davon informiert habe, künftig (»pro futuro«) kein Rüstungsmaterial mehr in den Nahen Osten zu liefern. Die dilettantisch und unter enormem Druck eingefädelte Mission Nervas, die eine Episode am Rande blieb, ist kein Ruhmesblatt deutscher und spanischer Außenpolitik.

## VII. Der Höhepunkt der Krise

Die Lage spitzte sich zu: Am 10. Februar 1965 setzte Shinnar Carstens davon in Kenntnis, daß die israelische Regierung das deutsche Angebot

<sup>102</sup> AAPD 1965/57<sup>2</sup>.

<sup>103</sup> Vgl. AAPD 1965/57.

<sup>104</sup> AAPD 1965/59<sup>2</sup>, 2. Februar 1965.

<sup>105</sup> So Allardt (AAPD 1965/404).

<sup>106</sup> Zur verwirrungsträchtigen Mission Nervas vgl. vor allem AAPD 1965/59, 73, 77, 404.

zwei Tage vorher abgelehnt habe. »Sie brauche die noch nicht ausgelieferten Dinge dringend, andernfalls werde eine Lücke in der Planung entstehen, die nicht zu schließen wäre.«<sup>107</sup> Der Staatssekretär zeigte sich »tief enttäuscht. ... Unsere Deutschland-Politik im Nahen Osten und darüber hinaus in anderen Teilen der Welt gerate in schwere Gefahr. ... Wir können uns mit dieser Auffassung ... nicht zufrieden geben.« Er unterrichtete anschließend das Kabinett, das die Entscheidung, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, bestätigte. Am nächsten Tag sah Shinnar zunächst Westrick und anschließend den Bundeskanzler.<sup>108</sup> Der Minister wiederholte – unter Berufung auf die »Lebensinteressen Deutschlands« und darauf, daß die »geschenkweise gegebenen Lieferungen ... für Israel keinen unersetzblichen Wert hätten« – dringlich die Bitte um Einlenken, doch betonte der Botschafter wie gegenüber Carstens am Vortag, die »Waffenlieferungen seien Teil eines Planes, der eingehalten werden müsse, um die Existenz Israels zu sichern.« Der Chef des Bundeskanzleramts brachte jetzt, als »unangenehmeren Punkt«, ein Argument aufs Tapet, das bereits Lahr und Carstens geltendgemacht hatten und das in den folgenden Wochen in den deutschen Akten einen gewichtigen Platz einnimmt: »Bei den Besprechungen mit Peres – in diesem Zimmer – sei erklärt worden, daß diese Dinge geheim bleiben müßten; blieben sie nicht geheim, dann würden die Lieferungen eingestellt. Er möchte das Wort ›Wegfall der Geschäftsgrundlage‹ nicht erwähnen. Er wolle eine honorige Lösung finden ... Selbst vom Rechtsstandpunkt aus sei die deutsche Lage also günstig. Er wünsche aber, daß sie die Angelegenheit nicht als Juristen, sondern als Herren anpackten.« Es ging dabei vornehmlich um die Panzer, die in der letzten Phase der Rüstungslieferungen die wesentliche Rolle spielten.<sup>109</sup>

Bei der nachfolgenden Unterredung mit dem Kanzler zeichnete sich – allerdings nur scheinbar – ein Ausweg ab. Erhard belegte mit einer Kopie

<sup>107</sup> AAPD 1965/65.

<sup>108</sup> AAPD 1965/70.

<sup>109</sup> Zum erwähnten Treffen Peres – Westrick zwischen Tür und Angel am 26. Mai 1964 über die Tanks gibt es keine unmittelbare Aktenunterlage, und wir sind darüber nur durch die Memoiren des ersten (S. 81-83) unterrichtet, wo indes von einem solchen – an sich naheliegenden – Vorbehalt nicht die Rede ist. Für die *Parties* besaß das Argument wohl juristische Relevanz: McGhee bestätigte Schröder am 22. Februar 1965, McNamara habe Erhard am 12. Juni 1964 »darauf hingewiesen, daß die Lieferungen dann eingestellt werden könnten, wenn die Angelegenheit überhaupt bekannt werde« (AAPD 1965/89), und er informierte den Bundeskanzler am 22. Februar 1965, »das habe die amerikanische Regierung den Israelis wieder gesagt« (AAPD 1965/90). Auf die Frage, ob denn deutscherseits »mit den Israelis nie darüber gesprochen worden sei«, bemerkte Schröder am 2. März 1965, man habe sich insoweit »absolut auf die Vereinigten Staaten verlassen« (AAPD 1965/100), doch mußte er am 11. März 1965 einräumen, »die Angelegenheit sei etwas unklar, ... schriftlich sei nichts festgelegt worden.« Und er meinte zu Recht, »die Israelis betrachteten dies aber eher als eine moralische Frage« (AAPD 1965/125).

der Instruktionen an Nerva, daß dieser sein Mandat überschritten hatte. Er wiederholte die Offerte von Anfang Februar und bat dringend darum, sich zu Hause erneut um eine Zustimmung zu bemühen. »Herr Shinnar sagte, daß er optimistisch hinsichtlich der Ablösungsverhandlungen sei, wenn er sagen könne, a) daß die Mitteilungen Sabris vollkommen falsch seien, b) daß sich die Geschäftsgrundlage der früheren Absprachen verändert habe, c) daß der Bundeskanzler den vitalen Interessen Israels wohlwollend gegenüberstehe (so wie er es am 4. November Herrn Shinnar angedeutet habe) und d) daß die Ablösungen nicht als Triumph Nassers erschienen. Er reise morgen nach Tel-Aviv. Er bitte, daß in der Zwischenzeit keine definitiven Beschlüsse gefaßt würden. Er werde am Montag wieder zur Verfügung stehen.« Erhard wiederholte, daß »ihm an einer einvernehmlichen Lösung gelegen sei; es solle nicht Israels Schade sein (es werde uns sogar mehr kosten). ... Herr Shinnar bedankte sich für die Gesinnung, aus der der Herr Bundeskanzler und Herr Bundesminister Westrick gesprochen hätten.« Er nahm ein gleich aufgesetztes Schreiben an seinen Regierungschef mit, in dem darum gebeten wurde, »der Umwandlung der Restzusagen in andere Leistungen statt Waffen zuzustimmen.<sup>110</sup>

Am nächsten Tag eilte er nach Jerusalem, nachdem er sich vorher noch mit Adenauer und Gerstenmaier beraten hatte, um die Annahme des Ersuchens zu empfehlen.<sup>111</sup> Hase erklärte nunmehr am 12. Februar 1965, die Bundesregierung habe beschlossen, keine Waffen mehr in Spannungsgebiete zu liefern, und wegen »der in der Vergangenheit vereinbarten, aber noch nicht voll ausgefüllten Lieferungen« sei Shinnar mit einem Vorschlag nach Israel geflogen. Es sei damit zu rechnen, daß er bald mit einer Antwort seiner Regierung zurückkehren werde. Im selben Sinne äußert sich der Kanzler gleichentags zur Auslands presse. Der Optimismus erwies sich jedoch als verfrüht. In Jerusalem blieb man unnachgiebig und entschied sogar, daß der Leiter der Israel-Mission nicht auf seinen Posten zurückkehren dürfe. Dieser stellte daraus hin sein Amt zur Verfügung, was indes nicht akzeptiert wurde. – Am 15. Februar 1965 erklärte Eshkol in der Knesset: »Deutschland trägt eine beispiellose, schwere Verantwortung. Es ist seine Pflicht, Israel mit der für seine Sicherheit notwendigen Ausrüstung beizustehen; eine Entschädigung und Ersatzleistungen können nicht an Stelle der Erfüllung

---

<sup>110</sup> AAPD 1965/70<sup>22</sup>.

<sup>111</sup> F. E. SHINNAR schildert die dramatischen Entwicklungen anschaulich in seinem Buch (wie Anm. 11, S. 145-158), und er schreibt dort, die elf Tage vom 2. bis 12. Februar hätten sich als »die hektischsten und aufregendsten [seiner] langjährigen, von Sorgen und Schwierigkeiten nicht gerade verschonten Tätigkeit« erwiesen. »In zahllosen Gesprächen im Bundeskanzleramt, im Verteidigungsministerium, im Auswärtigen Amt und mit Vertretern der SPD und der FDP setzte ich den Versuch fort, einen Ausweg aus der drohenden Krise zu finden.« (S. 151 f.). Er bezeichnet die deutsche Bitte als »fair« (S. 155).

dieser Verpflichtung treten. Wir werden keine geldliche Entschädigung als Ersatz für die Einstellung der uns zugesagten Sicherheitshilfe annehmen.« Er kritisierte den Begriff »Spannungsgebiet«, bei dem nicht zwischen Angreifer und Verteidiger unterschieden werde, und Deutschland habe kein Recht, Israel als ein solches zu betrachten. Peres am 24. Februar 1965 zum *Spiegel*: »Zwischen Arabern und uns herrscht nicht simple Spannung, die man mit irgendeiner anderen Spannung auf der Welt vergleichen könnte: es ist nicht so, daß wir über gegenseitige Forderungen uneins wären. Die Araber verlangen gar nichts von Israel – außer seiner totalen Vernichtung. Das ist ein asymmetrischer, nicht ein symmetrischer Konflikt.« Er erwähnte dort auch, ein Abgeordneter habe in der Knesset gemeint, daß »im Grundgesetz ein Artikel stehen sollte, der die Beteiligung der Bundesrepublik am Schutz Israels zu einer Verfassungspflicht erhebt.«

Die israelische Presse reagierte in schärfster Form (*Jerusalem Post* am 12. Februar 1965: »Bonns moralischer Zusammenbruch«). Die jüdischen Verbände in den USA entrüsteten sich über »Opportunismus« und »moralischen Bankrott«. Deren Präsidenten gaben bei Botschafter Karl Heinrich Knappstein in Washington »große Besorgnis« zu Protokoll.<sup>112</sup> Dieser berichtete von Demonstrationen vor den amtlichen Vertretungen sowie von Boykott- und Protestaktionen »interessierter Kreise« gegen die Lufthansa und andere deutsche Unternehmen.<sup>113</sup> Nur Ben Gurion, der nicht mehr im Amt war, fand vermittelnde Worte: Zwar hielt er die Bonner Entscheidung für einen »Fehler«, den dadurch den deutsch-israelischen Beziehungen erwachsenen Schaden jedoch für »reparabel«.<sup>114</sup>

Erhard zeigte sich am 17. Februar 1965 in einer emotionalen Erklärung zur Nahost-Politik vor dem Bundestag »von der Reaktion der israelischen Regierung auf unser Angebot enttäuscht. ... Wir haben unsere Leistungen an Israel stets als eine Pflicht verstanden, aber wir glauben, nach mehr als einem Jahrzehnt getreulicher Erfüllung Grund zur Hoffnung zu haben, daß man in unserem Handeln unsere redliche Gesinnung anerkennen würde. Wir haben keine eingegangene Verpflichtung einseitig aufgekündigt, sondern lediglich

---

<sup>112</sup> AAPD 1965/58.

<sup>113</sup> Als »äußerst ungerecht und unfair« charakterisierte Knappstein ein Inserat des Jüdischen Frontkämpferverbandes in der *New York Times* vom 18. Februar 1965, das es in der Tat in sich hatte: »Die Deutschen brechen wieder einmal Verträge – wie schon unter Hitler und dem Kaiser. Wieder offenbaren sie die Gefahren und Fehler ihres Charakters. Wieder stehen sie nicht zu ihren moralischen Pflichten und bedrohen den Weltfrieden. Wieder tönt die deutsche Glocke. Wir warnen das Gewissen der Welt.« Vgl. z.B. auch AAPD 1965/58<sup>7</sup> und 1965/84<sup>7</sup>. Die Boykottankündigungen ergaben aber letztlich wenig, wie denn überhaupt die Wirkungsmöglichkeiten des – auch von Adenauer insoweit stets überschätzten – »Weltjudentums« allenfalls marginal blieben.

<sup>114</sup> AAPD 1965/77<sup>14</sup>.

das Verlangen nach einer einvernehmlichen Ablösung einer restlichen Verpflichtung ohne materielle Benachteiligung Israels vorgeschlagen. Wenn von einem Gesinnungswandel und einem moralischen Versagen gesprochen wird, weil wir in einer schweren Konfliktsituation an das Verständnis Israels appellierten, so raubt man damit dem deutschen Volke die Hoffnung, daß es überhaupt möglich sein könnte, begangenes Unrecht durch Opfer wiedergutzumachen.« So wenig die Lieferungen eine Gefahr für die Araber darstellten, so wenig werde »die Umwandlung des noch ausstehenden Restes in nicht-militärische Leistungen die Verteidigungsfähigkeit Israels in Frage stellen.« Der Bundeskanzler mußte die Rüstungshilfe aber auch gegen die Kritik der Opposition in Schutz nehmen, wobei er die Namen der parlamentarischen Vertrauensleute und Einzelheiten von deren Einschaltung nannte. – Am 22. Februar 1965 meinte er in einem Gespräch mit ARD-Chefredakteuren: »Wenn Herr Eshkol der Meinung ist, daß wir gegenüber dem israelischen Volk eine Verpflichtung hätten, die nicht mit einer Waffenlieferung allein erledigt werden kann, hat er völlig recht. ... Aber wir haben keine ewigen Verpflichtungen, Waffen nach Israel zu liefern!«<sup>115</sup>

Bonn war tief enttäuscht, doch ist die Intransigenz der Israelis schon deshalb begreiflich, weil sie ein arabisches Veto in den internationalen Beziehungen des nach wie vor so gefährdeten Staates keineswegs hinnehmen wollten. Wie bei der – noch andauernden – Affäre um die RaketenSpezialisten in Ägypten potenzierte sich das erneut voll präsente Mißtrauen gegenüber allem Deutschen mit tief sitzenden Sicherheitsängsten. Zwar war nur der kleinere Teil des nach und nach zugesagten Materials noch nicht geliefert, doch sah man Schwierigkeiten voraus, wichtige Waffen, wie vor allem die 90 (von insgesamt 150) Panzer und die sechs Schnellboote, anderweitig zu beschaffen. Wen erstaunt es, daß man dabei vom Wirtschaftswunderland, das trotz des verlorenen Krieges bei umfassender Vollbeschäftigung einen erheblich höheren Lebensstandard erzielt hatte als das mit seinen zahlreichen drängenden Problemen geplagte Israel, möglichst viel zu erreichen gesonnen und dafür auch zu pokern bereit war. Gewiß, die Verpflichtungen des Luxemburger Vertrags waren peinlich genau eingehalten worden, und das hatte sich positiv ausgewirkt. Bekanntlich sind Geber indes nicht immer beliebt. Israel besaß zudem am Alleinvertretungsanspruch Bonns kein Interesse, und es hatte gegen die Einheit sogar starke emotionale Vorbehalte, wie dies auch noch ein Vierteljahrhundert später bei ihrer Verwirklichung spürbar war. In der Bundeshauptstadt fehlte dafür das Verständnis, was umgekehrt in Jerusalem nicht perzipiert wurde. Man war verschnupft und fühlte sich von Israel undankbar und unfair behandelt. Im AA war gar von

---

115 Zit. nach Michael WOLFFSOHN, *Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen*, München 1988, S. 36.

»Erpressungstaktik, die nicht hinter der VAR zurücksteht«, die Rede<sup>116</sup>, und auch Schröder meinte am 3. Februar 1965, wir seien »von Israel eigentlich erpreßt worden«<sup>117</sup>

Das Klima zwischen Bonn und Kairo vereiste immer mehr. Nasser hatte am 7. Februar 1965 den Abbruch der Beziehungen zur Bundesrepublik angedroht, falls die Waffenlieferungen fortgesetzt würden, welche die Araber – in ihren Hauptstädten und in Bonn – vor dem Ulbricht-Besuch am Nil nun noch stärker herausstellten.<sup>118</sup> Was tun? Man versuchte jetzt, die Amerikaner zu Druck auf Israel zu bestimmen und sie zu bewegen, die gewünschten *Pattons* auf deutsche Kosten unmittelbar zu liefern, weil die USA, so Erhard am 1. Februar 1965, »uns in die Sache hineingeritten hätten und ... uns wieder heraushelfen sollten.«<sup>119</sup> Das erwies sich jedoch zunächst als schwierig. Unterstaatssekretär Averell Harriman zu Knappstein, der bei ihm am 12. Februar 1965 – unter Hinweis auf die »womöglich schwerste außenpolitische Krise der Bundesrepublik seit ihrem Bestehen«<sup>120</sup> – eine »moralische Verpflichtung« anmahnte: die Demarche komme »in einem äußerst ungelegenen Augenblick«, da man unmittelbar vor Verhandlungen mit der israelischen Regierung über eine Anzahl ungelöster Verteidigungs- und Rüstungsfragen stehe, die sehr schwierige Probleme aufwürfen. Die Vereinigten Staaten müßten dabei aus politischen Gründen vermeiden, öffentlich als Lieferer aufzutreten.<sup>121</sup> Bei Außenminister Dean Rusk fand der Botschafter aber bald ein »erheblich positiveres Echo ... We will not let you in the foxhole.«<sup>122</sup> Auch in den verschiedenen Gesprächen von Botschafter McGhee mit Erhard und Schröder zeichnete sich amerikanisches Entgegenkommen ab, und schließlich erklärte sich Washington bereit, für Bonn in die Panzerausfuhr einzutreten.

Am 17. Februar 1965 entschied das Kabinett, die Restlieferungen zunächst

<sup>116</sup> AAPD 1965/41, 27. Januar 1965.

<sup>117</sup> H. OSTERHELD (wie Anm. 45), S. 154. – Dem Außenminister, der in diesen Jahren gegenüber Israel die kritischste Haltung einnahm, läßt F. E. SHINNAR (wie Anm. 11, S. 184) bemerkenswerterweise in Würdigung »außenpolitischer Realität« ausdrücklich Gerechtigkeit widerfahren. Schröder war 1941 aus der NSDAP ausgetreten, gehörte der Bekennenden Kirche an und durfte nicht Offizier werden.

<sup>118</sup> Zum Beispiel erklärte König Hussein Böker am 15. Februar 1965 in Amman, »daß der Frage der Restlieferungen von allen arabischen Staaten entscheidende Bedeutung beigegeben wird. ... [Er] verhehlte auch nicht, daß [diese] sich durch unser Geheimabkommen mit Israel betrogen fühlten, insbesondere da wir Jordaniens Bitte auf Lieferung alter amerikanischer Panzer unter Hinweis auf Spannungsgebiete abgelehnt hätten« (AAPD 1965/78).

<sup>119</sup> H. OSTERHELD (wie Anm. 45), S. 154.

<sup>120</sup> Schröder meinte zu McGhee am 11. März 1965, Bonn sei wegen der von den USA gewünschten Panzer-Lieferungen »in die übelste Patsche der Nachkriegszeit ... geraten« (AAPD 1965/125).

<sup>121</sup> AAPD 1965/74.

<sup>122</sup> AAPD 1965/85, 18. Februar 1965.

nicht mehr durchzuführen. Schröder dazu: »20 weiter bereitstehende Panzer sollen jetzt nicht verschifft werden.«<sup>123</sup> Erhard scheint es dabei indes nicht ganz wohl gewesen zu sein: »Mir ist doch gesagt worden, daß vor März nichts fällig sei.«<sup>124</sup> In einer Besprechung beim Bundeskanzler gab sich Entwicklungminister Walter Scheel besonders ablehnend: Er sei nicht mehr bereit, den ganzen Komplex öffentlich zu decken, wenn nicht sofort jede weitere Verladung eingestellt werde. »Keine Schraube dürfe mehr versandt werden«, und zwar weder aus der Bundesrepublik nach Italien noch von Italien nach Israel. Schröder stellte zusammenfassend fest: »Es darf nichts geschehen, was vor, während oder unmittelbar nach dem Ulbricht-Besuch die schwachen Sicherungen durchschlagen würde, die zur Zeit noch gegen die Anerkennung der Zone durch die VAR bestehen.«<sup>125</sup> Carstens bemerkte, es sei »ungewollt, ja wider Willen eine Koalition zwischen Israel und der SBZ entstanden.«<sup>126</sup> Der Abbruch auch der laufenden Lieferungen war zu diesem Zeitpunkt, wie sich dann herausstellte, jedoch nicht mehr relevant: BMVg-Staatssekretär Gumbel teilte in einer Kanzlerrunde am 23. Februar 1965 mit, Erkundigungen hätten ergeben, daß die ersten 40 von Rotterdam auf einem israelischen Schiff verfrachteten Panzer in Genua nicht, wie abgesprochen, ausgeladen, sondern »unmittelbar weiter nach Israel verschifft« worden seien, die nächsten zwanzig im Januar verladenen warteten in Italien auf die Umrüstung, und die neuen Waffen und Geräte, die aus Amerika beschafft werden müßten, trafen erst im August ein.<sup>127</sup> Es ist schon erstaunlich, wie unbefangen – und weitsichtig zugleich – 40 *Pattons* (wann?) schnurstracks und unter Umgehung der vereinbarten »Entgermanisierung«<sup>128</sup> gleich nach Israel geleitet wurden, was ohne Mitwissen der zuständigen Beamten und Offiziere des BMVg kaum möglich gewesen sein dürfte.

### VIII. Lösung durch Ablösung

Zwischen Bonn und Jerusalem herrschte seit dem Abslug Shinnars amtliche Funkstille. Nach der Visite Ulrichts in Kairo (24. Februar bis 1. März 1965), der dort Israel gegenüber einen besonders rüden Ton anschlug<sup>129</sup>, bestimmte dann bekanntlich Barzel gegen den Widerstand Schröders Erhard dazu, den

<sup>123</sup> AAPD 1965/88<sup>14</sup>.

<sup>124</sup> Ebd.

<sup>125</sup> AAPD 1965/88, 20. Februar 1965.

<sup>126</sup> II. OSTERHELD (wie Anm. 45), S. 158.

<sup>127</sup> Vgl. AAPD 1965/92.

<sup>128</sup> So Schröder (AAPD 1965/125).

<sup>129</sup> In Israel führten diese Invektiven zu nachdrücklicher Kritik an Ulbricht sogar durch den Führer der Kommunisten, Moshe Sneh, in einem Leitartikel des Parteiorgans *Kol Ha'am* und

heillos verwickelten gordischen Knoten der Bonner Nahostpolitik zu durchschlagen und Israel diplomatische Beziehungen anzubieten. In der Erklärung der Bundesregierung vom 7. März 1965 dazu heißt es, sie werde »künftig keine Waffen mehr in Spannungsgebiete liefern und eine Restlieferung im Einvernehmen mit Israel umwandeln.« Die Ablösung der Ausrüstungshilfe spielte bei den Verhandlungen des CDU-Abgeordneten Kurt Birrenbach (8. März bis 14. April 1965<sup>130</sup>) – zusammen mit der wirtschaftlichen Unterstützung – die entscheidende Rolle, und es resultierten daraus bittere Kontroversen. Peres erwies sich als besonders zäher Unterhändler, doch gab er, als die Amerikaner am 10. März 1965 endlich der eigenen Lieferung der noch ausstehenden 110 Panzer zustimmten<sup>131</sup>, für die Umwandlung sämtlicher Restzusagen den Weg frei. Die 20 in den Breda-Werken zur Umrüstung bereitstehenden Tanks gingen in die Bundesrepublik zurück, und Israel erhielt, nach einem Zögern Washingtons, aus den USA 110 Stück des modernsten Typs (*M 48 II C*). Die größten Schwierigkeiten bereiteten die sechs Schnellboote, derentwegen mehr als fünfzig Stunden verhandelt wurde und worüber es zu einem »massiven Zusammenstoß« zwischen Birrenbach und Peres kam.<sup>132</sup> Nachdem die USA die Zurverfügungstellung der fortgeschrittensten Panzerversion auf deutschen Wunsch von der Einigung in der Schiffsfrage abhängig gemacht hatten, erklärte sich die israelische Seite bereit, die Boote in Frankreich bauen zu lassen.<sup>133</sup>

Als Ablöse einigte man sich schließlich auf 140 Mio DM.<sup>134</sup> Es blieb »der Regierung Israels überlassen, für diesen Betrag soviel Panzer, Helikopter und Motoren zu kaufen, wie sie dies von ihrem Standpunkt aus für tunlich hält«.<sup>135</sup> – Wie Carstens Birrenbach instruierte, »legen wir großen Wert auf eine gemeinsame deutsch-israelische Erklärung über die Annulierung der Waffenlieferungen, da sonst die Gefahr neuer kontroverser Diskussionen

---

zur – bis 1973 andauernden – Spaltung der KPI in einen rein jüdischen (wie bisher MAKI) und einen jüdisch-arabischen, stalinistischen Teil (RAKACH).

<sup>130</sup> In der AA-Aktensammlung sind dazu, reich annotiert, zehn Berichte Birrenbachs und zwei Weisungen Carstens' an diesen dokumentarisch festgehalten.

<sup>131</sup> Vgl. AAPD 1965/125<sup>13</sup>.

<sup>132</sup> Vgl. AAPD 1965/133.

<sup>133</sup> Angesichts des französischen Waffenembargos wurden fünf Schiffe dieses Typs am 25. Dezember 1969 um 3 Uhr früh vom Mossad in einer spektakulären Aktion aus Cherbourg entführt.

<sup>134</sup> Dabei wurden für die 110 Panzer 27 Mio DM, die sechs Schnellboote 77 Mio DM und – als Ersatz für drei Dornier-Flugzeuge und 36 Haubitzen – sechs französische Hubschrauber 36 Mio DM zugrundegelegt. Hinzu kamen 26 Mio DM, die man kurz vorher für die beiden britischen U-Boote beglichen hatte, von denen das eine bereits übergeben, das andere in Bälde lieferbar war (vgl. AAPD 1965/125). Zusätzlich vergütete Bonn im Mai mit 12 Mio DM noch die Kosten von Panzerersatzteilen.

<sup>135</sup> AAPD 1965/178.

in der Öffentlichkeit entsteht«<sup>136</sup>, doch sträubten sich die Israelis zunächst dagegen, die Rückgängigmachung »offen zuzugeben«.<sup>137</sup> Im abgestimmten Brief Erhards an Eshkol zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vom 12. Mai 1965 hieß es dann: »Mit Besiedigung stelle ich ferner fest, daß es gelungen ist, die aus früheren Vereinbarungen mit Israel über Waffenlieferungen noch ausstehenden Restlieferungen in gegenseitigem Einvernehmen umzuwandeln.«<sup>138</sup> – Jerusalem bat darum, das Wort »Ablösung in Geld« nicht zu benutzen und insbesondere auch eine Summe nicht zu nennen.<sup>139</sup> – Umgekehrt lag den Israelis an einer ausdrücklichen deutschen Zusicherung künftiger militärischer Zusammenarbeit, womit man nicht zuletzt die Lieferungen an die Bundeswehr im Auge hatte. Das lehnte Carstens zwar ab, doch trat in den Verkäufen keine Unterbrechung ein. Neu kam später die Kooperation in Forschung und Entwicklung hinzu, die Helmut Schmidt als Verteidigungsminister auf den Weg brachte und bei der die beiden Länder füreinander eine beträchtliche Rolle spielen.

Die deutsch-israelische Rüstungszusammenarbeit im zweiten Nachkriegsjahrzehnt stellt ein höchst bedeutsames Kapitel in der vergangenheitsbelasteten Geschichte der beiden Länder dar. Daß sie hüben und drüben schwierige Probleme verursachte, darf angesichts des besonderen Charakters der Beziehungen nicht verwundern. Die Unternehmung wurde von den beiden großen Brückenbauern David Ben Gurion und Konrad Adenauer maßgeblich getragen, die deren Beendigung nach ihrem Abtritt von der politischen Bühne 1963 nicht mehr zu verantworten brauchten. Es ist heute müßig darüber zu streiten, ob man deutscherseits gut beraten war, gerade diesen Weg zu gehen, um Israel gegenüber Solidarität zu bekunden. Jerusalem hat zweifellos substantiellen Nutzen aus der Operation gezogen, und Peres unterstreicht in seinen Erinnerungen, daß der Beistand den zusätzlichen Vorteil mit sich gebracht habe, mittels der endlichen Bereitschaft Washingtons zum Export der restlichen Panzer eine »neue lebenswichtige Quelle für Waffenlieferungen zu erschließen«<sup>140</sup> – der USA, die nun zunehmend die existentielle Schutzmachtfunktion für Israel übernehmen. Die Bonner Ausstattungshilfe mußte aus einsichtigen Gründen, wenn auch zur Enttäuschung der Israelis eingestellt werden, doch wurden die israelischen Lieferungen an

<sup>136</sup> AAPD 1965/132<sup>26</sup>, 19. März 1965.

<sup>137</sup> AAPD 1965/132.

<sup>138</sup> Dies vermochte den Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch zehn der dreizehn Mitglieder der Arabischen Liga nicht zu verhindern, für den indes nicht die Rüstungshilfe, sondern vielmehr der Botschafteraustausch mit Israel entscheidend war. Keines tauschte jedoch, für Bonn wichtiger, mit der DDR Botschafter aus, wie es von den Israelis im allgemeinen richtig vorhergesagt worden war.

<sup>139</sup> AAPD 1965/178.

<sup>140</sup> Wie Anm. 7, S. 85.

die Bundeswehr nicht davon berührt. Die Unterstützung hat die Kooperation der beiden Länder im sicherheitspolitischen Bereich, die sich im Lauf der Zeit zu einem wesentlichen Element der bilateralen Beziehungen entwickeln sollte, vorgeprägt. Shinnar nennt die »Verteidigungshilfe eine eindrucksvolle Bekundung seitens des Deutschland nach Hitler für moralisches Verantwortungsbewußtsein.«<sup>141</sup>

---

<sup>141</sup> Wie Anm. 11, S. 171.

# **Die zukünftige Bedeutung der Sozialen Marktwirtschaft für die Wirtschaftsordnung der Europäischen Gemeinschaft**

**Von Ronald Clapham**

## **1. Problemstellung**

Der Eintritt in die letzte Vorbereitungsstufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Januar 1999 beinhaltete zugleich, daß die Mitgliedstaaten der Europäischen Union weitere, bisher nationale Kompetenzen der Wirtschaftsordnungs- und der Wirtschaftsprozeßpolitik auf Organe und Institutionen der Europäischen Gemeinschaft übertragen haben. Mit dem Fortschreiten der Integration stellt sich immer dringender die Frage, welche Bedeutung die nationalen Wirtschaftsordnungen zukünftig in der EG noch haben werden. Am Beispiel der Wirtschaftsordnung »Soziale Marktwirtschaft« soll versucht werden, diese Frage zu beantworten.

Erstens wird zur Einführung in die Zusammenhänge die bisherige wechselseitige Beeinflussung von nationaler und europäischer Ordnungspolitik dargelegt. Es ist nachzuweisen, daß unter dem Einfluß der nationalen ordnungspolitischen Konzepte der Gründerstaaten der EWG eine marktwirtschaftliche europäische Wirtschaftsordnung entstanden ist. Außerdem soll kurz aufgezeigt werden, wie die Ordnungspolitik der Gemeinschaft auf die nationalen Wirtschaftsordnungen zurückgewirkt hat (Abschnitt 2). Zweitens soll der zukünftige Beitrag der nationalen Wirtschaftsordnung Soziale Marktwirtschaft für die europäische Integration unter Verwendung des Konzeptes des Systemwettbewerbs erörtert werden (Abschnitt 3). Es wird dabei die Hypothese vertreten, daß die nationale Wirtschaftsordnung die Funktion hat, den Wettbewerb der Ideen zur Gestaltung einer marktwirtschaftlichen, sozial gerechten Europäischen Gemeinschaft zu fördern und die entsprechenden ordnungspolitischen Innovationen entdecken zu helfen.

Unter Wirtschaftsordnung wird im folgenden die Gesamtheit der Regeln – rechtliche und moralische Normen, Sitten, Gebräuche, Traditionen und Konventionen – verstanden, welche die Entscheidungs- und Verhaltensspielräume der Wirtschaftseinheiten festlegen und voneinander abgrenzen.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Dieter CASSEL, *Wirtschaftspolitik als Ordnungspolitik*, in: Dieter CASSEL/Bernd-Thomas RAMB/H. Jörg THIEME, *Ordnungspolitik*, München 1988, S. 313-333.

Die Wirtschaftsverfassung als die wichtigste Komponente der Wirtschaftsordnung schafft dabei für alle Wirtschaftsteilnehmer rechlich normierte Verhaltensregeln.

Überlegungen zu den Funktionen der nationalen Wirtschaftsordnungen in der Europäischen Gemeinschaft haben bisher nur vereinzelt Aufmerksamkeit bei Ökonomen gefunden.<sup>2</sup> Auch in der europapolitischen Diskussion war das hier zu behandelnde Thema bislang eher ein Randgebiet. Es ist aufschlußreich, daß die Europäische Kommission in der Agenda 2000 (vom 16. Juli 1997) und dem Legislativpaket (vom 18. März 1998), das die Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Reformvorschläge zur Finanzverfassung, zur gemeinsamen Agrarpolitik, zu den Institutionen der Gemeinschaft und zur Osterweiterung enthält, auf ordnungspolitische Probleme nicht eingeht. In einem Beitrag des EG-Kommissionspräsidenten Santer zur Agenda 2000 wird ohne Bezug zu ordnungspolitischen Überlegungen allein auf die drei Hauptaufgaben der EU verwiesen, nämlich die Gemeinschaftspolitiken zu reformieren, die Erweiterung der EU in die Wege zu leiten und den Gemeinschaftshaushalt der EU in eine solide Haushaltspolitik einzubinden.<sup>3</sup> Das Thema, das im folgenden aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht behandelt wird, ist eng mit der zentralen politikwissenschaftlichen Frage nach der zukünftigen Verteilung der Regelungskompetenzen zwischen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten und damit nach der Föderation neuen Typs für die EU verbunden.<sup>4</sup>

---

2 Vgl. Wolfgang HARBRECHT, *Der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur Wirtschaftsordnung der Europäischen Union*, in: Jürgen SCHNEIDER/Wolfgang HARBRECHT (Hrsg.), *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993)*, Stuttgart 1996, S. 415-463; Josef Molsberger, *Schulmeister Europas? Zahlmeister Europas? Deutschlands Einfluß auf die Wirtschaftspolitik der EG*, in: Martin HECKEL (Hrsg.), *Die innere Einheit Deutschlands inmitten der europäischen Einigung*, Tübingen 1996, S. 141-157; Ronald CLAPHAM, *Über die zukünftige Bedeutung der nationalen Wirtschaftsordnung Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft*, in: *Ordnungskonforme Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft. Festschrift für Prof. Dr. Hans-Rudolf Peters zum 65. Geburtstag*, hrsg. von Sylke Behrends, Berlin 1997, S. 65-80; Manfred E. STREIT, *Soziale Marktwirtschaft im europäischen Integrationsprozeß: Befund und Perspektiven*, in: Dieter CASSEL (Hrsg.), *50 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Ordnungstheoretische Grundlagen, Realisierungsprobleme und Zukunftsperspektiven einer wirtschaftspolitischen Konzeption*, Stuttgart 1998, S. 178-199.

3 Vgl. Jacques SANTER, *Agenda 2000. Drehbuch für Europa*, in: *Die politische Meinung*, 43.Jg., Nr. 345 (1998), S. 49-57.

4 Vgl. dazu Werner WEIDENFELD (Hrsg.), *Wie Europa verfaßt sein soll - Materialien zur Politischen Union*, Gütersloh 1991.

## 2. Zur wechselseitigen Beeinflussung nationaler und europäischer Wirtschaftsordnungspolitik

Zum einen haben die unterschiedlichen ordnungspolitischen Konzeptionen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft, die sich in ihren wirtschaftsrelevanten Institutionen und ihrer Politikgestaltung niederschlagen, den Charakter der europäischen Wirtschaftsordnung geprägt (vgl. Abschnitt 2.1). Einflüsse der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft im europäischen Integrationsprozeß lassen sich sowohl bei den Verhandlungen über die Römischen Verträge als auch im EWG-Vertrag selbst und dessen Umsetzung in den ersten Jahrzehnten erkennen.<sup>5</sup> Zum anderen haben die grundlegende marktwirtschaftliche Ausrichtung des EWG-Vertrages und insbesondere die Umsetzung der im Vertrag verankerten vier Grundfreiheiten die Ordnungspolitik der Mitgliedstaaten beeinflußt (vgl. Abschnitt 2.2).

### 2.1 Zum Einfluß nationaler Ordnungspolitik auf die Entwicklung der Wirtschaftsordnung der Europäischen Gemeinschaft

Seitens der sechs Gründerstaaten der EWG ist die Konstituierung der europäischen Wirtschaftsordnung mit sehr unterschiedlichem Gewicht beeinflußt worden: Der Rückblick auf die Entstehung der Römischen Verträge, die am 25. März 1957 unterzeichnet wurden, ergibt, daß bei den divergierenden wirtschaftlichen Interessen der sechs Verhandlungspartner die Kompromisse, auf die sich Frankreich und Deutschland verständigten, für die Verhandlungen entscheidend waren. Die Vorstellungen in Frankreich und in Deutschland über die Ziele, die Form und die Methode der europäischen Integration waren zunächst sehr unterschiedlich. Während von deutscher Seite ein möglichst großer Gemeinsamer Markt angestrebt wurde, der primär über eine Integration der Märkte entstehen sollte (d.h. Methode der funktionalen Integration), präferierte die französische Seite eine Zollunion, die hauptsächlich durch eine Integration der Politik (d.h. Methode der institutionellen Integration) geschaffen werden sollte. Diese beiden Grundpositionen, die auch als Integration durch Wettbewerb versus Integration durch Intervention bezeichnet werden,<sup>6</sup> bestimmen bis heute die ordnungspolitischen Kontroversen in der Gemeinschaft.

In den Verhandlungen auf der konzeptionellen Grundlage des Spaak-

5 Vgl. M. E. STREIT (wie Anm. 2), S. 183 ff.

6 Vgl. Werner MUSSLER/Mansfred E. STREIT, *Integrationspolitische Strategien in der EU*, in: Renate OHR (Hrsg.), *Europäische Integration*, Stuttgart u.a. 1996, S. 266; Werner MUSSLER, *Die Wirtschaftsverfassung der Europäischen Gemeinschaft im Wandel. Von Rom nach Maastricht*, Baden-Baden 1998, insbes. S. 135 ff.

Berichtes in den Jahren 1955 und 1956 hat Deutschland auf einem regelgebundenen Ansatz zur Schaffung eines weltbewerblichen Gemeinsamen Marktes bestanden.<sup>7</sup> Nach einem verbindlichen Zeitplan sollte ein vollständiger Abbau der Handelshemmnisse zwischen den Mitgliedstaaten und die Entwicklung einer gemeinsamen Zoll- und Handelspolitik erfolgen. Frankreich vertrat einen diskretionär-interventionistischen Ansatz, verbunden mit Forderungen nach Ex-ante-Harmonisierung: Statt eines verbindlichen Fahrplanes zur Schaffung eines Gemeinsamen Marktes sollte eine flexible Reaktion in Abhängigkeit von der konjunkturellen Entwicklung erfolgen, eine Harmonisierung der Sozialleistungen und der Steuern bereits bis zum Ablauf der ersten Integrationsphase herbeigeführt und das Aufholen rückständiger Branchen und Regionen durch einen gemeinsamen Investitionsfonds erleichtert werden.

Der Einfluß der deutschen Ordnungspolitik auf die europäische Wirtschaftsordnung läßt sich, entsprechend dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, an drei wichtigen Politikbereichen aufzeigen. Konstituierend für eine sozial orientierte Marktwirtschaft sind die Wettbewerbs-, die Geld- und die Sozialordnung.

Die grundlegende normative Orientierung in der EWG, die den weiteren Integrationsprozeß bestimmt hat, war marktwirtschaftlich und liberal.<sup>8</sup> Das Vertragswerk enthielt »als ein zentrales Element der Wirtschaftsintegration von Anfang an ein weitgefaßtes Verbot nationaler Diskriminierungen in den innergemeinschaftlichen Wirtschaftsbeziehungen«.<sup>9</sup> Es sollte ein Gemeinsamer Markt mit den vier wirtschaftlichen Grundfreiheiten geschaffen werden (Abschaffung der Zölle, mengenmäßige Beschränkungen und sonstige Maßnahmen gleicher Wirkung im Warenverkehr, Beseitigung der Hindernisse für den freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten), in dem das Prinzip des unverfälschten Wettbewerbs gilt, der durch eine europäische Wettbewerbsordnung geschützt wird. Zwar gab es Bereiche mit Regulierungen und staatlicher Lenkung, insbesondere in den Sektoren Landwirtschaft und Verkehr, aber die ordnungspolitische Grundausrichtung der zu gestaltenden Wirtschaftsgemeinschaft war marktwirtschaftlich.<sup>10</sup>

Diese marktwirtschaftliche Grundausrichtung ist ganz wesentlich auf die

<sup>7</sup> Vgl. zum folgenden Wilfried LOTH, *Vor 40 Jahren: Die Verhandlungen über die Römischen Verträge*, in: *Integration*, 20.Jg. (1997), S. 7 ff.; ferner Hans Jürgen KÜSTERS, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden-Baden 1982, S. 264 ff.

<sup>8</sup> Vgl. Hans von der GROEBEN, *Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als Motor der gesellschaftlichen und politischen Integration*, Tübingen 1970, S. 11 f.

<sup>9</sup> Jens van SCHERPENBERG, *Ordnungspolitische Konflikte im Binnenmarkt*, in: Markus JACHTENFUCHS/Beate KOHLER-KOCII (Hrsg.), *Europäische Integration*, Opladen 1996, S. 347.

<sup>10</sup> Vgl. auch W. HARBRECHT (wie Anm. 2), S. 437 ff.

von deutscher Seite vertretene ordnungspolitische Auffassung zurückzuführen. Die deutsche Wirtschaftspolitik war seit den 50er Jahren auf Wettbewerb und Liberalisierung der Außenwirtschaftsbeziehungen ausgerichtet, auch wenn es einige wichtige Wirtschaftssektoren gab, in denen interventionistische und protektionistische Maßnahmen überwogen. Dagegen vertrat man in Frankreich eine Marktwirtschaft mit sektoraler Investitionslenkung, d.h. die Planification.<sup>11</sup> Grundlage für die deutsche Ausrichtung auf offene und wettbewerbsorientierte Märkte war, daß in Deutschland bereits kurz nach der politischen Entscheidung für eine Soziale Marktwirtschaft der erste Gesetzentwurf zur Sicherung des Leistungswettbewerbs und zur Schaffung eines Monopolamtes ausgearbeitet worden ist (1949). Ferner hatte die jahrelange wettbewerbstheoretische und -politische Diskussion, die 1957 zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) führte, gesellschaftliche Lernprozesse über die ökonomische und politische Bedeutung einer Wettbewerbsordnung und deren Schutz durch ein wirksames Wettbewerbsrecht bewirkt. Zentrale wettbewerbliche Zielsetzungen des GWB (z.B. Verbot von horizontalen und vertikalen Vereinbarungen und von Mißbrauch einer marktbeherrschenden Stellung) sind daher in die Wettbewerbsregeln des EWG-Vertrages eingegangen.

In Frankreich ist es dagegen in den 50er Jahren nicht zu der Entwicklung einer einheitlichen wettbewerblichen Konzeption gekommen; das nicht sehr stark ausgebaut Wettbewerbsrecht wurde häufig lediglich als ein nachrangiges Instrument der Wirtschaftspolitik aufgefaßt, die interventionistisch war.<sup>12</sup>

Die ordnungspolitische Haltung kleiner Gründungsmitglieder (wie Luxemburg und zum Teil die Niederlande) beruhte damals stark auf der Überlegung, daß die Entscheidungs- und die Handlungsfreiheit der privaten Wirtschaftsakteure auf dem Binnenmarkt am besten in einer Wettbewerbsordnung geschützt sind, während in einer staatsinterventionistischen europäischen Ordnung – etwa in der Art der französischen Planification – eine dominierende Politikgestaltung durch die großen Staaten zu erwarten ist.

Die Verständigung auf eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung im EWG-Vertrag ist somit Ergebnis durchaus unterschiedliche Ausgangsüberlegungen. Aus den Erfahrungen als Verhandlungsteilnehmer schreibt Müller-Armack: »Nicht, als ob sich nun bei den Verhandlungen liberale Ideale

11 Vgl. Ernst DÜRR, *Ordnungsvorstellungen in der Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft*, in: ARBEITSKREIS EUROPÄISCHE INTEGRATION E.V. (Hrsg.), *Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ordnungsprobleme der Europäischen Gemeinschaften*, Baden-Baden 1978, S. 109 ff.

12 Vgl. Ingo SCHMIDT, *Wettbewerbspolitik und Kartellrecht*, 6. neubearb. u. erw. Aufl., Stuttgart 1999, S. 193 ff.

ständig durchgesetzt hätten; im Gegenteil, die Regierungen mit sozialistischer Tendenz waren ja stark vertreten. Daß sich dieses Ergebnis dennoch herausstellte, war die Konsequenz einer Vorsicht gegenüber nationalen Interventionen der anderen Länder. Man wollte sich gegen die Wirtschaftspolitik der übrigen Staaten sichern und kam dazu, den wirtschaftspolitischen Spielraum nach innen streng zu begrenzen. Es ist vielleicht nicht gerade eine Ausdruck besonders liberaler Empfindungen, sondern mehr eine gewisse nationale Eifersucht, die dieses Ergebnis herbeiführte. Man mag das als List der Idee ansehen«<sup>13</sup>.

Die marktwirtschaftliche Grundausrichtung der europäischen Wirtschaftsordnung ist durch Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen des Rates, durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes, die Einheitliche Europäische Akte, das Programm der Kommission zur Vollendung des Binnenmarktes und schließlich durch den Maastricht-Vertrag über die Europäische Union fortgeführt worden.<sup>14</sup> Die ordnungspolitische Verpflichtung der Gemeinschaft umfaßt »ein System, das den Wettbewerb innerhalb des Binnenmarkts vor Verfälschungen schützt« (Art. 3 (1) g EG-Vertrag) und eine Wirtschaftspolitik, die »dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet ist« (Art. 3a (1) EG-Vertrag).

Im Bereich der europäischen Geld- und Währungsordnung ist die deutsche Auffassung über institutionelle Regelungen, die die Geldwertstabilität sichern sollen, entscheidend gewesen.<sup>15</sup> Die Geldverfassung der Bundesrepublik ist durch die funktionelle Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank gegenüber der Regierung und durch die gesetzliche Zielvorgabe »Sicherung der Währung« gekennzeichnet.<sup>16</sup>

Nicht zuletzt aufgrund dieser Erfahrungen haben sich die deutschen Vorstellungen über Zielsetzung und Grundelemente der Geld- und Währungsordnung in der Europäischen Gemeinschaft durchgesetzt. Bei den institutionellen Regelungen gilt das besonders für die funktionelle Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, da eine solche institutionelle Struktur in anderen Mitgliedstaaten, z.B. Frankreich und Italien, bislang nicht bestanden hat.

Im Bereich der Sozialordnung haben die spezifischen Ziele, Prinzipien und institutionellen Regelungen der Sozialen Marktwirtschaft zunächst nur sehr begrenzt für die europäische Sozialpolitik Beachtung gefunden. Zwar einigten sich die Gründerstaaten darauf, die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu

13 Alfred MÜLLER-ARMACK, *Die Wirtschaftsordnung des Gemeinsamen Marktes*, 1965, wieder abgedr. in: DERS., *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration*, Freiburg 1966, S. 405.

14 Vgl. W. HARBRECHT (wie Anm. 2), S. 444.

15 Vgl. W. HARBRECHT (wie Anm. 2), S. 452.

16 Vgl. Otmar ISSING, *Einführung in die Geldpolitik*, 6. überarb. Aufl., München 1996, S. 29 ff.

verbessern und ihre Angleichung durch die erfolgreiche Wirtschaftsintegration zu ermöglichen (Art. 117 EG-Vertrag), aber die sozialpolitische Handlungskompetenz der Gemeinschaft wurde anfangs auf arbeitsmarktpolitische Bereiche eingegrenzt. Von deutscher Seite gab es später verschiedene Versuche, zu europäischen Regelungen zu kommen, die die soziale Sicherheit und den sozialen Schutz der Arbeitnehmer verbessern und die ihre Mitwirkung im Betrieb und im Unternehmen einführen. In einer Grundsatzerkklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes von 1987 wurde die Verwirklichung sozialer Mindeststandards in den Feldern Arbeitsschutz, soziale Grundnormen und Mitbestimmung gefordert. Insgesamt ist die soziale Dimension erst mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes stärker betont worden.<sup>17</sup>

Zusammenfassend läßt sich zum Einfluß der deutschen ordnungspolitischen Konzeption auf die Grundlegung und die Entwicklung der Wirtschaftsordnung der Europäischen Gemeinschaft bis Mitte der 80er Jahre sagen, daß er sehr deutlich nachweisbar im Bereich der Geldordnung und der Wettbewerbsordnung ist, aber eine Beeinflussung kaum hinsichtlich der Sozialordnung stattgefunden hat.

Der Einfluß der nationalen Ordnungspolitik auf den jüngeren Integrationsprozeß – so wie er in den Verträgen von Maastricht und Amsterdam inhaltlich und verfahrensmäßig festgelegt wurde –, ist bisher erst vereinzelt untersucht worden.<sup>18</sup> So kommt VAN SCHERPENBERG<sup>19</sup> zu dem Ergebnis, daß zwar die Überlegenheit des marktwirtschaftlichen Koordinationsmechanismus in der Gemeinschaft weitgehend anerkannt erscheint, jedoch die ordnungspolitischen Differenzen keineswegs verschwunden seien und sich jetzt lediglich auf das Gebiet der positiven Integrationspolitik verlagert hätten, die die Entwicklung gemeinsamer Politiken und gleicher institutioneller Bedingungen betrifft. Bei dem bestehenden Binnenmarktregime werden die ordnungspolitischen Konflikte jetzt darüber ausgetragen, welche Reichweite und Inhalte die gemeinsame positive Integrationspolitik haben soll. Diese These wird durch einige Beobachtungen unterstützt, die die vorläufige Aussage zulassen, daß die Mitgliedstaaten bestrebt sind, das »Primat der Politik« wieder herzustellen. Das viele Jahre dominante Verfahren der Integration über Märkte wird durch stärkere Betonung der Integration durch Politik abgeschwächt. So zeigen einige Analysen<sup>20</sup> als neuere Entwicklungstrends der

<sup>17</sup> Vgl. OTTO G. MAYER, *Zur sozialen Dimension des Europäischen Binnenmarktes*, in: OTTO G. MAYER/HANS-ECKART SCHARRELL/HANS-JÜRGEN SCHMAHL (Hrsg.), *Der Europäische Binnenmarkt. Perspektiven und Probleme*, Hamburg 1989, S. 343 ff.

<sup>18</sup> Zu Veränderungen der Wirtschaftsverfassung der Gemeinschaft vgl. W. MUSSLER (wie Anm. 6), S. 125 ff.

<sup>19</sup> Vgl. J. VAN SCHERPENBERG (wie Anm. 9), S. 361.

<sup>20</sup> Vgl. insbes. W. MUSSLER/M. E. STREIT (wie Anm. 6), S. 284 ff., und W. MUSSLER (wie Anm. 6), S. 125 ff.

Integration, welche den Erfolg der wettbewerblichen Strategie relativieren, die Zentralisierung und die Reregulierungsversuche auf.

In der deutschen Europapolitik gibt es Strömungen, die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Gemeinschaft nicht mehr so nachhaltig wie früher zu vertreten, bzw. sogar einzuschränken. Beispiele hierfür sind die Widerstände gegen eine Änderung der Gemeinsamen Agrarpolitik, die vielfältigen Bemühungen um Beihilfen aus dem EU-Regionalfonds, die letztlich schwachen Widerstände gegen die Aufnahme des Beschäftigungskapitels in den Amsterdamer Vertrag<sup>21</sup> und die Forderung nach einer europäischen Entsenderichtlinie. Gerade letzteres weist darauf hin, daß man bestrebt ist, eine Steuerung des Marktes auf die EU zu übertragen; so sollen politisch unerwünschte Ergebnisse wettbewerblicher Märkte verhindert werden. Alles dies entspricht einem machtstaatlich-verwaltungswirtschaftlichen Ansatz, der im Gegensatz zu dem zivilrechtlich-marktwirtschaftlichen Ansatz steht.<sup>22</sup>

## 2.2 Rückwirkungen der europäischen Ordnungspolitik auf die nationale Wirtschaftsordnung

Das Ergebnis der Willenseinigung der Mitgliedstaaten auf die Schaffung einer marktwirtschaftlichen europäischen Wirtschaftsordnung – zunächst im EWG-Vertrag und jetzt im EG-Vertrag – gibt ihr die Funktion einer »Vertragsverfassung«, um einen Begriff aus der Diskussion um die Verfassung der Europäischen Union zu verwenden.<sup>23</sup> Da jedoch nicht alle wirtschaftsordnungspolitischen Aufgaben und Kompetenzen auf die Gemeinschaftsebene verlagert werden sollen, ergänzt die Wirtschaftsordnung der Gemeinschaft die der Mitgliedstaaten, d.h. sie hat auch die Funktion einer »Komplementärverfassung«.

Um die Auswirkungen der Ordnungspolitik der Europäischen Gemeinschaft auf die nationale Wirtschaftsordnung zu analysieren, ist es zweckmäßig, getrennt auf die einzelnen ordnungspolitischen Gestaltungsbereiche einzugehen. Die Wirtschaftsprozeßpolitik – mit Ausnahme der Währungspolitik – liegt zwar weiterhin im Verantwortungs- und Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten, aber es gibt Beschränkungen der wirtschaftspolitischen Souveränität. Von besonderem Interesse sind die Planungs- und

---

21 Vgl. Achim WOLTER/Rolf H. HASSE, *Gemeinsame Beschäftigungspolitik: Überfällig oder überflüssig?*, in: *Wirtschaftsdienst* Nr. 7 (1997), S. 389.

22 Vgl. Hans WILLGERODT, *Der wirtschaftspolitische Einfluß Deutschlands auf die internationalen Beziehungen seit 1945*, in: Eckard KLEIN/Karl ECKART (Hrsg.), *Deutschland in der Weltordnung 1945-1995*, Berlin 1996, S. 91.

23 Vgl. Thomas LÄUFER, *Zur künftigen Verfassung der Europäischen Union – Notwendigkeit einer offenen Debatte*, in: *Integration* 17. Jg., 4/1994, S. 208.

Koordinationsverfassung (Wettbewerbsordnung), die Eigentumsverfassung, die Produktions- und Marktverfassung, die Finanzverfassung, die Geld- und Währungsverfassung, die Außenwirtschaftsverfassung und die Sozialverfassung.<sup>24</sup>

Die Bedeutung der nationalen Wirtschaftsordnungen hat sich dadurch verändert, daß die verbleibenden Regelungskompetenzen und wirtschaftspolitischen Instrumente in ein immer dichteres Geflecht von europäischen – und zum Teil darüber hinausgehenden internationalen – Bindungen eingefügt sind. Ordnungspolitik ist so ein Teil des »Verflechtungssystem« der Europäischen Gemeinschaft.<sup>25</sup> Man kann von einer Zweiteilung in der Ordnungspolitik sprechen:

#### Aufgaben und Maßnahmenkompetenz liegen

(1) in ausschließlicher oder sehr weitgehender Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft, wobei subsidiär in unterschiedlichem Ausmaß den Mitgliedstaaten ein Handlungsspielraum gegeben ist oder

(2) in primärer Verantwortung der Mitgliedstaaten, wobei allerdings Widerspruchsfreiheit zur Wirtschaftsordnung der Europäischen Gemeinschaft gefordert ist.

#### Zu (1):

Die ordnungspolitischen Teile des EG-Vertrages enthalten Ziele und Verfahren, um die weitere Vertiefung der Integration und die weitersührende Vergemeinschaftung zu erreichen. In diesem Sinne hat die vertragliche Absicherung der europäischen Wirtschaftsordnung eine erhebliche dynamische Funktion. Die Bestimmungen zur europäischen Wirtschaftsordnung geben dieser über die oben genannten Funktionen der »Vertragsverfassung« und der »Komplementärverfassung« hinaus eine weitere Ausrichtung, die man wieder in Analogie zur Verfassungsdiskussion als »Integrationsverfassung« bezeichnen kann.<sup>26</sup>

Von den Teildisziplinen, die insgesamt eine nationale Wirtschaftsordnung bilden, werden einige weitgehend durch die Regelungskompetenz der Europäischen Gemeinschaft erfaßt. Das gilt für die Planungs- und Koordinationsverfassung in Form der Wettbewerbsordnung. Der Wettbewerb innerhalb des Binnenmarktes soll vor Verfälschungen geschützt werden, die vom Staat oder von der Privatwirtschaft ausgehen.<sup>27</sup> Da die europäischen Wettbewerbsregeln bis auf wenige Ausnahmen für alle Wirtschaftsbereiche

---

24 Vgl. Dieter CASSEL (wie Anm. 1), S. 315.

25 Vgl. Rudolf HRBEK, *Entstehung und Weiterentwicklung der EG*, in: Wulfdiether ZIPPEL (Hrsg.), *Ökonomische Grundlagen der europäischen Integration*, München 1993, S. 14.

26 Vgl. Th. LÄUFER (wie Anm. 23), S. 209.

27 Zu den materiell-rechtlichen Bestimmungen vgl. I. SCHMIDT (wie Anm. 12), S. 225 ff.

gelten, konnten einige sektorale Ausnahmebereiche, die das deutsche Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen bisher zuließ, nicht erhalten bleiben.

Bei der Produktions- und Marktverfassung müssen – soweit noch unterschiedliche nationale Regelungen bestehen – Anpassungen zur Öffnung des Marktzugangs und zur uneingeschränkten Anwendung der Wettbewerbsregeln erfolgen. Das betrifft insbesondere Unternehmen der Energie- und Verkehrswirtschaft.

Hinsichtlich der Außenwirtschaftsverfassung ist die Zuständigkeit weitgehend auf die Gemeinschaft übertragen worden. Die in den Römischen Verträgen verankerten vier Grundsfreiheiten wurden weitgehend verwirklicht und der Zollabbau vollzogen. Jedoch verblieb eine Fülle von nationalen Maßnahmen mit beschränkender Wirkung für den innergemeinschaftlichen Wirtschaftsverkehr. Zur Lösung dieser Probleme wurde zunächst die Harmonisierungsstrategie verfolgt, d.h. mit dem Instrument der Rechtsangleichung sollten nationale Regelungen harmonisiert werden. Die Politik der Rechtsangleichung ist dem Gebiet der positiven Integration zuzurechnen. Rechtsangleichung verkörpert »einen sehr maximalistischen ordnungspolitischen Ansatz: die Herstellung völliger Konvergenz sowohl in bezug auf sämtliche in den einzelnen Mitgliedstaaten gewachsenen Schutzbedürfnisse hinsichtlich des Handels mit Gütern und Dienstleistungen, wie auch in bezug auf die konkreten Regelungen, mit denen diesen Schutzbedürfnissen Rechnung getragen wurde«<sup>28</sup>. Ein folgenreicher ordnungspolitischer Konzeptionswechsel war dann der Übergang zur gegenseitigen Anerkennung nationaler Regelungssysteme. Den Anstoß gab der Europäische Gerichtshof 1979 mit dem Cassis-de-Dijon-Urteil. Damit erst wurde ein Systemweittbewerb möglich, dessen Rahmen die Gemeinschaft durch für erforderlich gehaltene Mindeststandards festlegen konnte.

Die nationale Geld- und Währungsverfassung ist mit der Ratifizierung des Vertrages von Maastricht ganz aufgegeben worden; die Geldpolitik geht von den Mitgliedstaaten auf die Europäische Zentralbank über.

Zu (2):

Zu den wichtigen Teilordnungen, die weiterhin im ordnungspolitischen Verantwortungsbereich der Mitgliedstaaten liegen, gehört erstens die Eigentumsverfassung. Die Eigentumsordnungen in den Mitgliedstaaten bleiben nach Art. 222 EG-Vertrag unberührt.<sup>29</sup> Durch diese Vertragsbestimmung ist eine Kompetenzschranke für die Europäische Gemeinschaft errichtet worden, sie kann nicht die Eigentumsordnung in den Mitgliedstaaten ändern.

28 J. van SCHERPENBERG (wie Anm. 9), S. 350.

29 Vgl. Manfred ZULEEG, *Die Wirtschaftsverfassung der Europäischen Gemeinschaften*, in: *Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ordnungsprobleme der Europäischen Gemeinschaften* (Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Nr. 1), Baden-Baden 1978, S. 89.

Daraus folgt aber nicht, daß die Mitgliedstaaten ihrerseits völlige Handlungsfreiheit bei der Gestaltung der nationalen Eigentumsordnung haben. Denn die Bestimmungen der Gründungsverträge dürfen nicht isoliert interpretiert werden. Unter Berücksichtigung weiterer Vertragsbestimmungen genießen nämlich die »Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit Vorrang vor Sozialisierungen und Verstaatlichung aller Produktionsmittel oder ganzer Wirtschaftszweige«.<sup>30</sup>

Zweitens bewirken die nationalen Kompetenzen in der Finanzverfassung, daß die Parlamente weiterhin die Träger der Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten sind. Diese Struktur hat zur Überlegung geführt, wie man in der Wirtschafts- und Währungsunion die Preisniveaustabilität gegen das finanzpolitische Fehlverhalten einzelner Mitgliedstaaten absichern könnte. Da man die Disziplinierungsregeln des Maastricht-Vertrages (Art. 104 c EG-Vertrag) als wenig wirksam einschätzte, wurde als »Härtungsvorschlag« zur Sicherung der Stabilitätsgemeinschaft von deutscher Seite ein Stabilitätspakt für Europa initiiert.

Die dritte hier noch zu berücksichtigende nationale Teildnung ist die Sozialverfassung. Zwar ist eine europäische Sozialordnung in den Verträgen zur Europäischen Gemeinschaft nicht formuliert, aber die nationalen Sozialpolitiken werden durch eine ganze Reihe von europäischen Regelungen beeinflußt.<sup>31</sup> Die Diskussion wird seit Jahren darüber geführt, ob die Ergänzung der Wirtschaftsunion durch eine Sozialunion über eine Vereinheitlichung, eine Annäherung oder eine Koordination der nationalen sozialpolitischen Regeln erreicht werden kann.<sup>32</sup> Dabei geht es vorrangig um Arbeits- und Sozialrecht, Sozialversicherungen und die redistributive Ausgestaltung des Steuer- und Transfersystems. Die Gemeinschaft hatte bisher im wesentlichen nur eine koordinierende Funktion, d.h. sie förderte die Abstimmung der einzelstaatlichen Sozialordnungen (Art. 117 EG-Vertrag); eine Gemeinschaftskompetenz lag nur in direkt festgelegten Einzelpunkten vor, zum Beispiel bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Gesundheitsschutzes.

30 M. ZULEEG (wie Anm. 29), S. 93.

31 Vgl. Peter OBERENDER/Eva-Maria REISSMANN, *Sozialpolitik und Sozialversicherung in der europäischen Integration*, in: Helmut GRÖNER/Alfred SCHÜLLER (Hrsg.), *Die europäische Integration als ordnungspolitische Aufgabe*, Stuttgart 1993, S. 381 ff.; Thomas SCHUSTER/Roland VAUBEL, *Europäische Sozialpolitik*, in: Renate OHR (Hrsg.), *Europäische Integration*, Stuttgart u.a. 1996, S. 173 ff.

32 Vgl. hierzu WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT BEIM BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, *Ordnungspolitische Orientierung für die Europäische Union*, Bonn, Oktober 1994, S. 78.

### 3. Zukünftige Funktion der nationalen Wirtschaftsordnung für die Ordnungspolitik der Gemeinschaft

Die folgenden Überlegungen gehen davon aus, daß in den Mitgliedstaaten der EU gegenwärtig keine Bereitschaft erkennbar ist, von dem bisherigen politischen System des europäischen Staatenverbandes zu einem Staatsverband – in bundesstaatlicher Ausprägung – überzugehen. Damit bestehen in der politischen Struktur des Staatenverbandes weiterhin nationale Wirtschaftsordnungen und Wirtschaftsverfassungen. Die zukünftige Rolle der nationalen Wirtschaftsordnungen der Mitgliedstaaten wird stark davon abhängen, wie das im Maastrichter-Vertrag in Art. 3b (EG-Vertrag) verankerte Prinzip der Subsidiarität in der Politikgestaltung umgesetzt wird. Mit dem Subsidiaritätsprinzip verbunden ist die Offenhaltung für unterschiedliche ordnungspolitische Entwicklungen auf dezentraler Ebene, die in Konkurrenz zueinander stehen können.

Die zukünftige Aufgaben- und Kompetenzverteilung in der Wirtschaftspolitik wird eine ganze Reihe dezentralisierter ordnungspolitischer Aktivitäten bei den Mitgliedstaaten belassen. Sie werden weiterhin noch über Regelungskompetenzen verfügen. Zwar hat die EU als ein Staatenverband eine eigene, die Mitgliedstaaten in vielen Bereichen bindende Wirtschaftsordnung gesetzt, aber zu diesen Regeln existieren komplementär und differenzierend nationale Ordnungsregeln. Sie widerspiegeln die Vielfalt der nationalen und regionalen Präferenzen und die Verschiedenheit der Bedingungen.

Was ist die zukünftige Funktion der nationalen Wirtschaftsordnungen für die Gemeinschaft? Welche Grenzen sind der nationalen Ordnungspolitik gesetzt?

#### 3.1 Regeln der nationalen Wirtschaftsordnungen im Systemwettbewerb

Wenn man den zukünftigen Einfluß von Regeln der nationalen Wirtschaftsordnungen auf die europäische Wirtschaftsordnung einschätzen will, dann ist realistischerweise allenfalls nach dem möglichen Einfluß einzelner wichtiger Teilsysteme zu fragen, häufiger wird es sogar lediglich um einzelne Regeln gehen. Einen brauchbaren analytischen Zugang zur Beantwortung dieser Fragen bietet das Konzept des Systemwettbewerbs. Der zentrale Gedanke des Konzeptes für die EG ist, daß die privaten Wirtschaftsakteure bei ihren Entscheidungen zwischen Regeln verschiedener Rechtssysteme wählen können (z.B. Produkt- oder Standortregulierungen), die von den politischen Wettbewerbern institutionalisiert worden sind und daß diese einen solchen Wettbewerb zulassen und dessen disziplinierende Wirkungen akzeptieren. Systemwettbewerb wird als ein sehr komplexer, regelgebundener Interak-

tionsprozeß definiert, in dem Elemente des wirtschaftlichen und des politischen Wettbewerbs wirksam sind.<sup>33</sup> In der EU findet dieser Wettbewerb auf der Ebene der Mitgliedstaaten statt; er folgt aus der Aufteilung der Kompetenzen für die Politikgestaltung und die Gesetzgebung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten. Dieser »Wettbewerb der Staaten« ist in der europäischen Integrationswissenschaft noch wenig erforscht.<sup>34</sup>

Als Grunderwartungen zur Funktionsweise von Systemwettbewerb kann man formulieren:<sup>35</sup>

»- Systemwettbewerb ist ein Verfahren, das es privaten Wettbewerbern ermöglicht, die Problemlösungsqualität vorhandener institutioneller Arrangements vergleichend zu prüfen. Zugleich regt es politische Wettbewerber an, attraktivere institutionelle Neuerungen zu entwickeln (Systemwettbewerb als Entdeckungsverfahren).«

- Systemwettbewerb wird von der tatsächlichen, aber auch der potentiellen Substitution institutioneller Arrangements durch private Wettbewerber ausgelöst. Deshalb wirkt er kontrollierend auf die politischen Wettbewerber als Anbieter alter und neuer institutioneller Arrangements (Systemwettbewerb als Kontrollverfahren).«

Systemwettbewerb wird durch exogene und endogene Faktoren begrenzt. Die exogenen Grenzen werden durch politisch gesetzte Regeln bestimmt, welche die Form und das Ausmaß des Wettbewerbs festlegen. Als endogene Grenzen des Systemwettbewerbs werden im wesentlichen drei Punkte angeführt:<sup>36</sup> erstens die prozeßbezogenen Grenzen aufgrund von realen Funktionsproblemen, insbesondere ausgelöst durch Informations- und Mobilitätsbeschränkungen; zweitens Probleme aufgrund der unterschiedlichen Funktionsweise von ökonomischem und politischem Wettbewerb; drittens Probleme aufgrund besonderer Eigenschaften der dem Wettbewerb ausgesetzten Institutionen, nämlich deren Systemkompatibilität und Pfadabhängigkeit.

Der analytische Ansatz, der das Konzept des Systemwettbewerbs kennzeichnet, läßt sich auf die Fragestellung nach der zukünftigen Rolle der nationalen Wirtschaftsordnungen in der EG übertragen:

Nach dem ursprünglichen Konzept wird die Funktionsweise von Systemwettbewerb für ein Szenario untersucht, bei dem private Wettbewerber in

33 Vgl. Vgl. Manfred E. STREIT, *Systemwettbewerb und Harmonisierung im europäischen Integrationsprozeß*, in: Dieter CASSEL (Hrsg.), *Entstehung und Wettbewerb von Systemen*, Berlin 1996, S. 224.

34 Vgl. Martin SEIDEL, *Der Wettbewerb der Rechts- und politischen Systeme in der Europäischen Union* (Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Policy Paper B 10), Bonn 1998, insbes. S. 4 ff.

35 M. E. STREIT (wie Anm. 33), S. 226-227.

36 Vgl. M. E. STREIT (wie Anm. 33), S. 231 ff.

den Mitgliedstaaten der Union zwischen alternativen Regeln entscheiden können, die von den politischen Wettbewerbern gesetzt und gegenseitig anerkannt worden sind. In Analogie zu diesem Konzept kann man jetzt nach der Funktionsweise von Systemwettbewerb in einem Szenario fragen, bei dem politische Wettbewerber (Regierungen der Mitgliedstaaten der EU und Parteien im Europäischen Parlament) zwischen bereits vorhandenen alternativen nationalen Regeln in der EU entscheiden. Man kann Entscheidungssituationen annehmen, in der die Überlegenheit einer nationalen Regel bei der ökonomischen Problemlösung nachweisbar ist, so daß einige der politischen Wettbewerber in der EU für diese Regel als neues nationales institutionelles Arrangement oder sogar als neue Gemeinschaftsregel votieren (Systemwettbewerb als Entdeckungsverfahren). Ein Beispiel ist die niederländische Arbeitsmarktpolitik, die mit besonderen institutionellen Arrangements sehr erfolgreich die Arbeitslosenzahl reduzieren konnte. Einige dieser Regeln, wie zum Beispiel institutionalisierte Zusammenarbeit von Staat und Sozialpartnern, Vereinbarung neuer Niedriglohnitarife und Einstiegerlöhne für Berufsanfänger, Privatisierung der Lohnfortzahlung, werden jetzt auch für die Arbeitsmarktpolitik in anderen Mitgliedstaaten und in der EU erwogen.

Ob der Systemwettbewerb in der EU funktioniert, hängt von dem begrenzenden Einfluß der oben genannten exogenen und endogenen Faktoren ab. Die exogenen Grenzen sind durch die politisch gesetzten Ordnungsregeln des EG-Vertrages bestimmt; sie lassen einen Wettbewerb mit unterschiedlichen institutionellen Arrangements grundsätzlich zu. Als endogene Grenzen des Systemwettbewerbs wirken insbesondere Informationsbeschränkungen. Da bei den Entscheidungsträgern in Staatsverwaltung und Politik – im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Entscheidungsträgern – direkte ökonomischen Anreize fehlen, leistungsfähigere Regelsysteme für die Wirtschaftsordnung zu entdecken, bleibt der Informationsstand unentwickelt. Als Restriktion ist aber auf jeden Fall zu berücksichtigen, daß ordnungspolitische Veränderungen in der EU auf »politischen Märkten« von den Mitgliedstaaten vereinbart und umgesetzt werden müssen. Diese Restriktion hat für das konkrete Ergebnis des Systemwettbewerbs erhebliche Konsequenzen.

Endogene Begrenzungen für den Systemwettbewerb in der EU ergeben sich ferner aus den besonderen Eigenschaften der Institutionen. Die bestehenden nationalen Regelungen, die eine hohe Problemlösungsqualität bewiesen haben und daher grundsätzlich als überlegene Lösung beurteilt werden, sind als einzelne jeweils systembezogen im Sinne von Kompatibilität. Ein Beispiel ist das Steuerrecht; die Harmonisierung der Mehrwertsteuern in der Gemeinschaft ist gerade deshalb schwierig, weil diese Steuerart nur ein

Teil der nationalen Steuersysteme ist, die sehr unterschiedlich ausgestaltet sind.<sup>37</sup>

Schließlich ist das Beharrungsvermögen von bestehenden Institutionen, die sogenannte Pfadabhängigkeit, zu berücksichtigen. Eine von vielen und längere Zeit genutzte Regel ist für den einzelnen Entscheidungsträger mit geringen Transaktionskosten verbunden, daher ist eine solche Institution dem Systemwettbewerb weniger stark ausgesetzt.

Zum Funktionieren des Systemwettbewerbs müssen Freiheitsräume für Entscheidungen und Handlungen der wirtschaftlichen und politischen Akteure unterhalb der Gemeinschaftsebene erhalten und geschützt werden. Unter diesen Voraussetzungen können ein Wettbewerb der Ideen über die weitere Gestaltung einer offenen, wettbewerblichen und sozial gerechten EG sowie unterschiedliche ordnungspolitische Innovationen entstehen. In der Sichtweise des Systemwettbewerbs sind die nationalstaatlichen institutionellen Entscheidungen und Vorschläge zur konkreten Gestaltung einer freiheitlichen und sozial gerechten Ordnung die nicht ersetzbare Grundlage für die Weiterentwicklung der europäischen Wirtschaftsordnung. Der Systemwettbewerb der weiterhin bestehenden, wenn auch eingeschränkten nationalen Wirtschaftsordnungen ermöglicht, daß nationale und gemeinsame europäische Wirtschaftspolitiken sowohl durch institutionelle Innovationen einzelner Staaten als auch durch Übernahme bewährter Regeln verbessert werden.

### 3.2 Zukünftige Beiträge der Sozialen Marktwirtschaft zur Wirtschaftsordnung der EG

Welche Beeinflussungen hinsichtlich der zukünftigen europäischen Wirtschaftsordnung könnten bei Systemwettbewerb speziell aus der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft hervorgehen? Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Definition der wirtschaftspolitischen Konzeption als »ein umsichtig angelegtes und konsistentes System von allgemeinen und langfristig bedeutsamen Zielen, ordnungspolitischen Grundsätzen und damit verträglichen zielkonformen Instrumenten für den Teilbereich Wirtschaft in Abhängigkeit von den weiterreichenden gesellschaftlichen Zielvorstellungen«.<sup>38</sup> Damit geht es sowohl um Inhalte (grundlegende Ziele der Wirtschaftspolitik) als auch um Verfahren (Regeln und Maßnahmen), die aus der Sicht der Sozialen Marktwirtschaft für die europäische Ordnungspolitik relevant sein könnten.

---

37 Vgl. M. E. STREIT (wie Anm. 33), S. 232.

38 Manfred E. STREIT, *Theorie der Wirtschaftspolitik*, 4. neubearb. u. erw. Aufl., Düsseldorf 1991, S. 254.

Die Merkmale der Sozialen Marktwirtschaft sind kürzlich erstmals in einem Gesetz, nämlich in dem Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (1990) in Artikel 1, wie folgt definiert worden.

«(3) Grundlage der Wirtschaftsunion ist die Soziale Marktwirtschaft als gemeinsame Wirtschaftsordnung beider Vertragsparteien. Sie wird insbesondere bestimmt durch Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung und grundsätzlich volle Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen; hierdurch wird die gesetzliche Zulassung besonderer Eigentumsformen für die Beteiligung der öffentlichen Hand oder anderer Rechtsträger am Wirtschaftsverkehr nicht ausgeschlossen, soweit private Rechtsträger dadurch nicht diskriminiert werden. Sie trägt den Erfordernissen des Umweltschutzes Rechnung.

(4) Die Sozialunion bildet mit der Währungs- und Wirtschaftsunion eine Einheit. Sie wird insbesondere bestimmt durch eine der Sozialen Marktwirtschaft entsprechende Arbeitsrechtsordnung und ein auf den Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs beruhendes umfassendes System der sozialen Sicherung.»<sup>39</sup>

Das System der wirtschaftlichen und sozialen Ziele und der ordnungspolitischen Regeln, welches die Konzeption der deutschen Wirtschaftsordnung ausmacht, ist in starkem Maß durch gesellschaftliche Prioritäten geprägt, die tief in der Geschichte und der Sozialstruktur des Landes verwurzelt sind. Diese gesellschaftlichen Grundeinstellungen, die sich nur sehr langfristig ändern, bewirken eine Pfadabhängigkeit institutioneller Entwicklungen. Daher kann man annehmen, daß deutsche Beiträge zum Systemwettbewerb dem Entwicklungspfad der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland entsprechend durch die bisherigen Zielprioritäten Freiheit, wirtschaftliche Effizienz und sozialer Ausgleich und durch das bewährte wettbewerbliche Verfahren gekennzeichnet sein werden. Im einzelnen geht es dabei darum, die wirtschaftlichen und sozialen Ziele in einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung und in einer freiheitlichen Sozialordnung bei stabilen makroökonomischen Rahmenbedingungen (unter Einschluß umweltpolitischer Ziele) zu erreichen. Im Systemwettbewerb sind aus der Sicht der Sozialen Marktwirtschaft daher vier Politikbereiche der EG von besonderem Interesse:

- (1.) Stärkung und Schutz der europäischen Wettbewerbsordnung,
- (2.) Schaffung stabiler makroökonomischer Rahmenbedingungen,

---

<sup>39</sup> PRESSE- UND INFORMATIONSAMT FÜR BUNDESREGIERUNG (Hrsg.), *Der Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Erklärungen und Dokumente*, Bonn 1990.

- (3.) Entwicklung einer europäischen Sozialordnung und  
 (4.) Stärkung der ökologischen Komponente in der Wirtschaftsunion.

Zu (1.):

Aus deutscher Sicht hat sich das marktwirtschaftliche Koordinationsverfahren bewährt, daher ist das System offener und wettbewerbsorientierter Märkte in der EG durch Verbesserungen der europäischen Wettbewerbsregeln und der Wettbewerbspraxis zu schützen und zu fördern.<sup>40</sup> Eine Instrumentalisierung der Wettbewerbspolitik für andere Zwecke ist zu verhindern. Diese ordnungspolitische Orientierung ist gegenüber Auffassungen anderer Mitgliedstaaten zu behaupten, die Wettbewerbsbeschränkungen für Zwecke der Außenhandels-, Forschungs-, Industrie-, Arbeits- und Regionalpolitik anwenden wollen. Zu beachten bleibt, daß Wettbewerbsbeschränkungen entstehen könnten, wenn der durch die Globalisierung zahlreicher Märkte erforderliche Anpassungsprozeß in einzelnen Branchen als zu schwierig hingestellt wird. Protektion und Intervention zu Lasten der marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung könnten die Folge sein, wie es das Beispiel des Entsendegesetzes in Deutschland zeigt.<sup>41</sup> Die deutsche ordnungspolitische Position folgt dem Konzept der funktionalen Integration, dem unverändert Leistungsfähigkeit zuerkannt wird.

Um die Funktionsbedingungen für die wettbewerbliche Marktkoordinierung in der EG zu verbessern, müßte man einige institutionelle Regelungen verändern. Nach deutschen Erfahrungen sollten darunter zwei Regeln sein.<sup>42</sup> Erstens gehört dazu die Errichtung einer unabhängigen Wettbewerbsbehörde in der Gemeinschaft. Viele Erfahrungen sprechen dafür, daß mit dem Grad der Unabhängigkeit die Bereitschaft einer Wettbewerbsbehörde größer wird, wettbewerbsrelevante Sachverhalte effizient und nicht diskriminierend aufzugreifen.<sup>43</sup> Eine politisch unabhängige Behörde kann sich völlig auf die Anwendung der durch das Wettbewerbsrecht vorgegebenen Regeln konzentrieren und nach rein wettbewerblichen Kriterien entscheiden. Danach bleibt immer noch die Möglichkeit, aufgrund politischer Erwägungen nachträglich die behördliche Entscheidung abzuändern. Der Vorteil eines solchen zweistufigen Verfahrens liegt auch darin, daß es transparenter ist und einen öf-

---

40 Vgl. auch WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT BEIM BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT (wie Anm. 32), S. 32 ff.

41 Vgl. WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT BEIM BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, *Anpassung des deutschen Kartellgesetzes an das europäische Recht?*, Bonn, Sept. 1996, S. 7.

42 Vgl. zum folgenden DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.), *Unterrichtung durch die Bundesregierung – Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit in den Jahren 1995/96 sowie über die Lage und Entwicklung auf seinem Aufgabengebiet und Stellungnahme der Bundesregierung*, Drucksache 13/7900 vom 19. Juni 1997, S. VI u. VII.

43 Vgl. MONOPOLKOMMISSION, *Marktöffnung umfassend verwirklichen: Hauptgutachten 1996/1997*, Baden-Baden 1998, Ziffer 725.

fentlichen Begründungzwang hinsichtlich politischer Entscheidungsmotive schafft. Die deutsche Bundesregierung hat auf der Regierungskonferenz von 1996 für ihren Vorschlag, die rechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung eines Europäischen Kartellamtes zu schaffen, allerdings keine Zustimmung der EG-Kommission und der Mitgliedstaaten erhalten. Die institutionelle Lösung eines unabhängigen Europäischen Kartellamtes sollte weiter verfolgt werden.

Zweitens ist die zukünftige europäische Wettbewerbspolitik unter Beachtung des ordnungspolitischen Grundsatzes der Subsidiarität, der in Art. 3b EG-Vertrag festgeschrieben ist, institutionell so zu gestalten, daß es nicht zu einer sachlich unvertretbaren, erheblichen Erweiterung der Zuständigkeit der Europäischen Kommission kommt. Diese Wirkung hätte die von der Kommission für die Reform der Fusionskontrollverordnung vorgeschlagene Absenkung des Schwellenwertes auf 3 Mrd. ECU weltweiten Umsatz (bisher 5 Mrd. ECU) und 150 Mio. ECU gemeinschaftsweiten Umsatz (bisher 250 Mio. ECU) gehabt. Die Absenkung des Aufgreifkriteriums ist von Deutschland und einigen anderen Mitgliedstaaten abgelehnt worden, da die geltende Regelung eine angemessene Kompetenzaufteilung zwischen der Europäischen Kommission und den nationalen Wettbewerbsbehörden ermöglicht. Die Anwendung des EG-Wettbewerbsrechts durch die nationalen Kartellbehörden, auf deren Territorium der Schwerpunkt des Wettbewerbsverstoßes liegt, ist eine institutionelle Lösung, welche das Subsidiaritätsprinzip konkret umsetzt.

Zu (2.):

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland beruht auf einer wettbewerblichen Marktwirtschaft und stabilitätsorientierter makroökonomischer Politik. Für beides sind bestimmte institutionelle Arrangements geschaffen worden, wie das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, das Gesetz über die Deutsche Bundesbank und das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, die das Verhalten der privaten und politischen Entscheidungsträger beeinflußt haben. Solche Regelsysteme und die daraus abgeleitete Politikgestaltung zu verbessern, könnten deutsche Beiträge für die EG sein.

Die die deutsche Wirtschaftspolitik kennzeichnende »Stabilitätskultur« ließe sich auf die EG auszudehnen. Was mit Stabilitätskultur umschrieben wird, ist aus Sicht der Neuen Institutionenökonomik das Ergebnis des Einflusses von Institutionen auf das Verhalten von wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern. Geeignete institutionelle Arrangements könnten so zu einem Verhalten der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft führen, das stabilitätspolitischen Zielen hohe Priorität einräumt.

Bedarf an neuen institutionellen Regelungen besteht in der Gemeinschaft angesichts der makroökonomischen Steuerungsprobleme, die die Aufspal-

tung in zentrale Zuordnung der Geldpolitik bei der Europäischen Zentralbank und der dezentralen Zuordnung der Wirtschaftspolitik bei den Mitgliedstaaten entstehen läßt. Der von deutscher Seite 1995 initiierte »Stabilitätspakt«, der dann als »Stabilitäts- und Wachstumspakt« 1997 von den Staats- und Regierungschefs der EU gebilligt wurde, enthält eine ganze Reihe solcher Regelungen. Die Kernidee des vorgeschlagenen Regelsystems ist, Sanktionen gegen finanzpolitisches Fehlverhalten von Mitgliedstaaten nicht von politischen Entscheidungen, sondern allein von objektiven Finanzdaten abhängig zu machen. Diese institutionelle Neuerung für die EG entspricht dem Konzept regelgebundener Wirtschaftspolitik. Die entscheidungsleitende Funktion der Stabilitätsregeln hängt allerdings davon ab, ob es sich um eine bloße politische Selbstverpflichtung der Mitgliedstaaten handelt oder ob geeignete Rechtsgrundlagen für eine Verrechtlichung des Stabilitätspaktes bestehen.

Zu (3.):

Die Sozialordnung ist einer der Bereiche der Gemeinschaft, in dem erhebliche ordnungspolitische Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten bestehen. Die Regulierungsansätze und das Schutzniveau sind bisher in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. Für die Gemeinschaft ist es wichtig, auch für den Bereich der Sozialordnung sowohl Voraussetzungen als auch Begrenzungen für den Wettbewerb sozialpolitischer Systeme zu schaffen.

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine integrierte wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption, und daher machen die Wirtschafts- und die Sozialordnung zusammen das Spezifische dieser Form der Marktwirtschaft aus. Zum Grundgedanken der EU gehört ebenfalls das integrative Konzept von marktwirtschaftlichem Binnenmarkt und europäischer Sozialordnung.

Die bisher schon erfolgreiche Entfaltung der vier Freiheiten der Marktbürger führt auf europäischer Ebene zu einer wettbewerbsintensiven Marktwirtschaft, die bislang von der EG sozialstaatlich nicht begrenzt wird. Zutreffend verweist Böckensförde auf das Problem, daß die zur Staatlichkeit gehörende Gesamtzuständigkeit und -verantwortung für das Gemeinwohl hier noch nicht wahrgenommen werden kann. »Wird hier ein Sektor herausgelöst und verselbständigt, wie es mit der Verlagerung der Regulierungs- oder Deregulierungsmacht für den Bereich Wirtschaft auf die EG geschieht, so führt das zu einer Aufspaltung der Gemeinwohlsorge in der Weise, daß die notwendige Gesamtverantwortung und -regelungskompetenz rechtlich weder bei der EG noch bei den Mitgliedstaaten lokalisiert ist: Der EG fehlt die über die Wirtschaft hinausgreifende Kompetenz, den Mitgliedstaaten, wiewohl ihr Charakter als Staaten eine Gesamtverantwortung impliziert, fehlt die Befugnis, in die wirtschaftsbezogenen, auf die Realisierung der vier Freiheiten der Marktbürger ausgerichteten EG-Regelungen einzugreifen. Die einstmals mühsam erkämpfte Einheit von Staatsraum, geregeltem Wirtschaftsraum und

Sozialraum, eine Geschäftsgrundlage des modernen Wohlfahrtsstaates und sozialer Marktwirtschaft, wird ausgegeben«<sup>44</sup>.

Die Vorstellungen über eine europäische Sozialordnung sind wegen der Unterschiedlichkeit der Sozialsysteme und der Beziehungen zwischen den Sozialpartnern in den Mitgliedstaaten erst in der jüngeren Phase des Integrationsprozesses intensiver erörtert worden.<sup>45</sup> Die Einheitliche Europäische Akte (1986) hatte den EWG-Vertrag um Elemente einer gemeinsamen Sozialpolitik ergänzt, denn der Ministerrat konnte jetzt auch – und zwar lediglich mit qualifizierter Mehrheit – Richtlinien im Bereich Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz verabschieden. Die Mitgliedstaaten (mit Ausnahme von Großbritannien) haben 1989 die »Europäische Sozialcharta« verabschiedet und dem Maastricht-Vertrag (1992) das »Abkommen über die Sozialpolitik« beigesfügt, das in einer größeren Zahl von sozialpolitischen Bereichen die Handlungskompetenzen der Gemeinschaft erweitert und stärkt. Das Weißbuch der Kommission »Europäische Sozialpolitik – ein zukunftsweisender Weg für die Union« (1994) enthielt Vorschläge für weitere Aktivitäten.

Versucht man die sozialpolitischen Beiträge in der deutschen Europapolitik, so betreffen sie inhaltlich die Gebiete soziale Grundnormen, Arbeitsschutz und Mitbestimmung. Eine Angleichung der Sozialbedingungen in den oben genannten Gebieten wird sehr nachdrücklich von deutschen Interessengruppen über die innenpolitische Einflußnahme auf die Europapolitik der Regierung verfolgt. Ein Ergebnis deutscher Initiativen ist die 1996 in Kraft getretene EU-Richtlinie zum Europäischen Betriebsrat. Sie regelt die Rechte der Arbeitnehmer zur Information und Konsultation in den in der Gemeinschaft tätigen Unternehmen und Unternehmensgruppen.

Ordnungspolitisch sind die bisherigen institutionellen Vorschläge zur Sozialpolitik von deutscher Seite mehr dem Konzept der Harmonisierung als dem des Systemwettbewerbs zuzuordnen. Es gibt eine Präferenz, EU-weite Regulierungen in der Sozialpolitik zu unterstützen. Ob das sinnvoll ist, müßte in Hinblick auf die jeweiligen Bedingungen in jedem Einzelfall geprüft werden. Was aber feststeht, ist: Da Regulierungen auf zentraler Ebene durch die Einführung von sozialen Mindeststandards die Produktionskosten in den ärmeren Mitgliedstaaten erhöhen und somit deren Wettbewerbsfähigkeit verringern, reduziert sich für die reicherer Länder der Anpassungsdruck.<sup>46</sup>

---

44 Ernst-Wolfgang BÖCKENFÖRDE, *Kein Spiel ohne Grenzen*, in: *Die politische Meinung*, 43. Jg., 340 (1998), S. 12-13.

45 Vgl. hierzu Wolfgang DÄUBLER (Hrsg.), *Sozialstaat EG? Die andere Dimension des Binnenmarktes*, Gütersloh 1998.

46 Vgl. hierzu Th. SCHUSTER/R. VAUBEL (wie Anm. 31), S. 96.

Wenn heute in den Mitgliedstaaten der EU sehr große Unterschiede in der institutionellen Ausgestaltung der Sozialordnung bestehen, dann ist das zwar einerseits das Ergebnis unterschiedlicher Präferenzen, Nachfrage und Einkommen, aber andererseits auch die Folge mangelnden Wissens über eine effiziente Lösung.<sup>47</sup> Zum Wettbewerb der Ideen und der institutionellen Lösungen lässt sich aus der Sicht der Sozialen Marktwirtschaft beitragen: Es sollte gelingen, die Leistungen einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung mit Maßnahmen des sozialen Ausgleichs zu verbinden, wobei es Spielraum für sozialpolitische Ziele und Maßnahmen in den Mitgliedstaaten gibt.

Dem Subsidiaritätsprinzip würde beispielsweise folgende sozialpolitische Regelung entsprechen: Die Mitgliedstaaten behalten die Kompetenz für die Gestaltung und Finanzierung der eigenen Sozialschutzsysteme; die EU erhält die Kompetenz zur Koordinierung der einzelstaatlichen Sozialschutzsysteme in den Fällen, in denen die Freizügigkeit der Bürger innerhalb der Union betroffen ist. In den Systemwettbewerb könnte man zum Beispiel folgende integrationsfördernde Regelung der Finanzierung von Sozialeistungen einbringen: In einem beitragsfinanzierten System der sozialen Sicherung, das einen Rechtsanspruch auf Leistung sichert, sind die beitragsfinanzierten Geldleistungen exportierbar und exportpflichtig. Der erworbene Anspruch ist europaweit gesichert, was ein wichtiges Argument für die Freizügigkeit der Bürger in der EU ist.<sup>48</sup>

#### Zu 4.:

Zum Zielsystem der wirtschaftspolitischen Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft gehört auch der Umweltschutz. Seit den 60er Jahren wurde die Bedeutung von Umweltproblemen immer deutlicher erkannt, und es begannen die ersten umweltpolitischen Aktivitäten. Inzwischen bestehen in Deutschland weitreichende umweltpolitische Zielsetzungen und ein differenziertes umweltpolitisches Instrumentarium. Früher als in anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft hat man sich in Deutschland mit der konzeptionellen Ausrichtung der Umweltpolitik in der Marktwirtschaft auseinandergesetzt.<sup>49</sup> Das hat allerdings nicht verhindern können, daß in den wichtigsten Schutzbereichen interventionistische Ansätze dominieren, wenn es auch einige Umweltschutzregeln gibt (wie zum Beispiel das Umwelthaftungsgesetz), die ordnungskonform sind.<sup>50</sup>

---

47 Vgl. Th. SCHUSTER/R. VAUBEL (wie Anm. 31), S. 191.

48 Vgl. GESELLSCHAFT FÜR VERSICHERUNGSWISSENSCHAFT UND -GESTALTUNG E.V., *Informationsdienst* Nr. 259, Köln, August 1997, S. 30.

49 Vgl. hierzu Lothar WEGEHENKEL (Hrsg.), *Marktwirtschaft und Umwelt*, Tübingen 1981.

50 Vgl. Helmut KARL, *Ökologie, individuelle Freiheit und wirtschaftliches Wachstum: Umweltpolitik in der Marktwirtschaft*, in: Dieter CASSEL (Hrsg.), *50 Jahre Soziale Marktwirtschaft.. Ordnungstheoretische Grundlagen, Realisierungsprobleme und Zukunftsperspektiven einer wirtschaftspolitischen Konzeption*, Stuttgart 1998, S. 553.

Zwar ist es in der Vergangenheit in Deutschland nicht gelungen, Umweltnutzung und Umweltpolitik völlig systemkonform in das System der Sozialen Marktwirtschaft zu integrieren, aber das Wissen hinsichtlich der Wirkungen einzelner Umweltschutzmaßnahmen konnte erheblich verbessert werden. Damit ist man in der Lösung von Informationsproblemen über die Ökonomie- und Ordnungsverträglichkeit einzelner Regeln der Umweltpolitik entscheidend fortgeschritten. Es sind diese Fähigkeiten zur ökologisch-ökonomischen Analyse und das Wissen in Wissenschaft und Staatsverwaltung über Wirkungszusammenhänge, die von deutscher Seite zur Stärkung der ökologischen Komponente in der Wirtschaftsunion eingebracht werden können.

Das allgemeine Ziel der EU, Wirtschaftswachstum umweltverträglich zu erreichen, das in dem Vorschlag der EG-Kommission zur »nachhaltigen Entwicklung« zum Ausdruck kommt,<sup>51</sup> ist aus deutscher Sicht nicht strittig. Die einzelnen Ziele und Instrumente der Umweltpolitik jedoch sind klärungsbedürftig. Über die ordnungspolitische Ausrichtung von Umweltschutzaktivitäten der Gemeinschaft, über das notwendige Regulierungsniveau und über gemeinschaftliche (zentrale) oder nationale bzw. regionale (dezentrale) Lösungsmöglichkeiten des Umweltproblems muß erst noch intensiv diskutiert werden.

---

<sup>51</sup> Vgl. KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, *Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung – Herausforderung der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert*, Weißbuch, Brüssel 1993, Kapitel 10.

# **Die aufsässige Schwester**

## **Forschungen und Quellen zur Geschichte der Christlich-Sozialen Union 1945-1976**

**Von Thomas Schlemmer**

### **1. Die CSU – ein bayerisches Mirakel?**

Die Christlich-Soziale Union in Bayern gehört ohne Zweifel zu den erfolgreichsten Parteien der deutschen Nachkriegsgeschichte. Seit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches stellte die CSU mit nur zwei Unterbrechungen – die beiden SPD-geführten Kabinette Hoegner 1945/1946 und 1954-1957 – stets den bayerischen Ministerpräsidenten. Seit 1957 konnte sie bei allen Bundestagswahlen mehr als 50 Prozent der Wählerstimmen gewinnen. Und auch bei den Landtagswahlen behauptet die bayerische Unionspartei ihre absolute Mehrheit seit fast 30 Jahren. Dabei erzielte die CSU Ergebnisse, die in einer gefestigten Demokratie mit einem stabilen Parteiensystem nicht gerade an der Tagesordnung sind: So verbuchte sie bei der Landtagswahl 1974 sensationelle 62,1 Prozent der Stimmen und verfehlte die Zwei-Drittel-Mehrheit im bayerischen Landtag nur um wenige Mandate.<sup>1</sup> Diese geradezu hegemoniale Stellung trug viel zum bekannten, zuweilen an Arroganz grenzenden Selbstbewußtsein der CSU bei, von dem nicht zuletzt die CDU ein Lied zu singen weiß.<sup>2</sup> Daß sie Desfälter seien,<sup>3</sup> gehörte noch zu den eher harmlosen Schmähungen, die sich führende CDU-Politiker gefallen lassen mußten. Franz Josef Strauß griff da schon tiefer in sein rhetorisches Waffenarsenal und wütete – laut Spiegel – im Kreise von Parteifreunden, bei der CDU gebe es zu viele politische »Pygmäen« und »Zwerge im Westentaschenformat«, die nicht mehr seien als eine »Reclamausgabe von Politiikern«.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Alle Wahlergebnisse bei Gerhard A. RITTER/Merith NIEHÜSS, *Wahlen in Deutschland 1946-1991. Ein Handbuch*, München 1991, S. 100-104, S. 146 und S. 174 f.

<sup>2</sup> So reflektieren etwa die Ausführungen von Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU 1945-1982*, Stuttgart 1993, S. 338, S. 350 oder S. 437, die tiefgehenden Verletzungen vieler CDU-Politiker.

<sup>3</sup> Friedrich ZIMMERMANN, *Kabinettsstücke. Politik mit Strauß und Kohl 1976-1991*, München 1991, S. 51.

<sup>4</sup> So Franz Josef Strauß in seiner bekannten Wienerwald-Rede nach dem Wahlsieg der sozial-liberalen Koalition bei den Bundestagswahlen 1976; »Kohl ist total unsfähig zum Kanzler«.

Die anscheinend vorprogrammierten Wahlsiege der CSU lösten bei interessierten Beobachtern wie beim politischen Gegner vielfach ungläubiges Staunen aus. Als ein führender Bonner Sozialdemokrat 1974 nach den Ursachen für den triumphalen Wahlsieg der CSU und das schlechte Abschneiden seiner eigenen Partei gefragt wurde, antwortete er lediglich, in Bayern gingen eben die Uhren anders.<sup>5</sup> Der verbreitete Rekurs auf Stereotypen wie die bajuwarische Rückständigkeit, die Flucht in resignative Ironie oder gar mystifizierende Bemerkungen, die die CSU als eine Art bayerisches Mirakel erscheinen lassen, tragen jedoch nicht dazu bei, den anhaltenden Erfolg dieser Partei zu erklären. Der CSU, die seit langem an ihrer eigenen Legende feilt, kommt eine solche Sichtweise freilich entgegen. So erklärte der damalige Generalsekretär Erwin Huber auf die Frage nach den politischen Perspektiven seiner Partei im Oktober 1994: »In Bayern haben die Wittelsbacher 800 Jahre regiert. Wir erst 37. Da is' noch viel drin.«<sup>6</sup>

## 2. Zum Gang der Forschung

### Frühe Studien

Historiographie, politische Wissenschaft und Soziologie wurden trotz der beachtlichen Wahlerfolge und ihres nicht zu unterschätzenden Einflusses auf die Bundespolitik erst spät auf die CSU aufmerksam.<sup>7</sup> Noch Ende der sechziger Jahre wußte man kaum etwas über Geschichte und Struktur der bayerischen Unionspartei; die Studien mit wissenschaftlichem Anspruch ließen sich beinahe an einer Hand abzählen.<sup>8</sup> Das lag unter anderem daran,

---

Franz Josef Strauß über das Verhältnis von CSU und CDU und über Spitzenpolitiker beider Parteien, in: *Der Spiegel* vom 29. Nov. 1976, S. 31-34, hier S. 34.

5 Vgl. Carol CARL-SIME, *Bavaria, the CSU and the West German Party System*, in: *West European Politics* 2 (1979), S. 89-107, hier S. 89.

6 Walter MAYR, »Große Welt im Rautengitter. Über das Geheimnis der bayerischen Dauersieger«, in: *Der Spiegel* vom 3.10.1994, S. 40-47, hier S. 47.

7 Der neueste Forschungsstand wird kurz referiert bei Rudolf MORSEY, *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, 3. überarbeitete und erweiterte Aufl., München 1995, S. 179 f., und bei Adolf M. BIRKE, *Die Bundesrepublik Deutschland. Verfassung, Parlament und Parteien*, München 1997, S. 8 f. und S. 100 f. Ausführlich Alf MINTZEL, *Die CSU in Bayern als Forschungsobjekt – Entwicklung, Stand, Defizite und Perspektiven der CSU-Forschung*, in: Oskar NIEDERMAYER/Richard STÖSS (Hrsg.), *Stand und Perspektiven der Parteiforschung in Deutschland*, Opladen 1993, S. 81-118, und Stefan IMMERFALL/Alf MINTZEL, *Ergebnisse und Perspektiven der Forschung zur Parteienlandschaft in Bayern*, in: Maximilian LANZINNER/Michael HENKER (Hrsg.), *Landesgeschichte und Zeitgeschichte. Forschungsperspektiven zur Geschichte Bayerns nach 1945*, Augsburg 1997, S. 13-28.

8 Einen guten Zugriff auf die vorhandene Forschungsliteratur bieten: *Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1945-1980*, bearb. v. Gerhard HAJN, Stuttgart 1982; *Bibliographie*

daß die Forschung den Anspruch der CSU, eine autonome Landespartei zu sein, nicht ernst genug nahm. Entgegen ihrem Selbstverständnis und entgegen der politischen Wirklichkeit wurde die CSU so lange Zeit als Teil einer imaginären Gesamtunion betrachtet und gleichsam als ein – wenn auch besonders eigenständiger – Landesverband der CDU zugeschlagen. Dies zeigt sich etwa in dem 1955 erschienenen Sammelband »Parteien in der Bundesrepublik«, der neben Untersuchungen zur Geschichte von CDU, SPD, FDP und Deutscher Partei zwar Aufsätze über die Bayernpartei und über die in Bayern entstandene Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung enthält, aber keinen eigenen Beitrag über die CSU.<sup>9</sup> In seiner zusammenfassenden Darstellung über die Geschichte der Union bis 1953 widmete Gerhard Schulz der CSU nur wenige Seiten.<sup>10</sup> Als Autor für diesen Teil des Sammelbandes war zunächst A.R.L. Gurland vorgesehen gewesen; seine Studie über die Ursprünge und Entwicklung der Union bis zum Ende der ersten Legislaturperiode blieb jedoch zunächst unveröffentlicht und wurde erst nach seinem Tod 1980 publiziert.<sup>11</sup> Wie bei Gerhard Schulz, so war die CSU auch Gurland nur wenige Seiten wert. Dagegen befaßte sich Ernst Deuerlein in seinem 1957 erschienenen Buch über die Geschichte von CDU und CSU ausführlicher mit der bayerischen Unionspartei.<sup>12</sup> Das war jedoch kein Zufall, denn der Historiker Deuerlein war nicht nur selbst Bayer, sondern hatte als enger Mitarbeiter von Hans Ehard in der bayerischen Staatskanzlei intime Kenntnisse über das Innенleben der CSU und über das nicht immer reibungsfreie Verhältnis zur großen Schwester CDU.

Eines der größten Hindernisse für alle Forschungen zur Geschichte der CSU war die schlechte Quellenlage, denn ganz im Gegensatz zu ihrem Bekenntnis zur Tradition und Geschichte Bayerns vernachlässigte die CSU die Pflege ihrer eigenen Geschichte geradezu straflich. Ein zentrales Archiv in der Landesgeschäftsstelle wurde erst in den sechziger Jahren eingerichtet. Die CSU selbst gab weder Geschäftsberichte noch Parteitagsprotokolle

---

*zur Geschichte der CDU und CSU 1981-1986. Mit Nachträgen 1945-1980*, bearb. v. Brigitte KRAHE und Michaela SEIBEL, Düsseldorf 1990; *Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1987-1990*, bearb. v. Thomas SCHARRSCHMIDT und Hildegard KRENGEL, Düsseldorf 1994 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bde. 4, 15 und 25).

<sup>9</sup> Max Gustav LANGE u.a., *Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953*, Stuttgart 1955.

<sup>10</sup> Gerhard SCHULZ, *Die CDU – Merkmale ihres Aufbaus*, in: M.G. LANGE (wie Anm. 9), S. 3-153.

<sup>11</sup> Arcadius R.L. GURLAND, *Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953*, hrsg. v. Dieter EMIG, Frankfurt am Main 1980, insbesondere S. 47-62.

<sup>12</sup> Ernst DEUERLEIN, *CDU/CSU 1945-1957. Beiträge zur Zeitgeschichte*, Köln 1957. Deuerlein – dessen Darstellung zur Harmonisierung neigt – skizzierte die besonderen Bedingungen der Unionsgründung in Bayern, die Entwicklung der CSU bis in die Ära Seidel und die Rolle der CSU-Landesgruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

heraus, lediglich die Reden prominenter Politiker der Partei wurden als Druckschriften verbreitet;<sup>13</sup> nur 1954 veröffentlichte die Landesleitung ein Politisches Jahrbuch, das allerdings noch heute von hohem Quellenwert ist.

Eine Ausnahme war auch der kurze Überblick zur Geschichte der CSU, den der Landesvorstand anlässlich der Feiern zum 10jährigen Gründungsjubiläum der Partei bei Walter Berberich in Auftrag gegeben hatte.<sup>14</sup> Berberich, zwischen 1950 und 1958 Geschäftsführer des CSU-Bezirksverbands Unterfranken, konnte zu diesem Zweck neben Materialien aus der eigenen Geschäftsstelle die Akten der Landesleitung sowie die Unterlagen im Privatarchiv des ersten Landesvorsitzenden Josef Müller einsehen und baute seine Studien bis 1965 zu einer Dissertation aus.<sup>15</sup> Berberich konzentrierte sich auf die historisch-genetische Darstellung der Gründung und Entwicklung der CSU zwischen 1945 bis 1949, wobei er die Flügelkämpfe dieser Jahre und die Herausbildung des spannungsreichen Verhältnisses zwischen CDU und CSU besonders aufmerksam verfolgte. Zudem lieferte seine Studie erstmals detailliertere Informationen über die Wähler- und Mitgliederstruktur der Partei. Berberichs Dissertation, die Alf Mintzel mit einiger Berechtigung als bescheidenen »Erstling« bezeichnet hat, fand jedoch in der Wissenschaft kaum Beachtung.<sup>16</sup>

### Neue Impulse

Die Szenerie begann sich erst Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre zu verändern, als die Geschichte Westdeutschlands nach 1945 von Historikern, Politologen und Soziologen gleichermaßen als lohnendes Forschungsfeld entdeckt wurde. Auch Bayern wurde nun interessant. In dieser Phase entstand eine ganze Reihe von Arbeiten, die sich erstmals quellengestützt mit Schlüsselproblemen der bayerischen Nachkriegsgeschichte auseinander-

---

13 Vgl. Alf MINTZEL, *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972*, Opladen 1975, S. 77-80.

14 ACSP, CSU-LL, Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 13.9.1955. Vgl. Walter BERBERICH, *Die CSU als neue interkonfessionell-christliche und föderalistische Mehrheitspartei. Ein Beitrag zur Geschichte der Christlich-Sozialen Union in Bayern*, in: *Politisches Jahrbuch der CSU* 1954, S. 33-53, und Walter BERBERICH, *10 Jahre Christlich-Soziale Union in Bayern. Arbeit, Kampf, Verantwortung und Erfolge*, in: *10 Jahre Christlich-Soziale Union in Bayern*, hrsg. v. Generalsekretariat der Christlich-Sozialen Union in Bayern aus Anlaß des Landesparteitages am 23. Oktober 1955 in München, München 1955, S. 5-36.

15 Walter BERBERICH, *Die historische Entwicklung der Christlich-Sozialen Union in Bayern bis zum Eintritt in die Bundespolitik*, Diss., Würzburg 1965; die Nähe des Autors zur CSU erfordert ohne Zweifel eine besonders kritische Lektüre seiner Studie.

16 A. MINTZEL, *CSU als Forschungsobjekt* (wie Anm. 7), S. 83.

setzten. 1969 veröffentlichte Wolfgang Behr seine noch immer lesenswerte Studie über die bayerische Sozialdemokratie zwischen 1945 und 1950,<sup>17</sup> im selben Jahr erschien Klaus Schreyers Untersuchung über die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns nach dem Zweiten Weltkrieg.<sup>18</sup> Wenig später brachte Fritz Baer ein als »Dokumentation und Analyse« angelegtes Buch über die bayerischen Ministerpräsidenten von 1945 bis 1962 heraus,<sup>19</sup> und Dietrich Thränhardt trat mit einem viel beachteten Längsschnitt zu den politischen Strukturen Bayerns an die Öffentlichkeit.<sup>20</sup> Die Studien, die in diesen Jahren verfaßt wurden, waren nicht selten der Frage verpflichtet, in welchem Verhältnis Neubeginn und Restauration nach 1945 standen. Zu nennen wären etwa Isa Huelsz' Dissertation über die Schulpolitik in Bayern<sup>21</sup> und die grundlegenden Arbeiten Lutz Niethammers über den politischen Neubeginn und die Entnazifizierung in Bayern.<sup>22</sup> Die CSU stand zwar nicht im Zentrum dieser Untersuchungen; als stärkste politische Kraft rückte sie jedoch fast automatisch immer wieder ins Blickfeld.

Daß schließlich auch die CSU als Partei mehr und mehr Aufmerksamkeit fand, dürfte nicht zuletzt daran gelegen haben, daß spätestens mit den Landtagswahlen der siebziger Jahre überdeutlich geworden war, wie sehr diese Partei das politische System Bayerns hegemonialisiert hatte. Auch die Tatsache, daß sich die Spannungen zwischen den Unionsparteien nach dem Machtverlust in Bonn verstärkten und die Sonderrolle der CSU deutlicher als bisher zu Tage trat, mag zu verstärktem Nachdenken über den bayerischen Flügel der Union angeregt haben.<sup>23</sup> So beschäftigte sich Ilse Unger in ihrer Magisterarbeit – die rezipiert wurde, obwohl sie ungedruckt blieb – mit der parteiübergreifenden Bayerischen Bewegung, die für ein

17 Wolfgang BEHR, *Sozialdemokratie und Konservatismus. Ein empirischer und theoretischer Beitrag zur regionalen Parteianalyse am Beispiel der Geschichte und Nachkriegsentwicklung Bayerns*, Hannover 1969.

18 Klaus SCHREYER, *Bayern – ein Industriestaat. Die importierte Industrialisierung. Das wirtschaftliche Wachstum nach 1945 als Ordnungs- und Strukturproblem*, München 1969; Schreyer analysierte erstmals auch die frühe wirtschaftspolitische Programmatik der CSU (S. 93–109).

19 Fritz BAER, *Die Ministerpräsidenten Bayerns 1945–1962. Dokumentation und Analyse*, München 1971.

20 Dietrich THRÄNHARDT, *Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848–1953. Historisch-soziologische Untersuchungen zum Entstehen und zur Neuerrichtung eines Parteiensystems*, Düsseldorf 1973.

21 Isa HUELSZ, *Schulpolitik in Bayern zwischen Demokratisierung und Restauration in den Jahren 1945–1950*, Hamburg, 1970.

22 Lutz NIETHAMMER, *Die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945*, in: VfZ 15 (1967), S. 153–210; Lutz NIETHAMMER, *Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung*, Frankfurt am Main 1972.

23 So Otto STAMMER in seinem Vorwort zu A. MINTZEL, *Anatomie* (wie Anm. 13), S. 15.

möglichst selbständiges Bayern eintrat und der auch Teile der CSU zuzurechnen sind,<sup>24</sup> Günter Müchler mit dem Verhältnis von CSU und CDU bis zur Gründung der Bundespartei 1950<sup>25</sup> und Wolfgang Dexheimer mit der CSU-Landesgruppe.<sup>26</sup> 1973 war es Karl Möckl, der in einem ausführlichen Aufsatz nicht nur den bisherigen Forschungsstand zusammenfaßte, sondern auf der Basis bisher unbekannten Quellenmaterials die innerparteilichen Auseinandersetzungen der frühen Jahre neu interpretierte. Er bezog stärker als bisher besetzungspolitische und historische Rahmenbedingungen in seine Überlegungen ein und versuchte, die Entwicklung der CSU von ihrer Gründung bis zur Ablösung des ersten Parteivorsitzenden Josef Müller auch begrifflich auf den Punkt zu bringen.<sup>27</sup>

### Die Arbeiten Alf Mintzels

Anfang der siebziger Jahre machte auch ein junger Soziologe mit ersten Arbeiten auf sich aufmerksam,<sup>28</sup> zu dessen fast alleiniger »Domäne« die Geschichte der CSU Zug um Zug werden sollte:<sup>29</sup> Alf Mintzel. 1975 erschien sein Buch »Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei«, eine außergewöhnliche Studie, die die Forschung zur Geschichte und Struktur der bayerischen Unionspartei auf eine neue empirische und analytische Ebene hob.<sup>30</sup> Die Prognose, diese Arbeit werde »für absehbare Zeit das Standardwerk

---

24 Ilse UNGER, *Die Bayerische Bewegung. Politische Strömungen in Bayern nach 1945*, unveröffentlichte Magisterarbeit, Erlangen 1969.

25 Günter MÜCHLER, *Zum frühen Verhältnis von CDU und CSU*, in: *Politische Studien* 23 (1972), S. 595-613.

26 Wolfgang F. DEXHEIMER, *Die CSU-Landesgruppe. Ihre organisatorische Stellung in der CDU/CSU-Fraktion*, in: *ZfParl* 3 (1972), S. 307-313.

27 Karl MÖCKL, *Die Struktur der Christlich-Sozialen Union in Bayern in den ersten Jahren ihrer Gründung*, in: *ZBBLG* 36 (1973), S. 719-753. Möckl wertete erstmals den Nachlaß des 1967 verstorbenen Fritz Schäffer aus. Der Autor hat von einer Auseinandersetzung zwischen »Weltanschauung« und »politische[m] Pragmatismus« gesprochen (S. 737), wobei er den Exponenten des konservativen Flügels die Rolle der Ideologen, Müller und seinen Mitstreitern diejenige der Pragmatiker zugewiesen hat, sowie von einer Auseinandersetzung zwischen den Modellen »Volkspartei« oder »Honoratiorenpartei« (S. 746). Einiges ist dabei sicherlich richtig erkannt, vor allem der Dauerkonflikt um den Aufbau der Partei, aber die Vertreter des Müller-Flügels in toto als Pragmatiker zu bezeichnen, hieße, die Ideologisierung des Konflikts auf beiden Seiten und auch die daraus resultierende Konsensfähigkeit zu erkennen.

28 Alf MINTZEL, *Die CSU in Bayern: Phasen ihrer organisationspoliischen Entwicklung*, in: *PVS* 13 (1972), S. 205-243; Alf MINTZEL, *Die CSU in Bayern*, in: Jürgen DITTBURGER/Rolf EBBINGHAUSEN (Hrsg.), *Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1973, S. 349-426.

29 R. MORSEY, *Bundesrepublik Deutschland* (wie Anm.7), S. 179.

30 A. MINTZEL, *Anatomie* (wie Anm.13); zusammenfassend Alf MINTZEL, *21 Thesen zur Entwicklung der CSU. Ergebnisse einer parteiensoziologischen Analyse*, in: *ZfParl* 6 (1975), S. 218-233.

zum Thema« bleiben, mit der eine Rezension für die Zeitschrift für Bayrische Landesgeschichte schloß, bewahrheitete sich.<sup>31</sup> Noch heute kommt niemand, der sich ernsthaft mit der CSU befassen will, an Mintzels erster Monographie vorbei. Mintzel löste sich von der verbreiteten ideologiekritischen und nur begrenzt fruchtbaren Analyse programmatischer Dokumente. Sein Erkenntnisziel war es, »eine landes- und sozialgeschichtlich fundierte und zeitlich tief abgestützte Struktur- und Entwicklungsgeschichte der CSU im Rahmen der gesellschaftlich-politischen Entwicklung Bayerns und der Bundesrepublik« zu erarbeiten.<sup>32</sup> Mintzels Interesse galt dabei vor allem den weitgehend unbekannten organisationspolitischen Wandlungsprozessen konservativer Parteien in modernen Industriegesellschaften, denen er sich am Beispiel des Aufbaus, des Strukturwandels und der Organisationspolitik der CSU im Kontext der jeweiligen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu nähern gedachte. In diesem Zusammenhang richtete er sein besonderes Augenmerk auf die Auswirkungen der ökonomischen Entwicklung des Freistaates<sup>33</sup> und auf innerbayerische Regionalismen und Spannungslinien<sup>34</sup> sowie deren Rückwirkungen auf die Organisation der CSU. Dementsprechend liegen die Schwerpunkte dieser Studie, die sich vom theoretischen Ansatz her als »empirisch-deskriptive Analyse« versteht,<sup>35</sup> auf der organisationssoziologischen Ebene und auf der Erforschung der Binnenstruktur der CSU.

Mintzels Untersuchung zerfällt in zwei große Teile: Im ersten Hauptteil thematisierte er die Gründung der CSU als christlich-interkonfessionelle Sammlungsbewegung, das weitgehende Scheitern dieser Konzeption und die

31 Rezension von Konrad ACKERMANN, in: ZIBLG 43 (1980), S. 538-541.

32 A. MINTZEL, *Anatomie* (wie Anm. 13), S. 35.

33 Zur Bedeutung, die Mintzel der ökonomischen Entwicklung Bayerns hinsichtlich seiner Fragestellungen beimaß, vgl. ebd., S. 47-55.

34 Mintzel sprach in diesem Zusammenhang von »drei großen bayerischen Traditionszonen«, nämlich der altbayerischen, der schwäbischen und der fränkischen. Vgl. ebd., S. 58-67. Dieses Modell, das sich als durchaus brauchbares heuristisches Instrument erwiesen hat, führte jedoch immer wieder zu überspitzten strukturalistischen Interpretationen. Mintzel hat auch in seinen letzten Arbeiten daran festgehalten, seine Überlegungen allerdings differenziert und durch empirisches Material abgestützt; vgl. Alf MINTZEL, *Regionale politische Traditionen und CSU-Hegemonie in Bayern*, in: Dieter OBERNDÖRFER/Karl SCHMITT (Hrsg.), *Parteien und regionale Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1991, S. 125-180. Eine Einteilung in politische Regionen, die er nach sozialistischen, katholischen und bürgerlich-protestantischen »Subkulturen« klassifizierte, nahm auch D. THRÄNHARDT (wie Anm. 20), S. 152-180, vor, wobei er Bayern nach seiner territorialen Entwicklung in das »protestantische Franken«, das »katholische Franken und Schwaben« und in »Altbayern« untergliederte.

35 Vgl. A. MINTZEL, *Anatomie* (wie Anm. 13), S. 43-47. Otto Stammer sprach dagegen in seinem Vorwort von einer über Mintzels eigene Ansprüche hinausgehenden »soziologisch-politische[n] Verlaufsanalyse, der [...] die theoretisch-methodologisch abgesicherte Konzeption der Entwicklung des Realytypus einer konservativen Partei unter den besonderen gesellschaftlich-ökonomischen Voraussetzungen der ‚politischen Kultur‘ Bayerns« zugrundeliege. Ebd., S. 18.

Degeneration der CSU zu einer Honoratiorenpartei in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre. Im zweiten Hauptteil, der den Zeitraum von 1955 bis 1972 behandelt, untersuchte er die Entwicklung der CSU zu einer »Massen- und Apparat-Partei modernen Typs«. Diesen Begriff, den Mintzel in Anlehnung an die Typologie Sigmund Neumanns geprägt hat, stellte er Begriffen wie »Volkspartei«, »Allerweltspartei« oder »soziale Querschnittspartei« entgegen, die er für ideologisch überfrachtet und für zu wenig trennscharf hielt.<sup>36</sup> Mintzels Begrifflichkeit konnte sich jedoch in der Forschung nicht durchsetzen.<sup>37</sup>

Was die Studie des Soziologen so interessant machte, war nicht zuletzt das Quellenmaterial, das ihm zur Verfügung stand. Es gelang Mintzel im Laufe seiner Recherchen nicht nur, die Unterlagen verschiedener CSU-Politiker und die mehr oder weniger ergiebigen Bestände der Bezirksgeschäftsstellen auszuwerten, sondern auch Einsicht in die Akten der Parteiführung zu nehmen, die zu dieser Zeit noch in der Registratur der Landesgeschäftsstelle lagerten. Mintzel konnte diese Materialien ohne große Einschränkungen auswerten und Kopien der wichtigsten Unterlagen anfertigen. Die geheimnisumwitterte Sammlung, die so entstand, bildete nicht nur die Grundlage für Mintzels eigene Arbeiten. Sein Privatarchiv wurde auch immer wieder von anderen Forscherinnen und Forschern genutzt, da die CSU den Zugang zu ihren Akten für einige Zeit eher restriktiv geregelt hatte.<sup>38</sup>

Bei näherer Betrachtung dieser Sammlung werden einige Desiderate und Forschungslücken verständlicher, die sich wie ein roter Faden durch die Studien Mintzels ziehen. Das Fehlen von Aktenmaterial zur Entwicklung, Struktur und Politik von Landtagsfraktion und Landesgruppe ließ die parlamentarische Repräsentanz der bayerischen Unionspartei merkwürdig blaß erscheinen und führte dazu, daß die Machtverteilung und die Konflikte zwischen den verschiedenen Entscheidungszentren weitgehend im dunkeln blieben. Zudem sind die Akten der Landesleitung nicht für alle Phasen der Geschichte der CSU von gleicher Qualität und Dichte, so daß manches fragmentarisch blieb oder auf einer wackligen empirischen Basis ruhte. Dies gilt etwa für die Abschnitte über den Zerfall des Parteiapparats im Zuge der Währungsreform, den publizistischen Apparat der CSU, die Finanzlage und Finanzierung der Partei vor 1957, den Aufbau und die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften sowie insgesamt für die Beschreibung der Entwicklung der

36 Zu diesem Begriff vgl. ebd., S. 67-71.

37 Vgl. R. MORSEY, *Bundesrepublik Deutschland* (wie Anm. 7), S. 179.

38 Vgl. den engagierten maschinenschriftlichen Rückblick von Alf MINTZEL, »Mein Abschlußbericht: *Die Geschichte hinter der Geschichte*« vom Dezember 1993; Herr Mintzel hat mir freundlicherweise eine Kopie überlassen. Die Sammlung Alf Mintzels befindet sich seit 1991 unter der Signatur ED 720 im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte.

bayerischen Unionspartei unter der Führung Hans Ehards zwischen 1949 und 1955.

Nicht nur durch die Quellenlage, sondern vor allem auch durch die Konzentration auf organisationspolitische Fragestellungen war Mintzel in seiner ersten großen Studie gezwungen, andere Themenbereiche entweder weitgehend auszublenden oder nur kuriosisch zu behandeln, beispielsweise die Programmatik der CSU, ihre politische Arbeit in München und Bonn oder das komplexe Verhältnis der Unionsparteien in den fünfziger und sechziger Jahren. Die 1977 erschienene Überblicksdarstellung »Geschichte der CSU«<sup>39</sup> konnte diese Lücken nur teilweise schließen. Sie führte jedoch insbesondere im Bereich der ideologisch-programmatischen Entwicklung der Partei über den bisherigen Kenntnisstand hinaus und behandelte zudem wichtige Elemente der politischen Praxis an ausgewählten Fallbeispielen aus Bundes- und Landespolitik.

Eine weitere Monographie zur Geschichte der CSU, die Mintzel verschiedentlich angekündigt hat,<sup>40</sup> ist nicht mehr erschienen. Dafür untermauerte der Soziologe, der heute an der Universität Passau lehrt, seine Analysen in zahlreichen Aufsätzen; er begleitete die Entwicklung der CSU bis in die neunziger Jahre<sup>41</sup> oder befaßte sich mit interessanten Einzelaspekten.<sup>42</sup> Dabei verlor er den Zusammenhang von Parteigeschichte, politischer Kultur und Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft nie aus dem Blick.<sup>43</sup>

## CSU und CDU

Nach Alf Mintzel hat sich niemand mehr an eine umfassende wissenschaftliche Darstellung der Geschichte der CSU gewagt. Seine Ergebnisse und

39 Alf MINTZEL, *Geschichte der CSU. Ein Überblick*, Opladen 1977.

40 Vgl. A. MINTZEL, *Anatomie* (wie Anm. 13), S. 25, und A. MINTZEL, *Geschichte der CSU* (wie Anm. 39), S. 19.

41 Alf MINTZEL, *Keine falschen Hoffnungen: Die CSU verkommt nicht zur Provinzpartei*, in: Hans-Jürgen HEINRICH (Hrsg.), F.J. Strauß. Der Charakter und die Maske. Der Progressive und der Konservative. Der Weltmann und der Hinterwäldler, Frankfurt am Main 1989, S. 172-191, oder Alf MINTZEL, *Die Christlich-Soziale Union in Bayern*, in: DERS./Heinrich OBERREUTER (Hrsg.), *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1990, S. 199-236.

42 Vgl. etwa Alf MINTZEL u.a., *Kandidatenauslese für den Deutschen Bundestag über die Landesliste. Eine Fallstudie über die Aufstellung der CSU-Landeslisten zu den Bundestagswahlen 1957 und 1961*, in: ZfPart 11 (1980), S. 18-38.

43 Vgl. Alf MINTZEL, *Political and Socio-Economic Developments in the Post-War Era: The Case of Bavaria 1945-1989*, in: Karl ROHE (Hrsg.), *Elections, Parties and Political Traditions. Social Foundations of German Parties and Party Systems 1867-1987*, New York 1990, S. 145-178, und Alf MINTZEL, *Besonderheiten der politischen Kultur Bayerns. Facetten und Etappen einer politisch-kulturellen Homogenisierung*, in: Dirk BERG-SCHLOSSER/Jakob SCHISSLER (Hrsg.), *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung*, Opladen 1987, S. 295-308.

Interpretationen sind jedoch nach und nach ergänzt, vertieft und zum Teil auch korrigiert worden. So hat Günter Mühler auf einer für die siebziger Jahre vergleichsweise breiten Quellenbasis die Entwicklung der CSU zur autonomen Landespartei<sup>44</sup> und das »schwierige Bündnis« zwischen CDU und CSU untersucht. Mühler nahm die CSU als eigenständige Partei ernst; er ging in seiner 1976 publizierten Dissertation insbesondere der »Struktur des Unionsbündnisses« nach und versuchte eine »Analyse der institutionellen Knotenpunkte, die beide Parteien zu einer kooperativen Einheit verbinden«.<sup>45</sup> Damit rückten die CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Scharnier der koalitionsähnlichen Zusammenarbeit und die CSU-Landesgruppe als institutioneller »Ausdruck der Parteiautonomie« auf der bundespolitischen Bühne in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Mühlers Studie, die Alf Mintzel als »herausragende Forschungsleistung« gewürdigt hat,<sup>46</sup> ist für alle Arbeiten zur Fraktionsgemeinschaft der Unionsparteien und zur Rolle der Landesgruppe nach wie vor grundlegend, wenn auch weitere Forschungen anhand der heute zugänglichen Quellen mehr als wünschenswert wären.

Für die frühen Jahre hat sich unter anderem Winfried Becker mit der Union beschäftigt, und zwar auf der Ebene der Landesverbände.<sup>47</sup> Seine kurzen Ausführungen über die CSU führten nicht wesentlich über das bereits Bekannte hinaus. Beckers Überblicksdarstellung liefert jedoch ebenso wie die 1991 erschienene Edition zur Geschichte der Arbeitsgemeinschaft von CDU und CSU Material,<sup>48</sup> um die Entwicklung der CSU mit der Entwicklung ausgewählter Landesverbände der CDU zu vergleichen. Eine solche Perspektive könnte es ermöglichen, die Geschichte der CSU aus ihrer vielleicht nur scheinbaren Singularität herauszulösen, angebliche Sonderwege kritisch zu hinterfragen und sowohl Besonderheiten als auch

<sup>44</sup> G. MÜHLER, *Zum frühen Verhältnis* (wie Anm. 25). Mühler konnte u.a. Akten in den Archiven der Landesgeschäftsstelle und der Landesgruppe der CSU sowie in den Privatarchiven von Josef Müller und Bruno Dörpinghaus auswerten.

<sup>45</sup> Günter MÜHLER, *CDU/CSU. Das schwierige Bündnis*, München 1976, S. 9, das folgende Zitat ebd., S. 63; die Untersuchung reicht bis 1972/1973. Ergänzungen bei Wolfgang PAULY, *Christliche Demokraten und Christlich-Soziale. Untersuchungen zum innerparteilichen Bündnisverhalten von CDU und CSU 1969-1979*, Diss., Trier 1981, und Geoffrey PRIDHAM, *Christian Democracy in Western Germany. The CDU/CSU in Government and Opposition 1945-1976*, London 1977, S. 303-331.

<sup>46</sup> A. MINTZEL, *CSU als Forschungsobjekt* (wie Anm. 7), S. 106 f.

<sup>47</sup> Winfried BECKER, *CDU und CSU 1945-1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei*, Mainz 1987, S. 77-88. Vgl. auch die mit harten Bandagen geführte Auseinandersetzung zwischen Mintzel und Becker über dieses Buch in: PVS 29 (1988), S. 668-673 (Alf Mintzel), und PVS 30 (1989), S. 390 f. (Winfried Becker).

<sup>48</sup> Die Unionsparteien 1946-1950. *Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 17), bearb. v. Brigitte KAFF, Düsseldorf 1991.

Parallelentwicklungen durch den historischen Vergleich besser faßbar zu machen.<sup>49</sup>

Für Alf Mintzel war die CSU in den fünfziger Jahren »Adenauers loyale Gefolgschaftspartei«, die »unter dem starken Kanzler« keine »Kraftproben« mit der CDU gesucht habe.<sup>50</sup> Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Die bayerischen Parteifreunde wußten wohl, daß die CSU ihre Wahlerfolge seit 1953 nicht zuletzt der Popularität Konrad Adenauers verdankte, und sie trugen wichtige innen- und außenpolitische Richtungsentscheidungen mit. Das hinderte sie jedoch nicht daran, ihre föderalistischen Interessen nachdrücklich und selbstbewußt zu vertreten. Die CSU warf nicht nur einmal das ganze Gewicht der Bonner Landesgruppe in die Waagschale und zwang den Bundeskanzler zu ungeliebten Kurskorrekturen. Wachsende Spannungen zwischen Adenauer und Schäffer oder zwischen Adenauer und Strauß führten zu energischen Disziplinierungsversuchen des Regierungschefs.<sup>51</sup> Die Konflikte eskalierten sogar so weit, daß der Bundeskanzler seinen getreuen Mitstreiter Heinrich Krone 1956 zum »Kampf« gegen Strauß aufrief, der die CSU-Landesgruppe immer mehr als seine politische Hausmacht ansah. Wenn »es dabei zu einem Bruch« zwischen den Unionsparteien käme, so Adenauer kämpferisch, »müsse das in Kauf genommen werden«.<sup>52</sup>

Das Verhältnis von CDU und CSU wurde in den sechziger und siebziger Jahren zunehmend durch Differenzen in der Außen- und Europapolitik belastet.<sup>53</sup> Waren es anfangs Auseinandersetzungen zwischen den sogenannten Gaullisten und Atlantikern in der Union, so führten später die außenpolitischen Kurskorrekturen der Großen Koalition und vor allem die ost- und deutschlandpolitischen Initiativen der sozial-liberalen Koalition zu Konflikten, die zeitweise in aller Öffentlichkeit ausgetragen wurden. Die CSU und ihr Vorsitzender Franz Josef Strauß waren dabei die Speerspitze des Widerstandes gegen die Vertragspolitik der Regierung Brandt/Scheel, sie erzwangen eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über den Grundlagenvertrag mit der DDR<sup>54</sup> und schreckten nicht davor zurück, der

49 Für vergleichende Studien plädieren auch S. IMMERFALL/A. MINTZEL (wie Anm. 7), S. 22 ff.; vgl. den Versuch von Werner Burger, *Die CDU in Baden-Württemberg und die CSU in Bayern. Eine vergleichende Analyse*, Freiburg 1984.

50 A. MINTZEL, *Geschichte der CSU* (wie Anm. 39), S. 377.

51 Vgl. Henning KÖHLER, *Adenauer. Eine politische Biographie*, Frankfurt am Main 1994, S. 797-805; Köhler sprach im Zusammenhang mit der Regierungsbildung 1953 sogar von Adenauers »Vorhaben, das Machtkartell der CSU zu brechen«; ebd., S. 798.

52 Heinrich Krone, *Tagebücher*, Bd. 1: 1945-1961, bearb. v. Hans-Otto KLEINMANN, Düsseldorf 1995, S. 230 (Eintragung vom 27.9.1956).

53 Zusammenfassend Clay CLEMENS, *The CSU and West German Foreign Policy. The Strauß Era and beyond*, in: *Politics and Society in Germany, Austria and Switzerland* 2 (1990), S. 16-38.

54 Vgl. dazu den Beitrag des CSU-nahen Juristen Dieter BLUMENWITZ, *Bayerns Rolle in*

CDU mit schwerwiegenden Konsequenzen zu drohen. Der offene Streit in der Union um die Haltung zu den Ostverträgen und um die richtige Strategie zur Ablösung der sozial-liberalen Koalition gipfelte schließlich im November 1976 in dem berühmt-berüchtigten Kreuther Beschuß der CSU-Landesgruppe, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Bundestag nicht mehr zu erneuern.<sup>55</sup>

Es dauerte nicht lange, bis Politologen und Zeithistoriker diese folgenschweren Debatten aufgriffen. Schon 1973 beschäftigte sich Detlef Bischoff mit der außenpolitischen Konzeption der CSU und ihres Vorsitzenden Franz Josef Strauß,<sup>56</sup> zwei Jahre später analysierte Erich Eisner die »gesamteuropäischen Ordnungsvorstellungen« der CSU,<sup>57</sup> und Christian Hacke legte seine Untersuchung über die Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU vor.<sup>58</sup> Demselben Thema ist die Studie von Michael Lemke gewidmet, die Mitte der achtziger Jahre noch in der DDR verfaßt wurde und erst 1992 publiziert werden konnte.<sup>59</sup> Für diese Arbeiten gilt jedoch zumeist, daß sie auf einer vergleichsweise schmalen Quellenbasis entstanden sind und mit publiziertem Material und Interviews auskommen mußten.<sup>60</sup> Da in den nächsten Jahren die Dreißig-Jahres-Sperre für viele Archivalien abläuft,

---

*der Deutschlandpolitik*, in: Bernd RILL (Hrsg.), *Bavaria Felix. Ein Land, das Heimat ist und Zukunft hat*, Percha 1986, S. 169-180.

55 Vgl. die Beiträge von Robert GRAEFF, *Auseinandersetzungen um Führungspositionen und Oppositionsstrategie in der CDU/CSU*, und Ursula KAACK, *Konfrontationsstrategien und Polarisation des Parteiensystems*, beides in: Heino KAACK/Ursula KAACK (Hrsg.), *Parteien-Jahrbuch 1975. Dokumentation und Analyse der Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975*, Meisenheim am Glan 1978, S. 213-227 bzw. S. 250-271; Robert GRAEFF, *Der Versuch einer Neuformierung der Opposition. Die Kreuther Beschlüsse der CSU und ihre Folgen*, in: Heino KAACK/Reinhold ROTH (Hrsg.), *Parteien-Jahrbuch 1976. Dokumentation und Analyse der Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland im Bundestagswahljahr 1976*, Meisenheim am Glan 1979, S. 401-426; Alf MINTZEL, *Der Fraktionszusammenschluß nach Kreuth: Ende einer Entwicklung?*, in: ZfP 8 (1977), S. 58-76; die Untersuchung von Lior-Julius WOHLFEILER, *Von Sonthofen bis Kreuth. Die Oppositionspolitik der CSU auf Bundesebene in den Jahren 1974-1976*, unveröffentlichte Magisterarbeit, München 1996, ist vor allem deshalb interessant, weil der Verfasser erstmals die einschlägigen Akten der Landesgruppe auswerten konnte.

56 Detlef BISCHOFF, *Franz Josef Strauß, die CSU und die Außenpolitik. Konzeptionen und Realität am Beispiel der Großen Koalition*, Meisenheim am Glan 1973.

57 Erich EISNER, *Das europäische Konzept von Franz Josef Strauß. Die gesamteuropäischen Ordnungsvorstellungen der CSU*, Meisenheim am Glan 1975.

58 Christian HACKE, *Die Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU. Wege und Irrwege der Opposition seit 1969*, Köln 1975.

59 Michael LEMKE, *CDU/CSU und Vertragspolitik der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1969-1975*, Saarbrücken 1992.

60 Allein aus diesem Grund interessant: Werner SCHNEIDER, *Bundesverfassungsgericht und Politik. Die Klage Bayerns gegen den Grundvertrag. Vorgeschichte und Verlauf des Prozesses – das Urteil und seine Bewährung*, unveröffentlichte Diplomarbeit an der Hochschule für Politik, München 1993; Schneider konnte einschlägige Akten der Landesgruppe und Protokolle des Landesvorstands der CSU aus den Jahren 1972 und 1973 auswerten.

versprechen neue Untersuchungen zu diesem Themenkomplex interessante Ergebnisse.

### Die Konflikte der ersten Jahre

Ansonsten hat sich die Forschung insbesondere mit der Gründungs- und Formierungsphase der CSU bis 1949 beschäftigt, die von erbitterten Flügelkämpfen geprägt war. Vereinfacht gesagt, standen die von Josef Müller angeführten interkonfessionell, liberal-konservativ und gemäßigt föderalistisch orientierten Kräfte gegen den in der Tradition der 1933 untergegangenen Bayerischen Volkspartei stehenden, radikal föderalistischen und stark katholisch geprägten Parteiflügel um Fritz Schäffer und Alois Hundhammer. Kompromisse waren schwer zu finden und nur selten dauerhaft. Nicht nur einmal stand die CSU am Rand des Abgrunds.

Schon 1984 ergänzten Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller mit ihrer Edition vertraulicher Berichte an die amerikanische Militärregierung in Bayern das bisherige Bild der inneren Auseinandersetzungen durch bislang unbekannte Einzelheiten über Interna aus den Führungszirkeln der CSU. Diese Edition enthält die Gedächtnisprotokolle eines Vertrauensmannes der Besatzungsbehörden über die Sitzungen des »Ochsen-Clubs« und des »Dienstag-Clubs« aus den Jahren 1946 bis 1948, wo sich CSU-Politiker regelmäßig zu Diskussionen trafen.<sup>61</sup> 1993 erschien dann im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte ein umfangreiches Quellenwerk zur Frühgeschichte der CSU, das vor allem die Protokolle der Sitzungen des Landesarbeitsausschusses (einer Art vorläufigem Parteivorstand), des Landesausschusses und der Landesversammlung zwischen 1945 und 1948 enthält.<sup>62</sup> Auf fast 1800 Seiten finden sich hier neben den allgemeinen Problemen dieser Jahre vor allem die erbitterten innerparteilichen Schlachten dokumentiert, so daß es auch einer breiteren wissenschaftlich interessierten Öffentlichkeit erstmals möglich ist, sich selbst ein detailliertes Bild von den konfliktreichen Anfängen der CSU zu machen. Die jüngste Arbeit zur Geschichte der CSU vom Sommer 1945 bis zur Rebellion des Bezirksverbands Oberbayern unter Fritz Schäffers Führung gegen den verhafteten Landesvorsitzenden Josef Müller im

<sup>61</sup> *Lehrjahre der CSU. Eine Nachkriegspartei im Spiegel vertraulicher Berichte an die amerikanische Militärregierung*, hrsg. v. Klaus-Dietmar HENKE und Hans WOLLER, Stuttgart 1984. Im »Ochsen-Club« trafen sich die Mitstreiter Josef Müllers, der »Dienstag-Club« war ein Diskussionszirkel von jüngeren CSU-Politikern, der eng mit katholischen Vereinen verknüpft war.

<sup>62</sup> *Die CSU 1945-1948. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union*, hrsg. v. Barbara FAIT und Alf MINTZEL unter Mitarbeit von Thomas SCHLEMMER, 3 Bde., München 1993.

Februar 1948 stammt aus der Feder von Barbara Fait.<sup>63</sup> Bei ihrem Versuch, die Frühgeschichte der bayerischen Unionspartei mit der politischen Geschichte Bayerns zu verknüpfen und so die Interdependenz von innerparteilichen Auseinandersetzungen und politischen Grundsatzentscheidungen herauszuarbeiten, bleiben freilich zentrale Aspekte der organisatorischen und programmatischen Entwicklung der CSU weitgehend unbeachtet.

### Bayernpartei und »bayerische Frage«

1948 sah sich die CSU bereits einer Herausforderung gegenüber, die die ungefestigte Sammlungspartei weiter erschüttern sollte. Die Rede ist von der Auseinandersetzung mit der Bayernpartei, die mit der CSU um dasselbe Wählerpotential und den richtigen Kurs der bayerischen Politik rang. Dieses Ringen, das Konrad Adenauer einmal martialisch als »Kampf auf Leben und Tod«<sup>64</sup> bezeichnete, artete in den fünfziger Jahren in einen mit äußerster Härte geführten Kleinkrieg aus, der schließlich mit dem Niedergang der Bayernpartei endete. Ilse Unger hat bereits 1979 das Standardwerk zur Geschichte und Struktur der Bayernpartei bis 1957 vorgelegt,<sup>65</sup> Alf Mintzel hat unser Bild in einem Beitrag für das Parteien-Handbuch um wesentliche Aspekte ergänzt.<sup>66</sup> Konstanze Wolf blieb es vorbehalten, die konfliktreiche Beziehung der feindlichen Schwestern im einzelnen nachzuzeichnen.<sup>67</sup> Die »Aufreibung und Aufsaugung« der Bayernpartei gipfelte letztlich in der Spielbankenaffäre, die 1959/1960 in einem Prozeß endete, der Joseph Baum-

---

<sup>63</sup> Barbara FAIT, *Die Anfänge der CSU 1945-1948. Der holprige Weg zur Erfolgspartei*, München 1995; diese Studie basiert zu einem großen Teil auf der von Fait verfaßten Einleitung zu: *Protokolle und Materialien* (wie Anm. 62), S. III-XCVI.

<sup>64</sup> Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 1.9.1949, in: *Aufstieg zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949*, bearb. v. Udo WENGST, Düsseldorf 1985, S. 143.

<sup>65</sup> Ilse UNGER, *Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945-1957*, Stuttgart 1979.

<sup>66</sup> Alf MINTZEL, *Die Bayernpartei*, in: Richard STÖSS (Hrsg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Bd. 1: AUD-CDU, Opladen 1986, S. 395-489.

<sup>67</sup> Konstanze WOLF, *CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis, 1948-1960*, 2. Aufl., Köln 1984; das folgende Zitat ebd., S. 179. Bisher unzugängliche Quellenbestände – Nachlässe und Akten der Führungsgremien der bayerischen Unionspartei – lassen eine erneute Beschäftigung mit diesem Thema geboten erscheinen. Daß die Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien noch verworrenen und facettenreicher waren, als man bisher angenommen hat, zeigt beispielsweise die biographische Studie von Regina Vossen, »Föderalistisch leben oder asiatisch sterben. Joseph Baumgartner und die bayerische Politik 1945-1953», unveröffentlichte Zulassungsarbeit, München 1993. Vgl. auch Andreas EICHMÜLLER, *Der Jägerwiggerl. Ludwig Volkholz, Förster, Politiker, Volksheld*, Regensburg 1997.

gartner und August Geishöringer, zwei der populärsten Führungsfiguren der Bayernpartei, politisch vernichtete.<sup>68</sup>

Ein zentrales Konfliktfeld zwischen CSU und Bayernpartei, aber auch zwischen CDU und CSU<sup>69</sup> und sogar in der CSU selbst, war die Stellung Bayerns in einem neuen deutschen Staat und die föderalistische Ausgestaltung der Verfassungsordnung. Wiebrisant die »bayerische Frage«<sup>70</sup> nach 1945 war und wie sehr sie Politiker aller wichtigen bayerischen Parteien bis in die Reihen der SPD bewegte, zeigt die 1983 erschienene Dissertation von Peter Jakob Kock, der »Bayerns Weg in die Bundesrepublik« mit geradezu vorbildlicher Klarheit nachgezeichnet hat.<sup>71</sup> Karl-Ulrich Gelberg hat mit seiner biographisch angelegten Studie über den langjährigen bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Hans Ehard, die auf einer außerordentlich breiten Quellenbasis ruht, noch vorhandene Forschungslücken für die Zeit bis 1949 geschlossen und vor allem dazu beigetragen, daß die föderalistische Politik der CSU und der von ihr geführten bayerischen Staatsregierung zumindest bis 1954 keine *terra incognita* mehr ist.<sup>72</sup>

---

68 Vgl. dazu den Aufsatz des ehemaligen Vorsitzenden der bayerischen SPD, Volkmar GABERT, *Die Bedeutung der Viererkoalition und des Spielbankenuntersuchungsausschusses für die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Bayern*, in: Hans Jochen VOGEL/Helmut SIMON/Adalbert PODLECH (Hrsg.), *Die Freiheit des Anderen. Festschrift für Martin Hirsch*, Baden-Baden 1981, S. 187-206, und Heinrich SENFT, *Glück ist machbar. Der bayerische Spielbankenprozeß, die CSU und der unaufhaltsame Aufstieg des Doktor Friedrich Zimmermann. Ein politisches Lehrstück*, Köln 1988. Senft behandelt das Thema in der ihm eigenen polemischen Art.

69 Vgl. Richard LEY, *Föderalismusdiskussion innerhalb der CDU/CSU von der Parteigründung bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes*, Mainz 1978; Wolfgang BENZ, *Föderalistische Politik in der CDU/CSU. Die Verfassungsdiskussion im »Ellwanger Kreis« 1947/48*, in: VfZ 25 (1977), S. 776-820; Günter BUCHSTAB, *Der Ellwanger Freundeskreis der CDU/CSU*, in: Winfried BECKER/Werner CIROBAK (Hrsg.), *Staat, Kultur, Politik. Beiträge zur Geschichte Bayerns und des Katholizismus. Festschrift zum 65. Geburtstag von Dieter Albrecht*, Kallmünz 1992, S. 431-441.

70 Davon sprach Karl SCHWEND, zu dieser Zeit Chef der bayerischen Staatskanzlei, noch Anfang der fünfziger Jahre in der Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Buch *Bayerische Politik. Ansprachen und Reden des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard*, München 1952, S. 10.

71 Peter Jakob KOCH, *Bayerns Weg in die Bundesrepublik*, München 1983; zusammenfassend Peter Jakob KOCH, *Bayern und Deutschland. Föderalismus als Anspruch und Wirklichkeit*, in: Wolfgang BENZ (Hrsg.), *Neuanfang in Bayern 1945-1949. Politik und Gesellschaft in der Nachkriegszeit*, München 1988, S. 183-204. Vgl. auch D.R. DORONDO, *Bavaria and German Federalism. Reich to Republic. 1918-33, 1945-49*, New York 1992.

72 Karl-Ulrich GELBERG, *Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946-1954 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte*, Bd. 18), Düsseldorf 1992.

### Jubiläumsschriften

In den letzten Jahren scheint auch die CSU selbst ihre Geschichte entdeckt zu haben. So unterstützte die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung das Institut für Zeitgeschichte bei der Publikation der Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Partei. Zudem wurde eine eigene Schriftenreihe ins Leben gerufen, deren erster Band 1992 erschienen ist.<sup>73</sup> Diese Entwicklung setzte sich mit den Feierlichkeiten zum 50jährigen Gründungsjubiläum der Partei im Herbst 1995 fort. Die Parteiführung veranstaltete nicht nur ein medienwirksames Spektakel in der Münchner Olympiahalle, das einmal mehr der Selbstdarstellung der CSU als der einzige legitimen Vertreterin Bayerns galt. Ein mehr als 800 Seiten dickes Sammelwerk sollte überdies die Entwicklung der CSU dokumentieren.<sup>74</sup> Mit dem Sammelband »Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU« liegt tatsächlich so etwas wie eine Bestandsaufnahme vor. Aufsätze zu zentralen Aspekten der Parteigeschichte werden ergänzt durch ausgewählte Quellentexte, Interviews und einen Anhang, der biographische Daten, eine Zeittafel, Mitgliederzahlen und Wahlergebnisse enthält. Fest- und Jubiläumsschriften, die zumindest in Teilen wissenschaftlichen Ansprüchen genügen, wurden auch zum 50. Jahrestag der Gründung der bayerischen Jungen Union<sup>75</sup> und zum 100. Geburtstag von Josef Müller veröffentlicht.<sup>76</sup>

### 3. Bilanz und Perspektiven

#### Überblicksdarstellungen und Zusammenfassungen

Wie sieht nun die Bilanz der CSU-Forschung Ende der neunziger Jahre aus? Welche Perspektiven hat sie? Wo liegen die größten Desiderate?

Eines der schwerwiegendsten Desiderate hat vor kurzem Alf Mintzel selbst benannt. Es fehle, so bemerkte er, eine »aktuelle Gesamtdarstellung, die den neuesten Forschungsstand« berücksichtige. Zugleich wies er künftigen Forschern den Weg: Hauptaufgabe müsse es sein, »die zahlreichen Einzel- und Spezialuntersuchungen zu einem größeren Ganzen zusammenzuführen« und »systematisch in eine Gesellschafts-, Wirtschafts- und

<sup>73</sup> Hans Ferdinand GROSS, *Hanns Seidel 1901-1961. Eine politische Biographie*, München 1992.

<sup>74</sup> *Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995*, hrsg. v. der HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, Grünwald 1995.

<sup>75</sup> *50 Jahre Junge Union Bayern. Zukunft einer Volkspartei*, hrsg. v. der JUNGEN UNION BAYERN, Grünwald 1997.

<sup>76</sup> *Zum 100. Geburtstag. Josef Müller. Der erste Vorsitzende der CSU. »Politik für eine neue Zeit«*, hrsg. v. der HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, Grünwald 1998.

Staatsgeschichte Bayerns« einzupassen.<sup>77</sup> Da eine Monographie, die diesen hohen Standards gerecht wird, nicht in Sicht ist, werden wir noch einige Zeit auf die Zusammenfassungen und Überblicksdarstellungen angewiesen sein, die in den siebziger und achtziger Jahren erschienen sind. Neben den beiden großen Monographien Mintzels sind dies vor allem sein Beitrag für das Parteien-Handbuch<sup>78</sup> und Peter Haungs' Abhandlung über die Unionsparteien in dem zweibändigen Sammelwerk über christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa.<sup>79</sup> Das kurze Porträt der CSU von Peter Gutjahr-Löser, zum Zeitpunkt des Erscheinens Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, ist dagegen zu wenig problemorientiert, um mehr als der ersten Information dienen zu können.<sup>80</sup> Über zwei zusammenfassende Darstellungen zur Geschichte der CSU, die 1966 und 1989 in der ehemaligen DDR erschienen sind, ist die Zeit hinweggegangen.<sup>81</sup> Gemäß der offiziellen Sprachregelung wurde die CSU zu den parteipolitischen Exponenten »der in Westdeutschland herrschenden monopolkapitalistischen, militaristischen und revanchistischen Kräfte« gerechnet, die im Verein mit der CDU für die »Restauration« und den »Ausbau des imperialistischen Herrschaftssystems« verantwortlich sei, eine forcierte Aufrüstungspolitik verfolge und eine aggressive, »primär gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten« gerichtete Außenpolitik betreibe.<sup>82</sup> Eine solche Sicht der Dinge trug freilich wenig dazu bei, den Aufstieg der CSU und ihren anhaltenden landes- und bundespolitischen Erfolg zu erklären.

77 A. MINTZEL, *CSU als Forschungsobjekt* (wie Anm. 7), S. 117.

78 Alf MINTZEL, *Die Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.*, in: Richard STÖSS (Hrsg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Bd. 2: CSU bis DSU, Opladen 1986, S. 661-718.

79 Peter HAUNGS, *Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und die Christlich Soziale Union in Bayern (CSU)*, in: Hans-Joachim VEEN (Hrsg.), *Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa*, Bd. 1, Paderborn 1983, S. 9-194. Wer nicht so sehr die wissenschaftlich fundierte Information sucht und ein bissig-ironisches Buch bevorzugt, der sei auf Herbert RIEHL-HEYSE, *CSU. Die Partei, die das schöne Bayern erfunden hat*, München 1979, verwiesen.

80 Peter GUTJAHR-LÖSER, *CSU. Porträt einer Partei*, München 1979.

81 Christlich-Soziale Union, in: *Die westdeutschen Parteien 1945-1965. Ein Handbuch*, hrsg. v. DEUTSCHEN INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE, Berlin (O) 1966, S. 184-219, und – als modifizierte Fortschreibung – *Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)*, in: *Parteien in der BRD. Ein Handbuch*, Berlin (O) 1989, S. 121-160.

82 Christlich-Soziale Union (wie Anm. 81), S. 184.

### Der steinige Weg zum Erfolg: Phasen der Parteigeschichte

Wenn man sich für die konfliktreichen Anfänge der CSU zwischen 1945 und 1949 interessiert, kann man aus dem vollen schöpfen. Die Ereignisse dieser Jahre, die für die weitere Entwicklung der CSU von entscheidender Bedeutung waren, sind wesentlich besser erforscht als alle anderen Etappen der Parteigeschichte. Neben den bereits erwähnten Arbeiten von Berberich, Mintzel, Kock, Gelberg und Fait, der Edition von Henke/Woller und dem umfangreichen Quellenwerk zur Frühgeschichte der CSU bis 1948 sind vor allem biographische Studien über »Veteranen« der Flügelkämpfe zu nennen. Christiane Reuter hat sich mit Anton Pfeiffer beschäftigt, dem Strategen Hans Ehards in der bayerischen Staatskanzlei,<sup>83</sup> Otto Altendorfer<sup>84</sup> und Christoph Henzler<sup>85</sup> haben die Spuren Fritz Schäfflers als Vorsitzender der BVP, bayerischer Ministerpräsident und erster Finanzminister der Bundesrepublik verfolgt, Friedrich Hermann Hettler hat eine erste Studie über Josef Müller, den berühmt-berüchtigten Ochsensepp, publiziert.<sup>86</sup> Dazu kommen Untersuchungen über den Neubeginn in Bayern und die Gründung politischer Parteien unter den Argusaugen der amerikanischen Militärregierung, wie sie etwa Hans Woller für Ansbach und Fürth,<sup>87</sup> Dietmar Grypa für Altötting und Burghausen<sup>88</sup> oder Peter Zeitler für Kronach und Kulmbach vorgelegt haben.<sup>89</sup> In diesen Regionalstudien zeigt sich etwa, wie historisch-politische Traditionen die Gründung der CSU in verschiedenen Teilen Bayerns beeinflußten, wer die Personen waren, die die Union vor Ort aus der Taufe hoben und welche Konsequenzen sie aus der totalitären Erfahrung der NS-Zeit zogen.

Damit ist bereits eine Reihe von Problemen angesprochen, denen künftige Arbeiten über die Anfänge der CSU systematisch nachgehen müßten: So wissen wir nach wie vor wenig über die Zusammensetzung der Gründer-

<sup>83</sup> Christiane REUTER, »Graue Eminenz der bayerischen Politik. Eine politische Biographie Anton Pfeiffers (1888-1957), München 1987.

<sup>84</sup> Otto ALTENDORFER, *Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei (1888-1945)*, 2 Bde., München 1993.

<sup>85</sup> Christoph HENZLER, *Fritz Schäffer 1945-1967. Eine biographische Studie zum ersten bayerischen Nachkriegs-Ministerpräsidenten und ersten Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland*, München 1994.

<sup>86</sup> Friedrich Hermann HETTLER, *Josef Müller (»Ochsensepp«). Mann des Widerstandes und erster CSU-Vorsitzender*, München 1991.

<sup>87</sup> Hans WOLLER, *Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth*, München 1986.

<sup>88</sup> Dietmar GRYPA, *Studien zu Kriegsende und Neubeginn im Landkreis Altötting* (Burghäuser Geschichtsblätter 46), Burghausen 1991.

<sup>89</sup> Peter ZEITLER, *Neubeginn in Oberfranken 1945-1949. Die Landkreise Kronach und Kulmbach*, Kronach 1997.

generation der bayerischen Unionspartei, über ihr Sozialprofil und über ihre kollektive Erfahrung.<sup>90</sup> Gruppenbiographische Untersuchungen könnten helfen, bislang unbeachtete Aspekte der Gründungsgeschichte zu erschließen und die Flügelkämpfe der Ära Müller auf soziale Strukturen zurückzubinden. Von besonderer Bedeutung wäre hierbei die Frage nach dem Lebensweg der Gründungsmitglieder im Dritten Reich, nach Anpassung und Opportunismus, politischer Verfolgung, Resistenz und Widerstand. Schließlich hat die These einiges für sich, daß die gemeinsame totalitäre Erfahrung 1945/1946 die zentrifugalen Kräfte ausbalancierte, die die CSU wiederholt zu zerreißen drohten.<sup>91</sup> Damit sind noch einmal die innerparteilichen Auseinandersetzungen der ersten Jahre angesprochen. Winsfried Becker hat vor kurzem versucht, die Bedeutung der Flügelkämpfe für die Frühgeschichte der CSU zu relativieren und eine Lanze für die vielen BVP-Politiker zu brechen, die auch nach 1945 an der Tradition ihrer nach der Machtübernahme Hitlers untergegangenen Partei festhalten wollten. Von seinen Bewertungen und Thesen sind jedoch einige zumindest strittig.<sup>92</sup>

Die Konflikte der ersten Jahre flauten ab, nachdem der Parteivorsitzende Josef Müller im Mai 1949 von den Delegierten der Landesversammlung abgewählt und durch Hans Ehard ersetzt worden war. Ehard, in Personalunion auch bayerischer Ministerpräsident, gelang es zwar, einen labilen Burgfrieden zwischen den verfeindeten, aber erschöpften Flügeln der Partei zu stiften, eine echte Reform der CSU, die mit der Währungsreform im Juni 1948 zudem in eine tiefe organisatorische Krise gestürzt war, konnte aber auch er nicht einleiten. In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre degenerierte die CSU zu einer Honoratiorenpartei, und sie war weit von ihrem Anpruch, eine große Volkspartei zu sein, entfernt. Über diese Phase der Parteigeschichte war bisher nicht viel bekannt. Alf Mintzel hat sie auf wenigen Seiten in groben Zügen beschrieben. Karl-Ulrich Gelberg hat die Rolle von Hans Ehard näher beleuchtet, ohne aber die Entwicklung der Partei unter seiner Regie in den Mittelpunkt der Darstellung zu rücken. Konstanze Wolf hat sich mit der verworrenen Beziehungsgeschichte von CSU und Bayernpartei

90 Ein erster Schritt – die Untersuchung der Zusammensetzung des (Erweiterten) Landesausschusses der CSU im Schlüsseljahr 1946 – bei Thomas SCHLEMMER, *Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945-1955*, München 1998, S. 69-89.

91 Vgl. ebd., S. 29-44. Winsfried BECKER, *Gründung und Wurzeln der Christlich-Sozialen Union*, in: *Geschichte einer Volkspartei* (wie Anm. 74), S. 69-107, hier S. 71, kommt nach einer Untersuchung von Einzelfällen zu dem bedenkenswerten Schluß, die »persönlichen Lebensschicksale von Unionsgründern unterschiedlicher Herkunft in Bayern« zeigten »die bewußtseinsbildende Bedeutung der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus«. Ob man angesichts der bestehenden Forschungslage aber so weit gehen kann zu behaupten, daß in den Reihen der Unionsgründer in Bayern »die Verhaltensformen des Widerstands« bzw. »der Verweigerung oder der Nichtanpassung« dominiert hätten, ist fraglich.

92 Ebd., vor allem S. 99-107.

beschäftigt.<sup>93</sup> Die erste umfangreichere Darstellung der Geschichte der CSU in der Ära Ehard liegt nun mit meiner eigenen Dissertation vor.<sup>94</sup> Untersucht werden hier unter anderem der schleichende Zerfall des Mitgliederstamms, die durch ständigen Geldmangel bedingte organisatorische Dauermisere, die Überlagerung alter Konflikte durch neue Frontlinien – etwa die wachsenden Spannungen zwischen Bundes- und Landespolitikern –, der weitere Weg Josef Müllers und seiner Anhängerschaft nach ihrer Niederlage auf der Straubinger Landesversammlung, konfessionelle Konflikte, die in diesen Jahren in neuer Schärfe entbrannten, oder – wenigstens ansatzweise – die Formierung reformbereiter Kräfte hinter der von der Parteiführung ausgerichteten konservativen Fassade.

Es bleibt aber einer künftigen Studie vorbehalten, systematisch zu untersuchen, inwieweit die Generation der Parteigründer nach 1949 verdrängt wurde, ob es eine Art innerparteilichen Elitenwechsel gab und – wenn ja – woher die neuen Führungskräfte kamen und welche Kurskorrekturen sie vornahmen.

Dieser Phase der Stagnation folgte Ende 1954 der Sturz in die Opposition. Die CSU war zwar als klare Siegerin aus der Landtagswahl hervorgegangen, es gelang Hans Ehard jedoch nicht, die notwendigen Koalitionspartner zu finden. Statt dessen konnte die SPD die Bayernpartei, die FDP und den BHE zu einem Bündnis gegen die CSU bewegen, das wegen seiner Heterogenität kaum jemand für möglich gehalten hatte.<sup>95</sup> Die gescheiterte Regierungsbildung löste in der bayerischen Unionspartei einen Sturm der Entrüstung aus. In der Kritik standen vor allem katholisch-konservative Exponenten wie Landtagspräsident Alois Hundhammer und Prälat Georg Meixner, der Vorsitzende der Landtagsfraktion, denen man vorwarf, potentielle Partner durch kulturpolitische Maximalforderungen verprellt zu haben. Aber auch der bisher unantastbare Hans Ehard kam nicht ungeschoren davon und trat von seinem Amt als Landesvorsitzender zurück. Sein Nachfolger wurde Hanns Seidel. Die Krise, die durch die Bildung der Viererkoalition ausgelöst wurde, hatte aber auch ihr Gutes: Sie war der Ausgangspunkt einer ungeahnten Mobilisierung der CSU und führte all denen, die bisher gezögert hatten, die Notwendigkeit einer umfassenden Reform vor Augen. Die Parteiführung um Hanns Seidel, Franz Josef Strauß, Rudolf Eberhard und den frischgebackenen Generalsekretär Friedrich Zimmermann ging mit neuem

93 Vgl. A. MINTZEL, *Anatomie* (wie Anm. 13), S. 222 ff., S. 237 ff. und S. 247-250; K.-U. GELBERG, *Hans Ehard* (wie Anm. 72); K. WOLF (wie Anm. 67).

94 Th. SCHLEMMER, *Aufbruch, Krise und Erneuerung* (wie Anm. 90), S. 331-474.

95 Die immer noch beste Darstellung bei Heike BRETSCHNEIDER, *Die Bildung der Viererkoalition. Die parteipolitische Konstellation in Bayern in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre*, in: ZfBLG 41 (1978), S. 999-1038.

Schwung an die Reorganisation der Landesleitung und den Wiederaufbau eines schlagkräftigen Parteiapparats. Schon 1957 konnte sie erste Früchte ernten, als die CSU bei der Bundestagswahl einen großen Wahlsieg errang und die Viererkoalition durch ein Kabinett Seidel abgelöst wurde. Die Parteiführung sah ihre Aufgabe jedoch nicht als beendet an. Franz Josef Strauß, der 1961 anstelle des schwerkranken Hanns Seidel zum CSU-Vorsitzenden gewählt worden war, und seine Generalsekretäre Zimmermann, Jaumann, Streibl und Tandler setzten die Modernisierung der CSU fort, die in diesen Jahren zur »bayerischen Staats- und Hegemonialpartei« aufstieg.<sup>96</sup>

Auch diesen Prozeß hat Alf Mintzel ausführlich, aber nicht erschöpfend dargestellt.<sup>97</sup> Es bliebe etwa im einzelnen zu untersuchen, wie sich die Neuformierung der Führungselite der CSU nach dem Schock des Machtverlusts vollzog, auf welche Weise und gegen welche Widerstände neue zentralistische Strukturen – zum Beispiel hauptamtlich besetzte Bundeswahlkreisgeschäftsstellen – gegen noch immer einflußreiche Honoratiorenzirkel durchgesetzt wurden oder wie das Personal für die expandierende Parteiverwaltung rekrutiert wurde. Es wäre auch lohnend, nach dem Anteil einzelner Führungspersönlichkeiten an der Reorganisation der CSU zu fragen; Hans Ferdinand Groß ist die Antwort darauf in seiner Biographie über Hanns Seidel, der als einer der großen Reformer der Partei gilt, weitgehend schuldig geblieben.<sup>98</sup>

#### Organisation, Mitglieder, Programme

Über die Entwicklung der CSU zur »Massen- und Apparatpartei modernen Typs« sind wir dank der Forschungen Mintzels also gut informiert,<sup>99</sup> zuletzt durch eine vergleichende Analyse der Organisationsstruktur von CSU, SPD und FDP in Bayern.<sup>100</sup> Da er jedoch hauptsächlich beschrieben hat, wie der Parteiführung und dem Parteiapparat mehr Macht und Steuerungskompetenz zuwachsen, könnte es reizvoll sein zu untersuchen, wie einflußreich die Partezentrale tatsächlich gewesen ist und in welchem Dickicht aus gruppenspezifischen und regionalen Interessen sie sich bewegte. Josef Schmid ist solchen Fragen am Beispiel der CDU nachgegangen und zu dem Ergebnis

96 A. MINTZEL, *Regionale politische Traditionen und CSU-Hegemonie* (wie Anm. 34), S. 126.

97 Vor allem A. MINTZEL, *Anatomie* (wie Anm. 13), S. 273–434.

98 Vgl. H.F. GROSS (wie Anm. 73), S. 129–150.

99 Zur Begrifflichkeit vgl. A. MINTZEL, *Anatomie* (wie Anm. 13), S. 67–71; zur Kritik vgl. die Belege bei A. MINTZEL, *CSU als Forschungsobjekt* (wie Anm. 7), S. 84.

100 Alf MINTZEL, *Strategie und Organisation. Sozio-strukturelle Schwächen von SPD und FDP in Bayern*, in: Stefan IMMERFALL/Aline M. KUNTZ/Alf MINTZEL/Paul THURNER, *Parteien in Bayern. Vier Studien* (Passauer Papiere zur Sozialwissenschaft 15), Passau 1996, S. 103–176.

gekommen, daß die politische Wirklichkeit in einer modernen Großpartei wie der CDU eher dem Modell einer »fragmentierten, lose verkoppelten Anarchie«<sup>101</sup> entspricht als der Vorstellung von einem nach rationalen Kriterien organisierten, zentral gesteuerten Apparat.<sup>102</sup>

Obwohl es zu Entwicklung und Struktur der CSU-Mitgliederschaft keine eigenständige Studie neueren Datums gibt, muß man auch hier kein Neuland betreten. Zumindest für die Jahre bis 1948 und für die Jahre etwa ab 1960 liegen fundierte Analysen vor;<sup>103</sup> die große Lücke ist vor allem dadurch zu erklären, daß es für diesen Zeitraum kaum entsprechendes Quellenmaterial gibt.

Die Wahlforschung hat sich ebenfalls mit der CSU und ihren Wählern befaßt. Zusammenfassende Informationen liefern die einschlägigen Kapitel in den Überblickswerken.<sup>104</sup> Zudem wurden einige Wahlergebnisse punktuell untersucht.<sup>105</sup> Susanne Koch hat sich zuletzt – vor allem für die siebziger und achtziger Jahre – mit der Interdependenz von Parteiorganisation und Wahlerfolg am Beispiel von CSU und SPD auseinandergesetzt.<sup>106</sup>

Für Bayern und den Aufstieg der CSU besonders bedeutsam ist der Zusammenhang von historischer Entwicklung, soziopolitischer Topographie und Wahlverhalten, der es der bayerischen Unionspartei lange Zeit sehr schwer gemacht hat, in allen Landesteilen gleichermaßen Fuß zu fassen. Insbesondere Alf Mintzel hat immer wieder darauf hingewiesen, daß die innerbayerischen Regionalismen und Spannungslinien für die Wahlentscheidung der Bevölkerung lange Zeit von Bedeutung gewesen seien und erst

101 Elmar WIESENDAHL, *Wie politisch sind politische Parteien? Zu einigen vernachlässigten Aspekten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien*, in: Jürgen W. FALTER/Christian FENNER/Michael Th. GREVEN (Hrsg.), *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11.-13.10.1983 in Mannheim*, Opladen 1984, S. 78-88, hier S. 82.

102 Josef SCHMID, *Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus*, Opladen 1990; zur Kritik Schmids am »Zentralisierungsmythos« vgl. auch Thomas von Winter, *Die Christdemokratie als Analyseobjekt oder: Wie modern ist die CDU-Forschung?*, in: O. NIEDERMAYER/R. STÖSS (wie Anm. 7), S. 57-80, hier S. 62.

103 Vgl. vor allem A. MINTZEL, *Anatomie* (wie Anm. 13), S. 166-193 und S. 382-434; Fortschreibung bis 1989 bei A. MINTZEL, *CSU in Bayern* (wie Anm. 41), S. 217-220. Zur Mitgliederentwicklung zwischen 1948 und 1955 vgl. jetzt Th. SCHLEMMER, *Aufbruch, Krise und Erneuerung* (wie Anm. 90), S. 250 ff. und S. 456-464.

104 Vgl. A. MINTZEL, *Geschichte der CSU* (wie Anm. 39), S. 415-441; P. HAUNGS, *CDU und CSU* (wie Anm. 79), S. 163-179; D. THIRNHARDT (wie Anm. 20), S. 191-327; Detlef LEHNERT, *Volksparteien zwischen Milieubildung und Modernisierung - CDU/CSU in der Wahlanalyse*, in: Hans-Joachim SCHABEDOTH/Klaus Jürgen SCHERER (Hrsg.), *Ende der Wende? Konservative Hegemonie zwischen Manifestation und Erosion*, Marburg 1990, S. 75-92.

105 Vgl. etwa Alf MINTZEL, *Die bayerische Landtagswahl vom 27. Oktober 1974. Triumph einer konservativen Partei: Ein wahlsoziologischer Sonderfall?*, in: *ZfParl 6* (1975), S. 429-446.

106 Susanne KOCH, *Parteien in der Region. Eine Zusammenhangsanalyse von lokaler Mitgliederpräsenz, Wahlergebnis und Sozialstruktur*, Opladen 1994.

in den letzten Jahrzehnten stark an Wirkungsmächtigkeit verloren hätten, ohne aber gänzlich zu verschwinden.<sup>107</sup> Er hat in diesem Zusammenhang auch von einem »innerbayerischen politisch-kulturellen Homogenisierungsprozeß« gesprochen, »der Bayern erst zu der politisch-kulturellen Einheit werden ließ, als die es sich seit nunmehr einer Generation unter der CSU-Hegemonie präsentiert«.<sup>108</sup>

Während mit der Arbeit von Dorothee Buchhaas eine ausführliche Darstellung der programmativen Entwicklung der CDU vorliegt,<sup>109</sup> fehlt für die bayerische Schwesterpartei etwas Ähnliches, so daß man einmal mehr auf die einschlägigen Überblickswerke,<sup>110</sup> auf Schrifttum, für das die CSU selbst verantwortlich zeichnet,<sup>111</sup> und auf vereinzelte Beiträge wie den Aufsatz von Konrad Repgen über die »Anfänge des CSU-Programms von 1945«<sup>112</sup> verweisen muß. Die Dissertation von Josef Kirchmann zur Bedeutung christlicher Werte in Programm und Praxis der CSU kann eine quellengesättigte, methodisch innovative Programmgeschichte der bayerischen Unionspartei nicht ersetzen.<sup>113</sup> Dieser Besund trifft auch für die Studien von Aline M. Kuntz zu, die Programm und weltanschauliche Konzeption der CSU als Reaktion auf die Krise des Konservatismus erklärt. Die bayerische Unionspartei, so ihr Fazit, habe »im Gegenzug auf den Anschlag der Moderne eine Antwort« gefunden, »die nicht nur erstaunlich einmütig, sondern auch außerordentlich rücksichtlich« gewesen sei.<sup>114</sup> Sicherlich gab und gibt es

107 Vgl. A. MINTZEL, *Regionale politische Traditionen und CSU-Hegemonie* (wie Anm. 34), S. 131-172. In diesem Zusammenhang ist auch die Auseinandersetzung zwischen Jürgen W. FALTER, *Bayerns Uhren gehen wirklich anders. Politische Verhaltens- und Einstellungsunterschiede zwischen Bayern und dem Rest der Bundesrepublik*, in: ZfParl 13 (1982), S. 504-521, und Alf MINTZEL, *Gehen Bayerns Uhren wirklich anders?*, in: ZfParl 18 (1987), S. 77-93, zu beachten.

108 A. MINTZEL, *CSU in Bayern* (wie Anm. 41), S. 227.

109 Dorothee BUCHHAAS, *Die Volkspartei. Programmativische Entwicklung der CDU 1950-1973*, Düsseldorf 1981.

110 Vgl. A. MINTZEL, *Geschichte der CSU* (wie Anm. 39), S. 201-234; P. HAUNGS, *CDU und CSU* (wie Anm. 79), S. 143-162. Ein wichtiges Stück Programmgeschichte: Emil MUHLER, *Die ideologischen Grundlagen der CSU*, in: *Politisches Jahrbuch der CSU 1954*, S. 12-32.

111 Peter GUTJAHR-LÖSER/Theo WAIGEL (Hrsg.), *Die Grundsatzdiskussion in der CSU. Studien, Berichte, Dokumente*, 3 Teile, München 1977-1981.

112 Konrad REPGEN, *Über die Anfänge des CSU-Programms von 1945*, in: Andreas KRAUS (Hrsg.), *Land und Reich. Stamm und Nation. Probleme und Perspektiven bayerischer Geschichte. Festgabe für Max Spindler zum 90. Geburtstag*, Bd. 3: *Vom Vormärz bis zur Gegenwart*, München 1984, S. 459-471.

113 Josef KIRCHMANN, *Die Bedeutung christlicher Werte in Programm und Praxis der CSU*, St. Ottilien 1985.

114 Aline M. KUNTZ, *Jenseits von Bayern. Vergleichende Folgerungen der CSU-Ideologie*, in: S. IMMERFALL/A.M. KUNTZ/A. MINTZEL/P. THURNER (wie Anm. 100), S. 7-22, hier S. 8; Aline M. KUNTZ, *Conservatives in Crisis. The Bavarian Christian Social Union and the Ideology of Antimodernism*, Diss., Ann Arbor 1987.

antimoderne Reflexe in Programm und Gesellschaftsbild der CSU. Man darf jedoch nicht übersehen, wie typisch die Besetzung von Begriffen und ihre Umdeutung sowie die schlagkräftige Verbindung von Tradition und Fortschritt, die nicht bloß rhetorische Floskel war, gerade für die bayerische Unionspartei gewesen ist.<sup>115</sup> Schließlich ist es kein Zufall, daß Franz Josef Strauß 1968 die mittlerweile schon geflügelten Worte geprägt hat: »Konservativ sein heißt an der Spitze des Fortschritts marschieren«.<sup>116</sup>

### Arbeitsgemeinschaften und Beziehungen zu gesellschaftlichen Gruppen

Anders als die CSU selbst haben ihre Arbeitsgemeinschaften wie die Frauen Union,<sup>117</sup> die Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft,<sup>118</sup> die Kommunalpolitische Vereinigung<sup>119</sup> oder die Junge Union bisher kaum das Interesse der Forschung gefunden. Ein besonders schwerwiegendes Desiderat ist das Fehlen einer fundierten Studie über die bayerische Junge Union,<sup>120</sup> aus der schon früh eine Reihe von Politikern herausgewachsen ist, die den Strukturwandel der CSU seit 1955 an führender Stelle mitgestaltet haben. Inwieweit die Junge Union ein echter Motor dieser Entwicklung sein konnte, bliebe ebenso zu untersuchen wie ihre Funktion als Rekrutierungsinstrument

---

<sup>115</sup> Zur Wirkungsgeschichte gesellschaftspolitischer Leibbilder vgl. Detlev IPSEN/Thomas FUCHS, *Die Modernisierung des Raumes – Blockierung und Öffnung. Raumbilder als historische Bedingung regionaler Entwicklung in Nordhessen und Oberbayern*, in: 1999 6 (1991) H.1, S. 13-33.

<sup>116</sup> Zit. nach A. MINTZEL, *Geschichte der CSU* (wie Anm. 39), S. 204.

<sup>117</sup> Vgl. *50 Jahre Frauen-Union in Bayern*, hrsg. von der FRAUEN-UNION DER CSU, Augsburg 1997. Dem eher unkritischen Buch von Hans SÜSSMUTH, *Kleine Geschichte der CDU-Frauen Union. Erfolge und Rückschläge 1948-1990*, Baden-Baden 1990, fehlt ein Exkurs über die Frauenarbeitsgemeinschaft der Schwesterpartei; zu wichtigen Frauenvertreterinnen in der CSU vgl. Ursula MÄNNLE, *Maria Probst (1902-1967)*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, hrsg. v. Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER, Bd. 7, Mainz 1994, S. 113-127, und Ursula SCHLEICHER, *Glöcknerin von Bonn: Ingeborg Geisendorfer*, in: Renate HELLWIG (Hrsg.), *Die Christdemokratinnen. Unterwegs zur Partnerschaft*, Stuttgart 1984, 212-221.

<sup>118</sup> Ein erster Überblick bei Karl Jörg WOHLHÜTER, *Die CSU. Der linke Flügel Lahmt*, in: Peter Josef BOCK (Hrsg.), *Im Prinzip sozial. Die großen Parteien und die Arbeitnehmer*, Hannover 1976, S. 87-105.

<sup>119</sup> Einiges bei Joachim WILDERS, *Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und der CSU Deutschlands. Ein Beitrag zur Untersuchung des Vereinigungssystems der Unionsparteien*, Frankfurt am Main 1986, vor allem S. 237-245. Man beachte den Fehler im Titel dieser Arbeit: Eine CSU Deutschlands gibt es nicht.

<sup>120</sup> Die Studie von Gerhard MÜLLER, *Die Junge Union in Bayern und ihr Beitrag zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung*, Diss., Regensburg 1987, ist eine Art Momentaufnahme für die erste Hälfte der achtziger Jahre. Für diese Zeit findet sich dort interessantes Material über Mitgliederentwicklung und -struktur sowie über die Organisation der Jungen Union, das aus internen Quellen stammt. Ein Abriß über die Geschichte der Jungen Union seit ihren Anfängen, der jedoch wenig Neues bietet, auf S. 50-59.

politischen Nachwuchses und als Kanal für Parteikarrieren<sup>121</sup> oder ihr Anteil am »Verjüngungsprozeß der Partei«<sup>122</sup>, der in den sechziger Jahren verstärkt einsetzte und über dessen Verlauf und Auswirkungen wir bisher kaum etwas wissen. Bis eine solche Arbeit vorliegt, muß man sich mit einer Reihe von Fest- und Jubiläumsschriften begnügen – die letzte ist erst 1997 erschienen –, die anhand von einführenden Aufsätzen, Erinnerungsberichten und Interviews mit Zeitzeugen oder Chroniken über die Geschichte der Jungen Union in Bayern informieren.<sup>123</sup>

Die Arbeitsgemeinschaften der CSU sind nicht zuletzt als eine Art Schnittpunkt zwischen der Partei und bestimmten gesellschaftlichen Gruppen gegründet worden, die es für die Union zu gewinnen galt. Unser Wissen über die Beziehungen zwischen der CSU und diesen Gruppen oder deren Interessenverbänden ist jedoch recht lückenhaft. Angesichts der Bedeutung bürgerlicher Wähler und Mitglieder für die CSU wäre es beispielsweise lohnend, systematisch der Frage nachzugehen, wie sich das Verhältnis zwischen CSU und dem einflußreichen Bayerischen Bauernverband gestaltet hat.<sup>124</sup> Ebenso müßte untersucht werden, wie die bayerische Unionspartei mit der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften umging – hier lag für die CSU stets eine besondere Schwierigkeit<sup>125</sup> – oder wie ihre Kontakte zu den Repräsentanten der Wirtschaft beschaffen waren. Eine Studie zu diesem Thema könnte beim Wirtschaftsbeirat der Union ansetzen, einer 1948 gegründeten, nominell unabhängigen Vereinigung,<sup>126</sup> die nicht nur ihren Beitrag zur Finanzierung der CSU leistete, sondern sich an der Nahtstelle

121 Für Junge Union und CDU vgl. Wolfgang HACKEL, *Die Auswahl des politischen Nachwuchses in der Bundesrepublik Deutschland. Die Junge Union als Sprungbrett für politische Karrieren in der CDU*, Stuttgart 1978, und Claus-Peter GROTZ, *Die Junge Union. Struktur, Funktion, Entwicklung der Jugendorganisation von CDU und CSU seit 1969*, Kehl am Rhein 1983; die Junge Union in Bayern wird in Grotz' Arbeit nicht eigenständig behandelt.

122 A. MINTZEL, *Geschichte der CSU* (wie Anm. 39), S. 130-134.

123 40 Jahre Junge Union Bayern. 1947-1987, hrsg. v. der JUNGEN UNION BAYERN, München 1987; Zukunft einer Volkspartei (wie Anm. 75).

124 Einiges dazu bei Andreas EICHMÜLLER, *Landwirtschaft und bürgerliche Bevölkerung in Bayern. Ökonomischer und sozialer Wandel 1945-1970. Eine vergleichende Untersuchung der Landkreise Erding, Kötzting und Obernburg*, München 1997, S. 320-397.

125 Vgl. K.J. WOHLHÜTER, *Der linke Flügel lahmt* (wie Anm. 118); zu den christlichen Arbeitnehmerorganisationen vgl. auch Dorit-Maria KRENN/Dietmar GRYPKA, »Wir sind erst Christen, dann Deutsche, dann Arbeiter. Die christlichen Gewerkschaften in Bayern, in: Ludwig EIBER/Rainhard RIEPERTINGER/Evamaria BROCKHOFF (Hrsg.), *Acht Stunden sind kein Tag. Geschichte der Gewerkschaften in Bayern*, Augsburg 1997, S. 54-66.

126 Vgl. Franz ELSEN, *Der Wirtschaftsbeirat*, in: *Politisches Jahrbuch der CSU 1954*, S. 126 f., und Georg HAIDL, *Der Wirtschaftsbeirat der CSU. Mittler zwischen Politik und Wirtschaft*, in: *Gesellschaftspolitische Kommentare* 14 (1967), S. 236-238. Elsen und Haidl waren führende Mitglieder des Wirtschaftsbeirats.

von Partei, Staat und Wirtschaft zu einer »Schaltstelle des Interessenausgleichs«<sup>127</sup> entwickelte.

Obwohl die Kirchen für eine christliche Partei naturgemäß ausnehmend wichtige Partner sind, hat die Forschung auf diesem Feld bisher viele Fragen offengelassen. Vordringlich ist in diesem Zusammenhang die Analyse der zeitweise problematischen Beziehungen der CSU zur Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayerns und der parteiinternen Bewältigung konfessioneller Konflikte als Voraussetzung für die Gewinnung des protestantischen Bevölkerungssteils in Ober- und Mittelfranken.<sup>128</sup> Hier könnte es ein erfolgversprechender Weg sein, sich eingehender mit der Geschichte des Evangelischen Arbeitskreises der CSU zu beschäftigen, dem die heikle Aufgabe zufiel, zwischen der mehrheitlich katholischen Parteiführung, den evangelischen Christen, die der Union nahestanden, und der Kirchenleitung zu vermitteln.<sup>129</sup> Zudem ist es an der Zeit, das Verhältnis von CSU und katholischer Kirche im Kontext des sozialen, ökonomischen und kulturellen Wandels, dem die westdeutsche Gesellschaft seit den fünfziger Jahren ausgesetzt war, genauer als bisher unter die Lupe zu nehmen.<sup>130</sup> Alf Mintzel hat noch vor wenigen Jahren davon gesprochen, daß die Beziehung von CSU und katholischer Kirche »traditionsgemäß geradezu symbiotisch« geblieben sei.<sup>131</sup> Inwieweit dieser Befund tatsächlich tragfähig ist, oder ob er – trotz

127 Diesen Begriff prägte – in etwas anderem Zusammenhang – K. MÖCKL (wie Anm. 27), S. 751.

128 Zum Urkonflikt der CSU zwischen Katholiken und Protestanten vgl. Franz KÜHNEL, *Die CSU und der fränkische Protestantismus 1945-1953*, unveröffentlichte Magisterarbeit, Erlangen 1983; Michael RENNER, *Nachkriegsprotestantismus in Bayern. Untersuchungen zur politischen und sozialen Orientierung der Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayerns und ihres Landesbischofs Hans Meiser in den Jahren 1945-1955*, München 1991; Th. SCHLEMMER, *Aufbruch, Krise und Erneuerung* (wie Anm. 90), S. 412-431; einiges auch bei Norbert TRIPPEN, *Interkonfessionelle Irritationen in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland*, in: Karl Dietrich BRACHER u.a. (Hrsg.), *Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag*, Berlin 1992, S. 345-377, und Hermann Ehlers, *Präsident des Deutschen Bundestages. Ausgewählte Reden, Aufsätze und Briefe 1950-1954*, bearb. v. Rüdiger WENZEL, hrsg. und eingel. v. Karl Dietrich ERDMANN, Boppard am Rhein 1991.

129 Peter EGEN, *Die Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU*, Diss., Bochum 1971; Gerhard BESIER, »Christliche Parteipolitik und Konfession. Zur Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU«, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 3 (1990/1991), S. 166-187; Roman HERZOG, *Die geistigen Grundlagen der freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Zugleich: zu den Aufgaben des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Politik und Kirche*, in: Hermann KUNST/Helmut KOHL/Peter EGEN (Hrsg.), *Dem Staat verpflichtet. Festgabe für Gerhard Schröder*, Stuttgart 1980, S. 157-169.

130 Noch immer grundlegend: Rudolf MORSEY, *Katholizismus und Unionsparteien in der Ära Adenauer*, in: Albrecht LANGNER (Hrsg.), *Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik 1949-1963*, Paderborn 1978, S. 33-59; in diesem Zusammenhang wenig ergiebig Bernhard LEHMANN, *Katholische Kirche und Besatzungsmacht in Bayern 1945-1949 im Spiegel der OMGUS-Akten*, München 1994.

131 A. MINTZEL, *CSU als Forschungsobjekt* (wie Anm. 7), S. 100; das folgende Zitat ebd.

der Einschränkung, daß sich die CSU durch ihre Metamorphose zu einer wirklich christlich-interkonfessionellen Partei »vom Odium [...] ›klerikaler Abhängigkeit« befreit habe – nicht den Blick auf zentrale Fragen und Entwicklungen verstellt, wird sich erst erweisen, wenn entsprechende Studien vorliegen.

### Parlamentarische Repräsentanz und Politik

Trotz ihrer öffentlichkeitswirksamen Rolle als bundespolitische Speerspitze bzw. als landespolitisches Rückgrat hat die Forschung der CSU-Landesgruppe in Bonn und der CSU-Landtagsfraktion in München bisher nicht genügend Beachtung geschenkt. Wer sich mit der Landesgruppe beschäftigt, über deren Funktion und Entwicklung wir in groben Zügen orientiert sind,<sup>132</sup> muß noch immer auf die Arbeit von Günter Mühler zurückgreifen,<sup>133</sup> die jedoch weder gruppenbiographische Aspekte berücksichtigt noch der Frage nachgeht, welches Gewicht der Landesgruppe im Geflecht der innerparteilichen Machtbeziehungen in verschiedenen Phasen der Parteigeschichte zukam oder wie Bundes- und Landespolitik aufeinander abgestimmt wurden. Diese Frage läßt sich auch für die Landtagsfraktion der CSU nur ansatzweise beantworten.<sup>134</sup> Während für die Landtagsfraktionen von SPD und CDU in Nordrhein-Westfalen wissenschaftlich fundierte, aus den Quellen gearbeitete Studien vorliegen oder vorbereitet werden,<sup>135</sup> existiert für die Landtagsfraktion der CSU nichts Vergleichbares. Angesichts der ausnehmend guten Quellenlage – nach dem Bestandsverzeichnis des Archivs für Christlich-Soziale Politik machen die Akten der Landtagsfraktion zwischen 1946 und 1974 mehr als 40 laufende Regalmeter aus – findet sich aber vielleicht schon bald ein Interessent. Einen ersten Eindruck von der Entwick-

<sup>132</sup> Vgl. A. MINTZEL, *Geschichte der CSU* (wie Anm. 39), S. 345-363; W. DEXHEIMER, *CSU-Landesgruppe* (wie Anm. 26); Alf MINTZEL, *Franz Josef Strauß und die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag*, in: Friedrich ZIMMERMANN (Hrsg.), *Anspruch und Leistung. Widmungen für Franz Josef Strauß*, Stuttgart 1980, S. 281-307; Alf MINTZEL, *Die Rolle der CSU-Landesgruppe im politischen Kräfespel der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Politische Studien* Sonderheft 1/1989, S. 113-134; Theo WAIGEL, *Die Rolle der CSU-Landesgruppe im Spannungsfeld von Partei, Regierung und Fraktion*, in: *Politische Studien*, Sonderheft 1/1989, S. 106-112.

<sup>133</sup> G. MÜCHLER, *CDU/CSU* (wie Anm. 45); noch die Ausführungen zur Landesgruppe in der Einleitung zur jüngst erschienenen Edition der Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion basieren weitgehend auf dieser Arbeit: *Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949-1953*, bearb. v. Helge HEIDEMEYER, Düsseldorf 1998, hier vor allem S. XLVIII f.

<sup>134</sup> Vgl. A. MINTZEL, *Geschichte der CSU* (wie Anm. 39), S. 316-332.

<sup>135</sup> Dieter DÜDING, *Zwischen Tradition und Innovation. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946-1966*, Bonn 1995; Ludger GRUBER, *Die CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946-1980*, in: GiW 11 (1996), S. 154-185.

lung und Arbeit der Landtagsfraktion vermitteln Rechenschaftsberichte und Jubiläumsschriften, die sie selbst wiederholt herausgegeben hat.<sup>136</sup> Wer sich für das Sozialprofil der Unionsabgeordneten interessiert, wird – vorwiegend für die sechziger und siebziger Jahre – fündig bei Hansjörg Dürr, der sich intensiv mit den sozialen Strukturen des bayerischen Landtags beschäftigt hat.<sup>137</sup>

Den Abgeordneten der CSU in München und Bonn kam und kommt es zu, die programmaticischen Ziele der Union in den Parlamenten in praktische Politik umzusetzen. Analysen einzelner Politikfelder, die gezielt nach der Rolle der CSU, ihrer Regierungsmitglieder und parlamentarischen Gremien fragen, sind bisher jedoch vergleichsweise selten unternommen worden. Dies gilt besonders für die bundespolitische Ebene, wo man gerne mehr darüber wüßte, welche spezifischen Akzente die CSU als Regierungspartei setzte und wie sie sich seit 1969 in der Opposition zurechtfand.<sup>138</sup> Der Einfluß der CSU auf die bayerische Landespolitik ist besser erforscht; es liegen auch eine Reihe von Synthesen vor, die über die großen Entwicklungslinien orientieren.<sup>139</sup> Darüber hinaus hat vor allem die Schulpolitik –

<sup>136</sup> Die CSU-Landtagsfraktion berichtet, in: *Politisches Jahrbuch der CSU 1954*, S. 96-117; *30 Jahre Landtagsfraktion der CSU* (Sondernummer der CSU-Correspondenz), München 1976; Gerold TANDLER (Hrsg.), *40 Jahre Landtagsfraktion der CSU* (Schriftenreihe der CSU-Fraktion Bd. XIX), Würzburg 1986; Alois GLÜCK (Hrsg.), *In Verantwortung für Bayern. 50 Jahre CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag 1946-1996*, Stamsried 1996.

<sup>137</sup> Hansjörg DÜRR, *Soziale Strukturen des Bayerischen Landtags. Aspekte der Soziologie parlamentarischer Mandatsträger*, in: Reinhold L. BOCKLET (Hrsg.), *Das Regierungssystem des Freistaates Bayern*, Bd. I: Beiträge, München 1977, S. 211-393.

<sup>138</sup> Vgl. den Überblick von Heinrich OBERREUTER, *Konkurrierende Kooperation – Die CSU in der Bundespolitik*, in: *Geschichte einer Volkspartei* (wie Anm. 74), S. 319-332; A. MINTZEL, *Geschichte der CSU* (wie Anm. 39), S. 363-375; Hans-Joachim VEEN, *Opposition im Bundestag. Ihre Funktion, institutionellen Handlungsbedingungen und das Verhalten der CDU/CSU-Fraktion in der 6. Wahlperiode 1969-1972*, Bonn 1976; Dieter GROSSER, *Die Rolle Fritz Schäffers als Finanzminister in den ersten beiden Kabinetten Konrad Adenauers*, in: Wolfgang J. MÜCKL (Hrsg.), *Föderalismus und Finanzpolitik. Gedenkschrift für Fritz Schäffer*, Paderborn 1990, S. 67-80; Wolfgang F. DEXHEIMER, *Koalitionsverhandlungen in Bonn 1961, 1965, 1969. Zur Willensbildung in Parteien und Fraktionen*, Bonn 1973; Daniel KOERFER, *Schwierige Geburten: Regierungsbildungen 1961, 1962, 1963 und 1965*, in: Wolfgang MISCHNICK (Hrsg.), *Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre F.D.P.*, Stuttgart 1989, S. 156-162; Jürgen DOMES, *Mehrheitsfraktion und Bundesregierung. Aspekte des Verhältnisses der Fraktion der CDU/CSU im 2. und 3. Deutschen Bundestag zum Kabinett Adenauer*, Köln 1964; Ulrich KLUGE, *Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1, Hamburg 1989, S. 85-164.

<sup>139</sup> Vgl. Ernst DEUERLEIN/Wolf D. GRUNER, *Die politische Entwicklung Bayerns 1945-1972*, in: Max SPINDLER (Hrsg.), *Handbuch der bayerischen Geschichte*, Bd. IV/1: *Das Neue Bayern 1800-1970*, München 1974, S. 538-644; Wolfgang ZORN, *Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland*, München 1986, vor allem Kap. V und VI; Peter Jakob KOCK, *Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Manfred TREML (Hrsg.), *Geschichte des modernen Bayern. Königreich und Freistaat*, München 1994, S. 375-498; Maximilian LANZINNER, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler. Bayern im Wiederaufbau 1945-1958*, Regensburg 1996; einiges auch bei A. MINTZEL, *Geschichte der CSU* (wie Anm. 39), S. 298-344.

nicht zuletzt wegen ihrer konfessionellen Implikationen ein höchst sensibles und konfliktträchtiges Thema – Aufmerksamkeit erregt.<sup>140</sup> Dagegen fehlt eine Studie zur wirtschaftspolitischen Konzeption der CSU und zur späten »Vollindustrialisierung« Bayerns, deren politische Steuerung nach Alf Mintzel die »sozialökonomische Hauptaufgabe der CSU« gewesen ist.<sup>141</sup> Der Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft, der für die bayerische Nachkriegsgeschichte von kaum zu überschätzender Bedeutung ist, ist Thema eines Forschungsprojekts, das derzeit am Institut für Zeitgeschichte in München durchgeführt wird. Hier sollen strukturpolitische Weichenstellungen, ihre politische Durchsetzung und ihr Erfolg oder Mißerfolg untersucht werden, wobei nicht zuletzt nach den politik- und mentalitätsgeschichtlichen Auswirkungen der Modernisierungsimpulse zu fragen ist.<sup>142</sup>

### Biographische Studien und Erinnerungen

Die CSU-Forschung hat im letzten Jahrzehnt vor allem von neuen politischen Biographien profitiert. Das ist um so erfreulicher, als noch Ende der achtziger Jahre quellengestützte Arbeiten zu Leben und Werk bayerischer Nachkriegspolitiker ausnehmend rar waren.<sup>143</sup> Wenn überhaupt, so mußte man mit Lebensbildern vorlieb nehmen, die nicht selten tendenziös waren oder gar hagiographische Züge trugen.<sup>144</sup> Christiane Reuters 1987 erschienene

<sup>140</sup> Vgl. I. HUELZ (wie Anm. 21); Franz SONNENBERGER, *Die Rekonfessionalisierung der bayerischen Volksschule 1945-1950*, in: ZIBLG 45 (1982), S. 87-155; Hubert BUCHINGER, *Volksschule und Lehrerbildung im Spannungsfeld politischer Entscheidungen 1945-1970*, München 1975; Winfried MÜLLER, *Schulpolitik in Bayern im Spannungsfeld von Kultusbürokratie und Besatzungsmacht 1945-1949*, München 1995; Jana RICHTER, *Eine Schule für Bayern. Die schulpolitischen Auseinandersetzungen um die Einführung der Christlichen Gemeinschaftsschule in Bayern nach 1945*, München 1997.

<sup>141</sup> A. MINTZEL, *Geschichte der CSU* (wie Anm. 39), S. 235-271 (Zitate S. 35 und S. 49); allgemein vgl. K. SCHREYER (wie Anm. 18); Paul ERKER, *Keine Sehnsucht nach der Ruhr. Grundzüge der Industrialisierung in Bayern 1900-1970*, in: GuG 17 (1991), S. 480-511; Paul ERKER, *Der lange Abschied vom Agrarland. Zur Sozialgeschichte der Bauern im Industrialisierungsprozeß*, in: Matthias FRESE/Michael PRINZ (Hrsg.), *Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven*, Paderborn 1996, S. 327-360.

<sup>142</sup> Vgl. Thomas SCHLEMMER, *Gesellschaft und Politik in Bayern 1949-1973. Ein neues Projekt des Instituts für Zeitgeschichte*, in: ViZ 46 (1998), 311-325.

<sup>143</sup> Vgl. Peter KRITZER, *Wilhelm Hoerner. Politische Biographie eines bayerischen Sozialdemokraten*, München 1979, oder Hartmut MEHRINGER, *Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie. Der Weg vom revolutionären Sozialismus zur sozialen Demokratie*, München 1989.

<sup>144</sup> Vgl. etwa Paul HUSSAREK, *Hundhammer. Weg des Menschen und Staatsmannes*, München 1951, oder Josef H. MAUERER, *Aus dem Leben und politischen Wirken des Dr. Josef Müller (Ochsensepp) 1945-1965* (Historisch-Politische Schriftenreihe des Neuen Presseclubs, München: Bayerische Profile 4), München 1967.

Studie über Anton Pfeiffer, die »Graue Eminenz der bayerischen Politik«, war dagegen aus den Akten gearbeitet, vor allem aus dem Nachlaß des ehemaligen Generalsekretärs der Bayerischen Volkspartei, der nach 1945 als Leiter der Bayerischen Staatskanzlei und Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat zu den engsten Mitarbeitern Hans Ehards und zu den Vätern des Grundgesetzes gehörte.<sup>145</sup> Allerdings bleibt der Mensch und Politiker Pfeiffer in dieser Arbeit blaß, ein Befund, der auch für die 1991 veröffentlichte Biographie Friedrich Hermann Hettlers über Josef Müller, den ersten CSU-Vorsitzenden, zutrifft.<sup>146</sup> Der Ochsensepp war zweifellos eine der schillerndsten Figuren der bayerischen Politik.<sup>147</sup> Seine politischen Anfänge in der Weimarer Republik, sein mutiger Widerstand gegen Hitler und sein Beitrag zur Gründung der Union nach 1945 ließen ein politische Biographie seit langem wünschenswert erscheinen. Hettlers Buch ist aber zweifellos nicht das letzte Wort, da es ohne den umfangreichen und äußerst ergiebigen Nachlaß Müllers geschrieben wurde und die Jahre nach seinem Sturz als Parteichef im Mai 1949 weitestgehend ausblendet. 1998 wäre Josef Müller 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlaß hat die Hanns-Seidel-Stiftung eine Gedenkschrift herausgegeben, in der Leben und Werk Müllers, der nie unumstritten war, von Historikern und Zeitzeugen gewürdigt werden.<sup>148</sup>

Der 100. Geburtstag war es auch, der schon zehn Jahre zuvor an Fritz Schäffer erinnerte und verstärktes Interesse an seiner politischen Biographie weckte. Einer Ausstellung<sup>149</sup> und einem wissenschaftlichen Symposium<sup>150</sup> folgten zwei umfangreiche Teilbiographien, die Schäffers Lebensweg bis 1945 und sein politisches Wirken als bayerischer Ministerpräsident,

145 Ch. REUTER, *Anton Pfeiffer* (wie Anm. 83). Die Autorin betont in ihrer Studie die Autonomie der politischen Vorstellungen Pfeiffers gegenüber denjenigen Alois Hundhammers und Fritz Schäffers (S. 128 f.). In den innerparteilichen Konflikten der ersten Jahre stand Pfeiffer jedoch stets auf der Seite der BVP-Traditionalisten und der Gegner Josef Müllers.

146 F.H. HETTLER, *Josef Müller* (wie Anm. 86).

147 Einführende Informationen zur Biographie des Ochsensepp bei Fritz BRICKWEDDE, *Josef Müller*, in: Günter BUCHSTAB/Klaus GOTTO (Hrsg.), *Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten*, München 1981, S. 222-233, und Karl-Ulrich GELBERG, *Josef Müller (1898-1979)*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, hrsg. v. Jürgen ARETZ/ Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER, Bd. 8, Mainz 1997, S. 155-172. Zur Verwicklung Müllers in die »Arisierung« jüdischen Eigentums nach 1933 vgl. das stellenweise polemische Kapitel »Kratzen an einer Legende: Die Eidenschink-Konsorten und der »Ochsensepp« in dem Buch von Johannes LUDWIG, *Boykott, Enteignung, Mord. Die »Entjudung« der deutschen Wirtschaft*, Hamburg 1989, S. 87-103.

148 *Politik für eine neue Zeit* (wie Anm. 76).

149 Peter Claus HARRTMANN/Otto ALTENDORFER (Hrsg.), *100 Jahre Fritz Schäffer. Politik in schwierigen Zeiten. Katalog der Ausstellung im Museum Kloster Asbach 12. Mai – 15. August 1988*, Passau 1988.

150 W.J. MÜCKL (wie Anm. 138).

Mitbegründer der CSU und Bundesfinanzminister detailliert nachgezeichnet haben.<sup>151</sup> Allerdings spielen die Geschichte der bayerischen Unionspartei und Schäffers parteipolitisches Engagement nach 1949 in dem von Christoph Henzler verfaßten Teil über die Nachkriegsjahre keine zentrale Rolle.

Auch Hans Ehard stand lange Zeit im Abseits der Forschung. Es war dann vor allem Rudolf Morsey, der sich in mehreren Aufsätzen mit Ehard beschäftigte, wobei ihn vor allem die Politik Ehards im komplexen Prozeß der Gründung der Bundesrepublik interessierte.<sup>152</sup> Karl Ulrich Gelbergs Studie – von den genannten biographisch angelegten Arbeiten wohl die gelungenste – konzentrierte sich ebenfalls auf die staatspolitische Ebene.<sup>153</sup> Gelberg analysierte auf der Basis des materialreichen Nachlasses in erster Linie die föderalistische Politik und die dahinterstehenden Konzeptionen des Ministerpräsidenten bis 1954, während er Ehards unglücklichem Wirken als Landesvorsitzender der CSU weniger Beachtung schenkte.

Eine Biographie Hanns Seideis, der Ehard 1955 als Parteivorsitzender ablöste, liegt seit 1992 vor.<sup>154</sup> Es gelang dem Verfasser jedoch nur ansatzweise, Seideis Anteil an der organisatorischen und programmatischen Reform der CSU und seinen Einfluß auf die bayerische Politik als Wirtschaftsminister und Regierungschef nachzuzeichnen. Erst kürzlich erschienen ist die Dissertation von Ulrich Wirz über Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition.<sup>155</sup> Der CSU-Politiker aus Oberfranken war sicherlich einer der profiliertesten Köpfe der bayerischen Unionspartei, namentlich auf dem Feld der Außenpolitik. Guttenberg war aber auch alles andere als ein stromlinienförmiger Konformist, und so ist es kein Wunder, daß er mit Franz Josef Strauß aneinander geriet, der 1961 den Vorsitz der CSU übernommen hatte – ein Konflikt, der die CSU in den Jahren 1962/1963 stärker als bisher bekannt erschütterte.

Eine politische Biographie über Franz Josef Strauß, die wissenschaftlichen

151 O. ALTENDORFER (wie Anm. 84); Ch. HENZLER (wie Anm. 85).

152 Rudolf MORSEY, *Zwischen Bayern und der Bundesrepublik. Die politische Rolle des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard 1946-1949*, in: *Juristenzeitung* 36 (1981), S. 361-370; Rudolf MORSEY, *Hans Ehard (1887-1980)*, in: *GiW* 2 (1987), S. 71-89; Rudolf MORSEY, *Föderalismus im Bundesstaat. Die Rolle des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard in der Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, in: *HJb* 108 (1988), S. 430-447.

153 K.-U. GELBERG, *Hans Ehard* (wie Anm. 72).

154 H.F. GROSS (wie Anm. 73); vgl. auch Georg STADTMÜLLER, *Hanns Seidel. Lebensweg, Weltbild, Persönlichkeit* (Historisch-politische Schriftenserie des Neuen Presseclubs, München: Die bayerischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit 4), München 1964; Hans PFLAUMER, *Hanns Seidel*, in: *Christliche Demokraten der ersten Stunde*, hrsg. v. der KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG, Bonn 1966, S. 331-361; *Politische Studien Sonderheft 1/1977: Hanns Seidel und die Stiftung; Hanns Seidel – »Ein Leben für Bayern«. Symposium der Hanns-Seidel-Stiftung am 18. und 19. Juli 1986 in Wildbad Kreuth*, o.O. 1987.

155 Ulrich WIRZ, *Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition*, Grub am Forst 1997.

Ansprüchen genügt, liegt zwar noch nicht vor, ist aber in Vorbereitung. Der Autor, Peter Siebenmorgen, hat Zugang zum fast 300 Regalmeter umfassenden Nachlaß des langjährigen Parteivorsitzenden, der die CSU wie kein zweiter Politiker geprägt hat.<sup>156</sup> Bis dahin muß man sich mit überblicksartigen Skizzen begnügen<sup>157</sup> oder kann zu publizistisch-polemischen Beiträgen greifen, an denen kein Mangel herrscht.<sup>158</sup> Ebenfalls in Vorbereitung sind als Qualifizierungsarbeiten angelegte Studien über Alfons Goppel, 1962 bis 1978 bayerischer Ministerpräsident, über Otto Schedl, der den Kabinetten Hanns Seidels, Hans Ehards und Alfons Goppels<sup>159</sup> bis 1972 als Wirtschafts- und Finanzminister angehörte und über den 1998 verstorbenen Richard Jaeger.<sup>160</sup> Ebenso interessant wie erwünscht wäre eine politische Biographie Anton Jaumanns, der als Generalsekretär der CSU und bayerischer Wirtschaftsminister zu den führenden bayerischen Politikern der sechziger und siebziger Jahre zählte und dessen Nachlaß vor kurzem ins Bayerische Hauptstaatsarchiv gelangt ist.<sup>161</sup> Schmerzlich vermißt wird noch immer eine wissenschaftliche Untersuchung über Leben und Werk Alois Hundhammers, die aber angesichts der Quellenlage – der Nachlaß gilt als verschollen – nicht zu erwarten ist.<sup>162</sup> Dasselbe gilt für den Bamberger Domkapitular und Päpstlichen Hausprälaten Georg Meixner, als Vorsitzender

<sup>156</sup> Nach den Angaben im neuen Bestandsverzeichnis des ACSP mißt der Nachlaß Strauß 295 Regalmeter. Soeben erschienen: Peter SIEBENMORGEN, *Franz Josef Strauß und die verborgene Prägekraft des Josef Müller*, in: *Politik für eine neue Zeit* (wie Anm. 76), S. 167-179; neue Details bei Luitpold BRAUN, *Der unbekannte Strauß – die Schongauer Jahre*, Schongau 1992.

<sup>157</sup> Etwa Alf MINTZEL, *Franz Josef Strauß*, in: Walther L. BERNECKER/Volker DOTTERWEICH (Hrsg.), *Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Politische Porträts*, Bd. 2, Göttingen 1982, S. 196-208; Winfried BECKER, *Franz Josef Strauß (1915-1988)*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern* Bd. 7 (wie Anm. 117), S. 227-244; Horst MöLLER, *Franz Josef Strauß 1915-1988*, in: Lothar GALL (Hrsg.), *Die großen Deutschen unserer Epoche*, Berlin 1995, S. 535-553; Wolfgang KRIEGER, *Franz Josef Strauß. Der barocke Demokrat aus Bayern*, Göttingen 1995.

<sup>158</sup> Als Beispiel sei lediglich genannt Erich KUBY u.a., *Franz Josef Strauß. Ein Typus unserer Zeit*, Wien 1963.

<sup>159</sup> Zu Alfons Goppel vgl. Ferdinand KRAMER, *Randbemerkungen eines Ministerpräsidenten*, und Karl-Ulrich GELBERG, »Meine Aufgabe ist Bayern«, in: *Festschrift zum 90. Geburtstag von Dr. h.c. Alfons Goppel, 1. Oktober 1995*, o.O. 1995, S. 30-37 bzw. S. 38-46, sowie Stefanie SIEBERS-GFALLER, *Von Utopia nach Europa. Alfons Goppel 1.10.1905-24.12.1991. Biographische Notizen*, München 1996.

<sup>160</sup> Die umfangreichen Nachlässe Alfons Goppels und Richard Jaegers werden im ACSP verwahrt, der Nachlaß Otto Schedls im Bayerischen Hauptstaatsarchiv.

<sup>161</sup> Vgl. Ferdinand KRAMER, *Wirtschaftsminister Anton Jaumann. Eine politisch-biographische Skizze*, in: *Wirtschaftsminister Anton Jaumann (1927-1994). Eine Ausstellung aus dem neu erworbenen Nachlaß anlässlich seines 70. Geburtstags*, München 1997, S. 9-30.

<sup>162</sup> Zur ersten Information vgl. Bernhard ZITTEL, *Alois Hundhammer (1900-1974)*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, hrsg. v. Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER, Bd. 5, Mainz 1982, S. 253-265. Im ACSP wird lediglich ein unergiebiger Nachlaßsplitter verwahrt.

der CSU-Landtagsfraktion zwischen 1951 und 1958 außerordentlich einflußreich, dessen Nachlaß ebenfalls verloren ist.<sup>163</sup>

Nur wenige hochrangige CSU-Politiker haben Memoiren hinterlassen. Dazu gehört Josef Müller, dessen Erinnerungen vier Jahre vor seinem Tod erschienen sind. Der Ochsensepp, der stets einen Hang zur Selbststilisierung hatte, berichtete hauptsächlich über seine Aktivitäten im Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur und seine Leidenszeit als Gefangener in den Kerkern und Konzentrationslagern des Dritten Reiches. Erst in den letzten Kapiteln beschäftigte er sich mit der Gründung der CSU, den innerparteilichen Auseinandersetzungen und der politischen Entwicklung bis 1949, wobei er gegenüber seinen Widersachern von einst zumeist unerwartete Milde walten ließ.<sup>164</sup> Die Memoiren von Franz Josef Strauß sind dagegen Fragment geblieben. Vielleicht ist das auch der Grund, daß die Geschichte der CSU, seiner Partei, vergleichsweise wenig Raum einnimmt.<sup>165</sup> Die 1991 veröffentlichten Erinnerungen von Friedrich Zimmermann blenden die Geschichte der bayerischen Unionspartei in den fünfziger und sechziger Jahren und seine Tätigkeit als Hauptgeschäftsführer bzw. Generalsekretär zwischen 1955 und 1963 weitgehend aus und setzen erst mit dem Trennungsbeschuß der CSU-Landesgruppe 1976 in Kreuth ein.<sup>166</sup> Die Entscheidung, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Bundestag nicht zu erneuern, und der Aufruhr, den die Kreuther Beschlüsse in der CSU auslösten, spielen auch in den »Klarstellungen« des ehemaligen bayerischen Innenministers Bruno Merk eine wichtige Rolle.<sup>167</sup> Merk war einer derjenigen, die sich gegen den autoritären Führungsstil von Franz Josef Strauß zur Wehr setzten und die Kraftprobe mit der großen Schwester für überflüssig, ja schädlich hielten. Seine Erinnerungen an die hektischen Sitzungen und Konferenzen jener Wochen geben Einblick in das Innенleben der Parteiführung und zeichnen ein anderes Bild als etwa Friedrich Zimmermann in seinen »Kabinettsstücken«. Karl Theodor von und zu Guttenberg, in seiner Partei eher ein Außenseiter,

<sup>163</sup> Vgl. jetzt Werner K. BLESSING, *Georg Meixner (1887-1960)*, in: *Fränkische Lebensbilder* 16 (1996), S. 213-240.

<sup>164</sup> Josef MÜLLER, *Bis zur letzten Konsequenz. Ein Leben für Frieden und Freiheit*, München 1975.

<sup>165</sup> Franz Josef STRAUSS, *Die Erinnerungen*, Berlin 1989; einiges zur Gründung der CSU im Kapitel »Landrat in Schongau«; in den Kapiteln »Die Rhöndorfer Konferenz«, »Konrad Adenauer« und »Anfänge in Bonn« wird die Orientierung der CSU auf der bundespolitischen Ebene nach 1949 geschildert; eigens mit seiner Partei befaßte sich Strauß im Kapitel »Bayern und die CSU«.

<sup>166</sup> F. ZIMMERMANN, *Kabinettsstücke* (wie Anm. 3).

<sup>167</sup> Bruno MERK, *Klarstellungen* (Heimatkundliche Schriftenreihe für den Landkreis Günzburg Bd. 18), Günzburg o.J. (1997), S. 37-63. Bemerkenswert sind noch Merks Ausführungen zum Attentat auf die Olympiamannschaft Israels 1972 (S. 21-36) und die umstrittene Gebietsreform (S. 65-82).

streifte die Geschichte der CSU nur am Rande. Lediglich seine Feinden mit Franz Josef Strauß und Rudolf Eberhard waren ihm einige »Fußnoten« wert.<sup>168</sup>

Von Fritz Schäffer, Alois Hundhammer, Hans Ehard oder Alfons Goppel gibt es dagegen nur spärliche Aufzeichnungen, die nicht selten aus Vorträgen entstanden sind.<sup>169</sup> Eine wertvolle Ergänzung sind Erinnerungsinterviews mit Funktions- und Entscheidungsträgern vergangener Tage, wie sie schon 1985 in dem von Michael Schröder bearbeiteten Band »Bayern 1945« publiziert worden sind<sup>170</sup> und nun auch in verschiedene Fest- und Jubiläumsschriften der Hanns-Seidel-Stiftung Eingang gefunden haben.<sup>171</sup>

### Publizierte Quellen

Veröffentlichte Quellen zur Geschichte der CSU sind eine echte Rarität. Eigentlich liegen mit der Edition vertraulicher Berichte an die amerikanische Militärregierung und der umfangreichen Dokumentation »Die CSU 1945-1948«, die neben 32 Sitzungsprotokollen auch Aktenstücke zur frühen Programm- und Satzungsgeschichte der CSU sowie einen Fundus von mehr als 570 Kurzbiographien enthält, nur für die Besatzungszeit in sich geschlossene, aussagekräftige Quellenwerke vor.<sup>172</sup> Die Protokolle des bayerischen Ministerrats, die bisher bis Dezember 1946 ediert vorliegen und zunächst bis 1954 publiziert werden sollen, ergänzen die parteiinterne Überlieferung aus dem Blickwinkel der Staatsregierung, in der die CSU auch unter der ersten Ministerpräsidentschaft Wilhelm Hoegners eine wichtige

168 Karl Theodor von und zu GUTTENBERG, *Fußnoten*, Frankfurt am Main 1973.

169 Fritz SCHÄFFER, *Die Bayerische Volkspartei (BVP)*, in: Politische Studien 14 (1963), S. 46-63; Fritz SCHÄFFER, *Die Zeit der ersten Ministerpräsidentschaft in Bayern nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945* (Historisch-Politische Schriftenreihe des Neuen Presseclubs, München: Die Bayerischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit 1), München 1963; Alois HUNDHAMMER, *Mein Beitrag zur bayerischen Politik 1945-1965* (Historisch-Politische Schriftenreihe des Neuen Presseclubs, München: Bayerische Profile 1), München 1965; Hans EHARD, *Tatsachen und Zusammenhänge aus meiner elfjährigen Ministerpräsidentschaft* (Historisch-Politische Schriftenreihe des Neuen Presseclubs, München: Die Bayerischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit 3), München 1964; Alfons GOPPEL, *Programmatisches, Erstrebtes, Erreichtes 1962-1969* (Historisch-Politische Schriftenreihe des Neuen Presseclubs, München: Die Bayerischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit 5), München 1969.

170 Michael SCHIRÖDER, *Bayern 1945: Demokratischer Neubeginn. Interviews mit Augenzeugen*, München 1985 (Karl Köhler, August Haubleiter, Hannes Schinagl, Adolf Miller).

171 Vgl. *Geschichte einer Volkspartei* (wie Anm. 74), S. 523-632 (Werner Dollinger, Franz Heubl, Richard Jaeger, Richard Stücklen, Hans Weiß, Friedrich Zimmermann); *Zukunft einer Volkspartei* (wie Anm. 75), S. 45-64 (Franz Sackmann); *Politik für eine neue Zeit* (wie Anm. 76), S. 205-214 (Franz Heubl, Hans Weiß).

172 *Lehrjahre der CSU* (wie Anm. 61); *Die CSU 1945-1948* (wie Anm. 62).

Rolle spielte.<sup>173</sup> Für die Folgezeit sucht man gedruckte Quellen zur Politik und inneren Entwicklung der bayerischen Unionspartei nahezu vergeblich. Eine Reihe aufschlußreicher Dokumente findet sich lediglich bei Ossip K. Flechtheim, wo unter anderem Auszüge aus den vertraulichen Rechenschaftsberichten der CSU-Generalsekretäre abgedruckt sind.<sup>174</sup> Damit bleibt die CSU weit hinter der SPD und der FDP zurück, die Protokolle ihrer Bundestagsfraktion bzw. ihres Bundesvorstands bis weit in die sechziger Jahre hinein zur Veröffentlichung freigegeben haben,<sup>175</sup> aber auch hinter der großen Schwester CDU, die schon früh damit begonnen hat, über die Konrad-Adenauer-Stiftung und das Archiv für Christlich-Demokratische Politik zentrale Quellen zu ihrer Geschichte zu publizieren.<sup>176</sup> Schon 1975 wurden mit den Protokollen des Zonenausschusses der CDU in der britischen Besatzungszone »Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands« herausgegeben, die von hohem Quellenwert sind.<sup>177</sup> Bis heute folgten die Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU und der Konferenzen der Landesvorsitzenden,<sup>178</sup> die Protokolle des Bundesvorstands der CDU von 1950 bis 1961,<sup>179</sup> die Protokolle der Fraktionen von CDU und CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat und im Parlamentarischen Rat<sup>180</sup> sowie – soeben

<sup>173</sup> Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945-1954: Das Kabinett Schäffer – 28. Mai bis 28. September 1945, bearb. v. Karl-Ulrich GELBERG, München 1995; Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945-1954: Das Kabinett Hoegner I – 28. September 1945 bis 21. Dezember 1946, bearb. v. Karl-Ulrich GELBERG, München 1997.

<sup>174</sup> Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, hrsg. v. Ossip K. FLECHTHEIM, 9 Bde., Berlin 1962-1971.

<sup>175</sup> Die Protokolle der SPD-Bundestagsfraktion 1949-1966 und die Protokolle des FDP-Bundesvorstands 1949-1967 wurden von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn bearbeitet und in einer Reihe der Kommission veröffentlicht.

<sup>176</sup> Vgl. Udo WENGST, Die CDU aus der Nähe betrachtet. Der Beitrag des Archivs für Christlich-Soziale Politik zur Geschichtsschreibung über die Union, in: HPM 1 (1994), S. 223-240.

<sup>177</sup> Konrad Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone 1946-1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, bearb. v. Helmut PÜTZ, Bonn 1975; diese Dokumentation erreicht noch nicht den Standard der späteren Jahre.

<sup>178</sup> Die Unionsparteien 1946-1950 (wie Anm. 48).

<sup>179</sup> Adenauer: »Es mußte alles neu gemacht werden.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1950-1953, bearb. v. Günter BUCHSTAB, Düsseldorf 1986; Adenauer: »Wir haben wirklich etwas geschaffen.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953-1957, bearb. v. Günter BUCHSTAB, Düsseldorf 1990; Adenauer: »... um den Frieden zu gewinnen.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957-1961, bearb. v. Günter BUCHSTAB, Düsseldorf 1994 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bde. 8, 16 und 24).

<sup>180</sup> Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 2), bearb. v. Rainer SALZMANN, Stuttgart 1981; Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947-1949 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 13), bearb. v. Rainer SALZMANN, Düsseldorf 1988.

erschienen – die Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der ersten Legislaturperiode.<sup>181</sup>

Jede dieser Editionen hat auch dazu beigetragen, unser Wissen über die CSU zu vergrößern. Vertreter der bayerischen Schwester vertraten ihre Position regelmäßig auf den Tagungen der Arbeitsgemeinschaft und den Konferenzen der Landesvorsitzenden; auch im Bundesvorstand waren häufig führende CSU-Politiker zu Gast, um über Sach- und Personalfragen zu beraten, gemeinsame Strategien festzulegen oder Differenzen auszuräumen. Und auch wenn kein Sprecher der CSU an den Sitzungen teilnahm, wurden – manchmal verständnisvoll, oft aber kopfschüttelnd – bayerische Belange oder CSU-Interna diskutiert. Seinen institutionellen Ausdruck fand das Bündnis der Unionsparteien schon früh in einer gemeinsamen Fraktion. Hier wurden gemeinsame Ziele in praktische Politik umgesetzt, hier wurden aber auch immer wieder Konflikte ausgetragen, die sich etwa an föderalistisch motivierten Forderungen der CSU-Abgeordneten entzündeten. Die spezifischen Interessen Bayerns und die Haltung der bayerischen Vertreter in der Unionsfraktion werden besonders deutlich in der Edition zur Arbeit der CDU/CSU-Fraktion im ersten deutschen Bundestag. Dies liegt nicht zuletzt daran, daß der Bearbeiter zahlreiche Berichte des Bayerischen Bevollmächtigten beim Bund über Sitzungen der Unionsfraktion in die Edition aufgenommen hat und die Protokolle der CSU-Landesgruppe als Material zur Kommentierung heranziehen konnte. Es ist keineswegs befriedigend, wenn man für Studien zur Geschichte der CSU so stark auf publizierte Quellen aus den Archiven der Schwesterpartei zurückgreifen muß. Deshalb bleibt zu hoffen, daß sich auch die CSU entschließt, dem Beispiel von CDU, SPD und FDP zu folgen, und zentrale Aktenbestände zur Veröffentlichung freigibt. Die Edition der Protokolle der CSU-Fraktion in der bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung aus dem Jahr 1946, die zur Zeit von Renate Höpfinger im Archiv für Christlich-Soziale Politik vorbereitet wird, ist ein guter Anfang.

#### 4. Fazit

Ziehen wir abschließend kurz Bilanz: Die Geschichte der CSU ist beileibe kein Neuland mehr. Vor allem Alf Mintzel, aber auch andere Forscherinnen und Forscher verschiedener geistes- und sozialwissenschaftlicher Disziplinen haben dafür gesorgt, daß wir über die Entwicklung und Struktur der CSU verhältnismäßig gut Bescheid wissen. Über die Geschichte der bayerischen SPD, immerhin seit 1946 die stärkste Konkurrentin, ist beispielsweise weit

---

<sup>181</sup> Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 1949-1953 (wie Anm. 133).

weniger bekannt.<sup>182</sup> Es scheint so, als hätte der Aufstieg der CSU zur »bayerischen Staats- und Hegemonialpartei« das wissenschaftliche Interesse fast vollständig auf sich gezogen, während mit der Stagnation der bayerischen SPD auch eine Stagnation der SPD-Forschung verbunden gewesen ist.<sup>183</sup> Dennoch bleiben genügend Desiderate und offene Fragen, um die CSU weiterhin zu einem lohnenden Forschungsfeld zu machen, zumal in den Archiven immer mehr Quellen auf ihre Auswertung warten.

Nachdem die konfliktreiche Gründungsphase der CSU mittlerweile gründlich untersucht worden ist, besteht hier der geringste Handlungsbedarf. Anders sieht es für die folgenden Etappen der Parteigeschichte aus. Die Entwicklung der CSU unter dem Landesvorsitz von Hans Ehard, Hanns Seidel und Franz Josef Strauß ist zwar in mehr oder weniger groben Zügen bekannt, dennoch möchte man an vielen Stellen mehr darüber wissen, wie sich bestimmte Prozesse vollzogen haben. Alf Mintzel hat etwa immer wieder auf den »hartnäckigen, meist passiven Widerstand« hingewiesen, auf den die forcierte Organisationspolitik der Parteführung nach 1955 bei den »damals noch vorherrschenden« Honoratiorenkreisen gestoßen sei.<sup>184</sup> Dieser Konflikt zwischen Reformern und Traditionalisten in der CSU ist jedoch bisher nur punktuell untersucht worden. Ebenso ist kaum etwas über die gruppenbiographischen Aspekte des Strukturwandels der CSU von einer mitgliederschwachen Honoratiorenpartei zu einer schlagkräftigen, in der bayerischen Gesellschaft tief verankerten Volkspartei bekannt. Die CSU habe sich »durch vielfältige neue organisatorische Vernetzungen ein parteinahes gesamtbayerisches Sozialmilieu« aufgebaut und »modernes organisationspolitisches Parteimanagement mit neuen Honoratioren-Strukturen« verbunden, heißt es.<sup>185</sup> Aber was ist darunter im einzelnen zu verstehen? Wie verlief dieser komplexe Prozeß, welche spezifischen Strategien verfolgte die CSU und welche Kompromisse waren notwendig, um in den verschiedenen Regionen Bayerns eine hegemoniale Stellung zu erreichen? Und schließlich: Inwieweit läßt sich das bayerische Beispiel mit Entwicklungen in anderen Bundesländern vergleichen? Um solche Fragen zu beantworten, wird man

<sup>182</sup> Vgl. W. Behr (wie Anm. 17); P. KRITZER (wie Anm. 143); H. MEHRINGER, Waldemar von Knoeringen (wie Anm. 143); Hartmut MEHRINGER (Hrsg.), *Von der Klassenbewegung zur Volkspartei. Wegmarken der bayerischen Sozialdemokratie 1892-1992*, München 1992; Rainer OSTERMANN (Hrsg.), *Freiheit für den Freistaat. Kleine Geschichte der bayerischen SPD*, Essen 1994.

<sup>183</sup> Zur Situation der bayerischen SPD vgl. S. KOCH (wie Anm. 106). Heinrich OBERREITER/Werner J. PATZELT, *Abgeordnete zwischen Partei- und Persönlichkeitseorientierung: zur »Leidensspirale« der bayerischen SPD*, in: ZfParl 18 (1987), S. 57-76, und Werner J. PATZELT, *Was ist falsch mit Bayerns SPD? Ergebnisse einer Umfrage unter bayerischen Abgeordneten*, in: ZfParl 22 (1991), S. 59-88.

<sup>184</sup> A. MINTZEL, *Anatomie* (wie Anm. 13), S. 282.

<sup>185</sup> S. IMMERFALL/A. MINTZEL (wie Anm. 7), S. 15.

nicht umhin können, das Instrumentarium des Historikers durch soziologische oder politikwissenschaftliche Konzepte zu erweitern.<sup>186</sup>

---

<sup>186</sup> Ein Plädoyer für interdisziplinäre Projekte auch bei A. MINTZEL, *CSU als Forschungsobjekt* (wie Anm. 7), S. 117 f.

**Warum es den Mächtigen nicht gelang,  
1989 eine Revolution zu verhindern.  
Eine Untersuchung von Walter  
Süß über das Ende der Staatssicherheit\***

**Gelesen und besprochen von Gerhard Wettig**

Walter Süß, der heute als Forscher bei der Gauck-Behörde tätig ist, begann sich schon im Herbst 1989 als Journalist bei der »taz« näher mit den damaligen aufregenden Geschehnissen in der DDR zu befassen. Die Entwicklung des Bürgerprotests beobachtete er anfänglich mit einem Gefühl der Beklemmung, weil es eine ausgemachte Sache zu sein schien, daß die SED-Führung mit voller Gewalt zuschlagen würde, um die Bedrohung ihrer Diktatur abzuwehren. Als offene Frage galt nur, wann dieser Punkt erreicht sein würde. Mit wachsendem Erstaunen sah er dann, daß das Regime, das wie kein anderes Sicherheitsapparate zum Schutz vor der Bevölkerung aufgebaut und noch kurz zuvor die entschlossene Bereitschaft zum Einsatz auch der extremsten Gewaltmittel erklärt hatte, widerstandslos eine Position nach der anderen räumte, bis es schließlich völlig kapitulierte. Das Rätsel, wie dies geschehen konnte, schlug Süß seither in seinen Bann. Um es zu lösen, schrieb der Autor das vorliegende Buch.

Walter Süß erörtert auf kenntnisreiche Weise verschiedene theoretische Paradigmen zum Problem der SED-Herrschaft und ihrer Beendigung, insbesondere die Erklärungsansätze Totalitarismus, Modernisierung, Transition und Revolution. Anschließend sucht er zu enträtseln, wieso die agierenden Einsatzleiter und Spitenpolitiker in der DDR auf den Gebrauch von Gewalt gegenüber demonstrierenden Bürgern verzichteten. Er geht dabei so vor, daß er, von Ereignis zu Ereignis voranschreitend, die sachrelevanten Einzelheiten minutös aufklärt. Auf der Grundlage eines umfassenden Studiums vieler Quellen, nicht zuletzt auch von Akten des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes und verschiedener Interviews mit Zeitzeugen, zeichnet er ein genaues Bild dessen, wie die Beteiligten – Sicherheitskräfte und Bürger – die Vorgänge des Herbstes 1989 wahrgenommen und wie sie darauf reagierten.

Bei diesen Darlegungen ergeben sich immer wieder Einsichten allgemeineren Charakters. So wird deutlich, daß die Sicherheitsapparate, vor allem

---

\* Walter SÜSS, *Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern*, Berlin: Ch. Links Verlag 1999, DM 58,-.

auch die Dienststellen des MfS, schon vor Beginn des Straßenaufzugs nur einen eingeengten Handlungsspielraum besaßen: Die der DDR vom Kreml abgenötigte Übernahme menschenrechtlicher Verpflichtungen sollte zwar nach intern erklärter Absicht folgenlos bleiben, ließ sich aber faktisch nicht ignorieren, weil Honecker finanziell motivierte Rücksichten – namentlich auf die Bundesrepublik – nehmen und daher Tatbestände zu vermeiden suchte, die ein vertragswidriges Verhalten offen hätten zutage treten lassen. Die Verteidiger des Regimes wurden zudem dadurch irritiert und gehemmt, daß sie aufgrund der vorangegangenen ideologischen Instruktionen mit völlig anderen Widersachern rechneten. Statt mit feindseligen und rabiaten »Konterrevolutionären« hatten sie es mit friedlich-sanften Demonstranten zu tun, die das System des Sozialismus nicht in Frage stellten (was, wie sich später zeigen sollte, bei den ansänglich maßgebenden Bürgerrechtlern keine Mimikry war). Dadurch geriet das Feindbild durcheinander, von dem Führung und Sicherheitskräfte ausgingen. Als wichtigen Umstand notiert der Autor auch, daß Gorbatschows Perestrojka im Innern und Westöffnung nach außen – beides Politiken, zu denen das Honecker-Regime sichtbar und geradezu demonstrativ auf Distanz ging – den Gleichklang mit der UdSSR beseitigten und so zum Wegfall der daraus abgeleiteten Legitimitätsbasis führten.

Die vorstehenden Darlegungen erklären freilich nicht, wie es insgesamt zu den Entwicklungen vom Herbst 1989 kommen konnte. Hatte etwa die Rücksichtnahme auf den Eindruck im Ausland von vornherein Vorrang vor dem Bemühen um Macht- und Systemerhalt? War es denn nicht für einen Kommunisten aus der Schule Lenins und Stalins selbstverständlich, daß man – und zwar nicht nur dann, wenn sich die Machtfrage stellte – angesichts von Aktionen »objektiv fortschrittsfeindlichen« Charakters nicht auf den subjektiven Bewußtseinszustand von Personen und Gruppen schauen durste, sondern allein das zu erwartende politische Resultat zu berücksichtigen hatte? Konnte der fehlende Gleichklang mit der Sowjetunion (der nicht nur Honecker als vorübergehendes, weil durch einen Machtwechsel im Kreml überwindbares Phänomen erschien) Zweifel an dem stets bekundeten Standpunkt hervorrufen, man müsse im Bedarfsfalle alle erforderlichen Mittel (über die man ja verfügte) einsetzen, um den Sozialismus und die eigene Macht in der DDR aufrechtzuerhalten?

Wer die äußeren und inneren Begleitumständen des Untergangs der DDR umfassend untersucht hat und die einschlägige Literatur kennt, ist sich der zentralen Bedeutung des Moskauer Umdenkens in wirtschaftlicher, außen- und sicherheitspolitischer Hinsicht während der Jahre 1986-88 bewußt. Zunächst ging es nur um die Verteilung ökonomischer Lasten und politischer Kompetenzen in der »sozialistischen Gemeinschaft«, am Ende jedoch wurde das existenzbegründende Verhältnis der DDR zur UdSSR

von Grund auf erschüttert. Gorbatschows grundlegende Intention war es, die materielle Last der – in den *terms of trade* des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) verborgenen – indirekten Subventionen für die Volkswirtschaften der kommunistisch regierten Staaten Ostmittel- und Südosteuropas, insbesondere auch des SED-Staates, loszuwerden. Er wandte sich zugleich gegen die bisherige Vorrangstellung des RGW-Binnenhandels und erstrebte eine umfassende Zusammenarbeit mit dem Westen, die der Sowjetunion das technische Know-how und die finanzielle Hilfe führender Industrieländer, nicht zuletzt der Bundesrepublik, verschaffen sollte.

Dieser Kurswechsel wurde erst 1988/89 mit der klaren Konsequenz verbunden, den Herrschaftsträgern in den verbündeten Ländern, vor allem in der DDR, die bisher gewährte innenpolitische Existenzgarantie aufzukündigen. In der Sicht des Kreml bedeutete dies die Befreiung von einer lästigen Verpflichtung, die längst ihre Berechtigung verloren hatte: Als selbst den USA Paroli bietende Kernwaffenmacht bedurfte die UdSSR des vorgelagerten Territoriums nicht mehr, um ihre Sicherheit zu gewährleisten, und im übrigen erwartet man, daß sich die anderen Warschauer-Pakt-Staaten zwar möglicherweise vom sozialistischen System, nicht aber vom außen- und sicherheitspolitischen Einvernehmen mit Moskau abwenden würden.

Der mittlerweile ebenfalls entstandene sowjetisch-ostdeutsche Konflikt im Blick auf den Perestrojka-Kurs der UdSSR zerstörte den letzten Rest an Übereinstimmung zwischen beiden »Bruderländern«. Parallel dazu ging der bisherige Konsens innerhalb der SED verloren. Schon 1987 bildete sich an der Spitze der Partei insgeheim eine Fronde gegen den Generalsekretär und seine Politik. Gorbatschow wurde gebeten, Honeckers Ablösung zu billigen, hielt aber an dem von ihm aufgestellten Grundsatz fest, daß jede kommunistische Partei ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen müsse, und lehnte daher ab. Er wollte nicht die – gegebenenfalls auch materiell zu tragende – Verantwortung für das Schicksal des Nachfolgerregimes übernehmen, nachdem er gerade damit begonnen hatte, derartige Pflichten abzuschütteln. Es ist bezeichnend für das Ausmaß der äußeren und inneren Abhängigkeit der ostdeutschen Genossen, daß sich die Widersacher des SED-Generalsekretärs ohne Moskauer Unterstützung nicht zum Handeln entschließen konnten. Die bloße Sympathie des Kreml genügte ihnen nicht: Sie verlangten von der Hegemonialmacht eine Versicherung gegen die Möglichkeit des Scheiterns. Es ist vielleicht nicht abwegig zu vermuten, daß es die gleiche Volkaskommentalität war, die später auch die Honecker-Führung und deren Nachfolger vor riskanten Entschlüsse zurückschrecken ließ.

Die Haltung der ostdeutschen Akteure war am Vorabend der Erschütterungen von 1989 durch innere Widersprüche gekennzeichnet. Als Gorbatschow den Verbündeten im Herbst 1986 die ersten Schritte des Abrückens von der Brezhnev-Doktrin angekündigt hatte, war Honecker noch einverstanden ge-

wesen. Denn es war dem SED-Chef im Blick auf die beginnende sowjetische Perestrojka nicht unlieb, wenn der Kreml auf diese Weise seine Politik nicht länger für allgemein verbindlich erklärte, das 1984 ausgesprochene Veto gegen einen Besuch in der Bundesrepublik fallen ließ und der DDR völlig freie Hand für vorteilbringende Geschäfte mit der westdeutschen Regierung gab. Das Korrelat – die Befreiung der UdSSR von der Pflicht zur Stützung und Aufrechterhaltung des SED-Staates – erkannte Honecker dabei nicht. Er war auch keineswegs bereit, einen derartigen Protektionsverlust zu akzeptieren, wie seine Forderungen an die Adresse Moskaus und die Erwartung ihrer selbstverständlichen Erfüllung zeigen. Erst Mitte 1989 scheint er dessen inne geworden zu sein, daß die SED-Herrschaft nicht mehr mit dem festen Rückhalt der sowjetischen »Freunde« rechnen konnte: In denkwürdigem Einvernehmen mit Ceaușescu suchte er – vergebens – Gorbatschow dazu zu veranlassen, die Breschnew-Doktrin wieder in Kraft zu setzen.

Ähnlich inkonsistent war die Politik gegenüber der Bundesrepublik. Honeckers Kurs der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« – ein Sozial- und Konsumprogramm, das nach westdeutschem Maßstab bescheiden war und daher den angestrebten Besiedigungseffekt verfehlte – hatte seit 1971 die Produktivität der DDR zunehmend überfordert und das Land in eine immer größere finanzielle Abhängigkeit von der Bundesrepublik versetzt. Im Herbst 1989 stand der SED-Staat unmittelbar vor dem Bankrott – und als Retter kam nur die westdeutsche Seite in Betracht. Zu allem Überfluß suchte der ostdeutsche Führer seine Herrschaft gegenüber der eigenen Bevölkerung dadurch zu legitimieren, daß er sich um eine möglichst weitreichende Anerkennung durch Bonn bemühte. Zugleich jedoch sah er in der Bundesrepublik den alibösen »Klasseneind«, den es unablässig zu bekämpfen galt und mit dem ein kooperatives politisches Verhältnis grundsätzlich nicht möglich war. Damit nahm er sich von vornherein die Option, für die DDR notfalls eine Alternative oder wenigstens eine Ergänzung zur Stützung seitens der UdSSR zu entwickeln, obwohl Moskau immer weniger willens war, gegebenenfalls in jeder, auch materieller Hinsicht für den SED-Staat einzutreten. Die Beziehung wurde 1988/89 weiter belastet durch eine ostdeutsch-sowjetische Konkurrenz um den Zugang zu den Ressourcen der Bundesrepublik: Jeder der beiden »Bruderstaaten« suchte den anderen im Werben um die westdeutsche Gunst zu übertreffen. Die dadurch bedingten Rücksichten auf Bonn engten den innenpolitischen Handlungsspielraum der SED-Führung stark ein.

In sich widersprüchlich war auch die Situation, der sich die innerparteiliche Fronde gegenüberstellte. Diese einflußreiche, teilweise zur Stasi und zum KGB hin verbundene Gruppe wartete darauf, daß sich der Generalsekretär durch schwerwiegender Fehler im Innern diskreditierte. Unter diesem Gesichtspunkt lag es objektiv in ihrem Interesse, die sich in der Bevölkerung

verbreitende Opposition nicht zu dämpfen, sondern klar hervortreten zu lassen, solange der Machtwechsel noch ausstand. Sobald dieser jedoch vollzogen sein würde, galt die umgekehrte Devise: Dann standen die Dinge um so besser, je weniger das SED-Regime vorher destabilisiert worden war. Theoretisch hatte man dann natürlich die Möglichkeit, wankend gewordene Herrschaftsverhältnisse durch Wiederanziehen der Zügel erneut zu festigen. In der Praxis jedoch war es zweifelhaft, ob sich dies die neuen Herren tatsächlich würden leisten können: Wenn sich die Beherrschten erst einmal daran gewöhnt hatten, daß die Macht »oben« nicht durchgreifen konnte oder wollte, und wenn die politische Spitz e eine so ungestigte Position vorsand, daß sie der Zustimmung »unten« bedurfte, mochten die schönsten Konzepte der Herrschaftsstabilisierung nutzlos sein. Mit anderen Worten: Alle Unruhe, die Honeckers Rivalen zunächst willkommen sein möchte, konnte sich gegen sie kehren, sobald sie die erstrebte Macht errungen haben würde. Diese Wirkung versprach um so stärker zu werden, je länger sich der Wechsel an der Spitz e von Partei und Staat hinauszögern würde.

In dieser sehr komplexen Ausgangslage liegen wesentliche Voraussetzungen dafür, daß sich die SED-Führung im Herbst 1989 nicht zu einer entschlossenen Verteidigung ihrer Herrschaft mit allen Mitteln aufraffte. Ihr standen zwar alle notwendigen Machtmittel zur Verfügung. Ebenso kann man aufgrund der Stellungnahmen und Aktionen bis kurz vor den entscheidenden Entwicklungen davon ausgehen, daß es keine prinzipiellen Skrupel gab, die der Anwendung scharfer Gewalt gegen die Bevölkerung im Wege gestanden hätten. Wenn eine Studie über die Ereignisse vom Herbst 1989 die Ursachen des erstaunlichen schrittweisen Verzichts auf die Verteidigung des Regimes herausarbeiten soll (wie dies bei dem Buch von Süß erklärtermaßen der Fall ist), muß sie daher Verbindungslien von der Ausgangslage zu den dargestellten Einzelvorgängen ziehen. Die übergreifende Frage lautet also, was die bestimmenden Akteure in der Ost-Berliner Zentrale und am Ort des jeweiligen Geschehens über die rahmenggebende Gesamtsituation wußten und wie sie dieses Wissen bei ihren Entscheidungen verwendeten.

Wirkte etwa das demonstrative Abseitsstehen, das Gorbatschow den im Lande stationierten sowjetischen Truppen verordnet hatte, demoralisierend auf die ostdeutschen Sicherheitskräfte, weil diese im Falle des Mißserfolgs nicht so wie am 17. Juni 1953 auf das rettende Eingreifen der UdSSR hoffen konnten und/oder weil sie die Repression durch das Ursprungslan d der herrschaftslegitimierenden Ideologie mißbilligt sahen? Gibt es Hinweise darauf, daß Frondeure, Honecker-Rivalen und mit ihnen verbundene Einsatzleiter es am Willen zur Niederschlagung der Protestbewegung fehlen ließen, um den Sturz des SED-Generalsekretärs zu befördern? Was bedeutete es für die Haltung der Staatssicherheit, daß es zwischen dem – in ihren Reihen nach wie vor einflußreichen – KGB und der innerparteilichen Fronde

Verbindungen gab? Wer von den Akteuren auf der Seite des SED-Regimes war sich der Tatsache bewußt, daß die materiellen Leistungen Moskaus eine besorgniserregende Abwärtstendenz aufwiesen, daß sie sogar auf Null zurückgefahren werden sollten und daß die DDR auch ohnedies schon vor der Pleite stand? Soweit dies der Fall war: Welche praktischen Schlüsse wurden daraus gezogen? Spielte die Überlegung eine Rolle, daß es, der amtlichen »Klassenfeind«-Rhetorik zum Trotz, objektiv keine Alternative zu Einvernehmen und Kooperation mit der Bundesrepublik gab? Leitete man daraus das Erfordernis ab, es im Umgang mit den Demonstranten keinesfalls zu negativem öffentlichem Aufsehen kommen zu lassen? Nach dem Versprechen des Autors, das *Warum* des Regimeverhaltens und damit das Scheitern des Bemühens um Verhinderung des Aufruhrs zu erklären, erwartet der Leser vergeblich Antworten auf diese und ähnliche Fragen.

Süß konzentriert sich ganz überwiegend auf die Details des Geschehensverlaufs. Daher bleibt der außen- und innenpolitische Hintergrund weithin unberücksichtigt. Beispielsweise wird das zentrale Faktum des sowjetischen Abschieds von der Breschnew-Doktrin mit dem beiläufigen Hinweis abgetan, diese habe sich Ende der achtziger Jahre »verschüttigt«. Was der Wegfall dieser innenpolitischen Bestandsgarantie für das SED-Regime bedeutete, wird dem Leser in keiner Weise erklärt. Von den anderen entwicklungsbestimmenden Begleitumständen wird kaum etwas erwähnt. Daher kann sich an sie auch nicht die Nachfrage anschließen, was davon jeweils in der einen oder anderen Situation das Bewußtsein und die Entscheidung von Akteuren beeinflußt hat. Süß hat zudem primär die Einzelseignisse im Blick und tendiert dazu, die darüber gegebenen Berichte zu referieren. Da eine zusammenhängende Darstellung der rahmensexistierenden Ausgangslage fehlt, können die Einzelinformationen auch nicht darauf bezogen werden. So bleiben wichtige Erkenntnismöglichkeiten ungenutzt. Die Perspektive wird auch dadurch verengt, daß die Aufmerksamkeit des Autors fast ausschließlich den Innenvorgängen der DDR gilt, so daß der internationale Kontext weithin außer Betracht bleibt. Das mag auch an den benutzten Quellen liegen: Diese sind nicht nur, was die Akten anbelangt, deutscher Herkunft – auch die verzeichnete Literatur kommt, von ganz wenigen englischsprachigen Titeln abgesehen, nur aus Deutschland. Besonders schwer wiegt, daß die existenzentscheidende Beziehung zur Sowjetunion kaum berücksichtigt wird.

Mit diesem Vorgehen läßt sich von dem *Warum*, dessen Aufklärung im Untertitel des Buches versprochen wird, nur wenig entschlüsseln. Die den Quellen entnommenen Erklärungen für einzelne Vorgehensweisen des SED-Regimes geben weithin Auskunft nicht über ursprüngliche Determinanten, sondern stellen bereits Folgen eines vorangegangenen Auflösungs- und Entmutigungsprozesses dar. Je mehr die Macht des SED-Regimes abnahm, desto deutlicher entwickelten sich abwärts führende Eigendynamiken. Wie

Süß ausführte, verlor etwa der ideologische Diskurs seine die Herrschaftsträger verbindende Wirkung. Angesichts einer Realität, die immer eindeutiger den ideologischen Prämissen und Postulaten zuwiderlief, büßten die marxistisch-leninistischen Erklärungs- und Deutungsmuster ihren Sinn ein. Dadurch büßten die Machthaber ihr Instrument zur gemeinsamen Definition der Wirklichkeit ein, mit dessen Hilfe sie sich bis dahin untereinander verständigt hatten. Im Zuge fortschreitenden Machtverlusts verselbständigen sich auch die funktionalen Interessen einzelner Sektoren des Herrschaftsapparats. Als die Hoffnungen auf gemeinsamen Erhalt der Herrschaft als verbindendes Moment wegfielen, dachten die Akteure der verschiedenen Einzelbereiche immer mehr daran, wie sie ohne Rücksicht auf andere am besten aus dem Schlamassel herauskämen – mit dem Ergebnis, daß die aus der jeweiligen Einzellage resultierenden Neigungen absolut gesetzt wurden und zu grundlegenden Differenzen mit anderen Herrschaftsträgern führten. Eine nicht unwichtige Rolle spielte auch, wie Süß betont, die Erziehung der Kader zu fragloser Unterordnung. Sie trug wesentlich dazu bei, daß sich die Bediensteten des MfS und andere Parteigänger des Regimes willig fügten, als ihnen die konzeptionslosen, zeitweilig geradezu kopslos wirkenden Männer an der Spitze schrittweise die Preisgabe des bisherigen Systems und damit zugleich die Aufgabe der eigenen Position und Rolle abverlangten.

In diesen und ähnlichen Phänomenen liegt freilich nicht die ursprüngliche Ursache der Entwicklung (das fundamentale *Warum*). Es handelt sich vielmehr um Modalitäten einer schon vorher in Gang gesetzten Entwicklung (also um das sekundäre *Wie*). Die erwähnte Fügsamkeit der Bediensteten beispielsweise setzte die Kopslosigkeit einer von Konzession zu Konzession stolpernden Führung als vorangehende Ursache voraus. Die grundlegende Frage lautet daher, wieso die Verantwortlichen an der obersten Spitze willens waren, von Schritt zu Schritt immer weiter zurückzuweichen. Analoges gilt für Süß' Darlegung, daß sich die Mitglieder der – als Prätorianergarde der SED geltenden – »Kampfgruppen der Arbeiterklasse« kurz vor dem Durchbruch der Demonstrationsbewegung mehrheitlich dem vorgesehenen Einsatz mit dem Hinweis entzogen, sie wollten nicht »die Knüppelgarde der Partei« sein. Da wäre zu klären, wie es zu dieser Einstellung gekommen war, d.h. welche vorausgegangenen Erfahrungen und Eindrücke den Ausstieg aus der stets als eisern geltenden Parteidisziplin bewirkten. Weiter: Ersuhren die Sicherheitskräfte, die dann die Sache des Regimes ohne die SED-Truppe zu verteidigen hatten, von deren Defaitismus? Falls ja, wie beeinflußte das ihre Moral?

Auch das Verhalten des Wachpersonals an der Berliner Mauer in der Nacht vom 9. zum 10. November 1989 war eine Folge vorausgegangener Ursachen. Die politische Führung hatte es versäumt, die ausführenden Organe ordnungsgemäß über die Reiseregelung zu unterrichten und ihnen einschlägige

Verhaltensmaßregeln an die Hand zu geben. Solcherart alleingelassen und mit einer immer schwerer zurückzuhaltenden andrängenden Volksmenge konfrontiert, standen die Bewacher nicht länger zu der dienstlichen Pflicht, unbefugten Personen unter allen Umständen den Grenzübertritt zu verweigern. Sie ließen den Dingen ihren Lauf. Welchen Autoritäts- und Respektsverlust muß die Führung in der vorangegangenen Zeit erlitten haben, ehe die – früher peinlichst auf Durchführung auch der geringsten Instruktionen bedachten – Untergebenen derart grundlegende Vorschriften mißachteten!

Auch dann, wenn der Autor Verhalten zu erklären sucht, ist also weit hin von sekundären Motiven – und nicht vom ursprünglich bewirkenden Antrieb – die Rede. Selbst in diesen Fällen findet sich daher wenig Aufschluß über zugrunde liegende Ursachen; der Leser muß sich mit den Beweggründen von Einzeltätigkeiten begnügen, d.h. mit Verlaufsmodalitäten (dem *Wie* der Ereignisse), die bereits Folgeerscheinungen ganzheitlich bestimmender Ursachen sind. Das Einzelgeschehen läßt sich aber nicht aus sich selbst heraus erklären. Nur soweit größere, detailübergreifende Zusammenhänge und Antriebskräfte in den Blick treten, werden bewegungsverursachende Faktoren (das *Warum* des Geschehens) klar. An dieser weiteren Perspektive fehlt es in den Ausführungen von Süß weithin. Läßt man aber solche Erwartungen beiseite, wie sie der Untertitel des Buches weckt, wird man die Arbeit als detaillierte und kenntnisreiche Darstellung der sich innerstaatlich vollziehenden Auflösung der DDR schätzen.

## **Der Bestand des Zentralen Parteiarchivs der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD)**

**Von Konrad Kühne\***

### **Die Anfänge des zentralen Parteiarchivs**

Im Dezember 1990 übernahm das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (ACDP) die Akten der ehemaligen Demokratischen Bauernpartei Deutschlands. Die Erstellung von Registratur- und Aktenplänen sowie die systematische Aufbewahrung historisch wertvoller Dokumente für die Geschichte der DBD geht auf den Beschuß des Sekretariats vom 11. November 1957 zum »Aufbau eines Parteiarchivs und einer Materialsammlung für Presse und Argumentation« zurück. Anlaß war die Erstellung einer Festschrift mit Text- und Bilddokumenten zum zehnjährigen Partejubiläum 1958.<sup>1</sup> Seit den Anfängen der Bauernpartei in Mecklenburg im April 1948 und insbesondere nach der Gründung der Partei auf Zonenebene am 17. Juni 1948 war eine Vielzahl von Akten, Zeitschriften, Zeitungen und Presseausschnitten angefallen, die dringend einer sachgemäßen Aufbewahrung und Ordnung bedurften, da sie teils in Abstellräumen, teils in den Dienstzimmern der Referenten gelagert waren.

Das Sekretariat ordnete die Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten an und legte auf der Grundlage des Beschlusses von 1957 für die inhaltliche Arbeit des Pressearchivs fünf Kriterien fest: 1. Auswertung und Ordnung der im Archiv vorhandenen Zeitungen und Zeitschriften; 2. Sammlung und Einordnung der Ausschnitte anhand eines Aktenplanes unter Einbeziehung der bürgerlichen Zentralpresse; 3. sachgemäße Aufbewahrung des »Neuen

---

\* Der Autor des vorliegenden Beitrages ist nach seinem Volkswirtschaftsstudium und der Aufnahme der Tätigkeit als Buchhalter in einer LPG seines Heimatkreises Torgau im November 1980 in die DBD eingetreten. Er war ab 1981 Mitarbeiter und später Sekretär des Bezirksvorstandes Leipzig der DBD. Im Mai 1989 wurde er Sektorenleiter beim Parteivorstand, und von Mai bis Dezember 1990 leitete er das Zentrale Parteiarchiv der DBD. Als die Partei sich 1990 mit der CDU zusammenschloß, war er für die Sicherung und den Transfer des Archivs in das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin zuständig und übernahm dort die weitere Betreuung des Bestands. Grundlage für die Bearbeitung war der Einheitsaktenplan der DBD, der die Einarbeitung der noch unverzeichneten Materialien entsprechend den archivischen Anforderungen des ACDP in den Archivfonds ermöglichte.

1 Vorlage an das Sekretariat des Parteivorstandes vom 4. Mai 1957, Beschuß vom 11. November 1957. Vgl. ACDP VI-052-0535.

Deutschland«, der »Presse der Sowjetunion« und der Tageszeitungen von CDU, LDPD und NDPD als gebundene Exemplare; 4. Sammlung und Ordnung der die DBD und ihre Entwicklung betreffenden Pressemeldungen; 5. Betreuung und Pflege der Bibliothek.<sup>2</sup>

Parallel zur Einrichtung der Pressedokumentation und Bibliothek galt es, die seit der Gründungsphase der Partei angefallenen Altregistrierungen zu sichern und nutzbar zu machen. Für das Sekretariat und die Abteilungen des Parteivorstandes bestanden zwar seit August 1951 erste Aktenpläne, die mit der Neugliederung der Länder in 15 Bezirke<sup>3</sup> und der Umstrukturierung der Partei 1952<sup>4</sup> ergänzt und erweitert wurden, jedoch fehlte eine archivfachliche Betreuung der Verwaltungsarchive und der Altbestände.

Erst nach dem Beschuß des ZK der SED von 1955, in dem Aufbau und Erschließung der Archive als wichtiger Beitrag zur Förderung des sozialistischen Bewußtseins angesehen wurden,<sup>5</sup> richteten Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre neben der DBD auch Ost-CDU, LDPD, NDPD und die Massenorganisationen Archive ein.<sup>6</sup> Als Eigentümer nahmen die Parteien und Massenorganisationen Sicherung, Aufbewahrung und Auswertung ihres Schriftgutes in eigener Verantwortung wahr. Allerdings spielten diese Archive in der Archivlandschaft der DDR, mit Ausnahme des FDJ- und FDGB-Archivs, nur eine untergeordnete Rolle. Das »Handbuch über das Archivwesen der DDR« z. B. erwähnt sie nur am Rande. Die von der Staatlichen Archivverwaltung herausgegebene Zeitschrift »Archivmitteilungen« enthält nur spärliche Hinweise.

Die DBD baute ihr »Hauptarchiv« in der Berliner Partezentrale in der Friedrichstraße 79 a auf. In den 80er Jahren wurde es in »Zentrales Parteiaarchiv« (ZPA) umbenannt und gleichzeitig mit dem Umzug der Parteileitung in die Behrenstraße 47/48 verlagert. Es bestand aus drei Abteilungen: dem Verwaltungsarchiv des Parteivorstandes; dem Endarchiv und der Bibliothek. Neben den üblichen Archivaufgaben kam als weiteres zentrales Anliegen die fachlich-methodische Anleitung und Kontrolle der Verwaltungsarchive der Bezirksvorstände, der Redaktion des Parteiorphans »Bauern-Echo«, der Zentralen Bildungsstätte der DBD »Thomas Müntzer« Borkheide und des Gästehauses der DBD in Muldenberg hinzu.

Das Sekretariat beschloß 1957 die Überführung aller bei den Abteilungsreferenten angefallenen Akten und Presseausschnittsammlungen in das

---

2 Vgl. ebd.

3 Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR, GBL der DDR, Nr. 99, 1952, S. 613.

4 ACDP VI-052-0523.

5 Vgl. Botho BRACHIMAN, *Archivwesen der DDR*, Berlin 1984, S. 47.

6 Vgl. ebd. S. 35 ff.

Hauptarchiv, mit Ausnahme des Arbeitsarchivs der Abteilung Agrarpolitik. Der zuständige Mitarbeiter im Sekretariat des Parteivorstandes, Otto Keuthe, schrieb, daß »der Abteilung Agrarpolitik auch weiterhin die Sammlung aller ihre Arbeit betreffenden Unterlagen zu überlassen sei: »Sie braucht diese Materialien jederzeit zu ihrer Arbeit und übersieht fachkundig die Entwicklung und den Zusammenhang aller landwirtschaftlichen Probleme in der DDR.<sup>7</sup> Alle Abteilungen des Parteivorstandes waren beauftragt, die Schriftgutablage anhand eines vom Sekretariat als verbindlich erklärten zentralen Aktenplanes zu organisieren. Auch die Akten der anderen Partiegremien sollten analog zu dem bei der staatlichen Archivverwaltung verwendeten Dezimalsystem nach Großgruppen abgelegt werden.<sup>8</sup>

Die Abteilungen und Sekretariate setzten den Aktenplan in der Praxis aber nur partiell um. Das Tagesgeschäft und die fehlende Sensibilität für die archivische Arbeit waren Ursache für mangelnde Ordnung und Defizite bei der Aktenführung und Aktenablage. Als hilfreich erwiesen sich die 1964 von der staatlichen Archivverwaltung im Ministerium des Innern herausgegebenen Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze für die staatlichen Archive und die Verordnung vom 11. März 1976 über das staatliche Archivwesen.<sup>9</sup> Nachfragen aus der Partei, insbesondere bei Jubiläen und wissenschaftliche Forschungsarbeiten<sup>10</sup>, veranlaßten das Sekretariat Mitte der 80er Jahre, das Archivwesen der DBD zu reorganisieren.

Verantwortlich für diese Umorganisation war der damalige Archivleiter Heinrich Huge, der das Zentrale Parteiarchiv bis zu seiner Pensionierung im Januar 1990 leitete. Mit dem Beschuß vom 6. August 1985 über die Archivordnung für das Zentrale Parteiarchiv der DBD, die Benutzerordnung, den Einheitsaktenplan der DBD und die Richtlinie zur Übergabe des Schriftgutes aus den aktenführenden Stellen an das Zentrale Parteiarchiv der DBD<sup>11</sup> wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, den Umgang

<sup>7</sup> ACDP VI-052-0535.

<sup>8</sup> 0 = Agrarpolitik, 1 = DBD, 2 = Deutschland usw. Für die Kategorie »1 DBD« ergab sich folgende Klassifizierung: 1 Partei, 10 Vorgeschichte, Gründung und Programm, 11 Leitende Organe und Tagungen, 12 Bewußtsein = Schulung und Aufklärung, Initiativen, 13 Presse, »Bauern-Echo« und »Der Pflüger«, 14 Partei und Staat = Volksvertreter, 15 Partei und VdgB, MTS sowie sonstige Helfer, 16 Partei und Nationale Front, 17 Partei und andere Parteien, Organisationen, Gewerkschaften etc., 18 Partei und gesamtdeutsche Arbeit, 19 Partei und interne Verbindungen. Vgl. ebd. Dort auch die Ausführungen Otto Keuthes: »Die Gliederung nach dem Zehner-System hat sich überall bestens bewährt. Schon an der ersten Zahl erkennt jedermann, um welches große Sachgebiet es sich handelt.«

<sup>9</sup> Vgl. GBL der DDR, Teil I Nr. 10, 1976, S. 165.

<sup>10</sup> Die Geschichte der DBD sollte bis zum 40. Jahrestag durch Forschungsaufträge der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED erarbeitet werden.

<sup>11</sup> Ordnungen für den Umgang mit dienstlichem Schrift- und Archivgut der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands. Vgl. ACDP VI-052-118/1.

mit dienstlichem Schriftgut in allen Leitungsebenen der Partei von der Entstehung über die Registratur bis zur Endarchivierung nach einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln.

Zur weiteren fachlichen Qualifizierung wurden Mitarbeiter an die Fachhochschule für Archivwesen »Franz Mehring« in Potsdam delegiert. Darüber hinaus fanden regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen mit den Archivbeauftragten der Abteilungen des Parteivorstandes und der Sekretariate der Bezirksvorstände statt. Die Lehrgänge vermittelten Grundkenntnisse über das staatliche Archivwesen sowie die Regeln der Schriftgutverwaltung, -bewertung und -erschließung.

Im Zuge der Reorganisation wurde in der Archivordnung der DBD festgeschrieben, daß alle aktenbildenden Stellen der Partei ihr Schriftgut sowie die Bild- und Tonträger nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen dem Zentralen Parteiarchiv zur Archivierung anbieten mußten.

Unterschieden wurde nun nach parteigeschichtlich wertvollem und nur vorübergehend aufzubewahrendem Schriftgut. Ersteres war dem Zentralen Parteiarchiv vollständig zu übergeben, letzteres sollte nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen in den Verwaltungsarchiven der Bezirks- und Kreisverbände unter Anwendung des Schriftgutbewertungsverzeichnisses des Einheitsaktenplanes in eigener Regie auf Archivwürdigkeit geprüft und entweder kassiert oder in das Zentrale Parteiarchiv überführt werden.

Die Fachaufsicht über die Einhaltung des Aktenplanes bei den Registraturbildnern oblag dem Leiter des Zentralen Parteiarchivs. Als Abteilungsleiter unterstand er dem Sekretär für Agitation und Propaganda. Zu den wichtigsten Aufgaben des Archivleiters gehörten neben der Geschäftsführung des Zentralen Parteiarchivs die Anleitung und Kontrolle der Archivbeauftragten bei den Abteilungen des Parteivorstandes und in den Sekretariaten der Bezirksvorstände, die Gewährleistung der ordnungsgemäßen Aufbewahrung und Erhaltung des Archivguts, die Akquisition und Bewertung sowie die Nutzbarmachung der Bestände. Dafür standen ihm drei Mitarbeiter zur Verfügung. Die in der Zwischenzeit neugeschaffenen räumlichen und technischen Voraussetzungen mit einer für eine Gesamtkapazität von 250 lfm. ausgerichteten Hebelschubanlage entsprachen den allgemeinen Anforderungen für die sichere Lagerung, Erschließung und Auswertung von Archivgut.

Für die Übergabe von vertraulichen Dienstsachen galt die Anordnung zum Schutz der Dienstgeheimnisse vom 6. Dezember 1971<sup>12</sup> sowie der dazu am 12. September 1972 beschlossene Maßnahmenkatalog zur Durchführung in den Parteiorganen der DBD. Analog zu den Regelungen in den staatlichen Verwaltungen unterstanden Finanz- und Kaderunterlagen nicht der Verwal-

---

<sup>12</sup> Anordnung zum Schutz von Dienstgeheimnissen vom 6. Dezember 1971, GBL der DDR, Sonderdruck Nr. 717.

tung des Zentralen Parteiarchivs. Sie verblieben wie die Mitgliederkartei mit der Mitgliederstatistik in den jeweiligen Abteilungen.

Ein Bericht des Sekretärs für Agitation und Propaganda, Georg Böhm, im November 1987 an das Sekretariat zeigt den Erfolg der Umstrukturierung. Im Zentralen Parteiarchiv waren ca. 1,3 Millionen Schriftgutblätter aus 4.000 Stehordnern und Schnellheften zu bewerten und zu verzeichnen. 350 Tonbänder mußten nach Parteitagsperioden geordnet werden. Böhm wies darauf hin, daß die Überlieferungen der Tagungen des Parteivorstandes, der Sitzungen des Sekretariats und der Tagungen der Landesvorstände in den Jahren 1948 bis 1950 äußerst lückenhaft seien und aus dem Jahr 1959 das Schriftgut der Tagungen des Präsidiums nahezu ganz fehle.<sup>13</sup> Die archivische Bearbeitung der Akten des Vorstandes und des Präsidiums ermögliche, wie Böhm bilanzierte, die Herausgabe des Protokolls des 1. Parteitages, der Chronik der DBD und die Erarbeitung von Diplomarbeiten und Dissertationen zur Geschichte der Partei.

#### Auflösung des DBD-Archivs und Sicherung 1990

Der Zusammenbruch des DDR-Sozialismus führte zu Auflösungserscheinungen in der DBD. Das schlechte Ergebnis bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 hatte für den Parteiapparat weitreichende Konsequenzen. Durch die Kürzung der finanziellen Zuwendungen verließen viele Funktionäre die Partei, hohe Mieten zogen die unerwartet schnelle Schließung von vielen Kreisgeschäftsstellen nach sich. Personal- und Raumknappheit sowie die enorme Verteuerung von Altpapier stellten große Anforderungen an die Mitarbeiter des Zentralen Parteiarchivs, um den Archivfonds zu sichern. Intensiv verstärkt wurden die Bemühungen um die Sicherstellung der Akten mit der Umstrukturierung der Partei und den Vorbereitungen zur Bildung der neuen Landesverbände der DBD ab Februar/März 1990.

Mit der von der Regierung Modrow am 22. Februar 1990 erlassenen »Verordnung zur Arbeit mit den Personalakten« wurden die Personalakten im Geltungsbereich der zentralen und örtlichen Staatsorgane sowie der Parteien und Massenorganisationen aufgelöst und die Anlage neuer Akten mit den Schriftgutarten Personalbogen, Lebenslauf, Zeugnisse, Arbeitsverträge, letzte Beurteilung etc. angeordnet. Als nicht mehr benötigt eingestuftes Schriftgut, wie Nachweise über den Besuch von Parteischulen, staatliche und gesellschaftliche Auszeichnungen, ältere Beurteilungen, Disziplinarmaßnahmen und Aufzeichnungen über die privaten Westkontakte der Funktionäre und Mitarbeiter, die nach der Verordnung vom 22. August 1977 Teil der

13 Vgl. ACDP VI-052-122/2.

Kaderakte waren, sollte entnommen und den Betroffenen zurückgegeben werden.<sup>14</sup>

Die Rückgabe erfolgte bei der DBD nicht immer vollständig, da es bei der Kaderabteilung zu eigenmächtigen Kassationen kam. So übergab der damalige Abteilungsleiter, Kader und spätere Bevollmächtigte der Abwicklungsstelle der DBD, Horst Jäschke, der Archivleitung Unterlagen der Kaderabteilung erst nach mehreren Aufforderungen im Original. Es handelte sich dabei um Aufstellungen der Mitglieder der Bezirks- und Kreisvorstände sowie um Listen der Mitglieder der ersten Landesvorstände vom Dezember 1948, die handschriftliche Vermerke enthielten, daß ein großer Teil der Landesvorstandsmitglieder »ersetzt« werden müsse.<sup>15</sup>

Finanzunterlagen fielen unter die Rubrik »nicht archiwürdiges Schriftgut« und wurden nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist kassiert. Die noch vorhandenen Rechnungsabschlüsse und Belege aus den Monaten vor und nach der Wende wurden aber der Bundesgeschäftsstelle der CDU übergeben, die diese der unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisation der DDR zur Verfügung stellte.

Nach persönlichen Absprachen mit den Abteilungsleitern im Parteivorstand und den Beauftragten für die Archive in den Bezirkssekretariaten, erging auch an den Stellvertretende Vorsitzenden, Ulrich Junghanns, und die Vorsitzenden der Bezirksvorstände die schriftliche Aufforderung, den Archivfonds der DBD im jeweiligen Verantwortungsbereich zu sichern. Es bestand dringend Handlungsbedarf, da Mitarbeiter des Büros des Sekretariats im Tiefkeller des Parteihauses in der Behrenstraße bereits mit der Verkölterung von Akten begonnen hatten. Auch in den Bezirks- und Kreissekretariaten kam es, wie beispielsweise in Sondershausen, zu eigenmächtigen Aktenvernichtungen. Einige Kreissekretäre schickten dem Zentralen Parteearchiv nur noch Kassationsprotokolle, da sie angeblich von der Übergabe an die Bezirkssekretariate nicht informiert worden seien.

Daraufhin erhielten alle Abteilungen des Parteivorstandes und Sekretariate der Bezirksvorstände Handlungsanleitungen zur Bearbeitung des Archivgutes. Entsprechend den Festlegungen des Einheitsaktenplanes sollten wenigstens die mit EA (für Endarchiv) gekennzeichneten Unterlagen durch die Bezirks- und Kreissekretariate gesichert und dem Zentralen Parteearchiv übergeben werden. In vielen Gesprächen mußten die Funktionäre überzeugt werden, daß die in ihrem Verantwortungsbereich entstandenen Akten nicht dazu dienen sollten, sie politisch zu belasten, sondern daß es im Gegenteil

---

14 Vgl. Ingrid GROHMANN, *Die »Bereinigung« der Personalakten in der früheren DDR*, in: *Archivmitteilungen* 2/91, S. 78.

15 ACDP VI-052-843/2.

darum ging, der Nachwelt ein realistisches Bild von der Arbeit der Partei zu hinterlassen.

Nach der 6. Tagung des Parteivorstandes am 25. Juni 1990,<sup>16</sup> die über den möglichen Zusammenschluß von DBD und Ost-CDU entschied, drängte die Archivleitung die gemeinsame Arbeitsgruppe von Ost-CDU und DBD mit Nachdruck auf eine Entscheidung über den Verbleib der Akten der DBD, da in der Berliner Parteizentrale bereits neue Mieter einzogen und Räumlichkeiten in Anspruch nahmen. Von staatlicher Seite bestand kein Interesse an einer Übernahme des Bestandes und Gespräche mit dem Leiter des Archivs der Ost-CDU, Joachim Franke, blieben ohne Ergebnis. So war die Sicherung dieser einmaligen Quellen zur Geschichte der ökonomischen und politischen Probleme und Widersprüche der Landwirtschaftspolitik in der DDR, über die politisch-ideologische Einflußnahme auf die Bauern und ihre Familien bei der Übersführung des Privateigentums in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und über den Alltag der Landbevölkerung lange Zeit unklar. Erst die Zusage einer Übernahme durch den Leiter des ACDP, Günter Buchstab, im Juli 1990 sicherte den Erhalt des Bestands. Bis zum Transfer des Archivs nach St. Augustin wurde an der Erschließung und Verzeichnung der Protokolle der Tagungen des Präsidiums und der Sitzungen der Sekretariate der Bezirksvorstände gearbeitet.<sup>17</sup>

#### Ordnung, Verzeichnung und Verfilmung

In der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde die Verzeichnung der DBD-Akten von Bestandskarten auf EDV umgestellt. Weitere Akten, die bei Akquisitionen in Ost-CDU-Geschäftsstellen übernommen werden konnten, wurden dem Bestand zur Ergänzung beigesfügt. Während der Bearbeitungszeit erhielten die Benutzer auch unverzeichnete Akten ausgehändigt, um den Bestand von Anfang an in seiner Gesamtheit zugänglich zu machen.

1992 richtete der Gesetzgeber die »Stiftung Archiv der Parteien und

16 Auf der 6. Tagung des Parteivorstandes der DBD vom 25. Juni 1990 sprachen sich 78 % der Mitglieder des Parteivorstandes dafür aus, der Mitgliedschaft den Zusammenschluß mit der CDU vorzuschlagen. Dabei ging der Parteivorstand »davon aus, daß es unveräußerliches Recht eines jeden Parteimitgliedes ist, diese zutiefst persönliche Entscheidung selbständig zu fällen. Deshalb wird auf einen Entscheidungsprozeß orientiert, der von der Basis ausgeht und, gerichtet auf die Schaffung föderalistischer Parteistrukturen, auf Landesebene vollendet wird.« Das heißt, es war nicht, wie oft behauptet, ein von oben bestimmter Akt, sondern jedes Mitglied konnte über den Beitritt zur CDU für sich selbst entscheiden. Vgl. ACDP VI-052-094/2.

17 Die Mitarbeiter des Archivs haben bis zum Abtransport der Akten am 3. Dezember 1990 an einer zügigen Verzeichnung und ordnungsgemäßen Übergabe mitgearbeitet, obwohl sie wußten, daß sie danach arbeitslos werden. Für dieses Pflichtbewußtsein gebührt ihnen Dank und Anerkennung.

Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv« (SAPMO) in Berlin ein, in der die Unterlagen der SED sowie der Parteien und Massenorganisationen aufbewahrt werden sollen, »soweit sie die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben betreffen«.<sup>18</sup> Dies hatte zur Folge, daß das DBD-Archiv nach Berlin zurückgeführt werden mußte. Eine Vereinbarung zwischen dem Bundesarchiv und der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 22. März 1994 über die Überführung der Akten sah vor, daß der verzeichnete Teil des Bestandes und der noch unbearbeitete größere Teil für eine Mikroverfilmung vorbereitet und durch die Konrad-Adenauer-Stiftung verfilmt werden sollte.<sup>19</sup> Die Verzeichnungs- und Vorbereitungsarbeiten für die Verfilmung gestalteten sich, um eine praktikable Benutzung der Filme zu ermöglichen, im Detail äußerst aufwendig. Der gesamte Bestand von 180 lfm. wurde weit intensiver als üblich chronologisch und sachlich geordnet, auf Duplikate geprüft und technisch aufbereitet (umgebettet, von Metallen befreit, rückseitig beschriebene Blätter wurden kenntlich gemacht, Überformate und beschädigte Akten konservatorisch aufgearbeitet), um gleichzeitig die Kosten zu optimieren.

Als Ergebnis entstand ein 1200 Seiten umfassendes Findbuch mit einem ausführlichem Inhalts- und Abkürzungsverzeichnis sowie Personen- und Sachregister. Die Akten, die bereits im Zentralen Parteiarchiv der DBD auf Bestandskarten erfaßt worden waren, sind mit einem Deckblatt mit den Verzeichnungssangaben, Herkunfts- und Bestandsbezeichnung, Registratur- und Archivsignatur, Aktentitel, Enthältvermerk, Bandnummer und Datierung versehen. Der Aufbau des Findbuchs basiert auf der Organisationsstruktur der Partei, wie sie vor der Auflösung 1990 bestand. Der Sprachgebrauch der Partei wurde beibehalten und weitgehend übernommen. Bestimmend für die Bestandsbildung und Bestandsabgrenzung war primär das Provenienzprinzip, um die Dokumente eines Registraturbildners aus einem gemeinsamen Entstehungs- und Überlieferungszusammenhang zu erfassen.

---

18 Vgl. *Bundesgesetzblatt*, Teil I Nr. 14, 1992, S. 506. Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes, § 2 Absatz 9: »Unterlagen im Sinne dieses Gesetzes sind auch solche der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der mit dieser Partei verbundenen Organisationen und juristischen Personen sowie der Massenorganisationen der Deutschen Demokratischen Republik, soweit sie die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben betreffen. Dies gilt auch für andere Parteien und mit diesen Parteien verbundenen Organisationen und juristische Personen der Deutschen Demokratischen Republik.«

19 Der Übergabetermin machte eine parallel laufende Verzeichnung und Verfilmung notwendig. Dem entsprechen auch die zwei verschiedenen Numerierungen im Bestand: die Bandnummern des Zentralen Parteiarchivs der DBD 0001 bis 1428 und die im ACDP vorgenommene Signierung nach Archivkartons 001/1 bis 889/1.

Bei der Ordnung und Verzeichnung wurden der Einheitsaktenplan, die Findkartei des Zentralen Parteiarchives der DBD und noch erkennbare Altaktensignaturen als Grundlage genommen. Da manche Akten bereits vor der Verzeichnung benutzt worden sind, ergab sich ferner die Notwendigkeit einer Konkordanz zwischen Altbestand, vorläufiger Signatur und endgültiger Signatur.

Aus heutiger Sicht war der eingangs erwähnte Beschuß vom 11. November 1957, die Akten der Abteilung Agrarpolitik nicht ins Archiv zu übersführen, eine glückliche Fügung. Dieser Regelung ist es zu verdanken, daß die bei den Abteilungen Schulung und Aufklärung sowie Organisation nicht überlieferten Berichte und Schriftwechsel der 50er Jahre, insbesondere mit den Landes- und später den Bezirksverbänden, anhand der Akten der Abteilung Agrarpolitik rekonstruiert werden konnten.

Da bereits durch den Beschuß des Sekretariats vom 2. April 1953<sup>20</sup> die Abteilungen »Staatliche Verwaltung« und »Agrarpolitik« zusammengelegt wurden, sind auch weit mehr Unterlagen als erwartet über die Arbeit mit den Staats- und Wirtschaftsfunktionären erhalten. Sie sind im jetzt vorliegenden Inventar in den Kapiteln »Abteilung Volkswirtschaft« und »Abteilung Kader« verzeichnet. Allerdings mußten die Tätigkeits-, Situations- und Stimmungsberichte der Landes- und Bezirksverbände, die nur von 1949 bis 1955 und ab 1966 vorhanden sind, nach 1990 bei der Verzeichnung unter großem Aufwand der Parteiinformation (Kapitel B) zugeordnet werden. Das war notwendig, um ein geschlossenes Bild über die Situation in den Landes- und Bezirksverbänden wiederherstellen zu können. Die Berichte der Instrukteure über die Kreisverbände sind im Büro des Sekretariats (Kapitel G) eingearbeitet. So war es nach einer arbeitsintensiven Vorsortierung möglich, Inhalt, Entstehungszusammenhang und den Entstehungszweck sowie den zeitlichen Umfang der einzelnen Schriftstücke und die für die Bearbeitung und den Nachweis im Verwaltungsarchiv erforderlichen Angaben leichter zu ermitteln. Im Ergebnis wurden 11 Kapitel eingerichtet.

Im Kapitel A sind »Die leitenden Parteiorgane der DBD« erfaßt: Parteitage, Tagungen und zentrale Veranstaltungen des Parteivorstandes, die Sitzungen des Präsidiums und Sekretariats des Parteivorstandes, der Sekretariate der Landes- und Bezirksvorstände sowie die Bezirks- und Kreisdelegiertenkonferenzen und die Neuwahlversammlungen der Orts- und Wohnbezirksguppen.<sup>21</sup> Die Unterlagen des 4. bis 12. Parteitages wurden neu geordnet, um durch eine einheitliche Verzeichnung Duplikate in der Abteilung Leitende Parteiorgane besser zu erkennen.

20 Vgl. ACDP VI-052-0542.

21 Auf dem 4. Parteitag im September 1955 wählte sich der Parteivorstand ein Präsidium. Die erste Sitzung fand am 28. September 1955 statt. Der Kreis der an den Sekretariatsitzungen teilnehmenden Mitglieder änderte sich. So gibt es bis 1955 Protokolle des engen, des erweiterten Sekretariats, des Arbeitssekretariats und des Sekretariats. Bei den Delegiertenkonferenzen sind Vorbereitung und Durchführung wie auch die Aufstellung der Mitglieder der gewählten Bezirks- und Kreisvorstände erfaßt. Im Zentralen Parteiarchiv waren zur kontinuierlichen Ergänzung nach den Hauptregistrierungen »Parteitage«, »Parteivorstand«, »Präsidium« und »Sekretariat« und bei den »Sitzungen der Sekretariate der Bezirksvorstände« Signierlücken eingerichtet. Diese mußten natürlich beibehalten werden.

Im Kapitel B »Abteilung Leitende Parteiorgane« sind die Leitungs- und Organisationsmittel der Partei wie Arbeitsordnungen und Arbeitspläne der frühen Jahre, die Informationstätigkeit des Parteivorstandes und der Landes- und Bezirksvorstände sowie die Mitgliederstatistik mit der nicht verfilmten zentralen Mitgliederkartei zu finden. Die Informations-, Tätigkeits-, Stimmungs- und Situationsberichte zeichnen die gesamte Bandbreite der Stimmung an der Parteibasis nach und geben gleichzeitig einen Einblick in die Sozialstruktur und die Alltagsprobleme der ländlichen Bevölkerung. Die vorhandenen Begründungen bei den Mitgliederabgängen sind Abbild der innerparteilichen Auseinandersetzungen, insbesondere im Zusammenhang mit der Zerschlagung der Länder und der Landesvorstände 1952. Eingaben und Berichte aus den Kreisverbänden zeigen die Unterschiede von Parteibasis und Parteiführung nicht nur bei der Einschätzung der Ursachen und Ereignisse des 17. Juni 1953. Während die Parteiführung die Niederschlagung des Volksaufstandes rechtfertigte, berichteten die Funktionäre der Kreis- und Bezirksverbände von Unzufriedenheit unter den Mitgliedern, insbesondere über die ungerechten Sollablieferungen, und mahnten Reformen an; der Kreisverband Bautzen forderte sogar die Ablösung der Berliner Führungsspitze. Deutlich werden auch die Wandlungsprozesse in der DBD. Während sich die Partei in den ersten Jahren nach der Gründung als Interessenvertretung der Bauern verstand, wirkte sie besonders Ende der 50er Jahre, den ureigensten Interessen der Bauern entgegen, entscheidend an der Durchführung der Zwangskollektivierung mit.

Die Abteilung »Agitation und Propaganda« im Kapitel C enthält die Materialien zur politischen Schulung, der kulturpolitischen Arbeit, Erlebnisberichte von Parteigründern, die Parteipresse und die Öffentlichkeitsarbeit. Beginnend mit dem Thema »Das Bündnis zwischen Arbeitern und werktätigen Bauern – die Grundlage aller unserer Erfolge« des ersten Parteischulungsjahres der Orts- und Betriebsgruppenschulungen 1951/52, dem Aufbau und der Aufgabenstellungen der Zentralen Bildungsstätte der DBD »Thomas Müntzer« Borkheide und der Landesparteischulen sowie der spezifischen Funktion der Kreisparteischulen, wird hier gut dokumentiert, wie die politisch-ideologische Einflußnahme auf die bäuerliche Bevölkerung betrieben wurde, um sie immer wieder für neue Initiativen beim Aufbau der neuen, angeblich besseren Gesellschaftsordnung zu mobilisieren und für eine Scheindemokratie zu mißbrauchen. Nach der Länderauflösung führten die fünf Landesparteischulen noch bis in die 60er Jahre Lehrgänge durch. Mit dem Abschluß der Kollektivierung fällt die Auflösung der Landesparteischulen zusammen. Fortan gab es nur noch die Zentrale Bildungsstätte der DBD »Thomas Müntzer« Borkheide. Ihr waren die Parteischulen Bad Kleinen und Leipzig unterstellt. Um diese Struktur der politischen Bildungsarbeit

herauszuarbeiten, wurde bei der archivischen Aufarbeitung der Bestände eine erweiterte ausführliche Verzeichnung gewählt.

Zur politisch-ideologischen Arbeit der DBD liegt darüber hinaus eine gute Überlieferung der Pressearbeit vor. Auch die Probleme der Herausgabe und des Vertriebs der parteieigenen Zeitung »Bauern-Echo« werden sichtbar.

Wichtigste Quelle für die Erforschung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Bauern sind die Akten der Abteilung Agrarpolitik im Kapitel D »Abteilung Volkswirtschaft«. Sie beschreiben den Alltag auf dem Dorf und zeichnen die großen politischen Umgestaltungen nach. Die Anträge von Mitgliedern und Vorständen dokumentieren die Forderungen der Bauern nach Veränderungen in der Landwirtschaftspolitik, der Schriftverkehr mit den staatlichen Organen zeigt die Schwierigkeit und das Machtbewußtsein der Apparate auf. Dokumentiert ist auch das schwierige, von Konkurrenz geprägte Verhältnis zur Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB). Im Abschnitt »Staatliche Verwaltung« sind die Einschätzungen der Arbeit und die Probleme der Verwaltungs- und Staatsfunktionäre der DBD verzeichnet. Überliefert sind nur Teilakte und lose Materialien. Neben aufwendigen Ordnungsarbeiten war, um unvollständige Akten zu ergänzen, ein Abgleich mit den bei der Abteilung »Leitende Parteiorgane« abgelegten Berichten notwendig.

Zusammengeführt werden mußten auch die Mitgliederübersichten der früheren Jahre im Kapitel E »Abteilung Kader«. Die wenigen im Bestand vorhandenen Einzelstücke, die die planmäßigen, oft protokollierten Kassationen während der DDR-Zeit überstanden haben, wurden im Laufe der Ordnungs- und Verzeichnungsarbeiten aus Handakten der Staatsfunktionäre unterschiedlichster Ebenen herausgelöst. Dadurch gibt es für die früheren Jahre einige Übersichten zu: haupt- und ehrenamtlichen Staatsfunktionären, wie Bezirks- und Kreisräten, und Bürgermeistern, Mitgliedern in Vorständen der Partei, insbesondere der Landesvorstände, DBD-Mitgliedern in Massenorganisationen, zentralen Dienststellen, im Landwirtschaftsministerium und im Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf.

Bei den Wahlen zu den Volksvertretungen ist erkennbar, wie zunächst um die Besetzung möglichst vieler Mandate gerungen wurde und wie dann über die Teilnahme der Mitglieder an der Vorbereitung und Durchführung berichtet wird. Spätestens ab 1979 stand die Sicherung der Wahlbeteiligung, die Erfassung der Nichtwähler und derjenigen, die eine erneute Kandidatur ablehnten, im Mittelpunkt.

Das Kapitel F »Internationale Arbeit der DBD« enthält Verträge, Vereinbarungen und Berichte über die Zusammenarbeit mit Bauern- und Zentrumsparteien des sozialistischen- und nichtsozialistischen Auslands. Weitere Dokumente aus dem Bestand des stellvertretenden Vorsitzenden Paul Scholz über die Mitarbeit der DBD in der Interparlamentarischen Union (IPU) und

im Weltfriedensrat ergänzen diese Akten. Es sei erwähnt, daß die Akten der Abteilung »Internationale Verbindungen« durch die damaligen Mitarbeiter alle kassiert und nicht dem Zentralen Parteiarchiv übergeben wurden. Es existiert daher nur die Parallelüberlieferung von Paul Scholz.

Die Akten der Vorsitzenden der DBD und führender Funktionäre wurden im ACDP nicht als Nachlässe behandelt, da sie keine persönlichen Belange enthalten. Sie wurden in die Abteilung »Büro des Sekretariats des Parteivorstandes und Mitglieder des Sekretariats« im Kapitel G eingegliedert. Von herausragender Bedeutung sind hier die Berichte der Instrukteure, die die politische Stimmung und die wirtschaftliche Lage in den Kreisverbänden beschreiben. Diese Berichte, die direkt an den Parteivorsitzenden, seine Stellvertreter und den Generalsekretär gingen, beschreiben die Durchführung der Kollektivierung und Maßnahmen gegen die Einzelbauern, die Zwangsaussiedlung, den 17. Juni 1953 sowie die Probleme beim organisatorischen Aufbau der Partei, ihrer inneren Struktur und die Zusammenarbeit mit der SED. Sie enthalten auch die namentliche Aufstellung der Funktionäre im jeweiligen Kreisverband.

Lediglich die Akten des Parteigründers und langjährigen ersten Vorsitzenden Ernst Goldenbaum wurden zu einem eigenen Schriftgutkörper innerhalb des Bestandes im Kapitel I »Ernst Goldenbaum und Büro des Vorsitzenden« zusammengeführt. Von seinen Nachfolgern Ernst Mecklenburg und Günter Maleuda sind keine eigenen Bestände vorhanden. Neben persönlichen Unterlagen (Glückwünsche, Reden, Artikel, Aufsätze) dokumentieren Goldenbaums Materialien seine Arbeit als Mitglied der Volkskammer und des Ministerrats in den Anfangsjahren der DDR. Aus der Altsignatur Goldenbaum sind hier Schriftverkehr und Akten der ersten Abgeordneten der DBD in der Volkskammer eingeordnet. Ergänzt wird die Überlieferung aus diesen Jahren durch den Schriftverkehr des Vorsitzenden mit den Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden, aber auch mit staatlichen Organen und den zentralen Leitungen der Massenorganisationen. Zu bemerken ist, daß es keine Registratur »Schriftverkehr mit dem ZK der SED« gibt. Enthalten sind nur einzelne Schriftwechsel mit den Bezirks- und Kreisleitungen der SED.

Die im Kapitel H unter »Arbeit nach Westdeutschland« erfaßten Akten belegen die Versuche zum Aufbau von ständigen Kontakten zu bäuerlichen Kreisen in der Bundesrepublik. Neben Adressenlisten, Einladungen und dem Versand von Schulungs- und Propagandamaterialien sind Vermerke über Gespräche mit westdeutschen Bauern auch auf der »Grünen Woche« und Berichte über den Einsatz von Funktionären in der Bundesrepublik vorhanden. Weiterhin existieren umfangreiche Aktenkonvolute über die Betreuung westdeutscher Besucher auf der »agra« in Leipzig-Markkleeberg.

Die Finanzpläne und Ausgaben von 1962 bis 1970 sowie Monats- und

Jahresabschlüsse der Jahre 1985 bis 1990 sind im Findbuch unter der Rubrik »Abteilung Finanzen« im Kapitel J erfaßt. Zum im Kapitel K beschriebenen »Sammlungsgut« der DBD gehören Sachquellen wie Urkunden, Abzeichen, Gedenkplaketten, Münzen, Werbematerialien und Handzettel zur Vorbereitung der Wahlen 1990, Wimpel und Fahnen, Medaillen und Beitragsmarken sowie das Eingangsschild am Parteihaus in der Behrenstraße 47/48. Abschließend sei auf 60 Archivkartons mit Tonbändern und Tonbandkassetten von Parteitagen, Parteivorstandssitzungen und anderen zentralen Tagungen verwiesen, die in einem gesonderten Findbuch (VI-054) erfaßt sind.

Am 7. Oktober 1998 wurden die Akten der DBD in die SAPMO nach Berlin überführt. Für den Benutzer sei an dieser Stelle nochmals erwähnt, daß das gesamte Material, bis auf die Mitgliederkartei, auf Mikrofilm im Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung mit einem modernen Lesegerät zu benutzen ist. Ein EDV-gestütztes Retrieval- und Freitextsuchsystem ermöglicht hier den schnellen Zugriff.

## Abstracts

*Mansfred Kittel:* Election campaigners in black frock-coats. Political Protestantism in Franconia at the time of Bismarck (pp. 1-28)

The widespread view that Protestant priests did not develop party-political activities to the same extent as Roman Catholic priests within the Centre Party, should be reconsidered. As the essay shows, the decidedly anti-liberal Lutheran-Orthodox clerics in Franconia – a region which was particularly faithful to church – participated decisively in shaping political opinion and even influenced the foundation and development of the National Conservative Party in Bavaria. The pre-condition for this sectoral political Protestantism was the strict Lutheran confessionalism and the religious renaissance movement which had seized the Evangelical minority in Bavaria in the 19th century.

*Stefano Trinchese:* Kulturkampf and Zentrum in the deliberations of Luigi Sturzo and of the Popolari (pp. 29-48)

Luigi Sturzo, the founder of the Partito Popolare Italiano, is accepted as the pioneer for the political involvement of the Italian Roman Catholic church based on democratic principles. His speeches and essays about the political and social situation of the Italian Roman Catholics repeatedly refer to the German Zentrum party and its politics. The aggressive involvement of the Zentrum in the Kulturkampf, the organisation of the German Roman Catholics themselves into a genuine political party and the social commitment of the German Roman Catholics, seemed to Sturzo exemplary; as did the cooperation between the Zentrum and the Social Democratic party in the Weimar Republic.

*Babette Leitgeb:* De Gasperi's work after World War II (1945 – 1947). The viewpoint of Italian historiography (pp. 49-78)

The diverging opinions of selected authors with different political backgrounds are investigated on the basis of three historical events: De Gasperi's rise to Prime Minister, the referendum on the state system and the political changes of May 1947 which led to the exclusion of the Communist Party from the government. The interpretations and value judgements indicate an occasionally pronounced Christian-Democratic or Roman Catholic leaning on the one hand and a Liberal or Marxist leaning on the other.

*Katrin and Ralf Baus:* The foundation of the Christian Democratic Union of Germany in Brandenburg in 1945 (pp. 79-108)

Despite its proximity to Berlin, the CDU party in Brandenburg was not able to be constituted before 16 October 1945 due to considerable war damage, bad infrastructure and the low density of population. The ground for the foundation of the Kreisverband (district party association) in Potsdam had already been prepared in August 1945, but the actual foundation was not carried

through until October, under the direction of Wilhelm Wolf. The founder of the Berlin party, Andreas Hermes, had entrusted Karl Grobbel in July 1945 in his capacity as Secretary of the Land with the task of pushing forward the establishment of the party in Berlin as well as in Brandenburg. The Land offices of the Brandenburg CDU party occupied premises in the Jägerstraße together with the Berlin offices until the autumn of 1946.

*Gerhard Wettig: The conflict of the East CDU with the occupying power from 1945 to 1948 as reflected in Soviet files (pp. 109-137)*

Out of consideration for the relationship with the West, the Soviet power of occupation installed in their zone in 1945 a multi-party system (planned as a model for all of Germany) which included the centre-right parties of the CDU and the LDP. At the same time, the communists were supposed to play the 'leading role'. A party block requiring all concerned to reach a consensus served to enforce it. It was above all the CDU who were not prepared to accept the political line introduced into the block by the communists as the basis for a consensus. It came to a permanent conflict with the occupying authorities. With the outbreak of the Cold War, the USSR began the absolute subjugation of the CDU.

*Sonja Zeidler: Between adaptation and self-assertion: The East CDU and its choice of language from 1945 to 1957 (pp. 139-166)*

How did the East CDU, in its use of language, react to the rapid alteration in the political conditions and the constellations of power in the GDR. This linguistic report focuses on the investigation of those expressions of most importance to the East CDU: the components of the party name »Christlich-Demokratische Union Deutschlands« (Christian Democratic Union of Germany) and related phraseology. The choice of wording not only shows the efforts of the East CDU to adapt but also underlines its claim to political independence.

*Ulrich von Hehl: Denominational upsets in the former Federal Republic (pp. 167-187)*

Was the former Federal Republic »a Catholic state« whose continued existence, according to Martin Niemöller, would mean »the end of continental Protestantism«? Ulrich von Hehl stresses that the success story of the West German partial state in its early years was accompanied by considerable denominational upsets on the part of the left Protestant wing, which were sparked off by the direction the inner German and security policies were taking. Attempts by the parties in opposition to use this for their own purposes are looked at as well as the efforts of the leaders of the CDU and CSU to underline the interdenominational character of the two parties. Finally an explanation is sought for the almost complete lack of consequences of such attempts to create denominational discord.

*Frank Häußler: Ulrich Steiner and the Laupheim Circle. A conservative marginal phenomenon in the early history of the Federal Republic of Germany (pp. 189-205)*

The Laupheim Circle was formed as a discussion forum of intellectuals and dignitaries of south-western Germany, who leaned towards the CDU but who did not want to be tied to a party. It was founded by Ulrich Steiner from the Swabian town of Laupheim and in 1948 gained importance for Adenauer's inner-German plans and for the CDU with deliberations on the rearmament of Germany. Steiner's aspirations to make this Circle a centre for an alternative political public failed. The large conferences of the Circle with up to 150 participants were social events of regional importance. An inner circle tried as of 1951 to promote the politics of the Adenauer government outside the CDU.

*Matthias Pape: »No security in Europe without reunification of Germany«. On the discussion about the Kirkpatrick note from 16 December 1955 and the *Deutschland Politik* of Adenauer (pp. 207-227)*

A report made by the Austrian ambassador, Schwarzenberg, on 31 January 1956 in London to the Foreign Office in Vienna about the most recent démarches of the German ambassador, Hans von Herwarth, in the Foreign Office is published. The report illuminates Adenauer's tactics after the failed foreign minister conference of the four powers in Geneva, in categorically demanding the reunification of Germany whilst preventing the western powers from making the German question a topic of international politics at that time, as he (Adenauer) feared that the western powers could try to achieve détente with the Soviet Union on the basis of the status quo. Schwarzenberg's report also sheds new light on the much-discussed Kirkpatrick note of 16 December 1955 on Adenauer's *Deutschland Politik*.

*Niels Hansen: Secret plans of »Frank/Kol«. On the German/Israeli armament cooperation from 1957 to 1965 (pp. 229-264)*

This contribution investigates the substance, motives and development of the German/Israeli armament cooperation in the light of the files of the Foreign Office, which have now been released for publication. From the very beginning, the seeds of crisis were inherent in this cooperation as secrecy could only be guaranteed with difficulty. The differences between the Foreign Office and the Ministry of Defence and – following Arabic threats with the support of the GDR – the differences in the interests of Bonn and Jerusalem are also discussed.

*Ronald Clapham: The future importance of social market economy for the economic system of the European Community (pp. 265-286)*

The central thesis is that the national economic systems of the EC member states will in future promote the competition of ideas for the structure of a free-enterprise, socially fair EC and help to develop the corresponding innovations in the politico-economic systems. The example of social market economy is used to illustrate German influence so far on the development of the European economic system. Possible future contributions in the following four important political areas from the viewpoint of social market economy are then discussed, taking into account

the competition of alternate systems: strengthening and protecting the European competitive system, creating stable macroeconomic conditions, development of a European social system and strengthening the ecological components in the economic union.

*Thomas Schlemmer: The rebellious sister. Studies and sources concerning the history of the Christian-Social Union 1945 – 1976 (pp. 287-324)*

The Christian-Social Union has not only been one of the most successful parties since World War II, but is also a party whose history and structure has been particularly well investigated. The report sketches the progress of the research and introduces the most important studies on the history, the organisation and the policy of the CSU. Not only the focal points, but also the problems and gaps in the research become visible. The report concludes with an overview of biographies, memoirs and source publications.

*Why those in power were not able in 1989 to prevent a revolution. An investigation by Walter Süß of the end of the state security service. Read and discussed by Gerhard Wettig (pp. 325-332)*

Walter Süß uses appropriate reports by the state security service to describe how the GDR gradually lost its foundation within the population. The symptoms of the loss of power are impressively demonstrated. However, the reasons for the progressive decline are not investigated because the external defining factors are not taken into account.

*Konrad Kühne: The archive groups of the Central Party Archives of the Demokratische Bauernpartei Deutschlands (Democratic Farmers' Party of Germany) (pp. 333-345)*

This contribution describes the history of the Central Party Archives of the former GDR Farmers' Party, its archive groups and its methods of archival arrangement. In 1990, the Central Party Archives were taken over, arranged and described by the Archive for Christian Democratic Politics of the Konrad Adenauer Foundation. In October 1998 these records were transferred to the *Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen – SAPMO* (Foundation of Archives of the parties and mass organisations) in Berlin. A copy was made on film for the Konrad Adenauer Foundation. The original records may be viewed in Berlin and a microfilm version in the Archive of the Konrad Adenauer Foundation in Sankt Augustin. There is a finding aid of 1,200 pages at the disposal of the user. A database supports a retrieval and free-text search system and gives the user speedy access.

## Résumés

*Manfred Kittel: Partisans politiques dans l'habit de Luther. Le protestantisme politique en Franconie au temps de Bismarck* (pp. 1-28)

Il serait faut de croire que les pasteurs protestants auraient été moins engagés politiquement dans un parti que ne le furent leurs confrères catholiques au sein de leur parti du Zentrum. Comme le montre cet essai consacré à la Franconie protestante à l'époque du «Kulturkampf», les religieux luthériens-orthodoxes, résolument anti-libéraux, ont pu apporter leur concours à la création d'une opinion politique dans une région restée particulièrement fidèle à l'Église et même contribuer de façon décisive au programme, à l'organisation et à la formation du parti national conservateur en Bavière. La condition pour un tel protestantisme circonscrit était un confessionalisme luthérien sévère ainsi qu'une renaissance religieuse dont la minorité protestante de Bavière fut particulièrement saisie au 19e siècle.

*Stefano Trinchese: Kulturkampf et Zentrum dans la pensée de Luigi Sturzo et des Popolari* (pp. 28-48)

Le fondateur du Partito Popolare Italiano, Luigi Sturzo, est considéré comme le précurseur de l'engagement politique des catholiques italiens sur des bases démocratiques. Ses discours et ses écrits sur la situation politique et sociale des catholiques italiens se réfèrent constamment au Parti du Zentrum et à sa politique. L'engagement combattant du Zentrum dans la bataille du Kulturkampf apparut à Sturzo comme exemplaire. Il admirait également l'auto-organisation des catholiques allemands en un parti politique original ainsi que leur engagement social. Mais il citait surtout en exemple la collaboration du Zentrum et des sociaux-démocrates dans la République de Weimar.

*Babette Leitgeb: L'action de De Gasperi dans les premières années de l'après-guerre (1945-1947). Points de vue de l'historiographie italienne* (pp. 49-78)

Les différentes conceptions d'auteurs qui ont été sélectionnés selon le critère de représentativité des divers courants politiques, sont présentées dans cet article. Elles portent toutes sur trois événements qui dominèrent la vie de De Gasperi : son ascension au poste de Premier Ministre, le plébiscite sur la constitution de l'État, enfin le changement de mai 1947 qui conduisit à l'exclusion des communistes du gouvernement. Ces diverse interprétations et jugements révèlent très nettement des prises de position idéologiques tantôt démocrate-chrétiennes, c'est-à-dire catholiques, tantôt libérales ou marxistes.

*Katrin et Ralf Baus: La Fondation de la CDU au Brandebourg 1945* (pp. 79-108)

En dépit de sa proximité avec Berlin, ce n'est que le 16 octobre 1945 que la CDU du Brandebourg put se constituer, notamment en raison des destructions de guerre, de mauvaises conditions de circulation et d'une faible densité de population. La fondation de la section de l'arrondissement de Potsdam avait certes déjà été préparée dès août 1945, mais ne se réalisa qu'en octobre sous la

direction de Wilhelm Wolf. Le fondateur berlinois Andreas Hermes avait confié dès juillet 1945 à Karl Grobbel la mission, au poste de secrétaire régional, de faire avancer l'organisation du Parti aussi bien à Berlin qu'au Brandebourg. Le siège de la fédération de la CDU du Brandebourg fut établi jusqu'à l'automne 1946 dans la Jägerstraße avec le siège de la fédération de Berlin.

*Gerhard Wettig: Le conflit de la Ost-CDU avec la puissance d'occupation de 1945-48 dans le miroir des dossiers soviétiques (pp. 109-137)*

En tenant compte de ses relations avec l'Ouest, la force d'occupation soviétique mit en place en 1945 dans sa zone d'occupation un système politique multipartite – conçu comme modèle pour l'ensemble de l'Allemagne – qui comprenait la CDU et les libéraux (LDP). En même temps, les communistes devaient y jouer dès le départ un rôle moteur. Cette conception s'imposa à travers un bloc des partis dans lequel tous les participants étaient contraints au consensus. C'est surtout la Ost-CDU qui se refusa de reconnaître comme déterminante pour le consensus, la ligne politique introduite par les communistes dans la collaboration au sein du bloc. On en vint à un conflit permanent avec les autorités d'occupation. Avec le début de la Guerre Froide, l'URSS procéda alors à un assujettissement absolu de la CDU dans sa zone d'occupation.

*Sonja Zeidler: Entre adaptation et auto affirmation. La Ost-CDU et son langage dans les années 1945-1957 (pp. 139-166)*

Comment le nouveau contexte politique et la modification des constellations au pouvoir, qui ont évolué de façon spectaculaire dans les années 1945-1957, se sont-ils répercutés dans le langage courant de la Ost-CDU? Au centre de cette contribution linguistique, on trouve l'étude des expressions fondamentales pour la Ost-CDU: les composantes du sigle du Parti »Union chrétienne-démocrate d'Allemagne« et les champs lexicaux voisins. Elle permet d'en déduire que la CDU aspire à l'adaptation aussi bien qu'à l'affirmation d'une originalité politique.

*Ulrich von Hehl: Irritations confessionnelles dans la jeune République Fédérale (pp. 167-187)*

La République Fédérale Allemande était-elle un »État catholique« dont la pérennité signifierait, selon l'interprétation de Martin Niemöller, »la mort du protestantisme continental« ? Ulrich von Hehl souligne que la réussite du »demi-État« Ouest-allemand était jalonnée, à ses débuts, d'irritations confessionnelles considérables du côté de l'aile gauche du protestantisme; elles s'envenimèrent notamment lors d'arbitrages politiques concernant l'Allemagne ou la Sécurité. Sont mis en évidence des tentatives de récupération de ce mécontentement de la part des partis d'opposition, tout comme les efforts des dirigeants de l'Union pour souligner le caractère interconfessionnel de la CDU et de la CSU. En conclusion, la question est posée de savoir comment de telles tentatives »d'empoisonneurs de puits« confessionnels ont pu rester sans conséquences.

*Frank Häußler: Ulrich Steiner et le Cercle de Laupheim. Un phénomène conservateur marginal dans les débuts de la République fédérale allemande* (pp. 189-205)

Le cercle de Laupheim apparut comme un cercle de discussions réunissant intellectuels et notables du sud-ouest de l'Allemagne; proches de la CDU, ceux-ci souhaitaient cependant demeurer autonomes par rapport au Parti. Le cercle tirait son nom de son fondateur, Ulrich Steiner, natif de Laupheim en Souabe. C'est par ses réflexions sur le réarment allemand, qui étayèrent la politique allemande d'Adenauer et de la CDU, que le cercle prit de l'importance en 1948. Cependant, l'ambition de Steiner de faire de ce cercle le centre d'une opposition conservatrice échoua. Les grandes sessions de ce cercle, qui réunissaient jusqu'à 150 participants, étaient devenues des événements à l'échelle régionale. Pendant ce temps un petit groupe s'était constitué au sein du cercle, qui tentait depuis 1951 d'agir à l'avant-garde de la CDU en faveur du gouvernement Adenauer.

*Matthias Pape: »Pas de sécurité en Europe sans la réunification de l'Allemagne«. Au sujet de la discussion sur la note »Kirkpatrick« du 16 décembre 1955 et de la politique allemande d'Adenauer* (pp. 207-227)

Il s'agit de la publication d'un rapport de Schwarzenberg, l'ambassadeur autrichien à Londres, daté du 31 janvier 1956 et adressé au Ministère des Affaires étrangères de Vienne, à propos des plus récentes démarches de l'ambassadeur allemand auprès du Foreign Office, Hans von Herwarth. Le rapport éclaire la tactique d'Adenauer après l'échec de la Conférence des Ministres des Affaires étrangères des quatre à Genève visant à exiger catégoriquement la réunification de l'Allemagne. Cependant, il tenait à dissuader les occidentaux de faire à ce moment-là de la question allemande le thème de la politique internationale car il craignait que les occidentaux ne parviennent à une détente avec l'Union soviétique sur la base d'un statu quo. Le rapport Schwarzenberg jette également un éclairage nouveau sur la note très discutée »Kirkpatrick« du 16 décembre 1955 concernant la politique allemande d'Adenauer.

*Niels Hansen: Le projet secret »Frank/Kol«. Au sujet de la collaboration germano-israélienne en matière d'armement de 1957 à 1965* (pp. 229-264)

Cette contribution examine le contenu, les intentions et le déroulement de la coopération germano-israélienne en matière d'armement, que les archives désormais accessibles de l'Auswärtiges Amt éCLAIRENT d'un jour nouveau. La coopération contenait d'entrée de jeu le germe de crise en elle, puisque le maintien du secret n'était que difficilement garanti. Les différends entre l'Auswärtiges Amt et le Ministère de la Défense, ainsi que les intérêts divergents entre Bonn et Jérusalem – suite aux menaces arabes avec la reconnaissance de la RDA – ne sont pas les dernières explications évoquées.

*Ronald Clapham: La future importance de l'Économie sociale de marché pour l'ordre économique de la Communauté européenne* (pp. 265-286)

La thèse centrale est que les ordres économiques nationaux des États membres auront à l'avenir la fonction d'encourager la concurrence des idées pour la formation d'une Communauté européenne

de l'économie de marché et de la justice sociale. Ils aideront aussi à développer les innovations des règles politiques qui devront s'y conformer. Concernant l'exemple de l'économie sociale de marché, on démontre d'abord l'influence allemande qui s'exerça jusqu'à présent sur le développement d'un ordre économique européen. On évoque ensuite les possibles contributions à venir dans quatre domaines politiques importants du point de vue de l'économie sociale de marché, qui sont discutés dans leur rapport avec le système concurrentiel: renforcement et protection de l'ordre concurrentiel européen, élaboration des conditions d'encadrement macro-économiques stables, développement d'un ordre social européen, enfin, renforcement des composantes écologiques dans l'union économique.

*Thomas Schlemmer: La sœur rebelle. Recherches et sources sur l'Histoire de l'Union Chrétienne-sociale (CSU) 1945-1976 (pp. 287-324)*

L'Union Chrétienne-sociale n'appartient pas seulement aux partis ayant eu le plus de succès dans l'Après-guerre, mais également à ces partis dont l'histoire et la structure ont soigneusement été étudiées. Cet article esquisse l'avancée des recherches et présente les études les plus importantes qui ont été menées sur l'histoire, l'organisation et le politique de la CSU. On y reconnaît en même temps les centres de gravité mais également les problèmes et les desiderata de la Recherche. Enfin, cet article se clôt par un aperçu des biographies, Mémoires et publications de sources.

*Pourquoi les puissants de las RDA ne parvinrent pas à empêcher la révolution en 1989. Une enquête de Walter Süss sur la fin de la sécurité d'État. Lu et commenté par Gerhard Wettig (pp. 325-332)*

En s'appuyant sur des rapports de la Stasi, Walter Süss expose comment la base politique intérieure échappa progressivement à la RDA. Les symptômes de la perte de pouvoir sont mis en évidence de façon pertinente. Cependant, aucun examen des causes de la décomposition progressive n'est proposé, parce que les facteurs externes déterminants ne sont pas abordés.

*Konrad Kühne: Le fonds des archives centrales du Parti Démocratique des Agriculteurs d'Allemagne (DBD) (pp. 333-345)*

Cette contribution décrit l'histoire des archives centrales de l'ancien Parti des Agriculteurs de RDA, leur contenu et leur méthodes d'archivage. En 1990, les archives centrales du Parti furent prises en charge par les Archives de la Fondation Konrad-Adenauer, qui les réordonna et les catalogua. Elles ont été transférées en octobre 1998 à la Fondation des archives des partis et organisations de masse (SAPMO) de Berlin. En contrepartie, des microfiches ont été réalisées pour la Fondation Konrad Adenauer. Le fonds peut donc être consulté dans son original à Berlin et visionné sous forme de microfilms dans les archives de la Fondation Konrad-Adenauer à Sankt Augustin. L'utilisateur dispose d'un vaste index de 1200 pages. Un système informatisé de recherche indexée et plein texte permet un accès rapide à l'information.

## Zusammenfassungen

*Manfred Kittel:* Wahlkämpfer im Lutherrock. Politischer Protestantismus in Franken während der Bismarck-Zeit (S. 1-28)

Das verbreitete Urteil, daß eine dem Engagement katholischer Geistlicher in der Zentrumspartei vergleichbare parteipolitische Aktivität von protestantischen Pfarrern nicht ausgegangen sei, bedarf der Differenzierung. Wie der Aufsatz zeigt, konnten die dezidiert antiliberalen lutherisch-orthodoxen Geistlichen in der besonders kirchenstarken Region Franken entscheidend an der politischen Willensbildung mitwirken und sogar Gründung und Aufbau der Nationalkonservativen Partei in Bayern maßgeblich mitgestalten. Voraussetzung für diesen sektoralen politischen Protestantismus war ein strenger lutherischer Konfessionalismus und eine religiöse Erweckungsbewegung, von der die evangelische Minderheit in Bayern im 19. Jahrhundert erfaßt worden war.

*Stefano Trinchese:* Kulturkampf und Zentrum im Denken Luigi Sturzos und der Popolari (S. 29-48)

Luigi Sturzo, Gründer des Partito Popolare Italiano, gilt als führender Wegbereiter eines politischen Engagements der italienischen Katholiken auf demokratischer Grundlage. Seine Reden und Schriften über die politisch-gesellschaftliche Situation der italienischen Katholiken nehmen immer wieder Bezug auf die deutsche Zentrumspartei und ihre Politik. Vorbildlich erschien der kämpferische Einsatz des Zentrums im Kulturkampf. Vorbildlich erschien die Selbstorganisation der deutschen Katholiken in einer genuin politischen Partei und vorbildlich erschien das soziale Engagement der deutschen Katholiken. Vorbildlich schien Sturzo die Zusammenarbeit von Zentrum und Sozialdemokraten in der Weimarer Republik.

*Babette Leitgeb:* De Gasperis Wirken in der ersten Nachkriegszeit (1945-1947). Standpunkte der italienischen Geschichtsschreibung (S. 49-78)

Die unterschiedlichen Auffassungen ausgewählter Autoren verschiedener politischer Herkunft werden am Beispiel von drei herausragenden Ereignissen dargestellt: De Gasperis Aufstieg zum Premierminister, die Volksabstimmung über die Staatsform und die Wende vom Mai 1947, die zum Ausschluß der Kommunisten aus der Regierung führte. Die Interpretationen und Urteile verweisen auf eine zuweilen ausgeprägte christlich-demokratisch bzw. katholische einerseits und liberale oder marxistische Standortgebundenheit andererseits.

*Katrin und Ralf Baus:* Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Brandenburg 1945 (S. 79-108)

Die Gründung der CDUD war in Brandenburg durch zahlreiche Besonderheiten gekennzeichnet. Aufgrund der schlechten Verkehrsverhältnisse, der erheblichen Kriegszerstörungen und der dünnen Besiedlung der Provinz Brandenburg konnte sich der CDU-Landesverband ungeachtet seiner geografischen Nähe zu Berlin erst am 16. Oktober 1945 konstituieren. Die KPD hatte bereits seit April 1945 mit dem Wiederaufbau ihrer Parteiorganisation begonnen. Dabei dominierten die Moskauer Exilkommunisten auch in Brandenburg den Verwaltungsaufbau.

In Potsdam war die Gründung der Union bereits im August 1945 vorbereitet worden, doch konnte sich auch hier der Kreisverband erst im Oktober unter Führung von Wilhelm Wolf konstituieren. Mitte Juli 1945 hatte Andreas Hermes in Berlin Karl Grobbel den Auftrag erteilt, als Landesgeschäftsführer den Aufbau der Union sowohl in Berlin als auch in Brandenburg voranzutreiben. Da bis zum Herbst 1946 die Landesgeschäftsstelle der CDU-Brandenburg in der Berliner Jägerstraße 59/60 untergebracht war, erfolgte der weitere Parteiaufbau mit einer »Doppelpitze« von Potsdam und Berlin.

*Gerhard Wettig: Der Konflikt der Ost-CDU mit der Besatzungsmacht 1945-1948 im Spiegel sowjetischer Akten (S. 109-137)*

Die sowjetische Besatzungsmacht installierte 1945 mit Rücksicht auf das Verhältnis zum Westen in ihrer Zone ein – als Modell für Gesamtdeutschland gedachtes – Mehrparteiensystem, das die bürgerlichen Parteien CDU und LDP einschloß. Zugleich jedoch sollten die Kommunisten von Anfang an die »führende Rolle spielen. Der Durchsetzung diente ein alle Beteiligten zu Konsens verpflichtender Parteienblock. Vor allem die CDU zeigte sich nicht dazu bereit, die von den Kommunisten in die Blockarbeit eingeführte politische Linie als konsensbestimmend zu akzeptieren. Es kam zum Dauerkonflikt mit den Besatzungsbehörden. Mit dem offenen Ausbruch des Kalten Krieges ging die UdSSR zur uneingeschränkten Unterwerfung der CDU über.

*Sonja Zeidler: Zwischen Anpassung und Selbstbehauptung: Die Ost-CDU und ihre Sprache in den Jahren 1945-1957 (S. 139-166)*

Wie reagierte die Ost-CDU in ihrem Sprachgebrauch auf die sich in den Jahren 1945-1957 sprunghaft verändernden politischen Bedingungen und Machtkonstellationen in der DDR? Im Mittelpunkt dieses linguistischen Beitrags steht die Untersuchung der für die Ost-CDU wichtigsten Ausdrücke: der Bestandteile des Parteinamens »Christlich-Demokratische Union Deutschlands« und zugehöriger Wortfelder. An ihnen lassen sich sowohl Anpassungsbestrebungen wie auch die Behauptung politischer Eigenständigkeit bei der Ost-CDU nachvollziehen.

*Ulrich von Hehl: Konfessionelle Irritationen in der frühen Bundesrepublik (S. 167-187)*

War die alte Bundesrepublik »ein katholischer Staat«, dessen Fortbestand nach Auffassung von Martin Niemöller »den Tod des kontinentalen Protestantismus« bedeuten würde? Ulrich von Hehl unterstreicht, daß die Erfolgsgeschichte des westdeutschen Teilstaats in den Anfangsjahren von erheblichen konfessionellen Irritationen auf Seiten des linkspietistischen Flügels begleitet war, die sich namentlich an deutschland- und sicherheitspolitischen Weichenstellungen entzündeten. Instrumentalisierungsversuche durch die Oppositionsparteien treten ebenso in den Blick wie die Bemühungen der Unionsführung, den interkonfessionellen Charakter von CDU und CSU zu unterstreichen. Am Schluß wird die Frage gestellt, wie die weitgehende Folgenlosigkeit solcher konfessionellen »Brunnenvergiftungsversuche« zu erklären ist.

**Frank Häußler:** Ulrich Steiner und der Laupheimer Kreis. Ein konservatives Randphänomen in der Frühzeit der Bundesrepublik Deutschland (S. 189-205)

Der Laupheimer Kreis entstand 1948 als kleiner Gesprächszirkel von konservativen Adligen, Politikern, Publizisten und Intellektuellen aus dem südwestdeutschen Raum. Sie standen zwar der CDU nahe, wollten aber unabhängig vom Parteiapparat bleiben. Ins Leben gerufen hatte ihn Ulrich Steiner aus dem schwäbischen Laupheim. Im Sommer und Herbst 1948 erlangte der Kreis einige Bedeutung wegen Beratungen über eine deutsche Wiederbewaffnung. Weitergehende Ambitionen seines Gründers, um den Laupheimer Kreis Anfang 1949 zum Ausgangspunkt einer politischen Gegenöffentlichkeit zu machen, scheiterten. Nach 1949 erlangten die großen Tagungen mit bis zu 150 Personen Aufmerksamkeit als regionales, gesellschaftliches Ereignis. Gleichzeitig versuchte ein innerer Zirkel im Vorfeld der CDU für die Politik der Adenauerregierung zu werben. Nachlassende Bedeutung sowie finanzielle und gesundheitliche Probleme des Gründers sorgten für die Auflösung des Kreises.

**Matthias Pape:** »Keine Sicherheit in Europa ohne die Wiedervereinigung Deutschlands«. Zur Diskussion über die Kirkpatrick-Notiz vom 16. Dezember 1955 und Adenauers Deutschlandpolitik (S. 207-227)

Publiziert wird ein Bericht des österreichischen Botschafters Schwarzenberg in London vom 31. Januar 1956 an das Außenamt in Wien über die jüngsten Demarchen des deutschen Botschafters Hans von Herwarth im Foreign Office. Der Bericht beleuchtet Adenauers Taktik nach der gescheiterten Außenministerkonferenz der Vier Mächte in Genf, die Wiedervereinigung Deutschlands kategorisch zu fordern, die Westmächte aber davon abzuhalten, die deutsche Frage zu diesem Zeitpunkt zum Thema der internationalen Politik zu machen, da er befürchtete, die Westmächte könnten versuchen, mit der Sowjetunion zu einer Entspannung auf der Grundlage des Status quo zu gelangen. Schwarzenbergs Bericht wirft auch neues Licht auf die viel diskutierte Kirkpatrick-Notiz über Adenauers Deutschlandpolitik vom 16. Dezember 1955.

**Niels Hansen:** Geheimvorhaben »Frank/Kol«. Zur deutsch-israelischen Rüstungszusammenarbeit 1957 bis 1965 (S. 229-264)

Der Beitrag untersucht Substanz, Motive und Abwicklung der deutsch-israelischen Rüstungszusammenarbeit, auf welche die nunmehr freigegebenen Akten des Auswärtigen Amtes neues Licht werfen. Die Kooperation schloß von vornherein den Keim der Krise in sich, da sich die Geheimhaltung nur schwer gewährleisten ließ. Nicht zuletzt kommen die Differenzen zwischen Auswärtigem Amt und Verteidigungsministerium und – nach arabischen Drohungen mit Anerkennung der DDR – die Interessenunterschiede von Bonn und Jerusalem zur Sprache.

**Ronald Clapham:** Die zukünftige Bedeutung der Sozialen Marktwirtschaft für die Wirtschaftsordnung der Europäischen Gemeinschaft (S. 265-286)

Die zentrale These ist, daß die nationalen Wirtschaftsordnungen der Mitgliedstaaten der EG in Zukunft die Funktion haben, den Wettbewerb der Ideen zur Gestaltung einer marktwirtschaftlichen, sozial gerechten EG zu fördern und die entsprechenden ordnungspolitischen Innovationen

entwickeln zu helfen. Am Beispiel der Sozialen Marktwirtschaft wird zunächst der bisherige deutsche Einfluß auf die Entwicklung der europäischen Wirtschaftsordnung aufgezeigt. Zukünftige mögliche Beiträge in vier wichtigen Politikbereichen aus der Sicht der Sozialen Marktwirtschaft – Stärkung und Schutz der europäischen Wettbewerbsordnung, Schaffung stabiler makroökonomischer Rahmenbedingungen, Entwicklung einer europäischen Sozialordnung und Stärkung der ökologischen Komponente in der Wirtschaftsunion – werden dann unter Bezug auf den Systemwettbewerb diskutiert.

*Thomas Schlemmer: Die aufsässige Schwester. Forschungen und Quellen zur Geschichte der Christlich-Sozialen Union 1945-1976 (S. 287-324)*

Die Christlich-Soziale Union gehört nicht nur zu den erfolgreichsten Parteien der Nachkriegszeit, sondern auch zu den Parteien, deren Geschichte und Struktur besonders gut untersucht ist. Der Beitrag skizziert den Gang der Forschung und stellt die wichtigsten Studien zu Geschichte, Organisation und Politik der CSU vor. Dabei werden Schwerpunkte, aber auch Probleme und Desiderate der Forschung erkennbar. Ein Überblick über Biographien, Memoiren und Quellenpublikationen schließt den Beitrag ab.

*Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Eine Untersuchung von Walter Süß über das Ende der Staatssicherheit. Gelesen und besprochen von Gerhard Wettig (S. 325-332)*

Walter Süß stellt anhand einschlägiger Stasi-Berichte dar, wie der DDR die innenpolitische Basis sukzessive abhanden kam. Die Symptome des Machtverlusts werden eindrucksvoll aufgezeigt. Es wird jedoch keine Untersuchung der Gründe für den fort schreitenden Zerfall geboten, weil die externen Bestimmungsfaktoren außer Betracht bleiben.

*Konrad Kühne: Der Bestand des Zentralen Parteiarchivs der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) (S. 333-345)*

Der Beitrag beschreibt die Geschichte des Zentralen Parteiarchivs der ehemaligen DDR-Bauernpartei, ihre Bestände und die Methoden der archivischen Ordnung. 1990 wurde das Zentrale Parteiarchiv vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung übernommen, geordnet und verzeichnet. Im Oktober 1998 erfolgte die Übersführung in die »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen« (SAPMO) nach Berlin. Für die Konrad-Adenauer-Stiftung wurde eine Ersatzverfilmung angefertigt. Der Bestand kann im Original in Berlin und als Mikrofilm im Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin eingesehen werden. Dem Benutzer steht ein 1200 Seiten umfassendes Findbuch zur Verfügung. Ein EDV-gestütztes Retrieval- und Freitextsuchsystem ermöglicht einen schnellen Zugriff.

## **Die Mitarbeiter dieses Bandes**

*Katrin und Ralf Baus*, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, D-53757 St. Augustin bei Bonn

*Prof. Dr. Ronald Clapham*, Universität Gesamthochschule Siegen, FB Wirtschaftswissenschaften, Hölderlinstraße 3, D-57068 Siegen

*Frank Häußler*, Westring 255, D-55120 Mainz

*Dr. Niels Hansen*, vormals Botschafter in Israel und bei der NATO, Frankenstraße 1, D-53175 Bonn

*Prof. Dr. Ulrich von Hehl*, Historisches Seminar der Universität Leipzig, Burgstraße 23, D-04109 Leipzig

*Dr. Manfred Kittel*, Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 B, D-80636 München

*Konrad Kühne*, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, D-53757 St. Augustin bei Bonn

*Babette Leitgeb*, Franz-Schosser-Str. 14, D-94526 Metten

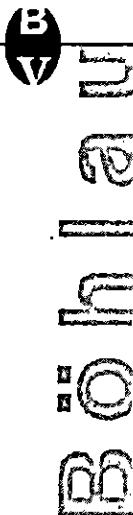
*Privatdozent Dr. Matthias Pape*, Historisches Institut der Universität Karlsruhe (TH), Franz-Schnabel-Haus, Postfach 6980, D-76128 Karlsruhe

*Dr. Thomas Schlemmer*, Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 B, D-80636 München

*Dr. Stefano Trinchese*, C.so Vittorio Emanuele 217, I-65122 Pescara PE

*Dr. Gerhard Wettig*, Vor Selms 92, D-54472 Kommen

*Sonja Zeidler*, Oudenarder Str. 7, 13347 Berlin



KÖLN WEIMAR

Harald Zaun  
Paul von  
**Hindenburg und die  
deutsche Außen-  
politik 1925–1934** 1999, 610 Seiten, Broschur,  
DM 98,-/sFr 89,-/ £S 715,-  
ISBN 3-412-11198-8

Es war eine Ironie der Geschichte, daß mit Paul von Hindenburg ausgerechnet ein Vertreter einer untergegangenen Epoche in das höchste Amt der ersten deutschen Republik berufen wurde, dem das Terrain der Politik und Diplomatie ebenso fremd war wie deren Klaviatur und Instrumentarium. Gemessen an der politischen Eignung, Neigung und Erfahrung war der schon zu Lebzeiten mythisch verklärte Generalfeldmarschall alles andere als qualifiziert für das Reichspräsidentenamt. Um so mehr überrascht, daß er sich gerade auf dem schwierigen außenpolitischen Parkett mit erstaunlicher Sicherheit bewegte. Daß er sich hierbei bisweilen sogar gegen Außenminister Stresemann durchsetzte, ist nur einer von vielen Aspekten, den die Forschung bislang ignorierte. Ausgehend von der verfassungsmäßigen Stellung des Reichspräsidenten und der individuellen Persönlichkeit Hindenburgs werden die Gründe für dessen teils engagierte, teils passive Außenpolitik entfaltet. Was sich hierbei dank intensiver Archivrecherchen herauskristallisierte, vermittelt ein neues, verblüffendes Bild vom zweiten Reichspräsidenten der ersten deutschen Republik.

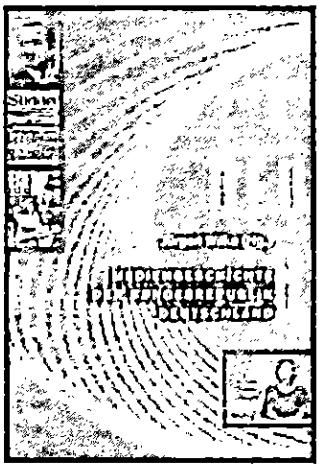


**Jens Schley**  
**Nachbar**  
**Buchenwald** 1999. VII, 196 Seiten. 12 s/w-  
Abbildungen auf 8 Tafeln.  
**Die Stadt Weimar und Ihr** Broschur. DM 35,-/sFr 32,50/  
**Konzentrationslager** OS 256,-  
**1937-1945** ISBN 3-412-15298-6

Weimar ist die Kulturstadt Europas 1999. In diesem Jahr wird auch das Verhältnis der Klassikerstadt zu ihrem grausamen Nachbarn, dem Konzentrationslager Buchenwald, zu beleuchten sein. Das Buch von Jens Schley trägt die nötigen Fakten dazu bei.

**Jan-Holger Kirsch**  
**„Wir haben aus der** (Beiträge zur Geschichtskultur,  
**Geschichte gelernt“** Bd. 16)  
**Der 8. Mai als** 1999. 257 Seiten. Broschur.  
**politischer Gedenktag in** DM 48,-/sFr 44,50/OS 350,-  
**Deutschland** ISBN 3-412-09798-5

In der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 wurde in Berlin-Karlshorst die endgültige Kapitulation der deutschen Wehrmacht unterzeichnet. Damit endeten in Europa der Zweite Weltkrieg und die nationalsozialistische Herrschaft. Ein Tag der Befreiung, ein Tag der Niederlage oder beides zugleich? Hier werden erstmals Formen und Inhalte dieses Gedenktages zwischen 1945 und 1995 beschrieben.



Jürgen Wilke (Hg.)  
**Mediengeschichte  
der Bundesrepublik  
Deutschland**

B  
V  
U  
H  
I  
L  
C  
O  
D  
K  
O  
L  
N  
W  
E  
I  
M  
A  
R

Am 23. Mai 1999 jährte sich die Gründung der Bundesrepublik Deutschland zum fünfzigsten Mal. Dies ist Anlaß, auf ein halbes Jahrhundert Geschichte der Medien zurückzublicken und Bilanz zu ziehen. Renommierte Medienexperten haben sich zusammengefunden, um einen wichtigen Teil deutscher Geschichte nachzuzeichnen. Der kompakte Überblick reicht von der »Vorgeschichte« 1945–1949 bis zum vereinigten Deutschland der Gegenwart. Neben dem Strukturwandel und den Organisationsformen von Presse und Rundfunk geht es um Inhalte, um Programmgeschichte und Mediennutzung. Weitere Themen sind Presse- und Rundfunkrecht, Journalismus, Nachrichtenagenturen, Öffentlichkeitsarbeit und Werbung. Darüber hinaus wird der Rolle der Medien im zeitgeschichtlichen Kontext – von den 50er Jahren über die 68er-Bewegung bis zur deutschen Vereinigung – nachgespürt. Hinzu kommen ein Seitenblick auf die Mediengeschichte der DDR und ein Ausblick auf die multimediale Zukunft.

1999, 846 S. 282 s/w-Abb.

31 Graph. 37 Tab. Gb. mit SU.

DM 68,-/sFr 62,-/OS 496,-

ISBN 3-412-14898-9

URSULAPLATZ 1, D-50668 KÖLN, TELEFON (0 221) 91 39 00, FAX 91 39 032

# Neu in den Kritischen Studien

**132: Christine von Oertzen  
Teilzeitarbeit und  
die Lust am Zuverdienen  
Geschlechterpolitik und gesellschaft-  
licher Wandel in Westdeutschland  
1948-1969**

1999. 412 Seiten mit 6 Abbildungen,  
kartonierte DM 78,- / öS 569,- / SFr 73,-  
ISBN 3-525-35795-8

Eine Untersuchung der Einführung von  
Teilzeitarbeit in Westdeutschland. Analy-  
siert wird die „Einbürgerung“ dieser  
Innovation im Bereich öffentlicher  
Debatten, im Recht, in Betrieben und  
Büros und im Alltagsleben von Frauen  
und Familien.

**131: Antonia Maria Humm  
Auf dem Weg zum  
sozialistischen Dorf?**

Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt  
in der DDR von 1952 bis 1969 mit ver-  
gleichenden Aspekten zur Bundesrepu-  
blik Deutschland

1999. 352 Seiten mit 3 Karten, 25 Tabellen,  
kartonierte DM 76,- / öS 555,- / SFr 71,-  
ISBN 3-525-35794-X

Die Konstruktion einer sozialistischen  
Staats- und Gesellschaftsordnung in  
der DDR erforderte auch tiefe Eingriffe  
des Staates in die Landwirtschaft und  
die ländliche Gesellschaft. In diesem  
Buch wird das Verhältnis von politi-  
schen Gestaltungsansprüchen des SED-  
Staates und der traditionellen, dörfli-  
chen Lebenswelt untersucht.

Weitere Informationen:  
Vandenhoeck & Ruprecht, Geschichte, 37070 Göttingen  
<http://www.vandenhoeck-ruprecht.de>

**130: Hannes Siegrist /  
David Sugarman (Hg.)  
Eigentum im  
internationalen Vergleich  
18.-20. Jahrhundert**

1999. 294 Seiten, kartoniert  
DM 58,- / öS 423,- / SFr 55,-  
ISBN 3-525-35793-1

Politische, wirtschaftliche, gesellschaft-  
liche und kulturelle Ordnungssysteme  
werden vom Eigentum geprägt. In  
diesem Band wird die Bedeutung des  
Eigentums vom 18. bis zum 20. Jahr-  
hundert international und interkultu-  
rell vergleichend untersucht.

**129: Ernst Wolfgang Becker  
Zeit der Revolution! –  
Revolution der Zeit?**

Zeiterfahrungen in Deutschland in der  
Ära der Revolutionen 1789-1848/49

1999. 396 Seiten, kartoniert  
DM 78,- / öS 569,- / SFr 73,-  
ISBN 3-525-35792-3

Die Revolutionen zwischen 1789 und  
1849 revolutionierten die Zeiterfahrun-  
gen der Menschen keineswegs. Aus  
erfahrungsgeschichtlicher Perspektive  
wird der Einfluß von Revolutionen auf  
das Zeitbewußtsein der Menschen in  
verschiedenen politischen Strömungen  
untersucht.

**V&R**  
Vandenhoeck  
& Ruprecht



## REIHE DER VILLA VIGONI

### Italienbeziehungen des klassischen Weimar

Herausgegeben von KLAUS MANGER

1997. VIII, 282 Seiten. Kart. DM 76.- / ÖS 555.- / SFr 69.- ISBN 3-484-67011-8 (Band 11)

Die Schwerpunkte des Tagungsbandes mit deutsch-italienischen Beiträgen vom September 1994 bilden, komplementär aufeinander bezogen, das arkadische Wunschnbild Italien und seine Wahrnehmung durch Italienreisende sowie die Präsenz Italiens in Weimar um 1800. Die Studien behandeln vom Reisebericht über Elegie, Epigramm, Roman, Künstlerbiographie bis hin zum Drama die unterschiedlichsten literarischen Formen, beziehen neben fiktionalen Texten auch die Biographie und Autobiographie mit ein und dokumentieren, auf welchen materialen, historischen, geistigen Grundlagen das differenzierte Italienbild im klassischen Weimar beruhte.

### Zwischen Kontinuität und Rekonstruktion

Kulturtransfer zwischen Deutschland und Italien nach 1945

Herausgegeben von HANS-GEORG SCHMIDT-BERGMANN

1999. XI, 225 Seiten. Kart. DM 112.- / ÖS 818.- / SFr 100.- ISBN 3-484-67012-6 (Band 12)

In den Beiträgen wird gefragt nach den Anfängen von Literatur und Film in Italien und Deutschland nach 1945. Es geht um die Differenzen und Gemeinsamkeiten, die sich auf Grund der unterschiedlichen historischen Bedingungen der Kultur unter Faschismus und Nationalsozialismus ergeben haben. Spezifisch wird zudem nach der Wirkung der italienischen Literatur im Nachkriegsdeutschland gefragt, wofür als Beispiel das Werk Malapartes steht, der einer der meistgelesenen italienischen Autoren nach 1945 gewesen ist.

### Christine Tauber Jakob Burckhardts »Cicerone«

Eine Aufgabe zum Genießen

Ca. 330 Seiten. Kart. ca. DM 92.- / ÖS 672.- / SFr 84.- ISBN 3-484-67013-4 (Band 13)

Die Arbeit untersucht Genese und Rezeption eines ästhetischen Konzepts im bildungsbürgerlichen Kontext des 19. Jahrhunderts. Sie rekonstruiert die Geburt von Burckhardts ästhetischer Urteilsbildung aus dem Geiste seiner Italienerfahrung und zeigt zugleich die klassizistischen Wurzeln dieses Kunsturteils auf. Die konservativen Züge der Burckhardtschen Kunstauffassung machen den »Cicerone« zu einem Thesaurus des Bewahrenswerten in einer Zeit politischer und ästhetischer Umbrüche. Er erbringt eine klassifikatorische Syntheseleistung, die den gesamten italienischen Formenbestand einer fast museal zu nennenden Neuordnung unterwirft. Die sogenannte »Kunst nach Aufgaben« wird hierbei von Burckhardt als polemischer Begriff gegen den modernen Künstler und seine potentiell überschließende Einbildungskraft eingesetzt. Die Tradition dieses modernen Künstlertypus reicht für ihn bis in die Renaissance zu ihrem Urvater Michelangelo zurück und findet ihren Höhepunkt in seiner eigenen Gegenwart. Somit geht die Intention des »Cicerone« über seinen Untertitel »Eine Anleitung zum Genuss der Kunstwerke Italiens« hinaus: Er möchte nicht nur den gebildeten Reisenden auf den Weg der genussvollen Kunsterkenntnis führen, sondern zugleich für zeitgenössische Architekten Anleitung zur richtigen Bau-tätigkeit sein.

Unser aktuelles Verlagsprogramm im Internet: <http://www.niemeyer.de>

Max Niemeyer Verlag GmbH  
Postfach 21 40 · D-72011 Tübingen

# Niemeyer

